Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte
Chronik von 1944 bis 1945
in zwei Bänden
Band 6/2



"Operation Walküre",
Morgenthau-Plan,
Hitlers Vernichtungsstrategie,
Fluchtkatastrophen 1944/1945,
Stalins Liquidationspolitik,
US-Direktive JCS 1067,
"Wilde Austreibungen" der Deutschen,
Potsdamer Abkommen,
Hiroshima und Nagasaki,
Polonisierung Ostdeutschlands ...

Offene Fragen der Geschichte
Chronik von Mai 1945 bis Dezember 1945
Band 6/2

Inhaltsverzeichnis Band 6/2	**Seite**
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte von Mai 1945 bis Dezember 1945	2-336
Anstatt eines Schlußwortes	337-353
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	354-362

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte von Mai 1945 bis Dezember 1945

01.05.1945

Ostkrieg: Anfang Mai 1945 stehen zwischen der Ägäis (Kreta und Rhodos) und dem Nordkap noch über 3.000.000 Soldaten des deutschen Ostheeres unter Waffen (x044/85).

In den letzten Kriegstagen flüchten Wehrmachtstruppen, Kroaten, Bosnier, Serben, Kosaken, Ungarn und andere verbündete Einheiten sowie deutsche Zivilisten aus Ost-Mitteleuropa nach Westen. Sie werden gnadenlos gejagt und hetzen überall den nordamerikanischen und britischen Frontlinien entgegen. Niemand will von den Sowjets "befreit" werden oder in die Hände der jugoslawischen, tschechischen oder polnischen Milizen geraten. Millionen fliehen nach Westen, um sich den Briten und Nordamerikanern zu ergeben.

In jener Zeit gibt es nur noch einen Leitspruch: **"RETTE SICH, WER KANN!"**

Die Verfolgten wissen natürlich nicht, daß die Nordamerikaner und Briten längst alle Elbübergänge und die Grenze nach Bayern gesperrt haben.

Die schlesischen Kreise Glatz, Hirschberg, Landeshut und andere Orte im Riesen- und Isergebirge erhalten Evakuierungsbefehle. Viele Schlesier fliehen jedoch nicht mehr.

In der Nacht holt man 1.537 deutsche Soldaten mit Fähren und Booten von der Frischen Nehrung zur Danziger Bucht. Außerdem gelingt es, 9.180 Landser und 1.660 Flüchtlinge von Schiewenhorst nach Hela zu transportieren (x001/321).

Im Sudetenland und im Protektorat Böhmen und Mähren zieht sich die Heeresgruppe Mitte (Generalfeldmarschall Schörner) kämpfend zurück.

In Iglau (Mähren) und in anderen Ortschaften beginnt die längst aussichtslose Flucht der deutschen Bevölkerung.

NS-Regime: Am Abend vergiftet Magda Goebbels ihre ahnungslosen Kinder (Helga, Hilde, Helmut, Holde, Hedda und Heide, Alter: 4 bis 12 Jahre). Nach dem Tod ihrer Kinder läßt sich das Ehepaar Goebbels am 1. Mai 1945, um 21.00 Uhr, im Garten der Reichskanzlei durch SS-Posten erschießen.

Die letzten Selbstmörder sind Wilhelm Burgdorf und Hans Krebs. Die beiden Generäle erschießen sich nach einer feuchtfröhlichen Abschiedsfeier im Führerbunker.

Die Leichen der NS-Führer (Hitler und Goebbels) werden im Garten der Reichskanzlei befehlsgemäß mit Benzin übergossen und von Angehörigen der SS-Garde in Brand gesetzt. Die Leichenverbrennung gelingt jedoch trotz mehrmaliger Versuche nur unvollständig.

Hitlers Nachfolger, Großadmiral Karl Dönitz, wird durch Bormann (ein gefürchteter Intrigant und Chef aller Gauleiter) am 1. Mai 1945, um 15.18 Uhr, über den Tod des Führers informiert.

Großadmiral Karl Dönitz (1891-1980), der von seiner Ernennung überrascht wird, berichtet damals über seine militärische Strategie (x023/353): >>Schluß machen, Heldenkampf ist genug gekämpft, Volkssubstanz erhalten, keine unnötigen Blutopfer mehr.
Um Menschen – Soldaten und Zivilpersonen – vor dem Bolschewismus zu retten, Fortsetzung des Kampfes gegen Osten, besonders mit Rücksicht auf die Flüchtlinge in Mecklenburg, die Armee Wenck in Brandenburg und die Armeegruppe Schörner im Protektorat; weiterkämpfen an der Elbe bei Lauenburg, um das Loch zwischen Lübeck und Lauenburg offenzuhalten. ...<<
Der NS-Rundfunk berichtet am 1. Mai 1945, um 22.26 Uhr, über Hitlers angeblichen Heldentod (x023/352): >>Aus dem Führerhauptquartier wird gemeldet, daß unser Führer Adolf Hitler heute nachmittag in seinem Befehlsstand in der Reichskanzlei, bis zum letzten Atemzug gegen den Bolschewismus kämpfend, für Deutschland gefallen ist. Am 30. April hat der Führer Großadmiral Dönitz zu seinem Nachfolger ernannt.<<
Dönitz, den Hitler verfassungswidrig per Testament zum Reichspräsidenten und Oberbefehlshaber der Wehrmacht ernannt hat, erklärt danach in einer Rundfunkansprache (x023/352): >>Der Führer ist gefallen.
Getreu seiner großen Idee, die Völker Europas vor dem Bolschewismus zu bewahren, hat er sein Leben eingesetzt und den Heldentod gefunden. ...
Der Führer hat mich zu seinem Nachfolger als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht und Staatsoberhaupt bestimmt.
Ich übernehme den Oberbefehl über alle Teile der deutschen Wehrmacht mit dem Willen, den Kampf gegen die Bolschewisten so lange fortzusetzen, bis die kämpfenden Truppen und bis die Hunderttausende von Familien des deutschen Ostraums vor der Versklavung und der Vernichtung gerettet sind. Gegen Engländer und Amerikaner muß ich den Kampf so weit und so lange fortsetzen, wie sie mich in der Durchführung des Kampfes gegen die Bolschewisten hindern.
Die Lage fordert ... weiteren bedingungslosen Einsatz. Nur durch vorbehaltlose Ausführung meiner Befehle werden Chaos und Untergang vermieden. Ein Feigling und Verräter ist, wer sich gerade jetzt seiner Pflicht entzieht und damit deutschen Frauen und Kindern Tod und Versklavung bringt.
Der dem Führer ... geleistete Treueid gilt nunmehr für jeden einzelnen ... mir als dem vom Führer eingesetzten Nachfolger.
Deutsche Soldaten, tut eure Pflicht.
Es gilt das Leben unseres Volkes.<<

02.05.1945

Ostkrieg In Breslau fordern sowjetische Luftangriffe und Artilleriebeschuß am 2. Mai 1945 wieder ca. 1.000 Todesopfer (x022/149).
Am frühen Morgen treffen 2 große Passagierdampfer und 2 Torpedoboote in der Danziger Bucht ein. Die Kriegsschiffe nehmen jeweils 150 Flüchtlinge an Bord und fahren sofort wieder ab.
Nach harten Rückzugsgefechten erreichen die abgekämpften Truppen der 9. und 12. Armee am 2. Mai 1945 mit Tausenden von deutschen Zivilisten das Ostufer der Elbe.
Die deutsche Marineleitung ordnet am 2. Mai 1945 die Selbstversenkung aller Unterseeboote an (Kennwort: "Regenbogen"). In der Ostsee werden danach 79 U-Boote versenkt (x031/189).
Das Oberkommando der Wehrmacht gibt am 2. Mai 1945 bekannt (x013/563): >>An der Spitze der heldenmütigen Verteidiger der Reichshauptstadt ist der Führer gefallen. Von dem Willen beseelt, sein Volk und Europa vor der Vernichtung durch den Bolschewismus zu erretten, hat er sein Leben geopfert. Dieses Vorbild "getreu bis zum Tode" ist für alle Soldaten verpflichtend. ...<<
Weibliche Sanitätssoldaten der Roten Armee dringen morgens kampflos in den Führerbunker

ein.
Festungskommandant General Weidling kapituliert am 2. Mai 1945, um 15.00 Uhr. Der Kampf um Berlin ist zu Ende.
Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014), der damals ein Mitglied der "Gruppe Ulbricht" ist, berichtet über den politischen Neuanfang der KPD in Berlin (x296/206 L): >>Am Morgen des 2. Mai startete von Bruchmühle aus die ganze Wagenkolonne mit den Mitgliedern der "Gruppe Ulbricht" und einigen höheren sowjetischen Polit-Offizieren der Hauptverwaltung, die alle fließend Deutsch sprachen.
Jetzt erst, bei unserer Fahrt nach Berlin, erlebten wir das volle Ausmaß der Zerstörung und des Grauens. Brände, Trümmer, umherirrende Menschen in zerfetzten Kleidern; ratlose deutsche Soldaten, die nicht mehr zu begreifen schienen, was vor sich ging. Singende, jubelnde und oft auch betrunkene Rotarmisten; Berliner Frauen; die unter Aufsicht von sowjetischen Soldaten die ersten Aufräumungsarbeiten leisteten. Aus den Häusern wehten weiße Fahnen als Zeichen der Kapitulation oder rote Fahnen als Begrüßung für die sowjetischen Truppen. Viele Leute trugen weiße oder rote Armbinden, ganz vorsichtige beide Binden zugleich.
Nach einem kurzem Besuch in der Kommandantur von Berlin-Lichtenberg wurden wir aufgeteilt: je zwei Mitglieder der Gruppe Ulbricht auf einen Berliner Bezirk. Ulbricht lud mich ein, mit ihm nach Berlin-Neukölln zu fahren. Am gleichen Abend trafen wir uns in einem einfachen Zimmer in einer Arbeiterwohnung, das durch eine flackernde Petroleumlampe erleuchtet war, mit einer Gruppe Neuköllner Kommunisten.
So sehr ich mich freute, nun zum erstenmal mit richtigen deutschen Kommunisten zusammenzusitzen, so erschütterte mich schon an diesem Abend die selbstherrliche Art Ulbrichts. Es war nicht ein Wiedersehen mit politischen Freunden, sondern ein Treffen des Chefs mit Untergebenen. Ulbricht fragte die Neuköllner Kommunisten aus und gab ihnen kurz, nüchtern und hart die Richtlinien für die Arbeit. ...<<
Sowjetische Truppen besetzen Rostock.
Nordamerikanische Truppen rücken am 2. Mai 1945 in Wismar und Schwerin ein.
Im Sudetenland werden am 2. Mai 1945 die Kreise Neu Titschein, Römerstadt, Wagstadt und Troppau z.T. zwangsweise durch SS-Kommandos evakuiert. Die Flüchtlingstrecks und Wehrmachtskolonnen kommen nur sehr langsam vorwärts, denn alle Straßen sind blockiert.
Kapitulationsverhandlungen: Großadmiral Dönitz (nach Hitlers Selbstmord amtierender "Reichspräsident") bevollmächtigt am 2. Mai 1945 erfahrene Wehrmachtsbefehlshaber, unverzüglich Teilkapitulations- und Übernahmeverhandlungen aufzunehmen. In erster Linie will man genügend Zeit gewinnen, um die Soldaten des Ostheeres und die Flüchtlingsmassen vor den Sowjets zu retten. Für die Rettung des deutschen Ostheeres (noch etwa rd. 3.000.000 Soldaten) und der Flüchtlinge benötigt man mindestens 10 Tage.
Der damalige Staatschef Dönitz schreibt später in seinem Buch "10 Jahre und 20 Tage" (x031/25): >>... Es war mir klar, daß mir die dunkelste Stunde bevorstand, die ein Soldat erleben konnte, die Stunde der bedingungslosen militärischen Kapitulation. Ich wußte auch, daß mein Name für alle Zeiten mit ihr verknüpft bleiben würde und daß man mit Haß und Tatsachenentstellung versuchen würde, meine Ehre anzugreifen. Das Gebot der Pflicht verlangte von mir, daß dies alles keine Rolle spielen durfte.
Mein Regierungsprogramm war einfach. Es galt, so viele Menschenleben zu retten wie möglich. Das Ziel war das gleiche wie in den letzten Kriegsmonaten. Alle Maßnahmen waren unter diesem Gesichtspunkt zu treffen. ...<<
In Norditalien und Südtirol gehen am 2. Mai 1945 ca. 250.000 Soldaten der Heeresgruppe C in nordamerikanische Kriegsgefangenschaft (x051/660).

03.05.1945

Ostkrieg: Nachdem man alle Flüchtlinge durchgeschleust und nach Hela transportiert hat,

wird am 3. Mai 1945 Kahlberg geräumt. Die Wehrmachtstruppen ziehen sich danach kämpfend auf der Frischen Nehrung nach Westen in die Danziger Bucht zurück.
In der Nacht stechen 2 Großschiffe (mit 5.550 verwundeten Wehrmachtsangehörigen und 3.000 Flüchtlingen) in See und fahren nach Kopenhagen.
Die Hela-Marineeinsatzleitung funkt am 3. Mai 1945 nach Flensburg (x031/189): >>Aus AOK Ostpreußen, aus Hela und Weichselniederung noch 250.000 Menschen abzutransportieren, 225.000 Soldaten und 25.000 Flüchtlinge. Erbitten unverzüglich Inmarschsetzung von Schiffen zum Abtransport.<<
Während das Ostsudetenland erbittert verteidigt wird, rücken die US-Truppen fast kampflos in das Westsudetenland ein und besetzen am 3. Mai 1945 Karlsbad und Budweis. Die Nordamerikaner verzichten danach vereinbarungsgemäß auf den Vorstoß nach Prag.
Sowjetische Truppen besetzen am 3. Mai 1945 Neuern und die Stadt Teschen.
Im Osten der CSR zerschlagen sowjetische Truppen am 3. Mai 1945 die deutsche Front.
Ostrauer Flüchtlingstrecks fliehen panikartig in Richtung Neu Titschein - Zwittau - Falkenau.
Westkrieg: Britische Truppen rücken am 3. Mai 1945 in die "offene Stadt" Hamburg ein.
Britische Bombergeschwader fliegen am 3. Mai 1945 Tagesangriffe gegen die "Flüchtlingshäfen" in der Kieler, Lübecker und Neustädter Bucht. Sie vernichten 2 schwere Kreuzer und 23 große Handels- bzw. Flüchtlingsschiffe.
In der Neustädter Bucht versenken die Briten am 3. Mai 1945 z.B. die "Cap Arcona" (5.594 Tote) und die "Thielbek" (2.414 Tote). Beim Untergang dieser Schiffe, die als Häftlingsschiffe genutzt werden, sterben allein 7.148 KZ-Häftlinge (x031/27,189). Nach diesen völlig überflüssigen Terrorangriffen stellt das britische RAF-Bomberkommando die Luftangriffe gegen West- und Mitteldeutschland ein.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Cap Arcona" (x051/99): >>"Cap Arcona", mit 27.000 BRT viertgrößtes Passagierschiff der deutschen Handelsflotte.
Die "Cap Arcona" war in den letzten Kriegsmonaten im Auftrag der Kriegsmarine bei der Rettung der Flüchtlinge aus den von der Roten Armee bedrohten Ostgebieten eingesetzt.
Ende April 45 entzog der Hamburger Gauleiter Kaufmann, gleichzeitig Reichskommissar für die Seeschifffahrt, die "Cap Arcona" der Seekriegsleitung und ließ sie in der Lübecker Bucht ankern. Dort wurden am 25./26.4. etwa 5.000 Häftlinge des evakuierten KZ Neuengamme an Bord gebracht. Hinzu kamen 400 SS-Bewacher und 500 Mann zur Bewachung abkommandierter Marineartillerie bei 76 Mann Besatzung. Zahlreiche Häftlinge starben wegen der mangelhaften Versorgung oder an Mißhandlung in den völlig überfüllten Räumen.
Am 3.5. flog die britische Luftwaffe Angriffe auf "feindliche Schiffsansammlungen" in der Ostsee. Die "Cap Arcona" und die "Thielbek" wurden in mehreren Wellen von drei Staffeln bombardiert und mit Bordwaffen beschossen. Das Hissen weißer Tücher nützte nichts mehr. Nur etwa 500 Menschen konnten von der brennenden "Cap Arcona" gerettet werden. Die meisten derjenigen, die noch hatten von Bord springen können, ertranken in der kalten See.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Frachter "Thielbek" (x051/578): >>"Thielbek", Frachter der deutschen Handelsflotte mit 2.800 BRT, der im Auftrag der Kriegsmarine in den letzten Kriegswochen deutsche Ostflüchtlinge nach Westen brachte.
Wie die "Cap Arcona" wurde die "Thielbek" vom Reichskommissar für die Seefahrt Kaufmann Ende April 45 requiriert und mußte 2.800 Häftlinge des evakuierten KZ Neuengamme aufnehmen, die mit unbeschreiblicher Brutalität in die Laderäume gepfercht wurden. Am 2.5.45 in die Neustädter Bucht ausgelaufen, wurde die "Thielbek" am nächsten Tag Opfer eines britischen Luftangriffs gegen "feindliche Schiffsansammlungen". Von Raketen, Bomben und Bordwaffen getroffen, sank sie innerhalb einer Viertelstunde. Aus den Laderäumen gab es kein Entrinnen, fast alle Häftlinge kamen ums Leben. Die SS-Bewacher waren bereits geflo-

hen.<<

Kapitulationsverhandlungen: Generaladmiral von Friedeburg und Feldmarschall Bernhard L. Montgomery (1887-1976, später Befehlshaber der britischen Besatzungstruppen) führen am 3. Mai 1945 Kapitulationsverhandlungen. Von Friedeburg bietet damals die militärische Teilkapitulation im norddeutschen Raum an und informiert außerdem über die bedrohliche Lage der deutschen Flüchtlinge.

Montgomery lehnt es jedoch zunächst ab, die Kapitulation von deutschen Armeen der Ostfront anzunehmen, da für die Ostfront die sowjetischen Alliierten zuständig wären (x027/416-418).

Nachdem von Friedeburg nochmals eindringlich erläutert, daß es einfach eine Frage des nackten Überlebens für die betroffenen Deutschen sei, lenkt der britische Oberbefehlshaber allmählich widerstrebend ein. Churchill und Truman haben zwar jede Art von Teilkapitulationen ausgeschlossen, aber Montgomery handelt trotzdem auf eigene Faust (x114/1.13). Der britische Oberbefehlshaber macht den deutschen Unterhändlern folgenden Vorschlag: Gesamtkapitulation aller deutschen Streitkräfte in Nordwestdeutschland, Dänemark und den Niederlanden und sofortige Einstellung des U-Bootkrieges sowie Auslieferung der Kriegs- und Handelsmarine.

Polen: Osobka-Morawski kündigt am 3. Mai 1945 die Polonisierung der "Wiedergewonnenen alten polnischen Westgebiete" an (x064/164).

Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die Polonisierung in den schlesischen Gebieten (x294/96-97): >>... Für jene "germanisierten Polen", die polnisch sprachen, römisch-katholisch waren oder halbwegs polnische Namen trugen, entwickelte Warschau das sogenannte Verifizierungsverfahren, in dem deutschen Staatsbürgern der Nachweis polnischer Nationalität (oder wenigstens Abstammung oder Sprachkenntnis) genügte, um von der Ausweisung ausgenommen zu werden.

Die Strenge der Prüfung variierte, mancherorts drückten die zuständigen Beamten beide Augen zu und begnügten sich mit einer individuell begründeten Aussicht auf Polonisierung; anderswo schlossen sie der Sicherheit halber Polnischstämmige aus, damit ja kein Deutscher bleibe. Grundsätzlich überwog jedoch der Wille, die "autochthonen" Bewohner Oppelns im Land zu belassen. Man brauchte möglichst große Zahlen polonisierungs- bzw. repolonisierungsfähiger Menschen erstens aus Prestigegründen – als Beleg dafür, daß Polen 1945 ehemals polnische, im Verlauf der Jahrhunderte nur oberflächlich germanisierte Gebiete "wiedergewonnen" hatte.

Zweitens und ebenso wichtig waren Wiederaufbau und Arbeitskraft: Infolge von Krieg, Besatzung und Grenzverschiebungen war die Bevölkerung Polens auf etwa zwei Drittel des Standes von 1939 gefallen (von 35 auf 24 Millionen). Die "Schlonsaken" im ehemals deutschen Oppeln (in Oberschlesien) wurden ebenso gebraucht wie jene, die schon vor 1939 polnische Staatsbürger gewesen waren. ...<<

04.05.1945

Ostkrieg: Angesichts der unermeßlichen Leiden der Breslauer Zivilbevölkerung bitten die höchsten kirchlichen Würdenträger (Pastor Hornig, Stadtdekan Dr. Konrad und andere) am 4. Mai 1945 den Festungskommandanten, die sinnlose Verteidigung Breslaus zu beenden. Gauleiter Hanke, der über dieses Gespräch informiert wird, untersagt sofort weitere Treffen.

Vor Swinemünde sinkt der Hilfskreuzer "Hektor" nach sowjetischen Bombentreffern (ca. 1.000 Tote).

Im Sudetenland und im Protektorat Böhmen und Mähren sowie in Jugoslawien finden am 4. Mai 1945 weiterhin harte Rückzugsgefechte statt.

Im Sudetenland und im Protektorat Böhmen und Mähren halten sich noch mindestens 4,5 Mil-

lionen deutsche Zivilisten auf.
Sowjetische Truppen (Marschall Konjew) und polnische Einheiten brechen am 4. Mai 1945 überraschend schnell aus Sachsen durch.
Kapitulationsverhandlungen: Feldmarschall Montgomery (britischer Oberbefehlshaber) akzeptiert am 4. Mai 1945 die deutsche Teilkapitulation, weil er weitere deutsch-britische Kämpfe vermeiden will (x023/353). Im britischen Hauptquartier in der Lüneburger Heide unterzeichnet Generaladmiral von Friedeburg um 18.30 Uhr die Kapitulationsurkunde für alle deutschen Streitkräfte in den Niederlanden, Nordwestdeutschland, Dänemark und in Norwegen (ab 5.05.1945, 8.00 Uhr).
Montgomery erteilt anschließend den Befehl, die Wehrmachtstruppen aus Mecklenburg (Heeresgruppe Weichsel, Generaloberst Student) in britische Kriegsgefangenschaft zu übernehmen.
Zum Problem der Flüchtlingsübernahme bemerkt der britische Oberbefehlshaber (x044/86): >>... Er wolle über Möglichkeiten nachdenken, er sei ja kein Unmensch.<<
Feldmarschall Montgomery, der im Gegensatz zu General Eisenhower sehr viel tut, um den deutschen Flüchtlingen und Soldaten zu helfen, stellt später in seinen Erinnerungen fest (x028/91-92): >>Aus ihrem Verhalten merkte man sehr bald, daß die Russen, obschon gute Kämpfer, tatsächlich unzivilisierte Asiaten waren und noch nie eine Kultur gekannt hatten, die der des übrigen Europa vergleichbar war. I
hre Einstellung war in jeder Hinsicht völlig verschieden von unserer und ihr Benehmen, besonders gegenüber Frauen, widerte uns an. ...<<
Nach Abschluß der deutsch-britischen Verhandlungen fliegt von Friedeburg unverzüglich nach Reims und trifft noch in der Nacht (am 4.05.1945) im nordamerikanischen Hauptquartier ein. Dort übermittelt von Friedeburg die deutschen Teilkapitulationsvorschläge.
US-Stabschef General Smith, der wie Eisenhower äußerst jähzornig ist und schnell fuchsteufelswild wird, teilt den Unterhändlern jedoch schon frühzeitig mit, daß General Dwight D. Eisenhower (1890-1969, Oberbefehlshaber der alliierten Truppen in Westeuropa, von 1953-61 34. US-Präsident) jede Art von Teilkapitulation ablehnen würde und höchstens eine bedingungslose Gesamtkapitulation anerkennen könnte (x044/86).

05.05.1945

Ostkrieg: Die deutsche Kriegsmarine schickt am 5. Mai 1945 alle fahrbereiten Schnellboote, Torpedoboote und Zerstörer in die Danziger Bucht nach Hela. Im Verlauf des Tages kommen 6 große Dampfer und die letzten Schiffe der Kriegsmarine (5 Zerstörer, 5 Torpedoboote und 1 Hilfskreuzer) nach Hela. Obgleich die sowjetische Artillerie pausenlos feuert, wird der Pendelverkehr zwischen Hela und der Reede nicht eingestellt.
Während der letzten Evakuierungsfahrten werden nochmals 13.090 Soldaten und 270 Flüchtlinge aus der Danziger Bucht nach Hela geholt.
Die Breslauer werden am 5. Mai 1945 nochmals per Lautsprecher aufgefordert, endlich zu kapitulieren.
Gauleiter Hanke droht in der "NS-Festungszeitung" wie gewöhnlich mit dem Standgericht und Tod und fordert Widerstand bis zum letzten Mann und zur letzten Frau!
Als Gauleiter Hanke über Hitlers "Heldentod" informiert wird, bittet er General Niehoff um Hilfe. Niehoff, der es kategorisch ablehnt, seine Soldaten im Stich zu lassen, rät Hanke, dem Führer zu folgen und ebenfalls den Freitod zu wählen.
Der 41jährige Gauleiter lehnt den "Heldentod" jedoch, da er noch viel zu jung sei, um zu sterben und schließlich noch leben wollte!
Gerade als General Niehoff seinen Offizieren den Kapitulationsbeschluß bekanntgibt, trifft das letzte AOK-Fernschreiben in der Festung Breslau ein (x045/109): >>Deutschlands Fahnen senken sich in stolzer Trauer vor der Standhaftigkeit der Besatzung und dem Opfermut der

Bevölkerung Breslaus.<<
Die deutsche Heeresgruppe E (rd. 175.000 Soldaten) zieht sich am 5. Mai 1945 in Kroatien kämpfend zurück, um Österreich zu erreichen.
Im Sudetenland und im Protektorat Böhmen und Mähren verbietet General Eisenhower am 5. Mai 1945 den Vormarsch der US-Truppen, weil Prag durch die Rote Armee befreit werden soll (x106/421).
Generalfeldmarschall Schörner, der seine Soldaten später unehrenhaft im Stich läßt, verkündet im Tagesbefehl vom 5. Mai 1945 (x033/613): >>Nur eiserner Zusammenhalt, unerschütterlicher Wille und eine stets geschlossene Front führen uns ... in die Heimat. (Ich selbst habe die Absicht, meine Soldaten) geschlossen und in stolzer Haltung in die Heimat zurückzuführen.<<
Am Morgen des 5. Mai 1945 bricht urplötzlich der tschechische Aufstand gegen die deutsche Besatzungsmacht los. Gegen Mittag massakrieren kommunistische Kampfgruppen die SS-Wachen des Rundfunksenders Prag II. Die Aufständischen besetzen danach den Sender und rufen die tschechische Bevölkerung zum bedingungslosen Aufstand auf (x004/55).

Der Prager Aufstand

Im März 1945 hielten sich noch mehr als 1,5 Millionen Flüchtlinge aus Schlesien und Südosteuropa im Sudetenland sowie im Protektorat Böhmen und Mähren auf. Nach den großen Fluchtstrapazen fühlten sich die Flüchtlinge zunächst sicher und geborgen. Als im April unübersehbare Flüchtlings- und Wehrmachtskolonnen eintrafen, wurde die Lage jedoch allmählich chaotisch. Trotz aller Hektik und Panik verhielten sich die Tschechen weiterhin merkwürdig ruhig. Noch deutete nichts auf die drohende Katastrophe hin.
Viele Sudetendeutsche und Flüchtlinge wußten damals nicht, daß Exilpräsident Dr. Benesch bereits während seiner Rundfunkbotschaft am 27.10.1943 radikale Vergeltungsmaßnahmen angedroht hatte (x004/50-51): >>... In unserem Land wird das Ende des Krieges mit Blut geschrieben werden. Den Deutschen wird alles erbarmungslos und vielfach zurückgeben werden, was sie in unserem Land verbrochen haben. ... In unserem Land wird gnadenlos und mit doppelter Münze heimgezahlt werden, was sie in unserem Land seit 1938 angerichtet haben.<<
Am 3.02.1944 hatte Dr. Benesch (Chef der tschechischen Exilregierung) vor dem britischen Staatsrat in London nochmals Gewalttaten angekündigt (x004/51): >>... Der Umsturz in der CSR muß gewaltsam, muß eine gewaltige Volksabrechnung mit den Deutschen und den faschistischen Gewalttätern, ein blutiger, unbarmherziger Kampf sein.<<
Am 4. Mai 1945 wurde in Prag der Ausnahmezustand (nächtliche Ausgangssperre) verhängt, weil sich die tschechische Bevölkerung zunehmend aggressiver benahm. In Prag hielten sich damals rd. 150.000 deutsche Zivilisten und ca. 50.000 deutsche Verwundete auf, die man in 18 Heereslazaretten untergebracht hatte (x004/52).
In den frühen Morgenstunden des 5. Mai 1945 versammelten sich schwerbewaffnete Partisanenverbände und Milizen (tschechische Nationalisten und Kommunisten) in der Prager Innenstadt. Gegen Mittag massakrierten kommunistische Kampfgruppen die SS-Wachen des Rundfunksenders Prag II und besetzten den Sender. Danach riefen die Aufständischen zum bedingungslosen Aufstand auf.
Am Abend befanden sich schon mehrere deutsche Behörden- und Polizeistützpunkte in tschechischer Gewalt. Das Prager Regierungsviertel am Hradschin, das SD-Hauptquartier, der Masaryk-Bahnhof und die Wehrmachtskasernen am Prager Stadtrand blieben in deutscher Hand. Im Czernin-Palais führte der stellvertretende Reichsprotektor Frank fieberhafte Friedensverhandlungen. Franks Forderungen, die Kämpfe sofort einzustellen, wurden durch Delegierte des tschechischen Nationalrats abgelehnt.

Als die Wehrmachtsführung am 6. Mai 1945 Panzertruppen einsetzen konnte, mußten sich die Rebellen fluchtartig in die Prager Außenbezirke zurückziehen. Da die Lage der Aufständischen zusehends bedrohlicher wurde, riefen sie die vor Pilsen stehenden US-Truppen per Rundfunk um Hilfe. Die Sowjets lehnten den geforderten US-Vorstoß über die vertraglich vereinbarten Demarkationslinien jedoch weiterhin ab, so daß kein nordamerikanischer Entlastungsangriff erfolgte.
Kurz vor der Niederschlagung des Aufstandes verbündeten sich die Wlassow-Truppen (ehemalige sowjetische Kriegsgefangene und Überläufer, die ab 1944 offiziell als deutsche Verbündete gegen die Rote Armee kämpften) mit den Tschechen. Am 7. Mai 1945 griff General Bunischenko mit rd. 18.000 Soldaten der Wlassow-Armee die deutschen Truppen in Prag an. Die deutschen Einheiten wurden danach überall zurückgedrängt.
Angesichts der schwierigen militärischen Lage und aus Rücksicht auf die Zivilbevölkerung unterzeichnete General Toussaint (deutscher Stadtkommandant von Prag) am Nachmittag ein Kapitulationsprotokoll. Allen Wehrmachts- und Waffen-SS-Einheiten wurde freier Abzug zugesichert. Die deutschen Zivilisten sollten unter dem Schutz des Internationalen Roten Kreuzes aus Prag evakuiert werden.
Der vereinbarte Truppenabzug begann um 18.00 Uhr. Obgleich die Wehrmachtsfahrzeuge mit Frauen, Kindern und alten Menschen überfüllt waren, konnte man nur noch wenige Zivilisten aus Prag evakuieren, denn am 9. Mai 1945 trafen bereits sowjetische Panzertruppen (1. Ukrainische Front; Konjew) in Prag ein.
Der Rundfunksender Prag II meldete damals sofort die Ankunft der Sowjets (x005/110): >>Die deutsche Wehrmacht ergibt sich. ... Die SS (ist) ... vertrieben. ... Es lebe Stalin und die glorreiche Rote Armee. ... Alle Bürger, die Deutschen Schutz gewähren, werden zur Verantwortung gezogen. ... Die Wohnungen müssen den kontrollierenden SNB-Leuten geöffnet werden. ...<<
Spätestens nach der Meldung, daß die deutschen Truppen kapituliert hatten und man keine Vergeltungsmaßnahmen mehr befürchten mußte, brach ein Sturm der Gewalt los. In allen Prager Stadtteilen führten schwerbewaffnete Partisanen Personen- und Ausweiskontrollen durch. Die enttarnten Deutschen mußten Barrikaden und Trümmer beseitigen und wurden vielerorts durch den entfesselten Pöbel mißhandelt. Allmählich beteiligten sich immer mehr aufgehetzte Tschechen, aus fast allen Bevölkerungsschichten, an den öffentlichen Ausschreitungen und Verfolgungen.
Die Wohnungen der Deutschen wurden planmäßig durchsucht, geplündert und oftmals sofort beschlagnahmt. Nach den "Hausdurchsuchungen" nahm man die Wohnungsinhaber vorübergehend in "Schutzhaft".
In jener verhängnisvollen Zeit wurde fast niemand verschont. Tausende von deutschen Zivilisten (überwiegend handelte es sich um Frauen und Kinder) hetzte man damals durch Prag. Vor keinem Alter machte man halt. Mitleid gab es nicht. Es wurde ein endloser Leidensweg.
Falls die Verfolgten geglaubt hatten, vom tschechischen IRK Hilfe und Schutz zu erhalten, wurden sie bitter enttäuscht, denn man gewährte ihnen keine Unterstützung (x005/112): >>Für alle Nationen der Welt gibt es ein Rotes Kreuz, nur für Deutsche nicht! ...<<
Nur wenige Tschechen stellten sich damals vor ihre deutschen Freunde oder Nachbarn, um sie zu schützen, denn jeder Helfer schwebte selbst in akuter Lebensgefahr. Während der "Schutzhaft" litten die internierten Zivilisten unter Durst und Hunger. Oft gab es tagelang keine Verpflegung.
Im Verlauf des Prager Aufstandes wurden im Protektorat Böhmen und Mähren etwa 15.000 deutsche Zivilisten umgebracht und Tausende schwer mißhandelt und gefoltert (x010/47). In den folgenden 12 Tagen kamen im Protektorat Böhmen und Mähren sowie im Sudetenland

weitere 27.000 deutsche Zivilisten um. Nach tschechischen Angaben wurden beim Prager Aufstand ca. 2.400 Tschechen getötet (x004/60).
Aufgrund der begrenzten Plünderungsfreiheit führten die sowjetischen Soldaten zwar Plünderungen und zahlreiche Gewalttaten durch, aber Massenverbrechen, wie sie sich z.B. in den deutschen Ostgebieten ereigneten, fanden in der Tschechoslowakei nicht statt. Nach dem Einmarsch der Roten Armee griffen sowjetische Offiziere gelegentlich sogar ein, um deutsche Verfolgte vor dem tschechischen Pöbel zu schützen.
Nach einer offiziellen tschechischen Statistik kamen im Verlauf der deutschen Besatzungszeit und beim tschechischen Aufstand insgesamt mindestens 36.700 Tschechen (ohne ca. 233.000 jüdisch-tschechische Mordopfer) um (x025/252, x061/482).
Im Jahre 1960 veröffentlichte das Statistische Bundesamt Wiesbaden erstmalig die offiziellen "Nachkriegsverluste" der Tschechoslowakei-Deutschen. Nach langjährigen Ermittlungen meldete man 266.600 "ungeklärte Fälle" (x016/79).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die tschechischen Gewalttaten und Zwangsmaßnahmen (x004/51,55-61): >>Der tschechische Aufstand gegen die deutsche Herrschaft begann am 5. Mai 1945 in Prag. Die Ereignisse, die sich hier im kulturellen und politischen Mittelpunkt des Landes abspielten, nehmen im Gesamtverlauf der Vertreibung der Deutschen aus der CSR eine besondere Stellung ein; sie gaben den Auftakt zu der für das ganze Staatsgebiet geplanten Verfolgung und Eliminierung der Sudetendeutschen. ...<<
>>... Um eine systematische Aktion schien es sich vorerst nicht zu handeln. Erst als es einer bewaffneten Gruppe gelang, die schwache deutsche Wachmannschaft des Senders Prag II zu überrumpeln und diesen in Besitz zu nehmen, erfolgte über die mit der Sendeanlage gekoppelten Lautsprecher in den Straßen der Stadt der Aufruf zum bewaffneten Aufstand mit der Losung: "Tod den Deutschen! - Tod den deutschen Okkupanten! - Aufstand! Aufstand!" Die Stadt verwandelte sich im Nu in einen brodelnden Hexenkessel. ...
Der Aufstand kam für viele Prager Deutsche völlig überraschend. In den gleich nach seinem Beginn offenbar systematisch durchgeführten Großrazzien wurden die deutschen Familien, ohne Rücksicht auf ihre politische Haltung und persönliche Einstellung zum tschechischen Volk, aus ihren Wohnungen geholt und in Schulen, Kinos oder Kasernen interniert. ... Da Verpflegung für die Internierten nicht oder doch nicht ausreichend zur Verfügung stand, wurde der Hunger bald unerträglich, und am meisten litten die Kinder darunter. Die um sich greifende Verzweiflung führte zu zahlreichen Selbstmorden. ...
Die Behandlung der Internierten oder Verhafteten durch fanatisierte und der allgemeinen Psychose des Aufstandes in besonderem Maße verfallene Elemente war grausam. Mit der Anwendung von Drangsalierungsmethoden, in denen man oft das nationalsozialistische System kopierte, wurde nicht gespart. ...<<
Das Bundesarchiv Koblenz berichtet im Jahre 1974 über die tschechischen Gewalttaten und Zwangsmaßnahmen (x010/43-44): >>... Böhmen und Mähren-Schlesien (standen) seit dem Prager Aufstand vom 5. Mai 1945 ... im Zeichen nationalistischer Haßgefühle sowie eines Vergeltungsdranges insbesondere gegenüber den Sudetendeutschen, die als Verräter des tschechischen Staates betrachtet wurden.
In Abschnitt VIII des Kaschauer Programms der tschechischen Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken vom 5.4.1945 wurde die deutsche und magyarische Minderheit zu einem großen Teil als "das gefügige Werkzeug einer gegen die Republik gerichteten auswärtigen Eroberungspolitik" bezeichnet, "von denen sich vor allem die tschechischen Deutschen direkt zu einem Ausrottungsfeldzug gegen das tschechische und slowakische Volk hergaben."
Geschürt wurde der Haß durch Reden und Broschüren politischer Persönlichkeiten sowie

durch Presseartikel, worin zu einer kollektiven Bestrafung der Deutschen für begangene Verbrechen aufgefordert wurde. Bei den Ausschreitungen gegenüber den Deutschen mag bei manchen der Täter entfesselte nationalistische Leidenschaft, bei anderen blinder politischer Fanatismus eine Rolle gespielt haben, viele waren jedoch von opportunistischen Motiven und niedrigsten Instinkten bestimmt. Darauf weisen die zahlreich überlieferten Nachrichten über sadistische Handlungen hin.
An den hier gegenüber der deutschen Bevölkerung verübten Gewalttaten waren beteiligt:
- die teilweise kommunistisch beeinflußte Revolutionsgarde, ... ihre Angehörigen nannten sich Partisanen, obwohl sie größtenteils erst nach Beendigung der Kampfhandlungen der Garde zugeströmt waren;
- Soldaten und Offiziere der in der Sowjetunion unter General Svoboda gebildeten tschechischen Befreiungsarmee;
- die SNB (Wache der nationalen Sicherheit), die die Funktion des Staatssicherheitsdienstes sowie der Gendarmerie und Polizei ausübte, und schließlich
- auf den Straßen der tschechische Mob.
Zu den Gewalttaten gehörten Tötungen, verübt in verschiedenster Weise durch Erschießen, Erhängen, Erschlagen, Ertränken, brutale und sadistische Mißhandlungen, ferner Vergewaltigungen von Frauen. Die Ausschreitungen richteten sich zunächst gegen die deutsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit ...<<

Das Ende der Reichsstatthalter und Gauleiter in der Tschechoslowakei

Kurt Daluege (1897 in Kreuzburg/Schlesien geboren, stellvertretender Reichsprotektor in Böhmen und Mähren) wurde nach Kriegsende an die Tschechoslowakei ausgeliefert und am 23.10.1946 wegen Lidice und anderer Gewalttaten in Prag hingerichtet.
Karl Hermann Frank (1898 in Karlsbad geboren, stellvertretender Gauleiter des Sudetenlandes und stellvertretender Reichsprotektor) flüchtete mit seiner Familie am 9.05.1945 nach Pilsen. Frank wurde dort von den Nordamerikanern inhaftiert und später an die Tschechen ausgeliefert. Am 22.05.1946 führte man in Prag eine öffentliche Hinrichtung durch. Frank (unbegrenzter Machthaber im Protektorat Böhmen und Mähren) wurde vor einer großen Zuschauermenge gehängt.
Wilhelm Frick (1877 in Alsenz/Pfalz geboren, ab 1943 Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, ergebener Bürokrat, der sich Karl. H. Frank völlig unterordnet) wurde am 16.10.1946 in Nürnberg gehängt.
Konrad Henlein (1898 in Maffersdorf bei Reichenberg geboren, Sohn deutsch-tschechischer Eltern, Reichsstatthalter und Gauleiter des Sudetenlandes) beging am 10.05.1945 im US-Gefangenenlager in Pilsen Selbstmord.
Konstantin von Neurath (1873-1956, Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, Diplomat der "alten Schule") wurde 1941 wegen fehlender Härte "beurlaubt" und ab 1943 durch Frick ersetzt. Von Neurath erhielt eine Gefängnisstrafe von 15 Jahren (wegen "Verbrechen gegen die Menschlichkeit").

Westkrieg: US-Truppen befreien am 5. Mai 1945 das KZ Mauthausen bei Linz in Österreich.
Erich Kästner berichtet am 5. Mai 1945 über den Einmarsch der US-Truppen in Mayrhofen (x114/2.51): >>Heute gegen Abend trafen die ersten Amerikaner ein. ... Während in der Gaststube verhandelt wurde, warteten die Panzerfahrer und MG-Schützen neben ihren Fahrzeugen, rauchten und ließen sich von der Menge bestaunen. Es waren kräftige Burschen mit schmalen Ordensschnallen und breiten Boxergesichtern.
Während die Dorfjugend auf den Panzern herumturnte, meinte ein Sergeant, der ein deutsches Sportabzeichen als Siegestrophäe an der Mütze trug, "Tyrol sei a beautiful country". ...<<

Deutsches Reich: Großadmiral Karl Dönitz (1891-1980, Reichspräsident) bildet am 5. Mai 1945 eine "Geschäftsführende deutsche Reichsregierung". Graf Schwerin von Krosigk (1887-

1977, Außenminister) übernimmt die Gesamtleitung dieser Regierung. Weitere Regierungsmitglieder sind: Wilhelm Stuckardt (1902-1953, Reichsinnenminister), Albert Speer (1905-1981, Reichswirtschaftsminister), Ernst Backe (1896-1947, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft), Franz Seldte (1882-1947, Reichsarbeits- und Sozialminister) und Julius Dorpmüller (1869-1945, Reichsverkehrsminister).
Generalfeldmarschall Keitel (Chef des OKW), Generaloberst Jodl (Chef des Wehrmachtführungsstabes), Generaladmiral von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine), Generalfeldmarschall Ritter von Greim (Oberbefehlshaber der Luftwaffe) und Generalfeldmarschall Kesselring (OB im Südraum) werden in ihren Ämtern bestätigt.
Eine Berliner Lehrerin schreibt am 5. Mai 1945 in ihr Tagebuch (x106/441): >>Nun haben wir also den ersehnten Frieden, doch er freut mich nicht und die anderen auch nicht. ... Ich weiß nicht, was wird. Zunächst werde ich weiter unterrichten, im Lazarett sein ... und helfen, wo es nottut. Wenn nur die Verpflegung klappt!
Endlose Schlangen stehen nach Brot; Fleisch und Kartoffeln sind nicht da, Fett und Nährmittel noch nicht zugeteilt. Die Russen fahren langsam in Richtung Heimat, Amerikaner sollen kommen. Wenn man uns nur in unserem Trümmerhaufen nicht vergißt!<<

06.05.1945

Ostkrieg: In Schlesien flieht Gauleiter Hanke am 6. Mai 1945 aus der Festung Breslau. Um 5.30 Uhr startet er mit einem "Fieseler Storch", dem einzigen Dienstflugzeug des Festungskommandanten, vom Flugplatz Kaiserstraße und flüchtet bis nach Schweidnitz.
Nach der Flucht des Gauleiters leitet General Niehoff unverzüglich Kapitulationsverhandlungen ein. Im Verlauf der zähen Verhandlungen erklären sich die Sowjets schließlich bereit, den Wehrmachtssoldaten (einschl. Waffen-SS) und den Volkssturmangehörigen sowie der Zivilbevölkerung normale Lebensbedingungen zu garantieren.
Die "ehrenvollen Übergabebedingungen" Breslaus werden am 6. Mai 1945 in deutscher und russischer Sprache formuliert.
Diese Kapitulationsurkunde enthält u.a. folgende Vereinbarungen und Zusagen (x045/109-110): >>Herrn Festungskommandant der Festung Breslau, General der Infanterie Niehoff!
Entsprechend Ihrer Zusage betreffend einer ehrenvollen Übergabe der Eingekesselten Ihrer Festung und Festungseinheiten schlage ich Ihnen folgende Bedingungen vor:
1. Alle unter Ihrem Befehl stehenden Truppen stellen die Kampftätigkeit am 6.5.45 ab 14 Uhr (Moskauer Zeit) ein. ...
3. Wir garantieren Ihnen, allen Offizieren und Soldaten, die den Widerstand eingestellt haben, das Leben, Ernährung, Belassung des persönlichen Eigentums und der Auszeichnungen und nach Beendigung des Krieges Heimkehr in die Heimat. Dem ganzen Offizierskorps ist das Tragen der blanken Waffen gestattet.
4. Allen Verwundeten und Kranken wird sofortige medizinische Hilfe durch unsere Mittel zuteil.
5. Der gesamten Zivilbevölkerung werden Sicherheit und normale Lebensbedingungen garantiert.
6. Ihnen persönlich und anderen Generalen werden PKW mit Bedienung belassen, ebenso die entsprechende Bedienung für Generäle in der Gefangenschaft.
Der Befehlshaber der 6. Russischen Armee der Chef des Stabes
Der 1. Ukrainischen Front
Gezeichnet: General Glusdowski Generalmajor Panow<<

Festungskommandant General Niehoff kapituliert offiziell am 6. Mai 1945 um 13.00 Uhr (14.00 Uhr Moskauer Zeit).
Vor dem sowjetischen Einmarsch herrscht in Breslau unheimliche Stille. Am späten Nachmit-

tag wird diese beängstigende Friedhofsruhe allmählich durch laute russische Musik unterbrochen, die aus riesigen Propaganda-Lautsprechern dröhnt. Als die siegreichen "Befreier" am Abend in die Festung einziehen, spielen die Sowjets Melodien von Strauß usw.
Für die Breslauer Zivilbevölkerung beginnt danach eine endlose Zeit der Angst und des Schreckens, denn man hält die Kapitulationsvereinbarungen und ehrenvollen Übergabebedingungen leider nicht ein. General Niehoff verbringt später 5 Jahre im Gefängnis und kehrt erst nach 10 1/2 Jahren aus der sowjetischen Gefangenschaft zurück.
Bei den langen Kämpfen um Breslau kommen etwa 40.000 Zivilisten um (x001/54E). Mindestens 6.000 deutsche Soldaten und Volkssturmangehörige fallen. 38.000 Soldaten (davon 17.000 Verwundete) gehen in sowjetische Kriegsgefangenschaft (x045/118). Bis Ende März 1945 hatte man noch rund 6.000 verwundete Soldaten ausfliegen können.
Die Verluste der Roten Armee, die während der Breslauer Belagerung etwa 150.000-200.000 Soldaten einsetzt, betragen nach sowjetischen Angaben 5.000 Offiziere und 55.000 Soldaten (x045/118).
Die beiden letzten Stadtkommandanten Breslaus, General Hans von Ahlfen (1897-1966) und General Hermann Niehoff (1897-1980), berichten später in ihrem Buch "So kämpfte Breslau. 1945: Verteidigung und Untergang von Schlesiens Hauptstadt" (x045/119): >>... Wer je eine Straße gesehen hat, an der deutsche Trecks von sowjetischen Panzern niedergewalzt und zusammengeschossen – ein Anblick des Grauens – zerfetzt und durchsiebt in den Straßengräben lagen, wird am Ende dieses Buches vielleicht doch zu dem Urteil kommen können, das Breslaus Opfer, so groß und schmerzlich sie waren, gering erscheinen gegenüber jenem Ausmaß an Tod und Verderben, vor dem der Kampf Breslaus die nach Westen in die Freiheit ziehenden Schlesier bewahrt hat.<<
Im Sudetenland, Protektorat Böhmen und in Mähren beginn am 6. Mai 1945 die "Prager Operation" gegen die Heeresgruppe Mitte (Generalfeldmarschall Schörner) und die Heeresgruppe Ostmark (Generaloberst Rendulic). An dieser letzten sowjetischen Großoffensive beteiligen sich u.a. die 1. Ukrainische Front (Marschall Konjew), die 4. Ukrainische Front (Marschall Jeremenko) und die 2. Ukrainische Front (Marschall Malinowski).
Sternberg wird kampflos besetzt. Die Sowjets erhalten dort 3 Tage Plünderungsfreiheit.
US-General Patton fordert am 6. Mai 1945 hartnäckig den Vormarsch nach Prag. General Eisenhower (Oberbefehlshaber der Westalliierten) lehnt die Besetzung der Tschechoslowakei jedoch weiterhin strikt ab (x040/284).
Ein US-Soldat berichtet später über die sowjetischen Soldaten (x165/54-55): >>Wir waren uns bewußt, daß die Russen enorme Verluste an der Ostfront erlitten hatten, daß erst sie den Deutschen das Rückgrat gebrochen hatten. Auf unserer Seite hätte es unsägliches Leid und unzählige Opfer mehr gegeben, wenn sie nicht gewesen wären. Wir standen ihnen sehr freundlich gegenüber. Ich weiß noch, wie ich gesagt habe, falls wir uns einmal mit ihnen zusammenschließen sollten, würde ich sie ohne mit der Wimper zu zucken abküssen.
Ich habe nie russenfeindliche Sprüche gehört. Wir schätzten wohl die Lage realistisch ein, daß wir wohl im Kampf gegen sie als die Zweitbesten hervorgehen würden. Von der Atombombe hatten wir noch nicht einmal gehört. Wir mußten annehmen, daß sich Riesenarmeen gegenüberstehen würden und sie bereit wären, Millionen von Soldaten zu opfern.
Wir wußten, daß unsere Befehlshaber unsere Leben schonen wollten. Jemand mußte die Drecksarbeit in der Infanterie erledigen, aber die Befehlshaber versuchten immer, den Feind zuerst mit Panzern und Artillerie zu überwältigen, bevor sie Infanterie hineinschickten. So weit das möglich war, auf jeden Fall.
Ich denke oft darüber nach, warum Leute in meinem Alter und mit meinen Erfahrungen nicht spontan für eine Begrenzung der Atomwaffen auf dem Status quo eintreten wollen. Es liegt an diesem Gefühl, daß die Deutschen bereit waren, Millionen Menschenleben zu opfern. Was sie

dann auch mußten. In jedem deutschen Haus, das wir betraten, gab es diese schwarz umrandeten Bilder von Söhnen und Angehörigen. Man sah, daß die meisten an der Ostfront ums Leben gekommen waren. Und die Russen verloren 20 Millionen Menschen. ...
Bei der letzten Offensive bis hinunter nach Bayern waren wir Pattons Armee zugeteilt. Patton meinte, wir sollten doch gleich weitermarschieren. Für mich war das völlig undenkbar. Die Russen hätten uns niedergemetzelt, weil sie selber so große Verluste hingenommen hatten. Ich glaube nicht, daß die große Masse der GIs die geringste Lust auf einen Kampf gegen die Russen hatte. Durch Presse und Wochenschauen waren wir gut informiert, um über Stalingrad Bescheid zu wissen. Ich habe die Beweise gesehen; diese schwarz umrandeten Bilder in sämtlichen deutschen Familien, die ich je zu Gesicht bekam. Schwarzer Rand, Ostfront, neun von zehn.
Ich mißbillige den Kommunismus heute mehr denn je. Ich glaube schon, daß unsere Regierung für den "Uncle Joe" gut Wetter zu machen versucht hat. Die Konvois nach Murmansk. Wir hatten dabei gemischte Gefühle: Puh, gut, daß die den Löwenanteil auf sich genommen haben, die überwältigende Mehrheit der Todesopfer, und daß sie das Rückgrat der deutschen Armee gebrochen haben. Und die einzelnen Menschen für sich sind bestimmt gar nicht so schlimm. Auf alle Fälle wollen wir nicht gegen sie kämpfen. ...<<
Kapitulationsverhandlungen: Generaloberst Jodl fliegt am 6. Mai 1945 mit einer britischen Maschine nach Reims, um die schwierigen deutsch-amerikanischen Kapitulationsverhandlungen fortzusetzen, die auf der Gegenseite weiterhin von US-General Walter B. Smith geleitet werden.
Der deutsche Schriftsteller Jürgen Thorwald (1915-2006) berichtet später über diese Verhandlungen (x027/421): >>... Jodl wurde zunächst von General Smith empfangen. Mit unpersönlicher, kühler Art erklärte er noch einmal ... Eine bedingungslose Kapitulation dieser Armeen auch gegenüber Rußland, so wie General Eisenhower sie fordere, liefere nicht nur die deutschen Soldaten, sondern auch alle Deutschen, die sich noch im Schutze dieser Truppen befänden, der bolschewistischen Sklaverei aus.
Eine solche Tat könne kein Deutscher von Ehre mit seinem Namen decken. Der Fluch von Millionen würde seinen Namen ächten, und die deutsche Geschichte würde ihn als Verräter brandmarken. Keine deutsche Regierung könne die Truppen der genannten Heeresgruppen zwingen, einem Befehl zum Niederlegen der Waffen vor den Russen nachzukommen, solange sie noch einen Weg nach rückwärts in den amerikanischen Raum sähen. ...<<
US-General Smith teilt nach einer kurzen Rücksprache Eisenhowers ablehnende Antwort mit (x027/422): >>... Was die Schwierigkeiten betrifft, ... so kann ich Ihnen nicht helfen. ... Ich muß wiederholen, daß eine einseitige Einstellung der Kampfhandlungen ... und die Gefangennahme von Armeen, die zum größten Teil seit Jahren gegen unsere russischen Verbündeten gekämpft haben, eine absolute Unmöglichkeit ist. Sie widerspräche der Fairneß jedes Bündnisses. Sie machte uns zu Vertragsbrechern und untergrübe die Koalition, welche den Sieg über sie errungen hat. ...
Wenn ... einzelne deutsche Soldaten an die amerikanischen Linien kommen, so werden wir sie als Kriegsgefangene behandeln. Unter gar keinen Umständen aber können wir die Kapitulation ganzer Heeresgruppen entgegennehmen. Unsere Bedingungen sind eindeutig und unveränderlich. ...<<
US-General Smith droht zum Schluß (x027/424): >>... Wenn Sie ablehnen, gelten die Verhandlungen als abgebrochen. Sie können dann mit den Russen allein verhandeln. Die Operationen unserer Luftstreitkräfte werden wieder aufgenommen, und unsere Linien werden auch für einzelne aus dem Osten kommende Soldaten und Zivilisten gesperrt.<<
Norddeutschland: Hans Frank (ehemaliger Generalgouverneur in Polen) wird am 6. Mai 1945 in Norddeutschland von britischen Soldaten inhaftiert.

Polen: Die polnische Regierung beschließt am 6. Mai 1945 ein Gesetz über das verlassene und aufgegebene Vermögen der Deutschen (x003/65-68): >>... Art. 1. § 1. Verlassene Vermögen im Sinne dieses Gesetzes ist jedes bewegliche und unbewegliche Vermögen, das sich infolge des am 1. September 1939 begonnenen Krieges nicht im Besitz des Eigentümers, seiner Rechtsnachfolger oder von Personen befindet, die seine Rechte vertreten. ...
Art. 2. § 1. Jegliches bewegliche und unbewegliche Vermögen, das im Eigentum oder Besitz des deutschen Staates stand und im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Dekrets noch nicht von Staats- oder Selbstverwaltungsorganen übernommen wurde, sowie das Vermögen deutscher Staatsangehöriger oder von Personen, die zum Feinde übergelaufen sind, ist aufgegebenes Vermögen im Sinne dieses Gesetzes. ...
Art. 5. Zur Durchführung der Verwaltung des verlassenen und aufgegebenen Vermögens wird beim Ministerium für Finanzen ein Hauptamt für die vorläufige staatliche Verwaltung gebildet ...
Art. 15. § 1. Die Verwaltung landwirtschaftlicher Höfe, die verlassenes oder aufgegebenes Vermögen sind, überträgt die Wojewodschaftsabteilung der Vorläufigen Staatlichen Verwaltung den Landwirtschaftsbehörden. ...
Art. 16. Die Kosten der Verwaltung des verlassenen und aufgegebenen Vermögens belasten die Vermögen selbst. ...<<

07.05.1945

Ost- und Westkrieg: In Schlesien besetzen sowjetische Truppen Görlitz.
Im Isergebirge fliehen kilometerlange Wehrmachtskolonnen und Flüchtlingstrecks nach Westen, um die rettende Grenze in Bayern zu erreichen. Alle Wehrmachtsfahrzeuge sind mit Flüchtlingen überfüllt.
Einheiten der 9. und 12. Armee (General Busse und General Wenck mit rund 100.000 Soldaten) überqueren am 7. Mai 1945 bei Tangermünde die Elbe und gehen in nordamerikanische Gefangenschaft (x040/284). Da US-General William H. Simpson die Übernahme der Flüchtlingsmassen, die am Ostufer der Elbe warten, befehlsgemäß ablehnt, geraten Tausende von Flüchtlingen in sowjetische Gewalt (x052/233).
Sowjetische Truppen erreichen am 7. Mai 1945 die Elbe und besetzen die Gebiete in Höhe Wismar - Schwerin - Wittenberge. Hier treffen sie auf Truppen der 9. US-Armee, die anschließend den Brückenkopf östlich der Elbe räumen (x040/285).
Die Sowjets beginnen am 7. Mai 1945 damit, die Kunstschätze der Berliner Museen in die Sowjetunion zu transportieren (x111/11-12).
Der deutsche Dirigent Wilhelm Furtwängler (1886-1954), schreibt am 7. Mai 1945 über die Zustände in Berlin (x111/11): >>Die Russen feiern den Sieg über Berlin. Beim abendlichen Wasserholen am Funkhaus begegnen wir den Siegern, die in seliger Stimmung umhertorkeln wie auf einer Opernbühne. ...
Wasser am Funkhaus: Dort stehen Hunderte von Menschen Schlange, darunter viele mit Handwagen und großen Bottichen aus Lazaretten und Krankenhäusern. Alle stehen geduldig, rücken nur Schrittchen für Schrittchen vorwärts. Der Augenblick, in dem man den Schlauch erreicht und das klare Wasser sich sprudelnd in die Eimer ergießt – man wird immer ein bißchen getauft dabei – dieser Augenblick ist jedesmal herrlich.
Geduldig dann wieder zurück mit dem hin- und herschwappenden Wasser, über Geröll, Schutt, Steine, über den Kaiserdamm, vorbei an dem toten Soldaten. ...<<
Im Protektorat Böhmen erhalten die Tschechen kurz vor der Niederschlagung des Prager Aufstandes völlig überraschend Hilfe. Da die Wlassow-Truppen irrtümlich den Einmarsch der US-Streitkräfte erwarten und auf tschechische Fürsprache hoffen, wechseln sie am 7. Mai 1945 plötzlich die Fronten und verbünden sich mit den Tschechen.
In Teplitz-Schönau legen durchziehende SS-Verbände am 7. Mai 1945 einen kompletten Stra-

ßenzug in Schutt und Asche, weil sie einige weiße Fahnen entdecken.
Das Heer der Kroaten flüchtet mit ca. 220.000 Soldaten und mehreren zehntausend kroatischen Zivilisten zur österreichischen Grenze nach Klagenfurt. Die Serben sind den Kroaten bereits dicht auf den Fersen (x040/285).
Kapitulationsverhandlungen: Da Eisenhowers Haltung unerbittlich bleibt, unterzeichnen Generaloberst Alfred Jodl (Chef des OKW), Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und General Wilhelm Oxenius (Luftwaffe) am 7. Mai 1945, um 2.41 Uhr, die "bedingungslose" deutsche Gesamtkapitulation (in Kraft ab 9.05.1945, 0.01 Uhr).
General Eisenhower, der sich bis zum Schluß starrsinnig weigert, persönlich mit den Deutschen zu verhandeln, schreibt später in seinen Memoiren "Kreuzzug in Europa" (x106/432): >>Als Admiral von Friedeburg am 5. Mai in Reims eintraf, erklärte er, er möchte eine Reihe von Punkten klären. Für uns führte mein Chef des Stabes, General Smith, die Verhandlungen. Dieser teilte Friedeburg mit, daß es keinen Sinn habe, über irgend etwas zu debattieren, da wir nur eine bedingungslose Kapitulation entgegennehmen würden. Friedeburg gab vor, er sei nicht ermächtigt, ein solches Dokument zu unterzeichnen. ...
Uns war klar, daß die Deutschen Zeit gewinnen wollten, um möglichst viele deutsche Soldaten, die noch im Felde standen, hinter unsere Linien bringen zu können. Ich trug General Smith auf, er solle Jodl sagen, ich würde den Durchgang weiterer deutscher Flüchtlinge unter Gewaltanwendung verhindern, wenn sie nicht augenblicklich mit ihrer Vorspiegelungs- und Verzögerungstaktik aufhörten.
Ich hatte es satt, mich dauernd hinhalten zu lassen. Schließlich setzten Jodl und Friedeburg einen Funkspruch an Dönitz auf, worin sie um Vollmacht zur Unterzeichnung einer bedingungslosen Kapitulation baten, die 48 Stunden später in Kraft treten sollten. Hätte ich das noch länger mitgemacht, so hätten die Deutschen immer wieder eine Ausrede gefunden. ... Dönitz sah schließlich ein, daß er sich fügen mußte, und so unterzeichnete Jodl am 7. Mai um 2.41 Uhr die Kapitulation. Am 8. Mai um Mitternacht sollten alle Feindseligkeiten eingestellt werden. ... <<
Nach der Kapitulationsanerkennung erklärt Generaloberst Alfred Jodl im nordamerikanischen Hauptquartier (x027/425): >>Herr General, mit dieser Unterzeichnung sind das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht auf Gedeih und Verderb dem Sieger ausgeliefert. ... In dieser Stunde bleibt mir nichts, als auf die Großmut des Siegers zu hoffen.<<
Angesichts der feindseligen Haltung der Sieger, die verächtlich schweigen, salutiert die deutsche Delegation und kehrt sofort nach Flensburg zurück.
Im Artikel 1 der Kapitulationsurkunde heißt es (x063/602): >>... (daß die) hier Unterzeichneten ... im Auftrag des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht handeln.<<
Die Gesamtkapitulation war demnach rein militärischer Natur und keine politische Übergabe des gesamten deutschen Staatswesens, denn nicht die politischen Machthaber des Deutschen Reiches, sondern die Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht unterzeichneten die Kapitulationsurkunde.
Mit dieser Kapitulation verhindert die deutsche Wehrmacht wahrscheinlich unwissentlich den Abwurf der ersten Atombombe auf ein Ziel in Deutschland (x090/296).
Ein Angehöriger der US-Air Force (gehörte zur Flugzeugbesatzung, die am 9. August 1945 eine Atombombe auf Nagasaki abwarf) berichtet später (x165/493): >>... Wenn der Krieg länger gedauert hätte, wäre die Bombe in Europa eingesetzt worden, daß weiß ich. Wir haben öfters Simulationsflüge durchgeführt, die über zwei-, dreitausend Meilen gingen. Der Bomberschütze, ich und der Navigator, wir flogen diese Einsätze. Das war alles für Deutschland geplant, darauf waren wir die ganze Zeit eingestellt. Das es die Japaner treffen sollte, war, glaube ich, eine Entscheidung, die Truman in der letzten Sekunde gefällt hat.<<

Anti-Hitler-Koalition: Das sowjetische Parteiorgan "PRAVDA" veröffentlicht am 7. Mai 1945 einen Bericht der "Außerordentliche Staatlichen Kommission". Aufgrund dieser "Ermittlungen" bzw. Schätzung erklärt die sowjetische Untersuchungskommission, daß über vier Millionen Menschen in Auschwitz vernichtet wurden (x046/181).
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über das Ergebnis der sowjetischen "Außerordentlichen Staatlichen Kommission" (x046/181): >>... Diese Viermillionenzahl blieb im sowjetischen Machtbereich (Sowjetunion und Volksrepublik Polen) als feststehende Größe unangefochten bis zum Jahre 1990, obwohl selbst der unter dem Eindruck des sowjetischen 'Beweismaterials' (Dokument USSR-008) stehende Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg in seiner Urteilsbegründung vom August 1946 nur noch drei Millionen Opfer in Auschwitz hatte anerkennen wollen. ...<<
Spanien bricht am 7. Mai 1945 die diplomatischen Beziehungen zum NS-Regime ab.
Deutsches Reich: In einer Rundfunkansprache gibt Graf Schwerin von Krosigk ("Leiter der Geschäftsführenden deutschen Reichsregierung") am 7. Mai 1945 die Kapitulation bekannt (x033/614): >>... Das Oberkommando der Wehrmacht hat heute auf Geheiß des Großadmirals Dönitz die bedingungslose Kapitulation aller Truppen erklärt. ...
(Auf dem) Weg durch das Dunkel der Zukunft ... (müssen wir uns) durch 3 Sterne erleuchten und führen lassen, die stets das Unterpfand echten deutschen Wesens waren: Einigkeit und Recht und Freiheit!<<
Konrad Adenauer wird am 7. Mai 1945 von den Briten zum Oberbürgermeister von Köln ernannt.
Der Hildesheimer Bischof Godehard Machens schreibt am 7. Mai 1945 an den Regierungspräsidenten der Stadt (x111/12): >>Wir bitten, sobald die alliierte Militärregierung den Augenblick für die Wiedereröffnung der Schulen für gekommen erachtet, dafür sorgen zu wollen, daß in ihr die Jugend wieder wie früher nach christlichen Grundsätzen erzogen werden kann.<<

08.05.1945

Ostkrieg: In Schlesien besetzen sowjetische Truppen am 8. Mai 1945 die Grafschaft Glatz sowie Jägerndorf und dringen bis ins Riesengebirge vor.
Obgleich der sowjetische Einmarsch stündlich erwartet wird, pflanzt man in Schreiberhau Kartoffeln und sät Zuckerrüben.
In der Danziger Bucht wird am 8. Mai 1945 die Einschiffung von ca. 43.000 Flüchtlingen und Soldaten beendet (x040/284). In den frühen Morgenstunden laufen die Flüchtlingsschiffe zu ihrer letzten Fahrt nach Westen aus. Alle Schiffe sind bis zum Bersten gefüllt.
General Dietrich von Saucken (1892-1980) und sein Stab mit 11 Generälen bleiben, wie es die preußische Offiziersehre verlangt, bis zum bitteren Ende an der Kampffront der Danziger Bucht.
Die Rote Armee marschiert am 8. Mai 1945 in Dresden ein.
Im Sudetenland und im Protektorat Böhmen und Mähren hetzen mehrere hunderttausend Flüchtlinge und völlig aufgelöste Wehrmachtstruppen weiterhin nach Westen.
Generalfeldmarschall Schörner (Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte) flüchtet am 8. Mai 1945 mit einem Kurierflugzeug in das nordamerikanische Besatzungsgebiet nach Österreich.
Am Vormittag treffen einige nordamerikanische Panzer in Prag ein, um sich davon zu überzeugen, daß die Tschechen nicht mehr akut bedroht werden. Der US-Stoßtrupp kehrt anschließend nach Pilsen zurück.
In Österreich wird Graz am 8. Mai 1945 durch die Rote Armee besetzt.
Kapitulationsverhandlungen: Nach der Kapitulation von Reims (Frankreich) legen am 8. Mai 1945 rd. 7,5 Millionen deutsche Soldaten ihre Waffen nieder und ziehen in endlosen Marschkolonnen in die Kriegsgefangenschaft (x106/396).

Anti-Hitler-Koalition: Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldet am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht (x111/12): >>Deutschland ist ein unterworfenes, erobertes und besetztes Land, das keine unabhängige Existenz hat. ...<<
Churchills Kommentar lautet am 8. Mai 1945 (x111/12): >>... Die bedingungslose Kapitulation unserer Feinde war das Signal für den größten Freudenausbruch in der Geschichte der Menschheit.<<
Charles de Gaulle erklärt am 8. Mai 1945 während eines Dankgottesdienstes in der Kathedrale von Notre-Dame in Paris (x111/12): >>... Als Staat, als Macht und als Doktrin ist das Deutsche Reich völlig zerstört.<<
General Eisenhower verbietet den US-Soldaten am 8. Mai 1945 nochmals jeden persönlichen Kontakt mit der deutschen Bevölkerung (x111/12): >>Die Offiziere und Mannschaften haben auf den Straßen, in Häusern, Cafés, Filmtheatern usw. sich den deutschen Männern, Frauen und Kindern fernzuhalten. Ein Kontakt mit der Bevölkerung ist nur im dienstlichen Verkehr gestattet. Jede Art des persönlichen Umgangs hat zu unterbleiben. Ich wünsche keine gegenseitigen Besuche, keine Teilnahme an sozialen Veranstaltungen, kein Händeschütteln.
Bloße Kapitulation bedeutet noch nicht Frieden. Der Einfluß der Nazis hat alles durchdrungen, selbst die Kirche und die Schulen. Die Besetzung Deutschlands ist ein Kriegsakt, dessen oberstes Ziel die Vernichtung des Nazi-Systems ist. Für euch Soldaten ist es noch zu früh, zwischen guten und schlechten Deutschen zu unterscheiden. ...<<
Die US-Regierung protestiert am 8. Mai 1945 wieder gegen die eigenmächtige Errichtung von polnischen Besatzungszonen (x001/109E): >>... In der amerikanischen Note vom 8. Mai 1945 wurde erklärt, daß die Warschauer Regierung in den ostdeutschen Gebieten bereits ihren vollständigen Staatsapparat errichtet und ihre Gesetze in Kraft gesetzt habe, daß ferner bereits eine Umsiedlung von Polen in diese Gebiete begonnen habe und offensichtlich eine noch weitere Ausdehnung der polnischen Verwaltung in Ostdeutschland geplant sei.
Diese Maßnahmen seien einseitige Handlungen ohne vorherige Beratung und verstießen gegen die Grundsätze, die in Jalta über die Kontrolle und Besetzung Deutschlands aufgestellt worden seien. ...<<
Stalin erwidert daraufhin beschwichtigend, daß diese Maßnahmen nichts mit der endgültigen Grenzziehung zu tun hätten.
Das US-Außenministerium teilt dem Schweizer Gesandten am 8. Mai 1945 in Washington mit, daß seine Regierung als Schutzmacht entlassen worden sei und verweigert dem Internationalen Roten Kreuz die Erlaubnis, nordamerikanische Kriegsgefangenenlager zu betreten (x131/83).
Deutsches Reich: Die deutsche Wehrmacht führt am 8. Mai 1945 wieder den militärischen Gruß ein.
Ein nordamerikanischer Major des militärischen Begleitkommandos berichtet am 8. Mai 1945 über eine Fahrt durch Berlin (x111/12): >>Die Fahrt durch das verwüstete Berlin glich einer Hatz durch von Geister heimgesuchte Ruinen. Ich habe Köln, Aachen und andere schwer zerstörte Orte gesehen, aber die Zerstörung Berlins war viel schlimmer. Es roch immer noch nach Krieg. Und die ganze Gewalt der mörderischen Straßenkämpfe und erbitterten Haus-zu-Haus-Gefechte konnte noch nachgefühlt werden.
Ortsteile, welche wir durchfuhren, waren verlassen bis auf einige wenige ausgemergelte, erschöpfte Zivilisten, die in schäbiger Kleidung mit alten Eimern in der Hand hinter einer handbetriebenen Pumpe eine Schlange bildeten, um Wasser zu holen. Ein paar Nazislogans, an rauchschwarz zerbombte Gebäude gekleistert, "Tod dem Bolschewismus", "Mit Adolf Hitler durch Opfer zum Endsieg", waren alles, was vom Dritten Reich zurückgeblieben war. ...<<
Erich Kästner (1899-1974, Schriftsteller) kritisiert am 8. Mai 1945 die zwielichtige Außenpolitik der Alliierten (x111/13): >>... Wer hat denn, als längst der Henker bei uns öffentlich um-

ging, mit Hitler paktiert? Das waren nicht wir. ... Wer hat denn Konkordate (Verträge zwischen Staat und der katholischen Kirche) abgeschlossen? Handelsverträge unterzeichnet? Diplomaten zur Gratulationscour und Athleten zur Olympiade nach Berlin geschickt?
Wer hat denn den Verbrechern die Hand gedrückt statt den Opfern?
Wir nicht, meine Herren Pharisäer!<<
Alfred Kantorowicz (1899-1979, deutscher KPD-Politiker und Journalist) notiert am 8. Mai 1945 in seinem Tagebuch (x111/13): >>Es ist gut, heute allein zu sein. Das also liegt hinter uns ... 12 Jahre, die die Verbrechen von tausend Jahren angehäuft haben. ... Von irgendwoher wird Beethovens "Fünfte" gesendet. Die Hymne des Sieges? Es gibt keinen Sieg. Es gibt am Ende dieses Krieges nur Besiegte. ...<<
Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) notiert am 8. Mai 1945 in ihrem Tagebuch (x111/13): >>Plötzlich überkommt uns der ganze Jubel des Befreitseins. Frei von Bomben! Frei von Verdunkelung! Frei von Gestapo und frei von den Nazis! Wie auf Flügeln eilen wir nach Hause. Am Abend feiern wir. Feiern mit allem, was wir besitzen. Pax nobiscum! (Friede sei mit uns!)<<
Der deutsche Historiker Arnulf Baring notiert später über den Augenblick des Kriegsendes (x111/13): >>Es war ein neuer Anfang, war wie am Anbeginn der Welt, als die Erde wüst und leer gewesen war, Gott aber das Licht von der Finsternis geschieden, Pflanzen und Tiere und zuletzt den Menschen geschaffen hatte. Wir alle waren neue Menschen, wie neugeboren. Wer es nicht miterlebt hat, kann es kaum nachfühlen wer es miterlebt hat, kann es nicht vergessen.<<
Thomas Mann berichtet am 8. Mai 1945 in einer BBC-Rundfunkansprache (für deutsche Hörer) über die entdeckten Greuel in den NS-Konzentrationslagern (x111/13): >>... Der dickwandige Folterkeller, zu dem der Hitlerismus Deutschland gemacht hatte, ist aufgebrochen, und offen liegt unsere Schmach vor den Augen der Welt. Die Menschheit schaudert sich vor Deutschland! Ja, vor Deutschland.<<
Österreich: Hermann Göring (ehemaliger Oberbefehlshaber der Luftwaffe) wird am 8. Mai 1945 in Kitzbühel von nordamerikanischen Soldaten festgenommen.
USA: Ein deutscher Wehrmachtssoldat berichtet später über die Kriegsgefangenschaft im Fort Knox in Kentucky (x292/205-206): >>... Dann kam der 8. Mai 1945. In Europa hatte das gewaltsame Sterben endlich ein Ende gefunden. Es folgten Triumphgesänge in allen amerikanischen Medien. Erleichterung, gepaart mit dumpfer Zukunftsangst, beherrschten die Gemüter der Gefangenen. Wann dürfen wir heimkehren? Was erwartet uns in der Heimat? Was wird aus Deutschland? – Das waren Fragen, die uns bewegten. Zynische Sprüche wie "Genieße den Krieg, der Friede wird furchtbar" machten die Runde.
Wohl unter dem Eindruck der KZ-Greuel gab es nun in den Gefangenenlagern restriktive Maßnahmen. Die Lebensmittelversorgung, bis dahin US-Army-Standard, wurde auf ein Niveau gesenkt, das gerade noch das Überleben sicherte. ...
Verständlich, daß unter diesen Bedingungen die Arbeitslust und körperliche Leistungsfähigkeit stark nachließ. Nach etwa sechs Wochen hatten die Amerikaner ein Einsehen und erhöhten die Lebensmittelrationen wieder auf ein ausreichendes Maß. ...<<

09.05.1945

Ostkrieg: Die Halbinsel Hela, einige Gebiete um Schiewenhorst, Nickelswalde in der Weichselniederung und Teile der Frischen Nehrung werden bis zur Kapitulation am 9. Mai 1945 von deutschen Truppen verteidigt.
Mehrere tausend Soldaten und Flüchtlinge fliehen noch mit kleinen Segelbooten, Fischkuttern, Marinefährprahmen und schwimmfähigen Behelfsfahrzeugen über die Ostsee nach Westen.
Vom 1. Mai bis zum 9. Mai 1945 gehen in der Ostsee 45 deutsche Schiffe (162.910 BRT)

verloren (x031/191).
Als die letzten deutschen Truppenkolonnen am 9. Mai 1945 aus Prag abziehen, greifen sowjetische Panzertruppen der 1. Ukrainischen Front (Konjew) an und walzen die deutschen Nachhuten nieder.
Der Rundfunksender Prag II meldet sofort die Ankunft der Sowjets (x005/110): >>Die deutsche Wehrmacht ergibt sich! ... Die SS ist vertrieben! ... Es lebe Stalin und die glorreiche Rote Armee! ...<<
Vor allem die Meldung, daß von den deutschen Truppen keine Vergeltung mehr zu befürchten ist, läßt in Prag einen Sturm der Gewalt gegen die zurückgebliebenen Deutschen losbrechen.
Der britische Historiker Christopher Duffy berichtet später über den "Prager Aufstand" (x100/308): >>Die Welle der Gewalt, die am 9. Mai ausgebrochen war, hielt noch monatelang an und erfaßte über Prag hinaus alle von Deutschen bewohnten Gebiete der Tschechoslowakei. Das Ungewöhnliche daran war, daß die Gewalt von der tschechischen Bevölkerung ausging und nicht von den sowjetischen Soldaten, die tatsächlich allen Grund hatten, die Deutschen zu hassen.
Die tschechoslowakische Regierung war erst 1989 zu einem Eingeständnis bereit, daß diese schmachvollen Ereignisse stattgefunden hatten. ...<<
Kapitulationsverhandlungen: Da Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangt, unterzeichnen Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Chef des OKW), Generaladmiral von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff (stellvertretender Oberbefehlshaber der Luftwaffe) am 9. Mai 1945, um 0.16 Uhr, die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst
In dieser militärischen Kapitulationsurkunde heißt es (x092/927): >>1. Wir, die hier Unterzeichneten, die wir im Auftrage der Deutschen Wehrmacht handeln, übergeben hiermit bedingungslos dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionsstreitkräfte und gleichzeitig dem Oberkommando der Roten Armee alle gegenwärtig unter deutschem Befehl stehenden Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft. ...<<
Die deutsche Gesamtkapitulation tritt unverändert am 9. Mai 1945 um 0.01 Uhr in Kraft. An allen deutschen Frontabschnitten (mit Ausnahme der Tschechoslowakei) ruhen die Waffen.
Das Oberkommando der Wehrmacht gibt am 9. Mai 1945 bekannt (x013/569): >>Seit Mitternacht schweigen nun an allen Fronten die Waffen. Auf Befehl des Großadmirals hat die Wehrmacht den aussichtslos gewordenen Kampf eingestellt. Damit ist das fast 6jährige heldenhafte Ringen zu Ende. Es hat uns große Siege, aber auch schwere Niederlagen gebracht. Die deutsche Wehrmacht ist am Ende einer gewaltigen Übermacht ehrenvoll unterlegen.
Der deutsche Soldat hat, getreu seinem Eid, im höchsten Einsatz für sein Volk für immer Unvergeßliches geleistet. Die Heimat hat ihn bis zuletzt mit allen Kräften unter schwersten Opfern unterstützt.
Die einmalige Leistung von Front und Heimat wird in einem späteren gerechten Urteil der Geschichte ihre endgültige Würdigung finden.
Den Leistungen und Opfern der deutschen Soldaten zu Lande, zu Wasser und in der Luft wird auch der Gegner die Achtung nicht versagen. Jeder Soldat kann deshalb die Waffe aufrecht und stolz aus der Hand legen und in den schwersten Stunden unserer Geschichte tapfer und zuversichtlich an die Arbeit gehen für das ewige Leben unseres Volkes.
Die Wehrmacht gedenkt in dieser schweren Stunde ihrer vor dem Feinde gebliebenen Kameraden.
Die Toten verpflichten zu bedingungsloser Treue, zu Gehorsam und Disziplin gegenüber dem aus zahllosen Wunden blutenden Vaterland.<<
Nach der deutschen Kapitulation atmet die deutsche Bevölkerung zwar erleichtert auf, aber

fast alle Deutschen reagieren gleichzeitig tief erschüttert. Infolge der Sinnlosigkeit des verlorenen Krieges, der jahrelang Tod und Verderben über Millionen gebracht hatte, brechen die meisten Deutschen vor Jammer und Schmerz regelrecht zusammen.
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über das Kriegsende in Westdeutschland (x057/242): >>... Der Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands folgte eine planmäßige "Entnazifizierung" durch von den Westmächten errichtete Spruchkammern, ferner Prozesse gegen die deutschen Kriegsverbrecher und eine Überwachung des gesamten öffentlichen Lebens (Banken, Verwaltung, Verkehr usw.).
Niemand glaubte, daß das deutsche Volk – besiegt und verfemt, enttäuscht und verbittert, ohne genügende Nahrung, Kleidung und Behausung, an den Rand der Verzweiflung getrieben – sich je noch einmal von diesem tiefen Sturz würde erholen können. Es blieben nur die Hilfe der Siegermächte und die eigene Kraft des deutschen Volkes. Aber
"Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß."<<
Anti-Hitler-Koalition: Nach der Kapitulation verkünden die "Großen Drei" - Truman, Churchill und Stalin - am 9. Mai 1945 in Rundfunkansprachen den Sieg über Deutschland.
US-Präsident Truman erklärt nach dem Sieg über Deutschland (x106/436): >>Die alliierten Armee haben durch Opfer und Hingabe und mit Gottes Hilfe eine endgültige und bedingungslose Kapitulation Deutschlands erkämpft. Die westliche Welt ist von den bösen Mächten befreit, die fünf Jahre und länger Menschen ins Gefängnis geworfen und die Leben von Millionen und Abermillionen freigeborener Männer zerbrochen haben.
Sie haben die Kirchen dieser Menschen geschändet, ihre Heime zerstört, ihre Kinder verdorben und ihre Lieben ermordet. Die Armeen der Befreiung haben jenen leidenden Völkern, deren Geist und Willen die Unterdrücker niemals versklaven konnten, die Freiheit wiedergegeben.
Viel bleibt noch zu tun. Der im Westen errungene Sieg muß jetzt auch im Osten gewonnen werden; die ganze Welt muß von dem Bösen gesäubert werden, von dem ihre eine Hälfte bereits befreit worden ist.
Gemeinsam haben die friedliebenden Nationen im Westen bewiesen, daß ihre Waffen weit stärker sind als die Macht der Diktatoren. ...
Aber die Fähigkeit unserer Völker, sich gegen alle Feinde zu verteidigen, muß im pazifischen Krieg (gegen Japan) ebenso bewiesen werden, wie sie in Europa bewiesen worden ist.
Für den Triumph des Geistes und der Waffen, den wir errungen haben und für seine Folgen für die Völker allenthalben, die wir die Freiheit lieben, gehört es sich, daß wir als Nation dem allmächtigen Gott Dank abstatten, der uns gestärkt und den Sieg gegeben hat.<<
Premierminister Winston Churchill erklärt nach dem Sieg über Deutschland (x106/436): >>...
Nachdem das tapfere Frankreich zu Boden geschlagen worden war, führten wir von dieser Insel und von unserem geeinten Empire aus den Kampf ein ganzes Jahr lang allein weiter, bis uns die militärische Macht Sowjetrußlands an die Seite trat und später die überwältigende Stärke und die überwältigenden Hilfsmittel der Vereinigten Staaten von Amerika.
Schließlich stand beinah die ganze Welt geeint gegen die Übeltäter, die nun zu unseren Füßen liegen. Alle Herzen hier auf dieser Insel und im ganzen Empire schlagen in Dankbarkeit für unsere herrlichen Verbündeten.
Wir dürfen uns eine kurze Weile Freude gönnen; wir wollen aber nicht vergessen, welche harte Arbeit und welche Anstrengungen vor uns liegen. Japan, das verräterische, gierige Japan, ist noch nicht besiegt. Der Schaden, den es Großbritannien, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern zugefügt hat, ... schreit nach Rache und Vergeltung. Wir müssen nun unsere ganze Kraft ... zur Erfüllung dieser Aufgabe einsetzen.
Vorwärts Britannia! Lang lebe die Sache der Freiheit.
Gott schütze den König.<<

Der sowjetische Staats- und Parteichef Josef Stalin verkündet nach dem Sieg über Deutschland (x106/436): >>Der große Siegestag ist da. Das faschistische Deutschland ist von den Truppen der Roten Armee und den Truppen unserer Alliierten auf die Knie gezwungen worden. Deutschland hat sich als besiegt erklärt. Wenn man die Bestrebungen der deutschen Machthaber im Auge hat, so weiß man, daß man weder ihrer Unterschrift noch ihrem Wort Glauben schenken darf. Die Deutschen haben nunmehr ihre Waffen zu strecken.
Wenn sie, wie in der Tschechoslowakei noch Widerstand leisten, so wird die Rote Armee diesen Widerstand zu brechen verstehen.
Jetzt ist ... der historische Moment des Sieges gekommen. Das sowjetische Volk hat gewaltige Opfer und unermeßliche Leiden für sein Vaterland gebracht. Die slawischen Völker haben endgültig über die deutsche Tyrannei gesiegt.
Jetzt weht über den Völkern Europas die Freiheitsfahne. Vor drei Jahren hatte Deutschland die Absicht gehabt, die Sowjetunion durch Abtrennung des Kaukasus, der Ukraine, Weißrußland und der baltischen Staaten zu zerstückeln.
Es geschah jedoch etwas ganz anderes: Deutschland sieht sich gezwungen, bedingungslos zu kapitulieren. Die Sowjetunion gedenkt aber nicht, Deutschland zu zerstückeln und zu vernichten.
Genossen!
Der große vaterländische Krieg ist siegreich beendet. Wir können nunmehr wieder zu unserer friedlichen Arbeit zurückkehren. Ruhm dem großen Volk der Sowjetunion, Ruhm der Sowjetarmee und Sowjetflotte und ... denen, die ihr Leben für das Vaterland geopfert haben.<<
Bis zur Gesamtkapitulation erreichen noch mehrere hunderttausend Soldaten des deutschen Ostheeres und verbündete Kampftruppen aus Jugoslawien, Ungarn und der UdSSR den rettenden Westen. Die US-Truppen blockieren jedoch befehlsgemäß alle Rückzugsstraßen, um die nach Westen fliehenden Einheiten so lange aufzuhalten, bis sie von der Roten Armee oder von den Partisanen gefangengenommen werden können.
Im Sudetenland werden z.B. einige Stunden nach der Kapitulation kilometerlange Wehrmachtskolonnen und Flüchtlingstrecks von sowjetischen Truppen überrollt, weil sich die Nordamerikaner weigern, die abgehetzten Deutschen durchzulassen.

Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation gerieten rd. 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft (x026/36). Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen, die im Mai 1945 im Westen kapitulierten, wurden später durch die westlichen Alliierten an die UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien, Frankreich und andere Länder ausgeliefert. Dort wurden die deutschen Kriegsgefangenen als billige Zwangsarbeiter eingesetzt. Während der jahrelangen schweren Zwangsarbeit ging ein großer Teil der Kriegsgefangenen an Entkräftung, Krankheit und Hunger zugrunde.
Falls die deutschen Kriegsgefangenen die barbarischen Torturen der Kriegsgefangenschaft lebend überstanden, kamen sie mehrheitlich als gebrochene Männer in ihre alte bzw. neue Heimat zurück. Mindestens 1.577.000 deutsche Kriegsgefangene gingen während der jahrelangen Zwangsarbeit ("Wiederaufbauarbeit") zugrunde (x026/45).
Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 (in Kraft seit dem 26. Januar 1910) legte für die Behandlung von Kriegsgefangenen folgende Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >>... Artikel 4 Die Kriegsgefangenen unterstehen der Gewalt der feindlichen Regierung, aber nicht der Gewalt der Personen oder der Abteilungen, die sie gefangen genommen haben. Sie sollen mit Menschlichkeit behandelt werden. Alles, was ihnen persönlich gehört, verbleibt ihr Eigentum mit Ausnahme von Waffen, Pferden und Schriftstücken militärischen Inhalts.
Artikel 5 Die Kriegsgefangenen können in Städten, Festungen, Lagern oder an anderen Orten

untergebracht werden mit der Verpflichtung, sich nicht über eine bestimmte Grenze hinaus zu entfernen; dagegen ist ihre Einschließung nur statthaft als unerläßliche Sicherungsmaßregel und nur während der Dauer der diese Maßregel notwendig machenden Umstände.

Artikel 6 Der Staat ist befugt, die Kriegsgefangenen mit Ausnahme der Offiziere nach ihrem Dienstgrad und nach ihren Fähigkeiten als Arbeiter zu verwenden. Diese Arbeiten dürfen nicht übermäßig sein und in keiner Beziehung zu den Kriegsunternehmungen stehen. Den Kriegsgefangenen kann gestattet werden, Arbeiten für öffentliche Verwaltungen oder für Privatpersonen oder für ihre eigene Rechnung auszuführen.

Arbeiten für den Staat werden nach den Sätzen bezahlt, die für Militärpersonen des eigenen Heeres bei Ausführung der gleichen Arbeiten gelten, oder, falls solche Sätze nicht bestehen, nach einem Satze, wie er den geleisteten Arbeiten entspricht. Werden die Arbeiten für Rechnung anderer öffentlicher Verwaltungen oder für Privatpersonen ausgeführt, so werden die Bedingungen im Einverständnis mit der Militärbehörde festgestellt. Der Verdienst der Kriegsgefangenen soll zur Besserung ihrer Lage verwendet und der Überschuß nach Abzug der Unterhaltungskosten ihnen bei der Freilassung ausgezahlt werden.

Artikel 7 Die Regierung, in deren Gewalt sich die Kriegsgefangenen befinden, hat für ihren Unterhalt zu sorgen. In Ermangelung einer besonderen Verständigung zwischen den Kriegführenden sind die Kriegsgefangenen in Beziehung auf Nahrung, Unterkunft und Kleidung auf demselben Fuße zu behandeln wie die Truppen der Regierung, die sie gefangen genommen hat.

Artikel 8 Die Kriegsgefangenen unterstehen den Gesetzen, Vorschriften und Befehlen, die in dem Heere des Staates gelten, in dessen Gewalt sie sich befinden. Jede Unbotmäßigkeit kann mit der erforderlichen Strenge geahndet werden. Entwichene Kriegsgefangene, die wieder ergriffen werden, bevor es ihnen gelungen ist, ihr Heer zu erreichen, oder bevor sie das Gebiet verlassen haben, das von den Truppen, welche sie gefangen genommen hatten, besetzt ist, unterliegen disziplinarischer Bestrafung. Kriegsgefangene, die nach gelungener Flucht von neuem gefangen genommen werden, können für die frühere Flucht nicht bestraft werden.

Artikel 9 Jeder Kriegsgefangene ist verpflichtet, auf Befragen seinen wahren Namen und Dienstgrad anzugeben; handelt er gegen diese Vorschrift, so können ihm die Vergünstigungen, die den Kriegsgefangenen seiner Klasse zustehen, entzogen werden.

Artikel 10 Kriegsgefangene können gegen Ehrenwort freigelassen werden, wenn die Gesetze ihres Landes sie dazu ermächtigen; sie sind alsdann bei ihrer persönlichen Ehre verbunden, die übernommenen Verpflichtungen sowohl ihrer eigenen Regierung als auch dem Staate gegenüber, der sie zu Kriegsgefangenen gemacht hat, gewissenhaft zu erfüllen. Ihre Regierung ist in solchem Falle verpflichtet, keinerlei Dienste zu verlangen oder anzunehmen, die dem gegebenen Ehrenworte widersprechen.

Artikel 11 Ein Kriegsgefangener kann nicht gezwungen werden, seine Freilassung gegen Ehrenwort anzunehmen; ebensowenig ist die feindliche Regierung verpflichtet, dem Antrag eines Kriegsgefangenen auf Entlassung gegen Ehrenwort zu entsprechen.

Artikel 12 Jeder gegen Ehrenwort entlassenen Kriegsgefangene, der gegen den Staat, dem gegenüber er die Ehrenverpflichtung eingegangen ist, oder gegen dessen Verbündete die Waffen trägt und wieder ergriffen wird, verliert das Recht der Behandlung als Kriegsgefangener und kann vor Gericht gestellt werden.

Artikel 13 Personen, die einem Heere folgen, ohne ihm unmittelbar anzugehören, wie Kriegskorrespondenten, Zeitungsberichterstatter, Marketender und Lieferanten, haben, wenn sie in die Hand des Feindes geraten und diesem ihre Festhaltung zweckmäßig erscheint, das Recht auf Behandlung als Kriegsgefangene, vorausgesetzt, daß sie sich im Besitz eines Ausweises der Militärbehörde des Heeres befinden, das sie begleiten.

Artikel 14 Beim Ausbruch der Feindseligkeiten wird in jedem der kriegführenden Staaten und

eintretenden Falles in den neutralen Staaten, die Angehörige eines der Kriegführenden in ihr Gebiet aufgenommen haben, eine Auskunftsstelle über die Kriegsgefangenen errichtet. Diese ist berufen, alle die Kriegsgefangenen betreffenden Anfragen zu beantworten, und erhält von den zuständigen Dienststellen alle Angaben über die Unterbringung und deren Wechsel, über Freilassungen gegen Ehrenwort, über Austausch, über Entweichungen, über Aufnahme in die Hospitäler und über Sterbefälle sowie sonstige Auskünfte, die nötig sind, um über jeden Kriegsgefangenen ein Personalblatt anzulegen und auf dem laufenden zu erhalten.
Die Auskunftsstelle verzeichnet auf diesem Personalblatt die Matrikelnummer, den Vor- und Zunamen, das Alter, den Heimatort, den Dienstgrad, den Truppenteil, die Verwundungen, den Tag und Ort der Gefangennahme, der Unterbringung, der Verwundungen und des Todes sowie alle besonderen Bemerkungen.
Das Personalblatt wird nach dem Friedenschluß der Regierung des anderen Kriegführenden übermittelt. Die Auskunftsstelle sammelt ferner alle zum persönlichen Gebrauche dienenden Gegenstände, Wertsachen, Briefe usw., oder von den gegen Ehrenwort entlassenen, ausgetauschten, entwichenen oder in Hospitälern oder Feldlazaretten gestorbenen Kriegsgefangenen hinterlassen werden, und stellt sie die Berechtigten zu.
Artikel 15 Die Hilfsgesellschaften für Kriegsgefangene, die ordnungsmäßig nach den Gesetzen ihres Landes gebildet worden sind und den Zweck verfolgen, die Vermittler der mildtätigen Nächstenhilfe zu sein, erhalten von den Kriegführenden für sich und ihre ordnungsmäßig beglaubigten Agenten jede Erleichterung innerhalb der durch die militärischen Erfordernisse und die Verwaltungsvorschriften gezogenen Grenzen, um ihre menschenfreundlichen Bestrebungen wirksam ausführen zu können.
Den Delegierten dieser Gesellschaften kann auf Grund einer ihnen persönlich von der Militärbehörde erteilten Erlaubnis und gegen die schriftliche Verpflichtung, sich allen von dieser etwa erlassenen Ordnungs- und Polizeivorschriften zu fügen, gestattet werden, Beihilfen an den Unterbringungsstellen sowie an den Rastorten der in die Heimat zurückkehrenden Gefangenen zu verteilen.
Artikel 16 Die Auskunftsstellen genießen Portofreiheit. Briefe, Postanweisungen, Geldsendungen und Postpakete, die für die Kriegsgefangenen bestimmt sind oder von ihnen abgesandt werden, sind sowohl im Lande der Aufgabe, als auch im Bestimmungsland und in den Zwischenländern von allen Postgebühren befreit. Die als Liebesgaben und Beihilfen für Kriegsgefangene bestimmten Gegenstände sind von allen Eingangszöllen und anderen Gebühren sowie von den Frachtkosten auf Staatseisenbahnen befreit.
Artikel 17 Die gefangenen Offiziere erhalten dieselbe Besoldung, wie sie den Offizieren gleichen Dienstgrads in dem Lande zusteht, wo sie gefangen gehalten werden; ihre Regierung ist zur Erstattung verpflichtet.
Artikel 18 Den Kriegsgefangenen wird in der Ausübung ihrer Religion mit Einschluß der Teilnahme am Gottesdienste volle Freiheit gelassen unter der einzigen Bedingung, daß sie sich den Ordnungs- und Polizeivorschriften der Militärbehörde fügen.
Artikel 19 Die Testamente der Kriegsgefangenen werden unter denselben Bedingungen entgegengenommen oder errichtet wie die der Militärpersonen des eigenen Heeres. Das gleiche gilt für die Sterbeurkunden sowie für die Beerdigung von Kriegsgefangenen, wobei deren Dienstgrad und Rang zu berücksichtigen ist.
Artikel 20 Nach dem Friedensschluß sollen die Kriegsgefangenen binnen kürzester Frist in ihre Heimat entlassen werden.<<
Ein deutscher Wehrmachtsoffizier berichtet später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen im Raum Olmütz in Mähren (x292/69-72): >>... Als der Morgen des 9. Mai heraufdämmerte, war das 8,8 cm – Flakgeschütz zur Stelle, in dessen Schutz wir müde zurückschlurften. Obwohl wir erschöpft bis zum Umfallen waren, nahmen wir bei aufgehender Son-

ne wahr, daß die Natur sich in einer Frühlingspracht entfaltete, wie wir sie nie zuvor erlebt hatten. Es war wie eine Verheißung von Frieden und Heimat.
Der Führer der 4. Kompanie kam uns auf einem Beiwagenkrad entgegen, um mich zum Bataillonsgefechtsstand zu holen. In einem muffigen Wirtshaus waren die Offiziere des Bataillons bereits versammelt. Der Bataillonsführer verlas in großer Hast einen Befehl, wonach die Wehrmacht bedingungslos kapituliert habe.
Das Bataillon sei aufgelöst, jeder könne gehen, wohin er wolle. Wer mit ihm versuchen wolle, nach Westen und damit zu den Amerikanern zu kommen, solle auf der Stelle mit ihm aufbrechen. Er gab uns die Hand und ging davon. Völlig verwirrt, nahm ich noch wahr, daß er mit seinen Adjutanten und dem Chef der 4. das Beiwagenkrad bestieg und davonbrauste. ...
Wir Zurückgebliebenen sahen uns wortlos an. "Das war es dann wohl", sagte einer bitter. ... Die am Dorf vorbeiführende Straße füllte sich mit einem immer größer werdenden Zug von Soldaten aller Waffengattungen der sich nach Westen wälzte. Nach kurzer Beratung schloß sich unser Häuflein dem Strom an.
... Nun waren wir umringt von zahllosen Männern in Heeres- und Luftwaffenuniformen aller Dienstgrade, Nachrichtenhelfern, Krankenschwestern, Eisenbahnern. Und je weiter wir nach Westen kamen, um so mehr wurden es. ... Die Sonne brannte heiß vom Himmel. In unseren Brotbeuteln hatten wir nur noch Reste von Verpflegung, unsere Feldflaschen waren leer. Aber der Krieg war zu Ende.
... Trotz aller Strapazen, denen wir ausgesetzt waren, fühlten wir uns hoffnungsfroh. Die bleierne Müdigkeit war verflogen. All unsere Sinne waren darauf gerichtet, so schnell wie möglich nach Hause zu kommen. Unsere Gespräche kreisten um die Heimkehr. Dann knallte es. Panzerschüsse! Unversehens hatten uns rechts russische Panzerverbände eingeholt und stießen schnell weiter in unserer Marschrichtung vor. ... Es war, als ob schlagartig die im Krieg bewährte, selbstverständliche Kameradschaft erloschen war. Aus den Gruppierungen wurden Individuen.
Jeder war bestrebt, so schnell wie möglich deutschen Boden zu erreichen. Aus den Nebenstraßen drängten immer mehr Fliehende auf die große Rollbahn, auf der ein unbeschreibliches Durcheinander herrschte. Mit Panjewagen, LKW, Voll- und Halbkettenfahrzeugen, mit Fahrrädern und Krädern suchten viele durch die Menge der zu Fuß sich Dahinwälzenden schneller vorwärts zu kommen. Dann kam der Schock, als beiderseits der Rollbahn Tote lagen und wir auf Russen stießen, die uns überholt hatten. Sie nahmen uns die Fahrzeuge weg, die Stiefel und die Uhren.
Der Hunger, mehr aber noch der Durst quälten. Wir mußten mit ansehen, wie deutsche Soldaten von Russen erschossen wurden. Die Tschechen, die mit erbeuteten Karabinern und Armbinden eine Art Miliz darstellten und die Einwohner der Ortschaften, die wir passierten, schlugen auf uns ein, bespuckten und beschimpften uns. Die am Straßenrand vorwärts Drängenden bekamen am meisten ab und drängten nach innen.
Dieses Inferno, überstrahlt von der Maisonne hat sich mir unauslöschlich eingeprägt. Vergessen waren alle Freude über das Ende des Krieges, verloren die Hoffnung auf Heimkehr, unser einziger Gedanke: Überleben! ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x130/150): >>... Massen wurden nicht nur mobilisiert, beherrschten nicht nur die Schlachtfelder, sondern litten auch hinter Stacheldraht. ...
Kriegsgefangenschaft war nie ein Paradies. Im und nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie zu einem Risiko, das oft nicht geringer war als die Teilnahme am Kampf.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien (x026/38): >>Am schlechtesten hat man die Kriegs-

gefangenen im Tito-Staat behandelt. Von 194.000 gefangenen Deutschen ... starb rund die Hälfte: Mindestens 80.000, höchstwahrscheinlich sogar 100.000. Die meisten Opfer forderten ... Massenerschießungen. ... Es starben auf diese Weise in Belgrad fast 30.000, in Marburg 20.000, in Windisch Feistritz (Slovenska Bistrica) 10.000. ...
Nach dem Krieg wurden mit den Kriegsgefangenen Propagandamärsche unter mörderischen Bedingungen veranstaltet. Etwa 10.000 Menschen dürften im wahrsten Sinne des Wortes auf der Strecke geblieben sein – erschossen, erschlagen bzw. an Hunger, Durst oder Erschöpfung gestorben. ...
Viele, die sich ergeben hatten, wurden oft auf der Stelle verstümmelt, geblendet, gepfählt oder sonstwie grausam ermordet; diese Tatsachen wurden u.a. auch bei den amerikanischen Militärgerichten durchaus anerkannt. ...<<
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über das Schicksal der deutschen Soldaten in der Kriegsgefangenschaft der damaligen Alliierten (x051/331-332): >>... (Kriegsgefangene) ... Die Behandlung deutscher Kriegsgefangener im Gewahrsam der damaligen Alliierten war unterschiedlich. Die westlichen Mächte hielten sich im Wesentlichen an das Völkerrecht, wenn man von Exzessen kleinerer Einheiten oder Einzelner absieht. Allerdings nahmen Übergriffe und Unkorrektheiten gegenüber deutschen Kriegsgefangenen in der Endphase des Krieges und nach der Kapitulation zu, insbesondere zum Nachteil von Angehörigen der Waffen-SS. Vielfach sind auch Verstöße als Reaktion auf das Bekanntwerden von nationalsozialistischen Verbrechen zu sehen.
Der häufige Vorwurf mangelhafter Versorgung und Unterbringung kann in dieser Allgemeinheit nicht aufrechterhalten werden. Untersuchungen ergaben, daß diese Verhältnisse sich durchweg auf die Zeit kurz vor und nach der Kapitulation beziehen, als Amerikaner und Briten rund vier Millionen deutsche Kriegsgefangene einbrachten, deren Versorgung und Unterbringung erhebliche Schwierigkeiten bereitete. Mit Erfolg bemühte man sich, diese Mängel zu überwinden, so daß das befürchtete Massensterben ausblieb.
Mit der Entlassung der Kriegsgefangenen begannen die westlichen Alliierten schon kurze Zeit nach der Kapitulation, die Amerikaner z.B. noch im Mai 45. Bis Ende 48 waren alle deutschen Kriegsgefangenen, die sich im Gewahrsam der Westmächte befunden hatten, in Ausführung des Beschlusses der Moskauer Außenministerkonferenz von 1947 auf freiem Fuß, ausgenommen die wegen Kriegsverbrechen Verurteilten. ...
Mit der Entlassung der Kriegsgefangenen nahm sich die UdSSR Zeit. Sie waren billige Arbeitskräfte für den Wiederaufbau. Zwar wurden schon in den ersten Nachkriegsjahren deutsche Kriegsgefangene entlassen; überwiegend handelte es sich aber dabei um Arbeitsunfähige. An den Beschluß der Moskauer Außenministerkonferenz hielt sich die Sowjetunion nicht. Noch im Mai 50 trafen Heimkehrertransporte in der Bundesrepublik ein. Zurück blieben die wegen Kriegsverbrechen Verurteilten. Ein Teil kam 1953/54 nach Hause.
Erst nach Verhandlungen Adenauers im September 55 in Moskau erklärte sich die UdSSR bereit, auch die restlichen "kriminellen Elemente" zurückzugeben. Nach (west)deutschen Berechnungen hätten noch insgesamt 130.000 Kriegsgefangene in sowjetischem Gewahrsam sein müssen, nach russischen Angaben waren es jedoch nur 9.628 Personen, die in Straflagern einsaßen.
Im Jahr 1956 kehrten diese Kriegsgefangenen heim. ...
Von insgesamt 3,06 Millionen in sowjetische Gefangenschaft geratenen deutschen Soldaten waren 1.094.250 ums Leben gekommen.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x026/66): >>Von über 11 Millionen deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs sind fast 1,6 Millionen umgekommen. Die absolut höchste Opferzahl verzeichnete die Sowjetunion mit 1,335 Millionen, die relativ höchste Jugoslawien mit einer

Sterberate von rund 50 Prozent. Im Tito-Staat waren auch die meisten Massenerschießungen von Gefangenen und die schlimmsten Grausamkeiten zu verzeichnen. Unter den westlichen Gewahrsamsmächten haben die Gefangenen in Frankreich die schlechteste Behandlung erfahren. ...<<

Der kanadische Journalist James Bacque berichtet später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x131/244-246,11-12,78,168-169): >>Die deutschen Soldaten, in Angst vor der Rache der Russen, rannten um ihr Leben. Selbst noch Wochen nach Kriegsende am 8. Mai flohen die Soldaten massenweise in den Westen. Die Westalliierten gaben selbst zu, über 9 Millionen Gefangene eingebracht zu haben, während Stalin dem amerikanischen Geheimagenten Harry Hopkins im Frühjahr 1945 persönlich mitteilte, er meine, die UdSSR hätte etwa 2,5 Millionen Gefangene, von denen 1,7 Millionen Deutsche seien und der Rest Rumänen, Italiener und Ungarn.

Die Zahl der sowjetischen Seite ist im allgemeinen von den westlichen Verteidigern ignoriert worden, denn diese beschuldigten mit Vorliebe die Sowjetunion dafür, Gefangene massenweise vernichtet zu haben.

Je niedriger die Zahl der sowjetischen Gefangennahmen ist, desto unglaubwürdiger ist es, daß all diese Gefangenen in sowjetischen Lagern umgekommen sind. ...

Die Zahlen der toten Kriegsgefangenen, die die Amerikaner und Franzosen von 1950 bis 1990 den zaghaft nachforschenden Deutschen widerwillig angaben, waren so lächerlich niedrig, daß sie unter der Todesrate der Zivilbevölkerung zu dieser Zeit lagen. Diese außergewöhnliche Information – daß hungernde Menschen, die im Schlamm schlafen, eine niedrigere Sterberaten haben als die Zivilbevölkerung, die in Häusern lebt und jeden Tag zu essen hat – störte die Deutschen nicht weiter. Sie ignorierten die Anzeichen, die ihnen regelrecht entgegenschrien, völlig.

General Buisson, auf den sich der deutsche Autor Böhme für seine Gefangenenakten für Frankreich beruft, war nicht nur Chef der Angelegenheiten für Kriegsgefangene der französischen Armee und Autor der lächerlich niedrigen französischen Todeszahlen, er errechnete sogar zu einer Gesamtzahl an Kriegsgefangenen 166.000 Männer, die die Franzosen in Lagern in Deutschland von den Amerikanern übernommen hatten, einfach nicht mit.

Doch ein paar Seiten weiter in seinem Bericht behauptete Buisson, daß eine Anzahl dieser PWs (Kriegsgefangenen) auf der Stelle in Deutschland entlassen worden seien. So verschwinden in Buissons Zaubertrick 166.000 Menschen einfach, und 46 Jahre lang merkt es keiner. ...<<

>>... Wegen weit verbreiteter Verschleierung und weil einige Gefangenen-Dokumente schon bei ihrer Ausfertigung irreführend waren, wird die Zahl der Toten wahrscheinlich immer umstritten sein. Viele Akten wurden in den fünfziger Jahren vernichtet oder in Euphemismen versteckt. Viele Lügen sind in dichten Schichten über die Wahrheit gepackt worden.

Außer jedem Zweifel steht, daß vom April 1945 an Männer in enormer Zahl sowie etliche Frauen, Kinder und alte Leute in den amerikanischen und französischen Lagern in Deutschland und Frankreich an klima- und witterungsbedingten Krankheiten, an den Folgen unzureichender Hygiene, an Krankheit und Hunger gestorben sind. Die Zahl der Opfer liegt zweifellos bei mehr als 800.000, beinahe mit Sicherheit bei mehr als 900.000 und durchaus wahrscheinlich bei mehr als einer Million.

Die Ursachen ihres Todes wurden wissentlich geschaffen von Armee-Offizieren, die über genügend Lebensmittel und andere Hilfsmittel verfügten, um die Gefangenen am Leben zu erhalten. Hilfe-Organisationen, die versuchten, den Gefangenen in den amerikanischen Lagern zu helfen, wurde die Erlaubnis dazu von der Armee verweigert.

Das alles wurde damals verheimlicht und dann unter Lügen verdeckt, als das Rote Kreuz, Le Monde und Le Figaro versuchten, öffentlich die Wahrheit zu sagen. Akten sind vernichtet,

geändert oder als geheim unter Verschluß gehalten worden. Dies geht bis auf den heutigen Tag weiter.
Kanada und Großbritannien, die verbündeten Frankreichs und der USA, brachten unter demselben Oberkommando, SHAEF, ebenfalls Millionen von Gefangenen ein, ... aber es gibt so gut wie kein Zeichen für ähnliche Greuel. ...<<
>>... Eisenhower hatte die sinnlose Verteidigung der Deutschen wegen der Vergeudung von Menschenleben beklagt. Aber die Deutschen starben jetzt, da sie kapituliert hatten, viel rascher als während des Krieges. Mindestens zehnmal so viele Deutsche starben in den französischen und nordamerikanischen Lagern, wie in allen Kämpfen an der Westfront in Nordwest-Europa vom Juni bis hin zum April 1945 gefallen sind. ...<<
>>... Die Amerikaner und Franzosen brauchten nichts weiter zu tun, als die große Zahl zu unterdrücken, um zu verhindern, daß sich die Kenntnis von ihrem Verbrechen ausbreitete, oder zur Geschichte wurde. Dies zu tun, war leicht für sie, denn sie waren die einzigen, die die große Zahl kannten. So geschah es.
Nachdem sie die große Zahl unterdrückt hatten, mußten die Amerikaner und die Franzosen irgendeine Zahl liefern, weil es nicht glaubhaft war, daß niemand gestorben sei oder daß es keine Zählung gegeben habe, es sei denn, es habe ein starker Grund für die Unterlassung einer Zählung vorgelegen, und das konnte nur die ungeheuerliche Zahl gewesen sein, die nicht die feine Eihaut durchdringen durfte.
Deshalb lieferten sie die kleine Zahl. Diese Zahl war so klein, daß niemand mit elementaren Rechenkünsten und Kenntnis von Sterblichkeitsraten sie auch nur einen Augenblick lang glauben konnte. Für Männer, von denen Buisson (französischer General) gesagt hatte, daß sie verhungerten, teilte er eine Sterblichkeitsrate mit, die unterhalb der Sterblichkeitsrate wohlgenährter Soldaten in Friedenszeiten lag. Die Amerikaner lieferten der Stadtverwaltung von Rheinberg die Zahl 614 als Zahl der Toten im Lager, weniger als ein Dreißigstel der Summe, auf die ihre eigenen Zahlen für "Sonstige Verluste" schließen ließ.
Die Deutschen akzeptierten die kleine Zahl, weil sie Schuld wegen ihrer eigenen Lager empfanden, oder wegen des Krieges, oder weil die kleine Zahl das Ausmaß ihrer Demütigung verringerte. Auch wollten die Deutschen ihren Eroberer nicht beleidigen, insbesondere nicht, nachdem er zu ihrem Verbündeten geworden war.
Eine der vielen Möglichkeiten, entgegenkommend zu sein, bestand darin, seine Lügen über etwas zu akzeptieren, das ohnehin nicht mehr zu ändern war, auch wenn es natürlich nicht zugelassen werden konnte, daß dieses Argument die Deutschen von ihrer Verantwortung für die Konzentrationslager der Nazis freisprach. Innerhalb weniger Jahre kam das Bezweifeln der kleinen Zahl schon einem Verrat bedenklich nahe, denn jeder gute Deutsche, der an den Amerikanern zweifelte, war eigentlich ein Feind beider Staaten. So kam es, daß den Amerikanern verziehen wurde, ohne daß sie auch nur angeklagt worden waren.
Viele Deutsche glaubten, daß es eine große Zahl gab, aber kannten sie nicht; sie kannten die kleine Zahl, aber glaubten sie nicht. Diese Ambivalenz (Doppelwertigkeit) ist typisch für manches in der heutigen deutschen Denkweise. Nicht imstande zu sein, die Wahrheit über die amerikanischen Greuel zu sagen, ist ein gespenstisches Echo der Aussage, man habe von den Lagern der Nazis nichts gewußt.
Ein General, der Eisenhower gut kannte, schrieb im Jahre 1945, daß Eisenhower "praktisch Gestapo-Methoden" gegen die Deutschen anwende. Sein Name war George S. Patton.
Die deutsche Ambivalenz von heute kam in einem Gespräch über Kriegsgefangene in Rheinberg zum Vorschein. Bei einem Besuch im Rathaus sprach ich mit dem Stadtdirektor und verschiedenen anderen Bürgern Rheinbergs über die Todesfälle. Sie nannten mir die Zahl 614. Ich zeigte mich ungläubig. Sie sagten, daß auch sie nicht daran glaubten. Ich fragte: "Warum nennen Sie dann diese Zahl?" Und sie meinten: "Irgend etwas müssen wir sagen." ...<<

Deutsches Reich: Kurt Schumacher (1895-1952, SPD-Politiker) berichtet am 9. Mai 1945 über das unglaubliche Ausmaß der deutschen Tragödie (x111/18): >>... Unübersehbar ist das Trümmerfeld, unvorstellbar das Elend, die Konzentrationslager, die Judenverfolgung, die Barbarei der Kriegsführung, die Plünderungen und Sklavenjagden in den besetzten Gebieten. Das eigene Volk ist ausgeblutet. Die Wirtschaft ist zerstört, ihre Substanz geschwunden. Das Land ist krank bis ins Mark. Die einfachsten Anforderungen des täglichen Lebens sind schier unlösbare Probleme geworden.<<
Der englische Sozialist Fenner Brockway schreibt später über den SPD-Politiker Schumacher (x111/18): >>Ich sehe in ihm die ganze Tragödie Deutschlands. Er verlor seinen rechten Arm im Weltkrieg. Sein Gesicht zeigt die Spuren zwölfjährigen Aufenthalts im KZ und prägt dessen physische Kennzeichen – seine Augen sind verglast, und seine Zähne wurden ihm von Gestapo-Männern aus dem Munde geschlagen.
Seine Nase mutet anomal lang an, weil so wenig Fleisch auf seinen Knochen liegt, Furchen zerpflügen sein Gesicht, seine Lippen sind dünn und geradlinig, seine Schultern gebeugt, sein Körper mager, und er sieht tuberkulös aus. Wenn ein Filmregisseur einen Menschen braucht, um das Leid zu verkörpern, so könnte er dies nicht eindrucksvoller als durch die Wahl Schumachers tun. ...<<
Erich Kästner notiert am 9. Mai 1945 in seinem Tagebuch (x111/18): >>Wenn unbekannt bleibt, wo man wohnt, ist man heute unauffindbar. Man ist verschollen. Man ähnelt Tolstois lebendem Leichnam. Das wird sich so mancher zunutze machen, der die Vergeltung fürchtet. Er bringt sich um und lebt weiter. Nichts ist leichter.
Er taucht in einem Dorf auf, hat keine Papiere, lügt sich einen belanglosen Namen und Lebenslauf zusammen, und schon ist der Schinder und Henker, der er war, mausetot. Statt seiner, den man richten, wenn nicht gar hinrichten würde, existiert ein anderer, ein freundlicher Mann, der heiraten und Kinder schaukeln wird, obwohl er verheiratet und ein Mörder ist.
Vielleicht wird ihn, irgendwann einmal, einer erkennen, eins der übriggebliebenen Opfer, und wird schreien: "Das ist er!" Vielleicht. Es wird ein Zufall sein. Wenn er ein tüchtiger Mörder war, hat er dafür gesorgt, daß kein Zeuge übrig blieb.<<
Der Politiker Theodor Heuss (1884-1963) notiert am 9. Mai 1945 in seinem Tagebuch (x111/-18): >>Gestern haben die siegenden Mächte den Victory-Day gefeiert. Wir haben ihn am Radio registriert, in dem Bewußtsein, daß er einer der furchtbarsten Tage der deutschen Geschichte sei, doch in einer völlig anderen seelischen Situation als jener, in der wir den politisch-militärischen Zusammenbruch des November 1918 erlebten. ...<<
Der deutsche Schriftsteller Ernst Jünger (1895-1998) notiert am 9. Mai 1945 in seinem Tagebuch (x114/2.54): >>... Immer noch sind die Straßen von Millionen und Abermillionen irrender Menschen, dem Elend einer unvorstellbaren Völkerwanderung erfüllt.
Auch unser kleiner Friedhof empfängt die Früchte und nimmt die Leichen von Kindern und Erwachsen auf, die hier den Zug beenden.<<
Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) notiert am 9. Mai 1945 in ihrem Tagebuch (x111/18-19): >>Die Welt tobt im Siegestaumel. Die Berliner grübeln, wo sie etwas zu essen finden. ...<<
Der Landrat des Kreises Bad Kreuznach erhält am 9. Mai 1945 eine Weisung des Regierungspräsidenten, Lebensmittelsammlungen für deutsche Kriegsgefangene zu verbieten (x131/368).

10.05.1945

Ostkrieg: Im Baltikum kapituliert die eingeschlossene Heeresgruppe Kurland ("Kurlandarmee"). Generaloberst Karl Hilpert geht am 10. Mai 1945 mit ca. 208.000 deutschen Landsern in sowjetische Kriegsgefangenschaft (x040/285).
Prag wird am 10. Mai 1945 vollständig durch sowjetische Truppen besetzt. Mit der "Prager Operation" beendet die Rote Armee die vollständige Einschließung der deutschen Heeres-

gruppe Mitte und der Heeresgruppe Ostmark. In der CSR nimmt die Rote Armee ca. 860.000 deutsche Soldaten gefangen (x047/238).

Deutsches Reich: Nach der Kapitulation werden die Übergriffe gegen Zivilisten in Berlin mit aller Schärfe geahndet. In Berlin setzt man vielerorts Moskauer Elitedivisionen ein, um disziplinlose Truppenteile der Roten Armee zu inhaftieren oder auszutauschen. Sexualverbrecher werden kurzerhand ohne Verfahren durch sowjetische Offiziere erschossen (x037/32).

Berliner Zivilisten berichten später über die ersten Wochen nach der "sowjetischen Befreiung" (x037/126-127): >>Also wir wohnten in der Nähe der Kommandantur und dadurch sind wir später nicht mehr viel belästigt worden. Denn wenn sie sie beim Vergewaltigen überraschten, wurden sie erschossen. Da haben sie auch nicht viel Mätzchen gemacht. Knall, weg waren sie. ...

Es wurde nachts oft geschossen. Da haben sie wieder mal einen erschossen, der wollte Frauen vergewaltigen. Die (Soldaten der sowjetischen Kommandantur) waren ganz scharf. ... Aber in der Bismarckstraße und die weiter von der Kommandantur weg wohnten, die waren oft schlecht dran. Die Frauen mußten sich noch monatelang verstecken. ...

Nach 14 Tagen, 3 Wochen, kamen ganz scharfe Befehle von Marschall Shukow, und wer dabei gefaßt oder angezeigt wurde ... der wurde mit dem Maschinengewehr hingerichtet, und zwar in dem Bunker Schuman/Ecke Karlstraße. Da ging das Maschinengewehr Tag und Nacht. ...

Ja, auch die, die Uhren klauten und Überfälle machten. Die wurden ganz hart bestraft. ...<<

Der letzte Lagerälteste des befreiten KZ Dachau kündigt am 10. Mai 1945 die Ausrottung der Nazis an (x073/219): >>Rücksichtslos werden wir den organisatorischen Apparat der Nazis zerbrechen. Rücksichtslos werden wir alle Verwaltungsorgane, Schulen, Kultureinrichtungen, Literatur von Vertretern der Verbrecherpartei säubern! Ausrotten werden wir die faschistische Ideologie, gleichgültig, unter welchem Mantel sie auch immer auftreten mag. ...

Wir wollen für uns und unsere Jugend ein neues Deutschland aufbauen, ein Deutschland des Antifaschismus, der Freiheit, der Demokratie! Durch unsere Tat wollen wir den deutschen Namen wieder reinwaschen, damit Deutschland als würdiges Glied ... an den hehren Aufgaben der Menschheit mitarbeitet.<<

CSR: Konrad Henlein (1898 in Maffersdorf bei Reichenberg geboren, Sohn deutsch-tschechischer Eltern, Reichsstatthalter und Gauleiter des Sudetenlandes) begeht am 10. Mai 1945 im US-Gefangenenlager in Pilsen Selbstmord.

Großbritannien: Thomas Mann erklärt am 10. Mai 1945 während einer BBC-Rundfunksendung (x111/19): >>... Und dennoch, die Stunde ist groß - nicht nur für die Siegerwelt, auch für Deutschland -, die Stunde, wo der Drache zur Strecke gebracht ist, das wüste und krankhafte Ungeheuer, Nationalsozialismus genannt, verröchelt und Deutschland von dem Fluch wenigstens befreit, das Land Hitlers zu heißen.<<

USA: Nach einer Mitteilung des US-Kriegsministers vom 10. Mai 1945 sollen schon bald rund 3,1 Millionen US-Soldaten aus Europa abtransportiert werden (x040/285).

11.05.1945

Deutsches Reich: Britische Marinestreitkräfte besetzen am 11. Mai 1945 die Insel Helgoland und ordnen die vollständige Evakuierung der Insel an.

Großadmiral Dönitz, das letzte Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches, erteilt am 11. Mai 1945 folgende Anordnung für die deutsche Wehrmacht (x033/615): >>... (Das Auftreten bei der Begegnung mit den Alliierten habe) voller Stolz und Würde zu sein, (denn) ohne Flecken an unserer Ehre stehen wir Soldaten da.<<

Der deutsche Schriftsteller Klaus Mann (1906-1949) schreibt am 11. Mai 1945 über die Verhältnisse im Konzentrationslager Dachau (x111/20): >>Zur Zeit meiner Visite war das Schreckenslager nicht mehr ganz in seinem infernalischen Urzustand, aber noch immer von

bemerkenswerter Gräßlichkeit. Durch die kräftigen Gerüche der Desinfektionsmittel hindurch erkannte man, nicht ohne Schaudern und leichte Übelkeit, jenes andere Aroma, süßlich-faulige, mit dem die Toten sich in Erinnerung zu bringen belieben. Folterkammer, Öfen und Galgen wurden als makabre Sehenswürdigkeit inspiziert, wie die Eiserne Jungfrau und das Rad im Museum.<<

Dänemark: Sowjetische Truppen landen am 11. Mai 1945 auf der Insel Bornholm, die mit ostdeutschen Flüchtlingen überfüllt ist (x040/285).

CSR: Der stellvertretende kommunistische Ministerpräsident Gottwald unterzeichnet am 11. Mai 1945 folgenden Aufruf der tschechoslowakischen Regierung (x004/70): >>Die neue Republik wird ein slawischer Staat, die Republik der Tschechen und Slowaken sein. Die Deutschen und Ungarn, die sich gegen unsere Völker und gegen die Republik so schwer vergangen haben, werden wir der Staatsbürgerschaft als verlustig betrachten und werden sie schwer bestrafen. Die Nationalausschüsse sollen damit sofort anfangen. Macht alle aktiven Nazisten unschädlich und beschlagnahmt ihr Vermögen zugunsten der Nation und des Staates. ...
Beschlagnahmt und gebt in die Nationalversammlung das Eigentum von Deutschen, Verrätern und Kollaboranten. ... Bereitet auf dem Lande die Konfiskation des Bodens vor, der dem fremden Adel, Deutschen, Verrätern und Kollaboranten gehörte. ...<<

Jugoslawien: Die Heeresgruppe E (Generaloberst Alexander Löhr mit ca. 175.000 Mann) gerät am 11. Mai 1945 in jugoslawische Kriegsgefangenschaft. Etwa 80.000 deutsche Gefangene kommen später auf den 200 bis 800 km langen "Sühnemärschen" oder in den Gefangenenlagern um (x130/216).

Ein Wehrmachtssoldat berichtet später über die Gefangennahme durch jugoslawische Truppen (x130/211): >>Viele, viele blieben ohne Schuhe, ohne Hemd, ohne Jacke, ja sogar ohne Hose. Ich kenne eine Rotkreuz-Schwester, die inmitten der Soldaten ihres Rockes beraubt marschierte. Was wir an Privateigentum besaßen, wurde zum größten Teil abgenommen: Uhren, Füllfederhalter, Waschzeug, Kamm, Eßbesteck. Ja sogar Brillen wurden vom Gesicht gerissen. Mancher Gefangene, der sich dem widersetzte, mußte dafür mit dem Leben bezahlen. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte schreibt später über die Ausplünderung von Kriegsgefangenen (x130/212): >>(Im Artikel 4 der Haager Landkriegsordnung und im Artikel 6 der Genfer Konvention heißt es:) alles was ihnen (den Kriegsgefangenen) gehört, verbleibt ihr Eigentum, mit Ausnahme von Waffen, Pferden und Schriftstücken militärischen Inhalts. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über die "Sühnemärsche" in Jugoslawien (x130/212): >>Für die Masse der Gefangenen ... hatte sich der Sieger Tito eine Sonderbehandlung ausgedacht. Er wollte seinem ganzen Volk den Triumph der Partisanen über den deutschen Feind demonstrieren. Schon wenige Tage nach der Kapitulation wälzten sich über die staubigen Straßen Jugoslawiens endlose Kolonnen des Elends: Die Deutschen waren zu sogenannten Sühnemärschen angetreten.
Ihrer Uniformen beraubt, die Offiziere meistens in Unterhosen, barfuß quälten sich die Gefangenen zu Zehntausenden durch das Land. Gesunde und Kranke, Unversehrte und Verwundete wurden durch Dörfer und Städte getrieben.
Die Wächter prügelten die Ermatteten und Erschöpften mit langen Stöcken vorwärts, wer zurückblieb, wurde erschossen. Einige dieser Märsche führten über 200, manche über 800 Kilometer. ...<<

Gefangene Wehrmachtssoldaten berichten der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte später über die "Sühnemärsche" in Jugoslawien (x130/212-214): >>Am Straßenrand lungerten Halbwüchsige und Partisanen. Ein

oder zwei Bewaffnete packten sich diesen oder jenen Deutschen und beraubten ihn. Uhren, Ringe, Brillen, Schuhe, Waffenröcke und Tornister. Kadavergeruch begleitete die Kolonne. Gefallene Menschen und tote Pferde verwesten am Straßenrand. ...
In den langen Stunden des Marsches war vielen Gefangenen die Beherrschung geschwunden. Ungeachtet der Todesgefahr, brachen immer einige zu einer Pfütze, einem Bach oder einer Viehtränke aus. Der Kommandant ließ sofort scharf schießen, und er selbst legte mit sicherer Hand diesen oder jenen Gefangenen um. ...
Auf dem Wege bekamen die Gefangenen fast nichts zu essen. Wenn sich ein Soldat oder eine Nachrichtenhelferin aus einem Brunnen Wasser holen wollte, wurden sie von den Begleitmannschaften in den Brunnen hinabgeworfen. Die Frauen wurden bis auf das Hemd ausgezogen und während der Rastpause von den Bewachungsmannschaften vergewaltigt. In Belgrad wurden Mädchen und Soldaten zu fünft aneinandergebunden und dann über eine Brücke in die Donau geworfen. ...
Auch viele Ärzte, Sanitäter und Kameraden, die den Zusammengebrochenen helfen wollten, erlagen einem Gnadenschuß. ...
Sobald der Zug stehenblieb, waren erneut die Ausplünderer am Werk. Allerdings fanden sie nur noch Eheringe oder Goldplomben, die sie auf ganz brutale Weise requirierten. ...
Wer vor Entkräftung nicht mitkam – da zog der Kommissar die Pistole ab, und der Fall war erledigt. ...
Nach einem mißglückten Fluchtversuch traf ich wieder auf die fast endlosen Marschkolonnen der menschlichen Wracks, die einmal deutsche Soldaten waren. Als wir zum Weitergehen aufgetrieben wurden, stand ich neben einem großen Menschen im Ordenskleid der Benediktiner. Ich betrachtete ihn fragend. Daß Frauen in unserem Zug des Elends mitgeschleppt wurden, das hatte ich gewußt. Aber ein Mönch? Wer war das? Wo kam er her?
Es war Abt Adalbert Graf von Neipperg. Seit dem Zusammenbruch 1945 in jugoslawischer Gefangenschaft. Die Partisanen hatten ihn, der nach dem Kriegsrecht als Zivilist zu gelten hatte, aus dem österreichischen Grenzgebiet verschleppt und ihn nun mit uns ehemaligen Soldaten der Wehrmacht auf den "Hungermarsch" durch halb Jugoslawien getrieben. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über die völkerrechtswidrigen "Sühnemärsche" in Jugoslawien (x130/215-216): >>Die Sühnemärsche forderten neue Opfer.
Die Gewahrsamsmacht kann sich im Hinblick auf eine etwaige Motivierung dieser Märsche nicht auf Artikel der Genfer Konvention berufen, wo es u.a. heißt:
"Die Kriegsgefangenen sind in möglichst kurzer Frist nach ihrer Gefangennahme nach Sammelstellen zu bringen, die vom Kampfgebiet genügend weit entfernt liegen, so daß sie sich außer Gefahr befinden".
Eine Gefahr bestand nicht mehr, da der Krieg beendet war. Auch widersprechen die geforderten Marschleistungen dem Artikel 7, der in dieser Beziehung fordert:
Bei der Rückführung zu Fuß darf die tägliche Marschleistung in der Regel nicht mehr als 20 km betragen, sofern nicht die Notwendigkeit, Wasser- und Verpflegungsstellen zu erreichen, größere Marschleistungen erfordert.
Die Berichte ehemaliger Marschteilnehmer besagen eindeutig, daß man Wasser- und Verpflegungsstellen nicht nur nicht erreichen konnte, sondern im Gegenteil gar nicht erreichen wollte. Damit entfällt auch das Argument der Notwendigkeit, größere Marschleistungen zu fordern, als völkerrechtlich zulässig sind. Die Meinung eines Heimkehrers, die Kriegsgefangenen hätten "zum Einsatz im Arbeitsprozeß" ins Landesinnere gebracht werden müssen, ist an sich durchaus richtig, erklärt jedoch nicht, ob das auf diese Weise geschehen mußte.
Die Bezeichnung Sühnemärsche ließ vielmehr darauf schließen, daß die Gewahrsamsmacht hierbei in starkem Maße propagandistische Ziele verfolgte, wie sie auch von der Sowjetunion

bei den bekannten Moskauer und Kiewer Märschen nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Sommer 1944 angestrebt wurden ...
Die Zahl der auf den "Sühnemärschen" ums Leben gekommenen Kriegsgefangenen wird auf Grund der vorliegenden Berichte auf etwa 10.000 Mann geschätzt. Eine in ihrer Stärke nicht auszumachende Gruppe von ihnen erreichte zwar noch das Ziel (Lager), die Männer verstarben jedoch unmittelbar darauf infolge der während des Marsches eingetretenen Entkräftung, so daß sie als Marschopfer zu gelten haben. ...<<
Frankreich: Die französische Nachrichtenagentur "AFP" meldet am 11. Mai 1945, daß die militärische Besetzung Deutschlands in der Hauptsache nach dem Morgenthau-Plan erfolgen soll (x043/31): >>**Zertrümmerung des deutschen Industriestaates**
Die militärische Besetzung durch die Truppen der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs erfolgt nach den Plänen des amerikanischen Finanzsekretärs Morgenthau, der das hochindustrialisierte Deutschland zu einem reinen Agrarstaat machen will.
Für die amerikanische Besatzungszone gelten folgende Richtlinien: Vollständige Entwaffnung der Deutschen, Ausschaltung der Rüstungsbetriebe, Überführung der deutschen Industrieeinrichtungen nach den von den Nationalsozialisten verwüsteten europäischen Ländern, Aufstellung deutscher Arbeiterbataillone für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete, Beschlagnahme der deutschen Patente, Kontrolle über die Finanzoperationen der deutschen Banken, Aufteilung des deutschen Großgrundbesitzes in Bauernhöfe, Lieferungen von Rohstoffen nach den alliierten Ländern, Verbot des Baues von Flugzeugen, Beschränkung der deutschen Industrieproduktion, Kontrolle der örtlichen Verwaltungen, Rückführung der während des Krieges geraubten Güter, Schadenersatz usw.<<

12.05.1945

Deutsches Reich: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 12. Mai 1945 über kleine Grabhügel im Berliner Tiergarten und den Anblick der Reichskanzlei (x111/20-21): >>Hastig aufgeworfen, noch hastiger vollendet. Zwei Latten auf ihm. Mit Bindfaden zum Kreuz verschnürt. "Hier ruhen ein Hauptmann, ein Leutnant, zwei Unteroffiziere und sechs Grenadiere" steht mit Blaustift auf dem Querbalken. Regen hat die Schrift verwischt. Wie blaue Tränen rinnt es von den Buchstaben. ...
Ein zerschundener Steinkoloß. Öde starren seine Fensterhöhlen auf den trümmerübersäten Wilhelmplatz. Nichts regt sich hinter den Mauern, die die Überreste Adolf Hitlers bergen. Vor der Auffahrt wacht ein russischer Soldat. Sein Gewehr über den Knien, sitzt er, behaglich zurückgelehnt, in einem grünseidenen Polstersessel. Mitten im sog. Ehrenhof, ein Urbild des Friedens. ...<<
Die deutsche Schriftstellerin Karla Höcker (1901-1992) schreibt am 12. Mai 1945 über eine Villa in der Berliner Ebereschenallee, in der die Sowjets elektrisches Licht durch ein Stromaggregat erzeugten (x111/21): >>... Nach den langen dunklen Wochen wirkte der Anblick märchenhaft; alles pilgerte zu diesem Haus und berauschte sich am Licht der anderen.<<
Zur Kontrolle von Druckschriften, Rundfunk, Nachrichtendienst, Film, Theater und Musik wird am 12. Mai 1945 in den westlichen Zonen die Nachrichtenkontrollvorschrift Nr. 1 erlassen.
Diese Nachrichtenkontrollvorschrift Nr. 1 vom 12. Mai 1945 verbietet z.B. (x111/21): >>... Das Drucken, Erzeugen, Veröffentlichen, Vertreiben, Verkaufen und gewerbliche Verleihen von Zeitungen, Magazinen, Zeitschriften, Büchern, Broschüren, Plakaten, Musikalien und sonstigen gedruckten (mechanisch) vervielfältigten Veröffentlichungen.<<
Der deutsche Schriftsteller Klaus Mann (1906-1949) schreibt am 12. Mai 1945 über seine Ankunft in München (x111/21): >>Ich hatte mir's erst schlimm vorgestellt, aber es war noch schlimmer. München ist nicht mehr da. Das ganze Zentrum, vom Hauptbahnhof bis zum Odeonplatz, besteht nur noch aus Trümmern. Ich konnte kaum den Weg zum Englischen Garten

finden, so schauerlich entfremdet und entstellt waren die Straßen, in denen ich jedes Haus gekannt. War dies die Heimkehr? Alles fremd, fremd, fremd. ...
Mit Kreide steht an die linke Stirnseite der Münchener Feldherrnhalle geschrieben: KZ Dachau – Velden – Buchenwald: Ich schäme mich, daß ich ein Deutscher bin! ...
Goethe, Diesel, Haydn, Rob. Koch: Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein. ...<<
CSR: Dr. Benesch (Chef der tschechischen Exilregierung) erklärt am 12. Mai 1945 vor der begeisterten Brünner Bevölkerung (x294/194): >>Mein Programm ist es - und ich verheimliche dies nicht -, daß wir die deutsche Frage in der Republik endgültig liquidieren müssen. ...<<
Der tschechische Unterrichtsminister Nejedly erläutert am 12. Mai 1945 das neue Volksbildungsprogramm der Regierung (x004/95): >>Selbstverständlich werden alle deutschen Schulen geschlossen werden. ...<<
Österreich: 3 Regimenter der serbischen Staatswache ergeben sich am 12. Mai 1945 den Briten. Diese Kriegsgefangenen, die bis zum Kriegsende auf deutscher Seite gekämpft hatten, werden 20 Tage später an Titos Truppen ausgeliefert.
Großbritannien: Churchill sendet am 12. Mai 1945 ein Telegramm an US-Präsident Truman (x043/98): >>Die Lage in Europa beunruhigt mich zutiefst. Ich erfahre, daß die Hälfte, der in Europa stehenden amerikanischen Fliegerkräfte bereits die Verlegung nach dem Fernen Osten eingeleitet hat. Die Zeitungen sind voll von Nachrichten über den massiven Abzug der amerikanischen Armeen aus Europa hinaus.
Auch unsere Armeen dürften auf Grund früherer Beschlüsse wesentlich reduziert werden. Die Franzosen sind schwach und schwer zu behandeln. Es liegt offen zutage, daß unsere Macht auf dem europäischen Kontinent binnen kurzem dahinscheiden wird und dort nur noch bescheidene Kräfte zur Niederhaltung Deutschlands verbleiben.
2. Was aber soll dann in bezug auf Rußland geschehen? Ich habe mich stets um die Freundschaft der Russen bemüht; aber ihre falsche Auslegung der Jalta-Beschlüsse, ihre Haltung gegen Polen, ihr überwältigender Einfluß auf dem Balkan bis hinunter nach Griechenland, die uns von ihnen in Wien bereiteten Schwierigkeiten ... und vor allem ihre Fähigkeit, lange Zeit große Armeen im Felde stehen zu lassen, beunruhigen mich ebensosehr wie Sie.
Wie wird sich die Lage in ein bis zwei Jahren darstellen, wenn die britischen und amerikanischen Armeen nicht mehr existieren und die Franzosen noch keine beachtliche Armee aufgestellt haben, so daß wir nur über eine Handvoll Divisionen, davon die Mehrzahl französischer, verfügen, während Rußland zwei- bis dreihundert unter den Fahnen hält?
3. Ein eiserner Vorhang ist vor ihrer Front niedergegangen. Was dahinter vorgeht wissen wir nicht. Es ist kaum zu bezweifeln, daß der gesamte Raum östlich der Linie Lübeck - Triest - Korfu schon binnen kurzem völlig in sowjetischer Hand sein wird. General Eisenhower wird alle nur möglichen Maßnahmen treffen müssen, um eine 2. Massenflucht der Deutschen nach Westen zu verhindern, wenn dieser enorme moskowitische Vormarsch ins Herz Europas erfolgt. Und dann wird der Vorhang von neuem bis auf einen schmalen Spalt, wenn nicht gänzlich niedergehen. Damit werden uns russisch besetzte Territorien von vielen hundert Kilometern Tiefe wie ein breites Band von Polen abschneiden.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Eisernen Vorhang (x051/-145): >>Eiserner Vorhang, von Goebbels am 25.2.45 in der Wochenschrift "Das Reich" geprägte, aber allgemein Churchill (Telegramm an Truman 12.5.45, Rede in Fulton, USA, 5.3.46) zugeschriebene Bezeichnung für die radikalen sowjetischen Maßnahmen zur Abschottung des sowjetischen Herrschaftsbereiches im Zeichen der Entfremdung gegenüber den Westalliierten und des beginnenden kalten Krieges.
Der scharf bewachte und stark befestigte Eiserne Vorhang zerschnitt vor allem Deutschland längs der 1.346 km langen Westgrenze der sowjetischen Besatzungszone von der Lübecker

Bucht bis zur deutsch-tschechoslowakischen Grenze.<<

14.05.1945

Ostkrieg: General von Saucken kapituliert gegenüber der 2. Weißrussischen Front und geht am 14. Mai 1945 mit der "Armee Ostpreußen" (rd. 150.000 Soldaten) in sowjetische Kriegsgefangenschaft (x040/286).

Deutsches Reich: Das letzte ostdeutsche Flüchtlingsschiff läuft am 14. Mai 1945 im Flensburger Hafen ein. An Bord des Schiffes "Hoffnung", das für die Fahrt von Hela nach Flensburg fünfeinhalb Tage benötigt, sind 135 Verwundete, Flüchtlinge und Soldaten.

Der Kapitän, der nicht einmal einen Kompaß besitzt, sagt nach seiner Ankunft (x031/193): >>Das einzige, was ich hatte, war Gottvertrauen. ...<<

Die französische Militärregierung befiehlt am 14. Mai 1945, in der Nähe Freiburgs ein Konzentrationslager für deutsche politische Häftlinge zu errichten.

CSR: Ein Sprecher der tschechischen Armee verkündet am 14. Mai 1945 während der "Brünner Befreiungsaktion" (x004/105): >>... Unsere glorreiche Armee ist zu dem einzig möglichen Entschluß gekommen: die Republik als einen nationalen Staat der Tschechen und Slowaken aufzubauen. Wir werden von jenen Deutschen, die nicht in ein Gefängnis oder in ein Konzentrationslager gehen, verlangen, daß sie ihre Bündel packen und dorthin zurückgehen, woher sie gekommen sind.<<

Großbritannien: Der Londoner "Exchange Telegraph" berichtet am 14. Mai 1945 über das besetzte Deutschland (x043/31): >>**Deutschland muß sich selbst ernähren**

Das US-Kriegsernährungsamt dementiert die Gerüchte, daß Deutschland einen wesentlichen Teil der zwölf Millionen Tonnen Lebensmittel erhalte, die die Vereinigten Staaten nach Europa verschiffen werden, daß irgendwelche Lebensmittel an Deutsche verteilt worden seien, ausgenommen völlig mittellose und heimatlose Personen.

Dieses Dementi wird vom Kriegsministerium bestätigt unter dem Hinweis auf Eisenhowers Erklärung, daß Deutschland sich selbst ernähren müsse.<<

USA: US-Präsident Truman genehmigt am 14. Mai 1945 die nordamerikanische Geheimdirektive JCS 1067/6 vom 26.04.1945, die bis zum 17.10.1945 als Top Secret behandelt wird.

Der Grundsatz dieser Direktive, die bis zum 15.07.1947 in Kraft bleibt, lautet (x063/613): >>... Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte Feindnation. ... (Die Befehlshaber werden angewiesen,) keine Maßnahmen zu ergreifen

a) die die wirtschaftliche Erholung Deutschlands bezwecken oder

b) die bestimmt wären, die deutsche Wirtschaft aufrechtzuerhalten oder zu kräftigen.<<

US-General Lucius D. Clay schreibt später über die berüchtigte Geheimdirektive JCS 1067 (x114/2.103): >>JCS 1067 ließ der Militärregierung nur begrenzte Vollmachten. Es untersagte uns ausdrücklich, Schritte zu unternehmen, die deutsche Wirtschaft irgendwie wieder herzustellen oder auf ihrem Stand zu erhalten: erlaubt war nur die höchtsmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung; eine Bodenreform war vorgesehen. ...

Die Fertigung der Kriegsbetriebe sollte gestoppt, die dafür ausgerüsteten Fabriken mußten entfernt werden, ohne erst Kontrollratsbeschlüsse abzuwarten. Bis zu einer Übereinkunft im Rat sollte nichts an Eisen, Stahl, Chemikalien, Werkzeugmaschinen, Radios, elektrischem Gerät, Autos und schwere Maschinen hergestellt werden. ...

(Es) stand außer Zweifel, daß JCS 1067 einen "Karthago-Frieden" zum Ziel hatte, der unser Handeln in den ersten Besatzungsmonaten bestimmte.<<

15.05.1945

Deutsches Reich: NKWD-Einheiten richten Mitte Mai 1945 in Ketschendorf bei Fürstenwalde das "Speziallager Nr. 5" ein. In den folgenden Monaten werden hier durchschnittlich ca. 6.000 Häftlinge aus Berlin und der Mark Brandenburg interniert (x126/52). Unter den Gefangenen sind viele Jugendliche (vermeintliche "Werwolf-Angehörige").

NKWD-Einheiten richten Mitte Mai 1945 in Berlin-Hohenschönhausen das "Speziallager Nr. 4" ein. Hier werden durchschnittlich ca. 2.000 Berliner Häftlinge interniert (x126/163).
Die "Tägliche Rundschau" berichtet am 15. Mai 1945 (x037/32, x116/53): >>Die Rote Armee kam nach Deutschland als Siegerin, aber nicht als Unterdrückerin. ... Vielen sowjetischen Soldaten, die heute durch die Straßen Berlins gehen, sind zu Hause nur abgebrannte Häuser und zerstampfte Felder geblieben: ... Greise und Kinder zuhauf erschossen, Millionen Mütter, Schwestern, Frauen, Bräute wurden in die deutsche Sklaverei getrieben. Trotzdem - die Rote Armee hat das deutsche Volk niemals mit der Hitlerclique gleichgesetzt und wird es niemals mit ihr gleichsetzen. ...<<
>>... Die Verdunkelung ist aufgehoben, und die Aufenthaltsgenehmigung auf den Straßen ist nicht mehr begrenzt. Die Bevölkerung nimmt an den Wiederaufbauarbeiten sehr aktiven Anteil. ... 17 Kinos ... sind bereits in Berlin wieder eröffnet worden. Es werden Sowjetfilme vorgeführt. Der Andrang des Publikums ist sehr bedeutend.<<
In Berlin werden am 15. Mai 1945 neue Lebensmittelkarten ausgegeben.
Diese neuen Lebensmittelkarten sind in fünf Stufen unterteilt (x111/23):
>>Karte I Schwerarbeiter und hervorragende Persönlichkeiten der Verwaltung, Wirtschaft und Kultur;
Karte II alle sonstigen Arbeiter;
Karte III Angestellte;
Karte IV Kinder;
Karte V Nichtberufstätige.
Pro Tag werden auf Karte I 600 g Brot, auf Karte V 300 g Brot verteilt. An Fleisch entfallen auf Karte I 100 g täglich, auf Karte V 20 g.<<
US-General Clay erklärt am 15. Mai 1945 während einer Pressekonferenz, daß es die erste Aufgabe sein wird, die deutschen Kriegsverbrecher einer gerechten Aburteilung zuzuführen und daß man die Lebensmittelversorgung für Deutschland zunächst sehr knapp halten wird.
General Eisenhower widerruft am 15. Mai 1945 alle bisherigen Befehle, deutsche Kriegsgefangene freizulassen (x131/66).
Polen: Bischof Adamski aus Kattowitz fordert am 15. Mai 1945 die Deutschen auf, Schlesien zu verlassen (x039/228).
Österreich: Die jugoslawische Armee besetzt am 15. Mai 1945 das Klagenfurter Becken in Kärnten (britische Besatzungszone). Jugoslawien fordert anschließend Südkärnten und Grenzkorrekturen in der Steiermark (x006/577).
Die Briten liefern am 15. Mai 1945 sämtliche kroatischen Kriegsgefangenen und Zivilisten, die sich nach Kriegsende der 8. britischen Armee widerstandslos ergeben haben, an Titos Partisaneneinheiten aus. Etwa 80.000 kroatische Kriegsgefangene und ca. 30.000 Frauen, Kinder und Greise werden schon zwischen Bleiburg und Marburg umgebracht (x044/45).
Italien: Die alliierten Militärbehörden stellen Italien rund 200.000 deutsche Kriegsgefangene zur Verfügung, um Wiederaufbauarbeiten durchzuführen.
Großbritannien: Die "United Press" berichtet am 15. Mai 1945 (x043/33): >>... Auf die Frage, warum Dönitz in seiner ersten Deklaration die Fortsetzung des Kampfes gegen den Bolschewismus verlangte, erwiderte Graf Schwerin von Krosigk:
"Dönitz wollte Zeit gewinnen, damit die aus den östlichen Provinzen vor den Russen fliehenden Zivilisten weiter nach Westen gelangen könnten, bevor sie von den eigenen zurückflutenden Streitkräften oder den Russen überrannt würden."
Dönitz fürchtete auch, daß im Falle einer allgemeinen Kapitulation, die an der russischen Front stehenden Streitkräfte dem Befehl zur Niederlegung der Waffen keine Folge leisten könnten, bevor sich diese Flüchtlinge in Sicherheit brachten. Sobald die notwendige Zeit gekommen war, ergab sich Dönitz. ...<<

16.05.1945

CSR: Der tschechische Exilpolitiker Dr. Benesch (Staatspräsident) kehrt am 16. Mai 1945 nach Prag zurück. Der Sozialist Fierlinger wird Ministerpräsident (KP-Führer Gottwald wird stellvertretender Ministerpräsident).

17.05.1945

Deutsches Reich: Der sowjetische Stadtkommandant von Berlin setzt am 17. Mai 1945 den Magistrat für Groß-Berlin ein.

Österreich: Der britische General Alexander telegraphiert am 17. Mai 1945 an den Gemeinsamen Stab der Alliierten (x133/376): >>... Um uns bei der Beseitigung der Überfüllung in Südösterreich behilflich zu sein, bitten wir dringend um Weisung bezüglich der endgültigen Verfügung. ...

Ungefähr 50.000 Kosaken, einschließlich 11.000 Frauen, Kinder und alte Männer. Sie waren Teil der deutschen Streitkräfte und haben gegen die Alliierten gekämpft. ... Sie umgehend in ihre Heimat zurückzuschicken, könnte jedoch für ihre Gesundheit tödlich sein. Erbitte baldmögliche Entscheidung über endgültige Verfügung.<<

UdSSR: Ilja Ehrenburg schreibt am 17. Mai 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/162): >>... Wir erretteten die menschliche Kultur, die aus alter Zeit stammenden Steine Europas, seine Museen und Bücher. ... Wenn der Traum eines goldenen Zeitalters jemals Wirklichkeit werden sollte, dann wird dies deshalb geschehen, weil die Soldaten der Freiheit Tausende von Werst marschierten, um das Banner der Freiheit, der Brüderlichkeit und des Lichtes aufzupflanzen. ...

Das ist der Grund dafür, warum nicht nur in unserem Land, sondern überall in der Welt Stalins Name mit dem Ende der Nacht und dem ersten Morgen des Glücks verbunden ist.<<

Prof. Tarle berichtet am 17. Mai 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" über Berlin bzw. Brandenburg-Preußen (x046/219): >>Seit über 2 Jahrhunderten sei durch Preußen ein mächtiges Gangsterlager im Herzen Europas geschaffen und in Berlin sei der Plan gefaßt worden, Europa, Rußland, 2 Kontinente, die ganze Welt zu erobern. (Raub und Plünderung, das sei) das Hauptziel der politischen Existenz Deutschlands gewesen. ...<<

18.05.1945

CSR: Der tschechische Minister für Erziehung erteilt am 18. Mai 1945 folgende Weisung (x004/96): >>Der Unterricht deutscher Schüler wird sofort eingestellt. Schüler deutscher Nationalität werden nicht in tschechische Nationalschulen aufgenommen. ...<<

USA: Die US-Zeitung "Stars and Stripes" berichtet am 18. Mai 1945 (x111/24): >>Viele Jahre, vielleicht eine Generation, werden vergehen, bis die 70 Millionen Menschen im eroberten Deutschland wieder in der Lage sein werden, in der Weltpolitik mitzureden oder versuchen können, sich selbst zu regieren. ...<<

19.05.1945

Deutsches Reich: Der 1. sowjetische Stadtkommandant von Berlin, Generaloberst Bersarin (1904-45), erklärt am 19. Mai 1945 vor dem Berliner Magistrat (x116/15): >>... Wir wollen den Frieden in der ganzen Welt. Wir wollen, daß die Völker der ganzen Erde frei und froh leben und ein friedliches Leben führen. ...

Vor allem ist es notwendig, daß alle diejenigen aus dem Weg geräumt werden, die uns an der Arbeit stören. Hier wurde die Frage gestellt, ob die früheren Faschisten ausgeschaltet werden sollten. Ich meine hierzu: Wer in der Praxis des Faschismus fortfährt und sich für ihn betätigt, muß entfernt werden. Außerdem sind diejenigen Faschisten, die mitschuldig sind am Unglück der Welt, zu beseitigen. ...<<

Der Schriftsteller Franz Werfel beschäftigt sich in der "Frankfurter Presse" mit der Kollektivschuld des deutschen Volkes (x114/2.150): >>Ihr habt zu schaffen damit, jeder Einzelne unter Euch. War jemals die Weltgeschichte das Weltgericht, das Gottesgericht, so war sie es jetzt

und hier. Habt nicht Ihr von Eurer "Volksgemeinschaft" geprahlt, in welcher das Individuum nur ein fanatisches Atom ist, das bedingungslos dem Ganzen dient? Nicht einzelne Verbrecher haben also Greuel begangen, sondern die "Volksgemeinschaft" in Person, wo das Ganze für jene und jeder für das Ganze einsteht. ...<<

Ein gefangener Feldwebel der Wehrmacht berichtet am 19. Mai 1945 über das US-Kriegsgefangenenlager Rheinberg mit mehr als 100.000 deutschen Kriegsgefangenen (x131/58-59): >>... Kameraden äußern die Absicht, bei Nacht und Nebel aus dem Lager zu fliehen. Einige wagen es. Manche kommen durch, manche werden wieder gefangen.

Einer erzählt mir: "Wir gingen zu zehnt über den Stacheldraht. Alles schien zu klappen. Da – ein Geräusch. – Der Posten schießt. – Die einen rennen vorwärts, die anderen zurück. Jagd auf die Ausreißer. Einige strecken die Hände hoch, sich zu ergeben. Sie werden erbarmungslos erschossen. – Ich werfe mich auf den Boden und stelle mich tot. Der Ami stößt mich mit dem Fuß an – ich rühre mich nicht. Als er sich entfernt, zwänge ich mich wieder unter dem Draht durch ins Lager zurück. – Die Flucht ist mißlungen, doch ich lebe noch." ...<<

CSR: Der Präsident der Republik erläßt am 19. Mai 1945 ein Dekret über die Ungültigkeit von vermögensrechtlichen Rechtsgeschäften aus der Zeit der Unfreiheit und über die nationale Verwaltung der Vermögenswerte der Deutschen und Madjaren, der Verräter und Kollaboranten und verschiedener Organisationen und Anstalten (x004/204-205): >>Auf Vorschlag der Regierung bestimme ich: ...

§ 2 (1) Das im Gebiete der Tschechoslowakischen Republik befindliche Vermögen der staatlich unzuverlässigen Personen wird gemäß den weiteren Bestimmungen dieses Dekretes unter nationale Verwaltung gestellt. ...

§ 4 Als staatlich unzuverlässige Personen sind anzusehen:

a) Personen deutscher oder madjarischer Nationalität.

b) Personen, die eine gegen die staatliche Souveränität ... der Tschechoslowakischen Republik gerichtete Tätigkeit entfaltet haben ...

§ 6 Als Personen deutscher oder madjarischer Nationalität sind Personen anzusehen, die sich bei irgendeiner Volkszählung seit dem Jahre 1929 zur deutschen oder madjarischen Nationalität bekannt haben oder Mitglieder nationaler Gruppen, Formationen oder politischer Parteien geworden sind, die sich aus Personen deutscher oder madjarischer Nationalität zusammensetzten. ...<<

UdSSR: Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) berichtet am 19. Mai 1945 aus der US-Botschaft in Moskau (x116/35): >>Man kann getrost behaupten, daß kein anderer Personenkreis irgendwo auf der Welt sich der entscheidenden Wichtigkeit der Zeit nach dem Waffenstillstand, ihrer Möglichkeiten und Gefahren stärker bewußt ist als die Führer der Sowjetunion.

Selber Träger eines Regimes, das aus dem chaotischen Nachspiel des Ersten Weltkriegs erwuchs, sehen sie in aller Klarheit, daß es die jetzt während des auf die Militäraktionen folgenden allgemeinen Durcheinanders gezogenen Linien sind, die sich verfestigen und Bestand haben und das Gewicht der Zukunft bestimmen werden.

Die Entscheidungen der nächsten paar Wochen halten sie für wichtiger als selbst die Beschlüsse zukünftiger Friedenskonferenzen. Denn diese werden nach Auffassung der Sowjets wenig mehr ergeben als eine Bestätigung der Landmarken, die aufgestellt wurden als alles im Fluß war. ...<<

Jugoslawien: Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet über einen Todesmarsch von deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien am 19. Mai 1945 (x026/86-87): >>Durch Train- und LKW-Kolonnen wurde die Marschgruppe Arndt am Abend des 19. Mai stark auseinandergezogen. Es war in der Gegend des ... Ortes Steinbrück ...

Am Straßenrand lungerten Halbwüchsige und Partisanen herum. Ein oder zwei Bewaffnete packten sich diesen oder jenen Deutschen und beraubten ihn. Uhren, Ringe, Brillen, Schuhe, Waffenröcke, Taschen und Tornister, alles war begehrt. Was die Straßenräuber enttäuschte, wurde vernichtet. So wurden Brillen zertreten, Kompaßgeräte zerschlagen, Medikamente und Verbandszeug zugrunde gerichtet.
Die Marschgruppe hastete in wilder Verzweiflung vorwärts. Offensichtlich machten die Posten mit den Plünderern gemeinsame Sache, sie blieben während der ganzen Strecke durch den Ort unsichtbar. Es ging auch ohne sie weiter, weil jeder wieder aufs freie Feld wollte.
Um die Menschen noch weiter einzuschüchtern, trieb eine Gruppe von Partisanen durch die ganze Menge unter fürchterlichen Kolbenhieben eine aneinandergefesselte Kette von etwa dreißig ... langhaarigen königstreuen "Cetnici" (Tschetniks) des Generals Mihailovic, hindurch. Die hageren Gesichter dieser Männer waren verzerrt zu Masken der verkörperten Todesangst. Es schoß überall, schlimmer als in manchem Gefecht. Von Angst überflügelt, hetzten die Männer voran. ...<<

20.05.1945

Deutsches Reich: Die Sowjets führen am 20. Mai 1945 in Berlin die Moskauer Zeit (OEC) ein.
Die deutsche Schriftstellerin Karla Höcker (1901-1992) notiert am 20. Mai 1945 in ihrem Tagebuch (x111/25): >>Es sollen Spannungen zwischen Rußland und den USA bestehen. Hitler soll nach Spanien geflüchtet sein. Er soll von dort nach Argentinien gehen. Der Postverkehr soll bald wieder aufgenommen werden.
Es sollen ... es soll. Alles Gerüchte, Gerede, geheime Hoffnung, bloße Vermutung. Alles unsicher, unglaubwürdig und möglicherweise ganz anders. ...<<

21.05.1945

Deutsches Reich: Im KZ Bergen-Belsen wird am 21. Mai 1945 die letzte Baracke niedergebrannt. Von den ca. 60.000 befreiten KZ-Häftlingen sterben später noch rund 13.000 (x111/-25).
Heinrich Himmler (ehemaliger Reichsführer SS, Chef der deutschen Polizei und "oberster Herrscher aller Konzentrationslager und Vernichtungslager") gerät am 21. Mai 1945 zunächst unerkannt in britische Gefangenschaft.
Österreich: Der britische General Keightley erteilt am 21. Mai 1945 folgenden Befehl (x133/347-348): >>Betrifft: Definition sowjetischer Staatsangehöriger. ...
Folgende sind als sowjetische Staatsangehörige zu behandeln:
Ataman-Gruppe.
15. Kosaken-Kavallerie-Korps (inklusive Kosaken und Kalmücken).
Reserve-Einheiten von Generalleutnant Schkuro.
Kaukasier (inklusive Muselmanen).
2. Einzelfälle werden nicht in Betracht gezogen, es sei denn auf speziellen, dringenden Antrag. In diesen sowie auch in anderen Fällen des Einspruchs weiterer Einheiten und Verbände gelten folgende Richtlinien:
a) Jede Person in unserem Gewahrsam, die zur Zeit des Beitritts in die deutschen Streitkräfte oder des Beitritts zu einer Einheit, die mit den deutschen Streitkräften kämpfte, innerhalb der 1938 gültigen UdSSR-Grenzen lebte, ist in bezug auf die Repatriierung als sowjetischer Staatsangehöriger zu behandeln.
b) Jede Person, die, obwohl russischer Abstammung, vor dem Beitritt zu den deutschen Streitkräften seit 1930 nicht in der UdSSR gelebt hat, ist bis auf weiteres nicht als sowjetischer Staatsangehöriger zu behandeln.
c) In allen Zweifelsfällen sind die Personen als sowjetische Staatsangehörige zu behandeln.<<
Der britische Historiker Nikolai Tolstoy schreibt später in seinem Buch "Die Verratenen von

Jalta" über diese Definition der sowjetischen Staatsangehörigkeit (x133/348): >>Dieses Dokument sah mit einigen Ausnahmen eindeutig vor, daß dann eine Überprüfung stattfinden sollte, wenn Personen, die nach den gegebenen Definitionen nicht als Sowjetbürger galten, das Augenmerk auf ihren Status lenkten.
Diese Richtlinie räumte den Befehlshabern eine gewisse Freiheit der Interpretation ein, ermächtigte sie jedoch nicht, Personen auszuliefern, die Anspruch auf nichtsowjetischen Status stellten und in der Lage waren, ihn dokumentarisch zu belegen (durch einen Paß oder einen Nansen-Ausweis).
Obgleich der Wortlaut einige Unklarheiten enthielt, konnten sie jedoch einem humanen Befehlshaber (ganz gleich, wie wörtlich er sie nahm) zur Rettung vieler Menschenleben dienen. ...<<

22.05.1945

Deutsches Reich: In Halle vereinbaren die Siegermächte am 22. Mai 1945, daß sämtliche befreiten west- und osteuropäischen Staatsbürger in ihre Heimatstaaten zurückkehren sollen (x133/427): >>Alle früheren Kriegsgefangenen und Staatsbürger der UdSSR, die von den alliierten Streitkräften befreit worden sind, sowie die Staatsbürger der alliierten Nationen, die von der Roten Armee befreit worden sind, (sind) über die jeweiligen Linien der Armeen hinweg an die zuständigen Armeebehörden beider Seiten auszuliefern. ...
Mit der Auslieferung und dem Empfang wird 24 Stunden nach Unterzeichnung dieses Planes begonnen werden.<<

Verschleppung von umgesiedelten bzw. geflohenen Rußland-Deutschen und "Straftätern" aus Mitteldeutschland sowie die Heimführung der "befreiten Sowjetbürger"

Nach dem Kriegsende wurden die Rußland-Deutschen (volksdeutsche Flüchtlinge und Umsiedler aus den Gebieten der Sowjetunion) grundsätzlich wie sowjetische Staatsbürger bzw. Volksverräter behandelt und gewaltsam in die Sowjetunion verschleppt.
Tausende von Rußland-Deutschen wurden sogar in den Besatzungszonen der westlichen Alliierten festgenommen und deportiert. Die amerikanischen und britischen Besatzungstruppen lieferten nicht selten Rußland-Deutsche unaufgefordert an die sowjetischen Deportationskommandos aus. Die Sowjets verschleppten ca. 300.000 Rußland-Deutsche (sog. "Zwangsrepatriierte") in die Zwangsarbeitslager der UdSSR (x026/91) und deportierten ferner ca. 40.000 Reichsdeutsche (unter ihnen waren z.B. auch Rotkreuzschwestern, Nachrichtenhelferinnen und verurteilte "Straftäter") aus Mitteldeutschland (x026/063).
Stalin duldete auch nach dem Kriegsende keine politischen Gegner. Wer sich verdächtig machte oder als unzuverlässig galt, geriet schnell in ein sowjetisches Strafarbeitslager. Ungezählte Sowjetbürger, die das NS-Regime während des Zweiten Weltkrieges als Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter ins Deutsche Reich verschleppt hatte, wurden nach ihrer Befreiung in der UdSSR inhaftiert. Man schätzte, daß in der Nachkriegszeit mehr als 10 Millionen Gefangene in Stalins Arbeitslagern inhaftiert wurden (x149/131).
Ein ehemaliger NKWD-Beamter berichtet später über das Schicksal der "befreiten und heimgeführten Sowjetbürger" (x133/572-573): >>Im ganzen wurden von 1943-1947 über 5,5 Millionen Russen aus den ehemals besetzten Gebieten repatriiert. 20 % wurden zum Tode oder zu 25 Jahren in den Lagern verurteilt (im Grunde ein verlängertes Todesurteil);
15-20 % erhielten Strafen von 5-10 Jahren;
10 % wurden für mindestens 6 Jahre in die Grenzgegenden Sibiriens verbannt;
15 % wurden als Zwangsarbeiter in den Donbas, Kusbas und andere verwüstete Gebiete geschickt. Ihnen wurde nach Ablauf der Strafzeit nicht erlaubt, in die Heimat zurückzukehren;
15-20 % durften heimkehren, fanden jedoch als nichtregistrierte Arbeitskräfte nur selten Arbeit.
... Die fehlenden 15-20 % sind vermutlich "Schwund", Menschen, die in Rußland "untertauch-

ten", während der Reise umkamen oder flüchteten. ...<<
Ein Pfarrer aus Schwerin berichtet später über seine 5jährige Haft in der UdSSR (x149/131): >>Die Gefangenen sind die Zwangskolonisatoren unerschlossener Gebiete, eine Reservearmee unbegrenzter Ausbeutung. Der Zwangsarbeiter ist ein Arbeiter, dem man die härtesten Lebensbedingungen, das ungesundeste Klima, die primitivste und schmutzigste Unterbringung und eine Entlohnung zumuten kann, die sein Leben eben noch fristet. ...
Von der Bahnstrecke Kotlas - Workuta, an deren Fertigung ich noch teilgenommen habe, erzählten die Kameraden, die die ersten Stadien dieser Verlegung mitgemacht haben, daß damals so viele Menschen verhungert, erfroren und an Erschöpfung gestorben seien, daß gleichsam unter jeder Schwelle des Bahnkörpers ein Toter liege. ...<<
Die Direktive Nr. 1 der PWD (Psychological Warfare Division) tritt am 22. Mai 1945 in Kraft (x111/25, x115/270): >>Der erste Schritt der Umerziehung wird sich ausschließlich darauf beschränken, die Deutschen mit unwiderlegbaren Tatsachen zu konfrontieren, die eine Einsicht in die deutsche Kriegsschuld und die Kollektivschuld für solche Verbrechen wie die Konzentrationslager wachrufen. ...<<
>>... Der tiefe Graben, der die Besatzungsarmeen von den besiegten Deutschen trennt, ist ausdrücklich zu betonen. ... Eine Politik der "austerity" (Härte) hat an die Stelle aller Schmeicheleien zu treten, die von der psychologischen Kriegsführung als erforderlich angesehen wurden. ...<<
Der deutsche Historiker Wolfgang Benz berichtet später in seinem Lexikon "Legenden Lügen Vorurteile" (x268/15): >>Zum Arsenal rechtsradikaler Propaganda gehört die Behauptung, die Alliierten hätten die These von der Kollektivschuld aller Deutschen an den Verbrechen des Hitlerregimes propagiert und darauf gestützt die Bestrafung und Umerziehung der Deutschen ... betrieben. ...
Diese Mühe ist auch deshalb vergeblich, weil die These einer Kollektivschuld der Deutschen niemals Bestandteil der alliierten Politik gegenüber Deutschland gewesen ist oder zur Begründung dieser Politik nach 1945 herangezogen wurde. ...<<
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die US-Umerziehung in den Jahren 1945/46 (x306/109-111): >>... Chef der psychologischen Kriegführung unter Eisenhower war der General Robert A. McClure, Eisenhowers Propagandaberater. Trotz des militärischen Kopfes bestand General McClures Abteilung in Rumpf und Gliedern aus Zivilisten. Deutsche Emigranten wurden nur in untergeordneten Stellungen verwendet, da sie zum "tenderhearted appeal to the German public" geneigt hätten. Es mag überraschen, daß die psychologische Kriegführung unter Eisenhower nicht durch Psychologen betrieben wurde.
Lerner schrieb über die zentrale Nachrichtenabteilung, deren Leiter Oberstleutnant Murray I. Gurfein ehemaliger Herausgeber des "Harvard Law Journal" und wohl Frankfurter Schüler war, daß sich in ihrem Vernehmungsteam nicht ein Psychiater befand. "Dagegen umfaßte es Historiker und Sozialwissenschaftler, darunter recht bekannte, in Mengen." Die Psychiatrie wurde vom britischen Direktorat für Armeepsychiatrie ausgeborgt. Der britische Armeepsychiater, Oberstleutnant H. V. Disks, und seine Mitarbeiter arbeiteten die Fragebogen und Richtlinien aus.
Da es Aufgabe der psychologischen Kriegführung ist, die Kampfmoral des Gegners zu schwächen und in seinen Reihen Uneinigkeit zu stiften, ließ sich der antigermanische Slogan "alle Deutschen sind gleich" als Arbeitshypothese nicht verwenden. Vielmehr mußten die Deutschen, um einen Teil von ihnen gegen den anderen auszuspielen, in Kategorien unterteilt werden. Die grundlegende Einteilung, die von Dicks und dem amerikanischen Soziologen Edward A. Shils ausgearbeitet wurde, war die nach dem Grade des Nazismus.

Die Deutschen (soweit sie in der deutschen Armee dienten) ließen sich in fünf Gruppen unterbringen:
1. die hartgesottenen Nazis (10 %)
2. die gemäßigten, Vorbehalte machenden Nazis (25 %)
3. die unpolitischen Deutschen (40 %)
4. die passiven Antinazis (15 %)
5. die aktiven Antinazis (10 %).

Bei der ersten Gruppe wurde zwischen den idealistischen Eiferern, den Schlägern, die mehr dem Verein als der Sache zugetan waren, und den versteckten Fanatikern, die in einer mit den nationalsozialistischen Vorstellungen zusammenfallenden Phantasiewelt lebten, unterschieden. Die zweite Gruppe machten die Pseudo-Zweifler, die trotz Verurteilung der Auswüchse des Nationalsozialismus (Grausamkeiten, Antisemitismus) sich an eine "autoritäre Haltung" klammerten, die Idealisten, die einem anderen, aber vom Nationalsozialismus nicht weit entfernten Ziel zustrebten, und die Zyniker aus.

Die Gruppe der Unpolitischen setzte sich aus der Landbevölkerung, den kleinen Beamten und den Berufssoldaten zusammen, die sich vor allem um Familie und Haus kümmerten. In der vierten Gruppe der passiven Antinazis wurden die enttäuschten Idealisten, die älteren Leute, die noch der guten alten Zeit nachtrauerten, die ganz Jungen, die "Edelweiß Banden" bildeten, sowie die Opportunisten, "die den 20. Juli aus Kastensolidarität unterstützten", eingereiht.

Die Gruppe der aktiven Antinazis schließlich umfaßte die nationalistischen Konservativen, die Sympathien für die Engländer als "Herrenvolk" empfanden, aber von der "Demokratie" nicht viel hielten, die Anhänger des Zentrums, die sich im politischen Leben konservativen Anstand wünschten, und die "Demokraten", die sich aus den Resten der Arbeiterbewegung und einer kleinen Zahl von Intellektuellen zusammensetzten, die ihren "gemäßigt liberalen und sozialistischen Vorstellungen treugeblieben waren". Hinzu kamen die Kommunisten, die hauptsächlich mit dem Überleben beschäftigt seien, und die religiösen Antinazis.

Der Einmarsch in Deutschland hätte eigentlich das Ende der psychologischen Kriegführung bringen müssen, denn wenn der militärische Krieg beendet war, dann mußte auch der psychologische aufhören. Doch die Psycho-Krieger waren (wie die Wirtschaftskrieger) der Ansicht, daß der psychologische Krieg (wie der wirtschaftliche) nie zu Ende geht.

Die Abteilung für psychologische Kriegführung wurde in Abteilung für Informationskontrolle umgetauft und nahm (weiterhin unter General McClure) ihren Sitz in Bad Homburg, von wo sie im Frühjahr 1946 nach Berlin, dem Sitz des Militärgouverneurs, verlagert wurde. Die Abteilung für Informationskontrolle war eine der Abteilungen der Militärregierung und für den gesamten Bereich der Kultur und des Nachrichtenwesens (mit Ausnahme der Erziehung und Religion) zuständig.

Die Übernahme der psychologischen Kriegführung in den Apparat der Militärregierung ging nicht ohne Reibungen vor sich, da General McClure der Meinung war, daß die Militärregierung den Deutschen sagen solle, was sie zu tun hätten, während der stellvertretende Militärgouverneur General Clay der Meinung war, daß die Militärregierung den Deutschen sagen solle, was sie nicht zu tun hätten, und ihnen das übrige selbst überlassen könne.

General Clay hielt dafür, daß Demokratie sich auf der freien Initiative unter Beschränkung der Staatstätigkeit aufbaue. Die Eingriffe der Militärregierung sollten die Hindernisse, die einer freien Initiative im Wege stünden, beiseite räumen.

General McClure hingegen sah in der demokratischen eine inhaltlich umrissene Denkweise, die auf bestimmten Persönlichkeitszügen aufbauend durch die Militärregierung mittels zweckentsprechender Eingriffe herstellbar war.<<

Jugoslawien: An der Save-Brücke bei Podsused erschießen jugoslawische Soldaten der 1. Partisanenarmee am 22. Mai 1945 neunzig gefangene deutsche Soldaten (x130/212).

In den ersten 14 Tagen nach der Kapitulation erschießen jugoslawische Soldaten allein 1.600 gefangene Soldaten der Waffen-SS-Division "Prinz Eugen" (x130/212).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über einen Todesmarsch von deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien (x026/87-88): >>... Noch in der Nacht zum 22. Mai wurde die Marschgruppe Arndt auf Weidekoppeln des nur wenige Kilometer entfernten Staatsgutes bei Dugo Selo vorgezogen. Da hockten sich die geschundenen Menschen ins dichte, taufeuchte Gras. Sehr viele litten unter argen Durchfällen oder hatten bereits die Ruhr. So besetzten die Gequälten auf den latrinenlosen Koppeln hart an die Lagernden heran den Rand. Sie hockten lange und immer wieder da, zuweilen von den Posten aufgescheucht. Die Koppeln hatten Viehtränken, die nun ständig umlagert waren.
Hier lag die Marschgruppe bis zum Nachmittag des 22. Mai. Hier gab es am Mittag je Mann einen knappen Viertelliter gekochtes Wasser mit jeweils einer schmalen Scheibe von einer gekochten Kartoffel darin. Die Prozedur der Ausgabe dieser ersten Mahlzeit in jugoslawischer Regie seit der Kapitulation dauerte drei Stunden. Aber dafür erhielt fast jeder etwas. Man schrieb Pfingstdienstag, den 22. Mai. Die Deutschen hatten am 9. Mai kapituliert.
Gegen 16 Uhr entstand wieder Leben auf der Koppel. Eine neue Postenkette ließ antreten. Heißer Wind trieb in heftigen Stößen dichte Staubwolken vor sich her und den Abrückenden ins Gesicht. Das machte den Durst noch quälender. Da auf der Koppel alle Voraussetzungen zur Einrichtung eines Reviers gefehlt hatten, war von den Ärzten auch den Fieberkranken geraten worden, mitzumarschieren.
Die neuen Posten sorgten von Anfang an für eine bis dahin ungewohnte verschärfte Marschzucht. Zu 8 in jeder Reihe, die Reihen dicht aufgeschlossen, so wurde mit groben Stockhieben ein militärischer Marschschritt erzwungen. Da die Straße aber nicht überall der 8 Mann tiefen Rotte das Passieren erlaubte, so stockte öfters für den rückwärtigen Teil der breiten Reihen der Schritt. Die ersten mußten im alten Tempo voran, folglich waren alle anderen nach Überwindung der Stockung gezwungen, im Laufschritt aufzuholen.
Wohlgemerkt, viele waren krank, alle waren matt, ausgehungert und durstig; viele liefen barfuß. Die Schwachen gingen am Schlußteil des Zuges und ihnen blühte nun immer von neuem der Wechsel zwischen Dauerlauf und Warten, und auf sie krachten die meisten Hiebe. Fast alle Posten hatten mannshohe Stöcke zum Schlagen.
In den Dörfern, durch die der Weg führte, machten sich die Partisanen ein Sondervergnügen: sie ließen die ganze Marschgruppe im Laufschritt durchhetzen. Es waren kroatische Dörfer, deren Einwohner anders als in Slowenien oder Serbien den Deutschen durchwegs wohlgesinnt waren. Sie standen eingeschüchtert an den Hofzäunen, die Frauen, die ihre zur Ustascha gepreßten Angehörigen dem gleichen Los überantwortet wußten, weinten oft angesichts dieses schaurigen Sühnespiels. Sie versuchten zuweilen Wasser auszuteilen, doch duldeten Kommissar und Posten es nicht. ...<<

23.05.1945

Ostdeutschland: Die Sowjets übergeben am 23. Mai 1945 den südlichen Teil Ostpreußens ("Bezirk Masuren") an Polen (x111/26).

Deutsches Reich: Die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" wird am 23. Mai 1945 durch die Siegermächte abgesetzt.
Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht (sog. "Dönitz-Clique") werden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Generaladmiral von Friedeburg begeht noch am selben Tag in seiner Zelle Selbstmord (Giftkapsel).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Hans-Georg von Friedeburg (x051/194): >>Friedeburg, Hans-Georg von, geboren in Straßburg 15.7.1895, gestorben in

Flensburg 23.5.1945, deutscher Generaladmiral (1.5.45); bei Kriegsausbruch 1939 Chef der Organisationsabteilung beim Befehlshaber der U-Boote Dönitz.
Friedeburg wurde im Februar 43 Kommandierender Admiral der U-Boote und nach Ernennung von Dönitz zu Hitlers Nachfolger am 1.5.45 letzter Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine. In dieser Eigenschaft unterzeichnete er am 4.5. bei Montgomery die deutsche Teilkapitulation im Nordwestraum und am 7.5. und 8.5. die Urkunden über die Bedingungslose Kapitulation in Reims bzw. Berlin-Karlshorst.
Friedeburg nahm sich bei Verhaftung der Regierung Dönitz das Leben.<<
Im Berliner Kino "Babylon" am Bülowplatz wird der sowjetische Abenteuerfilm "Die Kinder des Kapitän Grant" gezeigt.
Himmler bringt sich am 23. Mai 1945 nach seinem ersten Verhör in Lüneburg um (Giftkapsel).

24.05.1945

Polen: Die polnische Regierung erläßt am 24. Mai 1945 ein Dekret über die Verwaltung der "Wiedergewonnenen Gebiete" (x001/108E).

Österreich: General Charles Keightley (1901-1974, Kommandeur des 5. britischen Korps) befiehlt am 24. Mai 1945, die Auslieferung von ca. 50.000 gefangenen Kosaken vorzubereiten (x130/264): >>Es ist von allergrößter Wichtigkeit, daß sämtliche Offiziere und in Sonderheit die höheren Dienstgrade aufgebracht werden und daß wir keinen von ihnen entkommen lassen. Die sowjetischen Streitkräfte legen darauf ganz besonderen Wert; wahrscheinlich betrachten sie die Auslieferung der Offiziere als einen Prüfstein des britischen Wohlverhaltens. ...<<
Die deutschen Journalisten Paul Carell (1911-1997) und Günter Böddeker (1933-2012) schreiben später in ihrem Buch "Die Gefangenen ..." über die Auslieferung der gefangenen Kosaken (x130/264-265): >>... Lord Nicolas Bethell, der als erster die offiziellen Akten der britischen Regierung über die Auslieferung der Kosaken an ihre Todfeinde ausgewertet hat, kommentiert in seinem Buch "Das letzte Geheimnis" diesen Befehl: "Keightley ignorierte ein sehr wichtiges Faktum, nämlich, daß bis auf einen die führenden Kosakenoffiziere Altemigranten waren, die Rußland um 1920 verlassen hatten. Nach dem Jalta-Abkommen fielen sie nicht unter die Zwangsrepatriierung.
Das war den Engländern unbequem, weil sie wußten. wie sehr die Sowjets gerade auf diese Leute aus waren, und sie wollten ihrem Verbündeten so gefällig sein wie nur möglich".
Die britischen Offiziere begannen nun ein schäbiges Ränkespiel, um die Kosaken über ihr zukünftiges Schicksal zu täuschen. Sie deuteten den Kosakenführern an, das Reitervolk könne möglicherweise als eine Art Fremdenlegion in den Dienst der britischen Krone treten. Ein andermal hieß es, die Kosaken würden nach dem Pazifik verschifft, um mit den Engländern zusammen gegen die damals noch im Krieg stehenden Japanern zu kämpfen.
Selbst der Oberkommandierende der Kosakendivision, der deutsche Generalleutnant von Pannwitz, glaubte den Gerüchten. Einer seiner deutschen Offiziere berichtet: "Pannwitz hatte die Vorstellung, das Korps bleibt intakt. Es werde nach dem Iran geschickt, um dort den Kommunisten Widerstand entgegenzusetzen, die die Provinz Aserbeidschan in ihre Gewalt bringen wollten".
Pannwitz lehnte den Vorschlag eines seiner Offiziere ab, das Korps aufzulösen und eine Massenflucht in Gang zu setzen. ...<<
Generalfeldmarschall Robert Ritter von Greim (1892 in Bayreuth geboren, letzter Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe) begeht am 24. Mai 1945 in einem Lazarett in Kitzbühl/Tirol Selbstmord (x033/618).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Robert Ritter von Greim (x051/225): >>Greim, Robert Ritter von, geboren in Bayreuth 22.6.1892, gestorben in Salz-

burg 24.5.1945, deutscher Generalfeldmarschall (28.4.45); im Ersten Weltkrieg Flugzeugführer, Studium der Rechtswissenschaften; 1924-27 in Kanton mit dem Aufbau der chinesischen Luftwaffe beauftragt.
1935 wurde Greim Kommandeur des Jagdgeschwaders "Richthofen", 1938 Generalmajor im Reichsluftfahrtministerium. Als General der Flieger (1940) leitete er seit April 42 das Luftwaffenkommando Ost.
Im April 45 flog er, zusammen mit Hanna Reitsch, in das eingeschlossene Berlin ein und wurde als Nachfolger Görings zum Oberbefehlshaber der Luftwaffe ernannt. Nachdem er auf Befehl Hitlers Berlin verlassen hatte, geriet er in Gefangenschaft und beging Selbstmord.<<
UdSSR: Stalin erklärt am 24. Mai 1945 beim Empfang der Befehlshaber der Roten Armee im Kreml (x243/146): >>Genossen! ...
Ich möchte einen Toast auf das Wohl unseres Sowjetvolkes und vor allem auf das Wohl des russischen Volkes ausbringen. Ich trinke vor allem auf das Wohl des russischen Volkes, weil es die hervorragendste Nation unter allen zur Sowjetunion gehörenden Nationen ist. ...<<
Ilja Ehrenburg schreibt am 24. Mai 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/162): >>Wir gewannen diesen Krieg, weil wir Eroberungskriege hassen. ...<<
Japan: 520 US-Fernbomber werfen am 23./24. Mai 1945 rd. 750.000 Phosphorbrandbomben über Tokio ab (x040/287).

25.05.1945

Deutsches Reich: US-Militärgouverneur Eisenhower gibt am 25. Mai 1945 bekannt, daß etwa 1.500.000 sowjetische Zivilisten (ehemalige Zwangsarbeiter) in die UdSSR zurückgebracht werden sollen (x033/618).
Die US-Militärregierung verkündet am 25. Mai 1945 in München (x111/26): >>Politischen Parteien, Organisationen, Truppen oder antinationalsozialistischen Gruppen und Organisationen ist es nicht erlaubt, sich zu organisieren, Büros einzurichten oder Versammlungen irgendwelcher Art abzuhalten. Sie sind ferner nicht ermächtigt, Kraftwagen, Nahrungsmittel oder Gebäude zu beschlagnahmen. Die Verteilung oder Aufstellung von Plakaten, Büchern, Flugblättern und anderem Schrift- und Druckmaterial ist verboten. Alle diese Tätigkeiten müssen sofort eingestellt werden. ...<<
CSR: Informationsminister Kopecky berichtet am 25. Mai 1945 im Prager Rundfunk indirekt über die Austreibung von Sudetendeutschen (x004/105-106): >>Das tschechoslowakische Militär ist schon in Bereitschaft für die Säuberung des Grenzgebietes der Republik von Deutschen und Ungarn und für die Rückerstattung der Reichtümer dieser von altersher slawischen Gebiete in die Hände der Tschechen und Slowaken. ...<<
Jugoslawien: Tito fordert am 25. Mai 1945 die Abtretung der besetzten Gebiete Südkärntens (x040/287).
Die westlichen Alliierten lehnen diese Forderung jedoch ab. Sämtliche jugoslawischen Truppen müssen diese Gebiete später räumen.

26.05.1945

Deutsches Reich: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 26. Mai 1945 über das erste Nachkriegskonzert der Berliner Philharmoniker (x111/27): >>Fast tausend Menschen sitzen in stummer Erwartung. Sie kamen zu Fuß und zu Rad. Aus ihren Trümmerwohnungen. Aus den Sorgen ihrer Tage, der Angst ihrer Nächte. Wie schön das eigentlich ist. ...
"Das so was noch möglich ist", stammelt neben mir ein Mann. Wir sehen keinen Kinosaal. Wir sehen keine Ruinen. Wir haben vergessen, daß es Nazis gibt, einen verlorenen Krieg und Besatzungstruppen. Plötzlich ist alles unwichtig geworden. Wichtig ist nur, was die Geigen singen: Tschaikowsky, Mozart und Mendelssohn. ...<<
Die US-Militärregierung veröffentlicht am 26. Mai 1945 die Hauptziele der Alliierten (x073/-

216): >>Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland:
a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.
b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung und Verwaltung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit deutschen Beamten und der Bevölkerung werden Sie streng unterbinden.
c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. ...<<
CSR: Kundmachung des nationalen Sicherheitsdienstes der Stadt Troppau, Sudetenland, vom 26. Mai 1945 (x004/315): >>Mit sofortiger Gültigkeit wird angeordnet, daß alle Personen deutscher Nationalität vom 6. Lebensjahr an folgende Kennzeichnung tragen; eine weiße Scheibe im Durchmesser von 15 cm und auf ihr, aus schwarzer Leinwand aufgenäht, ein "N" in der Stärke von 2 cm, dessen Rand 1 cm von der Umrißlinie des Kreises entfernt ist. Diese Kennzeichnung wird auf der linken Brustseite getragen.
Deutsche, die in der NSDAP, in der SA, SS, NSV, NSKK, HJ oder in anderen Gliederungen der Partei organisiert waren, müssen diese Zeichen auch auf dem Rücken tragen, also 2 - eines auf der Brust und das zweite auf dem Rücken.
Allen Deutschen wird die Fahrt mit öffentlichen Beförderungsmitteln, der Besuch öffentlicher (Einrichtungen) und Unterhaltungslokale und Anlagen (Parkanlagen) verboten. Allen Deutschen ist verboten, ab 20 Uhr ihre Wohnungen zu verlassen. Bei Begegnungen eines russischen oder tschechoslowakischen Offiziers müssen die Deutschen den Hut abnehmen und müssen in entsprechendem Abstand vorbeigehen. Der Einkauf in den Geschäften ist eine Stunde vor der Sperre erlaubt.
Die Abzeichen laut angeordnetem Muster muß jeder Deutsche sich selbst anschaffen. Die Nichtbefolgung dieses Befehls ist strafbar. Strafbar macht sich ebenfalls jeder Bürger anderer Nationalität, der auf irgendeine Weise die Deutschen begünstigt oder ihnen hilft.
Die österreichischen Staatsangehörigen unterliegen diesen Bestimmungen nur dann, wenn sie bei der NSDAP, der SA, SS, NSV ... oder in einer anderen Gliederung der NSDAP organisiert waren.<<
Großbritannien: Das Foreign Office bestätigt am 26. Mai 1945 die Auslieferung von sowjetischen Staatsbürgern an die UdSSR (x133/343): >>Alle Personen, die Sowjetbürger sind, die dem britischen Gesetz unterliegen, müssen repatriiert werden, und ... alle Personen, die dem britischen Gesetz unterliegen und nicht Sowjetbürger sind, dürfen nicht in die Sowjetunion repatriiert werden, es sei denn auf ausdrücklichen Wunsch der betroffenen Personen.<<
Japan: 500 US-Fernbomber bombardieren am 26. Mai 1945 Tokio und verwüsten über 50 % der bebauten Fläche Tokios (x040/287).

27.05.1945

Deutsches Reich: General Eisenhower ruft am 27. Mai 1945 in der "Frankfurter Presse" zum Kampf gegen den "Schleichhandel" auf (x111/27): >>... Unter der alliierten Besatzung darf es weder Hamstern noch Schleichhandel geben. Die Militärregierung wird über den ordnungsgemäßen Bedarf hinausgehende Vorräte an Lebensmitteln und anderen Gütern beschlagnahmen und an Bedürftige verteilen lassen.
Landwirte werden daher gut daran tun, bisher verborgene Vorräte an die von der Militärregierung eingerichteten Märkte zu bringen und dort zu den amtlichen Preisen zu verkaufen, um eine gerechte Verteilung zu gewährleisten.<<

Konrad Adenauer (ab 1949 deutscher Bundeskanzler) schreibt am 27. Mai 1945 (x095/15): >>Die Verwaltung haben die Nazis in einem geradezu skandalösen Zustand zurückgelassen, man muß buchstäblich ganz von vorn wieder anfangen. Es ist unbeschreiblich schwer. Es sieht überall sehr bös aus. Man kann sich noch gar kein Bild machen, wie alles werden soll. ...<<

UdSSR: Stalin teilt US-Sonderbotschafter Hopkins am 27. Mai 1945 mit, daß die Nordamerikaner allein in Westböhmen 135.000 deutsche Kriegsgefangene an die Sowjets ausgeliefert hätten (x004/20).

USA: Die "New York Times" kritisiert am 27. Mai 1945 die strenge Zensur des US-Oberkommandos (x131/82): >>Dem amerikanischen Volk werden Nachrichten vorenthalten, auf die es ein Anrecht hat. ... Es hat beinahe den Anschein, als verbrächten jetzt, wo es keinen Feind mehr zu bekämpfen gibt, hohe Offiziere der Armee einen großen Teil ihrer Zeit damit, Weisungen zur Eingrenzung der Bewegungsfreiheit und Tätigkeit von Kriegskorrespondenten zu schreiben. ...<<

28.05.1945

Österreich: Oberst Bryar informiert am 28. Mai 1945 alle britischen Offiziere über die Repatriierung der Kosaken, die in Spittal/Österreich als Kriegsgefangene inhaftiert sind, und erteilt Sicherheitsmaßnahmen, um eine reibungslose Auslieferung an die Sowjets zu gewährleisten (x133/247-248): >>1. Jeder Widerstandsversuch ist konsequent durch Scharfschießen zu unterbinden.

2. Jeder Selbstmordversuch eines Offiziers muß verhindert werden, vorausgesetzt, daß unsere Truppen dadurch nicht gefährdet werden. Falls unsere Truppen dabei der geringsten Gefahr ausgesetzt sind, soll der Selbstmord erlaubt werden. ...<<

General Helmuth von Pannwitz (1898-1947, Oberkommandierender einer Kosakendivision) wird am 28. Mai 1945 mit 144 deutschen Offizieren durch die Briten in Judenburg/Österreich an den sowjetischen NKWD-Geheimdienst ausgeliefert (x133/321).

Die Briten berichten später über die Auslieferung des Oberkommandierenden der Kosakendivision, General von Pannwitz (x130/265): >>General von Pannwitz war, als er aus dem Wagen stieg, der ihn über die Grenze der sowjetischen Besatzungszone in Österreich gebracht hatte, offensichtlich überrascht, die Russen zu sehen. Er warf die Arme hoch und rief: "Mein Gott". ...<<

29.05.1945

CSR: Der tschechische Informationsminister Kopecky erklärt am 29. Mai 1945 vor Kulturschaffenden in Prag (x004/88): >>Wir wollen unseren großen Sieg über die Deutschen zu einer gewaltigen nationalen Offensive ausnutzen, um das Grenzgebiet unseres Landes von den Deutschen zu säubern.

General Svoboda schickt seine Truppen und bewährte Partisaneneinheiten, um diese Gebiete von Deutschen zu säubern. Den Truppen werden tschechische Wirtschaftler, tschechische Arbeiter folgen. Mit ihnen werden tschechische Schulen, Theater, Filme, Zeitungen und Künstler kommen. ...<<

Am 29. Mai 1945 wird die Kundmachung Nr. 2 des Garnisonskommandanten von Neustadt-Tafelfichte/Sudetenland in tschechischer und deutscher Sprache veröffentlicht (x004/316): >>1. Ich ordne allen Reichsdeutschen an, soweit sie nicht nachweisbar vor dem 30.09.1938 auf dem Gebiete der Tschechoslowakischen Republik ... wohnhaft waren, bis heute 18 Uhr das Gebiet des tschechoslowakischen Staates zu verlassen. Nur das nötigste Handgepäck mit persönlichen Notwendigkeiten im Gewicht von 30 kg ist erlaubt mitzunehmen. Lebensmittel auf 3 Tage.

2. Ich verbiete der gesamten Bevölkerung den Zutritt in den Wald. Arbeitseinheiten aus den Reihen der deutschen Bevölkerung dürfen nur unter Aufsicht der tschechischen Wehrmacht

den Wald betreten. ... Jede Unterstützung von Wehrmachtsangehörigen der deutschen Armee, die nicht polizeilich gemeldet sind, in der Form von Lebensmitteln und jede andere Hilfe, wird mit dem Tode bestraft.
3. Ich verbiete Privatfahrten auf Motorfahrzeugen. Alle Treibstoffmittel sind an das Garnisonskommando abzuliefern. ...
4. Sämtliche privaten Telefongespräche der deutschen Bevölkerung sind verboten.
5. Sämtliche Mitglieder der NSDAP kennzeichnen sich selbst mit dem Hakenkreuz in schwarzer Farbe auf gelben Streifen. Breite der Armbinde 10 cm und Breite der Linie des Hakenkreuzes 15 mm. Diese Armbinde trägt jedes Mitglied der NSDAP - Männer und Frauen - auf dem linken Arm anstatt der weißen Binde. Durchführung bis 16 Uhr. ...
6. Sollte aus irgendeinem Hause geschossen werden, werden sämtliche Bewohner des Hauses erschossen.
7. Für jede Erschießung von tschechischen Soldaten, werden 10 Deutsche erschossen. ...
9. Jeder in der letzten Zeit unrechtmäßig erworbene Anzug- und Kleiderstoff ist sofort am Rathaus abzuliefern. Wer die oben angeführten Befehle nicht befolgt, wird verhaftet und bestraft. ...<<

Österreich: Obwohl es sich bei den Kosaken (ca. 50.000 Männer, Frauen und Kinder) vielfach um Altemigranten handelt, die Rußland schon um 1920 verlassen hatten und nach dem Jalta-Abkommen nicht an die Sowjets ausgeliefert werden müssen, beginnen die Briten am 29. Mai 1945 mit der Auslieferung sämtlicher Kosaken (x130/264-265).

30.05.1945

Deutsches Reich: In der zerstörten Reichshauptstadt werden am 30. Mai 1945 "zentralgeleitete Arbeitskräfte" aufgefordert, die Trümmerberge beseitigen (x111/28): >>Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen!<<

Montgomery erklärt am 30. Mai 1945 in der britischen Besatzungszone (x111/28): >>Mein unmittelbares Ziel ist es, für alle ein einfaches und geregeltes Leben zu schaffen. In erster Linie ist dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung folgendes hat: Nahrung, Obdach, Freisein von Krankheit. ...
Alle deutschen Soldaten, Flieger und Matrosen werden nach ihren Handwerken und Berufen gemustert. In wenigen Tagen wird damit angefangen werden, sie von der Wehrmacht zu verabschieden, damit sie mit der Arbeit beginnen können. Vorrecht in der Dringlichkeit hat die Ernte; darum werden Landarbeiter zuerst entlassen. Die Entlassung von Männern in anderen Handwerken und Berufen erfolgt, sobald es taktisch möglich ist.<<

CSR: In Brünn beginnt am 30. Mai 1945 die gewaltsame Austreibung von etwa 25.000 Deutschen. Der lange Marsch an die österreichische Grenze wird für ungezählte Deutsche zum Todesmarsch.

Österreich: Im Gefangenenlager Peggetz wird am 30. Mai 1945 die Auslieferung von weiteren Kosaken vorbereitet.

Verzweifelte Kosaken-Offiziere übergeben dem britischen Oberst Malcolm am 30. Mai 1945 mehrere Bittschriften, die an König Georg VI., den Erzbischof von Canterbury und an Winston Churchill gerichtet sind (x133/279): >>Wir ziehen den Tod der Rückkehr nach Sowjetrußland vor, wo wir zu langwieriger und systematischer Ausrottung verdammt sind. Wir, Ehemänner, Frauen, Mütter, Brüder, Schwestern und Kinder beten für unsere Rettung!!! ...<<

31.05.1945

Ostdeutschland: Die polnischen Behörden ordnen am 31. Mai 1945 in den besetzten deutschen Ostprovinzen "wilde Ausweisungen" an. In den folgenden Wochen und Monaten treibt die Miliz mehrere hunderttausend Deutsche gewaltsam über die Oder und Neiße nach Westen. Zur gleichen Zeit staut sich am westlichen Ufer der Neiße, im Raum Görlitz, ein großer Rückwanderungsstrom.

Deutsches Reich: NKWD-Einheiten richten Ende Mai 1945 in der ehemaligen Landesstrafanstalt Bautzen das "Speziallager Nr. 3" ein. Die deutschen Häftlinge kommen hauptsächlich aus den sowjetischen Internierungslagern Mühlberg, Torgau und dem NKWD-Gefängnis Magdeburg (x126/182).
Berlins Oberbürgermeister Werner ruft am 31. Mai 1945 zum Arbeitseinsatz auf (x111/28-29): >>Berliner!
Hitlers Kriegsverbrechen hat unsere Heimatstadt in die tiefste Katastrophe ihrer Geschichte gestürzt. Es gibt jetzt nur einen Ausweg: Durch friedliche Arbeiten den Schutt und die Ruinen wegräumen und dann wieder aufbauen.
Jeder der uns daran hindert, ist ein Volksfeind, ein gewissenloser Verbrecher an unserer Heimat, an unseren Frauen und Kindern. ...
Die verdiente Strafe wird jeden Attentäter und Brandstifter treffen. Er wird mit seinem Leben büßen.
Jeder, der einen Anschlag auf einen Angehörigen der Besatzungstruppen oder einen Träger der öffentlichen Funktionen unternimmt oder aus politischer Feindschaft eine Brandstiftung verübt, reißt außerdem 50 ehemalige Mitglieder der Nazi-Partei mit sich in den Abgrund. Ihr Leben ist zugleich mit dem Leben des Attentäters oder Brandstifters verwirkt.<<
In den Westzonen halten sich am 31. Mai 1945 noch etwa 4.250.000 "Displaced Persons" auf (x118/197): >>1.500.000 Russen, 1.200.000 Franzosen, 600.000 Polen, 350.000 Italiener, 200.000 Holländer, 200.000 Belgier, 100.000 Jugoslawen, 60.000 Tschechoslowaken sowie je 10.000 Luxemburger, Griechen, Dänen und Norweger.<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch ("Nicht Rache, nicht Vergeltung ...") über die "Displaced Persons" (x024/195-196): >>... 1945 befanden sich auf dem deutschen Gebiet in den vier Besatzungszonen rund 11,3 Millionen Menschen, die nicht dem deutschen Volk angehörten. In den drei Westzonen waren es etwa 6,4 Millionen. Die Amerikaner faßten sie mit dem Begriff "DP" – Displaced Persons – zusammen, obwohl sie völlig unterschiedlicher Herkunft waren. Die "entheimateten" Ausländer waren z.B. ehemalige "Fremdarbeiter", KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene oder Angehörige der Wlassow-Armee, die auf deutscher Seite gekämpft hatte. Die Sammelbezeichnung verwischte im Bewußtsein der Öffentlichkeit die gravierenden Unterschiede.
So wie die Politik der Siegermächte darauf angelegt war, die Deutschen für das "Dritte Reich" zu bestrafen, so trieben sie jetzt für die DPs eine Art Wiedergutmachungspolitik, die eine wesentliche Besserstellung gegenüber den Deutschen bewirken sollte. Die Deutschen hatten aus der Sicht der Alliierten gerechterweise jetzt auch für die Ernährung und Unterbringung der heimatlosen Ausländer zu sorgen.
Da die ehemalige deutsche Regierung für die Anwesenheit dieser Menschen verantwortlich war, war es durchaus naheliegend, diese Folgelasten den Deutschen aufzubürden. Ungerecht aber war der krasse Unterschied, der jetzt – geradeso wie im deutschen Unrechtsstaat – wiederum zwischen den Menschen gemacht wurde.
Obwohl für eine ausreichende Ernährung alle Menschen die gleiche Nahrungsmenge brauchen, gab es zwischen Deutschen und den DPs bei der Kalorienzuteilung jetzt große Unterschiede. Während erstere täglich eine Nahrungsmenge von 1.550 Kalorien erhalten sollten, die aber in vielen Monaten nicht erreicht wurden und zeitweilig auf nur 800 Kalorien absanken, wurde von der UNRRA, der Wiederaufbau. und Rehabilitationsorganisation der Vereinten Nationen, die tägliche Ration der Nahrungsmenge für die von ihr betreuten DPs auf 2.650 Kalorien festgesetzt – also fast das Doppelte. ...<<
CSR: Die nationalsozialistische Benesch-Partei veröffentlicht am 31. Mai 1945 die Broschüre "My a Nemci" - "Wir und die Deutschen" - (x004/71): >>Der Teufel spricht deutsch. Es gibt keine guten Deutschen, es gibt nur schlechte und noch schlimmere. Derjenige tschechische

Vater, der seine Kinder nicht zum Haß gegen die deutsche Lügenkultur und Unmenschlichkeit erzieht, ist nicht nur ein schlechter Vaterlandsanhänger, sondern auch ein schlechter Vater. ... Wie kann man nur ein tschechisches Kind dazu erziehen, solche deutschen Mitmenschen zu lieben? ...
Das ganze deutsche Volk ist für Hitler, Himmler, Henlein und für Frank verantwortlich, und das ganze Volk muß auch die Strafen für die begangenen Verbrechen tragen. Jeder von uns müßte es als inhuman, unmenschlich betrachten, wenn die Deutschen ihrer totalen Bestrafung entgehen würden.<<
Tausende von geflüchteten Schlesiern verlassen das Sudetenland, um in ihre Heimat zurückzukehren.
Österreich: SS-Gruppenführer Globocnik wird am 31. Mai 1945 in Kärnten verhaftet und begeht in britischer Gefangenschaft Selbstmord (Zyankali). Globocnik (Spitzname: "Globus") war u.a. auch für die Errichtung der Vernichtungslager Belzec, Sobibór, Majdanek und Treblinka verantwortlich.
USA: Ein deutscher Wehrmachtssoldat berichtet damals über die Kriegsgefangenschaft im Fort Knox in Kentucky (x292/206): >>... Ohne zu wissen, was uns erwartete, wurden an einem Sonntagnachmittag Ende Mai alle Lagerinsassen in ein Filmtheater geführt. Man zeigte uns die Filmaufnahmen, die amerikanische Frontberichterstatter unmittelbar nach der Befreiung des KZ Buchenwald gedreht hatten.
Lähmendes Entsetzen, Trauer und Scham packten uns angesichts dieser grauenvollen Bilder. Auch beim letzten Zweifler hätte nun endlich die Erkenntnis reifen müssen, daß wir einem verbrecherischen Regime gedient hatten und schändlich mißbraucht worden waren. Es war ein furchtbarer Friede – selbst im entfernten Fort Knox. ...<<

Mai 1945

Deutsches Reich: NKWD-Einheiten errichten im Mai 1945 im Dorf Weesow (nordöstlich von Berlin) ein sowjetisches Internierungslager.
Das Internierungslager Weesow wird danach überwiegend als Durchgangslager genutzt (x126/168).
Ein Angehöriger der US-Besatzungstruppen berichtet im Mai 1945 über die Zustände in Frankfurt/Main (x114/2.57): >>Frankfurt ist zu 80 bis 90 Prozent zerstört. Nach der Ausgangssperre um 19 Uhr schallen die Stiefel der GIs wie Schritte in einer Gruft. Man hört keine Hunde bellen und keinen Laut von anderen Tieren. Die Leute, die im Stadtgebiet bleiben, verkriechen sich in die Keller, haben vielleicht nur das Wasser, was sie in Kübeln von einer zentralen Zisterne holen, und haben kein Licht, ganz zu schweigen von anderen Einrichtungen, die ihre Lage erleichtern könnten.
Wir waren in den Überresten eines Hotels untergebracht; ein paar Räume waren notdürftig zurechtgezimmert worden, und der Besitzer des Hotels stellte jedem von uns einen kleinen Kübel mit Wasser zur Verfügung. Andere Einrichtungen gab es nicht, und die GIs hatten in der ehemaligen Grünanlage vor dem Eingang provisorisch eine Grube gegraben. Die Einheimischen erledigten dieses Geschäft offenbar wie die Tiere, d.h. sie erledigten es irgendwo in den Trümmern und deckten nachher alles zu.
Das trifft natürlich nur auf die Armen zu. Die Reichen leben von all dem ziemlich unberührt in den Vororten oder den umliegenden Städten wie Bad Homburg oder Ursel; sie wohnen dort mit ihren Dienern und haben fast allen Luxus.
Ich weiß das, weil ich mehrere Direktoren und Techniker aus ihren Häusern abgeholt und die Gelegenheit wahrgenommen habe, mir die Häuser sehr gründlich anzusehen. Außerdem hatte die Bourgeoisie anscheinend reichlich zu essen, frisches Gemüse, Eier und Milch, ausreichend Eingemachtes und Konserven aller Art.
Die in den Städten zurückgebliebenen Armen stehen fast den ganzen Tag an, um das bißchen

zu erhalten, was sie überhaupt bekommen konnten.<<
Im Mai 1945 wollen immer mehr ostdeutsche Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren.
CSR: In Brünn weist Dr. Benesch im Mai 1945 nochmals darauf hin, daß man das sudetendeutsche Problem für "alle Zeiten" erledigen wird und daß die Liquidierung der Deutschen 100 %ig sein muß (x025/95).

Rückkehr und Rückkehrbewegungen der deutschen Bevölkerung bis Mai/Juni 1945 in Ost-Mitteleuropa

Das Schicksal der deutschen Flüchtlinge wurde damals in erster Linie durch die Angriffsrichtung und Schnelligkeit der sowjetischen Truppen bestimmt. Da die Rote Armee überraschend schnell nach Westen stürmte, wurden viele Flüchtlingstrecks frühzeitig eingeholt und wichtige Fluchtwege versperrt, so daß schon im Januar 1945 große Rückkehrbewegungen entstanden. Bis zum Kriegsende zogen ununterbrochen Tausende von Flüchtlingen, die durch feindliche Truppen überholt worden waren, in ihre Wohnorte zurück. Nach der Kapitulation im Mai 1945 folgten weitere Rückwanderungswellen.
Aufgrund der z.T. großen Entfernungen, der ständigen Überfälle und der langen Zwangsaufenthalte dauerte die Rückkehr nicht selten Wochen oder sogar Monate. Falls die Heimkehrer nicht gerade Zwangsarbeiten leisten mußten oder willkürlich inhaftiert wurden, schafften sie täglich etwa 20 km.
Der Fußmarsch von Kolberg (Ostpommern) bis nach Heilsberg (Ostpreußen) dauerte z.B. 12 Tage.
Weitere Beispiele: Küstrin (Ostpommern) - Heilsberg (Ostpreußen) = 20 Tage.
Karthaus (Westpreußen) - Kreis Bartenstein (Ostpreußen) = 59 Tage.
Nach den unendlichen Flucht- und Rückkehrstrapazen war der körperliche und seelische Allgemeinzustand aller Ost- und Volksdeutschen katastrophal. Tausende von Flüchtlingen kamen sterbenskrank oder zu Tode erschöpft in ihren Heimatorten an. Hier warteten weitere Schicksalsschläge auf die völlig abgerissenen, halbtoten Rückkehrer. Die Häuser und Wohnungen waren im allgemeinen völlig ausgeplündert, sinnlos zerstört oder wurden schon von neuen "Eigentümern" bewohnt.
Bis zur Kapitulation konnten nur ca. 8.375.000 (49 %) Reichs- und Volksdeutsche in den Westen des Deutschen Reiches bzw. in die Tschechoslowakei (CSR) fliehen. In Mitteldeutschland und im Sudetenland gerieten später aber noch Hunderttausende in sowjetische Gewalt, so daß etwa 1.717.000 Flüchtlinge zwangsweise oder freiwillig in ihre Heimat zurückkehrten. Im Juni 1945 hielten sich rd. 10.270.000 Reichs- und Volksdeutsche in Ost-Mitteleuropa (ohne spätere DDR) auf.

Die Rückkehrbewegungen der deutschen Bevölkerung bis Mai/Juni 1945 in Ost-Mitteleuropa (ohne zum Kriegsdienst eingezogene Männer). In Zahlen und Prozenten (Anteil der deutschen Bevölkerung in v.H.):

Deutsche Bevölkerung in Zahlen:	Flüchtlinge	%
Memelland		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	134.000	100
Nach Ostpreußen flüchten ab Oktober 1944	- 70.000	- 52
Nach Westen flüchten ab Oktober 1944	- 34.000	- 26
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	30.000	22
Ostpreußen		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944 1)	2.519.000	100
Flüchtlinge aus dem Memelland (Oktober 1944)	70.000	3
Evakuierung und "stille Abwanderung" bis Ende 1944	- 765.000	- 30
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 1.350.000	- 54
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	474.000	19
Rückkehrer aus Danzig und Ostpommern	296.000	11
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	770.000	30
Ostpommern		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	1.861.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 1.011.000	- 54
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	850.000	46
Rückkehrer aus Danzig	150.000	8
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	1.000.000	54
Ostbrandenburg		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	660.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 360.000	- 55
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	300.000	45
Rückkehrer aus den westlichen Reichsgebieten	50.000	8
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	350.000	53
Schlesien		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	4.718.000	100
Nach Sachsen und Thüringen flüchten ab Januar 1945	- 1.618.000	- 34
Flucht in den Reichsgau Sudetenland ab Januar 1945	- 1.600.000	- 34
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	1.500.000	32
Rückkehrer aus den westlichen Reichsgebieten	200.000	4
Rückkehrer aus dem Reichsgau Sudetenland	800.000	17
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	2.500.000	53
Danzig		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	404.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 204.000	- 50
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	200.000	50
Rückkehrer	.	.
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	200.000	50
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig/Westpreußen		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	372.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 232.000	- 62

Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	140.000	38
Rückkehrer aus Danzig und Ostpommern	46.000	12
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	186.000	50
Deutsche Bevölkerung in Zahlen:	**Flüchtlinge**	**%**
Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement		
Bevölkerungsstand Februar/März 1944	1.230.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 770.000	- 63
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	460.000	37
Rückkehrer	154.000	13
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (Juni 1945)	614.000	50
Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren, Slowakei		
Bevölkerungsstand Januar 1945	3.600.000	100
Flüchtlinge aus der Slowakei, Ungarn und Rumänien	100.000	3
Flüchtlinge aus Schlesien	1.600.000	44
Nach Westen flüchten ab April 1945	- 911.000	- 25
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene 2)	4.389.000	122
Rückkehrer nach Schlesien	- 800.000	- 22
Rückkehrer nach Ungarn und in die Slowakei	- 100.000	- 3
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	3.489.000	97
Estland, Lettland und Litauen		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	23.000	100
Nach Westen flüchten in 1944	.	.
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	23.000	100
Rückkehrer	.	.
Bevölkerungsstand 1944/45	23.000	100
Jugoslawien		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	360.000	100
Nach Westen flüchten bis September 1944	- 160.000	- 44
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	200.000	56
Rückkehrer	.	.
Bevölkerungsstand 1944/45	200.000	56
Rumänien		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	504.000	100
Nach Westen flüchten bis Oktober 1944	-100.000	- 20
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	404.000	80
Rückkehrer	.	.
Bevölkerungsstand 1944/45	404.000	80
Ungarn		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	543.000	100
Nach Westen flüchten bis Oktober 1944	- 60.000	- 11
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	483.000	89
Rückkehrer	21.000	4
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	504.000	93
Ost-Mitteleuropa (ohne UdSSR):		
Bevölkerungsstand 1944/45	16.928.000	100

Nach Westen flüchten 1944/45	-8.375.000	- 49
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	8.553.000	51
Rückkehrer aus westlichen Reichsgebieten	1.717.000	10
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (Mai/Juni 1945)	10.270.000	61

Quellen: "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" (x001/78E, x004/17-18, x006/89E, x007/75E, x008/40E).
1) Einschl. der 765.000 Ostpreußen und "Bombenflüchtlinge", die bereits bis Ende 1944 evakuiert wurden oder flüchteten.
2) Ca. 800.000 schlesische Flüchtlinge, die nach dem Kriegsende wieder in ihre Heimat zurückgetrieben wurden, und ca. 100.000 Flüchtlinge (aus der Slowakei, Ungarn und Rumänien) sind nicht enthalten.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Rückkehr in die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/70E-76E):
>>Die Rückwanderung innerhalb der Oder-Neiße-Linie begann schon sehr zeitig. In den polnischen Gebieten, in Ostpreußen, in Ostbrandenburg, in Teilen Westpreußens und im südlichen Streifen Ostpommerns machten sich bereits seit den letzten Januartagen Tausende auf den Rückweg, nachdem das schnelle Vordringen der Russen eine weitere Flucht unmöglich gemacht hatte.
Eine neue Welle der Rückwanderung folgte vor allem im März, als von Ostpommern und Danzig her zahlreiche Deutsche aus Ost- und Westpreußen wieder in ihre Heimat zogen und gleichzeitig auch die während der Flucht von sowjetischen Truppen überrollte Bevölkerung Ostpommerns in ihre Heimatorte zurückstrebte.
Eine Rückkehr von geflohenen Ostdeutschen aus Gegenden außerhalb der Oder-Neiße-Gebiete erfolgte dagegen erst nach dem Waffenstillstand und zwar im wesentlichen nur aus den Flüchtlingsaufnahmegebieten Böhmens und Mitteldeutschlands, die entweder schon bei Kriegsende von russischen Truppen besetzt waren oder später der russischen Besatzungsmacht unterstellt wurden. ...
Die russischen Militärbefehlshaber und die in den einzelnen Orten eingerichteten Kommandanturen verhielten sich zur Rückkehr der durch die Flucht versprengten deutschen Bevölkerung durchaus nicht einheitlich. Die auf der Flucht befindlichen Trecks, die unterwegs in russische Hände fielen, wurden in vielen Fällen sofort zur Umkehr gezwungen, oder es wurde ihnen wenigstens die Erlaubnis zur Rückkehr in ihre Heimatorte erteilt. In anderen Fällen wieder kümmerte man sich wenig um sie, ließ sie bleiben, wo sie waren, registrierte sie an ihren Zufluchtsorten und behandelte sie wie die einheimische Bevölkerung. ...
Auch an anderen Stellen erscheint die Haltung der Russen undurchsichtig und widerspruchsvoll. ...
Die größte Verwirrung entstand hierbei im Raum von Görlitz. Dort wurden ab Ende Mai durch polnische Militärkommandos und die östlich der Neiße eingesetzten polnischen Verwaltungsbehörden die Neiße-Übergänge nach Schlesien für alle Rückkehrer gesperrt, so daß sich am westlichen Ufer und in der Stadt Görlitz der Rückwanderungsstrom staute. Die allgemeine Not stieg ins Unermeßliche, da zusätzlich vom Osten her die von Polen in eilig betriebenen Aktionen zwangsweise Ausgetriebenen über die Neiße nach Westen kamen. ...
Aber auch die Bevölkerungsbewegung zwischen den einzelnen deutsch bewohnten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, die sich aus dem Bestreben der Flüchtlinge zur Rückkehr in die Heimat ergab, wurde durch das Eingreifen russischer Truppen in mannigfacher Weise behindert oder vereitelt. Vor allem war es die Verpflichtung zur Zwangsarbeit, der alle Deutschen in den Wochen nach der Besetzung unterlagen, wodurch eine Rückkehr oft unmöglich gemacht wurde. ...

Die allgemeine Unsicherheit jener Zeit und die auf dem Weg in die Heimat zu erwartenden Strapazen hielten manche Flüchtlinge davon ab, sofort nach dem Einzug sowjetischer Truppen den Rückweg anzutreten. ...
Ähnliche Überlegungen spielten auch für die große Mehrzahl derjenigen eine Rolle, denen die Flucht in das mittlere oder westliche Reichsgebiet gelungen war. Für sie galt es, zunächst abzuwarten, was mit ihrer Heimat geschah, und nicht leichtsinnig das Leben und den wenigen geretteten Besitz aufs Spiel zu setzen, nachdem sie glücklich vor den Russen davongekommen waren. ...
In Mecklenburg und dem westlichen Teil Pommerns waren es vor allem geflohene Einwohner aus Ostpommern, in Sachsen vor allem Schlesier, die den Rückweg antraten. Teilweise wurden sie von sowjetischen Kommandanturen oder deutschen Bürgermeistern dazu aufgefordert, teilweise machten sie sich auch selbständig auf den Weg zurück in ihre Heimat.
Bis die Sperrmaßnahmen der Polen Ende Juni 1945 den Massenstrom der Rückwanderer abstoppten, waren schätzungsweise bereits 300.000 bis 400.000 Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone wieder in die Heimat östlich der Oder und Neiße zurückgekehrt. ...
Erheblich größer als die Zahl der Rückkehrer aus der sowjetischen Besatzungszone war die Zahl derer, die nach dem Waffenstillstand aus dem Gebiet der Tschechoslowakei in ihre Heimat zurückkehrten. - Rd. 1,6 Millionen Deutsche aus Schlesien waren durch das Vordringen der Roten Armee nach Böhmen und Mähren hinübergedrängt worden.
... Für die vielen anderen, die sich im Sudetenland oder im Inneren Böhmens befanden, galt es, so schnell wie möglich dieses Gebiet zu verlassen, da seit dem Waffenstillstand überall in der Tschechoslowakei die Verfolgung und Internierung der Deutschen begann. ... Auf diesem Rückmarsch durch das Gebiet der Tschechoslowakei waren sie fortgesetzten Belästigungen ausgesetzt, an denen sich russische Soldaten und tschechische Miliz je auf ihre Art beteiligten. ...
Soweit sie sich in der Gegend um Prag und im Innern Böhmens aufhielten, wurden sie zunächst in Lager eingewiesen und dann meist auf dem nach Deutschland kürzesten Wege, nach Sachsen abtransportiert. ... Viele versuchten von Sachsen aus, wo ihnen teilweise Lebensmittelkarten verweigert und längerer Aufenthalt untersagt wurden, nach Schlesien zurückzukehren, was aber nur wenigen gelang, da, wie bereits dargestellt, ab 1. Juni die Neiße-Übergänge bei Görlitz für die Rückkehrer gesperrt waren.
... An der schlesischen Grenze konnten die Polen nicht wie an der Oder und Neiße den Rückkehrerstrom sperren, dies gebot allein die Rücksicht auf die Tschechen. Deshalb begann sofort nach dem Waffenstillstand am 9. Mai ein gewaltiger Rückkehrerstrom über das böhmisch-schlesische Gebirge einzusetzen, der sich auf die gleichen Wege ergoß wie in den Wochen vorher die Flucht, nur daß die Flüchtlinge jetzt beträchtlich ärmer geworden waren und, nachdem sie Pferde und Wagen und einen beträchtlichen Teil des Gepäcks den Russen und Tschechen hatten lassen müssen, meist zu Fuß einherliefen. ...
Zusammen mit rd. 200.000 Schlesiern, denen es gelungen war, über die Neiße zurückzukehren, waren es rd. 1,0 Millionen Menschen, die im Mai und Juni 1945 wieder in Schlesien eintrafen. Die deutsche Bevölkerung Schlesiens (Grenzen von 1937) war damit wieder auf rd. 2,5 Millionen Menschen angewachsen ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas berichtet später über die ostdeutschen Rückkehrer (x039/141-142): >> Das Kapitel über die Flucht darf nicht abgeschlossen werden, ohne zu erwähnen, daß Millionen von Flüchtlingen, die in den ersten Monaten des Jahres 1945 ihre Heimat in Ostdeutschland verließen, fest davon überzeugt waren, daß sie bald wieder, wenn der Krieg endlich vorbei sei, in ihre Wohnorte zurückkehren könnten. Im April 1945 betrug die deutsche Bevölkerung in den Ostprovinzen etwa 4.400.000 Menschen.

Bis zum Juli 1945 waren 1.125.000 Flüchtlinge zurückgekehrt, weil sie die Härten des verlorenen Krieges lieber in der Heimat durchstehen wollten. Sie ahnten nicht, daß sie wieder vertrieben werden würden. Andere hatten von der alliierten Entscheidung, die Deutschen auszuweisen, gerüchteweise gehört, sie begriffen aber nicht, daß die 700 Jahre alten ostdeutschen Siedlungen von heute auf morgen zerschlagen werden sollten.
Die Rückkehr spielte sich in verschiedenen Phasen ab. Die ersten, die zurückkehrten, waren die Flüchtlinge, die vom raschen sowjetischen Vormarsch abgeschnitten worden waren. Bereits in den letzten Januartagen 1945 kehrten viele Ostpreußen in die heimatlichen Orte zurück. Dann folgten eine zweite Welle der Rückwanderung im März und eine dritte nach der Kapitulation am 7./8. Mai 1945.
Die ostdeutschen Flüchtlinge, die in Mitteldeutschland Zuflucht gefunden hatten – in Sachsen, Brandenburg und Westpommern – hatten ihre Heimatorte vor der Roten Armee verlassen, ohne dem Regime der Sowjets entkommen zu sein. Deshalb wollten sie ihr weiteres Schicksal lieber in der Heimat abwarten, zumal sich die russischen Truppen nach der Kapitulation sehr viel disziplinierter zeigten als vorher.
Die russischen Militärbefehlshaber und die in den einzelnen Orten eingerichteten Kommandanturen verhielten sich zur Rückkehr der Flüchtlinge durchaus nicht einheitlich. In vielen Fällen wurden Trecks sofort zur Umkehr gezwungen, oder es wurde ihnen die Erlaubnis zur Rückkehr erlaubt. In anderen Fällen registrierte man sie und behandelte sie wie die einheimische Bevölkerung. ...
Es scheint, daß vor der Potsdamer Konferenz die russischen Militärbefehlshaber keine Anweisungen über die geplante Vertreibung der Deutschen erhalten hatten. Es war zunächst militärisch sinnvoll, Flüchtlingsansammlungen zu vermeiden und eine bessere Kontrolle der Bevölkerung dadurch zu erreichen, daß jeder in sein Heimatgebiet zurückkehrte.
Insgesamt gesehen war die sowjetische Haltung undurchsichtig und widerspruchsvoll, denn manchmal haben die Russen die von den polnischen Behörden schon vor der Potsdamer Konferenz begonnenen Ausweisungsaktionen in Einzelfällen behindert, in den meisten Fällen aber gebilligt. ...
Für manche Flüchtlinge dauerte es Wochen und Monate, bis sie ihre Heimat erreichten, und viele mußten erleben, daß der Rückweg die vorangegangene Flucht an Strapazen und Gefahren noch übertraf. Der Eisenbahnverkehr lag still, Trecks waren ihrer Pferde beraubt worden, Gepäckstücke waren restlos ausgeplündert.
Die Rückkehrer zogen meistens zu Fuß durch abgebrannte Orte und über Landstraßen, wo noch die Leichen von Soldaten und Zivilisten verwesten. Es gab kein Deutsches Rotes Kreuz mehr, keine Hilfeleistungen von deutschen Soldaten oder Regierungsstellen. Hunger und Durst forderten neue Opfer. Sie fürchteten nicht nur die sowjetischen Truppen, sondern auch die polnische Miliz. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Rückkehr aus der CSR (x004/26-27): >>Der größte Teil der aus dem Ostsudetenland und dem östlichen Protektoratsgebiet geflohenen Deutschen wurde in Westmähren und den unmittelbar benachbarten Bezirken Böhmens vom Ausbruch des tschechischen Aufstandes und vom deutschen Zusammenbruch überrascht.
Besonders hart war das Schicksal derjenigen, die sich zu diesem Zeitpunkt im innertschechischen Gebiet befanden; denn neben den Drangsalierungen durch Rotarmisten waren sie der Willkür und den Haßgefühlen der tschechischen Aufständischen, aber auch der Behörden und der Zivilbevölkerung ausgeliefert. Der Verlust der geretteten Habe durch Plünderung und Konfiskation war noch das geringste Übel. Die Not steigerte sich durch Ausschreitungen aller Art und den Entzug der persönlichen Freiheit mit Zwangsarbeit und Internierung. Soweit die Flüchtlinge den Internierungs- und Sammellagern entgehen konnten, schlugen sie sich unter

großen Entbehrungen in ihre Heimatorte durch.
Im Osten des Schönhengstgaus (in den Kreisen Mährisch Trübau, Zwittau, Landskron und Hohenstadt), wo der größte Teil der aus dem östlicheren Sudetenland geflohenen deutschen Bevölkerung eine Zuflucht gefunden hatte und auch in anderen Gebieten wurden die Flüchtlinge von den neugebildeten tschechischen Verwaltungsorganen zur sofortigen Rückkehr aufgefordert, und zwar mit dem Hinweis, daß der bei der Flucht zurückgelassene Besitz bei einer längeren Abwesenheit des Besitzers beschlagnahmt würde. ...
Da aber plündernde Rotarmisten die Hauptstraßen unsicher machten, zogen die meisten ... auf kaum befahrbaren Seiten- und Gebirgsstraßen und oft auf weiten Umwegen heimwärts. Meist blieben alle diese Vorsichtsmaßnahmen erfolglos. Trotz Umgehung der von den Sowjets oder Tschechen besetzten Ortschaften und Übernachtung in Wäldern griffen Streifen viele Rückkehrer auf, konfiszierten Pferde und Wagen und lieferten die Menschen in Sammel- und Internierungslager ein. Soweit sie nur vorübergehend festgehalten wurden, mußten sie zu Fuß den Weg fortsetzen, da die Benutzung der Verkehrsmittel für die Deutschen inzwischen verboten worden war.
Die Evakuierten, die seinerzeit mit Autobussen oder der Bahn abtransportiert worden waren, erhielten nur in wenigen Fällen eine Fahrgenehmigung, oder wurden, als Deutsche erkannt, aus dem Zug geholt; meist mußten sie auch zu Fuß den Rückweg antreten. Sie ließen das gerettete Gepäck in ihren bisherigen Aufenthaltsorten, in der Hoffnung, es später einmal nach Normalisierung der Verhältnisse holen zu können. ...
Die Heimkehrenden fanden ihre Wohnungen und Höfe, soweit sie nicht schon in den Kämpfen zerstört worden waren, entweder ausgeplündert oder beschlagnahmt und von Tschechen besetzt vor. Sie mußten bei Nachbarn, Verwandten oder Bekannten Unterkunft suchen oder wurden gleich in Lager eingewiesen, die vor allem im tschechischen Gebiet vielerorts errichtet worden waren. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über die Rückkehr nach Jugoslawien (x006/101E-102E): >>Aus Deutschland gelangten nur wenige an die jugoslawische Grenze, meist indem sie sich den Rücktransporten der jugoslawischen Deportierten anschlossen. Aus Österreich machten sich Jugoslawien-Deutsche in Richtung Slowenien in geschlossenen Transporten, die z.T. von der amerikanischen Militärregierung zusammengestellt wurden, auf den Weg nach Österreich. Sie wurden entweder an der Grenze abgewiesen, nach Ungarn abgelenkt oder über Agram in Durchgangslager wie Pisanica gebracht, von wo sie bald wieder nach Hause entlassen wurden.
Rückwanderertrecks aus Niederösterreich, der CSR und Ungarn, wo das Kriegsende die Flüchtlinge überrascht hatte, erreichten nach dem Anmarsch durch Südungarn den Norden der Woiwodina. Auch sie wurden entweder an der Grenze abgewiesen oder nach kurzem Aufenthalt im Sammellager Subotica außer Landes verwiesen, häufig heimlich über die ungarische Grenze getrieben oder in das Lager Sekic geschafft, aus dem sie Ende 1945 nach Gakovo gebracht wurden. ...
Nachträglich wurde so auch die Flucht dieser nunmehr Rückkehrwilligen dadurch zur Vertreibung, daß man ihnen die Heimkehr und den Aufenthalt im Lande verweigerte. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Rückkehr nach Rumänien (x007/93E-97E): >>Fast schwerer als das Los der in Rumänien Zurückgebliebenen war das Schicksal derjenigen Volksdeutschen, die als Umsiedler oder Flüchtlinge in den "eingegliederten" polnischen Gebieten, in der Tschechoslowakei und in den östlichen Teilen Österreichs vom Strudel des deutschen militärischen Zusammenbruchs erfaßt wurden.
Mit der übrigen deutschen Bevölkerung der Ostgebiete hatten zu Beginn der zweiten Januarhälfte 1945 auch die in den damaligen "Reichsgauen" Danzig-Westpreußen und Wartheland

ausgesiedelten Volksdeutschen aus Bessarabien, der Bukowina und der Dobrudscha den Evakuierungsbefehl erhalten. ...
Für die östlichsten deutschen Gemeinden war der Fluchtbefehl zu spät, gekommen, so daß eine geregelte Flucht nicht mehr möglich war. Ein Teil der Flüchtlingstrecks wurde noch vor Erreichen der Oder von den vordringenden Sowjets überholt und zur Umkehr gezwungen. Die wehr- und arbeitsfähigen Männer wurden teilweise sofort er schossen, die übrigen in die Sowjetunion verschleppt. Frauen und Kinder mußten nach Plünderung ihrer Habe durch die erbitterten Polen an ihre Ansiedlungsorte zurückkehren, um dort, teils in Lagern, teils unmittelbar polnischen Bauern zugewiesen, zur Arbeit eingesetzt zu werden.
Für die aus der Sowjetunion stammenden Volksdeutschen, zu denen auch Bessarabien- und Nordbuchenland-Deutsche gezählt wurden, ordneten die sowjetischen Militärbehörden eine Rückführung an, der in den meisten Fällen eine Verschleppung von Volksdeutschen ins Innere der Sowjetunion folgte; eine größere Gruppe von Volksdeutschen aus der Nord-Bukowina lebt noch heute in Stalinabad in der asiatischen Sowjetrepublik Tadschikistan.
Ungeachtet ihrer deutschen Staatsangehörigkeit wurden wie die von der Sowjetunion beanspruchten Volksdeutschen auch ein Teil der im rumänischen Teil der Bukowina sowie in der Dobrudscha beheimateten Deutschen in den Jahren 1945/46 nach Rumänien zurücktransportiert. Die übrigen mußten, soweit sie nicht vorher fliehen konnten, vielfach jahrelang warten, bis sie, zum Teil erst 1950, nach Deutschland entlassen wurden. ...
... Sie hatten ihre rumänische Staatsbürgerschaft und alle Besitzansprüche verloren. Ihre Dörfer und Höfe waren verfallen oder anderweitig ... belegt worden. Von den Grenzbehörden nach kurzer Untersuchung und Registrierung entlassen, wurden die volksdeutschen Rückkehrer in ihren Heimatbezirken vielfach sofort wieder erfaßt und in Arbeitslager in verschiedenen Teilen des Landes eingewiesen. Soweit sie in ihren alten Dörfern Unterkunft fanden, mußten sie sich mit Erntearbeit, Aushilfe in rumänischen Haushalten und Gelegenheitsarbeiten aller Art unter erbärmlichen Bedingungen ihr Brot verdienen.
Wenn sie die alteingesessene rumänische und tatarische Bevölkerung auch oft bedauerte, ja ihnen sogar zu helfen suchte, so waren sie doch, besonders von den Neuzugezogenen, zahlreichen Anfeindungen ausgesetzt. So machten die meisten der Rückwanderer von der gebotenen Möglichkeit Gebrauch, sich Anfang 1947 auf Antrag aus Rumänien ausweisen zu lassen, um dann in geschlossenen Transporten zunächst in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands übergeführt zu werden.
Die Gesamtzahl der von den Sowjets nach Kriegsende nach Rumänien repatriierten volksdeutschen Umsiedler ist nicht genau feststellbar. ...
... Einigen Trecks war auf Befehl des zuständigen Gauleiters noch kurz vor Linz die Weiterfahrt in das mit Flüchtlingen überfüllte Oberösterreich untersagt worden. Schon Ende Mai 1945 erging allgemeiner Rückführungsbefehl der sowjetischen Besatzungsmacht, auf Grund dessen die örtlichen österreichischen Stellen die Flüchtlinge unter Verweigerung weiterer Lebensmittelkarten zum Aufbruch nötigten.
Wiederum kam es zu Trecks, die auf wohlbekanntem Wege, diesmal unter russischer Eskorte in mehrwöchigem Marsch nach Rumänien zurückzogen. Daneben wurden auch in Österreich im Laufe des Juni zahlreiche Bahntransporte zusammengestellt. Die Versorgung war in jedem Fall schlecht. Züge wie Trecks wurden, trotz z.T. anständigen Verhaltens der sowjetischen Begleitmannschaften, vielfach überfallen und ausgeraubt. ...
Insgesamt dürften im Sommer 1945 ... zwischen 15.000 und 20.000 volksdeutsche Flüchtlinge aus Siebenbürgen und dem Banat nach Rumänien zurückgekehrt sein. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1956 über die Rückkehr nach Ungarn (x008/67E-69E): >>... Seit 1945 sind Rückkehrer, einzeln oder in Gruppen, freiwillig und auf eigene Faust oder in geschlossenen Transporten wieder

nach Ungarn eingeströmt. ...
Viele Evakuierte wurden noch in Österreich oder in der Tschechoslowakei in ihren Notquartieren von den Russen überrollt, die einer gewünschten Rückkehr nichts in den Weg legten, sie in den meisten Fällen sogar befürworteten oder anbefahlen. In dem von der Sowjetunion besetzten Gebiet - z.B. in Thüringen - wurden ganze Flüchtlingszüge zusammengestellt, die um die Jahreswende 1945/46 in Ungarn eintrafen. ...
Man schickte zunächst alle Flüchtlinge ganz allgemein in ihre Heimatorte zurück, um Flüchtlingsansammlungen zu vermeiden und eine genauere Kontrolle der Bevölkerung zu erreichen. Diese Maßnahmen stehen in keinem Zusammenhang mit der grundsätzlichen Einstellung der sowjetischen Politik zur Vertreibung. Ebenso suchten die Amerikaner in Bayern, die obdachlosen Flüchtlinge wieder in die Heimat abzuschieben.
Gegen offizielle Transporte konnten die Madjaren nichts unternehmen, die private Rückkehr suchten sie durch Sperrung der Grenzen zu verhindern. Einzelne zusammengebliebene Trecks gelangten mit einigem Glück trotzdem wieder in ihre Heimatorte. Die meisten wurden an der Grenze gestoppt. Sie warteten dann wochenlang in Österreich auf eine günstige Gelegenheit, um durchschlüpfen zu können und suchten endlich ihre alten Quartiere auf oder blieben für dauernd in Österreich. ...
Die heimkehrenden Kriegsgefangenen hatten es als Einzelpersonen beim Grenzübertritt leichter, da sie nicht auf die offiziellen Übergangsstellen angewiesen waren. Um so vorsichtiger mußten sie im Lande selbst sein. Als ehemalige Angehörige der Waffen-SS gehörten sie zu der am meisten belasteten Kategorie und wurden gleich nach ihrem Auftauchen im Heimatort verhaftet, zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt oder zum mindesten interniert. Wer von ihnen Glück hatte und den Razzien entging, arbeitete eine Zeitlang als Knecht in einer möglichst weit vom Heimatort entfernten Gegend und schlug sich dann auf Schleichwegen über Österreich nach Deutschland durch.
... Im Oktober und November 1947 folgten Aufhebungsverordnungen für Industrie- und Landarbeiter sowie für unentbehrliche Handwerker, die auch als Volksbundmitglieder und SS-Zwangsrekrutierte nicht mehr ausgesiedelt werden durften. Diese Bestimmungen gewannen allerdings keine besondere Bedeutung mehr, weil im Herbst 1947 die Vertreibungsaktion ohnedies eingestellt wurde. ...<<

Die Lebensverhältnisse der deutschen Bevölkerung in den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Nach dem sowjetischen Einmarsch brach das bisherige Leben der Deutschen vollkommen zusammen. In den meisten ostdeutschen Dörfern und Städten gab es gewöhnlich weder Strom, Gas noch Wasser, da man fast alle Versorgungsbetriebe und Anlagen gesprengt, zerstört oder stillgelegt hatte.
Die wenigen Brunnen konnten den Trinkwasserbedarf nicht decken, so daß vielerorts großer Wassermangel herrschte. Die verstörte deutsche Bevölkerung traute sich nur selten auf die Straße, da andauernd irgendwelche Marodeure oder Plünderer durch die Ortschaften zogen. Man verließ die Quartiere nur, falls es unbedingt erforderlich war. Um Gewalttaten und Mißhandlungen zu entgehen, flüchteten manche Frauen und Mädchen in unzugängliche Wälder, Moore und Sumpfgebiete. Durst, Hunger und Kälte trieben die Verfolgten jedoch schon bald in die Ortschaften zurück.
Das Elend war niederschmetternd, aber die geschundenen Menschen gaben nicht auf. Nun hieß es, neuen Mut zu schöpfen. Trotz aller Verzweiflung und ungeachtet der chaotischen Verhältnisse begannen überall Aufräumungsarbeiten. Tagelang wurden verschmutzte und verwüstete Unterkünfte aufgeräumt, gereinigt, instand gesetzt und wieder bewohnbar gemacht. Anschließend suchte man brauchbare Möbel und Hausratgegenstände aus den Trümmern. Diese mühseligen Arbeiten waren jedoch vergeblich, denn kaum hatten die Deutschen

halbwegs aufgeräumt, tauchten gewöhnlich sowjetische Besatzungstruppen, slawische Zivilisten oder Umsiedler auf, die unentwegt gebrauchsfähige Gegenstände raubten bzw. Unterkünfte beschlagnahmten.
Fast jeder rechnete damals mit einer schweren Besatzungszeit, aber die besiegten Deutschen dachten immer noch, daß sie es trotzdem wieder irgendwie schaffen würden. Das Leben mußte doch schließlich weitergehen. Da es seit Menschengedenken zu den Aufgaben der Bauern zählte, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen, gingen die hartgesottenen Ostsiedler unverzüglich an die Arbeit. Oftmals hatte man bereits alle Zugtiere und Maschinen geraubt, so daß die Bauern unverdrossen zu Spaten und Handpflug greifen mußten, wenn sie Pflanzkartoffeln und Sommergetreide in die Erde bringen wollten.
Nach dem Kriegsende standen zunächst sämtliche Gebiete östlich der Oder und Neiße unter sowjetischer Verwaltung. Die Armeeführung der Roten Armee verhängte in den Besatzungsgebieten zwar drakonische Strafen, aber es dauerte nicht selten Wochen und z.T. sogar Monate, bis die brutalen Gewalttaten endlich aufhörten.
Die deutsche Landbevölkerung war besonders gefährdet, weil es dort nur wenige sowjetische Kommandanturen gab. Hier waren die Deutschen eigentlich nur geschützt, wenn sie bei sowjetischen Offizieren oder in bewachten Kolchosen arbeiteten. In den Nächten war es naturgemäß am schlimmsten. Jede Nacht brachte neue Schrecken, Schießereien und Überfälle. Am Tag war ebenfalls kein Deutscher sicher. Überall lauerte der Tod. Manche Zivilisten wurden auf offener Straße ermordet, weil sie sich weigerten, Mäntel oder Strickjacken abzugeben.
Im Verlauf der Besatzung veränderte sich allmählich die feindliche Haltung der Sowjets. Vor allem ältere Soldaten schritten energisch gegen Gewalt- und Terrorakte ein und beschützten die Deutschen. Oftmals schenkten sie den Hungrigen und Kranken auch Lebensmittel oder Medikamente. Diese persönlichen Hilfeleistungen gaben den Deutschen zwar neuen Lebensmut, aber es änderte nichts an ihrer aussichtslosen, rechtlosen Lage. Viele wanderten später in grenznahe Dörfer und Städte, um die Austreibung über sich ergehen zu lassen.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Lebensverhältnisse im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens (x001/88E-89E):
>>Schon im Februar 1945 waren die Alliierten in Jalta übereingekommen, daß ein Teil Ostpreußens der Sowjetunion zugesprochen werden solle. Dieser Übereinkunft wurde im Potsdamer Abkommen Rechnung getragen durch den Beschluß, den nördlichen Teil Ostpreußens mit Königsberg unter die Verwaltung der UdSSR zu stellen. ...
Nördlich dieser Grenzlinie befanden sich nach dem Einmarsch der Russen und dem Abschluß der Rückkehrbewegung nur noch etwa 250.000-300.000 Deutsche, von denen sich ca. ein Viertel in der Stadt Königsberg aufhielt. Der östlichste Teil des Landes, der die Kreise Tilsit, Ebenrode, Schloßberg, Gumbinnen und Insterburg umfaßte, war fast gänzlich von Menschen entblößt. Auch die Städte zählten hier nur noch wenig Tausend Deutsche. Schon im Februar 1945 deportierten die Russen deshalb zahlreiche Einheimische und Flüchtlinge, die sie im Samland angetroffen hatten, nach diesen östlichen Kreisen, wo sie für die sowjetischen Truppen Zwangsarbeiten zu verrichten hatten und später auf Kolchosen zusammengefaßt wurden. ...
Dieser erzwungene Bevölkerungstransfer, der zahlreiche Deutsche aus ihrer engeren Heimat riß, hat dazu geführt, daß die Entwurzelung der Bevölkerung, die schon durch die Flucht- und Rückkehrbewegungen bewirkt worden war, noch weitere Fortschritte machte. ... Dazu kam der Zustand absoluter Unsicherheit und ständiger Gefährdung, der noch Monate und Jahre nach der Besetzung andauerte.
Selbst in Königsberg hatte die deutsche Bevölkerung noch lange nach der Einnahme der Stadt unter fortgesetzten Beraubungen durch russische Soldaten zu leiden. Wesentlich unsicherer noch war die Lage auf dem Lande und besonders in abgelegenen und menschenarmen Orten

und Gütern. Hier hörten die Belästigungen durch einzelne russische Soldaten, die Räubereien ganzer Banden und die Vergewaltigungen der deutschen Frauen noch zu Ende des Jahres 1945 und selbst im Laufe des nächsten Jahres nicht auf.
Besonders traurig war das Schicksal der vielen Tausenden, die nach der Besetzung des Landes wiederholten Verhaftungen zum Opfer fielen. ... Im nördlichen Teil Ostpreußens waren das Zuchthaus von Tapiau, das Gefängnis von Insterburg und das in den Kasernen von Preußisch Eylau errichtete Lager die Hauptsammelstellen für die Verhafteten. Im Lager Preußisch Eylau befanden sich allein über 10.000 Deutsche, die bei schlechtester Ernährung harte Arbeit leisten mußten. Über die Hälfte von ihnen ist bis zur Auflösung des Lagers Ende 1945 an Unterernährung und Erschöpfung und den berüchtigten Typhuserkrankungen gestorben. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über das Schicksal der Deutschen in Polen und in den polnisch verwalteten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/104E,109E-112E): >>Während sich das reguläre polnische Militär als Besatzungstruppe offenbar im allgemeinen korrekter verhielt als die russischen Truppen, wurde die aus bewaffneten polnischen Zivilisten bestehende polnische Bürgermiliz bald von der deutschen Bevölkerung mehr gefürchtet als die Truppen der Roten Armee. ... <<
>>... Als "Organ der öffentlichen Sicherheit" herrschte in den deutschen Dörfern und Städten die polnische Miliz. ... Meist nach dem Belieben der einzelnen sowjetischen Kommandanten und der polnischen Ortsgewaltigen aufgestellt, waren die lokalen Milizeinheiten oft aus sehr fragwürdigen Elementen zusammengesetzt. Ihre überstürzte Aufstellung führte dazu, daß sich häufig arbeitsunlustige junge Leute oder aber Personen anschlossen, die sich von der Tätigkeit der Miliz ein einträgliches Geschäft versprachen.
Von Ausnahmen abgesehen hat diese von den polnischen Behörden aus dem Boden gestampfte Miliz eine für die deutsche Bevölkerung verhängnisvolle Rolle gespielt. Sie mißbrauchte ihre Ordnungsgewalt zu zahllosen Plünderungen, ließ ihren nationalen Haßgefühlen hemmungslosen Lauf und quälte und mißhandelte zahlreiche völlig unschuldige Deutsche.
Im Sommer und Herbst 1945 wurde in den unter polnische Verwaltung gestellten ostdeutschen Provinzen allgemein der Zloty als Währung eingeführt. Die deutschen Orts- und Straßennamen wurden beseitigt, und polnische Namen traten an ihre Stelle. Die polnische Sprache wurde als Amtssprache obligatorisch ...
Eines der ersten Anzeichen der Verwaltungsübernahme durch die Polen war es, daß eine neue Verhaftungswelle in den Städten und Dörfern einsetzte. Die Festnahme und Verschleppung von Tausenden ehemaliger Nationalsozialisten und anderer der Besatzungsmacht verdächtiger Personen durch die Russen genügte den polnischen Behörden nicht. Der durch die jahrelange nationalsozialistische Okkupation Polens und die dort verübten Untaten genährte Haß forderte jetzt Vergeltung und fragte nicht viel nach schuldig oder unschuldig.
Es begann damit ein neues furchtbares Kapitel der grausamen Verfolgung vieler Menschen, die, obwohl persönlich meist unschuldig, für das büßen mußten, was während der Kriegsjahre im Namen Deutschlands an Polen oder polnischen Juden begangen worden war. Die Gefängnisse in den Städten füllten sich mit Deutschen. ... Die Einrichtung von Sonderstrafgerichten für die Fahndung nach allen Verdächtigen schuf einen Zustand, der eine nur auf Verdachtsmomente gestützte Verhaftungswelle begünstigen mußte und der Willkür alle Türen öffnete. Erst am 17.10.1946 wurden die Sonderstrafgerichte abgeschafft.
Bis zu dieser Zeit aber wurde bei den Verhören und Verhaftungen von Deutschen oft schreiendes Unrecht begangen.
Wie zu allen Zeiten eines Regimewechsels blühte das Denunziantentum unter Polen und Deutschen, dazu kam der blinde Haß der Angehörigen der polnischen Miliz und des staatlichen Sicherheitsdienstes (UB), die mit der Ausführung der Verhaftungen und der Bewachung

und Vernehmung in den Gefängnissen beauftragt waren und bisweilen mit den Verhaftungen eine üble Geschäftemacherei verbanden.
Wie einst die Bewachungsmannschaften der SS in den Konzentrationslagern, deren Vergehen man sühnen wollte, so hatten jetzt die polnischen Sicherheitsorgane freie Hand, und es spielten sich in den Gefängnissen Ostpreußens, Pommerns und Oberschlesiens die gleichen Folterungen und Mißhandlungen ab. Anders als bei den Verhaftungen durch die Russen begegneten den Deutschen seitens der Polen vielerorts ein ausgeprägter Deutschenhaß und ein wahrer Sadismus in der Erfindung von Grausamkeiten und sonstigen Formen der Erniedrigung. ...
Tausende von Deutschen, die wegen Parteizugehörigkeit oder aus anderen Gründen beschuldigt waren, wurden aus Oberschlesien in Lager nach dem polnischen Teil der Wojewodschaft Kattowitz verschleppt, mußten dort jahrelang härteste Zwangsarbeit leisten und waren fortgesetzten Mißhandlungen sowie Hunger und Krankheiten infolge unzureichender Verpflegung ausgesetzt.
Die Vergeltungsmaßnahmen beschränkten sich in Oberschlesien nicht auf Einzelverhaftungen, so ungerechtfertigt auch diese oft schon waren. In manchen Teilen des Landes wurde die Bevölkerung ganzer Dörfer geschlossen in Lager eingewiesen, gleich ob es sich um Männer, Frauen oder Kinder handelte. ...
Lager dieser Art, in denen jeweils 3.000 – 5.000 Deutsche untergebracht wurden, bestanden u.a. in Lamsdorf, Kreis Falkenberg, und in der Stadt Grottkau. Bis zur Ausweisung der Internierten und Auflösung der Lager im Sommer 1946 war eine überaus große Anzahl der Häftlinge an den Mißhandlungen sowie den zahlreichen Seuchen und Krankheiten, die durch die schlechte Ernährung und die unhygienischen Zustände verursacht wurden, gestorben.
Es muß damit gerechnet werden. daß die sehr hohe Sterblichkeit in den Lagern, die vom Sommer 1945 bis zum Winter 1946 herrschte, Verluste bis zu 50 Prozent verursacht hat, besonders unter Kindern und alten Leuten.
Die schweren Mißhandlungen und die Zugrunderichtung von zahlreichen Deutschen in Lagern und Gefängnissen unter dem Vorwand von Sühne und Strafmaßnahmen waren ein grobes Unrecht, auch wenn dieser oder jener der Inhaftierten wirklich verantwortlich für Vergehen an Polen oder polnischen Juden gewesen ist. Die Masse der Betroffenen war zweifellos unschuldig. Wie einst für die nationalsozialistischen Machthaber, so war die Kollektivbeschuldigung auch für große Teile der polnischen Behörden und der polnischen Miliz die letzte Weisheit eines engstirnigen Chauvinismus.
Infolge des durch die nationalsozialistische Herrschaft genährten Deutschenhasses, der durch das leidenschaftliche polnische Temperament noch gesteigert wurde, verfielen die Polen mehr als die westlichen Siegernationen, ja selbst mehr als die Russen der Versuchung anheim, vergangenes Unrecht durch gleiches Unrecht zu vergelten. In augenfälliger Weise wurde dies an manchen öffentlichen Lynchaktionen deutlich, die vor allem in Polen, aber hier und da auch in den deutschen Ostgebieten vorkamen.
Zu einer offenen Demonstration, die in tragischer Weise die Verkettung von altem und neuem Unrecht deutlich machte, kam es überall dort, wo Massengräber von polnischen Arbeitern, polnischen Kriegsgefangenen oder polnischen Juden gefunden wurden, die aus der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft stammten. In solchen Fällen war es eine beliebte Maßnahme, die Deutschen aus der umliegenden Gegend an den aufgefundenen Massengräbern zusammenzutreiben und sie unter den anfeuernden Rufen eines schaulustigen Publikums unter Schlägen und Mißhandlungen zu zwingen, die Gräber auszuheben und die Leichen zu bergen. ...<<
Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die polnischen Milizionäre (x294/102): >>... Die Staatsmacht verfügte in den ehemals deutschen Ge-

bieten 1945 über kein Personal, die Verwaltungsstrukturen entstanden aus einem - auch personellen – Nichts und waren auf Freiwillige angewiesen.
Was lag da näher, daß der "szabrownik" ("Plünderer) seinen Vetter oder Nachbarn in die entstehende Polizei oder Kommunalverwaltung gehen ließ – und dieser ihm die notwendigen Unterlagen ausstellte, die die Einweisung des bisherigen Besitzers ins Lager als sicherheitspolizeilich erforderlich und die Beschlagnahmung seiner Habe als legitime Wiedergutmachung auswiesen? Es sollte Jahre dauern, bis der Staat, die solcherart entstandene organisierte Kriminalität in den Griff bekam. ...<<

Plünderungen und Zerstörungen in Ostdeutschland

Zur vollständigen Räumung der deutschen Ostprovinzen setzten die sowjetischen Besatzer z.T. spezielle Arbeits- bzw. Reparationskolonnen ein, die das gesamte Privat- und Staatseigentum der Deutschen einsammelten, demontierten und abtransportierten. Die Reparationskommandos beteiligten sich gewöhnlich nicht an den schweren Demontage- und Transportarbeiten. Sie erteilten nur Befehle und ließen die deutschen Zwangsarbeiter schuften.
Vollbeladene Lastkraftwagen und Güterzüge brachten die Kriegsbeute täglich in die Sowjetunion. Nach und nach wurden sämtliche beweglichen Gegenstände (Landmaschinen, Ackergeräte, Getreidevorräte, Möbel, Fahrräder, Radios, Fotoapparate, Klaviere, Betten, Wäsche, Kleidung, Schuhe u.a.) abtransportiert.
Zum Abschluß folgten die Demontage und der Abtransport aller Maschinen und Einrichtungsgegenstände der Industrie- und Versorgungsbetriebe, Verkehrseinrichtungen, Handelsunternehmen und der Geschäfte. Die Demontage- und Plünderungstrupps erfaßten manchmal sogar unbewegliche Gegenstände, die man gewöhnlich als "niet- und nagelfest" bezeichnete (wie z.B. Holzfußböden, Türzargen, Fenster, Holztreppen, Strom- und Wasserleitungen, Klosettanlagen, Waschbecken oder Badewannen).
Für viele sowjetische Reparationsbeauftragte zählte vor allem die Masse und nicht die Qualität der Plünderungsgüter. Im Verlauf der Demontagen und Transporte wurde vielfach unordentlich und schlampig gearbeitet, so daß zahllose wertvolle Maschinen und Einrichtungsgegenstände völlig ruiniert und zerstört wurden.
Die Landwirtschaft wurde sträflich vernachlässigt. Es wurde nicht gesät, sondern nur geerntet. Das wertvolle Zuchtvieh wurde größtenteils planlos abgeschlachtet oder es fiel Seuchen zum Opfer, die sich wegen mangelnder Pflege überall ausbreiteten.
Zur sowjetischen "Kultur" gehörte natürlich auch "Bequemlichkeit". Falls Brennholz benötigt wurde, holte man es nicht aus den nahen Wäldern, sondern man verheizte kurzerhand Tragbalken und Fußbodenbretter der Scheunen und Wohnhäuser. Nicht wenige Gebäude, die man gerade notdürftig instand gesetzt hatte, wurden kurzerhand abgerissen und verfeuert. Bevor die sowjetischen Besatzungstruppen Ostdeutschland räumten, machten sie schließlich vielerorts "reinen Tisch", d.h. sie schlugen alles "kurz und klein".
Die sowjetischen Plünderungs- und Zerstörungsaktionen erschienen im ersten Moment plan- und sinnlos. Für den informierten Beobachter war es jedoch offensichtlich, daß es sich bei der Ausplünderung und Verwüstung der deutschen Ostgebiete, die vereinbarungsgemäß von den Polen übernommen werden sollten, um staatlich gelenkte Aktionen handelte. Nach Stalins Plänen sollten die Polen außer dem Grund und Boden der Deutschen keine weitere Kriegsbeute erhalten. Das Ausmaß der systematischen Plünderungen und Zerstörungen war geradezu unvorstellbar. Infolge von äußerst schwierigen Verhandlungen gelang es den Polen, wenigstens die Anlagen und Maschinen des oberschlesischen Industriegebietes zu retten.
Nach dem Abzug der sowjetischen Reparationskolonnen (im Oktober 1945) tauchten außerdem urplötzlich Tausende von polnischen "Umsiedlern" und Geschäftemachern in den "Wiedergewonnenen Gebieten" auf. Sie führten vielerorts weitere "Restdemontagen" durch und verschwanden anschließend wieder nach Polen.

In der CSR erhielten die sowjetischen Truppen kein unbegrenztes Plünderungsrecht, deshalb blieb das Sudetenland bis auf wenige Ausnahmen von sowjetischen Plünderungen und Zerstörungen verschont. Die Sudetendeutschen wurden jedoch später durch Tschechen und Slowaken vollständig ausgeplündert.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Plünderungen und Zerstörungen in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/100E-102E): >>Abgesehen von geringfügigen Aufräumungsarbeiten traf die sowjetische Militärverwaltung kaum irgendwelche Maßnahmen zum Wiederaufbau oder zur Ingangsetzung der Betriebe. Vielmehr wurde die deutsche Bevölkerung in den Städten mit dem systematischen Abbau allen wertvollen Inventars beschäftigt.

Nicht genug damit, daß sämtliche Radio- und Photoapparate, alle Fahrräder, Schreibmaschinen und Klaviere abgeliefert werden mußten, auch die Maschinen und Apparate aus den Fabriken, Versorgungsbetrieben und Wohnstätten, öffentliche Verkehrseinrichtungen, elektrische Anlagen sowie Inventar aus Schulen, Rathäusern, Hotels, Krankenhäusern u.a. wurden abgebaut und nach Rußland verladen. –

Die Sowjetunion, die außenpolitisch den Anspruch der kommunistischen polnischen Regierung auf Ostdeutschland guthieß und unterstützte, hat nichts desto weniger alles getan, um vor der Auflösung ihrer Kommandanturen in Ostdeutschland und vor Übergabe der Verwaltung an den polnischen Staat aus den deutschen Ostprovinzen an wirtschaftlichen Werten herauszuholen, was noch irgend möglich war.

Vom Frühjahr bis zum Herbst 1945 hat sie durch ihre Besatzungsorgane den Abbau wertvoller Industrieeinrichtungen und den Abtransport von Sachgütern mit äußerster Intensität und Beschleunigung betreiben lassen und hat hierbei auch durch eine Haltung des Gewährenlassens ihren Besatzungssoldaten und -offizieren gestattet, sich persönlich an deutschem Eigentum zu bereichern. –

Von den radikalen sowjetischen Demontagen in Ostdeutschland blieb nur das oberschlesische Industriegebiet bis zu einem gewissen Grade verschont. Hier ist es nur zum Abbau einzelner Anlagen und Maschinen gekommen ...

Die Folge der umfangreichen Demontagen und Zerstörungen war, daß selbst die dringend notwendigen Versorgungsbetriebe stillgelegt wurden. Die sowjetische Reparationsentnahme blieb indessen nicht auf die Städte und Industrieanlagen beschränkt, auch die Landwirtschaft wurde von ihr aufs stärkste betroffen. Der größte Teil der landwirtschaftlichen Maschinen, vor allem aber auch zahlloses Vieh wurde nach Osten weggeschafft.

Schon beim Einzug der Sowjettruppen wurden für militärische Zwecke Tausende von Pferden requiriert; später erschienen immer neue sowjetische Kommandos auf den Höfen der deutschen Bauern, um auch die Kühe, Schweine, Ziegen und Schafe, ja selbst das Geflügel zu beschlagnahmen. Alle Ostdeutschen, die die Zeit der sowjetischen Militärverwaltung in ihrer Heimat erlebten, kennen aus eigener Anschauung die riesigen Viehherden, die im Frühjahr und Sommer 1945 nach Osten geleitet wurden, oder wurden auf Befehl der Russen selbst zum Viehtreiben beordert und mußten es mit ansehen, wie wertvolles Nutz- und Zuchtvieh auf dem Wege nach dem Osten verendete.

Durch diese sowjetischen Maßnahmen wurde die landwirtschaftliche Kapazität der deutschen Ostgebiete auch für die nun eindringenden Polen entscheidend geschwächt. ...

Eine gewisse Ausnahme bildeten während des allgemeinen Niedergangs der Landwirtschaft lediglich die großen Güter. Im Gegensatz zu den kleinen Bauernhöfen, um deren Bewirtschaftung sich die sowjetische Militärverwaltung in der Regel wenig kümmerte, so daß sie nach Entnahme des Viehs und der Maschinen ausgeraubt und in ruiniertem Zustand ihren Besitzern überlassen oder leer und verlassen dem Verfall preisgegeben blieben, ist ein großer Teil der

Rittergüter und Domänen von der sowjetischen Militärverwaltung beschlagnahmt und unter Aufsicht sowjetischer Militärkommandos in Betrieb genommen worden. ...
Ein erheblicher Teil der deutschen Landbevölkerung arbeitete bis zur Beendigung der Ernte- und Drescharbeiten im Herbst auf diesen in russische Militärkolchosen umgewandelten Gütern. Selbst aus den Städten wurden Deutsche zusammengeholt und nicht wenige gingen auch freiwillig dorthin, um für ihre Arbeit Lebensmittel zu erhalten.
Manche der sowjetischen Militärkolchosen blieben noch in russischer Hand, als sonst bereits überall die polnische Verwaltung eingerichtet worden war. ... Sehr viele dieser Güter waren aber nur in Betrieb genommen worden, um das Getreide, das im Sommer 1945 auf den Feldern stand, zu ernten und für die Versorgung der sowjetischen Truppen zu gewinnen. Nachdem dieses Ziel erreicht war, verlor die sowjetische Militärverwaltung das Interesse an ihnen, trieb auch hier das Vieh ab und verlud die Maschinen nach Rußland. Es kam sogar vor, daß die russischen Erntekommandos vor ihrem Abzug die Einrichtungen der Gutshöfe mutwillig zerstörten, um den Polen nichts zu überlassen. ...<<
Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die Plünderungen und Zerstörungen in Schlesien (x294/92-93): >>... Wie überall deportierten die Sowjets nicht nur Menschen, sondern sie demontierten auch ganze Betriebe. Die polnische Zentralverwaltung der Hüttenindustrie befürchtete im Frühjahr 1945 nicht ohne Grund, man werde statt der noch im Januar intakten Stahlwerke "nackte Wände übernehmen".
Die Plünderung von Land und Menschen blieb für Wochen ein Dauerzustand. Im April, fast zehn Wochen nach Ende der Kriegshandlungen, berichtete die neue polnische Stadtverwaltung Gleiwitz von ihren ersten Eindrücken: "Das Verhalten der Roten Armee gegenüber der Bevölkerung ist generell rücksichtslos, nach Aussage des (sowjetischen) Kommandanten der Militärkommandantur der Roten Armee können die Soldaten keinen Unterschied zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung machen".
Ein Offizier, der die ersten Wochen polnischer Herrschaft zusammenzufassen versuchte, notierte einen Monat später: "Die Armee requiriert Lebensmittel und Vieh ohne Rücksicht auf das Ausmaß der bisher erbrachten Leistungen und ohne irgendein System. Aber das schlimmste Übel sind die willkürlichen Plünderungen und Gewalttaten, die grauenhafte Ausmaße angenommen haben (...). Die Bevölkerung des Oppelner Landes, das seit 120 Jahren keinen Krieg auf seinem Territorium erlebt hat, ist ganz einfach entsetzt und hält die Russen für völlige Barbaren". ...<<

"Wilde Austreibungen" der Deutschen aus Ostdeutschland, der Tschechoslowakei und Jugoslawien

In den Grenzgebieten östlich der Oder und Neiße sowie im Sudetenland begann die erste Phase der Vertreibung schon Ende Mai und Anfang Juni 1945. Ab Ende Mai 1945 besetzten Soldaten, Milizionäre und Partisanen die Dörfer und Städte, um die deutschen Einwohner innerhalb kürzester Frist aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Die Ausgetriebenen durften lediglich etwas Gepäck zusammenraffen und mit Handwagen oder Schubkarren transportieren.
Die Deutschen wurden dann von den Soldaten und Milizangehörigen in tagelangen qualvollen Märschen an die Oder bzw. Neiße getrieben. In den Städten wurde die deutsche Bevölkerung ebenfalls zwangsweise aus ihren Wohnungen vertrieben und meistens in geschlossenen Eisenbahntransporten abgeschoben. Im Verlauf der langen Märsche, auf den Bahnhöfen und Zwischenstationen plünderte und raubte man die Deutschen regelmäßig vollständig aus.
Die Deutschen wurden anschließend durch Soldaten, Milizeinheiten und Partisanen gewaltsam über die Grenzflüsse nach Westen in die sowjetische Besatzungszone (spätere DDR) getrieben, so daß sich Hunderttausende von Heimatlosen am westlichen Ufer von Oder und Neiße zusammendrängten.

In den mitteldeutschen Städten verursachten die riesigen Menschenmassen in den letzten Junitagen und im Juli 1945 chaotische Verhältnisse, die durch totale Überfüllung, Hunger, Durst, Obdachlosigkeit und Ratlosigkeit geprägt wurden. Dieses Chaos wurde zusätzlich durch die ostdeutschen Flüchtlinge vergrößert, die nach der gescheiterten Flucht vor der Roten Armee in ihre Heimat zurückkehren wollten, aber nicht mehr über die Oder und Neiße nach Osten durften.
Bei den radikalen Austreibungsaktionen im unmittelbaren Hinterland der Oder-Neiße-Linie handelte es sich um zentral geleitete Aktionen der Polen und Tschechen, die bereits vor der Potsdamer Konferenz vollendete Tatsachen schaffen wollten. In Ostpommern, Ostbrandenburg und Niederschlesien trieb man damals etwa 200.000 bis 300.000 Menschen aus dem östlichen Hinterland der Oder und der Neiße, während etwa 700.000 bis 800.000 Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei "entfernt" wurden.
Diese "wilden Austreibungen", bei denen mehrheitlich Frauen, Kinder und ältere Menschen vertrieben wurden, stellte man (vermutlich auf sowjetische Weisung) erst unmittelbar vor Beginn der Potsdamer Konferenz ein. Die westlichen Alliierten erhielten über diese "wilden Austreibungen" nur spärliche und größtenteils falsche Informationen. Da der "eiserne Vorhang" schon frühzeitig undurchdringlich war, wußten nur die Sowjets, Polen und Tschechen, was tatsächlich in den sog. "Wiedergewonnenen Gebieten" geschah.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die "wilden Austreibungen" in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/140E-143E): >>... Die Ausweisung der deutschen Bevölkerung, die sich nach der Besetzung Ostdeutschlands noch in den Gebieten östlich der Oder und Neiße befand oder dorthin zurückgekehrt war, vollzog sich in einzelnen zeitlich begrenzten Etappen als ein Prozeß, der mehrere Jahre in Anspruch nahm und erst in der unmittelbaren Gegenwart abgeschlossen zu sein scheint. ...
Ehe noch die Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) getagt hatte und ein offizieller Beschluß der Siegermächte über die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung vorlag, begannen die polnischen Behörden bereits, die Deutschen entweder durch systematischen Druck und wiederholte Aufforderung zur Ausreise zu bewegen oder sie kurzerhand gewaltsam aus ihren Wohnorten zu vertreiben.
... Schon im Juni 1945 wurde die deutsche Bevölkerung der Stadt (Danzig) durch öffentliche Anschläge dringend zur Ausreise aufgefordert. ...
Neben den öffentlichen Aufforderungen wurden jedoch auch massive Maßnahmen zur Verdrängung der Deutschen durchgeführt. Ganze Straßenzüge wurden zwangsweise durch polnische Miliz von Deutschen geräumt und die innerhalb kürzester Frist aus ihren Wohnungen Vertriebenen in geschlossenen Eisenbahntransporten, meist in Richtung Stettin, abgeschoben. ... Nicht selten bildete sich auf den Bahnhöfen und Zwischenstationen ein regelrecht organisiertes Plünderungs- und Raubsystem aus, dem kaum einer der Deutschen entging. ...
War in Danzig bei der Aussiedlung der Deutschen noch weitgehend der Anschein der Freiwilligkeit gewahrt worden, so hatten die Polen Ende Juni 1945 bereits eine noch umfassendere und radikalere Austreibungsaktion begonnen, von der ganz Ostbrandenburg, aber auch die westlichen Teile Ostpommerns und Niederschlesien betroffen wurden.
Offenbar handelte es sich dabei nicht um ein Vorgehen der einzelnen örtlichen polnischen Behörden, sondern um eine von höchster polnischer Stelle zentral geleitete Aktion, hinter der sehr wahrscheinlich der politische Zweck stand, das unmittelbare Hinterland der Oder-Neiße-Linie möglichst von Deutschen frei zu machen und diese von den Polen geforderte Grenzlinie bereits vor der Potsdamer Konferenz in gehöriger Weise als solche zu markieren. ...
Von der Ostsee im Norden bis nach Schlesien im Süden geriet das Hinterland der Oder und Neiße in einer Tiefe von 100-200 km in den letzten Junitagen schlagartig in Bewegung. Über-

all erschienen polnische Soldaten mitunter auch polnische Miliz, besetzten die Dörfer und Städte, sperrten die Ausgänge und befahlen das Verlassen der Häuser und die Sammlung aller deutschen Einwohner innerhalb kürzester Frist.
Mit einigem schnell zusammengerafften Gepäck, das auf Handwagen und Schubkarren verpackt oder auf dem Rücken getragen werden mußte, wurden die Deutschen aus ihren Wohnungen vertrieben und zu einem Zuge formiert. Dieser setzte sich nach Westen in Bewegung, traf unterwegs mit anderen Zügen zusammen und gelangte schließlich nach tagelangen qualvollen Märschen, auf denen das aus Soldaten und Milizangehörigen bestehende Begleitpersonal Plünderungen und Gewalttaten verübte, an die Oder bzw. Neiße.
Dort drängten sich bald ungeheure Massen zusammen, die über die wenigen Flußübergänge nach Westen getrieben und am anderen Ufer, im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone, sich selbst überlassen wurden.
In den Städten hinter den Flußübergängen, vor allem in Stettin, Küstrin, Frankfurt, Cottbus und Görlitz, entstanden infolge der plötzlichen Vertreibung von Hunderttausenden aus Ostdeutschland in den letzten Junitagen und den folgenden Wochen im Juli 1945 eine ungeheure Überfüllung und ein durch Hunger, Obdachlosigkeit und völlige Ratlosigkeit der zusammengepferchten Massen gekennzeichnetes Chaos. Dies vervielfachte sich noch dadurch, daß sich hier gleichzeitig alle jene zusammenfanden, die nach der Flucht vor der Roten Armee wieder nach Ostdeutschland zurückkehren wollten, aber nicht über die Oder und Neiße nach Osten hinübergelassen wurden.
Keine Etappe der späteren Ausweisungen verlief unter ähnlich unmenschlichen und so brutalen Methoden wie diese erste, noch vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens vollzogene Vertreibung des größten Teils der ostbrandenburgischen Bevölkerung und zahlreicher Deutscher aus Ostpommern und Niederschlesien.
Nachdem Hunderttausende von Deutschen Ende Juni/Anfang Juli unter demütigendsten und entehrendsten Bedingungen von Haus und Hof verjagt worden waren, wurde diese Aktion ebenso plötzlich, wie sie begonnen hatte, gegen Juli gestoppt. Offenbar geschah dies auf Einspruch der sowjetischen Befehlshaber, die sich der Ausweisung der Deutschen hier und da bereits vorher hemmend in den Weg gestellt, teils sogar die Oderübergänge nicht freigegeben hatten.
Sicher war dabei die Rücksicht auf die Wirkung, die das Bekanntwerden dieser Aktion auf die verbündeten Westmächte haben würde, mitbestimmend, vor allem aber die Befürchtung, daß eine Fortsetzung dieser radikalen Austreibungen im angrenzenden Gebiet der sowjetischen Besatzungszone katastrophale Zustände schaffen würde. ...
Dennoch hat diese erste, auf den Zeitraum von 2-3 Wochen beschränkte, aber mit äußerster Konsequenz durchgeführte Vertreibungsaktion dazu geführt, das schätzungsweise 200.000 bis 300.000 Menschen aus dem östlichen Hinterland der Oder und der Neiße aus ihrer Heimat entfernt wurden. ...
Nachdem in dieser Weise in dem Landstreifen östlich der Oder-Neiße-Linie eine weitgehende Dezimierung der deutschen Bevölkerung erzielt worden war, konnten sowohl Stalin als auch die Vertreter Polens in Potsdam bei den Westmächten die Vorstellung verbreiten, als befänden sich in den deutschen Gebieten östlich der Oder und Neiße nur noch unerhebliche Reste der deutschen Bevölkerung, was nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, die Bedenken der westlichen Staatsmänner gegen eine Ausweisung der Deutschen zu zerstreuen. ...<<
Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die "wilden Austreibungen" in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x294/93-95):
>>... Die Langsamkeit des Übergangs von Krieg zu Frieden, die monatelange Angst und Unsicherheit dürfte eines der wichtigsten kollektiven Erlebnisse der Deutschen östlich von Oder

und Neiße gewesen sein.
In diesem Zustand warteten etwa 5 Millionen von ihnen, in der Regel apathisch, erschrocken, von den Nachrichten abgeschnitten, auf den weiteren Gang der Ereignisse. Die wenigsten werden geglaubt haben, daß Breslau (das erst am 6. Mai kapitulierte und wo während der Belagerung rund 40.000 Menschen umgekommen waren) oder die ebenfalls weitgehend zerstörten Stettin und Königsberg nicht zum Reich zurückkehren würden.
Indessen übergaben die Sowjets nach und nach die zivile Verwaltung in den meisten Gebieten östlich von Oder und Neiße an die Polen. Hier und da herrschte noch die reine Militärverwaltung, die Regel war jedoch ein Nebeneinander von polnischen Zivil- und sowjetischen Militärbehörden, wobei Letztere im Zweifelsfall weiterhin das Sagen hatten.
Diese Dominanz der Sowjets entschied auch über den Ausgang der ersten Welle der Zwangsaussiedlung vor der Potsdamer Konferenz, als die polnischen Behörden versuchten, möglichst viele Deutsche so schnell wie möglich zu vertreiben und damit vor dem Gipfeltreffen der Großen Drei vollendete Tatsachen zu schaffen. Die sogenannten Militäraussiedlungen im Juni und Juli 1945 mußten nach wenigen Wochen abgebrochen werden, da die sowjetische Besatzungszone in Deutschland nicht bereit war, Hunderttausende hungriger, arbeits- und obdachloser Menschen aufzunehmen.
Im Ergebnis sind vor Potsdam wohl nicht mehr als eine viertel Million Menschen aus ihrer bisherigen Heimat vertrieben worden; Hunderttausende kehrten nach oft tagelangen Fußmärschen von der Grenze zurück in ihren alten Heimatort.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die "wilden Austreibungen" in der Tschechoslowakei (x004/87-88): >>... Schon längst vor den gesetzlichen Enteignungsmaßnahmen, die schließlich alle Lebensgrundlagen der Sudetendeutschen in der CSR zerstörten und die Vertreibung vorbereiteten, hatte die Durchsetzung der Grenzgebiete mit Angehörigen des tschechischen und slowakischen Volkes begonnen. Bereits im Regierungsaufruf vom 11. Mai war die Bevölkerung aufgefordert worden, das Eigentum der Deutschen, Verräter und Kollaboranten sicherzustellen und es der öffentlichen Verwaltung zu übergeben. In Presseartikeln wurde die Bevölkerung aufgefordert, in die Grenzgebiete zu gehen und sich dort niederzulassen. ...
Von einer organisierten und kontrollierten tschechischen Durchdringung und Besiedelung des Sudetenlandes konnte in den ersten Monaten nach dem Waffenstillstand kaum gesprochen werden, schon deshalb nicht, weil ein großer Teil der ersten Zuwanderer gar nicht die Absicht hatte, im Grenzgebiet seßhaft zu werden. Amtliche Maßnahmen, private Willkürakte, Plünderungen und Raubaktionen waren im einzelnen nicht zu unterscheiden.
Erst durch die zur Zeit der ersten "wilden" Austreibungen erlassenen Dekrete und Verordnungen versuchte die Regierung den Zustrom der Tschechen zu lenken und alle deutschen Grenzgebiete mit Aussiedlern systematisch zu durchdringen. Dies war notwendig, da nach den ersten Austreibungsaktionen, die Ende Mai einsetzten, zahlreiche Ortschaften des Ostsudetenlandes von ihren Bewohnern entblößt waren und es nun galt, eine ausreichende Zahl tschechischer Bewohner in diese Regionen zu bringen.
Dafür sprachen innen- und außenpolitische Motive: Der "größte Moment in der tschechoslowakischen Geschichte", von dem die tschechoslowakischen Politiker wiederholt sprachen, sollte rasch genutzt, der Beweis für die Fähigkeit der tschechischen Nation, die Sudetengebiete zu besiedeln und auf ihrer von den Deutschen geschaffenen Höhe zu halten, sofort erbracht werden, um skeptischen Einwänden vor allem in Westeuropa zuvorzukommen. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über die "wilden Austreibungen" der Deutschen aus Jugoslawien (x006/99E-100E): >>Das Aide-memoire (vom 19.01.1946) forderte den "Transfer der gesamten deutschen Minderheit nach Deutschland", blieb indessen ohne jede Wirkung, da die amerikanischen Behörden den

jugoslawischen Wünschen keine Folge leisteten.
Auffällig ist übrigens, daß sich die Vertreibungs- und Internierungspolitik der Partisanen wie auch später der jugoslawischen Behörden ausschließlich gegen die Deutschen richtete. Obwohl der Nationalitätengegensatz zwischen Serben und Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg und erst recht nach der Besetzung der Batschka und Baranja durch ungarische Truppen mit den sich daran anschließenden Serbenverfolgungen fraglos schärfere Formen angenommen hatte, als sie je für das Verhältnis der Volksdeutschen zur andersnationalen Bevölkerung kennzeichnend waren, blieben die Ungarn im wesentlichen seit 1944 in Jugoslawien unbehelligt, ganz im Gegensatz zur CSR, wo außer den Deutschen auch ein beträchtlicher Teil der ungarischen Bevölkerung aus dem Lande getrieben wurde. ...
Von einer unverhüllten Austreibung von Jugoslawiendeutschen kann man sicherlich in Slowenien und in Teilen von Slawonien sprechen. Hier sollte aus der Bewegung der letzten militärischen Operationen heraus, das nordwestliche Grenzgebiet von den Deutschen ... völlig gesäubert werden. ... Bahntransporte wurden sogleich an die frühere österreichische Grenze weitergeleitet. Flüchtlingstrecks (wurden) in improvisierte Lager – z.B. bei Cilli und Tüchern gelenkt und von dort über Marburg abgeschoben. Ein Teil der arbeitsfähigen Männer dieser Umsiedler wurde in Lagern zurückbehalten, während ihre Angehörigen ebenfalls über die Grenze getrieben wurden.
Gleichzeitig wurden die einheimischen Deutschen in den Gefängnissen der Bezirksorte und in Lagern konzentriert: So auf Schloß Herberstein in Sterntal, Cilli und Tüchern, von wo sie zwischen dem August 1945 und dem Frühjahr 1946 abgeschoben wurden, sofern sie die unablässige Quälerei während der Lagerzeit überstanden hatten. Angehörige der älteren Generation konnten den Lagern z.T. dadurch schneller entkommen, daß sie sich auf ihre frühere österreichische Staatsangehörigkeit beriefen. ...
... Auch aus Valpovo (und Krndija) versuchte die Partisanenverwaltung, Volksdeutsche nach Österreich abzuschieben. Am 10.07.1945 verließ ein erster Transport das Lager und dürfte auch nach Österreich gelangt sein. Ein zweiter Transport dagegen, der am 20.07.1945 in Marsch gesetzt wurde, ist über Laibach zurückgeleitet worden und endete in Pisanica in einem schnell eingerichteten Lager, in dem bald ca. 5.000 Deutsche, unter ihnen auch Rückkehrer, festgehalten wurden.
Kurze Zeit wurde ein Teil der arbeitsfähigen Lagerinsassen in der Umgebung von Pisanica eingesetzt, bis das Lager aufgelöst und seine Insassen je zur Hälfte auf die Lager Valpovo und Krndija aufgeteilt wurden. Hier war die Ernährung völlig unzulänglich, Krankheiten, u.a. eine große Fleckfieberepidemie, brachen aus und rafften in beiden Lagern die Hälfte der Häftlinge hinweg. ...<<

01.06.1945

Ostdeutschland: Die Kunstschätze der Breslauer und Berliner Bibliothek (505 Kisten, die man in das schlesische Benediktinerkloster Grüssau ausgelagert hatte) werden am 1. Juni 1945 durch polnische Milizen nach Krakau transportiert (x111/29-30).
Anfang Juni 1945 beginnt die Umsiedlung der polnischen Bevölkerung Ostpolens in die deutschen Ostgebiete (x039/228).
Deutsches Reich: Die Sowjets gründen am 1. Juni 1945 eine deutsche Grenz- und Schutzpolizei ("Volkspolizei").
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die deutsche "Volkspolizei" in der SBZ (x009/467-468): >>Die Volkspolizei besteht seit 1.6.1945 und wurde schon Mitte 1946, obwohl bis 1949 nominell Sache der Länder, zonal zentralisiert. Das für die Volkspolizei zuständige Ministerium des Innern (MdI) war von 1949 bis Juni 1955 vorwiegend ein Wehrministerium. Ihm war und ist die Volkspolizei, auch territoriale Volkspolizei genannt, als Hauptverwaltung (HV) eingegliedert.

Die Volkspolizei umfaßt Schutz-, Kriminal-, Verwaltungs-, Verkehrs- und Wasserschutzpolizei und erfüllt einerseits normale Polizeiaufgaben. Andererseits ist sie ein politisch geschultes und überwachtes Werkzeug der SED und Hilfsorgan des SSD. ...
Die Volkspolizei hatte 1953 bis 1957 kasernierte militärähnliche motorisierte Bereitschaften, zuletzt rund 13.500 Mann stark. Bis auf 3.000 Mann in Berlin wurden Mitte 1957 die Polizeitruppen-Bereitschaften der Volkspolizei in die Bereitschaftspolizei übergeführt. - Die Bereitschaftspolizei und die Deutsche Grenzpolizei unterstehen zwar seit Februar 1957 dem MdI, haben aber als Polizeitruppen eigene Kommandos und hängen nicht von der Volkspolizei ab. ...<<
Die "Bayerische Landeszeitung" berichtet am 1. Juni 1945 (x114/2.92): >>**Strenge Bestrafung für Stehlen von Eigentum der alliierten Streitkräfte**
Die Militärregierung gibt folgende Warnung bekannt: Täglich erhält die Militärregierung Berichte über Verhaftungen von Zivilisten, in deren Besitz sich Eigentum der alliierten Streitkräfte befand.
Die Militärregierung weist die Zivilbevölkerung daraufhin, daß alle Personen, in deren Besitz sich Eigentum der alliierten Streitkräfte befindet, strengstens bestraft werden. Die Entschuldigung, daß die gestohlenen Dinge nicht als Eigentum der alliierten Streitkräfte erkannt wurden, wird nicht anerkannt.
Sicherstellung von geplündertem Gut
Auf Befehl der Militärregierung wird für das Land Bayern angeordnet:
1. Geplünderte oder widerrechtlich erworbene und übermäßig verteilte Lebensmittel und Bedarfsgegenstände aller Art sind sofort zurückzufordern und sicherzustellen.
2. Die angeordneten Verbrauchersätze sind einzuhalten und eine Überschreitung ist im Auftrage der Militärregierung zu ahnden.
3. Die noch vorhandenen Bestände und Lager sind zu erfassen und sicherzustellen. Über diese Bestände verfügt ausschließlich der Leiter des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern.<<
Lindau am Bodensee wird am 1. Juni 1945 das Hauptquartier der französischen Besatzungstruppen in Deutschland.
Der "Braunschweiger Bote" veröffentlicht am 1. Juni 1945 einen Hirtenbrief des Erzbischofs von Canterbury, Dr. G. F. Fisher (x043/31): >>...Wir dürfen nicht vergessen, daß es Deutsche gibt, die sich dem Nationalsozialismus widersetzten und dafür in Konzentrationslagern leiden mußten.
Die unerträglichen Enthüllungen der Zustände in den Konzentrationslagern haben uns vor Augen geführt, wie tief das deutsche Volk gesunken war. Es ist nach den ganzen Umständen schwer, nicht die ganze Rasse zu verurteilen. Aber wir dürfen uns nicht hinreißen lassen, über die Tatsache hinwegzusehen, daß es auch Deutsche gab, die das Übel bekämpft haben.<<
Österreich: Die Briten liefern 3.161 Kosaken (Kriegsgefangene, Frauen und Kinder) an die Sowjets aus.
Die Ausgelieferten werden am 31. Mai und 1. Juni 1945 in Güterwagen nach Judenburg in ein Stahlwerk transportiert. Dort wird wahrscheinlich ein großer Teil der ausgelieferten Kosaken sofort durch sowjetische Hinrichtungskommandos erschossen (x133/259,282).
Britische Offiziere berichten später über das Schicksal der ausgelieferten Kosaken (x130/267): >>... Ich fürchte einige von Ihnen gingen nicht allzuweit. Einige Minuten später hörten wir Schußsalven, und ich bin sicher, eine ganze Menge von ihnen wurde an Ort und Stelle erschossen – nicht gleich auf dem Bahnsteig selbst, aber um die Ecke hinter dem Wald. Zwar bin ich nicht absolut sicher, daß die von uns gehörten Salven den Gefangenen galten, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß zu diesem Zeitpunkt aus irgendeinem anderen Grunde geschossen wurde. ...

Man brauchte nicht viel Phantasie, um zu wissen, was mit diesen Leuten geschehen sollte.<<
Lord Nicholas W. Bethell (1938-2007) schreibt später in seinem Buch "Das letzte Geheimnis" (x130/267-268): >>... Viele britische Soldaten, die dort waren, bezeugten, daß sie kurz nach der Abführung der Gefangenen in der Nähe das Rattern von Maschinengewehren hörten.
Kein Soldat hat tatsächlich gesehen, wie ein Gefangener erschossen wurde. Man kann also nicht mit Sicherheit schließen, das dies geschah; aber - wie einer der Fahrer ... sagte: "Wir meinten, die MG-Salven, mußten ihr Ende sein. Wir dachten, sie wurden einfach nach hinten gebracht und abgeschlachtet. Das war unsere allgemeine Ansicht."<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Auslieferung von Kosaken und Angehörigen der Wlassow-Armee an die Sowjetunion (x024/196): >>... Es ist eines der traurigsten Kapitel der westlichen Geschichte, daß sie diese Menschen größtenteils der Rache Stalins auslieferten. Die Angehörigen der Wlassow-Armee und die Kosaken mit ihren Familien wurden meist sofort erschossen oder zu langjähriger Haft in sibirische Lager eingewiesen. Ganze Kosakenfamilien verübten lieber gemeinsam Selbstmord, als dem Schicksal ausgeliefert zu sein, das in der Sowjetunion auf sie wartete.
Während also Millionen deutscher Vertriebener gewaltsam ihre Heimat hatten verlassen müssen, sträubten sich umgekehrt ... Ausländer dagegen, wieder in ihre Heimat zurückgebracht zu werden, weil sie wußten, daß es ihr Todesurteil bedeutete. ...<<
Großbritannien: In London beginnt am 1. Juni 1945 eine internationale Konferenz (Teilnehmer aus 16 Nationen), um eine Kriegsverbrecherliste zu erstellen.

02.06.1945

Deutsches Reich: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 2. Juni 1945 über die Premiere der satirischen Groschenbühne "Kuttel Daddeldu" in Berlin (x111/30): >>... Etwas Neues beginnt. Man kann nicht bei 1932 anknüpfen, wenn man 1945 meint ... Noch ringen wir unschlüssig um den Ausdruck des "Heute". – Und mancher ist versucht, das Vorgestern mit Morgen zu verwechseln.<<
Während US-General John H. C. Lee (1887-1958) am 2. Juni 1945 erklärt, daß sich in den Lagern der US-Army 3.878.537 deutsche Kriegsgefangene aufhalten, meldet SHAEF (Oberkommando aller Alliierten-Armeen in Europa) eigenartigerweise am selben Tag nur 2.927.614 inhaftierte deutsche Kriegsgefangene (x131/67). Die Differenz der fehlenden **950.923** Kriegsgefangenen wurde später wahrscheinlich per Buchungstrick an die Sowjetunion "ausgeliefert".
CSR: Die "Ost-Dokumentation" berichtet am 2. Juni 1945 über tschechische Gewalttaten in Klösterle/Regierungsbezirk Aussig im Sudetenland (x010/85): >>2 Deutsche werden unter zwangsweiser Anwesenheit der Bevölkerung öffentlich erschossen. ... Täter: Tschechen.<<
UdSSR: Stalin fordert die schwedische Regierung am 2. Juni 1945 auf, alle baltischen und deutschen Soldaten an die Sowjetunion auszuliefern, die an der Ostfront gekämpft hatten und anschließend nach Schweden geflohen waren (x130/193).
Jugoslawien: In den Wäldern der Gottschee liquidieren Titos Partisaneneinheiten am 2. Juni 1945 ca. 11.000 ausgelieferte Gefangene der slowenischen Hilfsverbände und 3 Regimenter der serbischen Staatswache (x040/286).
Vatikan: Papst Pius XII. erklärt am 2. Juni 1945 in einer Radioansprache (x111/30): >>... Der Krieg hat eine Not und Hoffnungslosigkeit zurückgelassen, die jetzt überwunden werden müssen. Die Völker, besonders die kleinen und mittleren Nationen, fordern, daß sie ihr Schicksal selbst gestalten. ...
Welche Tragödie wäre es, wenn nach so vielen Jahren des Leidens und der Entbehrungen die Anstrengungen der Menschheit für Frieden und Sicherheit umsonst bleiben würden, wenn der Geist der Unterdrückung wieder über die Hoffnungen der Menschheit den Triumph davontragen sollte. ...

Möge das deutsche Volk sich aus dem Abgrund erheben und in Demut den rechten Weg finden.<<

04.06.1945

Großbritannien: Churchill warnt die US-Regierung am 4. Juni 1945 vor Stalins Einflußnahme in Westeuropa und lehnt die Übergabe Mitteldeutschlands ab (x118/29): >>... Ich sehe dem im Mittelabschnitt unserer Front beabsichtigten Rückzug der amerikanischen Armee auf unsere Zonengrenzen mit größtem Unbehagen entgegen, ist doch der Vormarsch der Sowjetmacht ins Herz Westeuropas und die Senkung eines eisernen Vorhangs zwischen uns und dem ganzen Osten verbunden.

Ich hatte gehofft, dieser Rückzug würde, falls er überhaupt erfolgen muß, von der Regelung vieler wesentlicher Dinge begleitet sein, die allein eine echte Grundlage des Weltfriedens darstellen könnten. Noch ist nichts von Bedeutung geregelt.<<

05.06.1945

CSR: Der Prager Rundfunk berichtet am 5. Juni 1945 über tschechische Plünderer (x004/88): >>... Den Nationalausschüssen und Sicherheitsorganen wurde die Weisung gegeben, gegen die im Grenzgebiet auftretenden Elemente, die sich auf Staatskosten an dem konfiszierten Eigentum bereichern, streng vorzugehen.<<

Berlin: Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wird die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte (Eisenhower, Montgomery, Shukow und de Lattre de Tassigny) übertragen.

Die Aufteilung in 4 Besatzungszonen erfolgt nach den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Berlin wird in 4 Sektoren eingeteilt. Die oberste Regierungsgewalt übt ein Kontrollrat der 4 alliierten Oberbefehlshaber (Sitz in Berlin) aus, der damit die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verwaltung des Landes übernimmt (Übernahme der "absoluten Autorität").

In der Erklärung (Berliner Deklaration) der Siegermächte vom 5. Juni 1945 heißt es (x101/185-188): >>***Erklärung***

in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik

Die deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind vollständig geschlagen und haben bedingungslos kapituliert, und Deutschland, das für den Krieg verantwortlich ist, ist nicht mehr fähig, sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen. Dadurch ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erfolgt, und Deutschland unterwirft sich allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden.

Es gibt in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde, die fähig wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verwaltung des Landes und für die Ausführung der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen.

Unter diesen Umständen ist es notwendig, unbeschadet späterer Beschlüsse, die hinsichtlich Deutschlands getroffen werden mögen, Vorkehrungen für die Einstellung weiterer Feindseligkeiten seitens der deutschen Streitkräfte, für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschland und für die Verwaltung des Landes zu treffen und die sofortigen Forderungen zu verkünden, denen Deutschland nachzukommen verpflichtet ist.

Die Vertreter der obersten Kommandobehörden des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und der Französischen Republik, im folgenden "Alliierte Vertreter" genannt, die mit der Vollmacht ihrer betreffenden Regierungen und im Interesse der Vereinten Nationen handeln, geben dementsprechend die folgende Erklärung ab:

Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden. Die Übernahme zu den vorstehend genannten Zwecken der besagten Regierungsgewalt und Befugnisse bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands.
Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik werden später die Grenzen Deutschlands oder irgendeines Teiles Deutschlands und die rechtliche Stellung Deutschlands oder irgendeines Gebietes, das gegenwärtig einen Teil deutschen Gebietes bildet, festlegen.
Kraft der obersten Regierungsgewalt und Befugnisse, die die vier Regierungen auf die Weise übernommen haben, verkünden die Alliierten Vertreter die folgenden Forderungen, die sich aus der vollständigen Niederlage und der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands ergeben und denen Deutschland nachzukommen verpflichtet ist:
Artikel 1
Deutschland und alle deutschen Behörden des Heeres, der Kriegsmarine und der Luftwaffe und alle Streitkräfte unter deutschem Befehl stellen sofort auf allen Kriegsschauplätzen die Feindseligkeiten gegen die Streitkräfte der Vereinten Nationen zu Lande, zu Wasser und in der Luft ein.
Artikel 2
a) Sämtliche deutschen oder von Deutschland kontrollierten Streitkräfte, einschließlich Land-, Luft-, Flugabwehr- und Seestreitkräfte, die Schutzstaffeln, die Sturmabteilungen, die Geheime Staatspolizei und alle sonstigen mit Waffen ausgerüsteten Verbände und Hilfsorganisationen, wo sie sich auch immer befinden mögen, werden restlos entwaffnet, indem sie Waffen und Gerät an die örtlichen Alliierten Befehlshaber bzw. an die von den Alliierten Vertretern namhaft zu machenden Offiziere abliefern.
b) Nach dem Ermessen des Obersten Befehlshabers der Streitkräfte des betreffenden Alliierten Staates wird, bis weitere Entscheidungen getroffen werden, das Personal der Verbände und Einheiten sämtlicher im Absatz a) bezeichneten Streitkräfte für Kriegsgefangene erklärt und unterliegt den von den betreffenden Alliierten Vertretern festzulegenden Bestimmungen und Weisungen.
c) Sämtliche im Absatz a) bezeichneten Streitkräfte, wo sie sich auch immer befinden mögen, verbleiben bis zur Erteilung von Anweisungen der Alliierten Vertreter an ihren jeweiligen Stellen.
d) Gemäß den von den Alliierten Vertretern zu erteilenden Anweisungen räumen die genannten Streitkräfte sämtliche außerhalb der deutschen Grenzen (nach dem Stande vom 31. Dezember 1937) liegenden Gebiete.
t) Zivile Polizeiabteilungen, die zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und der Leistung des Wachdienstes nur mit Handwaffen auszurüsten sind, werden von den Alliierten Vertretern bestimmt.
Artikel 3
a) Alle Militär-, Marine- und Zivilflugzeuge jeder Art und jeder Nationalität, die sich in Deutschland und in von Deutschland besetzten oder beherrschten Gebieten und Gewässern befinden, verbleiben bis zur Erteilung von weiteren Anweisungen auf dem Boden bzw. auf dem Wasser oder an Bord Schiff. Ausgenommen sind die in Alliierten Diensten stehenden Flugzeuge.
b) Alle deutschen oder von Deutschland beherrschten Flugzeuge, die sich auf oder über Ge-

bieten und Gewässern außerhalb des deutschen Machtgebietes befinden, haben sich sofort nach Deutschland oder an irgendeinen anderen von den Alliierten Vertretern zu bestimmenden Ort zu begeben.

Artikel 4

a) Alle deutschen und von Deutschland beherrschten Über- und Unterwasserkriegsschiffe, Marinehilfsfahrzeuge, Handelsschiffe und sonstigen Wasserfahrzeuge, wo sie sich zur Zeit der Abgabe dieser Erklärung auch immer befinden mögen, sowie alle anderen in deutschen Häfen befindlichen Handelsschiffe jeder Nationalität haben in den von den Alliierten Vertretern zu bestimmenden Häfen oder Stützpunkten zu verbleiben bzw. sich sofort dorthin zu begeben. Die Besatzungen der genannten Fahrzeuge bleiben bis zur Erteilung weiterer Anweisungen an Bord.

b) Alle Schiffe und sonstigen Wasserfahrzeuge der Vereinten Nationen, die zur Zeit der Abgabe dieser Erklärung zur Verfügung Deutschlands stehen oder von Deutschland beherrscht sind, begeben sich an die von den Alliierten Vertretern zu bestimmenden Häfen oder Stützpunkte, und zwar zu den Zeiten, die ebenfalls von den Alliierten Vertretern bestimmt werden. Es ist unerheblich, ob der Rechtstitel nach prisengerichtlichen oder sonstigen Verfahren übertragen worden ist.

Artikel 5

a) Alle oder jeder einzelne der folgenden Gegenstände im Besitz der deutschen Streitkräfte oder unter deutschem Befehl oder zur deutschen Verfügung sind unversehrt und in gutem Zustand zur Verfügung der Alliierten Vertreter zu halten für die Zwecke, zu den Zeiten und an den Orten, die von letzteren bestimmt werden:

I. alle Waffen, Munition, Sprengstoffe, Kriegsgerät, Kriegsvorräte und alle anderen Kriegsmittel sowie sonstiges Kriegsmaterial jeder Art;

II. alle Über- und Unterwasserkriegsschiffe jeder Kategorie, Marinehilfsfahrzeuge und Handelsschiffe, ob schwimmend, zur Reparatur aufgelegt oder im Bau befindlich;

III. alle Flugzeuge jeder Art sowie alle Geräte und Vorrichtungen, die der Luftfahrt und der Flugabwehr dienen;

IV. alle Einrichtungen und Gegenstände des Verkehrs und des Nachrichtenwesens, zu Lande, zu Wasser und in der Luft;

V. alle militärischen Einrichtungen und Anlagen, einschließlich Flugplätze, Wasserflugzeughäfen, See- und Kriegshäfen, Lagerplätze, ständige und vorläufige Land- und Küstenbefestigungen, Festungen und sonstige befestigte Gebiete sowie Pläne und Zeichnungen aller derartigen Befestigungen, Einrichtungen und Anlagen;

VI. alle Fabriken, Industrieanlagen, Betriebe, Forschungsinstitute, Laboratorien, Prüfstellen, technischen Unterlagen, Patente, Pläne, Zeichnungen und Erfindungen, die bestimmt oder geeignet sind, die unter I., II., III., IV. und V. oben bezeichneten Gegenstände und Einrichtungen zu erzeugen bzw. deren Erzeugung oder Gebrauch zu fördern oder überhaupt die Kriegsführung zu unterstützen.

b) Auf Verlangen sind den Alliierten Vertretern zur Verfügung zu stellen:

I. die Arbeitskräfte, Versorgungsmittel und Betriebsanlagen, die zur Erhaltung oder zum Betrieb jeder der sechs unter a) oben bezeichneten Kategorien erforderlich sind; und

II. alle Auskünfte und Unterlagen, die in diesem Zusammenhang von den Alliierten Vertretern verlangt werden können.

c) Auf Verlangen der Alliierten Vertreter sind alle Mittel und Einrichtungen für die Beförderung alliierter Truppen und Dienststellen mit deren Ausrüstung und Vorräten, auf Eisenbahnen, Straßen und sonstigen Landverkehrswegen oder zur See, auf Wasserstraßen und in der Luft zur Verfügung zu stellen. Sämtliche Verkehrsmittel sind in gutem Zustand zu erhalten und die hierzu notwendigen Arbeitskräfte, Versorgungsmittel und Betriebsanlagen müssen zur

Verfügung gestellt werden.

Artikel 6

a) Die deutschen Behörden übergeben den Alliierten Vertretern nach einem von letzteren vorzuschreibenden Verfahren sämtliche zur Zeit in ihrer Gewalt befindlichen kriegsgefangenen Angehörigen der Streitkräfte der Vereinten Nationen und liefern vollständige Namenslisten dieser Personen unter Angabe der Orte ihrer Gefangenhaltung in Deutschland bzw. in von Deutschland besetzten Gebieten. Bis zur Freilassung solcher Kriegsgefangenen haben die deutschen Behörden und das deutsche Volk ihre Person und ihren Besitz zu schützen und sie ausreichend mit Lebensmitteln, Bekleidung, Unterkunft, ärztlicher Betreuung und Geld gemäß ihrem Dienstrang oder ihrer amtlichen Stellung zu versorgen.

b) Die deutschen Behörden und das deutsche Volk haben auf gleiche Weise alle anderen Angehörigen der Vereinten Nationen zu versorgen und freizulassen, die eingesperrt, interniert oder irgendwelchen anderen Einschränkungen ausgesetzt sind, sowie alle sonstigen Personen, die aus politischen Gründen oder infolge nationalsozialistischer Handlungen, Gesetze oder Anordnungen, die hinsichtlich der Rasse, der Farbe, des Glaubensbekenntnisses oder der politischen Einstellung diskriminiert, eingesperrt, interniert oder irgendwelchen anderen Einschränkungen ausgesetzt sind.

c) Die deutschen Behörden haben auf Verlangen der Alliierten Vertreter die Befehlsgewalt über Orte der Gefangenhaltung den von den Alliierten Vertretern zu diesem Zweck namhaft zu machenden Offizieren zu übergeben.

Artikel 7

Die zuständigen deutschen Behörden geben den Alliierten Vertretern:

a) alle Auskünfte über die im Artikel 2, Absatz a), bezeichneten Streitkräfte; insbesondere liefern sie sofort sämtliche von den Alliierten Vertretern verlangten Informationen über die Anzahl, Stellung und Disposition dieser Streitkräfte sowohl innerhalb wie auch außerhalb Deutschlands;

b) vollständige und ausführliche Auskünfte über Minen, Minenfelder und sonstige Hindernisse gegen Bewegungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie über die damit verbundenen sicheren Durchlässe. Alle solche Durchlässe werden offengehalten und deutlich gekennzeichnet; alle Minen, Minenfelder und sonstigen gefährlichen Hindernisse werden soweit wie möglich unschädlich gemacht und alle Hilfsmittel für die Navigation werden wieder in Betrieb genommen. Unbewaffnetes deutsches Militär- und Zivilpersonal mit der notwendigen Ausrüstung wird zur Verfügung gestellt und zu obigen Zwecken sowie zum Entfernen von Minen, Minenfeldern und sonstigen Hindernissen nach den Weisungen der Alliierten Vertreter eingesetzt.

Artikel 8

Die Vernichtung, Entfernung, Verbergung, Übertragung, Versenkung oder Beschädigung von Militär-, Marine-, Luftfahrt-, Schiffs-, Hafen-, Industrie- und ähnlichem Eigentum und Einrichtungen aller Art sowie von allen Akten und Archiven, wo sie sich auch immer befinden mögen, ist verboten; Ausnahmen können nur von den Alliierten Vertretern angeordnet werden.

Artikel 9

Bis zur Herbeiführung einer Aufsicht über alle Nachrichtenverkehrsmittel durch die Alliierten Vertreter hören alle von Deutschland beherrschten Funk- und Fernnachrichtenverkehrseinrichtungen und sonstigen Draht- und drahtlosen Nachrichtenmittel auf dem Lande oder auf dem Wasser zu senden auf; Ausnahmen können nur von den Alliierten Vertretern angeordnet werden.

Artikel 10

Die in Deutschland befindlichen, von Deutschland beherrschten und in deutschem Dienst oder

zu deutscher Verfügung stehenden Streitkräfte, Angehörigen, Schiffe und Flugzeuge sowie das Militärgerät und sonstige Eigentum eines jeden anderen mit irgendeinem der Alliierten im Kriegszustand befindlichen Staates unterliegen den Bestimmungen dieser Erklärung und aller etwaigen kraft derselben erlassenen Proklamationen, Befehle, Anordnungen oder Anweisungen.

Artikel 11

a) Die hauptsächlichen Naziführer, die von den Alliierten Vertretern namhaft gemacht werden, und alle Personen, die von Zeit zu Zeit von den Alliierten Vertretern genannt oder nach Dienstgrad, Amt oder Stellung beschrieben werden, weil sie im Verdacht stehen, Kriegs- oder ähnliche Verbrechen begangen, befohlen oder ihnen Vorschub geleistet zu haben, sind festzunehmen und den Alliierten Vertretern zu übergeben.

b) Dasselbe trifft zu für alle die Angehörigen irgendeiner der Vereinten Nationen, von denen behauptet wird, daß sie sich gegen die Gesetze ihres Landes vergangen haben, und die jederzeit von den Alliierten Vertretern namhaft gemacht oder nach Dienstgrad, Amt oder Stellung beschrieben werden können.

c) Allen Anweisungen der Alliierten Vertreter, die zur Ergreifung und Übergabe solcher Personen zweckdienlich sind, ist von den deutschen Behörden und dem deutschen Volke nachzukommen.

Artikel 12

Die Alliierten Vertreter werden nach eigenem Ermessen Streitkräfte und zivile Dienststellen in jedem beliebigen Teil oder auch in allen Teilen Deutschlands stationieren.

Artikel 13

a) In Ausübung der obersten Regierungsgewalt in Deutschland, die von den Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken sowie der Provisorischen Regierung der Französischen Republik übernommen wird, werden die vier Alliierten Regierungen diejenigen Maßnahmen treffen, die sie zum künftigen Frieden und zur künftigen Sicherheit für erforderlich halten, darunter auch die vollständige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands.

b) Die Alliierten Vertreter werden Deutschland zusätzliche politische, verwaltungsmäßige, wirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Forderungen auferlegen, die sich aus der vollständigen Niederlage Deutschlands ergeben. Die Alliierten Vertreter bzw. die ordnungsmäßig dazu ermächtigten Personen oder Dienststellen werden Proklamationen, Befehle, Verordnungen und Anweisungen ergehen lassen, um solche zusätzlichen Forderungen festzulegen und die übrigen Bestimmungen dieser Erklärung auszuführen. Alle deutschen Behörden und das deutsche Volk haben den Forderungen der Alliierten Vertreter bedingungslos nachzukommen und alle solche Proklamationen, Befehle, Anordnungen und Anweisungen uneingeschränkt zu befolgen.

Artikel 14

Diese Erklärung tritt in Kraft und Wirkung an dem Tage und zu der Stunde, die nachstehend angegeben werden. Im Fall einer Versäumnis seitens der deutschen Behörden oder des deutschen Volkes, ihre hierdurch oder hiernach auferlegten Verpflichtungen pünktlich und vollständig zu erfüllen, werden die Alliierten Vertreter die Maßnahmen treffen, die sie unter den Umständen für zweckmäßig halten.

Artikel 15

Diese Erklärung ist in englischer, russischer, französischer und deutscher Sprache ausgefertigt. Die englischen, russischen und französischen Fassungen sind allein maßgebend.

Berlin, den 5. Juni 1945.

18:00 Uhr mitteleuropäischer Zeit.

(Die in den drei maßgebenden Sprachen abgefaßten Texte dieser Erklärung sind von Dwight

D. Eisenhower, General der Armee, G. Shukow, Marschall der Sowjetunion, B. L. Montgomery, Feldmarschall, und T. de Lattre-Tassigny, Armeegeneral, unterzeichnet.)<<

Die Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945

Die siegreichen Mächte waren aufgrund dieser Deklaration für sämtliche Geschehnisse in ihrer Zone verantwortlich. Fragen, die das gesamte Deutsche Reich betrafen, sollten gemeinsam und einstimmig durch die Mitglieder des alliierten Kontrollrats entschieden werden.

Die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 stellte damals eindeutig fest, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte (x151/67). Gemäß Haager Landkriegsordnung blieb das Deutsche Reich von 1871/1919 jedenfalls weiterhin völkerrechtlich bestehen, denn es wurde nachweislich durch die Siegermächte nicht annektiert, sondern nur besetzt (x063/605).

Es sind noch immer ungelöste staatsrechtliche Fragen, ob die Alliierten nach der "militärischen Kapitulation" überhaupt berechtigt waren, die Regierungsgewalt in Deutschland zu übernehmen.

Prof. Rudolf Laun (deutscher Staats- und Völkerrechtler) schrieb später über den Fortbestand des Deutschen Reiches, daß die Siegermächte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verpflichtet gewesen wären, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung gegenüber dem geschlagenen Deutschland anzuwenden (x063/604).

Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 (in Kraft seit dem 26. Januar 1910) legte für die Kapitulation des Feindes und die militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet folgende Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >>Viertes Kapitel: Kapitulation

Artikel 35 Die zwischen den abschließenden Parteien vereinbarten Kapitulationen sollen den Forderungen der militärischen Ehre Rechnung tragen. Einmal abgeschlossen, sollen sie von beiden Parteien gewissenhaft beobachtet werden. ...

Dritter Abschnitt: Militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet

Artikel 42 Ein Gebiet gilt als besetzt, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet. Die Besetzung erstreckt sich nur auf die Gebiete, wo diese Gewalt hergestellt ist und ausgeübt werden kann.

Artikel 43 Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.

Artikel 44 Einem Kriegführenden ist es untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, Auskünfte über das Heer des anderen Kriegführenden oder über dessen Verteidigungsmittel zu geben.

Artikel 45 Es ist untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, der feindlichen Macht den Treueid zu leisten.

Artikel 46 Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.

Artikel 47 Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt.

Artikel 48 Erhebt der Besetzende in dem besetzten Gebiete die zugunsten des Staates bestehenden Abgaben, Zölle und Gebühren, so soll er es möglichst nach Maßgabe der für die Ansetzung und Verteilung geltenden Vorschriften tun; es erwächst damit für ihn die Verpflichtung, die Kosten der Verwaltung des besetzten Gebietes in dem Umfange zu tragen, wie die gesetzmäßige Regierung hierzu verpflichtet war.

Artikel 49 Erhebt der Besetzende in dem besetzten Gebiet außer den im vorstehenden Artikel

bezeichneten Abgaben andere Auflagen in Geld, so darf dies nur zur Deckung der Bedürfnisse des Heeres oder der Verwaltung dieses Gebiets geschehen.
Artikel 50 Keine Strafe in Geld oder anderer Art darf über eine ganze Bevölkerung wegen der Handlungen einzelner verhängt werden, für welche die Bevölkerung nicht als mitverantwortlich angesehen werden kann.
Artikel 51 Zwangsauflagen können nur auf Grund eines schriftlichen Befehls und unter Verantwortlichkeit eines selbständig kommandierenden Generals erhoben werden. Die Erhebung soll so viel wie möglich nach den Vorschriften über die Ansetzung und Verteilung der bestehenden Abgaben erfolgen. Über jede auferlegte Leistung wird den Leistungspflichtigen eine Empfangsbestätigung erteilt.
Artikel 52 Naturalleistungen und Dienstleistungen können von Gemeinden oder Einwohnern nur für die Bedürfnisse des Besetzungsheers gefordert werden. Sie müssen im Verhältnisse zu den Hilfsquellen des Landes stehen und solcher Art sein, daß sie nicht für die Bevölkerung die Verpflichtung enthalten, an Kriegsunternehmungen gegen ihr Vaterland teilzunehmen. Derartige Natural- und Dienstleistungen können nur mit Ermächtigung des Befehlshabers der besetzten Örtlichkeit gefordert werden. Die Naturalleistungen sind so viel wie möglich bar zu bezahlen. Andernfalls sind dafür Empfangsbestätigungen auszustellen; die Zahlung der geschuldeten Summen soll möglichst bald bewirkt werden.
Artikel 53 Das ein Gebiet besetzende Heer kann nur mit Beschlag belegen: das bare Geld und die Wertbestände des Staates sowie die dem Staate zustehenden eintreibbaren Forderungen, die Waffenniederlagen, Beförderungsmittel, Vorratshäuser und Lebensmittelvorräte sowie überhaupt alles bewegliche Eigentum des Staates, das geeignet ist, den Kriegsunternehmungen zu dienen.
Alle Mittel, die zu Lande, zu Wasser und in der Luft zur Weitergabe von Nachrichten und zur Beförderung von Personen oder Sachen dienen, mit Ausnahme der durch das Seerecht geregelten Fälle, sowie die Waffenniederlagen und überhaupt jede Art von Kriegsvorräten können, selbst wenn sie Privatpersonen gehören, mit Beschlag belegt werden. Beim Friedensschlusse müssen sie aber zurückgegeben und die Entschädigungen geregelt werden.
Artikel 54 Die unterseeischen Kabeln, die ein besetztes Gebiet mit einem neutralen Gebiete verbinden dürfen nur im Falle unbedingter Notwendigkeit mit Beschlag belegt oder zerstört werden. Beim Friedensschlusse müssen sie gleichfalls zurückgegeben und die Entschädigungen geregelt werden.
Artikel 55 Der besetzende Staat hat sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe zu betrachten, die dem feindlichen Staate gehören und sich in dem besetzten Gebiete befinden. Er soll den Bestand dieser Güter erhalten und sie nach den Regeln des Nießbrauchs verwalten.
Artikel 56 Das Eigentum der Gemeinden und der dem Gottesdienste, der Wohltätigkeit, dem Unterrichte, der Kunst und der Wissenschaft gewidmeten Anstalten, auch wenn diese dem Staate gehören, ist als Privateigentum zu behandeln. Jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung von derartigen Anlagen, von geschichtlichen Denkmälern oder von Werken der Kunst und Wissenschaft ist untersagt und soll geahndet werden.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die völkerrechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung (x063/463-464): >>Die Haager Landkriegsordnung baute auf der Entwicklung von Jahrzehnten auf. Die Tradition freiheitlichen Denkens und der Ritterlichkeit leben in Ihr, und in den Zivilpersonen suchte sie die Träger von Menschenrechten zu schützen. Als wichtigen Begriff führt sie das "öffentliche Gewissen" ein. ...
Die Haager Landkriegsordnung geht von der Voraussetzung aus, daß ein Land auch nach der Besetzung durch feindliche Streitkräfte eine Rechtspersönlichkeit bleibt. Eine bedingungslose

Übergabe in dem Sinne, daß das Land an den Sieger versklavt und selbst nicht mehr Persönlichkeit wäre, ist ihr unbekannt. Daher bestimmt Artikel 43 des Abkommens, daß die Landesgesetze, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, geachtet werden müssen.
Der Zweck der Haager Landkriegsordnung ist es auch, selbst bei Zerstörung des Staatsapparates alle Menschen der Völkergemeinschaft zu schützen; von diesem allgemeinen Völkerrecht kann kein Staat sich einseitig lossagen. ...
Die Bedeutung der Haager Landkriegsordnung hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg klar herausgestellt. Das Nürnberger und andere internationale und alliierte Tribunale haben ihre Gültigkeit bestätigt, und da das Völkerrecht seiner Definition nach nur eines und unteilbar sein kann, mußte das Vertragswerk von 1899 und 1907 auch die rechtliche Grundlage für die Behandlung Deutschlands nach der militärischen Übergabe bilden. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Junideklaration" (x051/-295): >>Junideklaration, vier am 5.6.45 herausgegebene Erklärungen der Vier Mächte, Großbritannien, Frankreich, USA und UdSSR, zur Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland:
1. "Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands", aus der die Übernahme sämtlicher Regierungsbefugnisse, einschließlich OKW, und aller Behörden durch die Siegermächte folgte;
2. Errichtung eines Systems der Viermächtekontrolle über Gesamtdeutschland durch den Alliierten Kontrollrat sowie selbständige Verwaltung der jeweiligen Besatzungszonen;
3. endgültige Abgrenzung dieser Zonen;
4. Erklärung der Diskussionsbereitschaft mit allen UN-Staaten hinsichtlich der Deutschen Frage.<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch ("Nicht Rache, nicht Vergeltung ...") über die Folgen der Berliner Deklaration (x024/193-194): >>... Die Direktive JCS/1067, die Berliner Deklaration und die Potsdamer Beschlüsse bildeten ... die politische Grundlage für das Leben der Menschen im Nachkriegsdeutschland.
Der Alltag war vor allem durch die Sorge ums bloße Überleben geprägt – um die Beschaffung von Nahrung, warmer Kleidung und Brennmaterial in den kalten Monaten.
Die Deutschen hatten aufgehört, sich selbst zu bestimmen. Die genaue Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizgewalt war auf die Organe der vier Militärregierungen übertragen worden. All ihre Maßnahmen zielten auf die Durchführung der vier großen "D", die fortan das Leben der Deutschen bestimmen sollten: Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung.
Da anfangs eine allgemeine Informationssperre herrschte – es gab für Deutsche keinen Rundfunk und keine Zeitungen -, hielten viele Bürger die sofortigen strengen Maßnahmen für Willkürakte und Schikanen der Besatzer.
Bis zum 11. Juli 1945 bestand außerdem das Fraternisierungsverbot, das den Amerikanern verbot, mit deutschen Erwachsenen zu sprechen.
Bis zur Regelung der deutschen Verwaltungen in den einzelnen Ländern, die im Frühjahr 1947 langsam einsetzte, war der deutsche Landrat Partner und Gegenspieler der allmächtigen Kreismilitärregierung. Seine Aufgaben waren wesentlich unfassender, als bisher üblich. Unter der Aufsicht und Weisung der Militärergierung war der Landrat verantwortlich für alle Dienststellen, die im Kreis arbeiteten. Außerdem für die Gerichte, die Banken, die Sparkassen, die Reichsbank, die Eisenbahn, das Zuchthaus, die Zollverwaltung, das Finanzamt das Bauamt, das Forstamt, die gesamte Wirtschaft und schließlich auch für die Vertriebenen. Eine wahre Flut von Gesetzen und Verordnungen der Militärregierung und Proklamationen des Alliierten Kontrollrates ging auf den Landrat nieder.
Zu den Landräten wurden von den Alliierten meist Personen ernannt, die im jeweiligen Gebiet

bereits länger ansässig und als Gegner des Nationalsozialismus bekannt waren. Den Landräten wiederum oblag es, die bisherigen Bürgermeister abzusetzen und neue, für den Demokratisierungsprozeß geeignete Amtspersonen in den Gemeinden zu bestimmen.<<

07.06.1945

WBZ: Oskar Dirlewanger (1895 in Würzburg geboren, SS-Oberführer eines SS-Sonderbataillons, später SS-Sturmbrigade D) stirbt am 7. Juni 1945 angeblich nach schweren Mißhandlungen in französischer Gefangenschaft (x030/68).

08.06.1945

Berlin: Wilhelm Pieck und weitere kommunistische Emigranten treffen am 8. Juni 1945 aus Moskau ein, um Stalins Pläne zu realisieren.

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) notiert am 8. Juni 1945 in ihrem Tagebuch (x111/32): >>... Es ist heiß in Berlin. Mit jedem Tag wird es heißer. Junihitze glüht über der Stadt, brütet auf ihren zahlreichen, frisch aufgeworfenen Gräbern. Unter der dünnen Staubdecke regen sich die Toten. Wie eine Giftwolke hängt der Geruch ihres Sterbens in der Luft. ...

Die "Kulis von Berlin" arbeiten mit Überstunden. Wenn sie ihre traurige Fracht durch die Straßen fahren, blickt man beklommen beiseite. Der Mensch mag nicht zuschauen, wenn sein Mitmensch verfault. Auf Handkarren und Leiterwagen ziehen sie die Toten zu Grabe. Nur spärlich verhüllt, so wie sie sie ausgeschaufelt haben. Es gibt keine Särge in Berlin. ... Wer heute bestattet wird, dem stiftet man als letzte Ruhestätte im Höchstfall einen Pappkasten.<<

Großbritannien: Der Londoner "Exchange Telegraph" berichtet am 8. Juni 1945 über das besetzte Deutschland (x043/75): >>Von einem Gebiet innerhalb der Grenzen von 1937 mit 471.000 qkm werden die Russen 221.000 qkm oder 47 % besetzen. ...

In der russischen Zone befinden sich 9 von 27 deutschen Städten mit einer Einwohnerzahl von mehr als 200.000. Bemerkenswert ist, daß die Russen in ihrer Zone die intakt gebliebene Großindustrie des Reiches haben werden und daß Bombenschäden in den von den Russen besetzten Provinzen am geringsten sind. Neben einer wesentlich höheren Industriekapazität liegt auch die Nahrungsmittelerzeugung in der russischen Zone wesentlich günstiger.<<

09.06.1945

SBZ: Die sowjetische Besatzungsmacht übernimmt am 9. Juni 1945 in der SBZ sämtliche Verwaltungsaufgaben. Marschall Shukow, Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen, läßt am 9. Juni 1945 die "Sowjetische Administration für Deutschland" (SMAD) errichten. Dieser Apparat stellt eine zentrale sowjetische Regierung dar (x009/358).

Die SMAD setzt danach lokale und regionale deutsche Verwaltungen ein und befiehlt die Errichtung von "Deutschen Zentralverwaltungen".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "SBZ" (x009/-378-379): >>(SBZ ist die) Abkürzung für sowjetische Besatzungszone. Teil Deutschlands, der auf Grund der Vereinbarungen unter den Alliierten nach der Kapitulation von sowjetischen Truppen besetzt wurde. Das Gebiet der SBZ ist nicht identisch mit dem durch die Sowjets militärisch eroberten Gebiet. Ein großer Teil des von Engländern und Amerikanern eroberten Raumes wurde im Sommer 1945 der Sowjetunion abgetreten.

Der sowjetische Sektor von Berlin gehört weder rechtlich noch verwaltungsmäßig zur SBZ, wird aber als Hauptstadt der DDR beansprucht. Die vielgebrauchte Bezeichnung "Ostzone" für die SBZ ist irreführend. Die SBZ hat als Mittelzone zu gelten, da sie mitten zwischen der Bundesrepublik und den zur Zeit von Polen und der Sowjetunion verwalteten Ostgebieten liegt.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Sowjetische Besatzungszone" (x051/544-545): >>Sowjetische Besatzungszone (SBZ, Sowjetzone), eine der vier Besatzungszonen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, 107.862 qkm mit 18,3 Millio-

nen Einwohnern (1946).
Die Sowjetische Besatzungszone umfaßte das Gebiet des Deutschen Reiches zwischen Oder-Neiße-Linie im Osten und der Linie Lübeck-Helmstedt-Hof im Westen (ausgenommen West-Berlin). Die zunächst von amerikanischen und britischen Truppen besetzten Teile Mecklenburgs, Sachsens und Thüringens wurden am 1.7.45 von diesen geräumt und ebenfalls sowjetisch besetzt.
Die oberste militärische und politische Gewalt übernahm in der Sowjetischen Besatzungszone am 9.6.45 die Sowjetische Militäradministration (SMAD). Unter ihrer Regie wurde die Sowjetische Besatzungszone systematisch wirtschaftlich ausgebeutet und eine kommunistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aufgebaut: Schul- und Justizreform; Enteignung des Großgrundbesitzes sowie des Besitzes von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten" und dessen Verteilung an Bauern, Landarbeiter und Vertriebene; Verstaatlichung der Schwer- und Schlüsselindustrie; Vereinigung von SPD und KPD zur SED u.a. Aus der Sowjetischen Besatzungszone entstand 1949 die Deutsche Demokratische Republik (DDR).<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "SMAD" (x009/-358): Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches im Mai 1945 übernahm die sowjetische Besatzungsmacht alle Verwaltungsaufgaben in der SBZ. Sie errichtete im Juni 1945 die "Sowjetische Administration für Deutschland" (SMAD), die zu ihrer Unterstützung lokale und regionale deutsche Verwaltungen einsetzte.
Im Gegensatz zur Entwicklung in der heutigen Bundesrepublik Deutschland wurden in der SBZ jedoch bald die Befugnisse der Kommunal- und Länderbehörden eingeschränkt. Bereits im Juli befahl die SMAD die Errichtung von "Deutschen Zentralverwaltungen". Ihre Zahl betrug zunächst 11, stieg aber bis Mitte 1947 auf 16. De facto (tatsächlich) stellte dieser Apparat bereits eine zentrale sowjetische Regierung dar. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die Einsetzung der Sowjetischen Militäradministration in Mitteldeutschland (x046/222-223): >>... Durch Befehl Nr. 1 wurde zum Stellvertreter des Generaldirektors der Sowjetischen Militäradministration (SMA) und Oberbefehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, Marschall der Sowjetunion Shukow, der Generaloberst des NKVD Serov ernannt, nach dem Urteil von Generaloberst Professor Volkogonov "eine der übelsten Gestalten in Berijas Umgebung".
Serov, zugleich Bevollmächtigter des NKVD der UdSSR bei der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, hatte seit Beginn des Krieges als Hauptwerkzeug Stalins bei der technischen Durchführung von Massendeportationen and anderen Gewalttaten fungiert, die alle unter den Begriff des Völkermordes und des Verbrechens gegen die Menschlichkeit fallen.
Er war es, der einst 1939/1940 1-2 Millionen Polen, Ukrainer, Weißrussen und Juden aus dem annektierten polnischen Staatsgebiet und 1940/1941 Zehntausende von Esten, Letten und Litauern aus den annektierten baltischen Republiken in die unwirtlichen Gebiete der Sowjetunion deportierte, wie üblich unter Zerreißung der Familienbande und, wie im Baltikum, oft nach Liquidierung der Familienväter. ...
Aufgrund des Befehls Nr. 00315 des Volkskommissars Berija vom 18. April 1945 nahm Serov nun auch in okkupierten Teilen Deutschlands umgehend Massenverhaftungen unter der Zivilbevölkerung durch die von ihm geleiteten Operativgruppen des NKVD/NKGB vor. Die Verhafteten, darunter Frauen und Jugendliche, wurden als sogenanntes "Spezialkontingent" in die übernommenen oder sofort eingerichteten Konzentrationslager (Special'nye lageri NKVD SSSR) überführt, wo Zehntausende von ihnen an den unmenschlichen Lebensbedingungen zugrunde gingen.
Die Ernennung Serovs zu der politisch ausschlaggebenden Figur des sowjetischen Besatzungsgebietes und die sofort durchgeführte brutale Ausschaltung aller, die irgendwie als op-

positionell eingeschätzt wurden, ließ jedenfalls keinen Zweifel daran, welche Art von Politik die Sowjetunion in Deutschland künftig zu betreiben gedachte. ...<<

Jugoslawien: Das Präsidium des Antifaschistischen Rates erläßt am 9. Juni 1945 ein Gesetz über die Konfiskation von Vermögen (x006/189E-196E): >>Artikel 1 1. Eine Konfiskation von Vermögen ist die zwangsweise, entschädigungslose Wegnahme des gesamten Vermögens oder eines genau bestimmten Teiles des Vermögens, welches persönliches Eigentum oder der persönliche Anteil an gemeinsamen Vermögen mit anderen Personen ist, zugunsten des Staates.

2. Die Konfiskation bezieht sich auf alle Vermögensrechte. ...

Artikel 4 Es kann nur das Vermögen derjenigen Person konfisziert werden, die zur Konfiskation verurteilt wurde, gleich worin dieses Vermögen besteht. Bildet dieses Vermögen einen Anteil einer solchen Person am gemeinsamen Vermögen mit mehreren Personen, so kann dieser Anteil in vollem Umfang konfisziert werden. ...

Artikel 6 1. Von der Konfiskation werden ausgenommen:

1) Haushaltsgegenstände (Kleidung, Wäsche, Schuhwerk, Möbel, Geschirr u.ä.), die für das Leben des Verurteilten und seiner engeren Familie unbedingt notwendig sind;

2) Handwerkszeug aller Art, welches ... für die Ausübung eines ... Berufs unbedingt notwendig ist, wenn dem Verurteilten nicht durch das Gericht das Recht entzogen wurde, seinen Beruf auszuüben; ...

4) Lebensmittel und Brennstoff für den persönlichen Gebrauch des Verurteilten und seiner engeren Familie für 4 Monate. ...

Artikel 7 1. Das konfiszierte Vermögen geht mit seinen Aktiva und Passiva in Staatseigentum über. ...

Artikel 13 ... 3. Erfolgt eine Verurteilung, so geht das Vermögen auf die in diesem Gesetz vorgesehene Weise in Staatseigentum über. ...

Artikel 16 Die Konfiskation führt dasjenige Kreis-Volksgericht durch, in dessen Bezirk sich das Vermögen befindet, das zu konfiszieren ist. ...

Artikel 20 1. Der Beauftragte des Gerichts legt an Ort und Stelle ein genaues Verzeichnis aller Gegenstände mit ihrer näheren Bezeichnung an ...

2. Bei der Registrierung des Vermögens erfolgt auch eine Schätzung nach dem Wert zum Zeitpunkt der Registrierung. ...

Artikel 31 Jede böswillige Handlung mit dem Ziel der Vereitelung der Konfiskation, ... insbesondere jede absichtliche Beschädigung, Verbergung oder Minderung des Wertes des Vermögens sowie böswillige Veräußerung oder Belastung wird als Verbrechen gegen die nationalen Interessen angesehen und mit Zwangsarbeit bis zu 6 Jahren und mit Verlust der bürgerlichen Ehre bestraft. ...<<

10.06.1945

SBZ: Durch SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 erfolgt die Zulassung von Parteien und Gewerkschaften (x111/33): >>1. Auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland wird die Bildung und Betätigung aller antifaschistischen Parteien gestattet, die sich die endgültige Ausrottung der Überreste der faschistischen Elemente, die Festigung der demokratischen Grundlagen und die Entwicklung der Initiative der breiten Bevölkerung zum Ziele setzen.

2. Der werktätigen Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland wird das Recht zur Bildung von Gewerkschaftsorganisationen gegeben.<<

Die kommunistische Partei (KPD) schaltet danach bis April 1946 jegliche Opposition konsequent aus.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Parteien" in der SBZ (x009/319): >>Die Zulassung von Parteien und Gewerkschaften erfolgte durch den

SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10.6.1945. ...
Am 19./20.4.1946 Zwangszusammenschluß der SPD und KPD zur SED. ...
Insbesondere im Zeitraum von 1948/1949 bis 1952 gelang es der SED mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht und einzelner Funktionäre in den anderen Parteien, alle Ausführungsorgane ihrer eigenen Politik zu degradieren. Die Aufstellung eigener Wahllisten wurde unterbunden.
Das formale Mehrparteiensystem der SBZ stellt sich in Wirklichkeit dar als Einparteienherrschaft der SED. Nach außen haben die übrigen Parteien die Funktion, die demokratische Fassade des SBZ-Staates zu bilden; nach innen ist ihnen hauptsächlich die Aufgabe zugewiesen, den Mittelstand und die christliche Bevölkerung für den Aufbau des Sozialismus zu gewinnen.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Antifaschistisch-demokratische Ordnung" in der SBZ (x009/23): >>Im Parteijargon Bezeichnung für den politischen Zustand in der SBZ bis zur Verkündung des Aufbaus des Sozialismus.
Nach dem offiziösen (halbamtlichen) Lexikon der SBZ: "Durch die demokratischen Kräfte ... mit Hilfe der Besatzungsmacht" auf den Grundlagen der interalliierten Vereinbarungen entwickelte Staatsordnung, in der die Reste des Faschismus und Militarismus liquidiert, Monopole und Großgrundbesitz enteignet wurden" ("Lexikon von A-Z", Bd. I, S. 76).
Tatsächlich wurde die antifaschistisch-demokratische Ordnung bewußt als Instrument zur Vorbereitung der Bolschewisierung gehandhabt. Die bolschewistischen Vorstellungen hinsichtlich der Wiedervereinigung Deutschlands sehen mit der Forderung der Einführung der "demokratischen Errungenschaften" in der Bundesrepublik grundsätzlich vor, daß auch hier die antifaschistisch-demokratische Ordnung errichtet werden soll.<<
WBZ: Feldmarschall Bernhard L. Montgomery (1887-1976, Befehlshaber der britischen Besatzungstruppen und Mitglied des Alliierten Kontrollrats) läßt am 10. Juni 1945 folgende Mitteilung in der britischen Besatzungszone veröffentlichen (x105/287-288): >>Ihr habt Euch oft gewundert, warum unsere Soldaten Euch gar nicht beachten, wenn Ihr ihnen zuwinkt oder auf der Straße guten Morgen wünscht und warum sie nicht mit Euren Kindern spielen.
Unsere Soldaten handeln gemäß ihren Befehlen. Ihr habt dieses Verhalten nicht gerne. Auch unsere Soldaten nicht, da wir von Natur aus ein freundliches und entgegenkommendes Volk sind. Aber der Befehl war notwendig, und ich will Euch erklären, warum.
Im Weltkrieg 1914, der durch Eure Führer begonnen wurde, wurden Eure Armeen im Felde geschlagen. Eure Generale ergaben sich, und Eure Führer gestanden im Vertrag von Versailles zu, daß Deutschland für den Krieg verantwortlich war.
Die Kapitulation fand jedoch in Frankreich statt. Es kam zu keinen Kampfhandlungen auf deutschem Boden. Dies veranlaßte Eure Führer, das Märchen zu verbreiten, daß Eure Wehrmacht niemals geschlagen wurde; in der Folge lehnten Eure Führer auch den Paragraphen über die Kriegsschuld des Vertrages von Versailles ab. Sie versicherten Euch, daß Deutschland weder für den Krieg verantwortlich war noch besiegt wurde. Dies glaubten viele von Euch, weil Ihr niemals Kriegshandlungen in Eurem Lande erlebt hattet.
Als Eure Führer abermals diesen Krieg mutwillig auslösten, habt Ihr ihnen Beifall gezollt. Abermals wurden Eure Armeen nach Jahren von Zerstörung und Elend geschlagen. Dieses Mal sind die Alliierten entschlossen, daß Ihr Eure Lektion lernen sollt, und zwar nicht nur, daß Ihr geschlagen wurdet, was Ihr jetzt wohl wissen müßt, sondern auch, daß Ihr als Nation schuld am Beginn des Krieges wart. Denn wenn dies Euch und Euren Kindern nicht klargemacht wird, mögt Ihr Euch noch einmal durch Eure Beherrscher dazu verleiten lassen, einen neuen Krieg zu führen.
Unsere Soldaten haben schreckliche Dinge in vielen Ländern gesehen, wo Eure Beherrscher Krieg führten. Ihr denkt, daß nicht Ihr, sondern Eure Führer für diese Dinge verantwortlich

sind. Aber diese Führer sind aus dem deutschen Volk gewachsen. Die Nation ist verantwortlich für ihre Führer. Solange sie erfolgreich waren, habt ihr frohlockt, gefeiert und gelacht.
Das ist der Grund, weshalb unsere Soldaten sich Euch gegenüber nicht freundlich verhalten. Wir haben dies befohlen, um Euch, Eure Kinder und die ganze Welt vor einem neuen Krieg zu bewahren. Dies wird nicht stets so bleiben, denn wir sind ein christliches Volk, das gerne vergibt. Wir schätzen es, zu lachen und freundlich zu sein. Aber es ist unser Ziel, das Übel des nationalsozialistischen Systems zu zerstören. Es ist noch zu früh, um gewiß zu sein, daß wir dieses Ziel erreicht haben. Ihr sollt dieses Euren Kindern vorlesen, wenn sie alt genug sind, und dazu sehen, daß sie es verstehen.<<
Die deutsche Journalistin Martha Maria Gehrke (1904-1986) schreibt am 10. Juni 1945 über die Wanderschaft der deutschen Bevölkerung (x111/33-34): >>... Ich mußte eine Beschäftigung haben. Allmählich begaben sich unsere Evakuierten auf die Rückwanderung in die zerbombten Heimatstädte. Ich tat mich mit einer Bekannten und ihren drei Kindern zusammen, wir bekamen einen Passierschein, drängten uns in einen Lastwagen, der uns bis Immenstadt mitnahm.
Dort fanden wir einen Zug. Die Franzosen hatten in ihrer Zone als erstes die Eisenbahn wieder in Betrieb gesetzt. Freilich dauerte das Vergnügen nur bis Lindau. Von dort brauchte man einen neuen Passierschein. Und den gab es erst am nächsten Morgen. ...
Ich trampte los, fand das Schlößchen und traf dort auch die Freundin, die mit Mann und drei Kindern von Riga bis an den Bodensee geflüchtet war. Das Ehepaar, völlig abgemagert, zog gerade los, um bei einem Bauern, der zwei Fußstunden entfernt wohnte, etwas Milch zu erbetteln ... Sogar ein Bett ... In der Erinnerung scheint mir das am wichtigsten gewesen zu sein. Ein Bett zu finden war in jenen Zeiten ein Glücksfall.
Am nächsten Tag dann anstehen um den Passierschein für das nächste Stück Weiterfahrt. Wir fanden einen Lastwagen, der uns mitnahm. Am Abend suchten wir irgendwo in einer Halle mit ausgeschlagenen Fenstern einen Schlafplatz. In der Nacht bin ich weinend vor Kälte aufgewacht. Die 13jährige Tochter von Frau R. kroch zu mir und versuchte mich zu wärmen.
Eine Reise in vielen Etappen, so wie alle Reisen in diesem Land zu jener Zeit.<<

11.06.1945

Berlin: Walter Ulbricht tritt in Ost-Berlin mit einem völlig neuen Parteiprogramm vor die Öffentlichkeit und gründet am 11. Juni 1945 die KPD.
Der Gründungsaufruf wird von 16 KPD-Funktionären unterzeichnet, die sich mehrheitlich in den Jahren 1933 bis 1945 in der Sowjetunion aufhielten (x111/35): >>Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Anton Ackermann, Gustav Sobottka, Ottomar Geschke, Johannes R. Becher, Edwin Hörnle, Hans Jendretzky, Michel Niederkirchner, Hermann Matern, Irene Gärtner, Bernhard Koenen, Martha Arendsee, Otto Winzer und Hans Mahle.<<
Walter Ulbricht erklärt am 11. Juni 1945 vor den KPD-Delegierten (x111/34-35): >>... Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen. ...
Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrüstung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.<<
Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014), der damals ein Mitglied der "Gruppe Ulbricht" ist, berichtet später über die Neugründung der KPD in Berlin (x111/35): >>Ein

Genosse aus dem roten Wedding fragt: "Genosse Ulbricht, so richtig und notwendig dieses Programm ist ... so ist doch eines unklar: Worin unterscheidet es sich von dem Programm irgendeiner beliebigen demokratischen Partei?"
Ulbricht erwidert darauf (nun selber augenzwinkernd): "Das wirst Du schon bald merken, Genosse! Wart nur mal ein bißchen ab." ...<<
WBZ: General Eisenhower meldet am 11. Juni 1945, daß die nordamerikanischen Streitkräfte insgesamt 5.224.310 Kriegsgefangene eingebracht haben (x131/219).
CSR: Ein ehemaliger tschechischer Funktionär der Aussiger Verwaltungskommission berichtet über die Austreibungsaktion im Bezirk Aussig/Sudetenland vom 11. Juni 1945 (x005/284): >>Lidice war ein Fanal zur Aufrüttlung der ganzen zivilisierten Welt gegen die grausamste Tyrannei und die Entartung eines totalitären Regimes. Die Wahrheit und die Menschlichkeit standen damals in der Welt auf unserer Seite. Wir hatten das Recht und die Pflicht, uns nach der Beendigung des Krieges mit den Verbrechern gegen die Menschlichkeit auseinanderzusetzen.
Allerdings wurde diese Auseinandersetzung in den Grenzgebieten durch eine noch größere Unmenschlichkeit überschattet als die, die die nazistischen Verbrecher in sich trugen. So z.B. wurden die ersten Evakuierungen, eigentlich Auspeitschungen am 11. Juni 1945 durchgeführt. Die Ortsnationalausschüsse waren verpflichtet, die Personen deutscher Nationalität, die Angehörigen der Nazipartei zum Abschub auszuschreiben. Man arbeitete an den Verzeichnissen bis in die Nacht. In den frühen Morgenstunden kamen in die betreffenden Gemeinden Militärabteilungen, zusammengesetzt aus den Revolutionsgarden und sogenannten Partisanen.
Auf die Aufforderung der Mitglieder der Ortsnationalausschüsse, die Deutschen nach den angefertigten Verzeichnissen zu evakuieren, bekamen sie von den vielfach betrunkenen "Offizieren" die Antwort: "Das stecken Sie sich in den ..."
Die Aktion begann. Man ging in die Wohnungen, und in einer halben Stunde mußte jede Familie auf dem Versammlungsplatz der Gemeinde sein. Schmuckstücke wurden abgenommen, und zur Sicherheit wurden Mädchen auch die Geschlechtsorgane durchsucht, ob sie dort nicht weitere Wertstücke verbergen. Danach steckte man die "Transporte" in Straßenbahnwagen nach Tellnitz, und von dort mußten sie über das Erzgebirge zu Fuß nach Deutschland. Auch 78- bis 81jährigen blieb dieser Kalvarienweg nicht erspart. ...<<
Großbritannien: Die Londoner Zeitung "Daily Mirror" berichtet am 11. Juni 1945 (x044/-219): >>... Wenn man aus Deutschland kommt, so verblüfft einen als erstes, daß die Leute Geld als Bezahlung erwarten, kabelt David Walker aus Paris: Es kommt ein wenig wie ein Schock.
Die derzeitige Grundwährung in Deutschland – oder, auf jeden Fall die vertrauenswürdigste – ist eine gewöhnliche Zigarette. Für ein paar Zigaretten kann man einen ausführlichen Rundgang durch Buchenwald unternehmen; für sechs bekam ich einen sorgfältigen Haarschnitt von einem uniformierten deutschen Polizisten.
Ein Päckchen Zigaretten hat die Kaufkraft von mindestens einem Pfund Sterling. Kaffee, Tee, Kaugummi oder Seife sind Ersatzwährungen, die alle auf dem offenen Markt gelten. Ich habe gesehen, wie eine Flasche Brandy für 40 englische Zigaretten den Besitzer wechselte.
Wer in England Freunde oder Verwandte hat, die dazu verdammt sind, eine Weile auf deutschem Territorium zu bleiben, möge dies im Auge behalten.<<
USA: US-Botschafter William A. Harriman (1891-19869 berichtet am 11. Juni 1945 über das Schicksal der heimgekehrten sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter (x133/449-450): >>... Obwohl keine Beweise vorliegen, die die Berichte über die strenge Behandlung der aus den alliierten Gebieten repatriierten Sowjetbürger bestätigen, wäre es jedoch unklug, die Prämissen dieser Berichte in Frage zu stellen.
Die sowjetische Regierung und die Militärs haben aus ihrer Verachtung für die in Kriegsge-

fangenschaft geratenen sowjetischen Truppen nie ein Hehl gemacht. Die Sowjetregierung hat die Genfer Konvention nicht unterzeichnet und während des ganzen Krieges alle Annäherungen der Feindmächte zurückgewiesen, eine Vereinbarung über die Behandlung der Kriegsgefangenen zu erreichen, die auch eine Verbesserung der Lebensbedingungen der sowjetischen Gefangenen in Deutschland bedeutet hätte.
Obwohl die Repatriierung bereits seit Monaten stattfindet, ist der Botschaft nur ein einziger Fall eines Gefangenen bekannt, der zu seiner Familie nach Moskau heimgekehrt ist und seiner Vorkriegsbeschäftigung wieder nachgeht. Dieser Mann litt unter Tuberkulose und wurde nach viermonatiger Haft in einem Lager bei Moskau entlassen.
Es ist bekannt, daß die Repatriierten an den Ankunftshäfen von Polizeiwachen in Empfang genommen werden. Ganze Eisenbahntransporte mit Rückkehrern kommen durch Moskau und fahren weiter nach Osten. Während sie auf Moskauer Güterbahnhöfen halten, wird den Passagieren keinerlei Verbindung mit der Außenwelt erlaubt. Obgleich es nur wenige Informationen hierüber gibt, wird jedoch angenommen, daß die Repatriierten zunächst einer intensiven polizeilichen Überprüfung unterzogen werden. ...
Es ist durchaus möglich, daß Leute, die der vorsätzlichen Desertion oder staatsfeindlicher Akte angeklagt sind, erschossen werden, während einige, die sich im Krieg gut geführt haben und entweder als Verwundete oder unter ähnlichen Umständen in Gefangenschaft gerieten und sich geweigert haben, für die Deutschen zu arbeiten, nach Hause entlassen werden. Es ist jedoch zu vermuten, daß die Mehrzahl der Repatriierten in Zwangsarbeiter-Bataillone kommt und unter polizeilicher Aufsicht zu Umbauprojekten im Ural, Innerasien, Sibirien und im hohen Norden herangezogen wird.<<
Mehrere Naturwissenschaftler schreiben am 11. Juni 1945 an den US-Kriegsminister, um den Einsatz von Atombomben zu verhindern (x191/109): >>Wir meinen, daß die Überlegungen nicht dafür sprechen, nukleare Bomben in einem baldigen, unvorhergesehenen Angriff gegen Japan einzusetzen. Wenn die Vereinigten Staaten das erste Land wären, welches die neuen Mittel zur rücksichtslosen Zerstörung der Menschheit anwendete, würden sie auf die Unterstützung aller Welt verzichten, den Aufrüstungswettlauf beschleunigen und die Chancen für ein zukünftiges internationales Abkommen zur Kontrolle derartiger Waffen zunichte machen. ...<<

12.06.1945

UdSSR: Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldet am 12. Juni 1945 (x043/32): >>Radio Moskau gab Kenntnis von einer Botschaft, die Marschall Stalin anläßlich des 3. Jahrestages des sowjetisch-amerikanischen Paktes an Präsident Truman gesandt hat. In der Botschaft heißt es: Dieses Abkommen, auf dessen Grundlage die Vereinigten Staaten der Sowjetunion während des Krieges in Europa Leih- und Pachtrüstungen, strategisches Material und Lebensmittel geliefert haben, war von großer Bedeutung und trug in beträchtlichem Ausmaß zur erfolgreichen Beendigung des Krieges gegen Hitler-Deutschland bei.<<

Großbritannien: US-General Eisenhower erklärt während der Verleihung der Londoner Ehrenbürgerrechte am 12. Juni 1945 (x114/1.43): >>... Viele Wochen eingehender Studien in dem verfallenen Deutschen Reich haben in mir die Überzeugung reifen lassen, daß Deutschland nie wieder zu einem Zustand zurückkehren wird, den die Deutschen selbst als "normal" empfinden. Die Deutschen verstehen unter dem Begriff "normal" die Vorstellung, daß Deutschland imstande ist, mit jeder anderen hochzivilisierten und stark industrialisierten Nation der Welt konkurrieren zu können.
Dieses Ziel wird Deutschland, obgleich es heute Millionen Reichsangehörigen vorschwebt, nie wieder erreichen, das heißt, wenn die Anregungen befolgt werden, die von mir und meinem Stab ausgehen. Rußland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten sind zweifellos entschlossen, es Deutschland für alle Zeiten unmöglich zu machen, wieder einen Krieg zu führen,

und damit ergeben sich zwangsläufig Vorsichtsmaßregeln, die Deutschland aus der Reihe der großen Industriestaaten ausschalten.<<
Die "Yorkshire Post" berichtet am 12. Juni 1945 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x111/35): >>... Zehntausende strömen in hilflosen Gruppen durch die Berge zurück in das zerfallene Reich. Sie ziehen zu Fuß oder auf Ochsenkarren, in die sie ihr spärliches Hab und Gut und ihre zerlumpten Kinder hineingepfercht haben. Sie werden vom Hunger gepeinigt und von der Furcht gejagt und sind ohne Hoffnung.
Zuerst mußten die Sudetendeutschen gehen, die offen ihre Sympathie für Hitler bekundet hatten, dann folgten auch die, die 20 und 30 Jahre lang im Land einen festen Wohnsitz gehabt hatten, und schließlich selbst die zweite Generation.<<

14.06.1945

Berlin: Die "Tägliche Rundschau" veröffentlicht am 14. Juni 945 zehn wesentliche Forderungen der Kommunistischen Partei Deutschlands (x111/36): >>1. Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitler-Regimes und der Hitler- Partei.
2. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit.
3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes.
4. Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- bzw. Länderverwaltungen und der entsprechenden Landtage.
5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung.
6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher, Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinzialen Selbstverwaltungsorgane.
7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltung zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern.
8. Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen, sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.
9. Friedliches und gut nachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern.
10. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitler-Aggression den anderen Völkern zugefügten Schäden. Gerechte Verteilung der sich daraus ergebenden Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach dem Grundsatz, daß die Reicheren auch eine größere Last tragen. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien dienen kann.<<

WBZ: Das SHAEF-Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte in Europa wird am 14. Juni 1945 aufgelöst. General Eisenhower (US-Militärgouverneur in Deutschland) bleibt Oberbefehlshaber der nordamerikanischen Streitkräfte in Europa.
Die US-Militärregierung erleichtert am 14. Juni 1945 die bisherigen Reiseverkehrsbeschränkungen der bayerischen Bevölkerung (im Kreis des Wohnortes entfallen z.B. Passierscheine).
Die britischen Soldaten erhalten am 14. Juni 1945 die Erlaubnis, mit deutschen Kindern zu sprechen und zu spielen (x111/36).
Der deutsche Schriftsteller Erich Kästner (1899-1974) notiert damals in seinem Tagebuch (x111/37): >>Der Frieden macht die ersten Gehversuche. Er lernt laufen. Wie ein kleines Kind. Wir dürfen an den Gehversuchen teilnehmen. Vor ein paar Tagen wurde die Spazierzone erweitert. ...<<

CSR: Die tschechoslowakische Regierung fordert von Polen am 14. Juni 1945 die Abtretung

der Gebiete um Glatz, Ratibor und das Hultschiner Ländchen (x111/36).
Tschechische Militärkommandanten ordnen am 14. Juni 1945 "wilde Ausweisungen" von Sudetendeutschen an.
Am 14. Juni 1945 wird z.B. folgender Ausweisungsbefehl für Böhmisch Leipa/Sudetenland erteilt (x004/325-327): >>Befehl des Militärortskommandanten.
Die Einwohner deutscher Volkszugehörigkeit, ... ohne Unterschied des Alters und des Geschlechtes, verlassen am 15. Juni 1945, um 5 Uhr früh, ihre Wohnungen und marschieren ... auf den Sammelplatz beim Bräuhaus in Ceske Lipe. ...
Die Anordnung betrifft nicht die nachstehend angeführten Personen und die Familien derselben:
1. Ärzte, Tierärzte, Apotheker, Pflegepersonal und Feuerwehr. ...
5. Angestellte der Eisenbahn, der Post sowie der Verkehrsunternehmen. ...
Jeder Einzelperson, auf die sich die Ausweisung bezieht, ist es gestattet mitzunehmen:
a) Lebensmittel auf 7 Tage und
b) die allernotwendigsten Sachen für ihren persönlichen Bedarf in einer Menge, die sie selbst tragen kann; ...
Wertsachen: Gold, Silber und alle aus diesen Metallen hergestellten Gegenstände (Ringe, Broschen usw.), ... Einlagebücher, Versicherungen, Bargeld, mit Ausnahme von 100 RM pro Kopf sowie Photoapparate sind in ein Säckchen einzulegen oder in verschnürte Papierpäckchen einzupacken. ... Diese Wertsachen ... werden an der Versammlungsstelle abgegeben.
Ich mache darauf aufmerksam, daß jede Einzelperson einer strengen Leibesvisite unterzogen wird. Auch der Inhalt der Gepäckstücke wird genau überprüft werden. Es ist daher jede Verheimlichung der angeführten Gegenstände ... zwecklos und wird bestraft werden.
Haustiere bleiben an Ort und Stelle, das Verzeichnis der Tiere ist unter Angabe der Hausnummer und der Straße gleichzeitig mit den Schlüsseln an der Versammlungsstelle abzugeben.
Unbewegliches Eigentum und Einrichtung, wie ... Maschinen und Geräte, ist an Ort und Stelle zu belassen, jede absichtliche Beschädigung dieses Eigentums oder Einrichtung wird streng bestraft werden. Desgleichen wird die Übergabe ... an andere Personen, zwecks Aufbewahrung, bestraft werden. ... Beim Abgang sind alle Haus- und Wohnzimmereingänge ... zu verschließen. ... Vor dem Verlassen ... der Gebäude muß jede Eingangstür verschlossen und mit einem Streifen Papier so verklebt werden, daß dieser beide Türflügel verbindet und das Schlüsselloch überdeckt. ...
Nach Übernahme der Schlüssel werden alle Gebäude sofort von Militär- und Gendarmerieorganen durchsucht werden. Personen, welche unberechtigt und absichtlich die Gebäude nicht verlassen haben, haben eine strenge Strafe zu erwarten. ...<<

15.06.1945

Berlin: In Berlin erfolgt am 15. Juni 1945 die Neugründung der SPD.
Otto Grotewohl (1894-1964, 1925-1933 Mitglied des Reichstages, 1945 Vorsitzender der SPD in der SBZ) fordert im Gründungsaufruf vom 15. Juni 1945 (x111/37): >>... Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft. Wir sind bereit und entschlossen, hierbei mit allen gleichgesinnten Menschen und Parteien zusammenzuarbeiten.
Wir begrüßen daher auf das wärmste den Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945, der zutreffend davon ausgeht, daß der Weg für den Neubau Deutschlands von den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen abhängig ist und daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage die Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes und einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten, Freiheiten und Pflichten für das Volk erfordern.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "SPD" in der

SBZ (x009/409): >>Abkürzung für Sozialdemokratische Partei Deutschlands, wurde nach dem Zusammenbruch 1945 in der SBZ und in Berlin durch den sowjetischen Befehl Nr. 2 über die Zulassung antifaschistisch-demokratischer Parteien wieder gegründet und trat mit dem Aufruf vom 15.6.1946 an die Öffentlichkeit.
In ihrem Programm entsprach die SPD der SBZ im wesentlichen der der Westzonen. Am 14.7.1945 bildete sie zusammen mit den anderen in der SBZ zugelassenen Parteien den Antifaschistischen Block. ... In der Wahl vom 20.10.1946 erhielt die SPD gegenüber der SED eine überwältigende Mehrheit.
In der SBZ ist die SPD nicht wieder zugelassen worden. Sozialdemokratismus gilt heute als eine schwere Form der Abweichungen.<<
Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 15. Juni 1945 in ihrem Tagebuch über deutsche Vertriebene auf der Autobahn Berlin-Frankfurt/Oder (x111/37): >>... Barmherziger Himmel. Sind wir in die Völkerwanderung geraten?
In endlosem Elendszug wälzt es sich vor uns von Osten nach Westen. Frauen und Männer, Alte und Junge wahllos durcheinandergewürfelt, wie das Schicksal sie zusammentrieb. Aus Posen die einen, die anderen aus Ostpreußen. Diese aus Schlesien, jene aus Pommern. Sie schleppen ihre Habe auf dem Rücken. Irgendwohin, wohin die Füße sie tragen.
Ein Kind wankt vorüber. Ein jämmerliches Bürschchen. "Tut mir so weh", schluchzt es in sich hinein. Kläglich balanciert es auf nackten Hacken und reckt seine blutenden Fußsohlen spitzwinkelig in die Luft. ...
Da stirbt doch jemand, denke ich und schaue bestürzt auf den wackeligen Leiterwagen, den ein Mann hinter sich herkarrt. ... Man hat zwei Kissen hineingestopft, ein Bündel Stroh und eine wattierte Decke.
Auf der Decke liegt eine Greisin. Weißhaarig, in dörflichem Sonntagsstaat. Die Hände über der Brust gefaltet, blickt sie feierlich hinauf in den Himmel. Um ihre Nase dämmern blaue Schatten. Der Wagen holpert. Kraftlos schlenkert ihr Kopf hin und her. Noch zehn, zwölf Atemzüge, dann wird der Mann eine Leiche ziehen. Er dreht sich nicht um. Schwerfällig trottet er seines Weges. Er merkt es wohl kaum, daß ein Mensch hinter ihm stirbt. ...
Was fragt die Weltpolitik danach, ob deutsche Flüchtlinge ohne Schuhe gehen, ohne Strümpfe, auf blutenden Füßen? Andere Dinge stehen auf dem Spiel. Größere ... entscheidendere. Und hat es uns denn etwas ausgemacht, als Hitler die Ukraine entvölkerte?<<
WBZ: Der bayerische Ministerpräsident Fritz Schäffer (1888-1967, CSU-Politiker) erklärt am 15. Juni 1945 während einer Rundfunkansprache (x073/219): >>Keine nationalsozialistische Lüge, kein Massenterror darf mehr sein; auch der Zwillingsbruder des Nationalsozialismus, der Militarismus und Kadavergehorsam, muß verschwinden. ...<<
CSR: Staatspräsident Benesch erklärt am 15. Juni 1945 in Pilsen (x004/114): >>... Die Regierung ist sich der Bedeutung des Verrats der Deutschen und Ungarn im Jahre 1938 wohl bewußt, und sie hat deshalb mit Recht den Beschluß gefaßt, die Republik von diesen verräterischen Elementen zu säubern. ...
Es ist uns bekannt, daß die Deutschen viele Gebiete unseres Landes aus eigenem Antrieb und im Bewußtsein ihrer Schuld verlassen haben, aber in einer Reihe von Fällen hat man auch unsererseits nicht korrekt gehandelt. Ich habe deshalb angeordnet, daß diese Mißstände abgestellt werden. ...
Ich kann euch zusichern, daß dieses große (sudetendeutsche) Problem eine befriedigende Erledigung finden wird.<<
Ausweisungsbefehl vom 15. Juni 1945 für die Einwohner von Ebersdorf/Sudetenland (x004/-325): >>... Es wird Ihnen aufgetragen, sich mit der ganzen Familie bis zum 18.6.1945, 10 Uhr, zwecks Abreise aus dem Gebiete der CSR vorzubereiten.

Jede Person kann höchstens 30 kg Gepäck mitnehmen. Die Aufforderung zum Abgang wird noch am morgigen Tage erfolgen, vor der Aufforderung dürfen Sie die Wohnung nicht verlassen.
Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß jedwede Beschädigung, Vernichtung u.ä. des Eigentums und der Einrichtung des Haushalts sogar mit dem Tode bestraft wird.
Diese Auswanderung erfolgt in voller Übereinstimmung mit dem Kommando der Russischen Armee. Die bestimmten Personen sammeln sich ... vor dem Gasthaus K. um 11 Uhr. ...<<

16.06.1945

Berlin: Die alliierten Militärbehörden veröffentlichen am 16. Juni 1945 eine Vielzahl von Bestimmungen (x111/38): >>Die Flaggen der Alliierten sind von deutschen Männern mit Abnehmen der Kopfbedeckung zu grüßen.
Englisch ist Amtssprache. Sämtliche amtlichen Bekanntmachungen und alle Dokumente der alliierten Behörden müssen auf Englisch abgefaßt sein, bei der Übersetzung ins Deutsche hat der englische Text Gesetzeskraft; alle an die Militärregierung gerichteten Briefe und Schriftstücke müssen auf Englisch abgefaßt sein. ...<<
Generaloberst Nikolaj E. Bersarin (ein entschlußfreudiger sowjetischer Offizier, der die sowjetisch-deutsche Verständigung sucht und Verbesserungen der Lebensmittelversorgung fördert) "verunglückt" am 16. Juni 1945 während einer Inspektionsfahrt mit einem Motorrad tödlich. Die Umstände des tragischen Todes des ersten Berliner Stadtkommandanten, der von einem sowjetischen Militärlastkraftwagen überrollt wird, werden nie restlos aufgeklärt (x116/-63).
Die deutsche Schriftstellerin Karla Höcker (1901-1992) schreibt am 16. Juni 1945 in ihrem Tagebuch (x111/38): >>Erste Radfahrt mit Gerry nach Potsdam. Unvorstellbar! Von der Langen Brücke standen nichts als Trümmer. Stadtschloß, Kolonnaden, ganze Straßenzüge vernichtet. Kirchenschiff und Marmorkuppe der Garnisonskirche zerstört, der Turm ohne Spitze. Erst vom Nauener Tor an wird es besser, und auf der Fahrt nach Wildpark kommt man durch fast heile Straßen. In Sanssouci soll nichts passiert sein. ...
Später wieder die wilde Kulisse neben der Straße: Wald mit zerschossenen Baumkronen, gestrandete Tanks, hier und da tote Soldaten.<<
WBZ: Die US-Militärregierung entläßt am 16. Juni 1945 alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Verwaltung, die vor dem 30. Januar 1933 der NSDAP beigetreten sind (x111/38).
In der "Münchener Zeitung" schreibt der Historiker Friedrich Meinecke (1862-1954) am 16. Juni 1945 über das NS-Regime (x111/38): >>Es war doch ein in der Geschichte niemals vorher so ingeniös (erfinderisch) geübter und unentrinnbarer Terror, der uns überwältigte. ...<<
Schweden: Die schwedische Regierung erklärt sich am 16. Juni 1945 bereit, alle deutschen und baltischen Kriegsgefangenen an die UdSSR auszuliefern.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später (x130/194): >>Sehr bald wurde erschreckend klar, daß der Auslieferungsbeschluß der (schwedischen) Regierung in eklatantem Widerspruch zu den laut verkündeten Grundsätzen von Humanität und Neutralität stehe, ganz zu schweigen von der Tatsache, hierbei von völkerrechtlichen Normen abgewichen zu sein.
Die am 31. Juli 1945 angetretene rein sozialdemokratische Regierung (Schwedens), die behauptete, betreffend der Auslieferung nur einen Beschluß der von ihr abgelösten Koalitionsregierung zu erfüllen, war angelegentlich darum bemüht, mit der Sowjetunion einen Handelsvertrag abzuschließen. Das ganz öffentlich ventilierte Gerücht, die Regierung hätte deswegen an der Auslieferung festgehalten, um Rußland in jeder Weise günstig zu stimmen, dürfte vieles für sich haben.
Zwei Umstände sind da beachtenswert: daß erstens Schweden mehr Soldaten auslieferte, als

Rußland für billig erachtete, und daß zweitens Rußland in keiner Weise übermäßig an der Übernahme der Soldaten interessiert war. ...<<

UdSSR: Stalin telegrafiert am 16. Juni 1945 an US-Präsident Truman und fordert, die US-Truppen ab 1. Juli 1945 aus den westlichen Gebieten der sowjetischen Besatzungszone (Mitteldeutschland) abzuziehen (x116/58).

USA: Das Statut der Vereinten Nationen wird am 16. Juni 1945 veröffentlicht (x058/377-378): >>Kapitel I: Ziele und Grundsätze.

Artikel 1: Die Ziele der Vereinten Nationen sind:

1. Internationalen Frieden und internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und zu diesem Zwecke: wirksame gemeinsame Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung von Bedrohungen des Friedens und zur Unterdrückung von Angriffshandlungen oder anderen Friedensbrüchen zu treffen und auf friedlichem Wege und gemäß den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts für die Schlichtung oder Entscheidung zwischenstaatlicher Streitfragen oder Regelung möglicherweise zu einem Friedensbruch führender Situationen zu sorgen;
2. freundschaftliches, auf Achtung für den Grundsatz gleicher Rechte und der Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen Nationen herbeizuführen und zu pflegen und andere geeignete Maßnahmen zur Stärkung allgemeinen Friedens zu treffen;
3. Zusammenarbeit der Nationen zu erzielen in der Lösung internationaler, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Probleme und bei der Förderung und Unterstützung des Respekts für die Grund- und Freiheitsrechte des Menschen für alle, ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion; und
4. ein Mittelpunkt zu sein, von dem aus die Handlungen der Nationen zur Erreichung dieser gemeinsamen Ziele in Einklang gebracht werden.

Artikel 2: Die Organisation und ihre Mitglieder sollen entsprechend den in Artikel 1 festgestellten Zielen in ihren Handlungen folgende Grundsätze beobachten:

1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz gleicher Souveränität aller ihrer Mitglieder.
2. Um die aus der Mitgliedschaft sich ergebenen Rechte und Rechtsvorteile für alle Mitglieder zu sichern, sollen alle Mitglieder die von ihnen gemäß dem gegenwärtigen Pakt übernommenen Verpflichtungen in Treu und Glauben erfüllen.
3. Alle Mitglieder sollen ihre zwischenstaatlichen Streitigkeiten auf friedlichem Wege auf eine solche Weise schlichten, daß internationaler Friede und internationale Sicherheit und Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.
4. Alle Mitglieder sollen in ihren zwischenstaatlichen Beziehungen Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die Unversehrtheit des Gebietes oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates oder sonst irgendeine andere mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Handlungsweise unterlassen. ...

Artikel 4:

1. Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen steht allen anderen friedliebenden Staaten offen, welche die in dem gegenwärtigen Pakte enthaltenen Verpflichtungen übernehmen und nach Ansicht der Organisation fähig und willig sind, diese Verpflichtungen zu erfüllen. ...<<

17.06.1945

Berlin: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 17. Juni 1945 in ihrem Tagebuch über ihre Fahrt nach Berlin (x111/38): >>... Zerfetzte Wälder, besät mit Kriegsmaterial, Kolonnen verlassener Fahrzeuge, zu Wracks geschossene Panzer, Stahlhelme auf Soldatengräbern, tote Pferde und Gestank nach Verwesung – das ist der Kessel von Halbe. ... Ragt dort nicht ein Bein aus der Erde? Stumm streckt es sich gegen lichtgrünen Buchenwipfel. ...

Am Abend liegt der Kessel von Halbe hinter uns. Vor uns breiten sich Wiesen und Felder in unberührtem Frieden. Immer von neuem erstaunt uns dieses Wunder. Daß der Krieg so spora-

disch ist; daß er schont und vernichtet in übergangslosem Gegensatz. Chaos setzt er neben Idylle, Idylle neben Chaos.<<

WBZ: In Köln wird am 17. Juni 1945 die rheinische CDU (CDVP) gegründet.

Großbritannien: Die britische Regierung fordert die Tschechen am 17. Juni 1945 auf, alle Austreibungsaktionen zu beenden und erklärt (x004/113): >>1. ... (daß Großbritannien) nicht seine Zustimmung zu einer Massendeportation der deutschen Minderheit gebe.

2. Auf alle Fälle der Ansicht sei, daß die Regelung dieser Frage nicht die Tschechoslowakei allein betreffe, sondern auch in den Wirkungsbereich der Kontrollmächte falle.<<

18.06.1945

CSR: In der Stadt Prerau (ein Bahnknotenpunkt in Mähren) werden 247 Karpatendeutsche, die in ihre Heimat zurückkehren wollen, von Revolutionsgardisten aus einem Zug geholt und erschossen (x004/173).

USA: Das State Department legt US-Präsident Truman am 18. Juni 1945 ein Memorandum über die "Umsiedlung" der Sudetendeutschen vor (x028/111): >>... Eines der schwierigsten Probleme wird aus der bereits ausgesprochenen Absicht der tschechischen Regierung entstehen, Deutsche in großer Anzahl zu vertreiben.

In diesem Punkt können die Interessen der Tschechoslowakei und die der Besatzungsmächte aufeinanderstoßen. Die Tschechen sind daran interessiert, die Vertreibung möglichst zu beschleunigen, das entspräche dem Volksempfinden den Deutschen gegenüber und würde die Besatzungsmächte vor vollendete Tatsachen stellen. Andererseits könnte es das Interesse der Besatzungsmächte fordern, solche Umsiedlungen in großem Maßstab zu vermeiden oder hinauszuschieben, um nicht mit dieser zusätzlichen Verantwortung belastet zu werden.<<

19.06.1945

Berlin: Die von der SPD unterbreiteten Vorschläge für eine gemeinsame Zusammenarbeit mit der KPD werden von den Vertretern des Zentralkomitees der KPD am 19. Juni 1945 abgelehnt.

Walter Ulbricht (KPD) erklärt am 19. Juni 1945 (x111/39): >>Die Zeit für eine organisatorische Vereinigung ist noch nicht gekommen. Eine verfrühte Vereinigung trägt den Keim neuer Zersplitterung in sich und diskreditiert dadurch den Gedanken der Einheit. ...<<

CSR: Der Präsident der Republik erläßt am 19. Juni 1945 ein Dekret über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte (x004/211-223): >>Nach unnachsichtiger Gerechtigkeit rufen die unerhörten Verbrechen, welche die Nazisten und ihre verräterischen Mitschuldigen der Tschechoslowakei gegenüber begangen haben.

Die Verknechtung des Vaterlandes, das Morden, die Versklavung, die Plünderungen und die Demütigungen, deren Opfer das tschechoslowakische Volk war, und alle diese qualifizierten deutschen Bestialitäten, bei denen leider auch untreu gewordene tschechoslowakische Bürger mitgeholfen oder mitgewirkt haben, wobei einige von ihnen auch hohe Ämter, Mandate oder Ränge mißbrauchten, müssen unverzüglich die verdiente Strafe erhalten, damit das nazistische und faschistische Übel von den Wurzeln her zerstört wird. Deshalb bestimme ich auf Vorschlag der Regierung folgendes: ...

Verbrechen gegen den Staat.

§ 1 ... Anschläge gegen die Republik (§ 1), (werden) mit dem Tode bestraft; ...

§ 3 (1) Wer in der Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik (§ 18) die faschistische Bewegung oder nazistische Bewegung propagiert oder unterstützt hat, ... wird, wenn er keine strenger zu bestrafende Handlung begangen hat, wegen Verbrechens mit schwerem Kerker von 5 bis 20 Jahren bestraft, hat er jedoch ein solches Verbrechen in der Absicht begangen, das nationale oder staatliche Bewußtsein des tschechoslowakischen Volkes, insbesondere der tschechoslowakischen Jugend zu zerstören, so wird er mit schwerem Kerker von 10 bis 20 Jahren

und bei Vorliegen besonders erschwerender Umstände mit schwerem Kerker von 20 Jahren bis lebenslänglich oder mit dem Tode bestraft. ...
Verbrechen gegen Personen.
§ 5 (1) Wer in der Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik (§ 18) im Dienste oder im Interesse Deutschlands oder seiner Verbündeten ... folgende Verbrechen begangen hat:
a) Nach dem Strafgesetzbuch vom 27. Mai 1852, ... das Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit durch Menschenraub, der öffentlichen Gewalttätigkeit durch Behandlung eines Menschen als Sklaven, des Mordes, des Totschlages und der schweren körperlichen Beschädigung ... und des Kindesraubes, wird mit dem Tode bestraft. ...
§ 6 (1) Wer in dem gleichen Zeitraum der erhöhten Bedrohung der Republik (§ 18) zugunsten der Kriegsanstrengungen Deutschlands oder seiner Verbündeten Zwangs- und Pflichtarbeit angeordnet sowie derjenige, welcher beim Erlassen und bei der Durchführung einer solchen Anordnung mitgewirkt hat, wird, wenn er kein strenger zu bestrafendes Verbrechen begangen hat, wegen Verbrechens mit schwerem Kerker von 5 bis 10 Jahren bestraft. ...
Verbrechen wieder das Vermögen.
§ 8 (1) Wer in der Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik (§ 18) im Dienste oder im Interesse Deutschlands oder seiner Verbündeten ... folgende Verbrechen begangen hat:
a) Nach dem Strafgesetzbuch vom 27. Mai 1852, ... das Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit durch boshafte Beschädigung fremden Eigentums, ... Verbrechen der Brandstiftung, des Raubes, ... wird mit dem Tode bestraft. ...
Denunziantentum.
§ 11 Wer in der Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik im Dienste oder im Interesse des Feindes ... einen anderen wegen irgendeiner wirklichen oder erfundenen Tat angezeigt hat, wird wegen Verbrechens mit schwerem Kerker von 5 bis 10 Jahren bestraft. ... Hatte die Anzeige zur mittelbaren oder unmittelbaren Folge den Verlust der Freiheit einer größeren Zahl von Menschen oder eine schwere Gesundheitsschädigung, so wird als Strafe lebenslänglicher Kerker, hatte sie den Tod irgend jemandes zur Folge, die Todesstrafe verhängt. ...
§ 14 Verurteilt das Gericht wegen eines in diesem Dekret genannten Verbrechens und nimmt es nicht von einer Bestrafung Abstand, so spricht es zugleich aus:
a) daß der Verurteilte für eine bestimmte Zeit oder für immer die bürgerlichen Ehrenrechte verliert;
b) daß der Verurteilte einen Teil der Freiheitsstrafe oder die ganze Strafe in besonderen Zwangsarbeitsabteilungen verbüßt, die durch ein besonderes Gesetz errichtet werden;
c) daß sein gesamtes Vermögen oder ein Teil seines Vermögens zugunsten des Staates verfällt. ...
§ 16 (1) Eine Freiheitsstrafe darf nicht unter die Grenze des Strafmaßes herabgesetzt, und ihre Art darf nicht in eine mildere umgewandelt werden. ...
§ 17 Die nach diesem Dekret strafbaren Verbrechen und die Vollstreckung der Strafe verjähren nicht. ...
§ 20 ... 1. Bei Verbrechen gegen den Staat wird die Begünstigung in gleicher Weise wie das Verbrechen bestraft;
2. Bei diesen Verbrechen ist auch die Begünstigung durch Verbergen nahestehender Personen ebenso wie das Verbrechen strafbar und wird mit schwerem Kerker von einem Jahr bis zu 10 Jahren, wenn dieses Dekret jedoch das Verbrechen selbst mit der Todesstrafe belegt, mit schwerem Kerker von 5 bis 20 Jahren bestraft. ...
Die außerordentlichen Volksgerichte.
§ 21 Den außerordentlichen Volksgerichten steht die Gerichtsbarkeit über alle Verbrechen zu, die nach diesem Dekret strafbar sind ...
§ 22 (1) Das außerordentliche Volksgericht ... (besteht) aus einem Vorsitzenden, der Berufs-

richter sein muß und 4 Laienrichtern. ...
§ 23 Bei der Abstimmung geben zuerst die Laienrichter die Stimme ab, und zwar die älteren vor den jüngeren. ...
§ 27 Das Verfahren vor dem außerordentlichen Volksgericht ist mündlich und öffentlich. ...
§ 31 (1) Gegen ein Urteil der außerordentlichen Volksgerichte gibt es keine Rechtsmittel. Ein von wem auch immer eingereichtes Gnadengesuch hat keine aufschiebende Wirkung.
(2) Die Todesstrafe wird in der Regel innerhalb von 2 Stunden nach der Verkündung vollstreckt. Auf ausdrückliches Ansuchen des Verurteilten kann die Frist um eine weitere Stunde verlängert werden. ...
Das außerordentliche Volksgericht kann auch entscheiden, daß die Todesstrafe öffentlich vollzogen wird. Dies geschieht insbesondere dann, wenn die grausame Art, in der das Verbrechen begangen wurde, oder der ruchlose Charakter des Täters, die Zahl seiner Verbrechen oder seine Stellung für eine öffentliche Vollstreckung des Urteils sprechen. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die willkürlichen Strafverfahren und die Lebensverhältnisse der Deutschen in der Tschechoslowakei (x004/73-83): >>... Schon im Kaschauer Programm war die Bestrafung von Personen, die sich entweder eines Kriegsverbrechens schuldig gemacht oder sich gegen den tschechoslowakischen Staat und das tschechoslowakische Volk vergangen hatten, als notwendige Maßnahme angekündigt worden.
Diese Forderung wurde dann durch eine Reihe von Dekreten des Präsidenten der Republik vom Mai bis Oktober 1945 erfüllt. ... Hierher ist vor allem das Dekret vom 19. Juni 1945 über "die Bestrafung nazistischer Verbrecher, Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte" zu rechnen. ...
... Analog der gleichzeitigen Regelungen in anderen Ländern hat der tschechische Staat die Verfolgung individueller Verbrechen und Vergehen mit kollektiven Strafmaßnahmen vermischt, die um so schwerer zu rechtfertigen waren, als sie von der Hypothese einer ungebrochenen staatlichen Autorität und Kontinuität ausgingen, die auch nach internationalem Recht nicht angenommen werden konnte.
Den Weg, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verfolgen, weil sie unabhängig von staatlichen Rechtssetzungen Verurteilung verlangen konnten, ist die tschechische Regierung nicht gegangen. Sie stellte vielmehr im Sinne einer nationalistischen Politik Verbrechen gegen den tschechischen Staat unter Strafe, womit sie nichts anderes erstrebte als die juristische Begründung für kollektive Maßnahmen gegen die Sudetendeutschen. ...
Für alle hier als verbrecherisch bezeichneten Handlungen oder deren Begünstigung wurden Freiheitsstrafen von 5 bis 10 Jahren, bei erschwerenden Umständen bis zu lebenslänglichem schweren Kerker bzw. die Todesstrafe festgesetzt. ...
Wo lagen hier die genau fixierbaren Grenzen für strafbare Handlungen und solche, die es nicht waren? ... Hier wie an anderen Stellen ließen die vagen Bestimmungen des Gesetzes weiten Raum für die verschiedensten Auslegungen.
Das zeigte sich schon bei den Verhaftungsaktionen gegen Sudetendeutsche, die gerade im Zeitpunkt der Veröffentlichung des Dekrets des Präsidenten ihren Höhepunkt erreichten und den im Dekret bezeichneten Personenkreis zu erfassen vorgaben.
Nicht nur Funktionäre der NSDAP und ihrer Organisationen und Angehörige des ehemaligen Sudetendeutschen Freikorps, gegen die man besonders scharf vorging, wurden von ihnen betroffen, sondern auch in örtlich verschiedenem Grade eine beträchtliche Anzahl politisch nicht belasteter Personen. Politische Beschuldigungen dienten vielfach als Vorwand für die Entfernung wohlhabender Deutscher und ihrer Familien aus ihrem Besitztum, um es ungestörter ausplündern oder tschechischen Interessenten übergeben zu können. ...
Die ... eines Verbrechens beschuldigten oder nur verdächtigen Personen wurden in die Gefän-

gnisse und, als diese überfüllt waren, in die zahlreich errichteten Lager eingewiesen, wo viele von ihnen unmenschlichen Behandlungs- und Verhörmethoden, Epidemien und Mangelkrankheiten zum Opfer fielen.
Es kommt des weiteren hinzu, daß die unterschiedliche Praxis der mit dem Dekret vom 19. Juni 1945 eingerichteten außerordentlichen Volksgerichte, die sofort ihre Tätigkeit aufnahmen, bei den Sudetendeutschen den Eindruck verstärkte, auch in der Rechtsprechung reiner Willkür ausgeliefert zu sein.
Gegen die Urteile der Volksgerichte, die bei jedem Kreisgericht errichtet wurden, gab es keine Berufung; sie entschieden unmittelbar über Leben und Tod. Unter den 5 Richtern eines Senats war nur ein Berufsrichter. "Dem Beschuldigten werden", wie es in einem Bericht über die Volksgerichtsverfahren heißt, "ex offo-Verteidiger" zugeteilt, die sich aber in der Regel bei der herrschenden Stimmung in keiner Weise exponieren.
Die Verfahren werden rechtlich und prozessual ganz verschieden durchgeführt, meist herrscht ein Massenbetrieb, der die Führung von Zeugen noch mehr erschwert, als es die damals gegebenen Verhältnisse begründen. Sprachliche Schwierigkeiten, Unkenntnis des Dekrets; Voreingenommenheit der Richter und Staatsanwälte verursachen eine Unmenge von Unrecht und unnötiger Härte."
Die eines Verbrechens im Sinne des Dekretes vom 19. Juni (1945) Beschuldigten warteten oft monatelang unter härtesten Haftbedingungen auf ihr Verfahren. Oft erfuhren sie überhaupt nicht, wessen man sie beschuldigte. Manche der Verhafteten wurden nach vielen Monaten mit der Erklärung entlassen, es läge nichts gegen sie vor. Viele Prozesse wurden im Schnellverfahren durchgeführt und dauerten oft nur 15 Minuten wobei meist langjährige Freiheitsstrafen verhängt wurden.
Die auf solche Weise Abgeurteilten hatten einen Teil oder die ganze Strafe in Zwangsarbeits-Sonderabteilungen zu verbüßen, die vorwiegend zur Beseitigung von Kriegsmaterial und Trümmern, beim Bau von öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen im Bergbau und in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt wurden. Solche Abteilungen bildete man auch aus den noch nicht verurteilten Häftlingen in den Gefängnissen und Strafanstalten.
Gegen Ende der organisierten Ausweisungsaktion wurde ein großer Teil der bis zu 5 Jahren Freiheitsstrafe Verurteilten und Untersuchungshäftlinge, die keine höhere Strafe zu erwarten hatten, in die Ausweisungstransporte eingewiesen.
Justizminister Drtina, der im Juni/Juli 1947 im Parlament wegen dieser Maßnahmen heftig angegriffen wurde, begründete sie mit dem Hinweis, daß man die Häftlinge deswegen ausgewiesen habe, um nicht für ihre Familien, die auf Grund der tschechoslowakischen Vereinbarungen nicht ohne ihren Ernährer ausgewiesen werden konnten, sorgen zu müssen. Die einzelnen Fälle seien im Justizministerium sorgfältig geprüft worden. Man wollte vor allem auch verhindern, daß die Häftlinge nach der Verbüßung ihrer Strafe in der CSR blieben und vielleicht nicht mehr abgeschoben werden konnten. ...
Gewiß mußten alle diejenigen, die wirklicher Verbrechen überführt waren, bestraft werden, aber die politischen und rechtlichen Hypothesen auf denen das Retributionsdekret beruhte, ebenso wie die Verfahrenspraxis schufen statt Recht in vielen Fällen neues Unrecht.
So gerieten auch eine Reihe der großen Prozesse gegen Repräsentanten des deutschen Regimes in das Zwielicht politischer Vergeltungsmaßnahmen. Das gilt z.B. für die Verhandlung, die vom 10. Dezember 1946 bis 15. Februar 1947 im Kriegsgericht Prag-Süd in Pankrac gegen 16 Abgeordnete und Senatoren der Sudetendeutschen Partei geführt wurde, den sog. "Abgeordnetenprozeß".
Das Retributionsdekret, das zur Bestrafung und Ausschaltung vorwiegend der Deutschen und ihrer tschechischen Kollaborateure erlassen worden war, wurde nach dem kommunistischen Umsturz erneuert und als Instrument der neuen Machthaber diesmal fast ausschließlich gegen

ihre tschechischen politischen Gegner angewandt. Wie eine Reihe weiterer gegen die Deutschen gerichteten Dekrete und Gesetze erwies es sich als Hilfsmittel der Kommunisten zur Verwirklichung ihrer politischen und sozialrevolutionären Ziele. ...
Bei 24 außerordentlichen Volksgerichtshöfen wurden insgesamt 132.549 Verfahren eingeleitet, von denen 130.111 erledigt wurden. Von diesen wurden 38.316 Fälle behandelt und 4.592 ordentlichen Gerichten übergeben. 40.534 Fälle wurden nicht aufgenommen, die übrigen fielen unter das sog. kleine Retributionsdekret (... das Dekret betraf allein Tschechen und Slowaken und befaßte sich mit geringfügigeren Vergehen).
713 Personen, darunter 475 Deutsche und 234 Tschechen, wurden zum Tode, 741 Personen, darunter 443 Deutsche und 293 Tschechen, zu lebenslänglichen Freiheitsstrafen verurteilt. 19.888 Personen erhielten Freiheitsstrafen von insgesamt 206.334 Jahren. 745 Verurteilten wurden die Strafen erlassen, 9.132 Personen freigesprochen.
Von der Idee kollektiver Schuld und Verantwortung gingen auch eine Reihe weiterer gegen die Deutschen (und Madjaren) insgesamt gerichteter demütigender und diskriminierender Maßnahmen aus, die zum großen Teil der nationalsozialistischen Judenpolitik nachgeahmt waren und mit ihr gerechtfertigt wurden.
Dazu gehörte die befohlene Kennzeichnung der Deutschen durch besondere weiße oder gelbe Armbinden oder weiße Stofflecken mit einem aufgezeichneten N (Nemec = Deutscher), das Verbot der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Einrichtungen, die Behinderung der Bewegungsfreiheit durch Sperrstunden mit der Anordnung, den Wohnort über einen Umkreis von 7 km hinaus nicht zu verlassen, und weitere Beschränkungen der persönlichen Freiheit und Existenz.
Auch die Festsetzung der Verpflegungssätze nach den im Dritten Reich für Juden festgesetzten Rationen ist hier zu nennen, ebenso die Einschränkung der Einkaufszeiten für Deutsche auf so knapp bemessene Fristen, daß oft die zum Arbeitseinsatz herangezogenen Frauen sie gar nicht wahrnehmen konnten.
Eine weitere Maßnahme, die über das Dekret vom 19. Juni betroffenen Personenkreis weit hinausging, war die systematische Internierung der Deutschen. ...
In vielen Fällen bildete sie im innertschechischen Gebiet wie im Sudetenland den Auftakt zur Austreibung in die sowjetischen Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs oder zum Zwangsarbeitseinsatz im innertschechischen Gebiet.
So wurden auch durchweg die bald nach Kriegsende und später aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Sudetendeutschen, ohne Rücksicht darauf, daß sie von den alliierten Gewahrsamsmächten und auch von den Sowjets einzeln oder in geschlossenen Transporten in ihre Heimat entlassen worden waren, gleich nach der Ankunft in der CSR wieder gefangengesetzt und in die zahlreichen Lager geschafft, wo sie dann oft ein härteres Los zu erleiden hatten als das ihrer bisherigen Kriegsgefangenschaft. ...
In einigen dieser Lager, wie vor allem in Theresienstadt, wechselten nur die Opfer: Wo vorher jüdische Gefangene unter dem nationalsozialistischen Zwangssystem litten, wurden jetzt Deutsche gequält und mißhandelt.
"Bestimmt gab es unter ihnen welche", so lesen wir in dem erschütternden Bericht eines jüdischen Mitgefangenen (H. G. Adler) über das Lager Theresienstadt, "die sich während der Besatzungsjahre manches haben zuschulden kommen lassen, aber die Mehrzahl, darunter viele Kinder und Halbwüchsige, wurden bloß eingesperrt, weil sie Deutsche waren.
Nur weil sie Deutsche waren ...? Der Satz klingt erschreckend bekannt; man hatte bloß das Wort "Juden" mit "Deutsche" vertauscht. Die Fetzen, in die man die Deutschen hüllte, waren mit Hakenkreuzen beschmiert. Die Menschen wurden elend ernährt, mißhandelt, und es ist ihnen um nichts besser ergangen, als man es von deutschen Konzentrationslagern her gewohnt war. Der Unterschied bestand lediglich darin, daß der herzlosen Rache, die hier am Werke

war, das von der SS zugrunde gelegte "großzügige Vernichtungssystem" fehlte".
... Als einige der ärgsten Schinder wegen Unterschlagung und persönlicher Bereicherung verhaftet worden waren, besserten sich seit Ende des Jahres dann auch die Zustände in einzelnen Lagern.
Die Änderung der anfänglichen Bezeichnung Konzentrationslager in Internierungs-, Arbeits- und schließlich Sammellager scheint aus Rücksicht auf die Weltöffentlichkeit vorgenommen worden zu sein, da man mit dem Begriff des Konzentrationslagers zwangsläufig die Vorstellung von Massengrausamkeiten verband.
Die Änderung der Lagerbezeichnung bedeutete aber keineswegs eine gleichzeitige Änderung der geübten Praktiken, denn die Bewachungsmannschaften setzten sich hier wie in den Gefängnissen in der ersten Zeit nach der Wiedererrichtung des Staates aus Angehörigen der Revolutionsgarde und später der Straz (Sbor) Narodni Bezpecnosti (SNB, Wache der nationalen Sicherheit) zusammen.
Die SNB, die die Funktionen des Staatssicherheitsdienstes und zugleich der Gendarmerie und Polizei ausübte, war genauso gefürchtet wie die Revolutionsgarde. Bei ihrer überstürzten Aufstellung waren zweifelhafte Elemente in ihre Reihen eingeströmt. ...
Den tiefsten Eingriff in die Lebensverhältnisse von Millionen bildete die Gruppe von Dekreten, die die völlige und entschädigungslose Enteignung aller Personen deutscher (und madjarischer) Nationalität verfügten.
Schon das Dekret des Präsidenten vom 19. Mai 1945 "über die Ungültigkeit einiger vermögensrechtlicher Rechtsgeschäfte aus der Zeit der Unfreiheit ..." bestimmte, daß das Vermögen "staatlich unzuverlässiger Personen" unter nationale Verwaltung gestellt werden solle (§ 2), was faktisch die Enteignung fast aller Deutschen und Madjaren bedeutete. ...<<

20.06.1945

Ostdeutschland: In Königsberg führen die Sowjets am 20. Juni 1945 öffentliche Hinrichtungen durch (x111/39).

Berlin: Die Berliner "Tägliche Rundschau" veröffentlicht am 20. Juni 1945 Forderungen des "Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) für Groß-Berlin (x111/39): >>1. Entschlossener Kampf gegen die nazistische Ideologie und das Gift des deutschen Militarismus.
2. Einsatz aller Arbeitskräfte, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern und Berlin durch angestrengte Arbeit wieder aufzubauen.
3. Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Rahmen der Bestimmungen der Besatzungsbehörden durch Abschlüsse von Tarifverträgen und organisierten Arbeitsschutz des Arbeitseinsatzes.
4. Erziehung der Arbeiterschaft im Geiste des Antifaschismus, des demokratischen Fortschritts und zur Erkenntnis ihrer sozialen Lage. Pflege der Verbundenheit mit den Arbeitern der anderen Völker und Festigung der Freundschaft zu den anderen Völkern.<<

CSR: Nach langen Streitereien zwischen Polen und der CSR schaltet sich am 20. Juni 1945 die UdSSR ein. Polen muß die im Oktober 1938 besetzten Gebiete in Teschen räumen und an die CSR abtreten (x040/288).

21.06.1945

Ostdeutschland: Ein Befehlshaber der 5. polnischen Infanteriedivision ordnet am 21. Juni 1945 in den deutschen Ostgebieten Vertreibungsaktionen an (x024/127): >>Nun ist in der Geschichte Polens der historische Tag angebrochen, um den deutschen Unflat aus diesen ewig polnischen Gebieten hinauszuwerfen. ...<<

CSR: Der Präsident der Republik erläßt am 21. Juni 1945 ein Dekret über die Konfiskation und beschleunigte Aufteilung des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen, Madjaren wie auch der tschechischen und slowakischen Landesverräter (x004/225-227): >>Um dem Rufe der tschechischen und slowakischen Bauern und Landlosen nach einer konsequenten

Verwirklichung einer neuen Bodenreform entgegenzukommen und geleitet vor allem von dem Streben, ein für allemal den tschechischen und slowakischen Boden aus den Händen der fremden deutschen und madjarischen Gutsbesitzer wie auch aus den Händen der Verräter der Republik zu nehmen und ihn in die Hände der Landlosen zu geben, bestimme ich auf Vorschlag der Regierung:
§ 1 (1) Mit augenblicklicher Wirksamkeit und entschädigungslos wird für die Zwecke der Bodenreform das landwirtschaftliche Vermögen enteignet, das im Eigentum steht:
a) aller Personen deutscher und madjarischer Nationalität, ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit. ...
§ 4 Unter landwirtschaftlichem Vermögen (§ 1 Abs. 1) ist zu verstehen: der land- und forstwirtschaftlich genutzte Boden, ... wie auch das bewegliche Zubehör (lebendes und totes Inventar) ...
§ 6 Auf Grund von § 1 konfisziertes landwirtschaftliches Vermögen wird bis zur Übergabe an die Zuteilungsempfänger vom Nationalen Bodenfond beim Landwirtschaftsministerium verwaltet ...<<

22.06.1945

Ostdeutschland: In einem polnischen Militärbefehl vom 22. Juni 1945 heißt es (x024/127): >>Die Aussiedlung der Deutschen, die östlich der Oder wohnen, muß entschieden durchgeführt werden. Man muß daran denken, daß hier eine Aufgabe von großer Bedeutung vor uns liegt. ...<<

Berlin: Am 4. Jahrestag des deutschen Überfalls enthüllen die Sowjets am 22. Juni 1945 in Frohnau ein Ehrenmal für Gefallene der Roten Armee.

WBZ: 80 deutsche Ingenieure und Techniker der Zeiss-Werke werden am 22. Juni 1945 nach Nordamerika deportiert (x111/40).

Konrad Adenauer kritisiert am 22. Juni 1945 die unmenschlichen Zustände in den nordamerikanischen Kriegsgefangenenlagern am Rhein (x131/217-218): >>Einige deutsche Kriegsgefangene werden in Lagern unter Bedingungen gehalten, die allen humanitären Prinzipien und eindeutig den Bestimmungen der Haager und Genfer Konvention widersprechen.
Den ganzen Rhein entlang, von Remagen-Sinzig bis nach Ludwigshafen, wurden die deutschen Kriegsgefangenen eingepfercht, hatten wochenlang keinerlei Schutz vor der Witterung, kein Trinkwasser, keine medizinische Versorgung und nur ein paar Scheiben Brot zu essen. Sie konnten sich nicht einmal auf den Erdboden legen. Vielen Hunderttausenden ging es so. ... Diese Menschen starben zu Tausenden. Sie standen Tag und Nacht bis zu den Knöcheln im nassen Schlamm!
Die Zustände sind in den letzten Wochen besser geworden. Natürlich ist die enorme Zahl der Gefangennahmen einer der Gründe für diese Zustände, aber es ist bemerkenswert, daß es meines Wissens doch viele Wochen dauerte, bis zumindest die schlimmsten Zustände etwas besser wurden. Der Eindruck, den die Veröffentlichung der Tatsachen über die Konzentrationslager auf die Deutschen gemacht hatte, wurde durch diese Tatsache gewaltig geschwächt.
Natürlich gab es keine tatsächlichen Grausamkeiten in den Kriegsgefangenenlagern, aber die Leute sagen "Jeder, der die Kriegsgefangenen so behandelt, ist nicht besser als die Nazis".
Ich weiß, daß die russischen Gefangenen im Winter 1941/42 sehr schlecht von den Deutschen behandelt wurden, und wir sollten uns dieser Tatsache schämen, aber ich denke, daß sie nicht in gleicher Weise verfahren sollten. Deutsche Gefangene aßen in den Lagern auch Gras und pflückten die Blätter von den Bäumen, weil sie Hunger hatten, genauso, wie es leider die Russen taten. ...
Bitte erlauben Sie mir, offen zu sagen, in dringender Angelegenheit, ... die Alliierten haben dieselben Methoden wie leider auch die Deutschen benutzt. Es ist wahr, daß sie beim Gebrauch dieser Methoden nicht genauso weit gegangen sind, aber die Methoden sind diesel-

ben.<<

CSR: Bekanntmachung des Finanzministeriums vom 22. Juni 1945 über die Sicherstellung des deutschen Vermögens (x004/231-233): >>... § 1 Auszahlungen oder Überweisungen aller Art aus Einlagen oder Konten, welche bei den Geldinstituten für Deutsche, für deutsche Unternehmungen und deutsche Institutionen gleich welcher Art geführt werden, sind verboten. ...
§ 3 Jegliche Übertragung inländischer Einlagen (Spar-) Bücher und Einlagescheine, welche Deutschen gehören, auf andere Personen, ist verboten. ...
§ 4 Entnahmen aus Schließfächern und Depositen, wie auch die Entnahme von Kautionen, welche Deutschen gehören, sind verboten. ...
§ 5 Sämtliche Zahlungen zugunsten von Deutschen dürfen nur auf ein Sperrkonto des Empfängers bei irgendeiner Geldanstalt erfolgen, welche dazu vom Finanzministerium ermächtigt wird. ...
§ 8 Die Deutschen sind verpflichtet, spätestens innerhalb von 15 Tagen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung in ein auf ihren Namen lautendes Sperrdepot bei irgendeinem hierzu vom Finanzministerium ermächtigten Geldinstitut zu hinterlegen:
a) in- und ausländische Aktien, Kuxe und andere Wertpapiere,
b) Edelmetalle und aus ihnen verfertigte Gegenstände,
c) Edelsteine und Perlen,
d) Wert- und Kunstgegenstände, wie auch Sammlungen solcher Gegenstände,
e) Briefmarkensammlungen und -sätze. ...
§ 10 (1) Die zur Verwahrung verpflichteten Personen übergeben der Geldanstalt, bei der das Depot errichtet wird, ein Verzeichnis der hinterlegten Gegenstände in dreifacher Ausfertigung. ...
§ 12 (1) Als Deutsche gelten Personen, die sich bei irgendeiner Volkszählung seit dem Jahr 1929 zur deutschen Nationalität bekannt haben oder Mitglieder nationaler Gruppen oder Formationen oder politischer Parteien geworden sind, in denen sich Personen deutscher Nationalität zusammengeschlossen haben.
(2) Was für die Deutschen gilt, gilt auch für das Reich, für die öffentlich-rechtlichen Verbände des Reiches und für andere Organisationen des Reiches. ...<<

Großbritannien: Der britische Außenminister warnt am 22. Juni 1945 vor überhasteten Umsiedlungen der Deutschen (x150/10): >>... Nach unserer Meinung müssen wir den Tschechen klarmachen, daß es Sache des Alliierten Kontrollrats in Deutschland sein wird, nachdem die prinzipiellen Hauptfragen von den Regierungen geklärt sind, darüber zu entscheiden, wann und in welchen Etappen deutsche Minderheiten von außerhalb der Grenzen Deutschlands in dieses Land hereingenommen werden können. ...
Es scheint uns, daß ein umfassender Meinungsaustausch mit den Amerikanern über die gesamte Frage der Umsiedlung von ethnischen Minderheitengruppen in Europa wünschenswert ist.<<

USA: Das US-Kriegsministerium berichtet am 22. Juni 1945, daß man rund 11.094.000 Soldaten und sonstige Angehörige der deutschen Wehrmacht in den Kriegsgefangenenlagern der Siegermächte interniert hat (x106/440).

23.06.1945

WBZ: Der österreichische Schriftsteller Isaac Deutscher (1907-1967) schreibt am 23. Juni 1945 über seine persönlichen Eindrücke in Bayern (x111/21): >>Wenn die Straßen Bayerns von dem sprechen könnten, was sie in den letzten Monaten und Wochen gesehen haben, dann würden sie eine Geschichte erzählen, die ebenso umfassend, einfach und bewegend wäre wie die Tolstois "Krieg und Frieden", furchtbarer als Dantes Inferno oder die Erscheinungen Edgar Allen Poes und gelegentlich so tragikomisch wie Haseks "Der brave Soldat Schwejk". ...<<

Jugoslawien: Tito fordert am 23. Juni 1945 nochmals Gebiete in Istrien und Kärnten (x040/-

289).

25.06.1945

Berlin: Der spätere SED-Mitbegründer Walter Ulbricht (1893-1973) erklärt am 25. Juni 1945 während der 1. Funktionärskonferenz der KPD (x243/202): >>... Unsere Partei ist die Partei des Friedens, denn sie hat ... für die Freundschaft mit dem großen Sowjetvolk (gekämpft), dem wir zu tiefem Dank verpflichtet sind. Unsere Partei ist die Partei des Volkes, denn sie ist die einzige Partei, die von einer fortschrittlichen wissenschaftlichen Theorie geleitet ist.

Auf Grund der Theorie des Marxismus-Leninismus war unsere Partei imstande, den Lauf der Ereignisse vorauszusehen, unser Volk rechtzeitig zum Kampf gegen die nazistische Kriegspolitik wachzurufen, und sie ist imstande, den Weg der künftigen Entwicklung zu erkennen.<<

26.06.1945

Berlin: In Berlin erfolgt am 26. Juni 1945 die Gründung der Ost-CDU.

Während der Gründungsversammlung der Christlich-Demokratischen Union (CDU) in Berlin erklären Sprecher der Partei am 26. Juni 1945 (x111/40): >>... Das unermeßliche Elend in unserem Volke zwingt uns, den Aufbau unseres Wirtschaftslebens, die Sicherung von Arbeit und Nahrung, Kleidung und Wohnung ohne jede Rücksicht auf persönliche Interessen und wirtschaftliche Theorien in straffer Planung durchzuführen. Das Notprogramm für Brot, Obdach und Arbeit geht allem voran.

Dabei ist es unerläßlich, schon um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballung zu sichern, daß die Bodenschätze in Staatsbesitz übergehen. Der Bergbau und andere Schlüsselunternehmen unseres Wirtschaftslebens müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden. Wir bejahen das Privateigentum, das die Entfaltung der Persönlichkeit sichert, aber an die Verantwortung für die Allgemeinheit gebunden bleibt. ...

Eine umfassende ländliche und gärtnerische Siedlung muß unter weitgehender Heranziehung des Großgrundbesitzes einer möglichst großen Zahl von Deutschen Zugang zu eigener Scholle und zu selbständiger Arbeit eröffnen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "CDU" in der SBZ (x009/86): >>Abkürzung für Christlich-Demokratische Union.

Auf dem Gründungsaufruf vom 26.6.1945 erfolgte am 10.7.1945 die Genehmigung der SMAD. Zunächst war die Partei unter Leitung von Dr. Hermes und Dr. Schreiber und nach deren erzwungenen Rücktritt infolge eines Konfliktes mit der SMAD in der Bodenreform- und Schulfrage unter Leitung von Jakob Kaiser, mit Erfolg darauf bedacht, ein Gegengewicht gegen die SED darzustellen.

Nachdem Kaiser auf Grund seines Protestes gegen die Volkskongreß-Politik durch Eingriff der SMAD sein Amt nicht mehr ausüben durfte, geriet die CDU unter Otto Nuschke entgegen den Willen der Mitglieder in völlige Abhängigkeit von der SED. Dementsprechend wandte sich das ideologische Konzept zum "christlichen Realismus".

Danach sind - nach Definition des Generalsekretärs Götting auf der Meißener Arbeitstagung im Oktober 1951 - "echte Christen Friedensfreunde", woraus sich ergebe, daß sie im "Friedenslager" der Sowjetunion stehen müßten, wie auch Christus im Lager des Fortschritts gestanden habe. Der 6. Parteitag im Oktober 1952 nahm die vollständige Unterwerfung unter die SED an. Nach der neuen Satzung werden ein "Politischer Ausschuß" und ein "Hauptvorstand" entsprechend dem Politbüro und dem ZK der SED als oberste Organe gebildet. "Wir sind eine einschränkungslos sozialistische Partei" (Nuschke auf dem 6. Parteitag).

Die CDU setzte sich im Frühjahr 1960 nachdrücklich für die überstürzte Zwangskollektivierung auf dem Lande ein und verpflichtete ihre Mitglieder zur "aktiven Mitarbeit" bei der Liquidierung des privaten Bauerntums. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Opposition" in

der SBZ (x009/316): >>Eine legale Opposition, die als Kontrollinstanz für die Regierungsgewalt ein Kernstück der westlichen Demokratie bildet, existiert in der SBZ wie auch in allen anderen kommunistischen Staaten nicht, obwohl die Verfassung der DDR ... verschiedenartige politische Parteien und Organisationen zuläßt.
Doch widerspricht das Vorhandensein einer legalen parlamentarischen Opposition dem Anspruch der bolschewistischen Partei auf alleinige Führung. Alle anderen Parteien wurden gezwungen, sich dem Führungsanspruch der SED zu unterwerfen (Diktatur des Proletariats) und unterstützen heute nicht nur die Regierungsbeschlüsse, sondern auch die Beschlüsse des ZK der SED.
Die 1961 neu gefaßte Ordnung der örtlichen Staatsorgane verpflichtet demgemäß ausdrücklich nicht nur die Staatsfunktionäre aller Ebenen, sondern auch sämtliche Volksvertretungen auf den Willen der SED. Bei Wahlen werden die Kandidaten aller Parteien in einer Einheitsliste der Nationalen Front aufgeführt, über die nur geschlossen abgestimmt werden darf. Aus dieser erzwungenen Einheit leitet das Regime das Recht ab, jede Opposition in der Bevölkerung gegen das System oder gegen Maßnahmen der Partei und Regierung für illegal und dem Willen der "Mehrheit des Volkes" zuwiderlaufend zu erklären und zu verfolgen. ...
Einer seit 1946 schwelenden innerparteilichen Opposition versuchte die SED-Führung durch wiederholte Säuberungen in der Mitgliedschaft und unter den Funktionären Herr zu werden.<<

Polen: Die polnische Regierung (Minister Ochab) erklärt am 26. Juni 1945, daß sich östlich der Oder-Neiße-Linie nur noch rund 2,5 Millionen Deutsche aufhalten, die ausgewiesen werden sollen (x111/40).

USA: In San Francisco unterzeichnen 50 Nationen am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen. Die Unterschrift der provisorischen polnischen Regierung wird von den Westmächten zunächst nicht anerkannt und muß am 15.10.1945 nachvollzogen werden (x040/289).



Abb. 70 (x297/203): Sonderbriefmarke mit dem Gebäude der UNO.

Die UN-Satzung beginnt mit folgenden Worten (x069/202): >>Wir, die Völker der Vereinten

Nationen, sind entschlossen, die nachfolgenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, der zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Elend über die Menschen gebracht hat, und den Glauben an die fundamentalen Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die gleichen Rechte von Männern und Frauen und der großen wie der kleinen Völker erneut zu bekräftigen und Verhältnisse herzustellen, unter denen Gerechtigkeit und Achtung vor den Verpflichtungen aufrechterhalten werden können, die sich aus den Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts ergeben.<<
Bei dieser Konferenz wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden (x024/344).
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die Vereinten Nationen (x051/599-600): >>Vereinte Nationen, englisch United Nations (UN) oder United Nations Organization (UNO), Organisation fast aller Staaten der Erde mit Sitz in New York, gegründet am 26.6.45 durch die Unterzeichnung der - am 24.10.45 in Kraft getretenen - "Charta der Vereinten Nationen" durch 50 Staaten (alle Gegner des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg) zum Abschluß einer Konferenz in San Francisco (25.4.-26.6.).
Initiator der Gründung der Vereinten Nationen war US-Präsident Roosevelt; ihm wird auch die Prägung des Begriffs "Vereinte Nationen" zugeschrieben, der erstmals als Bezeichnung für die Gegner der Achsenmächte in der im Anschluß an die Atlantik-Charta abgegebenen "Erklärung der Vereinten Nationen" vom 1.1.42 auftauchte.
Die Charta nennt als Zweck der Vereinten Nationen die Sicherung des Friedens und der internationalen Sicherheit, die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern, ihre Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Probleme sowie die Förderung der Achtung der Menschenrechte. Grundsätze der Vereinten Nationen sind:
Gleichberechtigung aller Mitgliedsstaaten; ihre Verpflichtung, Streitigkeiten friedlich beizulegen, sich gegeneinander jeder Gewaltanwendung und -drohung zu enthalten und die Maßnahmen der Vereinten Nationen zu unterstützen; die Nichteinmischung der Vereinten Nationen in die inneren Angelegenheiten eines Staates; das Recht aller Staaten, die die Charta der Vereinten Nationen anerkennen, auf Aufnahme in die Organisation.
Die ursprünglich antideutsche Absicht der Vereinten Nationen, ausgedrückt in den sogenannten Feindstaatenklauseln, ist spätestens seit Aufnahme der Bundesrepublik und der DDR 1972 überwunden.<<

27.06.1945

CSR: Das Arbeitsamt Mährisch Schönberg im Sudetenland ordnet am 27. Juni 1945 die Arbeitsdienstpflicht für Deutsche an (x004/322-323): >>Kundmachung über die Arbeitsdienstpflicht im Kreis Mährisch Schönberg.
A. Totale Arbeitspflicht für Personen deutscher Nationalität. Unter diese Arbeitspflicht fallen:
1. Sämtliche Personen deutscher Nationalität ohne Unterschied des Geschlechtes, die das 10. Lebensjahr vollendet und das 60. Lebensjahr nicht überschritten haben und sich derzeit in ihren Wohnungen oder in Arbeitslagern befinden.
Die Arbeitspflicht bezieht sich nicht: ...
5. Auf alle, die sich im Internierungslager oder in Untersuchungshaft befinden. ...
C. Personen deutscher Nationalität sollen nach Möglichkeit verwendet werden:
1. Zu manuellen Arbeiten gleich welcher Art.
2. Facharbeiter und Handwerker zu Arbeiten, die in ihr Fach fallen ...
D. Arbeitszeit:
1. Die Arbeitszeit dauert für die ganztägig Verpflichteten 12 Stunden täglich ...

2. Die Arbeitszeit kann durch den Arbeitgeber oder die Kommandanten der einzelnen Arbeitsgruppen im Einvernehmen mit dem Arbeitsamt ... bis zu 15 Stunden verlängert werden.
E. Strafbestimmungen:
1. Nachlässige Ausführung der Arbeit wird bestraft: durch Entzug der Lebensmittelkarten, in schwereren Fällen durch schweren Kerker.
2. Sabotage an den Arbeitsstätten, Verlassen des Arbeitsplatzes und Widerstand gegen die Bewachung wird mit den höchsten Strafen geahndet, in schweren Fällen mit der Todesstrafe. ...<<

28.06.1945

WBZ: Im Hirtenbrief der bayerischen Bischofskonferenz vom 28. Juni 1945, der im Juni 1946 verlesen werden soll, heißt es (x111/41): >>... Es ist unser heißester Wunsch, daß uns Gott einen wahren, gerechten, glücklichen und dauernden Frieden schenken möge und daß der furchtbare Krieg nicht mit einem zerbrechlichen Frieden abschließe. ...
Der Geist und die Werte der Caritas sollen die Wunden heilen, welche Haß und Neid geschlagen haben; dann dürfen wir hoffen, daß neues Leben entsteht aus den Trümmern und Ruinen, daß wir mit Gottes Hilfe ein neues sittliches, glückliches Deutschland aufbauen können.<<

Polen: In Warschau wird am 28. Juni 1945 die kommunistische Regierung der Nationalen Einheit gebildet.
Die Anerkennung der alleinigen polnischen Regierung durch die UdSSR und Frankreich erfolgt am 29.06.1945. Die USA und Großbritannien erkennen diese Regierung erst am 5. Juli 1945 an (x040/289).

UdSSR: Marschall Stalin ernennt sich am 28. Juni 1945 selbst zum Generalissimus.

29.06.1945

Berlin: Die 3 Siegermächte (USA, Großbritannien und UdSSR) beschließen am 29. Juni 1945 den Rückzug aller Truppen der westlichen Alliierten aus Mitteldeutschland (x040/289). Im Gegenzug erhalten die Nordamerikaner und Briten freien Zugang nach Berlin (mündliche Zusage) und marschieren vom 1. bis 4. Juli 1945 in die sog. "Berliner-Westsektoren" ein.
Im Verlauf der Konferenz vom 29. Juni 1945 geben die Vertreter des Alliierten Oberkommandos folgende Stellungnahmen über die Verkehrswege nach Berlin ab (x058/396-397): >>... Der britische Vertreter: Eine lebhafte Auseinandersetzung gab es über die Verkehrswege von der englischen und amerikanischen Zone zu den entsprechenden Sektoren in Berlin. Von anglo-amerikanischer Seite wurde die absolute Notwendigkeit eines freien, ungehinderten Zugangs unterstrichen; daraufhin erklärten sich die Russen bereit, eine Straße und eine Eisenbahnlinie zuzuteilen, auf denen Engländer und Amerikaner das uneingeschränkte Verkehrsrecht haben sollten; die Verantwortung für die Instandhaltung und Kontrolle behielten dagegen die Russen. ...
Der sowjetische Vertreter: Es wird notwendig sein, daß die Fahrzeuge die russischen Verkehrszeichen beachten, den Anordnungen der Militärpolizei Folge leisten und sich einer Ausweiskontrolle unterziehen, jedoch keiner Prüfung der Ladung. ... Die Sowjets interessieren sich nicht dafür, was oder welche Menschen transportiert werden oder wie viele Lastkraftwagen unterwegs sind. ...
Der amerikanische Vertreter: Es ist aufschlußreich festzustellen, daß in allen diesen Dokumenten die gemeinsame Besetzung Berlins stand, daß aber in keinem der Zugang garantiert oder besondere Rechte zum Verkehr auf den Straßen, Schienen oder dem Luftweg festgelegt wurden. ...
Wir hatten unsere Absicht dargetan, in Berlin unter Benutzung von 3 Eisenbahnlinien, 2 Landstraßen und dem erforderlichen Luftraum einzuziehen. Schukow wollte nicht anerkennen, daß diese Routen notwendig seien. Er wies darauf hin, daß die Demobilisierung der sowjetischen Streitkräfte die verfügbaren Verkehrswege beanspruche. Ich entgegnete, daß wir ja

nicht die ausschließliche Benutzung dieser Strecken verlangten, sondern nur den Mitgebrauch ... General Weeks unterstützte mich kräftig. ... Wir hatten selbst schon gemerkt, daß das Transportproblem ein Engpaß bei der Truppenverlagerung war. Darum waren Weeks und ich damit einverstanden, vorläufig eine Fernverkehrsstraße, eine Eisenbahnstrecke und 2 Luftkorridore angewiesen zu bekommen; wir behielten uns vor, die Frage im Alliierten Kontrollrat wieder aufzurollen.
Da von diesem Treffen kein Protokoll aufgenommen wurde, diktierte ich abends meine Notizen. Darin stand: "Es wurde vereinbart, daß aller Verkehr – Luft, Straße, Schiene ... frei sein soll von Grenzkontrollen oder der Kontrolle durch Zollbeamte oder militärische Behörden."<<

UdSSR: Nach schwierigen sowjetisch-tschechoslowakischen Verhandlungen übernimmt die Sowjetunion am 29. Juni 1945 die Karpato-Ukraine.

30.06.1945

SBZ: Vor der Räumung bzw. Übergabe Mitteldeutschlands beschlagnahmen die Nordamerikaner am 30. Juni 1945 u.a. alle Konstruktionspläne der "Junkers-Flugzeugwerke" (Gernrode/Harz) und transportieren das Fachpersonal in den Westen (x111/42).

Berlin: Ende Juni 1945 sind bereits 127 Berliner Kinos geöffnet, die täglich von rd. 100.000 Zuschauern besucht werden (x116/62).

USA: Der Londoner "Exchange Telegraph" berichtet am 30. Juni 1945 über die Auslieferung von russischen Kriegsgefangenen (x043/76): >>... Unter den Russen, die als Angehörige des Nazi-Heeres gefangengenommen wurden und jetzt in Fort Dix in New Jersey untergebracht sind, von wo sie (in die Sowjetunion) repatriiert werden sollen, kam es zu einem Aufruhr. 3 der Soldaten verübten Selbstmord, 154 verbarrikadierten sich und protestierten gegen ihre Heimsendung.
Die Wachmannschaften feuerten Tränengasbomben ab, worauf die Russen mit Messern und Stuhlbeinen herauskamen. Erst nachdem die Wachmannschaften das Feuer eröffneten, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.<<

Juni 1945

Ostdeutschland: Tausende von Ostdeutschen, die etwa 100-200 km von der Oder und Neiße entfernt leben, werden Ende Juni 1945 ohne vorherige Ankündigung durch polnische Miliz in "wilden Ausweisungen" nach Westen getrieben (x039/228).

Der Woiwode (Chef der polnischen Verwaltung) in Schlesien ordnet im Juni 1945 die Entdeutschung der "wiedergewonnenen Gebiete" an (x294/97): >>... Bis zum 15. Juli 1945 (sind) sämtliche Spuren des Deutschtums in diesen Gebieten zu tilgen. Insbesondere sind deutsche Aufschriften an Häusern, Geschäften, Lokalen, deutscher Wegweiser, Luftschutzschilder sowie sämtliche von der Besatzungsmacht hinterlassenen Bekanntmachungen zu entfernen.<<

Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die Entdeutschung in den schlesischen Gebieten (x294/97-98): >>... Die Vorstellung, wie man die nationalpolitisch unübersichtliche Lage vor Ort in den Griff bekommt, dürfte sich schnell herauskristallisiert haben. Zwar sei das Nationalbewußtsein "schwach ausgeprägt", klagten die polnischen Behörden schon im Mai 1945 ("die Stimmung ist nicht so sehr antideutsch wie antihitleristisch"), um so bessere Ergebnisse versprach man sich von einer energischen "Entdeutschung", die die Zweifler auf die Seite der Sieger zwingen würde.
Die Aktion im Oppelner Schlesien begann auch sofort, im Juni, mit der Zwangsumsiedlung der Deutschen innerhalb der Städte, wo sie massenhaft in schlechtere Bezirke ausgewiesen wurden. ...
Die Vorstellung, auch nur die sichtbarsten Zeichen der deutschen materiellen Kultur innerhalb eines Monats zu beseitigen, erwies sich natürlich als illusorisch. Vielmehr begann im Juni

1945 ein jahrelanger Prozeß der "Entdeutschung", in dem die Behörden immer wieder auf irritierende, neue Spuren des Deutschtums stießen, die das Bild des polnischen Oppeln trübten. Noch 1947 forderte eine diesbezügliche Anordnung "deutsche Aschenbecher, deutsche Bierglasuntersetzer, deutsche Hinweisschilder, Rechnungen in Restaurants in deutscher Sprache, Inschriften in Kapellen am Straßenrand oder auf Wegekreuzen" zu entfernen; ebenso wurden "deutsche Schlager und deutsche Musikstücke" verboten. Polonisiert wurden nicht nur Friedhöfe und Kneipen, sondern auch Orts-, Familien und Vornamen.
Der Kampf gegen den Gebrauch deutscher Sprache zog sich ebenfalls jahrelang hin. Im Dezember 1949 klagte das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiter Partei (PVAP), daß "immer mehr deutsche Bücher gelesen" werden und in den Städten noch immer deutsch gesprochen wird: Man höre die "deutsche Sprache auf den Hauptstraßen, in den Lokalen, in den Schlangen vor Geschäften usw. Es kommt häufig vor, daß nachts laut deutsch gesungen wird".
In derselben Bestandsaufnahme stellten die Parteifunktionäre eine massive Benachteiligung der "Autochthonen" in der Verwaltung fest, wo die Schlesier ebenso wie im Parteiapparat kaum vertreten waren. ...<<
WBZ: Die US-Soldatenzeitung "Stars und Stripes" warnt im Juni 1945 nordamerikanische Soldaten vor "Nazi-Deutschland" (x114/2.94): >>... Die Amerikaner sind nicht nach Deutschland gekommen, um Kindermördern die Köpfe zu streicheln und SS-Verbrecher zu päppeln, die Amerikaner sind in dieses Land von Gangstern gekommen, um hier Ordnung zu schaffen und die Verbrecher der Justiz zu überantworten.<<
Eine US-Informationsschrift berichtet im Juni 1945 über "Deutschland heute" (x114/2.93): >>Nach sechs Jahren der Propaganda wirst du überrascht sein, wenn du zum erstenmal Deutsche siehst. Man hat so viel über sie gesprochen und gelesen, hat sie so sehr gehaßt, daß man geneigt ist zu glauben, sie seien anders als andere Menschen. Dies stimmt zwar, aber auf eine schwer erkennbare Weise.
So wie die deutschen Städte euch an Amerika erinnern mögen, so können euch auch die Menschen an Amerikaner denken lassen. Oberflächlich gesehen, können sich Deutsche und Amerikaner ähnlicher sehen, als etwa Franzosen oder Russen und Amerikaner.
Deutsche Tatkraft und deutscher Fleiß, deutscher Erfindergeist, deutsche Rohranlagen und Zentralheizungen ist für Deutschland typisch, aber Buchenwald war es auch. Deutsche Reinlichkeit ist typisch so sehr, daß man Seife aus menschlichen Körpern verfertigt hat. Deutsche Medizin ist so hoch entwickelt, daß sie Menschen als Experimentierobjekte zu verwenden lernte. Die Nazikunst schenkte der Welt Lampenschirme aus menschlicher Haut. So sind Amerikaner nicht!
Halte dein Mitleid zurück. Eine der wenigen Waffen, die den "kleinen" Deutschen geblieben ist, ist diejenige zu erreichen, daß sie uns leid tun. Da sind Kinder, die von einem Fuß auf den andern trippeln, wenn sie in der Kälte vor eurem Speisesaal herumstehen, zu höflich oder ängstlich, um zu betteln, aber in ihren Augen kann man den Hunger lesen. Da sind alte Männer und Frauen mit Handwägelchen, junge Mädchen in fadenscheinigen Kleidern. Das sind keine Nazis, wirst du sagen.
Es wird dir schwerfallen zu gestehen, daß diese Leute, so elend sie aussehen, viel besser dran sind als Tausende der Griechen, Polen und Holländer, die von ihnen versklavt worden sind. Diese "kleinen" Deutschen sind die gleichen Menschen, die sich Sklavenarbeit gefallen ließen und froh darüber waren. Noch leben viele Opfer der Nazi-Brutalität in Deutschland. Sprich mit einem Polen oder Franzosen oder Holländer, den man zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt hat, und er wird dir erzählen, wie ihn die "kleinen" Deutschen behandelt haben.
... Wir dürfen den Deutschen keineswegs glauben. Sie sind Meister in der Propaganda geworden. Nach 12 Jahren in Goebbels Lügenfabrik ist jeder Deutsche, dem du begegnest, ein Ex-

perte in all den Lügen, Halbwahrheiten und gemeinen Andeutungen, die er dir aufbindet, um dich alles glauben zu machen, was er will. Der Deutsche kennt seine Lügen auswendig. Seine Kanonen und seine Panzer kann man ihm wegnehmen, aber diese nicht. Die Denkfehler, die den Durchschnittsmenschen dazu geführt haben, die Heuchelei und Brutalität der Nazis anzunehmen, sind heute noch so stark wie vor der Niederlage. Dies ist eine der Waffen, die ihnen geblieben ist und gewissermaßen ist es auch die gefährlichste Waffe. ...
Vergiß nicht, Deutschland ist noch immer Feindesland.<<
Der deutsche Journalist und Politiker Fritz Eberhard (1896-1982) schreibt im Juni 1945 (x114/2.58): >>... Bei Zuffenhausen leben noch etwa 8.000 Russen in mehreren Lagern. Auch in der ersten Junihälfte gehen sie noch in einzelstehende Häuser und Gärten, um zu plündern und zu verwüsten, sie knicken Kronen von Obstbäumchen ab, reißen Setzlinge aus der Erde, sie geben Schüsse ab und machen die Gegend so unsicher, daß Bauern es nicht wagen, auf manche einsameren Felder zur Arbeit zu gehen. Die Russen holen sich auch aus Betrieben, was ihnen beliebt – z.B. Ledertreibriemen – auch aus Betrieben, die nach Anordnung der Militärregierung arbeiten sollen.
In der Nacht vom 2./3. Juni kamen 2 Bewohner meines Hauses nicht heim, weil sie durch eine Schießerei zwischen Münster und Zuffenhausen daran gehindert wurden. Sie wären dabei beinahe auch ums Leben gekommen. Getötet wurden 6 Deutsche aus den Teilgemeinden Münster, Zuffenhausen und Cannstatt, sowie ein Russe.
Wie berichtet wird, hat der Russe dem Deutschen D. aus Fellbach sein Fahrrad wegnehmen wollen. Der Deutsche wehrte sich dagegen. Dabei ging ein Gewehr los (des Russen?) und tötete den Russen. Darauf rotteten sich Russen zusammen und drängten in den umliegenden Gärten arbeitende Deutsche zusammen in die Richtung auf die Kaserne, in der die Russen wohnten. 6 Deutsche wurden verstümmelt und totgeschlagen.<<
Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet später über eine Zugfahrt durch das zerstörte Deutschland im Juni 1945 (x114/2.86): >>... Juni 1945. Die erste Fahrt nach der Kapitulation durch Deutschland. Im Viehwagen als entlassener englischer Kriegsgefangener. Von Neustadt in Holstein bis Marburg an der Lahn. Fahrtdauer 48 Stunden. Wir machten Kreidestriche.
Bei 165 zerschossenen Lokomotiven, 1.350 ausgebrannten Güterwagen, 965 zerdepperten D- und Personenzugwagen hörten wir auf. Wir hatten keine Kreide mehr.
Auf den großen Bahnhöfen standen die Gleisanlagen himmelwärts. Viele Bahnhöfe und Stellwerke nur noch Trümmerhaufen. Brücken sahen wir in den Flußläufen liegen. "Vor Ablauf von 10 Jahren ist in Deutschland an keinen geordneten Verkehr zu denken", meinte der Nachbar. ...<<
USA: Infolge der Entscheidung der US-Regierung, die jüdischen Asylanten als Einwanderer anzuerkennen, veröffentlichen die Tageszeitungen im Sommer 1945 zahlreiche Leserbriefe, die sich mit der Eingliederung der jüdischen Flüchtlinge beschäftigen (x042/315): >>Ihr Versuch, diese Flüchtlingsbande aus dem Fort Oswego (US-Kleinstadt) in unser Land einbürgern zu lassen, ist bloß ein Fuß in der Tür, mit dem Sie den Weg für mehr von diesem "Abschaum" aus Europa freimachen wollen. Die Folge werden antijüdische Rassenunruhen sein.
Wir haben jetzt schon zuviel von diesem Gesindel hier. Ich frage mich, warum kein Land der Welt sie haben will? ...
Diese Horden Fluchtjuden ("refujews") hier im Land zu belassen ... war der Dreh, auf den Mister F. D. Rosenblatt es von Anfang an abgesehen hatte; zum Glück ist er gestorben, bevor sein schäbiger Plan von Ihnen und Ihresgleichen ausgeführt werden konnte. ... Wir sind nicht gewillt, tatenlos zuzusehen, wie man uns diese Bande von Schmarotzern hier aufhalst. Wir haben dafür gekämpft, Amerika den Amerikanern und unseren Kindern zu bewahren, und nicht für eine Horde Fluchtjuden.
Sie hergelaufener Drecksjude, was wollen Sie damit bezwecken, daß sie dieses Pack in unse-

rem Land halten wollen. ...<<

01.07.1945

SBZ: Aufgrund der endgültigen Festlegung der Besatzungszonen räumen die nordamerikanischen und britischen Truppen vom 1. Juli bis zum 4. Juli 1945 sämtliche eroberten Gebiete in Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und das gesamte Land Thüringen (x111/41).

Der Weimarer Oberbürgermeister Fritz Behr begrüßt am 1. Juli 1945 die sowjetischen Truppen der Roten Armee (111/42): >>Wir empfangen die Soldaten der Roten Armee in Weimar, der Stadt Goethes und Schillers, voll Vertrauen und Hoffnung. ...<<

Der sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn (1918-2008) kritisiert später den völlig unerwarteten Rückzug der Nordamerikaner und Briten (x111/42): >>Wie konnten sie wegen des lächerlichen Kinderspiels um das vierzonale Berlin (ihre künftige Achillesferse zudem) die riesigen Gebiete von Sachsen und Thüringen hergeben? ...<<

Diese Aufteilung in Besatzungszonen und Abmachungen der Besatzungsmächte verhindern zunächst weitere größere Wanderungsbewegungen in den Westen.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Besatzungszonen" (x051/-73): >>Besatzungszonen, die nach der Kapitulation des Deutschen Reiches (8.5.45) aufgrund der Junideklaration vom 5.6.45 gebildeten vier, jeweils von den Truppen Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA besetzten Zonen.

Im Protokoll der Europäischen Beratenden Kommission (EAC) vom 12.9.44 waren noch drei Besatzungszonen vorgesehen, eine vierte, französische, wurde erst in Jalta (11.2.45) vereinbart. Endgültige Festlegung der Zonengrenzen im 3. Zonenprotokoll der EAC (26.7.45). Ihm zufolge umfaßte die sowjetische Besatzungszone die Länder Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, die amerikanische Bayern, Hessen, Württemberg-Baden und (als Exklave) Bremen, die britische Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, die französische Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und Baden.

Formelle Aufhebung der Besatzungszonen mit der Gründung der BRD (September 49) und der DDR (Oktober 49). Ähnlich wie Deutschland wurde auch Österreich am 4.7.45 in vier Besatzungszonen aufgeteilt.<<

Die Nachkriegsziele der Siegermächte

Die Westmächte entschieden den Zweiten Weltkrieg zwar militärisch, aber bei den Konferenzen in Teheran und Jalta verloren sie schon vorzeitig den politischen Machtkampf gegen Stalin. Die Anglo-Amerikaner beendeten damals Hitlers größenwahnsinnige, menschenverachtende Expansionspolitik, aber gleichzeitig unterstützten sie auch indirekt Stalins Terrorregime und ermöglichten die Durchsetzung der maßlosen osteuropäischen Gebietsansprüche sowie die kommunistische Machtergreifung in den baltischen Staaten, der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und in Bulgarien.

Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und Verhaftung der "Dönitz-Regierung" übernahm der Alliierte Kontrollrat (bestehend aus den Hauptsiegermächten bzw. den 4 Oberbefehlshabern der Besatzungszonen) die gesamte Regierungsgewalt im Deutschen Reich, so daß alle deutschen Staatsbürger zu Subjekten der Besatzungsmächte wurden.

Das Deutsche Reich sollte ursprünglich nicht langfristig aufgeteilt oder vollständig besetzt werden, sondern die Deutschen sollten lediglich bedingungslos kapitulieren.

Gemäß den Vereinbarungen der Atlantik-Charta wollte man nach dem Kriegsende eigentlich wieder einen "Status quo ante" (den Zustand, wie er vorher war) herstellen, denn die westlichen Alliierten hatten den Krieg nicht zu Eroberungszwecken, sondern nur zur Verteidigung geführt.

Angesichts der grauenhaften Verhältnisse, die man in den befreiten NS-Vernichtungs- und Konzentrationslagern erlebt hatte, reagierten vor allem die westlichen Siegermächte und die

Weltöffentlichkeit schockiert und entrüstet, so daß die Deutschen zunächst keine Gnade erwarten konnten.
In der berüchtigten Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung, die bis Mitte 1947 die Basis der US-Besatzungspolitik bildete, hieß es damals z.B., daß Deutschland nicht zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat besetzt werden sollte.
Die nordamerikanischen Befehlshaber hätten nur einzugreifen, wenn Hungersnöte, Seuchen oder Revolten die Besatzungstruppen direkt gefährdeten. Kontakte mit deutschen Zivilisten und deutschen Beschäftigten sollten auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Die Nordamerikaner verlangten keine Gebiete und verzichteten zunächst auf materielle Entschädigungen. In erster Linie sollten alle schuldigen Deutschen für die NS-Massenverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Nach der Entnazifizierung plante man, in Deutschland eine liberale Demokratie und privatkapitalistische Wirtschaftsformen zu errichten.
Die Briten wollten den wirtschaftlichen Machtfaktor Deutschland zwar ausschalten, aber Churchill war frühzeitig daran interessiert, die Deutschen wieder "auf die eigenen Füße" zu stellen, um die sowjetische Expansionsgefahr einzudämmen. Im Juli 1945 wurde die britische Außen- bzw. Deutschlandpolitik jedoch durch einen Regierungswechsel regelrecht gelähmt, weil die unerfahrenen Außenpolitiker der siegreichen Labour-Party den erfahrenen Churchill nicht ersetzen konnten. Die Briten unterstützten später vor allem die nordamerikanische Zentralisierungspolitik, da sie finanzielle US-Hilfen für die britische Besatzungszone benötigten (x148/14).
Die Franzosen forderten hartnäckig die Aufteilung des Deutschen Reiches, annektierten später das Saarland, schlugen die Bildung eines autonomen Rheinstaates (Ruhrgebiet) vor und widersetzten sich energisch allen Versuchen, die westdeutschen Zonen zu vereinigen, weil sie das Deutsche Reich langfristig schwächen wollten.
Stalin hatte die Prinzipien der Atlantik-Charta ("Verteidigung des Weltfriedens und der Freiheit") ebenfalls formell akzeptiert. Diese Zusage hinderte den sowjetischen Diktator in den letzten Kriegsjahren jedoch nicht, die anglo-amerikanischen Verbündeten unentwegt zu hintergehen und schließlich vor vollendete Tatsachen zu stellen.
Stalin, der bis zur deutschen Kapitulation fast alle angestrebten Expansionsziele verwirklicht hatte, war nicht bereit, besetzte Gebiete preiszugeben. Die argwöhnischen Stalinisten unterstellten den Kapitalisten naturgemäß Weltherrschaftspläne und setzten in den "befreiten Ländern" ihre bewährte gewaltsame Unterdrückungspolitik und aggressive Gleichschaltungsmaßnahmen durch.
Churchill warnte die Nordamerikaner zwar eindringlich davor, die besetzten mitteldeutschen Gebiete an die Sowjets abzutreten, aber US-Präsident Truman ließ die nordamerikanischen und britischen Truppen trotzdem aus Mitteldeutschland abziehen, weil er die vertraglichen Vereinbarungen unter allen Umständen erfüllen wollte.
Die 3 Siegermächte (USA, Großbritannien und UdSSR) beschlossen am 29. Juni 1945 den Rückzug aller Truppen der westlichen Alliierten aus Mitteldeutschland (x040/289). Im Gegenzug erhielten die Amerikaner und Briten freien Zugang nach Berlin (mündliche Zusage) und marschierten vom 1. bis zum 4. Juli 1945 in die sog. "Berliner-Westsektoren" ein.
Teile der mitteldeutschen Gebiete (ca. 7,0 Millionen Einwohner) wurden bereits seit dem 21. Juni 1945 von der sowjetischen Militäradministration (SMAD) verwaltet. Während die Berliner in den Westsektoren aufatmen konnten, begann nach dem Einzug der Roten Armee für die Mitteldeutschen ein endloser Leidensweg.
Mit der Auslieferung Mitteldeutschlands gab US-Präsident Truman vor den Potsdamer Verhandlungen eine äußerst wichtige Trumpfkarte aus der Hand, obgleich die westlichen Alliierten völlig unbedrängt waren (x114/2.102). Für Stalin, der bisher fast alle Zusagen mißachtet hatte, kam der freiwillige Abzug der Amerikaner und Briten jedenfalls völlig überraschend,

denn die Sowjets waren damals überhaupt nicht in der Lage, militärische oder politische Druckmittel einzusetzen.
Nach dem Rückzug der westlichen Alliierten besaßen die Sowjets nicht nur Ostdeutschland, sondern sie kontrollierten auch alle mitteldeutschen Gebiete und standen sprungbereit an der Elbe. Infolge der Zerschlagung des Deutschen Reiches fehlte eine westeuropäische Pufferzone gegenüber der UdSSR, denn Polen konnte die ursprünglich geplante Nachfolge der Deutschen nicht übernehmen. Ein bis dahin unvorstellbarer europäischer Alptraum war plötzlich Wirklichkeit geworden.
Der jugoslawische General Milovan Djilas kommentierte bereits im April 1945 Stalins Nachkriegsziele wie folgt (x149/114): >>... Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.<<
Andrej A. Shdanow (1896-1948, sowjetischer Spitzenfunktionär), der ursprünglich Stalins Nachfolger werden sollte, betrachtet die sowjetische Besatzungszone damals als ein "Sprungbrett", um die Bolschewisierung Westdeutschlands und danach Westeuropas zu realisieren (x128/195).
Der deutsche Journalist Michael Klonovsky und der deutsche Historiker Jan von Flocken berichten später in ihrem Buch "Stalins Lager in Deutschland 1945-1950 " über "die Austreibung des Faschismus mit dem Stalinismus" (x126/11-15): >>Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde im Osten Deutschlands der Teufel mit Beelzebub ausgetrieben.
Besiegt und zerstört, ausgeblutet und blutbesudelt, moralisch auf unabsehbare Zeit diskreditiert und auf Gnade und Ungnade den Siegern ausgeliefert – das war die Lage des Deutschen Reiches im Frühling des Jahres 1945. Aufgebrochen, um die Welt zu beherrschen, war es nun selbst ein beherrschtes Land, ein Fremdkörper in der europäischen Zivilisation, der fortan unter strenger Kontrolle gehalten werden mußte.
Nach der totalen militärischen Niederlage lag das Geschick des Landes ausschließlich in den Händen der Alliierten. Die Greueltaten des Nationalsozialismus hatten den Abscheu der gesamten zivilisierten Welt auf Deutschland gerichtet. Die an der Zerschlagung des Hitlerregimes beteiligten Staaten konnten somit von vornherein den Befreierstatus für sich in Anspruch nehmen. Sämtliche Maßnahmen der Besatzungsmächte waren legitimiert, sofern sie nur unter dem Vorzeichen des Antifaschismus standen.
Auch der Stalinschen Sowjetunion fiel infolge ihrer antifaschistischen Orientierung automatisch eine historisch progressive Rolle zu. Dieses verhängnisvolle Zusammenfallen von Antifaschismus und Stalinismus wurde der entscheidende Faktor bei der Installierung eines neuen Unrechtssystems im Ostteil Deutschlands. Während sich in den westlichen Besatzungsmächten nach Kriegsende allmählich demokratische Verhältnisse durchzusetzen begannen, geriet der Osten in das importierte Räderwerk einer quasikommunistischen Diktatur. Von einer selbständigen oder gar demokratischen Entwicklung konnte keine Rede sein.
Was zwischen 1945 und 1949 wirklich stattfand, war die Annexion Ostdeutschlands mit dem Ziel, den sowjetkommunistischen Machtbereich bis an die Elbe auszudehnen und die eroberten deutschen Gebiete entweder zu "slawisieren" (Schlesien, Pommern, Posen, Ostpreußen) oder zu kolonisieren (Mitteldeutschland). Bei dieser Eroberung Ostdeutschlands durch die Stalinsche UdSSR und die von dort zurückkehrenden domestizierten deutschen Exilkommunisten diente der Antifaschismus als Vorwand für eine Welle politischer Repressionen.
Unter dem Deckmantel der "antifaschistisch-demokratischen Umwälzung" wurde dem Land ein Regime oktroyiert, welches zwar durchaus antifaschistisch, nichtsdestoweniger aber ein undemokratisches Regime war.
Um diese gewaltsame "Revolution von oben" als historisch notwendig zu begründen, verbrei-

teten die neuen Machthaber die These, der Faschismus sei ein gesetzmäßiges Resultat der kapitalistischen Entwicklung, der Parlamentarismus habe versagt, und jeder bürgerliche Staat trage den Keim einer neuerlichen faschistischen Variante gleichsam in sich.
Demgegenüber verkörpere der Sozialismus, wie sich der Stalinismus nannte, eine höhere Stufe der Menschheitsentwicklung und die einzige Alternative zu einem Rückfall in die faschistische Barbarei.
Nach dem Schrecken des Krieges waren viele Menschen geneigt, solchen Darstellungen Glauben zu schenken. Doch im Ostteil Deutschlands sollten sie schnell am eigenen Leibe spüren, mit welcher Rigorosität und Menschenverachtung die "Sieger der Geschichte" ihre Herrschaftsansprüche durchzusetzen gedachten. Noch vor der ideologischen Rechtfertigung hatte bereits deren praktische Realisierung begonnen.
Millionen Deutsche wurden – mit Billigung der Westalliierten – aus ihren angestammten Heimatgebieten westlich der Oder vertrieben. In der sowjetischen Besatzungszone, die sich selbst gern als demokratischer Teil Deutschlands titulierte, erstickten die Eroberer Hand in Hand mit den deutschen Kommunisten aller ihrer Gleichschaltungspolitik zuwiderlaufenden Bestrebungen im Keime. Eine Hauptrolle in diesem Prozeß spielten die Internierungspraktiken des sowjetischen Geheimdienstes NKWD/MWD.
Als Resultat des Zweiten Weltkrieges war ganz Osteuropa unter die Herrschaft des Stalinschen Machapparates geraten. Der Stalinismus hatte sich somit von einer spezifisch russischen zu einer internationalen Erscheinung ausgeweitet, die sich unabhängig von nationalen Besonderheiten quer durch alle Staaten Osteuropas zog. Die anfängliche Freude dieser Völker über die Befreiung vom Hitlerjoch währte nur kurz. Stalins Repressionsapparat folgte der Roten Armee auf dem Fuße. In den besetzten Ländern wurden moskauhörige Satellitendiktaturen installiert.
Den eroberten Gebieten auf dem Territorium des ehemaligen Deutschen Reiches widmeten die Sowjets besonderes Augenmerk. ...
... Es wäre verfehlt, in der sowjetischen Besatzungspolitik lediglich eine Reaktion auf die deutschen Kriegsverbrechen in der UdSSR zu sehen. Im Mittelpunkt dieser Politik stand vielmehr die Herrschaftssicherung in einem okkupierten Gebiet, was sich mit wachsender zeitlicher Distanz immer deutlicher zeigte.
So schloß die Verfolgung ehemaliger Nazis zugleich die Verfolgung von mutmaßlichen oder tatsächlichen Gegnern der kommunistischen Umwälzung ein. Typisch für diese Parallelität war die Instrumentalisierung des Antifaschismus gegen Nichtfaschisten. Da sich nach 1945 Menschen am besten diskreditieren ließen, indem man Nazis aus ihnen machte, wurden Tausende Gegner der stalinistischen Neuordnung zu Hitleranhängern erklärt und verschleppt. Dieser Aspekt spielte auch bei den sowjetischen Internierungspraktiken in Deutschland eine zentrale Rolle. Alle politisch motivierten Säuberungen geschahen unter dem Deckmantel der Entnazifizierung.
Die Errichtung der NKWD/MWD-Lager läßt sich also keinesfalls nur auf die Existenz der Nazi-Konzentrationslager zurückführen. Vielmehr war mit der Roten Armee auch das Stalinsche Lagersystem nach Deutschland gelangt. Die sibirischen GULAGs, in denen der Sowjetdiktator ganze Bevölkerungsgruppen verschwinden ließ, existierten bereits zu einer Zeit, als an die Machtergreifung Hitlers noch gar nicht zu denken war.
Nichtsdestoweniger war die Internierung zunächst tatsächlich ein Mittel der Entnazifizierung das alliierten Regelungen entsprach. In einer nach der deutschen Kapitulation von Präsident Roosevelt erlassenen Weisung an den Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in Deutschland heißt es unter anderem:
"Personen werden mehr als nominelle Parteimitglieder ... betrachtet, wenn sie ein Amt oder irgendeine Aktivität auf irgendeiner Ebene ausgeübt haben. Alle Personen ... werden ... ver-

haftet und bis zu einem Gerichtsverfahren vor einem entsprechenden, von Ihnen zu errichtenden halbjuristischen Forum in Haft gehalten."
Ähnliches besagt das am 1. August 1945 unterzeichnete Protokoll der Berliner Dreimächte-Konferenz, wo unter Punkt 5 des Abschnitts über politische Grundsätze für die Behandlung Deutschlands folgendes festgelegt wird:
"Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung und Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greueltaten oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen, die für ihre Besetzung und Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren."
Auch in den Westzonen wurden Internierungslager in Betrieb genommen. Formell entsprachen sowohl die Lager im Osten als auch die im Westen der Direktive Nr. 38 des Alliierten Kontrollrats vom 12. Oktober 1946 über die "Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen".
An der Interpretation freilich schieden sich die Geister. Da die neuen Machthaber in der Sowjetischen Besatzungszone die selbsternannten "eigentlichen" Antifaschisten waren, galt quasi jeder ihrer Gegner als potentieller Faschist. Interniert wurden keineswegs nur Anhänger und Kriegsverbrecher. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtet später (im Oktober 2019) über die Internierung von Mitteldeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone (x358/67-70): >>**Das stille Sterben unter dem Roten Stern**
_ *von Gero Bernhardt*
Nicht nur in Polen, auch in der Tschechoslowakei und sogar in der Sowjetischen Besatzungszone wurden nach dem Krieg KZs weiter genutzt. Die Opfer gehen in die Hunderttausende.
… **Buchenwald und Sachsenhausen**
Sogar auf weiterhin deutschem Boden, in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), wurden NS-Konzentrationslager weiter genutzt, so Buchenwald und Sachsenhausen. Wie der Historiker Jan von Flocken und der Publizist Michael Klonovsky in ihrem Buch *Stalins Lager in Deutschland 1945-1950* anmerken, hatte dort "nur ein relativ geringer Prozentsatz der Internierten eine aktive nazistische Vergangenheit". Weiter schreiben sie: "Tausende Jugendliche wurden unschuldig in die NKWD-Lager gebracht, wo viele von ihnen elend umkamen. ...
Unter den Gefangenen befanden sich Kinder im Alter von zwölf bis vierzehn Jahren, die als "Wehrwolf-Verdächtige" galten. ... Auch Schwangere wurden in die Lager eingeliefert und brachten dort ihre Kinder zur Welt."
Von Flocken und Klonovsky fahren fort: "Das Unrechtssystem verselbständigte sich so sehr, daß sich sogar Widerstandskämpfer gegen die Nazi-Diktatur unversehens in sowjetischen Lagern wiederfanden. Zu ihnen gehörten Männer des 20. Juli 1944 wie Justus Delbrück und Ulrich Freiherr von Sell, die in Jamlitz starben. (Das Lager Jamlitz bei Lieberose war ursprünglich ein SS-Straflager.) Horst von Einsiedel, Angehöriger des Kreisauer Kreises, kam 1946 in Sachsenhausen ums Leben. Herzog Joachim Ernst von Anhalt, den die Nazis im KZ Dachau gefangen hielten, starb 1947 im NKWD-Lager Buchenwald. ...
Zu den Insassen des Lagers Fünfeichen gehörte auch der schon von den Nazis verfolgte Schriftsteller und Schliemann-Forscher Heinrich Alexander Stoll aus Potsdam."
Viele entschlossene Hitler-Gegner waren allerdings schon beim Einmarsch der Roten Armee ermordet worden. Der britische Militärhistoriker Antony Beevor nennt in seinem Werk Berlin 1945 das Beispiel des Widerständlers Eberhard von Braunschweig:
"Er nahm an, daß er wenig zu befürchten hatte, erwartete mit seiner Familie die Ankunft der Roten Armee in ihrem Gutshaus in Lübzow bei Karzin. Aber sein Ruf und seine zahlreichen

Verhaftungen durch die Gestapo nutzten ihm wenig. Die ganze Familie wurde hinausgeführt und erschossen."

Sozialisten hinter Stacheldraht

In seinem Buch *Lager des Grauens. Sowjetische KZs in der DDR nach 1945* schreibt der Publizist und frühere schleswig-holsteinische CDU-Landtagsabgeordnete Uwe Greve: "Den schärfsten Terror richteten die Sowjets und ihre kommunistischen Handlanger in der Sowjetzone gegen die Sozialdemokratie, ihre Funktionäre und Mitglieder. Widerstandskämpfer gegen Hitler, die erst im Mai 1945 aus dem KZ befreit worden waren, wurden bereits im gleichen Jahre wieder in die gleichen Lager und Zuchthäuser zurückgebracht. ...

Selbst vor den schon unter Zwang gewählten sozialdemokratischen Delegierten zum "Vereinigungsparteitag" (von KPD und SPD zur SED) machte dieser Terror nicht Halt; einige von ihnen wurden vor der Abreise, andere im Zug oder sogar noch kurz vor Erreichen des Parteitages festgenommen."

Helmut Herles bemerkte 1987 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: "Es leben Sozialdemokraten, die in Buchenwald gefangen waren, weil sie Sozialdemokraten waren, und die in der Sowjetischen Besatzungszone wieder im gleichen Lager eingekerkert wurden, weil sie sich nicht in die SED pressen lassen, sondern Sozialdemokraten bleiben wollten. ... Es ist eine Schizophrenie der Geschichte, daß in Buchenwald auch Kommunisten saßen, die dort schon vor 1945 waren und nun wieder dort eingesperrt wurden."

Darüber schreiben auch von Flocken und Klonovsky: "Selbst Kommunisten, die sich unter ihrem Gesellschaftsideal etwas anderes vorgestellt hatten als das, was die Sowjets und ihre deutschen Helfershelfer praktizierten oder zumindest stillschweigend duldeten, gehörten zu den Lagerhäftlingen."

Dazu zitieren sie aus einem Bericht von Hans-Peter Range über Fünfeichen: "Ein Barackenältester im Nordlager war Bürgermeister einer Stadt in Vorpommern geworden, weil die Russen ihn als Mitglied der KPD einsetzten; sie vergaßen nur, daß der Mann zwar überzeugter Kommunist, nicht aber Verteidiger russischer krimineller Übergriffe auf seine Landsleute war; so kam er als Häftling nach Fünfeichen.

Und auch ein Stadtrat aus Ost-Berlin, der als uralter Kommunist beim russischen Stadtkommandanten gegen die zahllosen Vergewaltigungen deutscher Frauen durch russische Soldaten protestiert hatte, erschien eines Tages im KZ Fünfeichen als Häftling des NKWD." Es handelte sich dabei um Ewald Pieck, Bruder des späteren DDR-Staatspräsidenten Wilhelm Pieck. Bezeichnend ist auch folgendes Schicksal:

Am 16. September 1949 kam im Sowjet-Lager Sachsenhausen Emil Unfried ums Leben. Er gehörte zu den Gründervätern der KPD und galt in Weimarer Zeit als rechte Hand des kommunistischen Mediechefs Willi Münzenberg, der ihm die Leitung der Filmabteilung seines Propaganda-Apparates übertrug. Die NS-Jahre überstand Unfried unbeschadet als Filmkaufmann. 1945 schloß er sich wieder der KPD an. Noch Ende jenes Jahres aber erfolgte seine Verhaftung durch die sowjetische Besatzungsmacht.

Doch nicht nur Verfolgte des Nazi-Regimes wurden von den Sowjets in weiterbetriebenen KZs eingesperrt. In den Internierungslagern des NKWD befanden sich auch Personen, die unter Hitler aus "rassischen" Gründen um ihr Leben fürchten mußten.

"Einige von ihnen überlebten den nationalsozialistischen Terror, nicht aber die kommunistische Verfolgung", schrieb Karl Wilhelm Fricke 1979 in der Deutschen Zeitung. Ein Beispiel ist Georg Krausz, einst roter Räterepublikaner in Ungarn, dann Redakteur des KPD-Zentralorgans Rote Fahne. Unter Hitler saß er im KZ Buchenwald, in der SBZ kam er ins KZ Mühlberg. Im Gegensatz zu anderen Betroffenen jüdischer Herkunft hatte er jedoch Glück: 1948 erfolgte seine Freilassung; später wurde er Chef des DDR-Journalistenverbandes.

Eine Viertelmillion Opfer

Über das Sowjet-Lager Sachsenhausen, wo die Gefangenen immer noch - wie unter den Nationalsozialisten - bei ihrer Einlieferung das Tor mit der Losung "Arbeit macht frei" passieren mußten, heißt es bei von Flocken und Klonovsky: "Das ehemalige Nazi-Konzentrationslager bei Oranienburg wurde am 10. August 1945 von einem 150 Mann zählenden Vorkommando aus Weesow wiederhergerichtet und sechs Tage später mit 2.000 Häftlingen aus Berlin-Hohenschönhausen und Weesow als Speziallager Nr. 7 in Betrieb genommen. ...
Als zentral gelegenes KZ hatte Sachsenhausen die größte Durchgangszahl von Strafgefangenen und Internierten: Insgesamt saßen etwa 50.000 Männer und Frauen im Lager, die Belegung schwankte zwischen 12.000 und 16.000. Die Zahl der von hier aus in die Sowjetunion deportierten Männer und Frauen wird auf 5.000 bis 7.000 geschätzt. Vom Herbst 1945 bis 1947 gehörte zu Sachsenhausen auch ein Offizierslager, in dem ehemalige Wehrmachtsoffiziere gesammelt und in den Osten deportiert wurden."
Sachsenhausen, aufgelöst am 10. März 1950, habe die größte Zahl an Opfern in den SBZ-Lagern gefordert: "Zwischen 15.000 und 20.000 fanden hier den Tod", schreiben die Autoren.
Zum Sowjet-KZ Buchenwald heißt es in *Stalins Lager in Deutschland 1945-1950*:
"Das im Juli 1937 von der SS am Nordhang des Ettersberges bei Weimar errichtete Konzentrationslager bestand aus fünfzehn doppelgeschossigen Steinbaracken und 32 eingeschossigen Holzbaracken. Am 12. August 1945 wurde es als Speziallager Nr. 2 vom NKWD wieder in Betrieb genommen. ... Im Durchschnitt befanden sich danach 10.000 bis 12.000 Häftlinge in Buchenwald, etwa 32.000 Internierte durchliefen insgesamt das Sowjet-Lager. Die Haft in Buchenwald überlebten mehr als 12.000 Häftlinge nicht."
Überdies wurden auch aus Buchenwald tausende Insassen in den Archipel Gulag deportiert.
Alfred M. de Zayas und Franz W. Seidler beziffern in ihrem Buch *Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert* die Internierten- und Todesopferzahlen der übrigen Sowjet-Lager auf deutschem Boden wie folgt:
Bautzen (28.000 Durchgänge, 12.000 Todesopfer), Mühlberg (22.000/7.000), Fünfeichen (20.000/6.000), Ketschendorf (18.000/6.000), Jamlitz (12.000/5.000), Hohenschönhausen (10.000/3.000), Weesow (14.000/1.500).
Abschließend heißt es in dem Lexikon: "In den noch nicht vollständig erschlossenen sowjetischen Archivmaterialien sind bisher die Namenslisten von 122.671 Inhaftierten und 42.889 in den Lagern umgekommenen Häftlingen gefunden worden." Bei der russischen Quelle, auf die hier Bezug genommen wird, handelt es sich um eine interne Ausarbeitung des Moskauer Innenministeriums vom Juli 1990.
Der frühere Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen und spätere Bundespräsident Joachim Gauck schrieb dazu in seinem Aufsatz "Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR" im Schwarzbuch des Kommunismus von Stephane Courtois, daß es sich bei den russischen Angaben "um Mindestzahlen handelt, die inzwischen korrigiert werden mußten".
Gauck weiter: "1993 wurden als Höchstzahlen 234.300 Gefangene angegeben, von denen 105.500 ums Leben kamen. In diesen Zahlen sind nicht die Menschen erfaßt, die unmittelbar nach ihrer Entlassung an den Folgen der Haft starben oder nach ihrer Verschleppung in die UdSSR dort ums Leben kamen."
Die sowjetische Besatzungsmacht in Deutschland habe "circa 128.000 Zivilisten unmittelbar nach Kriegsende in sowjetische Arbeitslager verschleppt", wobei es "bei diesen Menschen oft überhaupt keinen NS-Bezug gegeben" habe. Der spätere Bundespräsident fährt fort: "Überwiegend Frauen und Jugendliche wurden häufig … aufgegriffen und sofort deportiert. Von ihnen sollen über 47.000 umgekommen sein."
Demzufolge muß insgesamt wohl von rund einer Viertelmillion deutscher Zivilpersonen aus der SBZ ausgegangen werden, die nach der sogenannten Befreiung im Mai 1945 in Lagern starben.

Der Tod des großen Mimen

Das wohl bekannteste Opfer des KZ-Terrors in Sachsenhausen nach 1945 ist der große deutsche Schauspieler Heinrich George, Vater von Götz George. Der 1893 in Stettin geborene Mime, der in 35 Filmen wie Der Blaue Engel, Friedrich Schiller, Der Postmeister, Der Biberpelz, aber auch in Veit Harlans antisemitischem Propagandastreifen Jud Süß Hauptrollen spielte, wurde nach Kriegsende in der SBZ verhaftet und kam am 26. September 1946 im Lager Sachsenhausen um.

Jan von Flocken und Michael Klonovsky zitieren in ihrem Buch *Stalins Lager in Deutschland 1945-1950* den Zeitzeugen Peter Schumann aus Dresden:

"Meinem Vater, dem praktischen Arzt Dr. Erich Schumann, wurde eines Tages der Leichnam Heinrich Georges vorgeführt und von ihm verlangt, einen Totenschein auszufüllen - mit der Todesursache "an den Folgen einer Blinddarmoperation". Mein Vater hat das abgelehnt. George war keinesfalls operiert worden. Die totale Entkräftung des ehemals massigen Mannes ließ als Todesursache offenbar ein Hungerödem vermuten."<<

Sir Brian Robertson (1896-1974, Militärgouverneur der britischen Besatzungszone und Hoher Kommissar in der Bundesrepublik) kritisiert später die nordamerikanische Außenpolitik (x128/193): >>... Von allen falschen Vorstellungen hatten die, denen sich Präsident Roosevelt hingab, die schwerwiegendsten Folgen, denn sie beherrschten das amerikanische Denken und Handeln in den ersten 2 sehr wichtigen Jahren nach dem deutschen Zusammenbruch. ... Präsident Roosevelts "Großer Plan" für den künftigen Frieden der Welt beruhte auf einer die Vereinten Nationen beherrschenden russisch-amerikanischen Partnerschaft. ...

Hand in Hand mit dieser Konzeption ging eine harte Deutschlandpolitik. Die grausame Unmenschlichkeit des Morgenthau-Plans, Deutschland seine gesamte Industrie zu nehmen, ging Roosevelt zu weit, aber der Plan wurde eigentlich nur aufgeschoben und nicht fallengelassen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Auslieferung Mitteldeutschlands an die Sowjets (x068/283-287): >>... "Im Herzen Europas", jammerte Churchill. Aber schließlich hatten die Amerikaner den Sowjets 1945 noch Gebiete überlassen, die sie selber schon besaßen, große Gebiete und ganz kleine Plätze, wie im Harz, als sie allzu generös die Voraussetzungen dafür schufen, daß die Russen mit dem Sputnikstart die technische Führung der USA in Frage stellten, überrundeten.

Damals hatten Teile der 3. US-Panzerdivision am 11. April 1945 bei Nordhausen die "Mittelwerke" erreicht, das Herz der deutschen V2-Fabrikation. Sie fanden nicht nur riesige Raketen, die deutsche "Wunderwaffe", abschußbereit vor, sondern auch sonst alles unversehrt in gigantischen, peinlich sauberen Anlagen der größten unterirdischen deutschen Waffenfabrik.

In einem ersten Sonderbefehl zwar sollte dies offenbar viele Milliarden Dollar schwere Beutegut natürlich sichergestellt werden. Doch ein zweiter, von einer "sehr hohen Dienststelle" ausgehender Befehl instruierte den technischen Experten Major Hamille, "daß Nordhausen zur russischen Zone gehören würde und daß alle Dokumente und Gegenstände für die Sowjets an Ort und Stelle gelassen werden sollten".

In einem weiteren Befehl verfügte der Oberkommandierende Eisenhower: "Alle Fabriken, Anlagen, Werkhallen, Forschungsinstitute, Laboratorien, Versuchsanstalten, Patente, Pläne, Zeichnungen und Erfindungen müssen intakt und in gutem Zustand für die alliierten Vertreter zur Verfügung gehalten werden".

Einiges requirierte Major Hamille nun zwar auf eigene Faust. Doch staunten die Russen Stein und Bein über die Großzügigkeit ihrer Verbündeten, als sie das Erbe von Nordhausen unversehrt antraten. Ein Sowjetoberst lachte schließlich laut und meinte: "Das alles haben uns die Amerikanski geschenkt! Aber in zehn Jahren werden sie weinen!" Und der Oberstleutnant Taranakov rief: "Was für Idioten diese Amerikaner sind!"

Die Amerikaner hielten damals ihre Heere von Berlin ab, von Prag, von Wien, um den Russen den Vortritt zulassen. Sie wichen 250 Kilometer auf einer Breite von 650 Kilometern zurück. Und so saßen die Sowjets zuletzt von Bulgarien und Rumänien über Ungarn, die Tschechoslowakei, Polen bis hinauf ins Baltikum. Natürlich hatte Stalin dort überall Regierungen nach seinem Gutdünken eingesetzt und ohne Amerika zu fragen - das sich im Übrigen im Westen nicht anders verhielt und, wo immer es Macht hatte, nur Regierungen seines Vertrauens zuließ. Doch waren all die von den Russen kontrollierten Länder nicht vielmehr Schutzwall für sie als Aufmarschbasis?
Die Russen haben nie einen Ausfall gemacht. Und ein russisches Geheimdokument, das dem englischen Intelligence Service im Herbst 1947, ein halbes Jahr also etwa nach der Truman-Rede vom 6. März in Texas, in die Hände fiel, nannte als das "wichtigste Aktionsfeld der russischen Politik" den Vorderen Orient. Man erkannte die Ölfelder in Persien, Arabien, im Irak als Schwachstelle der USA und wollte hier den Kalten Krieg aufnehmen.
Gewiß verweigerten die USA nun schon eine von den Sowjets angestrebte Anleihe von mindestens 10 Milliarden Dollar, hatten zunächst aber weder etwas gegen die Demontage deutscher Industrieanlagen noch gegen den völkerrechtswidrigen Einsatz deutscher Kriegsgefangener in der UdSSR, noch gegen eine Entschädigung Polens für die Abtretung Ostpolens an die Sowjetunion, noch gegen die Austreibung von immerhin 6,5 Millionen Deutschen aus Osteuropa, erfolge sie nur "in ordnungsgemäßer und humaner Weise".
In Kürze freilich waren nicht mehr die Braunen die Bösen, sondern die Roten. Dabei wußte die amerikanische Führung aber immer, daß die Sowjetrussen keinen Krieg mit ihr wollten. Nie sah sie sich in all diesen Jahren auch nur irgendwie ernsthaft bedroht.
Nicht als ihr Generalstab, bereits im Frühjahr 1944, den Dritten Weltkrieg erwog, einen Kampf auf Leben und Tod "zwischen Gut und Böse". Nicht 1945, als sie, im Alleinbesitz der Atombombe, diesen weiteren Weltkrieg schon vorbereitet hat. Nicht in den folgenden Jahren. Im Gegenteil. Man gab durchaus zu, daß die UdSSR "keine unmittelbare Gefahr" bedeute, daß ihre Wirtschaft, ihr Arbeitskräftepotential, "vom Krieg ausgelaugt" sei, weshalb sie sich "in den nächsten Jahren auf den inneren Wiederaufbau und begrenzte diplomatische Zielsetzungen konzentrieren" werde.
Amerikanische Regierungsdokumente bekunden solche Überzeugungen und die Memoiren bekannter Politiker. Wie Churchill 1946 sagte: "Ich glaube nicht, daß Sowjetrußland den Krieg wünscht", so telegraphierte im selben Jahr einer der besten amerikanischen Diplomaten, der Historiker George F. Kennan, aus Moskau (wo er ab 1952 Botschafter war), die Sowjetmacht gehe, im Gegensatz zu Hitlerdeutschland, "keine unnötigen Risiken" ein; sie sei nicht "auf Abenteuer" aus und "gemessen an der westlichen Welt insgesamt ... bei weitem schwächer".
Noch 1949, als die Amerikaner bereits 400 Flotten- und Luftstützpunkte in aller Welt errichtet hatten und die Vereinigten Stabschefs in ihrem Kriegsplan "Dropshot" vom 19. Dezember schon damit rechneten oder wenigstens vorgaben, damit zu rechnen, daß im "Laufe der Zeit" das steigende Militärpotential der Sowjets "den Krieg von ihrem Standpunkt aus als weniger gewagt erscheinen lasse", meinten sie: "Ein dritter Weltkrieg wird vom Kreml wahrscheinlich als die aufwendigste und am wenigsten wünschbare Methode zur Erreichung des grundlegenden Ziels angesehen".
Viele erkannten dies, aber wollten oder konnten, durften es nicht sagen, je höher sie standen, desto weniger. Und doch hatte 1947 Handelsminister Henry A. Wallace, von 1941 bis 1945 Vizepräsident der Vereinigten Staaten, den Mut, den antisowjetischen Kurs zu kritisieren, hatte er die Redlichkeit zu bekennen: "Für mich liegt die Kriegsgefahr viel weniger im Kommunismus als im Imperialismus". Ein einziger Entrüstungssturm fegte ihn beiseite. (Ehrlichkeit zahlt sich in der Politik nur in jenen seltenen Fällen aus, wo sich Unehrlichkeit nicht auszah-

len würde.)
Die Zeitschrift Newsweek schrieb 1948, es sei das Ziel der amerikanischen Strategen, "den Ring der Luftstützpunkte um Rußland zu schließen und ihn dabei so lange immer kleiner und enger zu machen, bis die Russen ersticken". Doch die US-Nachkriegspolitik hat immer und unentwegt die Russen der Aggressivität beschuldigt und sich als "defensiv" bezeichnet. In Wirklichkeit war es (aus vielen Gründen) eher umgekehrt.
Ein erst Jahre später, 1964, bekannt gewordenes Dokument ist hier erhellend. Im Januar 1950 nämlich beauftragte Präsident Truman den Außen- und Verteidigungsminister, "eine erneute Überprüfung unserer Ziele in Frieden und Krieg und der Auswirkung dieser Ziele auf unsere strategischen Pläne vorzunehmen ..." Das Ergebnis dieser Zwischenbilanz verschiedener Stellungnahmen, enthalten in der Dokumentenreihe Nr. 68 des Nationalen Sicherheitsrates (National Security Council 68 Series: NSC-68) - nach Außenminister Dean Acheson "eines der großen Dokumente in unserer Geschichte" -, prägte maßgeblich den Kalten Krieg.
Es weist einmal mehr die USA als seine Initiatoren aus und macht sie verantwortlich für die Geschichte der fünfziger Jahre. Fordert es doch gegenüber der Sowjetunion weiterhin "kühne Angriffsfreudigkeit" (hold aggressiveness) - übrigens zwei Monate vor Beginn des Korea-Kriegs. Ja, das NSC 68 fordert nicht nur "kühne Angriffsfreudigkeit", sondern erkennt auch die militärische Überlegenheit der Russen in sämtlichen Waffen, außer Atomwaffen, an.
Warum aber, wenn sie aggressiv waren, nützten das die Russen nicht aus? Wegen der atomaren Überlegenheit der Amerikaner? Doch die Amerikaner besaßen nach dem Krieg gar keine Atombomben mehr, wenn auch offizielle Persönlichkeiten mit "Dutzenden und Dutzenden" von solchen Bomben Rußland und die Welt blufften, so daß nicht wenige Nationen angesichts dieser Macht und der Legende von der "russischen Gefahr" das atlantische Bündnis mit den USA eingingen. Dabei pfiffen es dort bald die Spatzen von den Dächern, und natürlich wußten dies auch die Russen:
Amerika hatte nur drei Atombomben besessen, zwei wurden über Japan abgeworfen, das größte Kriegsverbrechen der bisherigen Geschichte, die dritte verschwand spurlos mit einem Kriegsschiff auf der Fahrt nach der Insel Tinian (an Westrand des Marianengrabens) im Pazifik. Erst im Lauf des Jahres 1948 kamen die Amerikaner in den Besitz weiterer Nuklearwaffen.
Doch zu ihrer Bestürzung zündeten die Russen 1949, fünf Monate nach Gründung der NATO, ebenfalls eine (selbst von US- Experten noch nicht erwartete) Atombombe, worauf ein gesteigertes Wettrüsten begann, das der Korea-Krieg noch angefacht hat.<<
Berlin: Die Sowjets transportieren vom 2. Mai bis zum 1. Juli 1945 rund 85 % aller unbeschädigten Fabrikeinrichtungen aus dem nordamerikanischen Sektor Berlins und 23.647 Maschinen aus dem britischen Sektor Berlins in die Sowjetunion (x111/42).
WBZ: Bischof Clemens August Graf von Galen (1878-1946, im Dezember 1945 vom Papst zum Kardinal ernannt, Beiname: "Löwe von Münster") erklärt am 1. Juli 1945 vor katholischen Pilgern (x268/44-45): >>... Es ist eine Verleugnung der Gerechtigkeit und der Liebe, wenn man uns alle, jeden deutschen Menschen, für mitschuldig an jenen Verbrechen und darum für strafwürdig erklärt.
Die unvermeidlichen Kriegsfolgen, das Leid um unsere Toten, um unsere zerstörten Städte, Wohnungen und Kirchen wollen wir annehmen und mit Gottes Hilfe geduldig tragen. Nicht aber ungerechte Beschuldigung und Bestrafung für Geschehnisse, unter deren Willkür, Ungerechtigkeit und Grausamkeit wir selbst durch lange Jahre geseufzt und schwer gelitten haben.<<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11 - 2005 über die Rede des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, vom 1. Juli 1945 (x853/...): >>... Hatte Bischof Clemens August Graf

Galen mit seinen mutigen Predigten gegen die NS-Machthaber in besonders gefährlicher Zeit seine Furchtlosigkeit unter Beweis gestellt und damit in eindrucksvoller Weise Zeugnis für Glauben und Menschenrecht abgelegt, zeigte er nach dem Krieg, daß er sich auch durch mögliche Lobsprüche für sein beispielhaft tapferes Verhalten gegenüber dem braunen Regime nicht von gebotener Kritik an den Siegern abhalten ließ.
Das erfuhren die Besatzungsherren schon knapp zwei Monate nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 1. Juli 1945. Da hielt Bischof Graf Galen anläßlich einer Diözesanwallfahrt nach Teltge eine Ansprache, die an Mut und Furchtlosigkeit seinen Predigten während der Kriegszeit kaum nachstand. Thema seiner ersten Wallfahrtspredigt nach dem Kriege war neben dem "Gott sei Dank dafür, daß die Kriegshandlungen aufgehört haben und auch die Bedrückungen und Einengungen der religiösen Freiheit beendet sind", die Zurückweisung des von den Siegern erhobenen Vorwurfs der Kollektivschuld. Von Galen dazu wörtlich:
"Fort mit der unwahren Beschuldigung, die behauptet, alle Deutschen seien mitschuldig an den Schandtaten, die im Kriege geschehen sind, seien mitverantwortlich für die Greueltaten in den Konzentrationslagern. Fort mit solch unwahrer und ungerechter Untermauerung einer Haltung, die es zuläßt, daß der Rest unserer Habe aus den durch Bomben zerstörten Wohnungen weggeschleppt, daß Häuser und Höfe auf dem Lande von bewaffneten Räuberbanden geplündert und verwüstet, daß wehrlose Männer ermordet, daß Frauen und Mädchen von vertierten Wüstlingen vergewaltigt werden."
Und als ob der "Löwe von Münster" die von den Nachgeborenen immer wieder erhobenen Vorwürfe gegen das vermeintliche Versagen der Väter-Generation voraus geahnt hätte, stellte er bei gleicher Gelegenheit am 1. Juli 1945 in Teltge klar:
"Gerade die Konzentrationslager mit ihren zahlreichen deutschen Insassen und Opfern zeigen doch, mit welchen Mitteln jeder Widerstand gegen die Gewaltmaßnahmen der Machthaber, ja sogar jede freie Meinungsäußerung unterdrückt, bestraft und eigentlich fast ganz unmöglich gemacht worden ist." ...<<
In Hannover-Herrenhausen findet am 1. Juli 1945 das erste Symphoniekonzert nach dem Krieg statt.
Ungarn: Die Nationalregierung erläßt am 1. Juli 1945 eine Verordnung über die Feststellung der politischen Belastung und Befugnisse des Volksbetreuungsamtes (x008/83E-90E): >>**Die Feststellung der politischen Belastung - Kategorisierung.**
Verordnung Nr. 3820/1945 ... über Maßnahmen bezüglich der unter § 2 Absatz 5 der Verordnung Nr. 1710/1945 ... fallenden Personen und über die Erweiterung der Befugnisse des Volksbetreuungsamtes.
§ l
Das Volksbetreuungsamt ist für die entsprechende Unterbringung, Betreuung und Ansiedlung der Flüchtlinge, die eine dauernde Ansiedlung beanspruchen, zuständig. Das Volksbetreuungsamt siedelt sie auf dem Grundbesitz der unter § 2 Absatz 5 der Verordnung 1710/1945 ... fallenden Personen an.
§ 2
1) In Bezirken, in deren Gemeinden ein erheblicher Teil der Bevölkerung in den vergangenen Jahren eine hitlerische (volksbundfreundliche, faschistische, pfeilkreuzlerische usw.) Haltung gezeigt hat, sind zur Überprüfung der nationalen Zuverlässigkeit der unter § 2 Absatz 5 der Verordnung Nr. 1710/1945 ... fallenden Bevölkerung, ein oder mehrere Bezirkskommissionen zu bilden.
2) Die Bezirkskommission setzt sich aus dem Vorsitzenden und zwei Mitgliedern zusammen.
3) Der Innenminister ernennt den Vorsitzenden aus der Mitte der mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten, womöglich zum Richteramt, jedenfalls aber juristisch befähigten Personen und

bezeichnet in der Ernennungsurkunde die Gemeinden, auf die sich die Zuständigkeit der Kommission erstreckt.
Ein Mitglied und ein Ersatzmitglied entsendet das Nationalkomitee des Kreises aus den Reihen der ansässigen, demokratisch fühlenden ungarischen Bevölkerung. Der Innenminister kann jedoch in begründeten Fällen die Befugnis des Nationalkomitees des Kreises, Mitglieder zu entsenden, aufheben und zur Entsendung des Mitgliedes und des Ersatzmitgliedes eine Landes- oder örtliche Bewegung bestimmen, die mit Erfolg das Vordringen des Hitlertums (Volksbund, Faschismus, Pfeilkreuzlerpartei usw.) bekämpft hat.
Das zweite Mitglied und das zweite Ersatzmitglied entsendet eine Landes- oder örtliche Bewegung, die das Vordringen des Hitlertums (Volksbund, Faschismus, Pfeilkreuzlerpartei usw.) mit Erfolg bekämpft hat, aus der Mitte der ansässigen demokratisch gesinnten deutschen Bevölkerung.
4) Der Vorsitzende der Kommission verwendet bei den Rechtfertigungsausschüssen zur Führung des Protokolls eine über ausreichende Erfahrung in Kanzleiarbeiten verfügende, möglichst im öffentlichen Dienst stehende Person.
5) Der Vorsitzende des Rechtfertigungsausschusses, seine Mitglieder und der Protokollführer haben Anspruch auf das für Mitglieder der Rechtfertigungsausschüsse allgemein festgelegte Tagegeld. Sie haben außerdem nach jedem außerhalb ihres Wohnsitzes abgehaltenen Sitzungstag Anspruch auf ein Abordnungsgeld von 200 Pengö.
§ 3
Die Kreiskommission ist verpflichtet, die zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehörenden Gemeinden aufzusuchen. Die Untersuchung der nationalen Zuverlässigkeit erstreckt sich auf jeden über 16 Jahre alten unter § 2 Absatz 5 der Verordnung Nr. 1710/1945 ... fallenden Bewohner dieser Gemeinden, ohne Rücksicht auf Geschlecht, Beruf und Alter. Frauen, die im Haushalt ihrer Ehemänner leben und kein selbständiges Einkommen haben und minderjährige Kinder unterliegen jedoch nur dann einer besonderen Untersuchung, wenn irgend jemand besondere Mitteilungen macht, die sich auf sie beziehen.
§ 4
Die Kommission kann unter Berücksichtigung der örtlichen Umstände und auf Grund einer eingehenden und gewissenhaften Würdigung der Gesamthaltung der der Untersuchung unterzogenen Person, ihrer persönlichen Lage und sämtlicher zur Verfügung stehender Unterlagen folgende Feststellung treffen:
1) Sie stellt fest und beurkundet, falls erforderlich, daß die der Untersuchung unterzogene Person in einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation eine führende Rolle gespielt hat. Eine derartige Feststellung muß sie auch dann treffen, wenn die der Untersuchung unterzogene Person freiwillig in einen Verband der Waffen-SS eingetreten ist. In einem begründeten Falle kann in der Entscheidung zum Ausdruck gebracht werden, daß die Familienangehörigen der der Untersuchung unterzogenen Person (ihre in häuslicher Gemeinschaft lebende Ehefrau und ihre minderjährigen Kinder) von den Auswirkungen des Beschlusses befreit sind.
2) Sie stellt fest und beurkundet, falls erforderlich, daß die der Untersuchung unterzogene Person Mitglied einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation war. Eine derartige Feststellung muß sie auch von dem treffen, der seinen deutsch klingenden Familiennamen wieder angenommen hat.
In einem begründeten Falle kann zum Ausdruck gebracht werden, daß die Familienangehörigen der der Untersuchung unterzogenen Person (ihre in häuslicher Gemeinschaft lebende Ehefrau und ihre minderjährigen Kinder) von den Auswirkungen des Beschlusses befreit sind.
In einem begründeten Falle schlägt die Kommission in diesem Beschluß gleichzeitig vor, daß gemäß § 7 Absatz (2) der Verordnung 600/1945 ... das Wohnhaus und ein Grundstück, wel-

ches nicht größer als 600 Quadratklafter ist, der zurückbleibenden Familie zu belassen ist.
3) Sie stellt fest und beurkundet, falls erforderlich, daß die der Untersuchung unterzogene Person, obwohl sie nachweislich kein Mitglied der hitleristischen Organisation war, deren Zielsetzungen unterstützt hat. In dem Beschluß muß zum Ausdruck gebracht werden, ob diese Feststellung sich auf die Familienangehörigen (ihre in häuslicher Gemeinschaft lebende Ehefrau und ihre minderjährigen Kinder) der der Untersuchung unterzogenen Person erstreckt oder nicht.
4) Sie stellt fest und beurkundet, falls erforderlich, daß die der Untersuchung unterzogene Person kein Führer, Mitglied, Förderer einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation war.

§ 5

1) Die Führer, Mitglieder und Förderer der Organisation der sogenannten Hitlerjugend sind ebenso zu beurteilen wie die Führer, Mitglieder und Förderer hitleristischer Organisationen (Volksbund, faschistisch, Pfeilkreuzler usw.) mit dem Unterschied, daß diejenigen Führer, die zur Zeit ihrer Tätigkeit ihr 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, als Mitglieder hitleristischer Organisationen (§ 4 Absatz 2) zu erklären und dementsprechend zu behandeln sind.
2) Das Kommissionsverfahren und die dort getroffenen Feststellungen berühren nicht die Wirkung eines etwaigen Verfahrens zur Entziehung der Staatsangehörigkeit oder eines vor dem Volksgerichtshof anhängigen oder möglicherweise einzuleitenden Verfahrens.

§ 6

Die Kommission kann auf Antrag auch feststellen, daß einzelne volksdeutsche Personen trotz des Hitlerterrors ihre Treue zur Nation und ihre demokratische Gesinnung unter Beweis gestellt haben.

§ 7

1) Die Kommission beschließt im allgemeinen nur nach Anhören des Betroffenen.
2) Ein Beschluß kann auch in Abwesenheit des Betroffenen gefaßt werden; dann kann aber nur festgestellt werden, daß die der Untersuchung unterzogene Person Führer (§ 4 Absatz 1) oder Mitglied (§ 4 Absatz 2) einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation gewesen ist.
Zu Lasten der Familienangehörigen solcher Personen (ihrer in häuslicher Gemeinschaft lebende, Ehefrau und ihrer minderjährigen Kinder) können nur grundbesitzpolitische, Maßnahmen zur wohnungsmäßigen Zusammenlegung und Umsiedlungsmaßnahmen, jedoch keine polizeilichen Maßnahmen durchgeführt werden. In der Verfügungsgewalt über ihr bewegliches Eigentum können sie nicht beschränkt werden, sofern dieses nicht zur wirtschaftlichen Ausrüstung gehört.
3) Der Betroffene kann innerhalb von 30 Tagen nach seiner Rückkehr ein neues Verfahren beantragen (§ 14). Stellt er keinen Antrag, so sind nach Ablauf von 30 Tagen die allgemeinen Bestimmungen über Vollziehung von Beschlüssen anzuwenden.

§ 8

Die Kommission ist dann beschlußfähig, wenn alle ihre drei Mitglieder an der Beschlußfassung teilnehmen.
2) Die Kommission verkündet ihren Beschluß mündlich dem Betroffenen, im Falle eines Abwesenheitsverfahrens nach Möglichkeit seinen Angehörigen. Über die durchgeführte Beweisaufnahme, über die Verhandlung und über den Beschluß ist ein kurzes Protokoll in dreifacher Ausfertigung aufzunehmen, das von allen drei Mitgliedern der Kommission unterschrieben wird.
3) Wenn die Kommission in einer, von den obigen Bestimmungen abweichenden Weise beschließt, kann der Innenminister oder ein für diesen Zweck durch ihn bestimmtes Organ auf Antrag des Betroffenen oder eines Mitgliedes der Kommission ein neues Verfahren anordnen.

Der Antrag ist beim Vorsitzenden der Kommission einzureichen, der ihn zusammen mit den Akten vorlegt. Wenn die Akten sich schon beim Volksbetreuungsamt befinden, erfolgt die Vorlage über dieses.

§ 9

1) Alle Personen, von denen auf Grund obiger Bestimmungen festgestellt wird, daß sie in einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation eine führende Rolle gespielt haben (§ 4 Absatz 1), sind über die Nachteile hinaus, die in den Rechtsvorschriften über die Bodenreform festgelegt sind, in Polizeigewahrsam zu nehmen (internieren). Ihre Familienangehörigen (ihre in häuslicher Gemeinschaft lebende Ehefrau und ihre minderjährigen Kinder) sind - wenn sie von den Auswirkungen des Beschlusses nicht befreit sind - an den Internierungsort zu verbringen, bis dahin können sie zwangsweise zusammen untergebracht werden.

Die Kommission legt eine Ausfertigung des aufgenommenen Protokolls zwecks Fassung des Internierungsbeschlusses der vom Innenminister hierfür bestimmten Polizeibehörde zweiter Instanz vor. Die zweite Ausfertigung des Protokolls ist dem Grundbesitzreglungsrat der Provinz, die dritte Ausfertigung dem Volksbetreuungsamt zu übersenden.

2) Die Internierung wird auf Grund des Internierungsbeschlusses von der Polizei im Einvernehmen mit dem Volksbetreuungsamt an Orten durchgeführt, die durch das Volksbetreuungsamt hierfür bestimmt werden. Die Umsiedlung der Angehörigen erfolgt ausschließlich durch das Volksbetreuungsamt.

Die Internierten und ihre evakuierten Familienangehörigen können 200 kg ihres beweglichen Eigentums - soweit dieses nicht zur wirtschaftlichen Ausrüstung gehört und wegen bestehender öffentlicher Schulden nicht der Pfändung unterliegt - mit sich nehmen. Ihr übriges bewegliches und unbewegliches Vermögen wird beschlagnahmt mit Ausnahme der zurückgelassenen Lebensmittelvorräte und der wirtschaftlichen Ausrüstung, die gemäß Verfügung des Amtes für Volkswohlfahrt Neusiedlern zugeteilt werden. Der Gemeindevorstand hat unter Aufsicht des Volksbetreuungsamtes für die Beschlagnahme und Pflege der sequestrierten Vermögensgegenstände zu sorgen.

3) Falls die Polizeibehörde zweiter Instanz von der Anordnung der Internierung absieht, finden auf die fraglichen Personen, die für Mitglieder hitleristischer (Volksbund-, Pfeilkreuzler-, faschistischer usw.) Organisation (§ 4 Absatz 2) geltenden Bestimmungen (§ 10) Anwendung.

§ 10

1) Alle Personen, von denen festgestellt wird, daß sie Mitglieder einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation waren (§ 4 Absatz 2), werden, außer von den Nachteilen, die in den gesetzlichen Bestimmungen über die Bodenreform vorgesehen sind, auch von einer besonderen Arbeitsdienstpflicht betroffen, die sie gemäß den Verfügungen des Ministers für Wiederaufbau abzuleisten haben.

Die Vorschriften über die Altersgrenze, die Befreiung und die Dauer des Arbeitsdienstes sind die gleichen wie die allgemeinen Bestimmungen der Verordnung über öffentliche Arbeit, die die öffentliche Arbeitsdienstpflicht von Pfeilkreuzlern u.a. regelt. Überdies können sie zwangsweise zusammen untergebracht werden und sind verpflichtet, ihren Lebensmittelvorrat, der den für sie und ihre Familie notwendigen dreimonatigen Lebensmittelbedarf überschreitet, nach Anweisung des Volkswohlfahrtsamtes, den Siedlern zu überlassen.

Der Arbeitsdienst ist gegen die amtlich festgelegten örtlichen Arbeitslöhne, am Wohnort oder an dem vom Volkswohlfahrtsamt bestimmten Umsiedlungsort einzeln oder gruppenweise zu leisten. Umgesiedelt werden auch die Familienmitglieder (ihre in häuslicher Gemeinschaft lebende Ehefrau und ihre minderjährigen Kinder), wenn sie nicht von den Auswirkungen des Beschlusses befreit sind.

Die Umsiedler können über ihr bewegliches Vermögen - wenn dieses nicht zu der wirtschaft-

lichen Ausrüstung gehört und nicht wegen bestehender öffentlicher Schulden der Pfändung unterliegt - frei verfügen. Eine Ausfertigung des von der Verhandlung aufgenommenen Protokolls ist dem Grundbesitzreglungsrat der Provinz, zwei Ausfertigungen sind dem Volkswohlfahrtsamt zu übersenden.
2) Falls diesen Personen ihr Hofraum (Wohnhaus und 600 Quadratklafter) gemäß § 7 Absatz 2 der Verordnung Nr. 600/1945 ... aus Billigkeitsgründen belassen wurde, kann dieser vom Volkswohlfahrtsamt für die zwangsweise Unterbringung anderer, sich in der gleichen Lage befindlichen Personen in Anspruch genommen werden.
§ 11
1) Wenn die Kommission solche Personen als Führer (§ 4 Absatz 1) oder Mitglieder (§ 4 Absatz 2) einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation bezeichnet, bezüglich derer die Bodenbeschaffungskommission der Gemeinde keinen Vorschlag auf Beschlagnahme gemacht hat, so hat der Beschluß der Kommission die gleiche Wirkung wie der Vorschlag auf Beschlagnahme der Landbeschaffungskommission der Gemeinde; über die Beschlagnahme entscheidet in solchen Fällen der Grundbesitzreglungsrat der Provinz, gegen dessen Beschlüsse auf Grund der allgemeinen Bestimmungen beim Landesrat für Grundbesitzregelung Beschwerde eingelegt werden kann.
2) Trifft der Grundbesitzreglungsrat der Provinz keine Beschlagnahmeverfügung, so haben auf die fragliche Person diejenigen Bestimmungen (§ 12) Anwendung zu finden, die sich auf Personen beziehen, welche die Zielsetzungen der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisationen (§ 4 Absatz 3) unterstützt haben.
§ 12
1) Alle Personen, von denen festgestellt wird, daß sie die Zielsetzungen der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisationen unterstützt haben (§ 4 Absatz 3), sind verpflichtet, mit ihrem unbeweglichen Vermögen der staatlichen Siedlungsaktion zur Verfügung zu stehen. Dies bedeutet, daß sie gemäß der Verfügung des Volkswohlfahrtsamtes dulden müssen, daß ihr Grundbesitz vom Volkswohlfahrtsamt gegen Grundstükke, die in einem anderen Teile des Landes gelegen sind, ausgetauscht wird.
Bis dahin sind sie verpflichtet, in ihren Häusern die Familienmitglieder der Führer (§ 4 Absatz 1) der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Bewegungen und die Mitglieder (§ 4 Absatz 2) dieser Bewegungen aufzunehmen. Sie sind auch verpflichtet, ihren Lebensmittelvorrat, der den für sie und ihre Familie notwendigen dreimonatigen Lebensmittelbedarf übersteigt, auf Weisung des Volkswohlfahrtsamtes den Neusiedlern zu überlassen. Über ihr bewegliches Vermögen können sie, falls dieses nicht zu der wirtschaftlichen Ausrüstung gehört, frei verfügen.
Ihr zu der wirtschaftlichen Ausrüstung gehörendes bewegliches Vermögen müssen sie im Bedarfsfalle nach Weisung des Volkswohlfahrtsamtes mit den Siedlern, die auf ihrem früheren Grundbesitz angesiedelt werden, teilen. Das über die Verhandlung aufgenommene Protokoll ist dem Volksbetreuungsamt einzureichen.
2) Die finanzielle Abwicklung des Grundstücksaustausches wird durch eine besondere Rechtsvorschrift geregelt.
§ 13
Diejenigen, von denen die Kommission feststellt, daß sie keine Mitglieder, Führer oder Förderer der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisationen waren (§ 4 Absatz 4), die jedoch ihre Vaterlandstreue und demokratische Gesinnung nicht unter Beweis gestellt haben (§ 6), sind, falls erforderlich, gleichfalls verpflichtet, die zwangsweise Evakuierten oder zusammen Unterzubringenden in ihre Häuser aufzunehmen. In solchen Fällen ist die Familienzusammengehörigkeit entsprechend zu berücksichtigen.
§ 14

1) Die Bezirkskommission regelt ihr Verfahren nach Möglichkeit so, daß sie zuerst die Führer (§ 4 Absatz 1) der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisationen, dann ihre Mitglieder (§ 4 Absatz 2) und schließlich ihre Förderer (§ 4 Absatz 3) an die Reihe nimmt.
Das Volksbetreuungsamt ruft vor Beginn und während des Verfahrens die Bevölkerung unter Benennung des Umsiedlungsortes mehrfach zur freiwilligen Umsiedlung auf. Von den sich freiwillig meldenden fertigt die Kommission ein Verzeichnis in zwei Exemplaren, deren zweites dem Volksbetreuungsamt übersandt wird. Die freiwilligen Umsiedler haben das Recht, die Tauschgrundstücke zu besichtigen und in dem vom Volksbetreuungsamt bezeichneten Rahmen zwischen den Grundstücken zu wählen.
2) Gegen die freiwilligen Umsiedler ist das in den §§ 2-8 geregelte Kommissionsverfahren in einem späteren Zeitpunkt an ihrem neuen Wohnort durchzuführen, sie können jedoch nur mit der Feststellung belastet werden, daß sie Führer (§ 4 Absatz 1) oder Mitglied (§ 4 Absatz 2) einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation waren. Diejenigen, gegen die an ihrem neuen Wohnort eine solche Feststellung nicht getroffen wird, können keiner weiteren Umsiedlung oder Evakuierung unterworfen werden.
3) Falls die Kommission auf Grund der ihr zur Verfügung stehenden Unterlagen zu der Erkenntnis gelangt, daß ein sich freiwillig Meldender ein allgemein bekannter und tätiger Hitleranhänger (Volksbund, Faschist, Pfeilkreuzler usw.) gewesen ist, so kann sie bis zum Zeitpunkt der Beendigung ihres Verfahrens in der Gemeinde anordnen, daß auch gegen ihn an seinem Wohnort zu verhandeln ist.
Wenn sie als Ergebnis des Verfahrens feststellt, daß die der Untersuchung unterzogene Person Führer (§ 4 Absatz 1) oder Mitglied (§ 4 Absatz 2) einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation war, dann ist der Betreffende aus dem Verzeichnis der sich freiwillig Meldenden zu streichen.
Wenn sie feststellt, daß er ein Förderer (§ 4 Absatz 3) der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation war, dann bleiben die Bestimmungen über die freiwilligen Meldungen auf ihn anwendbar, und er wird in dem Verzeichnis der sich freiwillig Meldenden belassen.

§ 15

Diejenigen, von denen die Kommission in gewöhnlichem Verfahren oder in einem neuen Verfahren (§ 7 Absatz 3), (§ 8 Absatz 3) feststellt, daß sie keine Führer (§ 4 Absatz 1) oder Mitglieder (§ 4 Absatz 2) der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation waren, deren Grundstücke aber trotzdem auf Grund eines in ihrer Abwesenheit durchgeführten Verfahrens oder auf andere Weise beschlagnahmt oder eingezogen wurden, können von dem Volksbetreuungsamt ein Tauschgrundstück beanspruchen.
Auf diejenigen, von denen die Kommission festgestellt hat, daß sie die Zielsetzungen der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation unterstützt haben (§ 4 Absatz 3), sind die Bestimmungen über den zwangsweisen Besitztausch (§ 12), auf diejenigen, von denen die Kommission eine derartige Feststellung nicht getroffen hat, die Bestimmungen über den freiwilligen Besitztausch (§ 13) anzuwenden.

§ 16

1) Aus den Siedlern, die durch das Volkswohlfahrtsamt in irgendeiner Gemeinde angesiedelt werden sollen, sind gemeindeweise Bodenbeschaffungskommissionen zu bilden, die über Grundstücke, die in der Gemeinde auf Grund des oben beschriebenen Kommissionsverfahrens beschlagnahmt oder vertauscht wurden, die in den Ziffern b, d, e, f und h des § 8 der Verordnung Nr. 33000/1945 F. M. festgelegten Zuständigkeiten ausüben.
2) Der Grundbesitzreglungsrat der Provinz wird durch zwei Vertreter des Volkswohlfahrtsamtes ergänzt, wenn er bei einer Beschlagnahme, einem Grundstückstausch oder einer Ansied-

lung tätig wird, die im Rahmen des Volkswohlfahrtsamtes abzuwickeln ist.
3) Für Angelegenheiten, die durch das Volksbetreuungsamt abgewickelt werden, wird bei dem Landesrat für die Bodenbesitzregelung ein besonders tagender Rat gebildet, in dem auch zwei Vertreter des Volksbetreuungsamtes Sitz und Stimme haben.
§ 17
Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Mit ihrem Inkrafttreten verlieren sämtliche allgemeinen Verfügungen, Richtlinien usw., die vorher über diesen Gegenstand von irgendeiner Behörde erlassen wurden, ihre Gültigkeit. Für die Durchführung dieser Verordnung sorgen der Innenminister auf dem Wege über das Volksbetreuungsamt und der Landwirtschaftsminister über den Landesrat für Grundbesitzregelung.
Veröffentlicht in "Magyar Közlöny" vom 1. Juli 1945 …<<
Großbritannien: Churchill kritisiert am 1. Juli 1945 den Rückzug der Nordamerikaner und Briten aus Mitteldeutschland (x111/42): >>... Sowjetrußland setzte sich im Herzen Europas fest. Es war für die Menschheit ein verhängnisvoller Tag.<<
02.07.1945
CSR: Der tschechoslowakische Ministerpräsident Fierlinger fordert am 2. Juli 1945 in einer Rundfunkrede die von Polen besetzten Glatzer Gebiete (Glatz, Leobschütz und Ratibor). Die polnisch-tschechischen Auseinandersetzungen erhalten dadurch neuen Auftrieb (x005/587).
03.07.1945
SBZ: Die SMAD befiehlt am 3. Juli 1945 die Errichtung von Landes- bzw. Provinzialverwaltungen.
Berlin: Die Nordamerikaner und Briten besetzen am 3. Juli 1945 die Westsektoren Berlins.
04.07.1945
Berlin: Johannes R. Becher (1891-1958; Schriftsteller, seit 1919 KPD-Mitglied, erhält 1952 den "Stalin-Friedenspreis", 1954 Kulturminister in der DDR) erklärt am 4. Juli 1945 während einer Rede im Berliner Rundfunkhaus (x073/219, x111/44): >>Eine solche Niederlage wie wir Deutsche sie erlitten haben, stellt die Frage an die ganze Nation. Unsere gesamte geschichtliche Entwicklung ist in Frage gestellt, muß neu überprüft und neu beantwortet werden. Wie konnte das geschehen?
Wie konnte das möglich werden?
Wie ist es möglich geworden, daß Millionen Deutscher - und die meisten wider besseres Wissen - einem Hitler nachfolgten ins Verderben bis zuletzt?
Es ist eine Lebensfrage, eine Frage auf Leben und Tod unseres Volkes. Jeder einzelne von uns, die ganze Nation muß über sich selbst Gerichtstag halten. ...<<
>>... Wir erstreben eine neue, freiheitliche, demokratische Weltanschauung. Wir fordern die Erziehung unseres deutschen Volkes im Geist der Wahrheit, im Geist eines streitbaren Demokratismus: Wir wollen das deutsche Volk mit den kulturellen Errungenschaften aller Nationen, vor allem auch mit denen der Sowjetunion, bekannt machen.<<
Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 4. Juli 1945 in ihrem Tagebuch über die Reden zur Gründung des "Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" (x111/44): >>... Fast keiner der acht Prominenten, die hier mit der Vergangenheit abrechnen und sich um die Bereinigung unseres Kulturlebens bemühen, scheint zu bemerken, wie wenig ihm bisher die Bereinigung des eigenen Sprachstils gelungen ist.
Noch immer geht es ihnen um Höchstes und Letztes, um Gewaltigstes und Erhabenstes. Von Schulung, Einsatz, Planung, Zielsetzung und Marschrichtung sprechen sie mit schöner Unbefangenheit. ... Irgendwie hatte sich jeder von uns den Start in die demokratische Erneuerung anders vorgestellt. Handgreiflicher gewissermaßen, aktiver und tatenvoller.<<
WBZ: Die westlichen Alliierten berichten am 4. Juli 1945, daß sie den Sowjets bereits rund

1,5 Millionen russische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene übergeben haben (x133/427).
Österreich: Die Alliierten kündigen am 4. Juli 1945 an, daß Österreich in den Grenzen von 1937 bestehen bleiben soll und in 4 Besatzungszonen sowie Wien (Sonderstatus) eingeteilt wird (x040/290).

"Befreites Österreich"

Österreich wurde nach dem Kriegsende nicht wie ein besiegtes, sondern wie ein befreites Land behandelt. Da Österreich von den Siegermächten offiziell als "Hitler-Opfer" eingestuft wurde, mußte es auch keine Verantwortung für die NS-Verbrechen übernehmen.
Die angeblich "von Hitler gewaltsam unterdrückten Österreicher" sahen diese Befreiungstheorie selbstverständlich genauso. Obwohl fast alle Österreicher den freiwilligen Anschluß begrüßten und "ihren Hitler" jubelnd empfangen hatten, wollten die anpassungsfähigen und "vergeßlichen" Österreicher nach der Niederlage natürlich nichts mehr von den deutschen Verlierern wissen.
Die sowjetischen Befreier wurden damals zwar nicht mit dem donnernden Beifall der deutsch-österreichischen Anschlußfeiern von 1938 begrüßt, aber von Wien bis Graz standen die "befreiten Österreicher" an den Straßen und jubelten den Rotarmisten zu. Die Österreicher, seit jeher der "charmanteste und glücklichste" deutsche Volksstamm, überwanden auch den Zweiten Weltkrieg fast mühelos.
Die wendigen Österreicher rückten sofort von den zertrümmerten deutschen Nachbarn ab und leugneten alle bisherigen freundschaftlichen Beziehungen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren die ehemals sieg- und erfolgreichen Deutschen plötzlich nur noch die "ewigen Verlierer" und Unpersonen.
Auch die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen erlebten in Österreich fast überall bittere Erfahrungen, denn viele "befreite" Österreicher wollten mit den "besiegten" Deutschen nichts mehr zu tun haben. Wohin die deutschen Heimatlosen auch kamen, in Österreich waren sie fast nirgends willkommen und vielerorts kam es zu offenen Feindseligkeiten. Nur wenn die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen genügend Vermögenswerte besaßen, verhielten sich die einheimischen Österreicher wesentlich "freundlicher".
Fast kein Österreicher erinnerte sich nach dem Zweiten Weltkrieg mehr daran, daß der radikale Nationalsozialismus gerade vor und nach dem Ersten Weltkrieg in der ehemaligen Donaumonarchie besonders erfolgreich gewesen war.
Die Österreicher verdrängten auch die Tatsache, daß der ehemalige Österreicher Adolf Hitler in erster Linie durch die österreichischen Nationalisten bzw. Judenhasser Georg von Schönerer, Karl Lueger und Adolf Lanz geprägt worden war und daß seit Ende des 19. Jahrhunderts vor allem in Österreich ein ausgeprägter Judenhaß existierte.
Die österreichischen "Judenjäger" mußten jedenfalls nachweislich nicht von den deutschen Nationalsozialisten zur Judenjagd gezwungen werden. Zu den "berüchtigsten Österreichern" jener Zeit zählten z.B. Adolf Hitler, Odilo Globocnik, Ernst Kaltenbrunner, Arthur Seyß-Inquart, Franz Stangl und Gustav Wagner.
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die fehlende Solidarität der "befreiten österreichischen Nation" (x024/-235-236): >>... Das "befreite Österreich", das sich aus der gesamtdeutschen Verantwortung stehlen und den von den meisten Österreichern lebhaft begrüßten Anschluß an Deutschland vergessen machen wollte, war bestrebt, die lästigen Vertriebenen so bald wie möglich nach "Deutschland", also in die westlichen 3 Besatzungszonen, abzuschieben. Eine Eingliederung der Flüchtlinge sollte verhindert werden. Dazu mußten fragwürdige Mittel herhalten.
"Volksdeutsche" durften nur in untergeordneten Tätigkeiten beschäftigt werden, die Kinder von Vertriebenen wurden vom Schulunterricht ausgeschlossen. Sie durften bestenfalls nachmittags die Räume der österreichischen Schulen benutzen. Die Vertriebenen waren größten-

teils in Lagern untergebracht. Wenn dort Plätze frei wurden, weil Flüchtlinge nach Westdeutschland übersiedelten, wurden andere aus mühselig beschafften Privatwohnungen in die Lager eingewiesen.
Angesichts dieser diskriminierenden Maßnahmen zogen es tatsächlich die meisten Vertriebenen vor, nach Westdeutschland zu gehen. Von den 1,4 Millionen Vertriebenen. die nach Österreich kamen, blieben nur 350.000. Für den Erhalt der österreichischen Staatsangehörigkeit mußten sie noch kräftig bezahlen und ausdrücklich auf alle Entschädigungsansprüche an den österreichischen Staat für ihre durch die Vertreibung erlittenen Verluste verzichten.
Der österreichische Nationalismus bot, wie Prof. Wilfried Schlau schrieb, "ein makabres Beispiel moralischer Fragwürdigkeit und das Fehlen jeglicher sozialer Solidarität: Helmut Qualtinger hat dieser Geisteshaltung der 'befreiten österreichischen Nation' in seinem 'Herrn Karl' ein literarisches Denkmal gesetzt." ...<<
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" (x075/34): >>... Häufiger kommt es ... vor, daß eine Gruppe, z.B. ein nationaler Verband, danach trachtet, die Verbrechen oder die Beihilfe dazu in Schweigen zu hüllen, weil die Erinnerung daran das gute Gewissen belasten würde.
Österreich pflegte nach 1945 die Erinnerung an das Verbrechen des Anschlusses, die Annexion durch Deutschland 1938; auf diese Weise konnte man sich als Opfer empfinden. Unterschlagen wurden dabei allerdings die massenhafte und weitgehend begeisterte Zustimmung zu dieser Vergewaltigung, sowie die verbrecherischen Handlungen, an denen viele Österreicher nach dem Anschluß beteiligt waren.
Da sie sich in die Opferrolle begeben und dadurch eine Beschuldigung von außen verhindert hatten, wurde das öffentliche Bewußtsein nicht durch die Erinnerung an eine Beteiligung gestört. ...<<

05.07.1945

Berlin: In Berlin erfolgt am 5. Juli 1945 die Gründung der LDPD.
Die LDPD stellt nach ihrer Konstituierung am 5. Juli 1945 ihr Parteiprogramm vor (111/44-45): >>1. Innere und äußere Befreiung Deutschlands vom Schmutz des Hitlertums.
2. Achtung vor den Rechten der Person ohne Unterschied der Rasse, der Klasse, des Alters oder des Geschlechts.
3. Sicherung der elementaren Lebensbedingungen für das deutsche Volk.
4. Wiederherstellung des deutschen staatlichen Aufbaues auf demokratischer Grundlage.
5. Uneingeschränkte Unterstützung aller Maßnahmen zur Sicherung eines Platzes für Deutschland in einer entsprechenden internationalen Organisation.
6. Verzicht auf den Militarismus und auf den Glauben, daß Macht Recht bedeute.
7. Freiheit des religiösen Glaubens und der Religionsausübung für alle.
8. Wiederherstellung des deutschen kulturellen, kommunalen und sozialen Lebens und Bewußtseins. ...<<
WBZ: Der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer schreibt am 5. Juli 1945 (x095/18-20): >>Ich sehe die Entwicklung in Deutschland mit steigender Sorge. Rußland läßt einen eisernen Vorhang herunter. Ich glaube nicht, daß es sich bei der Verwaltung der Hälfte Deutschlands, die ihm überantwortet ist, von der Zentralen Kontrollkommission irgendwie beeinflussen lassen wird. Die weiterblickenden englischen und amerikanischen Stellen teilen wohl diesen Standpunkt, denn sie haben keine Hoffnung, in Zukunft aus diesem Teil Deutschlands noch Zufuhren an Lebensmitteln zu erhalten.
Hinsichtlich der Verwaltung der britischen, der amerikanischen und der ... französischen Zone herrscht ein verhängnisvolles Durcheinander. Ich glaube wohl, daß die Mehrzahl der militärischen Stellen, die sich zur Zeit mit der Verwaltung dieser Gebiete befaßt, nicht schlechten Willen hat, aber es geht ihnen völlig ab die Kenntnis Deutschlands, Verwaltungserfahrung,

namentlich die Einsicht dafür, was auch dieses Restdeutschland für Europa, insbesondere für Mitteleuropa und dafür für England und Frankreich und letzten Endes auch für Amerika bedeutet.
In wirtschaftlicher Hinsicht ist man über die allerkümmerlichsten Anfänge noch nicht hinausgekommen. So wird es sie interessieren, daß die Förderung im Industriegebiet 10 % normal beträgt und daß von diesen 10 % 7 % nach Frankreich gehen. Daß mit dem Verbleib der 3 % die Wirtschaft nicht angekurbelt werden kann, auch nicht der Eisenbahnverkehr, daß kein Hausbrand zur Verfügung stehen wird, brauche ich nicht zu sagen.
Ich befürchte, daß diesen Winter in Deutschland Millionen Menschen an Hunger und Kälte sterben werden. Hungerödeme als Todesursache sind schon jetzt nicht selten. ...<<
CSR: Ausweisungsbescheid vom 5. Juli 1945 für Landskron, Sudetenland (x004/324): >>... Herrn Leopold P. mit allen seinen Familienangehörigen ...
Gemäß dem Beschluß der Verwaltungskommission wird Ihnen aufgetragen, am 5.07.1945, 7 Uhr, auf dem Marktplatz mit allen Ihren Familienangehörigen zwecks Ausweisung aus der Tschechoslowakischen Republik zu erscheinen.
Zu diesem Zwecke können Sie folgende Gegenstände mit sich nehmen:
1. Lebensmittel, soviel Sie ertragen können, wenigstens für 7 Tage;
2. Kleidung (das Nötigste);
3. Waschmittel (Seife, Paste und Zahnbürste usw.);
4. Wäsche, Kinderwäsche, Garnituren usw.;
5. Geld, Wertpapiere, Einlagebücher u.ä.;
6. Schmuck;
7. Kinderwagen.

Ferner wird Ihnen bewilligt, für den Transport Handwagen mitzunehmen. Die Wohnung haben Sie in vollkommener Ordnung zu verlassen. Die Nichtbefolgung dieses Bescheides wird bestraft.
Gegen diesen Bescheid gibt es keine Berufung.<<

07.07.1945

Berlin: Die Alliierten unterzeichnen am 7. Juli 1945 ein Abkommen über die Viermächteverwaltung Berlins.
Die Vertreter der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion vereinbaren am 7. Juli 1945 freie Verkehrsverbindungen zwischen allen vier Berliner Sektoren (x111/45).
Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) notiert am 7. Juli 1945 in ihrem Tagebuch (x111/44): >>... Die ganze Stadt lebt in einem Rausch der Erwartung. Man möchte sich zerreißen vor Arbeitseifer, möchte tausend Hände haben und tausend Gehirne. Die Amerikaner sind da. Die Engländer, die Russen. Auch die Franzosen sollen im Anzug sein. ...
Wenn man uns jetzt versteht und verzeiht, wird man alles von uns erreichen. Alles! Daß wir dem Nazismus abschwören, daß wir das Neue besser finden, daß wir arbeiten und grundsätzlich guten Willens sind. Noch nie waren wir so erlösungsreif. So müde des Terrors, der Furcht und des Unrechts. Wenn unsere Sieger nur halten, was sie uns versprochen haben.<<
WBZ: Die US-Militärverwaltung tritt am 7. Juli 1945 das Saarland an Frankreich ab.

08.07.1945

Berlin: Ein nordamerikanischer JCS-Offizier berichtet am 8. Juli 1945 (x116/148): >>... Wenn man die große Zerstörung und andere Faktoren bedenkt, so gibt es in Berlin noch erstaunlich viele Theater- und Filmleute. Fast täglich werden neue Theater eröffnet, und in der Volksoper in der Kantstraße sind die Proben für Opernaufführungen in vollem Gange. Vorbehaltlich einer genauen Überprüfung dieser Aktivitäten kann festgestellt werden, daß die Künstler – als Folge der russischen Praktiken – die Erlaubnis zu arbeiten, als selbstverständ-

lich ansehen und beträchtliche Anstrengungen unternehmen, manchmal nehmen sie Fußmärsche bis zu 3 Stunden zu ihrem Arbeitsplatz in Kauf. ...
Allgemein kann über das Personal gesagt werden, daß aufgrund der geringen russischen Intervention und vielleicht aufgrund der Temperamentsunterschiede die Berliner Bevölkerung eher zur Mitarbeit bereit und viel weniger unterwürfig ist, weniger dienert, schmeichelt und zu gefallen sucht, als beispielsweise unsere Münchener Klienten.<<

09.07.1945

Ostdeutschland: Die SMAD stellt Stettin am 9. Juli 1945 unter polnische Verwaltung (x111/46).

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 9. Juli 1945 aus München (x124/38): >>... Wir sind vogelfrei, jeder für sich ein Beutestück. Für Verbrechen an Deutschen fehlt der Kläger. ...
Nach Zeitungsberichten wollen die Russen in absehbarer Zeit ihre Truppen aus der Tschechoslowakei abziehen. ... Mit dem Truppenabzug zwingen sie die Amerikaner, den von ihnen besetzten schmalen Streifen Westböhmens gleichfalls zu räumen. Wehe den Deutschen, die sich bis dahin nicht nach Bayern abgesetzt haben. ...<<

10.07.1945

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 10. Juli 1945 aus München (x124/39): >>... In der britischen Zone soll der Postverkehr längst in Gang gekommen sein. Leute, die uns von drüben besuchen, staunen, wie wenig seit der Kapitulation bei uns in Gang gekommen ist. Die Amerikaner scheinen ausschließlich mit sich selbst beschäftigt zu sein, wir sind für sie kaum mehr als ein notwendiges Übel. ...
Die Masse der aus den Lagern entlassenen Soldaten, untermischt mit heimatlos gewordenen Ostdeutschen, stromert auf den Landstraßen hin und her. Jede Gemeinde ist verpflichtet, den Rückkehrern und Flüchtlingen für eine Nacht Nahrung und Unterkunft zu gewähren. ... Der Schwarzhandel gedeiht, der sich früher wegen der drakonischen Strafen nicht ans Tageslicht wagte. ...<<

Polen: Polens Ministerpräsident Osobka-Morawski kündigt am 10. Juli 1945 öffentlich an, daß man alle Deutschen, die sich noch in Polen und in den "polnisch verwalteten Gebieten" aufhalten, ausweisen wird (x040/290).

11.07.1945

Berlin: Die 4 Siegermächte übernehmen am 11. Juli 1945 die Berliner Verwaltung.

12.07.1945

Berlin: Shukow fordert die Westmächte am 12. Juli 1945 auf, die drei Berliner Westsektoren selbst zu versorgen (x111/47).

UdSSR: Ilja Ehrenburg schreibt am 12. Juli 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/162): >>Die Sowjetunion hat die Völker Europas gerettet. Stalin rüttelte jedermanns Gewissen wach ... Wir lieben Stalin.<<
Erich Weinert (Präsident des Nationalkomitees "Freies Deutschland") berichtet am 12. Juli 1945 im Radio Moskau über den "freiwilligen Arbeitseinsatz" der Deutschen in der UdSSR (x111/47-48): >>Hunderttausende von Deutschen haben sich davon Rechenschaft gegeben, daß die Wiedergutmachung in Sachwerten in den verwüsteten Gebieten Rußlands die Priorität gegenüber dem Wiederaufbau in Deutschland haben müsse.
Diese Männer haben sich in freier Weise für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt. Sie wissen, daß sie mit dem Wiederaufbau der von ihnen zerstörten russischen Städte den Grundstein für die Wiederaufrichtung unserer nationalen Ehre legen. ...<<

14.07.1945

Ostdeutschland: Die polnische Regierung ordnet am 14. Juli 1945, um 6 Uhr, per Sonderbefehl die Austreibung der deutschen Bevölkerung der Stadt Bad Salzbrunn in Schlesien an

(x024/125): >>... 1. Am 14.07.1945, ab 6 bis 9 Uhr, wird eine Umsiedlung der deutschen Bevölkerung stattfinden.
2. Die deutsche Bevölkerung wird in das Gebiet westlich des Flusses Neiße umgesiedelt.
3. Jeder Deutsche darf höchstens 20 kg Reisegepäck mitnehmen.
4. Kein Transportmittel (Wagen, Ochsen, Pferde, Kühe usw.) wird erlaubt.
5. Das ganze lebendige und tote Inventar in unbeschädigtem Zustande bleibt als Eigentum der Polnischen Regierung zurück.
6. Die letzte Umsiedlungsfrist läuft am 14. Juli, 10 Uhr, ab.
7. Nichtausführung des Befehls wird mit schärfsten Strafen verfolgt einschließlich Waffengebrauch.
8. Auch mit Waffengebrauch wird verhindert, Sabotage und Plünderung.
9. Sammelplatz an der Straße Bhf. Bad/Salzbrunn, Adelsbacher Weg in einer Marschkolonne zu 4 Personen. Spitze der Kolonne 20 Meter vor der Ortschaft Adelsbach.
10. Diejenigen Deutschen, die im Besitz der Nichtevakuierungsbescheinigungen sind, dürfen die Wohnung mit ihren Angehörigen in der Zeit von 5 bis 14 Uhr nicht verlassen.
11. Alle Wohnungen in der Stadt müssen offen bleiben, die Wohnungs- und Hausschlüssel müssen nach außen gesteckt werden.<<

Berlin: Vertreter der KPD, SPD, CDU und LDP beschließen am 14. Juli 1945 die Bildung eines "Antifaschisten-Blocks" (x116/14): >>... Hitler hat Deutschland in die tiefste Katastrophe seiner Geschichte gestürzt. Die Kriegsschuld Hitler-Deutschlands ist offenkundig. Weite Kreise des deutschen Volkes waren dem Hitlerismus und seiner Ideologie verfallen und haben seinen Eroberungskrieg bis zum furchtbaren Ende unterstützt. Groß war die Zahl jener Deutschen, die willenlos der Hitlerpolitik folgten und sich damit mitschuldig gemacht haben.
So hat Hitler unser ganzes Volk in ein Chaos von Schuld und Schande gestürzt. Nur durch einen grundlegenden Umschwung im Leben und im Denken unseres ganzen Volkes, nur durch Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist es möglich, die Nation zu retten.<<

Der "Antifaschisten-Block" kündigt am 14. Juli 1945 folgende Hauptziele an (x111/48-49): >>1. Zusammenarbeit im Kampf zur Säuberung Deutschlands von den Überresten des Hitlerismus und für den Aufbau des Landes auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage. Kampf gegen das Gift der Naziideologie wie gegen alle imperialistisch-militaristischen Gedankengänge.
2. Gemeinsame Anstrengungen zu möglichst raschem Wiederaufbau der Wirtschaft, um Arbeit, Brot, Kleidung und Wohnung für die Bevölkerung zu schaffen.
3. Herstellung voller Rechtssicherheit auf der Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates.
4. Sicherung der Freiheit des Geistes und des Gewissens sowie der Achtung vor jeder religiösen Überzeugung und sittlichen Weltanschauung.
5. Wiedergewinnung des Vertrauens und Herbeiführung eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden Verhältnisses zu allen Völkern. Unterbindung jeder Völkerverhetzung. Ehrliche Bereitschaft zur Durchführung der Maßnahmen der Besatzungsbehörden und Anerkennung unserer Pflicht zur Wiedergutmachung.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Blockpolitik" in der SBZ (x009/78-79): >>Taktische Methode zur Durchführung einer "Revolution von oben", Form der interfraktionellen Zusammenarbeit in den Volksvertretungen der SBZ im Gegensatz zur Koalitionspolitik in parlamentarischen Demokratien.
Von kommunistischer Seite als "neue Art der Zusammenarbeit" bezeichnet. Innerhalb des "Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien (gegründet am 14.7.1945, kurz: Antifa-Block) sind Koalitionen einzelner Blockpartner nicht erlaubt.
Beschlüsse werden nur durch Zustimmung aller Fraktionen gefaßt. Mittels der Blockpolitik

machte die SED die von ihr in freier parlamentarischer Abstimmung nicht erreichbaren Mehrheitsbeschlüsse überflüssig. Unter Bemäntelung durch parlamentarisch-demokratische Formen erhält der Block die Funktion einer einzigen Partei; Blockpolitik wird zum Einparteiensystem. Die Blockpolitik diente u.a. auch als Begründung für die Einheitsliste bei den Volkskammerwahlen im Oktober 1950.
Seit durch Zulassung der kommunistisch beherrschten NDPD, DBD und der Massenorganisationen zu den Volksvertretungen die Herrschaft der SED gesichert ist, hat die Blockpolitik stark an Bedeutung verloren und ist mehr und mehr durch das Operieren mit der noch stärker SED kontrollierten Nationalen Front ersetzt worden.<<
WBZ: Montgomery lockert am 14. Juli 1945 das Fraternisierungsverbot für die britischen Truppen in Westdeutschland (x111/49): >>... Ihr könnte Euch jetzt mit den Deutschen in den Straßen und in öffentlichen Lokalen in Gespräche einlassen; dagegen dürft Ihr sie nicht in ihren Häusern besuchen und auch nicht zulassen, daß sie die von Euch benutzten Räume betreten, ausgenommen in dienstlichen Angelegenheiten.<<
15.07.1945
WBZ: Das südliche Rheinland wird von der US-Militärregierung am 15. Juli 1945 unter französische Verwaltung gestellt.
Die Zeitung "Süddeutsche Mitteilungen" berichtet am 15. Juli 1945 über die "Säuberung" in der US-Besatzungszone (x114/2.135): >>Ausmerzung nationalsozialistischer Elemente geht weiter.
Frankfurt. – Die Säuberungsaktion des deutschen öffentlichen und Wirtschaftslebens in der von den Amerikanern besetzten Zone Deutschlands geht weiter. Die deutschen Zivilbehörden und die amerikanische Militärregierung arbeiten harmonisch zusammen, um diese Aktion durchzuführen.
Außer den höheren Beamten, Gauleitern und Kreisleitern der NSDAP, außer den Funktionären der SS und anderen Parteimitgliedern, die selbstverständlich hinter Schloß und Riegel sitzen, ist in der letzten Zeit der Entfernung von Nationalsozialisten aus dem Wirtschaftsleben und aus höheren und niederen Regierungsstellen mit Energie angegangen worden.
Bremen. – Bisher wurden in Bremen-Stadt 1.831 Beamte wegen nationalsozialistischer Betätigung entlassen; Bremen-Land ist zu 85 Prozent von Nationalsozialisten in Verwaltungsämtern gereinigt worden. Stadtkreis Wesermünde zu 94 Prozent, Landkreis Wesermünde zu 90 Prozent, Kreis Osterholz zu 91 Prozent und Kreis Wesermarsch zu 85 Prozent. ...<<
16.07.1945
Berlin: Die nordamerikanische "Information Control Division" berichtet am 16. Juli 1945 (x116/10): >>... Die Russen gingen viel schneller als wir an die Wiedererrichtung der Informationsmedien, und versuchten es viel schneller als wir, eine Politik zu praktizieren, die den Wünschen und Empfindungen des deutschen Volkes Rechnung trug.<<
USA: In Los Alamos (New Mexico) gelingt den Nordamerikanern am 16. Juli 1945 der 1. "erfolgreiche Atombombenversuch".
Der US-Physiker Philipp Morrison (1915-2005) berichtet später über die Zündung der ersten Atombombe (x165/469): >>... Ich hatte ein Kurzwellenradio und mußte den Funkverkehr der Leute abhören, die die eigentliche Zündung vornehmen würden. ... Ich hatte ein Mikrophon und ich übermittelte den Countdown. Ich sagte an: 30 Sekunden, 20 Sekunden, 10 Sekunden, 9, 8, 7, 6 ...
Aus zehn Meilen Entfernung sahen wir den unglaublich strahlenden Blitz. Das war aber nicht das Eindrucksvollste. Wir wußten, daß es blendend hell werden würde, und deshalb trugen wir Schweißerbrillen.
Was mich packte, war nicht der Blitz, sondern die gleißende Hitze eines strahlenden Tages auf unseren Gesichtern an jenem kalten Morgen in der Wüste. Es war, als öffne man einen glü-

henden Backofen, aus dem die aufgehende Sonne strahlte. Es war ein Gefühl von Ehrfurcht und Staunen und Bestürzung und Angst und Triumph zusammen. Das Geräusch kam eine Minute später. Die Explosion in der Totenstille, und dann ein mächtiger Donner. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Atombombe" (x051/42): >>Atombombe, Waffe, die die bei der Atomkernspaltung frei werdende Energie nutzt und damit eine allen traditionellen Sprengstoffen weit überlegene Kraft entwickelt.

Eine Atombombe wurde möglich nach Entdeckung der Urankernspaltung durch den deutschen Chemiker Otto Hahn (1879-1968) und sein Team im Dezember 38. Die für einen Bau der Atombombe erforderliche Industriekapazität war in Deutschland aber nicht vorhanden, zudem standen Vorurteile gegen die "jüdische Atomphysik" im Wege, so daß die Atombombenentwicklung nicht über Ansätze hinauskam.

Die Sorge davor jedoch veranlaßte Einstein am 2.8.39 zu einem warnenden Brief an US-Präsident Roosevelt, der die Entwicklung der Atombombe, das sogenannte Manhattan Project, in Auftrag gab. Sie wurde durch deutsche Ankündigungen von Wunderwaffen forciert; die Atombombe aber war erst nach Kriegsende in Europa einsatzbereit, so daß Japan Opfer der ersten Atombombenabwürfe wurde: 6.8.45 Hiroshima, 9.8.45 Nagasaki.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den 1. "erfolgreichen Atombombenversuch" (x068/257): >>Am 16. Juli 1945 ... wurde in New Mexiko das erste Ungeheuer gezündet, wobei die beteiligten Wissenschaftler mit dem Rücken zur Explosion gewandt, einen kurzen Freudentanz aufführten.

Nur J. Robert Oppenheimer kam in diesem Augenblick "plötzlich eine Stelle aus der 'Bhagavadgita' (religiös-philosophisches Gedicht) in den Sinn: Ich bin zum Tod geworden, dem Zerstörer der Welten". ...<<

17.07.1945

SBZ: Die Konferenz von Potsdam beginnt. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfindet, verhandeln Stalin, Truman, Churchill (bis zur Wahlniederlage am 28.07.) und Attlee (ab 29.07.) angeblich über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung.

WBZ: In Bayern gründet Landesbischof Hans Meiser am 17. Juli 1945 das "Evangelische Hilfswerk der Inneren Mission", um die Not der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen zu bekämpfen (x024/216): >>... So rufe ich alle Gemeinden unserer Landeskirche auf zu einem umfassenden Hilfswerk der Inneren Mission, das den Kampf aufnimmt mit der Riesennot der Zeit. Die Gemeinde von heute wird entweder eine Gemeinde der barmherzigen Liebe sein, oder sie wird nicht mehr sein.<<

18.07.1945

CSR: Die Prager Tageszeitung "Svobodny Smer" beschwert sich am 18. Juli 1945 über die anglo-amerikanische Einstellung (x028/126-127): >>Es ist unmöglich zu begreifen, wie es noch Leute gibt, welche die Deutschen in Schutz nehmen wollen. ...

Was hilft es uns, wenn die Öffentlichkeit in Amerika unsere Meinung teilt, daß die Deutschen keine menschlichen Wesen sind, sondern nur Halbmenschen, oder wenn sie der These zustimmt, daß die Deutschen so behandelt werden müssen, wie sie es verdienen, wenn zur selben Zeit junge Leute aus Oklahoma oder Michigan über die Straßen zwischen ... Cheb und Asch in ihren Sechszylindern reisen und kein Interesse zeigen. ...<<

Dänemark: Die dänische Regierung befürwortet am 18. Juli 1945 die Internationalisierung Südschleswigs und des Nord-Ostseekanals (x111/51).

19.07.1945

WBZ: Die französische Militärregierung befiehlt am 19. Juli 1945 allen deutschen Männern (x111/51): >>... (daß sie) Fahnen oder offizielle Wagen (der Militärregierung) zu grüßen ha-

ben. (Frauen haben) eine korrekte Haltung einzunehmen.<<

Jugoslawien: Enteignungsbescheid vom 19. Juli 1945 gegen den Volksdeutschen K. I. aus Donji Miholjac, Slawonien (x006/253E-254E): >>Kreis-Volksbefreiungsausschuß ... Beschluß: Auf Grund des Beschlusses ... über den Übergang von Feindvermögen in das Eigentum des Staates ... beschließt die bei diesem Kreis gebildete Kommission:

Das gesamte Vermögen des Deutschen K. I. und seiner Familie ... geht in Staatseigentum über. ... Dem bisherigen Eigentümer ist jede Verfügung über das aufgenommene Vermögen untersagt. ...

Jede vorsätzliche Beschädigung, Verbergung oder Wertminderung des Vermögens sowie jede böswillige Veräußerung oder Belastung wird als Verbrechen gegen die Volksinteressen aufgefaßt und nach Art. 31 des Gesetzes über die Konfiskation mit 6 Jahren Zwangsarbeit und dem Verlust der bürgerlichen Ehre bestraft, sofern die Tat nicht auf Grund des Gesetzes über das Volkseigentum noch schwerere Strafen nach sich zieht.

Gegen diesen Beschluß kann binnen 8 Tagen nach Empfang des Beschlusses ... Einspruch erhoben werden. Dieser Beschluß wird nach Ablauf dieser Frist ... sofort vollstreckbar. ...

Tod dem Faschismus - Freiheit dem Volke!<<

20.07.1945

SBZ: Die SMAD läßt am 20. Juli 1945 mehrere hundert Glocken zum Einschmelzen in die Sowjetunion transportieren (x111/51).

WBZ: Der katholische Kardinal Faulhaber und der evangelisch-lutherische Landesbischof Meiser kritisieren am 20. Juli 1945 die Entnazifizierungsmethoden der US-Militärregierung in Bayern (x111/51): >>... Die Vertreter der beiden christlichen Bekenntnisse in Bayern halten es für ihre Pflicht, bei der Besatzungsbehörde vorstellig zu werden mit der Bitte, in den Strafgerichten über das System des Unheils die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit walten zu lassen und die Schuld der einzelnen durch persönliche Überprüfung, also nicht pauschal, zu bemessen.

Die geistige Umschulung unseres Volkes von den nationalsozialistischen Irrtümern zu den Grundsätzen der christlichen Moral, die Wiederaufrichtung der sozialen Ordnung im Geiste des Christentums, der wirtschaftliche und kulturelle Aufbau, zu dem wir alle beitragen wollen, dürfen nicht durch vermeidbare Härten in der Rechtspflege gestört werden.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schreibt später über die "Entnazifizierung im Westen" (x026/64-65): >>... Auch in den drei Westzonen wurden insgesamt etwa 250.000 Menschen in Lagern interniert. Als Rechtsgrundlage fungierte die berühmt-berüchtigte Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung, die bis zum Sommer 1947 Grundlage der amerikanischen Besatzungspolitik war; danach waren nicht nur alle mutmaßlichen Kriegsverbrecher zu verhaften, sondern auch alle Personen, die die Durchführung der Ziele der Besatzungsmächte gefährden könnten.

Der parteilose Schriftsteller Ernst Salomon, der zusammen mit seiner jüdischen Frau verhaftet und so gründlich "verhört" worden war, daß er einige Zähne verlor, berichtet über seine Lagererfahrungen in der amerikanischen Besatzungszone:

"Geprügelt wurde so gut wie ausnahmslos jeder, der in das Lager eingeliefert wurde; die Amerikaner nannten das "overwork" ("überarbeiten"). Geprügelt wurden selbst diejenigen Internierten, die aus einem anderen Lager kamen, in welchem sie bereits ihren Tribut empfangen hatten, und auch die Generale, die aus dem Kriegsgefangenenlager kamen."

Während in einigen – nicht in allen – US-Lagern ehemalig "Kapos" aus den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten eingesetzt wurden und gewisse vorhersehbare Folgen eintraten, war auch die Behandlung der Gefängnisinsassen nicht immer rechtsstaatlich. Im Malmedy-Prozeß (es ging um den Tod amerikanischer Kriegsgefangener) z.B. mußte sich auf Veranlassung des Verteidigers eine Kommission aus zwei Richtern nachträglich mit den angewandten

Verhörmethoden beschäftigen.
Das Ergebnis: Folter dritten Grades war angewendet worden, und "sämtliche Deutsche bis auf 2 in den 139 von uns untersuchten Fällen hatten durch Fußtritte in die Hoden unheilbare Schäden erlitten. Dies war die übliche Untersuchungsmethode unserer amerikanischen Untersuchungsbeamten".
In der britischen Besatzungszone ereigneten sich solche Vorfälle nur sehr selten. Unter französischer Regie allerdings waren Menschenrechtsverletzungen keine Seltenheit. Eine traurige Berühmtheit erreichte das ehemalige NS-KZ Schirmeck/Natzweiler im Elsaß, wo ab 1944 mutmaßliche französische Kollaborateure und Deutsche unter menschenunwürdigen Zuständen interniert waren. ...<<
"Radio Stuttgart" meldet am 20. Juli 1945 (x114/2.75): >>Alle Personen, die Vorbereitungen treffen oder beabsichtigen, ihren Wohnsitz in Stuttgart aufzuschlagen, gleichgültig ob sie ehemalige Einwohner der Stadt waren oder nicht, werden angewiesen, dies zu unterlassen, da für sie zur Zeit keine Wohnungsmöglichkeiten vorhanden sind.
Bei dem zerstörten Zustand der Stadt können weitere Bewohner nicht untergebracht werden.
Wer ohne Genehmigung der Militärregierung nach Stuttgart zurückkehrt, muß wissen, daß ihm eine Unterkunft verweigert und daß er nach seinem bisherigen Wohnsitz zurückgeschickt wird. ...<<
CSR: Der Präsident der Republik erläßt am 20. Juli 1945 ein Dekret über die Besiedlung des landwirtschaftlichen Bodens der Deutschen, Madjaren und anderer Staatsfeinde durch tschechische, slowakische und andere slawische Landwirte (x004/235-238): >>Auf Vorschlag der Regierung bestimme ich:
§ 1 Das ... konfiszierte und dem Nationalen Bodenfonds gehörende landwirtschaftliche Vermögen wird, soweit es nicht im Sinne des Konfiskationsdekretes aufgeteilt wird, durch Zuteilung von Boden an berechtigte Bewerber (§ 2) aus Bezirken, in denen ein Mangel an Boden besteht oder in denen für die Landwirtschaft ungünstige Bedingungen herrschen, besiedelt.
§ 2 (1) Um eine Bodenzuteilung im Rahmen der Besiedelung können staatlich und national zuverlässige Angehörige der tschechischen, der slowakischen oder einer anderen slawischen Nation ansuchen ...
§ 3 Ein Vorzugsrecht auf Bodenzuteilung nach diesem Dekret haben die berechtigten Bewerber, die sich im nationalen Befreiungskampf ausgezeichnet und verdient gemacht haben, insbesondere Soldaten und Partisanen, ehemalige politische Gefangene und Deportierte, ihre Familienangehörigen und gesetzlichen Erben sowie auch durch den Krieg geschädigte Bauern. Die Voraussetzungen des Vorzugsrechts auf Zuteilung sind ordnungsgemäß nachzuweisen. ...
§ 5 ... (2) Der zugeteilte Boden geht mit dem Tage der Übernahme des Besitzes in das Eigentum des Zuteilungsempfängers über. Der Zuteilungsempfänger ist verpflichtet, den zugeteilten Boden selbst zu bewirtschaften. Er darf ihn nur ausnahmsweise in besonders begründeten Fällen und nur mit Zustimmung des Nationalen Bodenfonds veräußern, verpachten oder in sonstige Nutzung geben. ...
§ 7 (1) Das landwirtschaftliche Vermögen wird zu Eigentum gegen eine Vergütung zugeteilt, die nach dem Ertrag, der Lage, der Entfernung und dem Zustande der Bearbeitung des Bodens, nach den Familienverhältnissen des Zuteilungsempfängers und in den in § 2 ... angeführten Fällen im Hinblick auf den Wert des überlassenen Bodens festgesetzt wird ...
§ 9 Die von den Zuteilungsempfängern dem Nationalen Bodenfonds gezahlten Vergütungen (§ 7) verwendet dieser Fonds ... zur Milderung der Kriegsschäden und der Schäden, die dem Vermögen der in der Okkupationszeit aus nationalen, politischen oder rassischen Gründen verfolgten Landwirte zugefügt wurden, zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung und für die Innenkolonisation. Die Überschüsse des Nationalen Bodenfonds fließen in die Staatskasse. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Ansiedlungsbewegungen und das Vorgehen gegen Institutionen des deutschen Kulturlebens in der Tschechoslowakei (x004/88-91,94-95): >>Das Dekret des Präsidenten der Republik vom 17. Juli 1945 über die einheitliche Durchführung der Innenkolonisation und das Dekret vom 20. Juli 1945 "über die Besiedelung des landwirtschaftlichen Bodens der Deutschen, Madjaren und anderer Staatsfeinde durch tschechische, slowakische und andere slawische Landwirte", dessen Bestimmungen durch die Bekanntmachung des Landwirtschaftsministeriums vom 3. August 1945 über die Anmeldungen für eine Bodenzuteilung im Grenzgebiet ergänzt wurden, schufen zusammen mit den einschlägigen gegen die Deutschen gerichteten Gesetzen schon vor der in Potsdam beschlossenen offiziellen Ausweisung die Voraussetzungen, um planmäßig Tschechen und Slowaken in den Sudetengebieten anzusiedeln.
Zu diesem Zweck wurden auch die im Ausland, vor allem in Österreich und in der UdSSR lebenden Tschechen, unter diesen die tschechischen Siedler in Wolhynien zur Rückkehr aufgerufen. ...
Naturgemäß wurden die ergiebigsten Höfe und die produktivsten gewerblichen Betriebe zuerst besetzt. Da die Narodni Spravce (Verwalter) vielfach nicht die geringsten Kenntnisse von der Landwirtschaft oder Betriebsführung besaßen und oft nicht gewillt waren zu arbeiten, verkamen die Höfe und Betriebe, wenn nicht der deutsche Besitzer, um geringen Lohn oder der notwendigen Lebensmittel wegen, die nötigen Arbeiten verrichtete.
Oft verkauften die Nationalverwalter das vorhandene Vieh und die Vorräte oder schafften die beweglichen Güter in ihre Heimatorte und kehrten dann erneut ins Grenzgebiet zurück, um das Verfahren zu wiederholen. Dieser Typus des Narodni, im deutschen und tschechischen Volksmund "Goldgräber" genannt, war so häufig, daß selbst die tschechische Presse die Vorgänge aufgriff und kritisierte, ohne daß sich aber der Zustand änderte. ...
Ein besonderes Problem stellte die Übernahme der großen Industriebetriebe im sudetendeutschen Gebiet dar, unter denen sich Firmen von Weltruf, vor allem in der Textil- und Glasindustrie befanden. Es war bei dem Mangel an tschechischen Facharbeitern und dem ungeheuren Bedarf der tschechischen Industrie selbst, für die der Zweijahresplan 1947/48 besonders in der Slowakei neue Investitionen vorsah, fast unlösbar.
Die wesentlichen Maßnahmen der tschechischen Politiker: Verstaatlichung der Industriebetriebe, Planwirtschaft und Austreibung überschnitten sich in ihrer Durchführung und ihren Wirkungen, doch haben sie trotz der entgegenstehenden Überlegungen die Forderungen der radikalen Austreibung gegenüber den Notwendigkeiten der Wirtschaftspolitik fast immer durchgesetzt. In gewissen Bereichen spielte die Austreibungspolitik der Sozialisierung in die Hände. Eindeutig überspielt wurden diejenigen Kreise der tschechischen Politik und Wirtschaft, die einen Stamm deutscher Facharbeiter von der Austreibung ausgenommen sein lassen wollten. ...
Angesichts des ungewöhnlichen Bedarfs an Arbeitskräften, den die Wiederingangsetzung der Industrie in der CSR erforderte, wurden andere, im allgemeinen höchst unzureichende Auswege gesucht, um Abhilfe zu schaffen. In einzelnen Sparten der Industrie, vor allem der Exportindustrie, bahnten sich durch die Enteignung und spätere Austreibung der Deutschen katastrophale Entwicklungen an. So mußten in der Glasindustrie von 2.600 Betrieben nicht weniger als 1.600 ihre Pforten schließen. ...<<
>>... Die gesamte Politik der neuen Tschechoslowakischen Republik zielte nach den Grundsätzen des Kaschauer Programms darauf, die Lebensgrundlagen der Deutschen in der Tschechoslowakei zu untergraben. Diesem von Anfang an offen bekannten Ziele diente auch das Vorgehen gegen die Institutionen des deutschen Kulturlebens, vor allem gegen Kirche und Schule. ...
Mit Ausnahme der Bevölkerung des Kreises Asch und einiger protestantischer Diasporage-

meinden gehörten die Sudetendeutschen der römisch-katholischen Kirche an. ...
Das kirchliche Vermögen galt als deutscher Besitz, wenn es von einem Deutschen verwaltet wurde. Zu seiner Sicherstellung entsandten daher die tschechischen kirchlichen Behörden in die Klöster und andere kirchliche Institutionen tschechische Geistliche, die die Vermögensverwaltung übernahmen. Die deutschen Ordensprovinzen im Sudetenland verfielen auf diese Weise der Liquidation ebenso, wie das andere Kirchenvermögen für die deutschen Gläubigen verloren ging. Karitative Hilfsaktionen für die unverschuldet in Not geratene Bevölkerung waren damit unmöglich geworden. ...
Tschechische Priester übernahmen die Pfarreien, die oft monatelang verwaist geblieben waren. Einzelne dieser Geistlichen und ihre Oberen vergaßen Amt und Würde und steigerten durch ihr chauvinistisches Verhalten die Verzweiflung unter den Gläubigen. Andererseits bemühten sich tschechische Priester um die seelsorgerische Betreuung vor allem der in ihren Pfarrbezirken befindlichen Häftlinge, Lagerinsassen und Zwangsarbeiter. Nur allzuoft wurden sie allerdings dabei durch den Druck der öffentlichen Meinung, die jeden Kontakt mit Deutschen als nationalen Verrat brandmarkte, und auch durch radikale Lagerkommandanten und Bewachungsmannschaften behindert. ...
Von der Deutschen Evangelischen Kirche in Böhmen, Mähren und Schlesien, der einzigen rein deutschen kirchlichen Gemeinschaft wurde nach dem offiziellen Abschluß der Austreibung durch ein Gesetz vom 6. Mai 1948 festgestellt, daß sie am 4. Mai 1945 aufgehört habe zu bestehen. Ihr Vermögen wurde in das Eigentum des tschechoslowakischen Staates überführt. ...<<

21.07.1945

SBZ: Während der Potsdamer Konferenz erwähnt man am 21. Juli 1945 im nordamerikanischen Sitzungsprotokoll erstmalig die Umsiedlungsfrage (x128/187): >>... Stalin beharrte darauf, daß auf dem Papier diese Gebiete (deutsche Ostprovinzen) zwar zum deutschen Staatsgebiet gehörten, in Wirklichkeit aber polnische Gebiete seien, da es in ihnen keine deutsche Bevölkerung gebe.
Der Präsident (Truman) bemerkte, daß 9 Millionen Deutsche sehr viel seien.
Stalin behauptete, daß sie alle geflohen seien. (US-Stabschef Admiral Leahy flüsterte Präsident Truman ins Ohr: "Die Bolschewiken haben sie alle umgebracht." - x150/12)
Churchill bemerkte, daß man, wenn dies zutreffe, sich die Möglichkeit überlegen sollte, wie man sie in den Gebieten, in die sie geflohen seien, mit Lebensmitteln versorgen könne, da die Erzeugung des Gebietes, das sie verlassen hätten, nicht für die Ernährung der deutschen Bevölkerung zur Verfügung stehe.
Churchill sagte, daß seinem Vernehmen nach im Rahmen des von der sowjetischen Regierung unterbreiteten polnischen Planes ein Viertel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des deutschen Gebietes vom Jahre 1937 vom deutschen Gebiet abgetrennt würde, von dem man bei der Versorgung mit Lebensmitteln ausgehe. Das sei ungeheuerlich.
Was die Bevölkerung anbetreffe, so scheine es so zu sein, daß 3 bis 4 Millionen Menschen aus dem Gebiet östlich der Curzon-Linie ausgesiedelt würden, die Zahl der aus dem deutschen Gebiet auszusiedelnden Bevölkerung vor dem Kriege sich jedoch auf 8,5 (Millionen) belaufen habe.
Es liege auf der Hand, daß es eine schwerwiegende Sache sei, deutsche Bevölkerungsteile geschlossen auszusiedeln und das übrige Deutschland mit ihrer Versorgung zu belasten, wenn man ihnen die Möglichkeit zur Versorgung mit Lebensmitteln genommen habe. ...
Stalin sagte, das Gebiet sei von den Polen bewohnt, die die Felder bearbeiteten, und nicht von Deutschen. Es sei unmöglich, von den Polen zu verlangen, die Felder zu bearbeiten und die Lebensmittel den Deutschen zu geben. ...<<
US-Präsident Truman erklärt zum Schluß (x150/13): >>Ich kann mich im Hinblick auf die

Lösung der Reparationsfrage und im Hinblick auf die Versorgung der gesamten deutschen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Kohle nicht mit der Fortnahme des östlichen Teils von Deutschland in den Grenzen von 1937 einverstanden erklären.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtet später über die sowjetisch-polnischen "Täuschungsmanöver" während der Potsdamer Konferenz (x039/142-143): >>... Angesichts dieser Einwohnerzahlen (von etwa 5 bis 6 Millionen) für die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie im Sommer 1945 stimmte es merkwürdig, daß bei der fünften Sitzung der Potsdamer Konferenz am 21. Juli 1945 Stalin behauptete, daß nicht ein einziger Deutscher auf dem Territorium lebe, das Polen übergeben werden sollte.

Die Provisorische Regierung wurde auch gebeten, ihre Ansichten zur Oder-Neiße-Grenze vorzutragen. Präsident Boleslaw Bierut sprach von nur 1,5 Millionen Deutschen in den fraglichen Gebieten und sie würden "freiwillig ziehen, sobald die Ernte vorbei ist".

Damit wurden Churchill und Truman, die über die Zahl der noch umzusiedelnden Deutschen berieten, absichtlich getäuscht.

Churchill selbst hatte immer wieder gesagt, daß die Zahl der umzusiedelnden Deutschen in einem angemessenen Verhältnis zu den polnischen Umsiedlern aus den von Rußland annektierten Gebieten stehen müßte: "Wir konnten eine Ausweisung von ebenso vielen Deutschen akzeptieren, wie Polen aus Ostpolen östlich der Curzon-Linie übersiedelten, sagen wir zwei bis drei Millionen; doch eine Ausweisung von acht oder neun Millionen Deutschen ... war zu viel und völlig falsch."

Bezüglich der Rückkehr von Deutschen in ihre Heimat sagte er: "Es konnte Polen nicht guttun, so viel zusätzliches Territorium zu gewinnen. Wenn die Deutschen es schon verlassen hatten, sollten sie zurückkehren dürfen. Wir wünschten keine breite deutsche Bevölkerung, die von ihren Nahrungsquellen abgeschnitten war. Die Ruhr lag in unserer Zone und falls sich nicht genügend Nahrung für die Einwohner finden ließ, mußte es zu Zuständen wie in deutschen Konzentrationslagern kommen."

Doch die Westalliierten kontrollierten nicht die Gebiete, aus welchen die Deutschen umgesiedelt werden sollten. Erst später bemerkten sie die Täuschungsmanöver der Polen und der Russen, die verschwiegen, daß die angestrebte Vertreibung weitere 5,6 Millionen Menschen umfassen sollte.

Erst im November 1945, als sich der Alliierte Kontrollrat in Berlin um einen besseren Überblick bemühte, wurde klar, daß sehr viel mehr Deutsche, als vorher behauptet, noch in den Oder-Neiße-Gebieten lebten. Die Polnische Regierung sprach nun von 3,5 Millionen.

Dazu bemerkte Sir Orme Sargent in einem internen Bericht des britischen Foreign Office: "Genau so, wie wir in Potsdam ... betrogen wurden, als sie behaupteten daß nur 1,5 Millionen Deutsche östlich der Oder und Neiße geblieben seien, werden wir jetzt, wie ich fürchte, feststellen, daß es weit mehr Deutsche als die 3,5 Millionen sind, die der Kontrollkommission gemeldet wurden."

Er sollte Recht behalten.<<

CSR: Handelsminister Ripka erklärt am 21. Juli 1945 während einer Pressekonferenz (x111/-52): >>... Ich möchte feststellen, daß wir viel zu nachsichtig gewesen sind und daß die Fälle, in denen wir vielleicht etwas zu streng umgingen, Ausnahmeerscheinungen waren. Bisher haben nur wenige Deutsche unsere Heimat verlassen.

Ich bin mir durchaus bewußt, daß eine Umsiedlung eine brutale Maßnahme ist, doch kann nur auf diese Weise unser Problem gelöst werden. Jedenfalls ist es eine Unmöglichkeit, Tschechen und Deutsche in einem Staat gemeinsam leben zu lassen. Maximal werden wir 800.000 Mitglieder einer Minderheit bei uns lassen.<<

22.07.1945

SBZ: Im Verlauf der Potsdamer Konferenz legt die tschechoslowakische Regierung den 3

Großmächten am 22. Juli 1945 Pläne für die "geordnete Aussiedlung" der Deutschen und Magyaren aus der CSR vor (x039/229).
Churchill begründet am 22. Juli 1945 nochmals seine Ablehnung, die polnische Westgrenze an die westliche Neiße zu verlegen (x150/13): >>Wir hegen ... einige Zweifel moralischer Art, ob eine so große Bevölkerungsumsiedlung wünschenswert ist. Wir sind im Prinzip mit einer Umsiedlung einverstanden, jedoch nur in den gleichen Ausmaßen, wie die Bevölkerung östlich der Curzon-Linie umgesiedelt wird. Wenn von einer Umsiedlung von 8 oder 9 Millionen Menschen die Rede ist, dann halten wir das nicht für richtig. ...<<
WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 22. Juli 1945 über das Flüchtlingslager in Bremke, Kreis Göttingen (x123/12): >>22. Juli 1945. ... Bremke liegt noch in der englischen Zone. Aber bereits das nächste thüringische Dorf gehört zum sowjetischen Bereich.
Niemand darf bei schwerer Strafe die Demarkationslinie überschreiten. Seltsamerweise besteht diese aus der alten hannoverschen Landesgrenze von 1866, dem Jahre also, in dem das Königreich Hannover aufhörte zu bestehen und preußische Provinz wurde. Die britischen Truppenkommandeure wußten um diese Grenze ziemlich gut Bescheid, brachten vorgezeichnete Karten mit und taten so, als ob sie bereits immer hier gewesen wären. ...
Die englischen Posten haben auch Posten an der Straße nach Heiligenstadt aufgestellt, die Tag und Nacht darüber wachen, das niemand aus der englischen Besatzungszone in die sowjetische Zone überwechselt. ...
Umgekehrt lassen die Engländer auch niemanden in der Richtung Ost-West passieren. ...<<
23.07.1945
SBZ: Bei der Potsdamer Konferenz wird am 23. Juli 1945 die Abtretung von "Königsberg und Umgebung" erörtert. Über das Schicksal der zurückgebliebenen ostpreußischen Bevölkerung diskutiert man überhaupt nicht (x150/14).
Die Sowjets bestätigen am 23. Juli 1945 die Beschlagnahmung aller deutschen Bankguthaben sowie die Schließung der Banken in Berlin und der SBZ (x009/506).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Banken" in der SBZ (x009/54): >>Mit dem Einzug der Roten Armee wurden alle Geld- und Kreditinstitute in der SBZ geschlossen (SMAD-Befehl Nr. 1 vom 28.4.1945) und deren Aktiva (Bargeld, Wertpapiere und sonstige Werte) beschlagnahmt.
Mit Ausnahme der Genossenschaftsbank wurden die Banken nicht wieder eröffnet. Sie hatten Liquidationsbilanzen zu erstellen und wurden enteignet, staatliche und kommunale Institute gingen in das Eigentum der neuen Verwaltungen über. ...
Zur Bedienung eines gesetzlich festumrissenen Kundenstammes und zur Lösung spezieller Aufgaben innerhalb der Planwirtschaft bestehen heute neben der Notenbank und den Genossenschaftsbanken, Sparkassen, die Deutsche Investitionsbank und die Deutsche Bauernbank. ...
Die Banken haben neben den traditionellen Geschäften im kommunalen Wirtschaftssystem die zentrale Aufgabe, den gesamten Wirtschaftsprozeß zu überwachen ("Kontrolle durch die Mark"), Planabweichungen und ihre Ursachen sind zu registrieren und mit den Betrieben Maßnahmen zu deren Beseitigung einzuleiten.
Die Banken haben das Recht, die Konten der Betriebe, die Erfüllung der Kennziffern, die Verwendung der Kredite zu kontrollieren und unter Umständen Sanktionen zu verhängen (Strafzinsen, Kreditsperre); sie können sogar auf die Tätigkeit der Betriebsleitungen Einfluß nehmen.<<
WBZ: Mehr als 500.000 US-Soldaten führen am 23. Juli 1945 eine Waffenrazzia durch, die 48 Stunden dauert. Bei dieser Aktion werden rund 80.000 Personen verhaftet (x111/52).
Der Tübinger Historiker Johannes Haller berichtet am 23. Juli 1945 in seinem Tagebuch über einen französischen Befehl, "ungewollte Schwangerschaften durch marokkanische und algeri-

sche Soldaten" nicht abzubrechen (x111/52-53): >>... Den Ärzten ist Abtreibung in Fällen von Vergewaltigung bei strenger Strafe verboten. Rassenpolitik mit umgekehrtem Vorzeichen – Entarisierung der deutschen Nation! ... Kein Zweifel, daß die Tübinger Bevölkerung u.ä. wohl überall in 20 bis 30 Jahren anders aussehen wird.
Mir ist "das Blut" nicht die Hauptsache; wie wird sich der Charakter gestalten? Das scheint mir wichtiger. Vorläufig hat er durch die 13 Jahre nationalsozialistischer Herrschaft erheblich, empfindlich gelitten.<<

24.07.1945

SBZ: Eine polnische Delegation begründet während der Potsdamer Konferenz am 24. Juli 1945 die Notwendigkeit der Oder-Neiße-Linie. Polen soll ein Staat ohne nationale Minderheiten werden. Das Schicksal der Minderheiten wird nicht diskutiert (x150/14).
Churchill warnt vor der polnischen Expansion nach Westen (x039/229).
US-Präsident Truman informiert Stalin am 24. Juli 1945 "beiläufig" über den erfolgreichen Atombombentest in Los Alamos, um ihn einzuschüchtern (x116/68).
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Stalins Reaktion in Potsdam (x068/257-258): >>... Der Kremlchef registrierte dies höflich, doch ohne Neugier. Er wußte über die allgemeine Entwicklung bereits Bescheid.
Die Sowjetspionage funktionierte so vorzüglich, daß Stalin Vorhaben der USA oft früher erfuhr als manche von deren maßgeblichen Politikern. Während des Krieges saßen US-Bürger als Spione Moskaus in den wichtigsten Regierungs- und Staatsstellen.
Im Außenministerium zum Beispiel: Alger Hiss, Donald Hiss, Maurice Halperin, Robert T. Miller. Im Innenministerium: William Park, Joseph Gregg, Bernhard Redmond. Auch im Justizministerium, im Landwirtschaftsministerium, im Handelsministerium saßen Sowjetspione. Im Pentagon (US-Verteidigungsministerium) hockten die Moskauer Agenten: Duncan Lee, Helen Tenney, ... William L. Ullmann, George Silverman, ... Edward Fitzgerald, John Abt, Irving Kaplan u.a.
Sowjetspion Alger Hiss war nicht nur persönlicher Berater Roosevelts in Jalta, sondern auch Generalsekretär der Konferenz in San Franzisko. Über den Sowjetagenten Harry Dexter White, Unterstaatssekretär im Finanzministerium und Vater des Morgenthau-Plans, berichtet FBI-Chef Edgar Hoover 1945 dem Präsidenten:
"Das einzige, was gegen Harry Dexter White unternommen wurde, war, daß man ihm im folgenden Jahr einen noch wichtigeren Posten beim Internationalen Währungsfonds gab. ... Ein hoher Regierungsbeamter, der Spionage beschuldigt, wird auf einen noch höheren Posten befördert, wo er Zugang zu noch geheimerem Material hat und eine noch größere Rolle bei der Gestaltung der Nachkriegspolitik spielt".
Als das genaue Ausmaß des sowjetischen Spionagerings in den USA unter Truman durchsikkerte, brach der McCarthyismus aus. Nun fiel man aus einer jahrzehntelangen fast unglaublichen Naivität ins andere Extrem. Eine wahre Massenhysterie entstand, und man witterte beinah hinter allem und jedem bolschewistische Agenten. ...<<

25.07.1945

SBZ: Die SMAD ordnet am 25. Juli 1945 in Mitteldeutschland die Einrichtung von 11 Zentralverwaltungen an, die von Anfang an Weisungsrechte gegenüber den 5 Landesverwaltungen besitzen und sich bald zu zentralen Regierungsstellen in der SBZ entwickeln (x009/506).
Die SMAD befiehlt am 25. Juli 1945, innerhalb von 5 Tagen folgende Wertsachen abzuliefern (x111/53): >>1. Alle Gold- und Silbermünzen und Barren, alle Platinbarren.
2. Alle ausländischen Banknoten, Münzen, Vermögensdokumente und Kostbarkeiten.
3. Alle Geldscheine, die in den früher von Deutschland besetzten Gebieten oder sonst woher ausgegeben oder zur Herausgabe vorbereitet worden sind und sich in beliebigen Finanzbanken und Kreditämtern oder in Besitz von Privatfirmen und Personen deutscher Staatsangehörigkeit

befinden.
4. Personen, die sich der Verletzung dieses Befehls schuldig machen, werden zu strenger Verantwortung gezogen werden.<<
Während der Potsdamer Konferenz vom 25. Juli 1945 geht es vor allem um die Anzahl der umzusiedelnden Ost- und Sudetendeutschen (x150/14-15): >>Die Polen geben zu, daß sich 1,5 Millionen Deutsche in dem von ihnen im Westen besetzten Gebiet befinden. ...
(Churchill meinte dagegen), es gebe 2,5 Millionen Sudetendeutsche und etwa 150.000 Reichsdeutsche, die die Tschechoslowaken "loswerden" wollten. ... Das ist ein großes Unternehmen, 2,5 Millionen Menschen umzusiedeln. Aber wohin soll man sie umsiedeln? ...
(Stalin antwortet später:) Mir scheint, die Umsiedlung ist schon erfolgt! ...
(Churchill entgegnet jedoch:) "Wir glauben nicht, daß schon eine große Anzahl Deutscher von dort fortgegangen ist, und vor uns bleibt das Problem stehen, wie diese Frage zu lösen ist. ... Mögen sich die Außenminister mit dieser Frage beschäftigen und die Fakten feststellen. ...<<
Stalin und Truman stimmen danach Churchills Vorschlag zu.
WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 25. Juli 1945 über das Flüchtlingslager in Bremke, Kreis Göttingen (x123/12-14): >>25. Juli 1945. Es kommen jetzt jeden Tag Dutzende von Menschen aus Richtung Heiligenstadt, um die sowjetisch-englischen Linien zu überschreiten. Zumeist sind es Evakuierte, die vor den Bombern der alliierten Luftflotten aus den Städten des Ruhrgebietes in die ruhigeren Gegenden des Thüringer Waldes oder in kleine sächsische Dörfer transportiert wurden. Sie möchten jetzt wieder nach Hause, in ihre Heimat, obwohl dort kaum ein Stein auf dem anderen steht. ...
Wenn sie auf einen britischen Posten stoßen, so kann es sein, daß er die Menschen ohne Rücksicht auf Wetter oder Weg, Alter oder Gesundheit, zurückschickt. Alles Bitten, Flehen, Lächeln oder Weinen ist vergeblich.
"Zurück". Das ist ein Wort, das die britischen Wachtposten ziemlich genau ob seiner Wirkung kennen. Denn niemand wagt dann weiterzugehen. Man kehrt um, muß etwa einen Kilometer ... zurückmarschieren, macht dann einen großen Bogen um den Posten und kommt nach reichlich 2 Stunden mühsamer und angstvoller Wanderung wieder in der Nähe des Dorfes Bremke an.
Da es mehrere Zufahrtswege zu dem Ort gibt, ist es für die wenigen Engländer ziemlich schwer, alle Möglichkeiten im Auge zu behalten. Sind aber die Fremden erstmal im Dorf, werden sie kaum noch kontrolliert.<<
CSR: Ausweisungsbefehl vom 25. Juli 1945 für Ringelshain, Sudetenland (x004/327): >>... Ausweisungsbefehl.
Ich ordne Ihnen an, daß Sie sich heute bis zur 7. Stunde zum Verlassen der tschechoslowakischen Republik vorbereiten.
Es ist Ihnen erlaubt, Gepäck von höchstens 30 kg für eine Person mitzunehmen. Verpflegung für 5 Tage. Von deutschen Banknoten können Sie alle mitnehmen.
Die Schlüssel der Wohnung und des Hauses, versehen Sie mit einem Zettel mit Ihrer Anschrift, übergeben Sie den Sicherheitsorganen.<<

26.07.1945

SBZ: Die Teilnehmer der Potsdamer Konferenz fordern Japan am 26. Juli 1945 zur "bedingungslosen Übergabe" auf.
Nach Churchills Wahlniederlage bei den britischen Unterhauswahlen tritt der Premierminister am 26. Juli 1945 zurück und verläßt die Potsdamer Konferenz. Mit Churchill räumt der letzte erfahrene und ernstzunehmende Außenpolitiker der westlichen Alliierten das Feld. Danach sind Stalins Pläne nicht mehr zu verhindern.
Churchill berichtet später in seinem Buch "Der Zweite Weltkrieg" (x024/126): >>Diese letzte Konferenz der "Drei" endete mit einer großen Enttäuschung. ... Vielleicht hätte man in Pots-

dam noch etwas retten können, aber die Auflösung der britischen Nationalen Regierung und meine Entfernung vom Schauplatz zu einem Zeitpunkt, da ich immer noch großen Einfluß und große Macht besaß, vereitelten jede befriedigende Lösung. ...<<
Frankreich nimmt erstmalig am 26. Juli 1945 an den Verhandlungen teil, die nach Churchills Rücktritt für 2 Tage unterbrochen werden.
Großbritannien: Nach Bekanntgabe des Resultats der britischen Parlamentswahlen vom 5. Juli 1945 tritt Premierminister Churchill am 26. Juli 1945 zurück. Clement Attlee (Führer der Labour Party) wird mit der Regierungsbildung betraut.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Clement Attlee (x051/42): >>Attlee, Clement, geboren in London 3.1.1883, gestorben in London 8.10.1967, britischer Politiker; ursprünglich Anwalt, seit 1907 Mitglied der Labour Party, 1922-25 im Unterhaus, 1924 Unterstaatssekretär.
Attlee wurde 1935 Parteiführer und lehnte die Appeasement-Politik Chamberlains scharf ab, was ihn 1940 für das Kriegskabinett Churchills empfahl, dessen Stellvertreter er 1942 bis Kriegsende war und den er am 28.7.45 als Premierminister bei den schwierigen Verhandlungen für das Potsdamer Abkommen ablöste. Viele Zugeständnisse an die Sowjetunion wurden ihm später angelastet.
Attlee entließ Indien in die Unabhängigkeit (1947), gab das britische Palästina-Mandat auf und beteiligte sich am Koreakrieg. 1951-55 führte er die Opposition gegen Churchill und saß danach im Oberhaus.<<

27.07.1945

Berlin: Die SMAD erläßt am 27. Juli 1945 folgenden Befehl, um die Berliner Versorgungslage zu entlasten (x116/185): >>Es wurde festgestellt, daß täglich per Eisenbahn 4.000-5.000 Übersiedler in Berlin eintreffen. Zwecks Vermeidung einer Überbevölkerung der Stadt, befehle ich: 1. Die Einreise von Übersiedlern in die Stadt Berlin ohne Erlaubnis des Militärkommandanten der Stadt Berlin zu verbieten. ...<<
WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 27. Juli 1945 über die Flüchtlinge und Vertriebenen in Bremke, Kreis Göttingen (x123/14-15): >>27. Juli 1945. ... Da sitzen sie in abgerissener, schmutziger Kleidung, seit Tagen unterwegs, ohne warmes Essen, ohne ein Bett gesehen zu haben, ohne zu wissen, wie es weiter gehen soll.
Eine alte Dame ist dabei, die vor Erschöpfung in einer Sofaecke eingeschlafen ist, das kleine Bündel letzter Habseligkeiten krampfhaft in beiden Händen auf dem Schoß haltend. Daneben schläft ein 5jähriger Junge, mit verschmiertem Gesicht, dreckigen Händen. ... Die Haare hängen ihm verschwitzt im Gesicht. Immer noch hat er den kleinen, von der Mutter selbstgefertigten Rucksack auf dem Rücken.
Links davon sitzt ein grauhaariger Mann, weit über die Sechzig, in guten, jetzt völlig verstaubten und am rechten Ärmel eingerissenen Kleidern ... Auf den Stühlen hängen ermattet, erschöpft, niedergeschlagen und mutlos Frauen, fast alle in Männerhosen, mit schweren Schuhen an den Füßen. Die Kleider sind derb, manche haben ein Kopftuch auf oder die ungekämmten Haare mit einem Schal zusammengebunden.
Bei keiner Frau ist Schmuck zu sehen. Auch die Eheringe fehlen. Jede hat ein Bündel neben sich stehen, eine jüngere besitzt einen Koffer, auf dem sie mangels einer anderen Sitzgelegenheit Platz genommen hat.
Auf dem Fußboden hinten in der Ecke liegen 5 Kinder, 3 Mädchen und 2 Jungen. Sie haben nicht lange nach einer Ruhestatt suchen können. Die Müdigkeit hat sie einfach übermannt.
Daneben hockt, mit dem Rücken zur Wand, ein Beinamputierter. Er hat die Prothese abgeschnallt und neben sich gelegt. ...<<

28.07.1945

SBZ: Die Potsdamer Konferenz wird am 28. Juli 1945 mit dem unerfahrenen britischen La-

bour-Chef Premierminister Attlee (1883-1967, von 1922-24 Privatsekretär des Labour-Parteiführers, ab 1935 Vorsitzender der Labour-Party, 1945-1951 britischer Ministerpräsident) fortgesetzt.

CSR: In Liberec (Reichenberg) lobt der tschechoslowakische Informationsminister Kopecky am 28. Juli 1945 die "umfassende Hilfe" der sowjetischen Regierung (x028/222-224): >>Marschall Stalin hat selbst das denkbar größte Verständnis für unsere Bemühungen, die Deutschen loszuwerden. ...

Wir werden alle Deutschen vertreiben, wir werden ihren Besitz beschlagnahmen, wir werden nicht nur die Städte, sondern das ganze Gebiet entdeutschen, ... so daß der siegreiche Geist des Slawentums das Land von den Grenzgebieten bis ins Innere durchdringen wird. ...<<

29.07.1945

SBZ: Der sowjetische Außenminister Molotow fordert am 29. Juli 1945 mit allem Nachdruck die Oder und westliche Neiße als Polens Westgrenze (x039/229).

30.07.1945

Berlin: Die erste Sitzung des Alliierten Kontrollrats (AKR) findet am 30. Juli 1945 statt.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Alliierten Kontrollrat (x051/22): >>Alliierter Kontrollrat, das nach dem Zusammenbruch auf der Rechtsgrundlage der Junideklaration vom 5.6.45 errichtete Organ der Alliierten zur Ausübung der obersten Regierungsgewalt in Deutschland.

Mitglieder: die Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen. Der Alliierte Kontrollrat tagte erstmals am 30.7.45, dann alle zehn Tage unter einem monatlich turnusgemäß wechselnden Vorsitzenden im Gebäude des Berliner Kammergerichts im amerikanischen Sektor Berlins.

Aufgaben: Entscheidung aller Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen, Sicherstellung einer einheitlichen Politik der Besatzungsmächte.

Wegen der Unvereinbarkeit der britisch-amerikanischen mit der sowjetischen, zum Teil auch mit der französischen Besatzungspolitik konnte der Alliierte Kontrollrat in den meisten Fragen nicht die vorgeschriebene Einstimmigkeit erzielen.

Ende des Alliierten Kontrollrates am 20.3.48 nach Austritt der Sowjetunion.<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 30. Juli 1945 in ihrem Tagebuch über entlassene deutsche Kriegsgefangene in Berlin (x111/54): >>... Als wandelnde Ruinen wanken sie hin. Beinlose, Armlose, Sieche, Kranke, Verlassene und Verlorene.

An eine Mauer gelehnt steht ein graubärtiger Mann in zerschlissenem Soldatenrock. Er hat die Arme über den Kopf geschlagen und weint in sich hinein.

Menschen fluten an ihm vorüber, bleiben stehen, bilden einen scheuen Kreis um ihn. Er sieht sie nicht ... Er hört sie nicht. Er weint. Es ist entsetzlich, wenn graubärtige Männer weinen. Wenn sie nicht aufhören können zu weinen.<<

CSR: Jan Masaryk (1886-1948, Selbstmord?, Sohn des 1. Staatspräsidenten der Tschechoslowakei) kehrt am 30. Juli 1945 aus dem britischen Exil zurück und übernimmt in Prag den Posten des Außenministers (x005/607).

31.07.1945

SBZ: Die große deutsche Hafenstadt Stettin, die bisher noch nicht ernsthaft als offizielles Abtretungsobjekt erwähnt worden ist, wird während der Potsdamer Konferenz am 31. Juli 1945 trotz ihrer Lage (westlich der Oder) dem polnischen Territorium zugeordnet. Nachdem Stalin die maßlosen sowjetischen Reparationsforderungen reduziert, stimmen die sichtlich erschöpften Westalliierten irgendwann gedankenlos und leichtfertig den sowjetisch-polnischen Gebietsforderungen zu.

US-Außenminister Byrnes stellt lediglich fest, daß die Festlegung der Oder-Neiße-Linie erst nach Abschluß eines Friedensvertrages erfolgen würde und deshalb nicht endgültig sei. Stalin

bestätigt diese Feststellung (x039/229).
Nach den Protokollen der US-Delegation bestätigt Präsident Truman zum Schluß (x028/176): >>Damit ist die polnische Frage erledigt. ...
(Stalin): Stettin liegt auf polnischem Territorium. ...
(Der britische Außenminister Bevin antwortet): Ja, wir sollten die Franzosen verständigen. ...<<
Während der 11. Plenarsitzung am 31. Juli 1945 macht Stalin den Konferenzteilnehmern unmißverständlich klar, daß die "Umsiedlung" der Ost- und Volksdeutschen auf jeden Fall stattfinden wird (x150/16): >>Es handelt sich nicht darum, daß man die Deutschen einfach nimmt und aus diesen Ländern herausjagt. So einfach ist die Sache nicht. Aber man versetzt sie in eine solche Lage, daß es für sie besser ist, aus diesen Gebieten fortzugehen.
Formal können die Tschechen und Polen sagen, daß es für die Deutschen kein Verbot gibt, dort zu leben, aber die Deutschen werden in Wirklichkeit in eine solche Lage versetzt, daß es für sie unmöglich ist, dort zu leben. ...<<
US-Außenminister Byrnes begreift Stalins Hinweis anscheinend nicht, denn er interpretiert den Art. XIII des Potsdamer Abkommens aus nordamerikanischer Sicht (x150/16): >>... Wenn diese Regierungen die Deutschen nicht aussiedeln und sie nicht zur Ausreise aus Polen und der Tschechoslowakei zwingen, dann wir dieses Dokument natürlich keine Ergebnisse zeitigen. Tun sie es jedoch, dann können wir sie bitten, diese Handlungen zeitweilig einzustellen. Nach unseren Informationen zwingen sie die Deutschen, Polen und die Tschechoslowakei zu verlassen. Die Umsiedlung der Deutschen in andere Länder vergrößert unsere Bürde. Wir möchten, daß diese Regierungen in diesem Fall mit uns zusammenarbeiten.
Stalin antwortet: "Die Polen und Tschechen werden Ihnen sagen, daß es bei ihnen keine Anordnung zur Aussiedlung der Deutschen gibt. Doch wenn sie darauf bestehen, dann kann ich mich mit diesem Vorschlag einverstanden erklären, ich fürchte nur, daß er keinen großen Erfolg bringt." ...
Der US-Präsident beendet schließlich die Diskussion über die Umsiedlungsfrage: "Es ist möglich, daß dieser Vorschlag, die bestehende Situation nicht verändert. Doch er gibt uns die Möglichkeit, daß wir uns an diese Regierungen wenden können. ...<<
Die SMAD fordert am 31. Juli 1945 in ihrer Zone die "Schaffung von antifaschistischen Jugendkomitees" (x111/55): >>... Alle anderen Jugendorganisationen: gewerkschaftliche und Sport-Vereine, sozialistische und ähnliche gemeinschaftliche Organisationen außer den oben erwähnten antifaschistischen Jugendkomitees sind verboten.<<
Berlin: Die Berliner Bekenntnissynode erklärt am 31. Juli 1945 (x116/17): >>Unser Volk, das zu 90 % aus getauften Christen bestand, hat sich unter geringem Widerstand die christliche Prägung seines staatlichen und kulturellen Lebens in kürzester Frist rauben lassen. Das ist eine für uns Deutsche tiefbeschämende Tatsache. ...
Wir müßten weit zurückgehen in der Geschichte des deutschen Geistes, um darzutun, warum wir uns so leicht haben verführen lassen. Eine Fehlentwicklung von langer Hand hat uns dahin gebracht, daß wir in der Stunde der Versuchung versagt haben. ...<<
Der Tageskaloriensatz in Berlin beträgt am 31. Juli 1945 nur 1.345. Das sind 205 Kalorien weniger als im Mai 1945 (x111/55).
WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 31. Juli 1945 aus Bayern (x124/40): >>... Die Franzosen plündern ihre Zone nicht nur wie die Russen aus, sondern verschleppen arbeitsfähige Männer gleichfalls zur Zwangsarbeit.
In den US-Lagern warten noch 1.000.000 Gefangene auf ihre Entlassung: Sie werden wie die Tiere gehalten ... Zweimal am Tage bekommen sie Verpflegung, wobei man sich Mühe gibt, diese möglich geschmacklos zu halten. Das Essen müssen sie mit den Fingern aus weggeworfenen Konservendosen fischen, geschlafen wird auf Holzpritschen oder nacktem Boden. ...<<

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtet später über die Plünderungen in Westdeutschland (x310/336-337): >>... Als die amerikanische Armee in Deutschland einrückte, befreite sie nicht nur die KZ-Insassen, setzte die Nazi-Oberen ab, verbot die NSDAP, sperrte Wehrpflichtige und SS-Offiziere in Kriegsgefangenenlager und installierte eine Militärregierung.
Die Amerikaner stellten auch das ganze Land auf den Kopf. Sie durchsuchten Lager, Salzminen, Schlösser, Banken, Bunker, Botschaften, Fabriken Privathäuser, Scheunen, sogar ausgetrocknete Flußbetten und Kanalisationsanlagen. Und sammelten alles ein, was von Wert war: Goldbarren, Goldstaub, Juwelen, Kunstwerke, Bücher.
Vieles davon hatte die SS zuvor den verfolgten Juden gestohlen oder anderswo in den besetzten Ländern geraubt. Hochrangige Nazis wie Hermann Göring oder Reichsminister Alfred Rosenberg hatten ganze Kunstmuseen zusammengeplündert. Mit dem Vormarsch der U.S. Army gelangten nun Schloßmobiliar, Kunstsammlungen und Bibliotheken von unschätzbarem historischem Wert in die Hände der Amerikaner – Kunst allein in der Ausbeute von fünf Milliarden Dollar.
Aber die amerikanische Armee war heillos damit überfordert, diese Beute auch nur zu verwalten. Gegen die Plünderung von Kulturgut, war die Zerstörung des Nationalmuseums in Bagdad harmlos.
Einen Teil der Kriegsbeute gaben die USA zurück, wenn auch nicht an die eigentlichen Besitzer. Aber Gold und Kunst von vielen Milliarden Dollar landeten in den Tresoren von Fort Knox, der Library of Congress in Washington oder in den Museen von New York. Auch das, was einzelne Soldaten oder Offiziere geplündert hatten (illegal, aber geduldet), gelangte nach Amerika. "Die Grenze hing nur davon ab, wie groß der Sack war, den man mitbrachte", stellte der amerikanische Bankier und Historiker Kenneth Alford in seinem Buch "The Spoils of World War II" fest. ...<<
CSR: In dem Aussiger Vorort Schönpriesen ereignen sich am 31. Juli 1945 nach einer Explosion (in einem Lager für deutsche Beutemunition) unfaßbare Ausschreitungen. Mit weißen Armbinden gekennzeichnete Deutsche werden auf den Straßen verfolgt und niedergeschlagen. Als die deutschen Arbeiter nach Arbeitsschluß über die Elbebrücke zu ihren Wohnungen eilen, werden sie von der aufgehetzten Menge auf der Brücke angegriffen, teils erschlagen oder in die Elbe geworfen. Viele Frauen und Kinder erleiden dasselbe Schicksal.
Bei diesen Massenausschreitungen kommen etwa 700 bis 2.700 deutsche Zivilisten um (x004/72). Das Explosionsunglück wird später von den Tschechen als deutsche Sabotageaktion der "Werwölfe" ausgelegt.
Die den Deutschen zur Last gelegte Explosion in Aussig-Schönpriesen wird von den Tschechen umgehend genutzt, um die Weltöffentlichkeit von der andauernden Bedrohung durch die Sudetendeutschen und von der Notwendigkeit ihres baldigen Abschubs zu überzeugen (x004/-72).
Ein ehemaliger tschechischer Funktionär der Aussiger Verwaltungskommission berichtet später in London über das Massaker an der deutschen Bevölkerung in Aussig vom 31. Juli 1945 (x005/284-286): >>... Es muß eine richtige Darstellung der Ereignisse (in Aussig) vom 31.07.1945 gegeben werden, die man vielleicht das Gegenstück zu Lidice nennen kann.
Die Sache wird früher oder später ventiliert werden, und wir müssen davon selber sprechen, wenn wir nicht wie die Deutschen kollektiv abgeurteilt werden sollen. Eben weil sich der 3. Jahrestag dieses Massakers nähert, das ausschließlich auf die Rechnung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei geht, halte ich es für richtig, als Augenzeuge und Funktionär der damaligen Verwaltungskommission die Ursache der damaligen Explosion und die unmenschlichen Repressalien zu schildern, die ihr folgten:
In unserer Gegend endete die letzte Phase der Kämpfe der deutschen Armee des Generals

Schörner am 9. Mai 1945. Alle Straßen und Gassen in den Städten waren durch Kolonnen von Autos, Geschützen und Munition verstopft. Am nächsten Tag, am 10. Mai, begann man mit dem Aufräumen. Waffen und Munition wurden in Lagern der ehemaligen Zuckerraffinerie in Schönpriesen gelagert, die während des Krieges in die "Deutschen Kabelwerke" verwandelt worden waren. In diesem Unternehmen waren Hunderte neuer Flugzeugmotoren gelagert. Dahin wurden Granaten, Panzerfäuste und andere Munition zusammengefahren.
Militär, das sich aus der benachbarten Eckelmannschen Likörfabrik genügend Spirituosen besorgte, versah den Aufsichts- und Wachdienst, wobei auf eine richtige Lagerung nicht geachtet wurde, im Gegenteil, man warf alles durcheinander. Daher kam es zur Katastrophe.
Am 31.07.1945, um 15.45 Uhr, erfolgte die erste Explosion, die die Fenster im Umkreis von 3 km erschütterte. Niemand in der Stadt ahnte in diesem Augenblick, daß dies das Signal zum Morden war. Militär umgab die Elbe-Brücken, und als um 16.10 Uhr kommunistische Provokateure in Begleitung von Leuten in russischen Uniformen eintrafen, begann man mit den "Exekutionen".
Die Deutschen, die weiße Armbinden trugen und von der Arbeit heimkehrten, wurden die ersten Opfer auf der Benes-Brücke. Das Militär, das vom Vorsitzenden des Ortsnationalausschusses in Aussig ... Herrn Vondra aufgefordert worden war, jedes Massaker zu verhindern, folgte dieser Aufforderung nicht und mordete mit. Eine Mutter, die ihr Kind im Wagen über die Brücke fuhr, wurde mit Latten erschlagen, mit dem Kind über das Geländer in die Elbe geworfen, unter Begleitfeuer aus Maschinenpistolen.
Ein weiterer Vorfall, der mir in Erinnerung blieb und mich mein ganzes Leben begleiten wird, war jener deutsche Antifaschist, der nach 4 Jahren aus dem Konzentrationslager zurückkehrte und als Monteur bei der Firma Brönner beschäftigt war. Diesem deutschen Kämpfer gegen den Faschismus, B., wurden die Haare ausgerissen und dann der Bauch durchschossen. Er starb auf der Stelle.
Dergleichen Vorfälle gab es Hunderte. Auf der Brücke und auf dem Hauptplatz wurden Leute erschlagen und in die sog. Luftschutz-Wasserbehälter geworfen.
In 3 Stunden waren mehr als 2.000 Menschen erschlagen. Die Toten wurden geplündert, von internierten Deutschen auf Autos geladen und zur Kremation nach Theresienstadt gefahren. Die Begleiter der Toten kehrten nicht zurück.
Nach diesem Massaker kamen am 1. August 1945 der Innenminister Nosek und der Nationalverteidigungsminister General Svoboda in die Stadt. Es kam zu scharfem Meinungsaustausch in dem Rate der Verwaltungskommission. Freilich änderte dies nichts an der Tatsache, daß es durch Fahrlässigkeit von seiten der militärischen Verwaltung zu der Explosion gekommen war.
Dieser Umstand entschuldigt aber in keiner Weise den Minister Nosek. Denn weder das Militär, noch die Polizei haben Ruhe und Ordnung wiederhergestellt, im Gegenteil, sie haben selbst zu den Unruhen noch aufgereizt. Durch die Unfähigkeit und die Undiszipliniertheit der militärischen Funktionäre hat die tschechische Bevölkerung in Schönpriesen Sachschäden im Werte von 8 Millionen Kc erlitten, abgesehen von dem Verlust zahlreicher Heime. Und die deutsche Bevölkerung bezahlte mit dem ungewöhnlichen Verlust von zum Großteil unschuldigen Menschenleben nur deshalb, weil sich der Pöbel bereichern und sich ihres Eigentums bemächtigen wollte.
Lidice war ein lebendiges Denkmal des unseligen "Furor teutonicus", und Aussig a.E. war die Rehabilitierung der deutschen nazistischen Mörder. Die Zahl der Opfer war hier fast die vierfache. Wird dieses Verbrechen nicht als "Furor Czechoslovaka plebs" in die Geschichte eingehen?"
Wir haben nichts, was wir dieser schrecklichen Schilderung hinzufügen könnten. Vielleicht nur eines: Ob eine derartige Aufpeitschung niederster Leidenschaften nicht beabsichtigt war,

um die sittlichen Grundlagen des Volkes zu untergraben und zu vernichten, das auf diese Weise betäubt und für den Schlachthof vorbereitet wurde? ...<<

Großbritannien: Alois Ullmann (der nach seiner Haft im KZ Dachau die "Aussiedler-Betreuungsaktion" der sudetendeutschen Sozialdemokraten bzw. Antifaschisten leitet) schildert am 31. Juli 1945 britischen Reportern (Londoner "Times" und "BBC") die Lage in der CSR und schreibt ferner an einen tschechischen Staatsmann (x005/518-519): >>Es entsteht eine solche Gefahr für das Volk Masaryks, daß die Folgen für die Zukunft nicht abzusehen sind. Denn wer ständig auch den primitivsten Eigentumsbegriff verletzt - primitives Eigentum ist Wohnungseinrichtung, Kleidung, also das, was der Mensch zu einem geordneten Leben braucht - wird schweren moralischen Schaden erleiden. Ebenso der, der die Gebote der Menschlichkeit mehr oder weniger übertritt.

Das Schicksal bewahre das tschechische Volk vor den zwangsläufigen Folgeerscheinungen des vorstehend Angeführten. Recht und Gesetz existieren im Grenzgebiet gegenwärtig überhaupt nicht. Nicht für die Sudetendeutschen als die Verfolgten (Antifaschisten), nicht für die Tschechen als Verfolger. Der eine tut was er will, der andere duldet was er muß. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, wer sich schuldig gemacht hat, soll bestraft werden. Die Strafe soll streng sein, aber nur der Richter hat Recht zu sprechen. ...<<

Juli 1945

SBZ: NKWD-Einheiten übernehmen im Juli 1945 das ehemalige Kriegsgefangenenlager Fünfeichen bei Neubrandenburg. Im "Speziallager Nr. 9" werden zunächst 6.000 und später durchschnittlich 12.500 Deutsche interniert (x126/152).

WBZ: Der US-Major Hans Habe (1911-1977) berichtet im Juli 1945 über die Lage in der nordamerikanischen Zone (x114/2.80): >>Das überraschendste war die eigentlich totale Apathie, diese vollkommene Gleichgültigkeit, Stumpfheit, der wir begegneten. Es war so, daß selbst der wirtschaftliche Aufbau von den Amerikanern angekurbelt werden mußte, weil sich die Mehrheit der Bevölkerung sagte, das hat ja alles keinen Sinn. ...

Wogegen wir in erster Linie anzukämpfen hatten, war also nicht Feindseligkeit, sondern Gleichgültigkeit, Niedergeschlagenheit – wobei ich unter Niedergeschlagenheit weniger die Niedergeschlagenheit über die Niederlage verstehe, sondern eben die totale Apathie, die Unfaßbarkeit des Zusammenbruchs.

Niemand wußte, wie soll das weitergehen. ...<<

Der deutsche Politiker Reinhold Maier (1889-1971, erster Ministerpräsident Baden-Württembergs) berichtet über ein Verhör durch die US-Militärbehörde im Juli 1945 (x114/2.95): >>Wir gingen miteinander in die Höhle des Löwen. Über der Tür steht angeschrieben: Public safety.

Der Löwe selbst ist etwa 25 Jahre alt, versteht kein Wort Deutsch und sein Name ist Oberleutnant John E. Switzer. Er ist der Mann der Verhaftungen und Entlassungen im Kreis Gmünd. Er hatte die neuesten Regulations so verdolmetscht: "Alle müssen weg bis herunter ..." Dann ließ er seine Hände sprechen: Er ahmte die Bewegungen der Finger beim Maschinenschreiben nach also alle bis zum Schreibfräulein.

Er schien sehr befriedigt über seine Hinauswurfvollmacht.

Wir traten ein und erblickten zunächst am Fensterkreuz hängend zwei Peitschen, d.h. je eine geflochtene und eine einfache neunschwänzige Katze. Hinter uns nahm ein Offizier Platz, der die rechte Hand stets in seiner Militärjacke hielt, nicht am Busen, sondern an seiner Pistole. Wir saßen in einer Reihe und ein Tisch trennte uns von unseren Verhandlungspartnern, drei 20-25jährigen Offizieren und zwei gleichaltrigen Dolmetschern.

Die Verhandlung verlief schleppend. Es entstanden lange Pausen, während deren unsere Gegenüber sich untereinander über ganz andere Dinge als von den zur Debatte stehenden unterhielten und miteinander alberten, wie dies junge Leute tun. In der Sache kam nicht viel heraus.

Konrad hatte ihnen darlegen wollen, wie sehr es ihm zustatten gekommen sei, daß er sich bei seinem Sorgenweg auf Freunde, Bundesbrüder usw. habe stützen können, die zwar Parteigenossen waren, aber genauso dachten und handelten wie wir.
Der maßgebende Mann uns gegenüber rekelte sich in seinem Lehnstuhl, lehnte sich weit zurück, währenddem er mit beiden Händen seinen Kopf rückwärts umfaßte. Schließlich ging er dazu über, seine Füße auf den Schreibtisch zu legen, so daß wir die prima, prima Ledersohlen seines Schuhwerks aus unmittelbarster Nähe bewundern konnten. Die anderen machten Scherze, einer spielte mit seiner Pistole, die er auseinandernahm und wieder zusammensetzte.
Wir drei saßen sozusagen weiter auf der Anklagebank. Jeder von uns war zwei- bis dreimal so alt wie die anwesenden Amerikaner.
Nach einer Stunde wurden wir ohne Ergebnis entlassen, nachdem die unter sich beratenden Amerikaner Dutzende von O.K.s ausgestoßen hatten. ...<<
Ungarn: In der Zeitung "Vilag" protestieren im Juli 1945 zehn bekannte ungarische Dichter, Journalisten und Politiker gegen die Zustände in den Internierungslagern Westungarns (x028/-229): >>Wir betonen, daß wir alle wegen unserer jüdischen Herkunft oder politischen Einstellung Opfer des Nazismus waren. Dennoch mußten wir gegen die unmenschlichen Zustände protestieren - gegen die überfüllten Lager, gegen die ungenügende Versorgung, gegen die Mißhandlung der Internierten. ...<<
Jugoslawien: Nach zum Teil über 1.000 Kilometer langen "Sühnemärschen" treffen im Juli und August 1945 mehr als 3.000 deutsche und österreichische Offiziere im Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz ein (x130/233). Das einzige jugoslawische Lager für gefangene Offiziere liegt an der rumänisch-ungarischen Grenze.
Ein gefangener Wehrmachtsoffizier berichtet später über das berüchtigte Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/234-235): >>Die Sterbeziffer war nach kurzer Zeit so hoch, daß täglich viele Kameraden tot und nackt im selbstgezimmerten Leichenwagen zur Vergrabung weggefahren werden mußten, an einem Tage waren es 32 Tote. Der lange Hungermarsch hatte die Widerstandskraft bei vielen Kameraden erlahmt. Oft fanden wir frühmorgens Kameraden tot neben uns liegen. Die deutschen Ärzte waren wegen Mangel an Medikamenten im Jahre 1945 ziemlich hilflos. Begräbniszeremonien gab es nicht.
Die Notdurft wurde im Freien auf Balken über ausgehobenen Gräben verrichtet.
Im Spätherbst wurden von Arbeitskommandos ... in ... Hallen Pritschenlager und zur Abtrennung der Gefangenenkompanien Lehmwände halb hochgezogen. Alle Dächer dieser beiden großen Hallen waren porös, überall hingen über den Pritschen Wasserabfänger aus Holz, Pappe oder Blech. Bei Regen entstanden auf dem Betonboden riesige Wasserlachen.
Trinkwasser ... wurde pro Tag und Person nur 1 Liter verabreicht. Erst im Herbst 1946 gab es für die Pritschen Stroh als Unterlage. Als wir der Flöhe Herr geworden waren, überfielen uns nachts die Wanzen, so daß von Zeit zu Zeit die Pritschen auseinandergenommen, die Holzteile im Freien abgebrannt und dann wieder zusammengebaut werden mußten.
Von Juli 1945 bis Sommer 1946 war das Lager ein sogenanntes Schweigelager. Es gab keine Postverbindung. Zwischen den 2 großen Hallen wurde 1946 eine große Abortgrube ausgehoben, mit Holz überdacht und 8 lange Sitzreihen angebracht. Bald waren dadurch in den Hallen Ratten einheimisch geworden.
Bis Weihnachten 1946 hatte sich die Gefangenenzahl von 3.000 auf 2.000 reduziert allein durch Tod. Als Sterbeursache wurde allgemein registriert "Dysenterie".
Trotz allen Ungemachs wurden 1946 eine "Stacheldraht-Universität", ein Lagerchor und eine "Bunte Bühne" gegründet, die bis Ende 1948 mit einfachsten Mitteln hervorragende Leistungen zuwege brachten.
Im Herbst 1948 begann die Repatriierung. Insgesamt 1.000 Kameraden wurden in die Heimat entlassen. Doch zu Neujahrsbeginn 1949 galt die Aktion dann als abgeschlossen. Ende Januar

1949 wurden alle noch verbliebenen Offiziere (ca. 1.200) zu Untersuchungsgefangenen erklärt. Das Vernehmungslager Werschetz war geboren und wurde entsprechend für seine "Aufgabe" umgebaut.
In ein- oder mehrwöchiger Vernehmungszeit in Einzelzellen (1 x 1,5 m) qualvoll gefesselt, vegetierten nun die "Untersuchungshäftlinge" und wurden durch mittelalterliche Methoden zu "Geständnissen" gepreßt, um verurteilt zu werden. Viele zum Tode. Die meisten zu Freiheitsentzug mit Zwangsarbeit bis zu 25 Jahren. Für mehr als 80 Kameraden endete die Vernehmung mit Foltermord, mit Selbstmord oder Tod durch Entkräftung.<<

01.08.1945

Ostdeutschland: Aufgrund der Potsdamer Beschlüsse tritt am 1. August 1945 die polnische Verwaltung in den deutschen Ostgebieten und die ostpreußische Teilung in Kraft (x111/55).

SBZ: Geoffrey Harrison, der für die Briten an den Umsiedlungsverhandlungen teilnimmt, berichtet am 1. August 1945 über die Potsdamer Konferenz: (x039/174, x024/124): >>Die Verhandlungen waren nicht einfach - Verhandlungen mit den Russen sind nie einfach ... Wir erklärten, daß wir für den Gedanken an Massenausweisungen ohnehin nichts übrig hätten. Da wir sie aber nicht verhindern könnten, möchten wir dafür sorgen, daß sie in einer möglichst geordneten und humanen Weise durchgeführt würden. ...<<
>>... Onkel Joe (Stalin) war schließlich ebenfalls bereit, die polnische und tschechische Regierung und den Kontrollrat für Ungarn aufzufordern, die Vertreibungen hinauszuschieben, bis der Bericht des Alliierten Kontrollrats für Deutschland vorliege. Das kann vielleicht für den Augenblick Massenvertreibungen verhindern, doch ich zweifle nicht daran, daß sich auch weiterhin täglich Hunderte von Deutschen nach Westen absetzen werden.
Wir haben unser Bestes getan, um einen gewissen Überblick über die Aufnahmefähigkeit Deutschlands zu erhalten, doch hier stellten sich die Russen quer, weil sie überhaupt nicht daran zweifeln, daß Deutschland Millionen Ausgewiesene aufnehmen kann. Bis zu einem gewissen Grad wird die Sache durch die Wendung im Absatz abgesichert: "Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Situation in Deutschland" ...<<
Die SMAD ordnet am 1. August 1945 die Gründung einer antifaschistischen Jugendbewegung (FDJ) an. Alle anderen Jugendorganisationen und Sportvereine werden verboten (x111/55).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "FDJ" in der SBZ (x009/124): >>Eine Massenorganisation der SED, lange Zeit überparteilich getarnt. ...
Seit 1935, mehr noch seit 1945 traten die Jugendfunktionäre der KPD als "FDJ" (Abkürzung für Freie Deutsche Jugend) auf.
In der SBZ bediente sich die FDJ der am 20.6.1945 von der SMAD genehmigten antifaschistischen Jugendausschüsse. Die Gründung der FDJ wurde am 7.3.1946 in großen Versammlungen verkündet. War auch die FDJ anfangs überparteilich, so waren doch die Schlüsselstellungen von Anfang an mit KP/SED-Mitgliedern besetzt. Schon seit Beginn des 1. FDJ-Schuljahres 1951 wird die FDJ auf den Marxismus-Leninismus gemäß der geltenden Parteilinie der SED ausgerichtet.
Seit Beginn des Aufbaus der Kasernierten Volkspolizei ist die FDJ ihr wohl ergiebigstes Rekrutierungsfeld. Dies gilt noch stärker gegenüber der Nationalen Volksarmee und der Gesellschaft für Sport und Technik. Über die Betriebs-, Verwaltungs-, Schul- und Hochschulgruppen usw. der FDJ kontrolliert die SED die Jugend in diesen Bereichen. Für größere Schulen sind, um die Leitung zu straffen, Zentrale Schulgruppenleitungen (ZSGL) eingesetzt. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die kommunistische Organisation "Komsomol" (x009/223): >>Abkürzung für Kommunistischeskij sojus molodeschi (Kommunistischer Jugendverband), im Oktober 1918 gegründete Jugendorganisation der 14- bis 26jährigen in der Sowjetunion.
Soll den Nachwuchs für die KPdSU entwickeln und einen ausreichenden Funktionärnach-

wuchs sowie die vormilitärische Ausbildung der Jugend sicherstellen. Vorstufe des Komsomol ist die Organisation der Jungen Pioniere (9- bis 14jährige), gegründet im Oktober 1922, mit heute über 13 Millionen Mitgliedern. Die Mitgliederzahl des Komsomol wurde im Oktober 1958 offiziell mit 18 Millionen angegeben. Der Komsomol ist das Vorbild der FDJ.<<

Berlin: Die "Joint Relief Commission" des Internationalen Roten Kreuzes berichtet Anfang August 1945 (x044/197): >>... Am 27. Juli 1945 traf im Berliner Westhafen ein Lastkahn ein, mit einer tragischen "Fracht" von 300 Kindern, halb tot vor Hunger.

Sie kamen aus Finkenwalde in Pommern. Kinder im Alter von 2 bis 14 Jahren lagen am Boden des Kahns, reglos, von Krätze zerfressen, die Gesichter vom Hunger verzerrt. Die kleinen Körper, die Knie und die Füße waren aufgeschwollen - typische Hungerödeme.<<

WBZ: Feldmarschall Montgomery ruft Anfang August 1945 zur Umerziehung der deutschen Jugend auf (x117/73): >>An die deutschen Eltern! ...

1. Die Nationalsozialisten haben das deutsche Erziehungswesen in den Staub gezogen. Sie wollten Eure Kinder geistig vergiften. Das Wahre haben sie ihnen vorenthalten und haben ihnen dafür falsche Werte gegeben. Sie haben ihnen beigebracht, Freiheit und Duldsamkeit zu verachten, Gewalt und Unterdrückung zu bewundern. ...

3. Was die Nationalsozialisten angerichtet haben, beabsichtige ich wieder in Ordnung bringen zu lassen. ...

4. ... Bis zum Oktober dürften alle verfügbaren Schulen ... wieder in Betrieb sein.

5. Drei Dinge sind nötig, um Schulen wieder aufzumachen: Gebäude, Lehrmaterial und zuverlässige Lehrkräfte. ...

7. Die Schulbücher, mit denen die Nationalsozialisten die Kindergemüter vergifteten, werden im Schulunterricht nicht mehr verwendet. Ich lasse als Notmaßnahme Neuauflagen von Schulbüchern drucken, die vor den Nationalsozialisten in Gebrauch waren. Neue Schulbücher, von Deutschen in Deutschland geschrieben, aus denen ein gesunder Geist sprechen wird, sind in Vorbereitung; sie werden so rasch wie möglich gedruckt werden.

8. Der Mangel an Lehrkräften wird ernst sein. Ich werde keinen Lehrer in der Schule dulden, dessen Vergangenheit nicht den eingehendsten Nachforschungen standhält. Lehrer, die zu Unrecht entlassen wurden, werden wieder eingestellt. Ich werde alle kriegsgefangenen Lehrer freilassen, die würdig sind, bei der Neuerziehung ihrer Söhne und Töchter mitzuarbeiten. ...

12. Mein Ziel auf lange Sicht ist, das deutsche Jungen und Mädel durch eine frohe Schulzeit zu würdigen Staats- und Weltbürgern heranwachsen sollen. Ihre eigene Urteilskraft muß sie vor falschen Lehren der Gewalt und Tyrannei sichern. Auch Sie, deutsche Männer und Frauen müssen Ihre Verantwortung lernen, besonders für das, was im Leben der Gemeinschaft geschieht, in der Sie leben.

13. In allen diesen Dingen werden wir mit den Amerikanern, mit den Russen und den Franzosen zusammenarbeiten.

14. Ich werde Ihnen keine fremden Erziehungsgrundsätze und Lehrmethoden aufzwingen. ... Was ich aber niemals dulden werde, ist eine Rückkehr zum Nationalsozialismus, zum Militarismus oder zum Angriffsgeist in irgendeiner Form.

15. Sie, deutsche Väter und Mütter, müssen Ihr Teil dazu beitragen, um Ihre Kinder auf einen gesunden Lebensweg zurückzuführen. Ich werde Ihnen helfen, und Sie müssen mir helfen! Das ist mein Befehl!<<

02.08.1945

SBZ: Die Potsdamer Konferenz wird am 2. August 1945 um 0.30 Uhr beendet. Mit Verabschiedung der Potsdamer Erklärung werden die jahrhundertealten Grenzen des deutschen Volkes beispiellos verändert. Die westlichen Alliierten beginnen gleichzeitig eine "Politik des Aufschubs" ("policy of postponement").

Die Unbestimmtheiten des Potsdamer Abkommens verursachen nicht nur einen jahrzehnte-

langen Schwebezustand der künftigen deutschen Staatsgrenzen, sondern sie besiegeln außerdem endgültig das Schicksal der Reichs- und Volksdeutschen in Ost-Mitteleuropa. Die Massenvertreibung der Deutschen ist danach nicht mehr zu verhindern.

Das sogenannte Potsdamer Protokoll (Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfindet) wird am 22. August 1945 veröffentlicht (x156/12-14, x028/253-254, x156/14-16, x028/256-258): >>...

I. ... Die Konferenz schloß am 2. August 1945. Es wurden wichtige Entscheidungen und Vereinbarungen getroffen. Es fand ein Meinungsaustausch über eine Reihe anderer Fragen statt. Die Beratung dieser Probleme wird durch den Rat der Außenminister, der durch diese Konferenz geschaffen wurde, fortgesetzt.

Präsident Truman, Generalissimus Stalin und Premierminister Attlee verlassen diese Konferenz, welche das Band zwischen den drei Regierungen fester geknüpft und die Rahmen ihrer Zusammenarbeit und Verständigung erweitert hat, mit einer erneuerten Überzeugung, daß ihre Regierungen und Völker, zusammen mit anderen Vereinten Nationen, die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens sichern werden.

II. Die Einrichtung eines Rates der Außenminister

... 3a. Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen, um sie den Vereinten Nationen vorzulegen und Vorschläge zur Regelung der ungelösten territorialen Fragen, die in Verbindung mit der Beendigung des Krieges in Europa entstehen, auszuarbeiten. Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, wenn eine solche Regierung gebildet sein wird. ...

III. Über Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. ...

Der deutsche Militarismus und Nationalsozialismus werden ausgerottet und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Die Alliierten sind nicht gewillt, das deutsche Volk zu vernichten oder in die Sklaverei zu stürzen. Die Alliierten haben vor, dem deutschen Volk eine Möglichkeit zu geben, sich vorzubereiten, um zukünftig die Wiederherstellung seines Lebens auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage zu verwirklichen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit einen Platz unter den freien Völkern der Welt einzunehmen. ...

A. Politische Grundsätze

1. Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberkommandierenden der Streitkräfte der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches und der Französischen Republik, welche in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrats handeln, jeder in seiner Besatzungszone nach den Leitsätzen seiner entsprechenden Regierung sowie gemeinsam in den ganz Deutschland betreffenden Fragen ausgeübt.

2. Soweit dieses praktisch durchführbar ist, muß die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein.

3. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:

I. Völlige Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands und die Liquidierung der gesamten

deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung. ...
II. Das deutsche Volk ist zu überzeugen, daß es eine militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es auf sich geladen hat, indem seine eigne mitleidlose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis das deutsche Wirtschaftsleben zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.
III. Die nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen sind zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können, jeder nazistischen Propaganda ist vorzubeugen.
IV. Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten. ...<<
>>... 4. Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung aufgrund der Rasse, Religion oder politischen Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche, noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden.
5. Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.
6. Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.
7. Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.
8. Das Gerichtswesen wird entsprechend den Grundsätzen der Demokratie und der Gerechtigkeit auf der Grundlage der Gesetzlichkeit und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität und der Religion reorganisiert werden.
9. Die Verwaltung Deutschlands muß in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverwaltung durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke:
(I) wird die lokale Selbstverwaltung in ganz Deutschland nach demokratischen Grundsätzen und zwar durch Wahlausschüsse (Räte), so schnell wie es mit der Wahrung der militärischen Sicherheit und mit den Zielen der militärischen Besatzung vereinbar ist, wiederhergestellt.
(II) sind in ganz Deutschland alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechtes, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen. ...
(IV) wird bis auf weiteres keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein.

10. Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährt. Die religiösen Einrichtungen sollen respektiert werden. Die Schaffung freier Gewerkschaften, gleichfalls unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Erhaltung der militärischen Sicherheit, wird gestattet werden. ...<<

>>... **B. Wirtschaftliche Grundsätze**

11. Mit dem Ziele der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials ist die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstung und Kriegsmitteln, ebenso die Herstellung aller Typen von Flugzeugen und Seeschiffen zu verbieten und zu unterbinden. Die Herstellung von Metallen und Chemikalien, der Maschinenbau und die Herstellung anderer Gegenstände, die unmittelbar für die Kriegswirtschaft notwendig sind, ist streng zu überwachen und zu beschränken ... Die Produktionskapazität, entbehrlich für die Industrie, welche erlaubt sein wird, ist entsprechend dem Reparationsplan, ... entweder zu entnehmen oder, falls sie nicht entnommen werden kann, zu vernichten.

12. In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.

13. Bei der Organisation des Wirtschaftslebens in Deutschland ist die Hauptaufmerksamkeit auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu richten.

14. Während der Besatzungszeit ist Deutschland als ein einziges wirtschaftliches Ganzes zu betrachten. ...

15. Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:

a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Demilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr,

b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistung, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig sind, und die für die **Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt,** wichtig sind (Europäische Länder bedeuten alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs und der Sowjetunion) ...

e) zur Überwachung aller deutschen öffentlichen oder privaten wissenschaftlichen Forschungs- oder Versuchsanstalten. Laboratorien usw., die mit einer Wirtschaftstätigkeit verbunden sind.

16. Zur Einführung und Unterstützung der wirtschaftlichen Kontrolle, die durch den Kontrollrat errichtet worden ist, ist ein deutscher Verwaltungsapparat zu schaffen. ... Jede deutsche Verwaltung, die dem Ziel der Besatzung nicht entsprechen wird, wird verboten.

... 18. Der Kontrollrat hat entsprechende Schritte zur Verwirklichung der Kontrolle und der Verfügung über alle deutschen Guthaben im Auslande zu übernehmen, welche noch nicht unter die Kontrolle der alliierten Nationen, die an dem Kriege gegen Deutschland teilgenommen haben, geraten sind.

19. Nach der Bezahlung der Reparationen sind dem deutschen Volke genügend Mittel zu belassen, um ohne Hilfe von außen zu existieren.

IV. Reparationen aus Deutschland

In Übereinstimmung mit der Entscheidung der Krim-Konferenz, daß Deutschland gezwungen werden sollte, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen, wurde folgende Übereinkunft erreicht:

1. Die Reparationsansprüche der UdSSR sollen durch Entnahmen aus der von der UdSSR besetzten Zone in Deutschland und durch angemessene deutsche Auslandsguthaben befriedigt werden.
2. Die UdSSR wird die Reparationsansprüche Polens aus ihrem eigenen Anteil an den Reparationen befriedigen.
3. Die Reparationsansprüche der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches und der anderen zu Reparationsforderungen berechtigten Länder werden aus den westlichen Zonen und den entsprechenden deutschen Auslandsguthaben befriedigt werden.
4. In Ergänzung der Reparationen, die die UdSSR zusätzlich aus den westlichen Zonen erhalten:
a) 15 % derjenigen verwendungsfähigen und vollständigen industriellen Hauptausrüstung, vor allem der metallurgischen, chemischen und Maschinen erzeugenden Industrien, soweit sie für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig sind und aus den westlichen Zonen Deutschlands im Austausch für einen entsprechenden Wert an Nahrungsmitteln, Kohle, Pottasche, Zink, Holz, Tonprodukten, Petroleumprodukten und solchen anderen Waren entnommen werden soll, über die noch eine Vereinbarung getroffen werden mag.
b) 10 % derjenigen industriellen Hauptausrüstung, die für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig ist und aus den westlichen Zonen zu entnehmen und auf Reparationskonto an die Sowjetregierung zu übertragen ist ohne Bezahlung oder Gegenleistung irgendwelcher Art. ...
8. Die Sowjetregierung verzichtet auf alle Ansprüche bezüglich der Reparationen aus Anteilen an deutschen Unternehmungen, die in den westlichen Besatzungszonen in Deutschland gelegen sind. Das gleiche gilt für deutsche Auslandsguthaben in allen Ländern mit Ausnahme der weiter unten in § 9 gekennzeichneten Fälle.
9. Die Regierungen der USA und des Vereinigten Königreiches verzichten auf ihre Ansprüche im Hinblick auf Reparationen hinsichtlich der Anteile der deutschen Unternehmen, die in der östlichen Besatzungszone in Deutschland gelegen sind. Das gleiche gilt für deutsche Auslandsguthaben in Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und Ost-Österreich.
10. Die Sowjetunion erhebt keine Ansprüche auf das von den alliierten Truppen in Deutschland erbeutete Gold. ...<<
>>... **VI. Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet**
... Die Konferenz hat grundsätzlich den Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und der anliegenden Gebiete an die Sowjetunion ... zugestimmt, wobei der genaue Grenzverlauf einer sachverständigen Prüfung vorbehalten bleibt.
Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, daß sie den Vorschlag bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden. ...
IX. Polen
... Hinsichtlich der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit definieren sie ihre Haltung in der folgenden Feststellung:
... Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens haben Maßnahmen zum Schutze der Interessen der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit als der anerkannten Regierung des polnischen Staates hinsichtlich des Eigentums getroffen, das dem polnischen Staate gehört, in ihren Gebieten liegt und unter ihrer Kontrolle steht, unabhängig davon, welcher Art dieses Eigentum auch sein mag.
Sie haben weiterhin Maßnahmen zur Verhinderung einer Übereignung derartigen Eigentums an Dritte getroffen. ...
b) Bezüglich der Westgrenze wurde folgendes Abkommen erzielt:
In Übereinstimmung mit dem bei der Krim-Konferenz erzielten Abkommen haben die Häupter der drei Regierungen die Meinungen der Polnischen Provisorischen Regierung der Natio-

nalen Einheit hinsichtlich des Territoriums im Norden und Westen geprüft, das Polen erhalten soll. Der Präsident des Nationalrates Polens und die Mitglieder der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit sind auf der Konferenz empfangen worden und haben ihre Auffassungen in vollem Umfange dargelegt.
Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz (Bildung einer deutschen Zentralregierung) zurückgestellt werden soll (eine Formulierung, die sich von der Verfügung Art. VI des Abkommens deutlich unterschied).
Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen (Lausitzer) Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ... gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.

XIII. Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile

Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung aus **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn:
Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.
Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, daß der alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll.
Sie beauftragen demgemäß ihre jeweiligen Vertreter beim Kontrollrat, ihren Regierungen so bald wie möglich über den Umfang zu berichten, in dem derartige Personen schon aus **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland gekommen sind, und eine Schätzung über Zeitpunkt und Ausmaß vorzulegen, zu dem die weiteren Überführungen durchgeführt werden könnten, wobei die gegenwärtige Lage in Deutschland zu berücksichtigen ist.
Die tschechoslowakische Regierung, die Polnische Provisorische Regierung und der Alliierte Kontrollrat in Ungarn werden gleichzeitig von Obigem in Kenntnis gesetzt und ersucht werden, inzwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an den Kontrollausschuß (Verteilung auf die einzelnen Besatzungszonen) geprüft haben. ...
Unterzeichnet: J. Stalin - Harry S. Truman - C. R. Attlee.
2. August 1945.<<

Das Potsdamer Abkommen

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfand, verhandelten Stalin, Truman, Churchill (bis zur Wahlniederlage im Juli 1945) und Attlee (ab 28.07.1945) über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung. Während dieser Verhandlungen trafen die nordamerikanischen und britischen Außenpolitiker weitere verhängnisvolle Fehlentscheidungen.



Abb. 71 (x175/411): Potsdamer Konferenz (sitzend von links der neue britische Premierminister Clement Attlee, der US-amerikanische Präsident Harry S. Truman und der sowjetische Generalissimus Josef Stalin).

Vor der Potsdamer Konferenz besaß US-Präsident Truman praktisch alle Trümpfe. Im Gegensatz zur Sowjetunion verfügte Nordamerika damals schon über einsatzfähige Atombomben, die ursprünglich gegen "Hitler-Deutschland" eingesetzt werden sollten (x041/191). Die Nordamerikaner hatten einen Tag vor dem Beginn der Potsdamer Konferenz den ersten erfolgreichen Atombombentest in der Wüste von New Mexiko durchgeführt.

Die sowjetische Militärhilfe gegen Japan wurde eigentlich nicht mehr benötigt, denn Japans Armeen waren fast besiegt und hatten bereits mehrere Friedensangebote eingereicht. Der überforderte nordamerikanische Präsident Truman war jedoch trotz der japanischen Kapitulationsbereitschaft fest entschlossen, die Atombombe gegen Japan einzusetzen, um Stalin einzuschüchtern.

Den beteiligten Konferenzteilnehmern ging es in erster Linie um Reparationsregelungen, so daß sich die Potsdamer Verhandlungen schnell zu einem verbissenen Kampf um die Kriegsbeute entwickelten. Ferner wollte man den NS-Staat vollständig vernichten und die ehemalige deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht langfristig ausschalten.

Die Nordamerikaner und Briten hatten vor der Potsdamer Konferenz vereinbart, "nur" die preußischen Provinzen Ostpreußen, Danzig, Ostpommern und Oberschlesien an die UdSSR bzw. Polen abzutreten. Diese Gebietsabtretungen genügten den Osteuropäern jedoch längst nicht mehr. Stalin verlangte für Polen schließlich alle deutschen Ostgebiete östlich der Oder

und Görlitzer Neiße (außer Nord-Ostpreußen). Die zusätzliche Abtretung der dichtbevölkerten Provinzen Niederschlesien und Ostbrandenburg war für Churchill und US-Präsident Truman zunächst unannehmbar, deshalb ließen sie sich schließlich auf eine "Politik des Aufschubs" ("policy of postponement") ein.
Die Massenvertreibung der Deutschen wurde zwar während der Potsdamer Konferenz entschieden, aber die Vertreiberstaaten hatten vorher längst entscheidende Fakten realisiert.
Für Stalin waren die geplanten Gebietsabtretungen schon lange erledigt, denn er hatte die Westverschiebung systematisch vorbereiten lassen und ab Ende Mai 1945 die Austreibung von großen Bevölkerungsteilen gefördert bzw. geduldet, um vollendete Tatsachen zu schaffen.
Die Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ostdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn wurde trotz der langen Verhandlungsdauer nicht mehr ernsthaft diskutiert, sondern die sog. "Umsiedlung" der Deutschen wurde lediglich noch zur Kenntnis genommen.
Die westlichen Alliierten ordneten in Potsdam die Vertreibung der Ost- und Volksdeutschen zwar nicht kategorisch an, aber ihre leichtfertige Zustimmung machte die großangelegte Zwangsumsiedlung von Millionen von Deutschen zweifellos erst möglich. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz wurde ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten. Obwohl die Vertreiberstaaten versicherten, daß sie die Umsiedlungen geordnet und human abwickeln würden, hielt sich später niemand an die offiziellen Vereinbarungen und Zusagen.
Während der Potsdamer Konferenz behauptete Stalin mehrfach, daß die deutschen Ostgebiete menschenleer seien (x150/12). Die polnische Regierung, die zeitweise als Gast in Potsdam teilnahm, gab nur noch 1,5 Millionen Deutsche an (x150/14). Diese Deutschen würden freiwillig ziehen, sobald die Ernte vorbei wäre.
Churchill und Truman wurden vorsätzlich getäuscht, denn in Wirklichkeit hielten sich damals noch ca. 5,7 Millionen Reichs- und Volksdeutsche östlich der Oder-Neiße-Linie auf (x001/-78E). Diese osteuropäische "Verhandlungstaktik" beeinflußte sicherlich maßgebliche Entscheidungen der Potsdamer Konferenz.
Als Premierminister Churchill nach seiner Wahlniederlage bei den britischen Unterhauswahlen die Potsdamer Konferenz verlassen mußte, waren US-Präsident Truman und die ebenfalls unerfahrenen britischen Labour-Außenpolitiker sowie ihre Berater nicht mehr in der Lage, den sowjetischen Diktator in die Schranken zu weisen, denn Stalin war ein erfahrener Machtpolitiker und knallharter Verhandlungsführer, der seine Gegner meistens in stundenlangen Debatten zermürbte (x114/2.103). Nach Churchills Rückzug konnte Stalin seine maßlosen Gebietsforderungen schließlich vollständig durchsetzen.
Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keine völkerrechtlichen Verträge. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18). Die Verhandlungsergebnisse wurden im sog. "Potsdamer Protokoll" festgehalten, das bis zum endgültigen Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung Gültigkeit besitzen sollte.
Im Potsdamer Abkommen betonten die Siegermächte zwar ausdrücklich, daß man nicht beabsichtigen würde, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber die hilflosen Ost- und Volksdeutschen hatten schon längst die brutale Wirklichkeit erlebt bzw. nicht überlebt. Aufgrund der völlig überzogenen Gebietsabtretungen, die sie noch in der Atlantik-Charta vom 14.08.1941 aus moralischen Gründen als unannehmbar abgelehnt hatten, akzeptierten die Nordamerikaner und Briten stillschweigend die Massenvertreibung von Millionen.
Die westlichen Alliierten waren trotz der gigantischen Bevölkerungsmassen zuversichtlich, daß man die Deutschen geregelt und human "umsiedeln" könnte. Diese naiven Fehleinschät-

zungen und fehlende internationale Kontrollmaßnahmen brachten nochmals unvorstellbare Leiden und unsägliches Elend über die Ost- und Volksdeutschen.
Nach der Potsdamer Konferenz setzte man in Polen und in der CSR die "wilden Vertreibungen" fort. Die "Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile" und andere Abmachungen wurden häufig ebenfalls nicht beachtet.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die deutschen "Ostgebiete" (x051/434): >>Ostgebiete, nach 1945 Bezeichnung für die östlich der Oder-Neiße-Linie liegenden Gebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.37 (also nicht mit Sudetenland), 114.296 qkm mit 9,62 Millionen Einwohnern (1939).
Aufgrund des Potsdamer Abkommens vom 2.8.45 wurden die Ostgebiete vorläufig, d.h. bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Ostgrenze in einem Friedensvertrag, polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung unterstellt. Statt der vorgesehenen "humanen" Aussiedlung der deutschen Bevölkerung der Ostgebiete kam es jedoch zur Vertreibung. Gegen das Abkommen verstieß auch die Eingliederung der sowjetisch verwalteten Ostgebiete am 17.10.45 und der polnisch verwalteten Ostgebiete am 12.1.49 in den jeweiligen Staatsverband.<<
Stalin begründet die deutschen Gebietsabtretungen damals mit dem polnisch-sowjetischen "Sicherheitsbedürfnis" (x149/115): >>... Im Laufe der letzten 25 Jahre sei Deutschland zweimal über Polen in Rußland eingefallen. Weder die Engländer noch die Amerikaner hätten solche Invasionen erlebt, die kaum erträglich seien und deren Folgen man nicht so leicht vergessen könne.
Diese deutschen Invasionen seien nicht einfach Kriegsführung, sondern den Einfällen der Hunnen vergleichbar. ... So habe Polen als Vorfeld für die deutschen Angriffe auf Rußland gedient. Polens Schwäche und Feindseligkeit habe zugleich eine erhebliche Schwächung der Sowjetunion bedeutet, Rußland sei daher wesentlich daran interessiert, ein starkes und befreundetes Polen zum Nachbarn zu haben.<<
Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) schreibt später über Stalins Motive (x028/211-212): >>... Eine so unnatürliche Grenze wie die Oder-Neiße-Grenze konnte nur mit Waffengewalt aufrechterhalten und verteidigt werden ... Das aus einem guten Stück Deutschland herausgeschnitzte Polen müßte sich schon aus reinem Selbsterhaltungstrieb des ständigen Wohlwollens der Russen versichern, und zwar zu deren Bedingungen.<<
Harry S. Truman schreibt später über die Potsdamer Konferenz (x063/605-606, x149/115): >>... Wir standen in Potsdam einem fait accompli (vollendeten Tatsachen) gegenüber, wir waren durch die Umstände so gut wie gezwungen, die russische Besetzung Ostpolens und der polnischen (Besetzung) des deutschen Gebietes östlich der Oder zuzustimmen. Es war ein dreister Gewaltakt. ...<<
>>... Das von den Russen mitunterzeichnete Dokument eröffnete die Aussicht auf eine friedliche Zusammenarbeit in Europa. Trotzdem hatte ich einsehen müssen, daß die Russen rücksichtslose Verhandlungspartner waren. ...
Macht ist das einzige, was die Russen verstehen.<<
US-Senator Charles W. Vursell berichtet später über das Potsdamer Abkommen (x028/149): >>... Durch die Potsdamer Vereinbarung wurde die Regierung der Vereinigten Staaten unbeabsichtigt zum Mitverantwortlichen für den massenhaften Hungertod, besonders in Deutschland. - (Sie verstießen) gegen das geltende humanitäre Prinzip des Völkerrechts, wonach immer dem Sieger die Verantwortung zufällt, nach besten Kräften die unschuldigen Opfer der besiegten Bevölkerung zu schützen.<<
Churchill kritisiert später die britischen Konferenzteilnehmer in Potsdam (x024/109-110, x028/106): >>... Weder ich noch Eden hätten die westliche Neiße akzeptiert. Als Kompensation für Polens Rückzug auf die Curzon-Linie hatten wir die Verschiebung der polnischen

Westgrenze bis zur Oder und östlichen Neiße anerkannt, doch nie hätte eine Regierung, deren Chef ich war, sich damit einverstanden erklärt, die Grenze bis zur westlichen Neiße zu erstrecken, nur weil die russischen Armeen das Gebiet dazwischen und darüber hinaus besetzt hatten.
Das war nicht nur eine Frage des Prinzips, sondern vielmehr eine praktische Angelegenheit von enormer Tragweite, da es dabei um die Entwurzelung von weiteren 3 Millionen Menschen ging. Hier war Unrecht im Werden, gegen das unter dem Gesichtspunkt der künftigen Befriedung Elsaß-Lothringen und der Polnische Korridor nicht viel mehr als Kleinigkeiten waren. ...<<
>>... Die Briten hatten schwere moralische Bedenken gegen umfangreiche Bevölkerungsumsiedlungen. Wir konnten eine Ausweisung von ebenso vielen Deutschen akzeptieren, wie Polen aus Ostpolen östlich der Curzon-Linie übersiedelten, sagen wir, 2 bis 3 Millionen; doch eine Ausweisung von 8 oder 9 Millionen Deutschen, wie sie die polnischen Forderungen mit sich brachten, war zu viel und völlig falsch.<<
Der britische Politiker Robert Boothby berichtet später über die Folgen der Potsdamer Konferenz (x338/286): >>... Jalta ebnete den Weg nach Potsdam, wo … zwischen Rußland, Polen und Deutschland Grenzen gezogen wurden, die mit Ausnahme der Curzon-Linie nicht den Schatten einer geographischen oder ethnographischen Berechtigung hatten und die wirtschaftlichen Gegebenheiten völlig unberücksichtigt ließen.
Dies führte unmittelbar zu den Zwangsdeportationen. Millionen von … Deutschen wurden wie das Vieh, nicht einmal im Viehwagen, weggetrieben. Von Deutschland wurde ein Viertel seiner bestellten Fläche abgetrennt. Durch das Hereinströmen der Flüchtlingsmassen von allen Seiten in den verstümmelten Rumpf wurden weitere Millionen praktisch dem Hungertode preisgegeben. …<<
Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk schreibt später über die Potsdamer Konferenz (x069/-208): >>An die Stelle Roosevelts ist Truman getreten. Churchill hat in Voraussicht seines Sturzes seinen Nachfolger Attlee mitgebracht. Tiefeinschneidende Beschlüsse werden gefaßt, in den wichtigsten Fragen aber kommt man zu keiner Einigung.
Die Reste der deutschen Flotte werden unter den 3 Siegermächten aufgeteilt. In Zukunft soll Deutschland keine seefähigen Schiffe und auch keine Flugzeuge mehr besitzen. Synthetisches Benzin, Buna und andere Werkstoffe dürfen nicht mehr hergestellt werden. Die Sieger bemächtigen sich sämtlicher Patente und nehmen das deutsche Auslandsvermögen sowie zahlreiche Industrieanlagen in Anspruch. In den nächsten Jahren werden in den westlichen Besatzungszonen 8 % aller Werke demontiert, in Berlin 50 %, in der Sowjetischen Besatzungszone 45 %.
Die Sieger verpflichten sich zwar, während der Besatzungszeit "Deutschland als eine einzige wirtschaftliche Einheit" zu behandeln, riegeln aber schon bald ihre Besatzungsgebiete voneinander ab. Sie erklären auch, sie wollten "dem deutschen Volk genügend Mittel übrig lassen, um es in die Lage zu versetzen, ohne fremde Hilfe zu bestehen", ihre Maßnahmen aber machen das völlig unmöglich. ...<<
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Konferenz von Potsdam (x306/89): >>… Zu einer Auseinandersetzung über die Gültigkeit des Potsdamer Abkommens führte der Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht über das am 17. August 1956 verkündete Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Die KPD war wegen "Verstoßes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung" (Art. 21 des Grundgesetzes) verboten worden. Die Vertreter der KPD, vor allem der Ostberliner Professor Kröger, vertraten die Ansicht, daß dem Potsdamer Abkommen eine normative Kraft

innewohne, die gegenüber dem Begriff "freiheitlich demokratische Ordnung" den Vorrang habe, zumal dessen Bestandteil "demokratisch" im Potsdamer Abkommen inhaltlich festgelegt sei.
Das Potsdamer Abkommen sei ein völkerrechtlicher Vertrag und nicht nur ein völkerrechtliches Abkommen der Unterzeichnermächte … Die Bundesregierung entgegnete durch Professor Kaufmann, daß es sich in Potsdam um ein Verwaltungsabkommen der Besatzungsmächte gehandelt habe, das nur für diese verpflichtende Wirkungen habe und keinesfalls das deutsche Volk als "Normenadressat" habe. …
Das Bundesverfassungsgericht beschritt im Urteil einen mittleren Weg: "Mangels einer Einigung der Alliierten aber galt die allgemeine Regel des Potsdamer Abkommens, wonach die höchste Regierungsgewalt in Deutschland den Oberbefehlshabern der Streitkräfte, jedem in seiner Besatzungszone, übertragen ist.
Auch wenn man also der Ansicht der KPD über die rechtliche Verbindlichkeit des Potsdamer Abkommens für das deutsche Volk folgen wollte, wären nach dieser Bestimmung für das deutsche Volk bei der Ausgestaltung seiner Staatsordnung nur etwaige Entscheidungen der zuständigen Zonenbefehlshaber dafür maßgebend gewesen, was über die Festlegung des Potsdamer Abkommens hinaus als demokratisch zu gelten habe." Demokratisch ist, was die Zonenbefehlshaber als demokratisch bezeichnen. ...<<
Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über die "Potsdamer Konferenz" (x287/187): >>... In Potsdam hatten die Westmächte die Annexion Nordostpreußens mit dessen Hauptstadt Königsberg durch die UdSSR hingenommen. Truman und der ahnungslose Attlee verpflichteten sich, diesen sowjetischen Gebietsanspruch bei einer endgültigen Friedensregelung zu unterstützen.
Schon vor der Potsdamer Konferenz hatte die Sowjetunion das restliche Ostpreußen und die übrigen Reichsgebiete östlich der Oder und Neiße den Polen übertragen. Die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung stand jedoch im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen.
Denn erstens fand diese größte Massenvertreibung der europäischen Geschichte weder "ordnungsgemäß" noch "human" statt, wie man vorsah. Und zweitens, hätte sich die Vertreibung nur auf altpolnische Gebiete erstrecken dürfen, also nicht auf die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie, da Südostpreußen, das Territorium der früheren Stadt Danzig, Ostpommern und Schlesien erst laut Potsdamer Protokoll unter polnische Verwaltung gestellt wurden, und zwar mit dem juristischen Vorbehalt, die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu einer Friedenskonferenz zurückzustellen. ...
Völkerrechtlich ging das Potsdamer Abkommen von Deutschland in seinen Grenzen von 1937 aus, wie sie sich aus dem Versailler Friedensvertrag und der Saarabstimmung ergaben. Die Ostgebiete wurden ... nur vorläufig unter sowjetische und polnische Verwaltung gestellt, da der Übergang der Gebietshoheit formalrechtlich nur durch einen Friedensvertrag erfolgen konnte.
Theodor Veiter vermißt eine völkerrechtliche Grundlage für die Massenaussiedlung der mehr als zwölf Millionen deutschen Menschen (wobei 1,5 Millionen Menschen aus Ostdeutschland durch Flucht und Vertreibung ihr Leben verloren); denn rechtlich sei die Oder-Neiße-Linie keine Grenze. ...<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über das "Potsdamer Abkommen" (x051/453): >>Potsdamer Abkommen, von den Regierungschefs von Großbritannien (Attlee), der UdSSR (Stalin) und der USA (Truman) unterzeichnetes Abschlußkommuniqué der Konferenz, die vom 17.7. bis 2.8.45 in Potsdam stattfand.
Vorausgegangen waren der Konferenz, an der neben den Regierungschefs auch die Außenminister teilnahmen, die Kapitulation des Deutschen Reiches am 7./8.5.45 und die Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland durch den Alliierten Kontrollrat auf der Grundlage der

Junideklaration vom 5.6.45.
Der wichtigste Teil des Potsdamer Abkommens, Artikel III, hatte die territorialen, politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der Behandlung des besiegten Deutschlands zum Inhalt und sah Maßnahmen vor, "die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann" und die Deutschland zugleich darauf vorbereiten sollten, "sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen", damit es so "zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einnehmen" könne.
Politische Bestimmungen:
1. Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, d.h. die Vernichtung aller seiner Waffen und militärischer Einrichtungen und die Auflösung aller seiner Streitkräfte;
2. Entnazifizierung, d.h. Auflösung der NSDAP und ihrer Organisationen, Aufhebung der nationalsozialistischen Gesetze, Internierung der führenden Nationalsozialisten und einflußreicher Anhänger der NSDAP sowie Entfernung aktiver NSDAP-Mitglieder aus öffentlichen Ämtern, außerdem Inhaftierung und Aburteilung von Kriegsverbrechern;
3. Demokratisierung, u.a. durch Erlaubnis zur Bildung demokratischer Parteien und Gewerkschaften und die Wahl von Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesparlamenten;
4. Dezentralisierung, d.h. der Aufbau einer dezentralisierten deutschen Verwaltung; nur im Bereich der Wirtschaft, des Verkehrs- und Transportwesens sollten zentrale deutsche Verwaltungsstellen erhalten oder neu errichtet werden.
Wirtschaftliche Bestimmungen:
1. Verbot der Rüstungsproduktion;
2. Dekartellisierung und (teilweise) Demontage der deutschen Wirtschaft;
3. Förderung der Friedensindustrie, der Konsum- und der Landwirtschaft;
4. Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft durch die Alliierten;
5. Instandsetzung oder Neubau von Verkehrswegen, Wohnungen und öffentlichen Einrichtungen als vordringliche Aufgabe;
6. Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit;
7. Erhebung von Reparationen; jede der vier Besatzungsmächte sollte Reparationen (in Sachwerten) nur aus ihrer eigenen Besatzungszone entnehmen, die UdSSR darüber hinaus aus der amerikanischen, britischen und französischen Zone 15 % der erhalten gebliebenen, für die Friedensproduktion nicht benötigten industriellen Anlagen im Austausch gegen andere Güter und 10 % ohne Gegenleistung erhalten. Die Höhe der Reparationen wurde nicht festgelegt; doch sollten diese "dem deutschen Volke genügend Mittel belassen, um ohne Hilfe von außen zu existieren".
Territoriale Regelungen:
1. Übergabe Königsbergs und des angrenzenden nördlichen Ostpreußens "vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der Friedenskonferenz" an die UdSSR;
2. Unterstellung der deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie einschließlich der ehemaligen Freien Stadt Danzig "unter die Verwaltung des polnischen Staates", doch "endgültige Festlegung der Westgrenze Polens" ebenfalls erst auf der Friedenskonferenz;
3. Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn und Umsiedlung nach Deutschland "in ordnungsgemäßer und humaner Weise" (Vertreibung).
Die provisorische französische Regierung stimmte am 4.8. dem Potsdamer Abkommen im Wesentlichen zu. Es bildete die rechtliche Grundlage für die gemeinsame Verantwortung der vier Mächte (Großbritannien, Frankreich, UdSSR und USA) gegenüber Deutschland als Ganzem und für die Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit.
Doch hält die UdSSR (und ebenso die DDR) die territorialen Regelungen des Potsdamer Abkommens für endgültig, während die Westmächte (wie auch die Bundesrepublik) daran fest-

halten, daß diese erst durch einen – bis heute nicht zustande gekommenen - Friedensvertrag endgültig rechtsverbindlich zu treffen seien.<<

Der deutsche Historiker Prof. Dr. Helmuth G. Dahms berichtet später über die Potsdamer Konferenz (x090/306): >>... Moskau hatte die Einladung Frankreichs zur Potsdamer Konferenz hintertrieben. Die sowjetische Position verbesserte sich auch, als Churchill infolge des Ausgangs der britischen Wahl abgelöst wurde. Stalin rechnete nur mit Truman als gleichwertigen Verhandlungspartner, von dem bekannt war, daß er die nordamerikanischen Truppen schon bald aus Europa zurückziehen wollte.

Trumans Berater durchschauten die Absichten des sowjetischen Diktators. Der Präsident schloß deshalb einen Formelkompromiß. Jede Besatzungsmacht erhielt das Recht, sich aus der Reparationsmasse der eigenen Zone zu bedienen. Die UdSSR sollten zusätzlich 10 % der westlichen Entnahmen erhalten, weitere 15 % im Austausch gegen Nahrungsmittel, Kohle und Kalisalz.

Das Verlangen, die willkürlich gezogene polnische Westgrenze anzuerkennen, lehnten die Westmächte ab. Allerdings galten die deutschen Ostprovinzen nun nicht länger als "Teil der Sowjetischen Besatzungszone". Eine neue Definition der Oder-Neiße-Linie erlaubte Stalin sogar, noch mehr Gebiet - Stettin und Swinemünde mit 850 qkm - der polnischen Verwaltung zu überlassen.

Der westliche Vorbehalt, die Grenzfrage bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen, wurde weiter erschwert durch den Beschluß, alle Deutschen "in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn" auszusiedeln, denn damit waren auch die Bewohner der Ostprovinzen gemeint. ...

Die Konferenz formulierte Maximen für die Liquidierung des Nationalsozialismus. Begriffe wie Umerziehung, Entmilitarisierung und Entnazifizierung, Dezentralisierung und Dekartellisierung wurden zu Grundsätzen der Besatzungspolitik. Nicht nur Kriegsverbrecher, auch Personen, die an "nazistischen Maßnahmen" teilgenommen hatten, sollten interniert und vor Gericht gestellt werden.

Die Siegermächte wollten im Kontrollrat gemeinsam und einstimmig beschließen, aber jede (Macht) auch für sich allein entscheiden. Sie sicherten den Menschen in ihren Besatzungszonen gleiche Behandlung zu, doch diese war von vornherein unmöglich, weil die Konferenz kein einheitliches Reparationsgebiet schuf und an dem sowjetischen Sonderweg nichts auszusetzen fand.

Das "Potsdamer Abkommen" vom 2. August 1945 war kein völkerrechtlich bindender Vertrag. Verschiedene Textstellen hatten lediglich den Charakter vager Absichtserklärungen. Der "Protokoll" genannte Schriftsatz wurde nicht ratifiziert. Frankreich verweigerte dem beschlossenen Aufbau deutscher "Zentralbehörden" seine Zustimmung und forderte zuerst die Abtretung des Rheinlandes, des Saar- und Ruhrgebietes.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Potsdamer Konferenz (x024/203-204): >>Briten und Amerikaner erkannten bald, daß ihre allzu rasche Zustimmung zur Vertreibung von Polen und Deutschen ein politischer Fehler gewesen war. Schließlich hatte Großbritannien Deutschland wegen der Garantie der polnischen Grenzen den Krieg erklärt.

Als später Stalin den Anspruch auf Ostpolen nicht aufgab, hatten sich Briten und Amerikaner gegen diese Absicht des Diktators nicht durchsetzen können. Die Vertreibung der Deutschen geriet sowohl flächen- als auch zahlenmäßig außer Kontrolle der Westalliierten. Auch wenn Stalin sie durch falsche Zahlen getäuscht hatte, blieb ihre Mitverantwortung und Mitschuld. ...<<

Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) berichtet später über die entscheidenden politischen Fehler der westlichen Alliierten während der Konferenz in Potsdam (x080/-339-341): >>Während Stalin in Potsdam die verschiedensten unbegründeten Ansprüche auf

unbesetzte oder von den Alliierten besetzte Territorien erhob und wieder fallen ließ und auf diese Weise "Zugeständnisse" machte, festigte er letztlich seine Position in Osteuropa.
... Am Vorabend der Konferenz wurde der erste Atombombentest in der Wüste von New Mexico durchgeführt. Truman informierte Stalin, daß die USA nun über eine höchst wirksame neue Waffe verfügten. Stalin, der durch Klaus Fuchs und andere Spione bereits alles über das Projekt wußte, erwiderte lediglich, er hoffe, die Waffe würde gegen Japan eingesetzt.
Fast 4 Jahre hatten die Alliierten nach den falschen Grundsätzen gehandelt. ...
Stalin hatte auf der ganzen Linie gesiegt. Das lag daran, daß er es ebenso wie in der Vergangenheit geschafft hatte, zumindest zeitweise einen "liebenswürdigen" Eindruck zu erwecken. Er spielte die Karte der gigantischen Kriegsanstrengungen Rußlands aus, um vom Westen Zugeständnisse zu erlangen. ...
Stalin hatte dem NKWD im Zusammenhang mit den Moskauer Schauprozessen gesagt, der Westen werde das "schlucken". Jetzt praktizierte er ähnliche Täuschungsmanöver, und wieder fand er genügend Dumme, die darauf hereinfielen. ...<<
Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) schreibt nach dem Potsdamer Abkommen über das nordamerikanisch-sowjetische Verhältnis (x156/17-18):
>>Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn. Ein ebensolcher Wahn ist es, zu glauben, die Russen und wir könnten uns eines schönen Tages höflich zurückziehen, und aus dem Vakuum werde ein gesundes und friedliches Deutschland steigen.
Wir haben keine andere Wahl, als unseren Teil von Deutschland - den Teil, für den wir und die Briten die Verantwortung übernommen haben - zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die so befriedigend, so gesichert, so überlegen ist, daß der Osten sie nicht gefährden kann. Das ist eine gewaltige Aufgabe für Amerikaner. Aber sie läßt sich nicht umgehen; und hierüber, nicht über undurchführbare Pläne für eine gemeinsame Militärregierung, sollten wir uns Gedanken machen.
Zugegeben, daß das Zerstückelung bedeutet. Aber die Zerstückelung ist bereits Tatsache, wegen der Oder-Neiße-Linie. Ob das Stück Sowjetzone wieder mit Deutschland verbunden wird oder nicht, ist jetzt nicht wichtig. Besser ein zerstückeltes Deutschland, von dem wenigstens der westliche Teil als Prellblock für die Kräfte des Totalitarismus wirkt, als ein geeintes Deutschland, das diese Kräfte wieder bis an die Nordsee vorläßt.
... Wenn wir auch unsere übernommenen Verpflichtungen bei der Kontrollkommission loyal erfüllen sollten, so dürfen wir uns doch über die Möglichkeiten einer Dreimächtekontrolle keine Illusionen machen. ... Im Grunde sind wir in Deutschland Konkurrenten der Russen. Wo es in unserer Zone um wirklich wichtige Dinge geht, sollten wir in der Kontrollkommission keinerlei Zugeständnisse machen.
Es versteht sich - bei solchen Überzeugungen, daß ich die Arbeit der Konferenz von Potsdam mit Skepsis und Entsetzen verfolgte. Ich kann mich an kein politisches Dokument erinnern, daß mich je so deprimiert hätte wie das von Truman unterzeichnete Kommuniqué am Ende dieser wirren und verwirrenden Verhandlungen. Nicht nur weil ich wußte, daß die Idee einer gemeinsamen Viermächtekontrolle, die man jetzt zur Grundlage für die Regierung Deutschlands gemacht hatte, abwegig und undurchführbar sei.
Auch die unpräzise Ausdrucksweise, die Verwendung so dehnbarer Begriffe wie "demokratisch", "friedlich", "gerecht" in einem Abkommen mit den Russen lief allem zuwider, was 17 Jahre Rußlanderfahrung mich über die Technik des Verhandelns mit der sowjetischen Regierung gelehrt hatten. Die Behauptung z.B., wir würden zusammen mit den Russen das deutsche Erziehungssystem "nach demokratischen Richtlinien" umformen, ließ Rückschlüsse zu, die nach allem, was wir von der Geisteshaltung der sowjetischen Führer und den damaligen russischen Erziehungsgrundsätzen wußten, völlig ungerechtfertigt waren.

Noch erschreckender las sich die von uns verkündete Absicht, in Zusammenarbeit mit den Russen das deutsche Rechtswesen so umzugestalten, daß es "den Prinzipien der Demokratie", der Urteilsfindung nach Recht und Gesetz und der gleichen Behandlung aller Bürger ohne Ansehen von Rasse, Nationalität oder Religion" entspräche. Für die weitere Behauptung, man werde die politische Tätigkeit "demokratischer Parteien und die dazugehörige Versammlungsfreiheit und öffentliche Diskussion" nicht nur gestatten, sondern "ermutigen", würden mildernde Umstände schwer zu finden sein.
Jeder Mensch in Moskau hätte unsern Unterhändlern sagen können, was die sowjetische Führung unter "demokratischen Parteien" verstand. Die Irreführung der Öffentlichkeit in Deutschland und im Westen durch die Verwendung eines solchen Ausdrucks in einem Dokument, das außer von Stalin auch von den Herren Truman und Attlee unterzeichnet war, ließ sich selbst mit allergrößter Naivität nicht entschuldigen.
Was die Reparationen betraf, so schienen mir die Potsdamer Beschlüsse zu diesem Thema nichts als eine weitere Extrapolation der in Teheran eingeleiteten Politik des Wunschdenkens, die nicht anders als mit einem völligen Fehlschlag enden konnte (daß sie das schließlich tat, zeigt General Clays Befehl vom 3. Mai 1946, alle Lieferungen von Reparationsgütern aus der Amerikanischen Zone in den Osten zu stoppen).
Ein paar Monate davor hatte ich schon einmal in einem Privatbrief geschrieben, es wäre albern, sich einzubilden, daß wir ein solches Vorhaben gemeinsam mit den Russen verwirklichen könnten. Es würde in den einzelnen Zonen einfach auf ein Catch-as-catch-can hinauslaufen. Wir würden an Reparationen gerade so viel erhalten, wie wir in unserer Zone nehmen könnten und wollten, und sonst nichts.
Bei den Russen könne man unterstellen, daß sie in ihrem Besatzungsgebiet ganz nach eigenem Belieben verfahren würden, ohne Rücksichten auf irgendwelche Abkommen mit uns. Da ich diese Meinung schon seit 1944 vertreten hatte und die Ereignisse der Zwischenzeit mich immer wieder darin bestärkten, ist leicht zu verstehen, warum ich die hinhaltende Behandlung des Reparationsproblems ohne Begeisterung registrierte. ...<<
Der nordamerikanische Diplomat Robert D. Murphy (1894-1978) berichtet später über die französische Politik nach dem Potsdamer Abkommen (x156/34): >>Da Frankreich nicht in Potsdam vertreten war, hatte die französische Regierung das Protokoll auch nicht unterschrieben und war infolgedessen an keine seiner Bestimmungen gebunden. So begann die Viermächte-Besatzung ihre Arbeit mit einer verärgerten französischen Regierung, die sich in der Position befand, sämtliche Pläne über Deutschland blockieren zu können.
In den nächsten drei Jahren machten die französischen Regierungsvertreter denn auch regen Gebrauch von diesem ihrem einzigartigen Veto. Verschiedene anglo-amerikanische Vorschläge wurden von den Franzosen niedergestimmt, und die Folge davon war, daß die Sowjetunion ihre eigenen Vorstellungen über Europa verwirklichte. Es ist die Ironie des Schicksals, daß Stalin, der immer eine französische Beteiligung an der Deutschlandbesetzung bedauert hat, dann der Hauptnutznießer der französischen Politik in den ersten Nachkriegsjahren geworden ist. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtet später über die völkerrechtswidrigen Vereinbarungen und die "humane Durchführung" des Potsdamer Abkommens (x044/190-193, x309/125-126): >>Grundlage des Kriegsrechts im Zweiten Weltkrieg war die Haager Landkriegsordnung von 1907. Diese enthält zwar kein direktes Verbot von Deportationen aus besetzten Gebieten, aber sie schränkt die Rechte einer kriegsführenden Macht im besetzten Gebiet ein, verbietet Kollektivstrafen, schützt Leben, Rechte und Eigentum der Zivilbevölkerung (Art. 43, 46, 50).
Mit anderen Worten: Eine Besatzungsmacht übt keineswegs volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, Zwangsdeportationen aus nichtmilitärischen Gründen, die sie trotzdem vor-

nimmt, sind folglich völkerrechtswidrig.
... Grundsätzlich ist kein Staat verpflichtet, seine Grenzen für unerwünschte Einwanderer zu öffnen. Ausweisungen, die so vor sich gehen, daß die Ausgewiesenen kurzerhand und ungefragt über die nächste Grenze abgeschoben werden, sind deshalb allemal völkerrechtswidrig.
... Menschen in den sicheren Tod durch Hunger, Erschöpfung oder Kälte zu deportieren, kann niemals legal sein, sondern ist Massen- bzw. Völkermord, ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit".
... Bereits während des Zweiten Weltkrieges wurde durch die Anti-Hitler-Koalition das Recht auf Heimat anerkannt und für sich in Anspruch genommen. Mit Recht verurteilte die Welt Hitlers Lebensraumpolitik, weil sie eine Austreibung von altansässigen Bewohnern mit sich brachte. ...
Nach internationalem Recht fällt die Hoheitsgewalt im Krieg besetzter Gebiete an den früheren Souverän zurück, sobald der Eroberer, aus welchen Gründen auch immer, sie aufgibt, keine Macht mehr ausübt.
Das bedeutet für Polen (im Zuge des Vormarsches der Roten Armee) sofortigen Wiedergewinn der Hoheitsgewalt in den Gebieten, die bei Kriegsausbruch polnisches Staatsgebiet waren, einschließlich Warthegau und Korridor (nicht aber Danzig und Ostpreußen!). ...
... Auch die Tschechoslowakei erlangte im Verlauf der letzten Kriegsereignisse Hoheitsgewalt über ihre Staatsgebiete vom Stand nach dem Münchener Abkommen. Das Sudetenland blieb vorerst rechtlich deutsches Reichsgebiet. Soweit die Tschechen die 400.000 tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Herkunft und die eine Million reichsdeutscher Flüchtlinge aus Schlesien als "feindliche Ausländer" oder als "fünfte Kolonne" auswiesen, war dies innerhalb der Hoheitsbefugnisse des tschechischen Staates.
Gleiches gilt für die großen Gruppen ungarischer, rumänischer und jugoslawischer Staatsbürger deutscher Herkunft, die ausgewiesen wurden, wenn es auch im Fall Ungarns und Rumäniens etwas merkwürdig anmutet, daß in diesen Menschen nun plötzlich "feindliche Ausländer" gesehen wurden; immerhin waren Ungarn und Rumänien mit dem Deutschen Reich verbündet gewesen. ...
Die Vertreibungen begannen noch vor Kriegsende, jeweils kurz nachdem die Rote Armee die fraglichen Gebiete erobert hatte. Diese Vertreibungen waren eindeutig völkerrechtswidrig, denn weder die Sowjetunion noch Polen oder die Tschechoslowakei konnten während des Krieges Souveränität über deutsches Reichsgebiet erlangen.
Auch die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 änderte nichts daran. Denn es war eine rein militärische, keine politische Kapitulation. Das geht nicht nur aus dem Text der Kapitulationsurkunde hervor, sondern auch aus der Tatsache, daß die deutsche Reichsregierung unter Großadmiral Karl Dönitz, wenn auch praktisch machtlos, weiter bis zu ihrer gewaltsamen Absetzung am 23. Mai 1945 im Amt blieb; bis zu diesem Datum waren alle Vertreibungen aus deutschem Reichsgebiet gemäß Haager Landkriegsordnung (Art. 42-56) völkerrechtlich illegal.
Ob die HLKO nach diesem Datum oder nach der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 in Kraft blieb, ist umstritten. Mit der "Berliner Deklaration" übernahmen die "Großen Vier" USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich) offiziell die Souveränität über Deutschland in den Grenzen von 1937, jedoch ohne Deutschland zu annektieren. ...<<
>>... Im März 1950 urteilte die Walter-Kommission des amerikanischen Repräsentantenhauses in einem ausführlichen Bericht über die Vertreibung der Deutschen, daß keine Phase der Vertreibung als human bezeichnet werden könne.
Die Behauptung, die Vertreibungen seien in 'geregelter und humaner Weise' durchgeführt worden, wird seit jeher durch Zehntausende Erlebnisberichte der Ost-Dokumentation des Bundesarchivs sowie durch amerikanische und britische Berichte der Jahre 1945 bis 1948

vollkommen widerlegt.
Seit 1989 bestätigen Dokumente aus russischen, tschechischen, polnischen und serbischen Archiven die Grausamkeit der Vertreibung.<<
Der deutsche Publizist und Herausgeber Rudolf Augstein berichtet später (am 7. Januar 1985) im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" über das Potsdamer Abkommen: >>**"Auf die schiefe Ebene zur Republik"**
... Zwar stimmt es, daß Europa, und mit ihm das Deutsche Reich, von einer unsäglichen Schreckensherrschaft befreit worden war. Aber nur ein Teil von Europa, ein Teil auch des Deutschen Reiches.
Ein nicht kleiner Teil wurde überhaupt nicht befreit, sondern nur einer neuen Schreckensherrschaft unterworfen.
Hitler und Stalin im Bösen zu vergleichen macht wenig Sinn, es sei denn, daß Hitler wahnhafter war. Polen, Esten, Letten und Litauer, soweit Stalin sie nicht schon umgebracht hatte, wurden nicht befreit. Auch nicht die Tschechen, Polen, Slowaken, Rumänen, Ungarn und Bulgaren. Ob man jene zehn bis fünfzehn Millionen Deutschen, die gewaltsam aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden, als "Befreite" bezeichnen kann, mag dahinstehen. Zwei Millionen starben während dieser Umsiedlung, die gemäß dem Potsdamer Abkommen auf "eine geregelte und menschliche Weise" abgewickelt werden sollte. ...
Das Gespenstische an der Potsdamer Konferenz lag darin, daß hier ein Kriegsverbrechergericht von Siegern beschlossen wurde, die nach den Maßstäben des späteren Nürnberger Prozesses allesamt hätten hängen müssen. Stalin zumindest für Katyn, wenn nicht überhaupt, Truman für die überflüssige Bombardierung von Nagasaki, wenn nicht schon von Hiroschima, und Churchill zumindest als Ober-Bomber von Dresden, zu einem Zeitpunkt, als Deutschland schon erledigt war.
Alle drei hatten "Bevölkerungsumsiedlungen" verrückten Ausmaßes beschlossen, alle drei wußten, wie verbrecherisch diese vor sich gingen. Gemessen am Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Sauckel, der Hitler die Arbeitskräfte zutreiben mußte, hätten sie alle drei hängen müssen. Denn sie haben sowohl angeordnet wie gewußt, was man von dem Tölpel Sauckel nicht unbedingt sagen kann. Auch gemessen an Generaloberst Jodl wäre ihr Schicksal der Strick gewesen. ...<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet später (am 8. März 1996) über das Potsdamer Abkommen: >>**Der Vertrag, der keiner war**
... Anfang August 1945 konnten die Deutschen in den vier Besatzungszonen eine "Mitteilung über die Dreimächtekonferenz in Berlin" lesen, die aus vierzehn Abschnitten bestand. Im Cecilienhof in Potsdam, dem ehemaligen Schloß des deutschen Kronprinzen, hatten sich Mitte Juli die Staatsmänner der drei Siegermächte getroffen, um über die Nachkriegsordnung in Europa, den Krieg in Ostasien und andere Weltprobleme zu beraten. Als offizielles Dokument der Gipfelkonferenz gilt ein Verhandlungsprotokoll, das noch um sieben Abschnitte länger ausfällt als das Abschlußkommuniqué.
Das Ganze ist ein Sammelsurium von unverbindlichen Absichtserklärungen und zweideutigen Empfehlungen, von Meinungen, Übereinkünften und ein paar gemeinsamen Beschlüssen (so wird ein Rat der Außenminister beauftragt, Friedensverträge mit Deutschlands ehemaligen Verbündeten vorzubereiten). Keineswegs handelt es sich um einen formvollendeten Vertrag, der feierlich unterschrieben und dann ratifiziert wird, auch nicht um ein "Verwaltungsabkommen", das zwar die Staatsmänner allein abschließen, das aber ebenso verbindlich ist wie ein regulärer Vertrag.
Sogar die Unterschriften fehlen unter dem Potsdamer Konferenzbericht vom 2. August 1945.
...
Amerikanische oder englische Politiker haben denn auch nie von einem Potsdamer Vertrag

oder Abkommen gesprochen. Anders die Russen: Für sie und ihre Marionetten in der DDR existierte ein völkerrechtlich verbindliches "Potsdamer Abkommen", auf dem die neue europäische Ordnung aufbauen sollte. 25 Jahre lang gebrauchte es die Sowjetunion als Waffe im Kalten Krieg. Die DDR betrachtete die Potsdamer Erklärung eine Zeitlang als Ersatzfriedensvertrag.
In Bonn hat man sich diesen Schuh nie angezogen. Am 9. August 1968 erklärte die Regierung der Großen Koalition in einer Note an die Sowjetunion, es sei "nicht ihre Sache, sich über Gültigkeit, Auslegung und Geltungsbereich von Vereinbarungen zu äußern, an denen sie nicht beteiligt ist". Außenminister Kinkel hat lediglich diese Ansicht wiederholt:
Eine Abmachung unter Dritten ist für Deutschland völkerrechtlich unverbindlich. Dennoch muß niemand fürchten, die Bundesrepublik wolle die europäische Nachkriegsordnung destabilisieren. Im Gegenteil: Von 1949 bis 1992 hat sie in vielen internationalen Verträgen diese Friedensordnung mit aufgebaut und garantiert, zum Beispiel auch die Tschechische Republik in den Grenzen von 1937 respektiert.
Gegenstand des Streites zwischen Prag und Bonn ist nun das berüchtigte Kapitel XIII der Potsdamer Beschlüsse. Darin heißt es, die drei Regierungen erkennen an, "daß die Umsiedlung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn befindlichen deutschen Bevölkerung oder von Teilen davon nach Deutschland vorgenommen werden muß".
Schon dieser Satz ist ein Beispiel für die Schludrigkeit der westlichen Politiker am Potsdamer Runden Tisch. Während sie an anderer Stelle die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze von einem Friedensvertrag abhängig machten, wurden hier wie selbstverständlich deutsche Gebiete bereits als "Polen" bezeichnet. ...
Die Tschechen brauchten damals nicht das Potsdamer Einverständnis, um ihre ehemaligen sudetendeutschen Mitbürger "abzuschieben". Mehr als fünfzig Jahre danach jedoch klammern sie sich an den Artikel XIII, um, was Vertreibung, also "schweres Unrecht" war, weiterhin als "zwangsweise Aussiedlung" ausgeben zu können.
Leichtfertig haben sich Präsident Truman und der britische Premierminister Attlee in Potsdam mit den hoffnungsvollen Vokabeln "geordnet und menschlich" zufriedengegeben. Es stand nicht in ihrer Macht, die Vertreibung zu stoppen. Eher hilflos bedeuteten ihre Vertreter im Unterausschuß dem russischen Kollegen, "daß sie für den Gedanken von Massenausweisungen eigentlich nichts übrig hätten".
Anderseits war den Westmächten die Einigung mit den Russen in Potsdam - die Konferenz drohte mehrmals zu platzen - wichtiger als das Leid Millionen Deutscher. Das Konferenzprotokoll läßt daran gar keinen Zweifel, heißt es doch im Kapitel III - "Über Deutschland" - gleich am Anfang: "Das deutsche Volk beginnt, für die furchtbaren Verbrechen zu büßen."<<
Der deutsche Historiker Werner Maser schrieb später in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" vom 5. Oktober 2002 über die "Berliner Konferenz" (x887/...): >>**Berliner Konferenz 1945: Als Deutschland "verramscht" wurde**
Nach dem Zweiten Weltkrieg entschieden die Alliierten über das besiegte Deutschland. Doch wieso haben die Briten und Amerikaner, die ihre Zonen noch vergleichsweise gut verwalteten, zugelassen, daß Stalin seine besetzten Gebiete ausbeutete? Wer hatte unter den Alliierten Macht über wen? Ein Blick auf die Rahmenbedingungen schafft Licht ins Dunkel.
Als historische Tatsache wurde und wird in Ost und West nach wie vor wahrheitswidrig die "Berliner Konferenz" vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im "Cecilienhof" in Potsdam als "Potsdamer Abkommen" mit völkerrechtlich gültigen Vereinbarungen, Konsequenzen und Vorgaben der Siegermächte dargestellt.
An diesem Ort hatte auch Hitler vor der "Machtübernahme" zusammen mit Göring, Röhm und einigen weiteren Funktionsträgern der NSDAP den einstigen deutschen Kronprinzen Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen besucht und ihm in der durchsichtigen Hoffnung auf dessen Sym-

pathiebekundung erklärt: "Ich sehe als Krönung meines Werkes die Wiederherstellung des deutschen Kaisertums unter Beseitigung der Bundesstaaten. Ich denke mir, daß dann ein Hohenzoller an der Spitze steht."
78 Tage nach seinem Tod konferierten andere im einstigen Hohenzollern-Schloß: die sogenannten "Großen Drei" … Truman für die USA, Stalin für die UdSSR und zunächst Churchill und nach dessen Ablösung Attlee für Großbritannien. Ihre Konferenz hat infolge der sowjetischen Propaganda und politischen Entscheidungen als "Potsdamer Abkommen" nicht nur in der geschriebenen Geschichte ihren Platz gefunden.
Sie erscheint - auch durch Mitverschulden der Westmächte - nicht nur in Rußland und den einstigen anderen Staaten des 1955 geschlossenen Warschauer Paktes nicht tatsachengerecht als Konferenz der Siegermächte, die völkerrechtswidrige gemeinsame Entscheidungen und Maßnahmen gegen den geschlagenen Gegner diskutierten und planten, sondern als "Abkommen" mit völkerrechtlich gültigen Konsequenzen für die Sowjetunion, Deutschland und Polen, dem Stalin unter Mißachtung der Absprachen mit den Westalliierten von sich aus kurzerhand deutsche Ostterritorien übertragen hatte.
Keine zeitgeschichtliche Konferenz wurde in der Sowjetunion, in der "Sowjetisch besetzten Zone" und später in der DDR so oft als Legitimation für völkerrechtswidrige und andere unrechtmäßige sowjetische und eigene politische Maßnahmen mißbräuchlich strapaziert wie die zum "Potsdamer Abkommen" umfunktionierte "Berliner Konferenz", die mit dem Abschluß des Zwei-plus-vier-Abkommens von 1990 offiziell ihre Wirksamkeit verlor, ohne jedoch revidiert zu werden.
Bis zum Zusammenbruch des Sowjetimperiums wurde der Bundesrepublik Deutschland und den Westmächten, immer mit dem Hinweis auf das "Potsdamer Abkommen", der Vorwurf gemacht, die Bestimmungen und Vorgaben des "Abkommens" ignoriert zu haben. ...<<
CSR: Der Präsident der Republik erläßt am 2. August 1945 ein Dekret über die Regelung der Personen deutscher und madjarischer Nationalität (x004/240): >>Auf Vorschlag der Regierung und im Einvernehmen mit dem Slowakischen Nationalrat bestimme ich:
§ 1 (1) Die tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher oder madjarischer Nationalität, die nach den Vorschriften einer fremden Besatzungsmacht die deutsche oder madjarische Staatsangehörigkeit erworben haben, haben mit dem Tage des Erwerbs dieser Staatsangehörigkeit die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren.
(2) Die übrigen tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher und madjarischer Nationalität verlieren die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft mit dem Tag, an dem dieses Dekret in Kraft tritt. ...<<

03.08.1945

SBZ: Die SMAD ordnet am 3. August 1945 die "Demokratisierung" der mitteldeutschen Schulen an (x111/59): >>Die Rote Armee und die Armeen ihrer Verbündeten brachten dem deutschen Volke Frieden und Befreiung von der Hitler-Knechtschaft. Deutschland beschreitet die Bahn des Wiederaufbaus und der Errichtung eines antifaschistischen demokratischen Systems. ... Die Schule muß dem Einfluß des Faschismus und Militarismus entzogen werden und die großen Söhne des deutschen Volkes: Goethe und Schiller, Lessing und Heine, Liebknecht und Thälmann wieder ins Leben rufen.<<
Jugoslawien: Durch Erlaß des AVNOJ-Präsidiums vom 3. August 1945 gewährt man Personen, die im Dienst der Okkupanten standen, eine allgemeine Amnestie und Begnadigung. Volksdeutsche, die Angehörige des Kulturbundes waren, und jugoslawische Kollaborateure bleiben jedoch weiterhin interniert (x006/546-547).

04.08.1945

WBZ: General Eisenhower erteilt am 4. August 1945 den Befehl, die ehemaligen Soldaten der deutschen Wehrmacht nicht mehr als Kriegsgefangene zu behandeln (x131/77): >>Mit so-

fortiger Wirkung sind alle im US-Gewahrsam in der nordamerikanischen Besatzungszone in Deutschland befindlichen Angehörigen der deutschen Streitkräfte als entwaffnete feindliche Streitkräfte zu betrachten und nicht als Personen mit Kriegsgefangenenstatus. ...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über Dwight D. Eisenhower (x364/184-185): >>… Um den Erfolg ihres infamen Unternehmens zu garantieren, mußten die Verschwörer einen ihnen ergebenen Diener auf den Posten des Oberbefehlshabers über die gesamten alliierten Streitkräfte in Europa heben. Die für diesen Job ausgesuchte Person war ein Oberstleutnant Namens Dwight D. Eisenhower.

Was war das "Geheimnis" hinter der Tatsache, daß Eisenhower über die Köpfe von wenigstens 50 seiner Dienstältesten hinweggeschoben und auf das oberste Kommando der alliierten Streitkräfte in Europa gestellt wurde, insbesondere angesichts der Tatsache, daß er keine Kampferfahrung beziehungsweise keine Erfahrung im Umgang mit einer großen Truppenzahl im Feld hatte?

Diese Frage wurde einige Jahre später beantwortet, als Eisenhower Präsident geworden war. Zu dieser Zeit unterbrach er einen seiner zahlreichen Urlaube, um einen Park in New York einzuweihen, den Bernard Baruch zu Ehren seines Vaters angelegt hatte. In seiner Rede machte Eisenhower ein beachtenswertes Geständnis:

"Vor 25 Jahren, als ein junger und unbekannter Major, habe ich den klügsten Schritt meines Lebens getan - ich habe Mr. Baruch konsultiert."

Ohne jeden Zweifel verdankte Eisenhower seinen kometenhaften Aufstieg zu Rang und "Namen" Herrn Bernard Baruch und seinen "Freunden".

Blick hinter die Kulisse

Die Männer, die die USA nach außen hin "führten" - Roosevelt, Marshall und Eisenhower -, hatten strikte Befehle von ihren unsichtbaren Gebietern, die Schlußphase auf dem europäischen Kriegsschauplatz" so zu führen, daß sie den Zielen der Illuminaten förderlich sein würde.

Es macht den internationalen Händlern der Macht nicht das geringste aus, daß die Verzögerung des Kriegsendes den unnötigen Tod von Hunderttausenden von Menschen bedeuten würde und den unnötigen Aufwand von vielen Milliarden Dollars.

Sie sehen die Menschen nur als Kanonenfutter, das sie für die Verwirklichung ihrer satanischen Ziele brauchen. …<<

05.08.1945

WBZ: Der von den Briten als Landrat von Jülich eingesetzte deutsche Politiker Wilhelm Johnen (1902-1980) berichtet am 5. August 1945 (x114/1.117): >>Am 5. August 1945, ich war gerade acht Tage im Amt, kam aus Düsseldorf der Oberpräsident Lehr mit dem britischen Hochkommissar Barraclough, der ja später Adenauer abgesetzt hat.

Ich selbst hatte in meinem Zimmer einen Stuhl, einen Besucherstuhl und einen Schrank, den man nicht abschließen konnte – sonst nichts. Und neben dem Schrank lagen haufenweise geschichtet, ganz elegant, die Verordnungen des Herrn Oberpräsidenten.

Auf seine erstaunte Frage erklärte ich ihm, die würde ich demnächst mal lesen, wenn ich viel Zeit hätte. Und dann habe ich den Herren klargemacht, daß hier mit Verordnungen nichts zu machen sei. Hier gehe es vielmehr darum, Licht, Wasser, Toiletten zu schaffen, um entstehende Krankheiten zu verhindern.

Barraclough stimmte mir sofort zu. Und dann gingen wir durch die Stadt. Barraclough, ein kleiner, energischer Mann, hielt an der Rurbrücke ein paar Schulmädchen an und inspizierte sie genau: Die hatten Läuse. Also, das war ja was für die Engländer! Er hat sofort angeordnet: Alle Jülicher Kinder müssen entlaust werden. Lastwagenweise sind hier Entlausungsmittel angekommen! Da war gar nichts zu machen.

Ich versuchte ihm zu erklären, das sei Zufall und eine Ausnahme – nichts! Es wurde der stellvertretende Kreisarzt geholt, der stammelte eine Entschuldigung auf Englisch, aber Barraclough schnauzte ihn einfach an: "Verdammt noch mal sprechen Sie doch Deutsch! Die Hauptsache ist, das Landrat sie versteht und nicht ich!"
Der (stellvertretende Kreisarzt) wurde abgesetzt – sofort.<<
Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 5. August 1945 aus Bayern (x124/40-41): >>Wir fuhren abermals nach Würzburg. ... Ein Polizist, den ich herbeiwinkte, erzählte uns vom Großangriff, der diese wunderbare Stadt drei Wochen vor Kriegsende in eine Todeslandschaft verwandelte ... 20.000 Menschen, ein Fünftel der Bevölkerung, fiel den Bomben zum Opfer. Tausende von Leichen liegen noch in den Ruinen.
Gespenstisch die Truppe verhungerter Heimkehrer in der Totenstadt, schlimmer die Krüppel auf den Landstraßen, an denen immerfort die Wagen der wohlgenährten, vergnügten Amerikaner vorbeibrausen. Warum quält mich der Anblick so? Warum kann ich mich an unsere Besiegtenrolle so schwer gewöhnen? ...
Im Ruhrgebiet werden Bergleute bestraft, die ihre Zusatzrationen mit ihren hungernden Familien teilen. Andere erscheinen nicht zur Arbeit, weil sie ihre Angehörigen vor Überfällen plündernder Ausländer nicht ungeschützt lassen wollen. ...<<

06.08.1945

WBZ: US-General Eisenhower erklärt am 6. August 1945 während einer Ansprache an das deutsche Volk (x111/60): >>Unser Programm, den Nationalsozialismus auszumerzen, ist jetzt weit genug fortgeschritten, und die Zeit ist gekommen, um weitere Pläne für die amerikanische Besatzungszone Deutschlands zu machen. Nationalsozialismus und Militarismus in jeder Erscheinungsform werden ausgerottet. Kriegsverbrecher werden vor Gericht gestellt und der gerechten Strafe zugeführt. Deutschland wird vollkommen entwaffnet. Mit einem Wort: jede Möglichkeit, Krieg vorzubereiten, wird in Deutschland beseitigt.
Jedoch unsere Ziele sind nicht nur negativ. Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu demütigen. Wir werden Euch helfen, Euer Leben auf demokratischer Grundlage wieder aufzubauen. ...<<
Feldmarschall Montgomery berichtet am 6. August 1945 in einem Aufruf an die Bevölkerung der britischen Besatzungszone (x111/60): >>Die Alliierten sind dabei, die vollständige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands sowie die endgültige Austilgung der Nazi-Partei und ihrer angeschlossenen Verbände restlos zu verwirklichen. ...<<
Großbritannien: Die Londoner "Daily Mail" veröffentlicht am 6. August 1945 einen Bericht der Journalistin Rhona Churchill (x004/66,101): >>Die Geschichte von 6 Millionen Deutschen, zerstreut durch das Sudetenland und andere Teile von Tschechoslowakei und Polen, ist an sich gräßlich, aber niemand kann behaupten, daß es das uralte Prinzip von Aug' um Aug' übersteige. ...
Letzten Monat entschieden z.B. junge Revolutionäre der tschechischen Nationalgarde in Brünn, ihre Stadt zu "reinigen". Kurz vor 9 Uhr abends marschierten sie durch die Straßen. ...
Den Frauen wurden 10 Minuten gelassen, ihre Kinder zu wecken und anzukleiden, ein Bündel mit wenigen Habseligkeiten zu nehmen und auf den Bürgersteig hinauszukommen. Hier wurden sie aufgefordert, alle Juwelen, Uhren, Pelze und das Geld den Garden zu übergeben. Nur ihre Eheringe durften sie behalten.
Dann wurden sie, die Garden immer in Schußweite hinter ihnen her, der österreichischen Grenze entgegengetrieben. Es war stockfinster, als sie zur Grenze kamen. Die Kinder jammerten, die Frauen stolperten dahin, und die tschechischen Grenzgarden stießen sie über die Grenze den österreichischen Grenzgarden entgegen.
Dann begann eine neue Qual. Die Österreicher weigerten sich, sie anzunehmen; die Tschechen weigerten sich, sie zurückzunehmen. So wurden sie für die Nacht in ein Feld hineinge-

stoßen, und am Morgen wurden einige Rumänen zu ihnen gesandt, sie zu bewachen.
Sie sind noch in diesem Feld, das sich inzwischen in ein Konzentrationslager umgewandelt hat. Sie haben nichts zu essen, als was ihnen von Zeit zu Zeit die Wachen geben, sie haben keinerlei Rationen bekommen. Unter ihnen ist eine Typhusepidemie ausgebrochen, und man sagt, daß sie, zu etwa Hundert täglich, dahinsterben.
25.000 Männer, Frauen und Kinder machten diesen Gewaltmarsch von Brünn, unter ihnen eine Engländerin, die an einen Nazi verheiratet ist, eine Österreicherin im Alter von 70 und eine Italienerin im Alter von 86 Jahren.
Konzentrationslager für Deutsche werden nun im ganzen Land errichtet, und die Deutschen werden unterschiedslos hineingetrieben. ...<<
>>... Sogar deutsche Juden und Antinazis, die erst kürzlich aus Konzentrationslagern der Gestapo befreit wurden, sind davor nicht sicher.<<
Japan: Die US-Luftwaffe (Oberst Paul W. Tibbets) wirft am 6. August 1945 über Hiroshima erstmalig eine Atombombe ab. Etwa 80.000 bis 90.000 Japaner werden innerhalb von nur einer Minute getötet. Hiroshima wird zu 80 % zerstört.

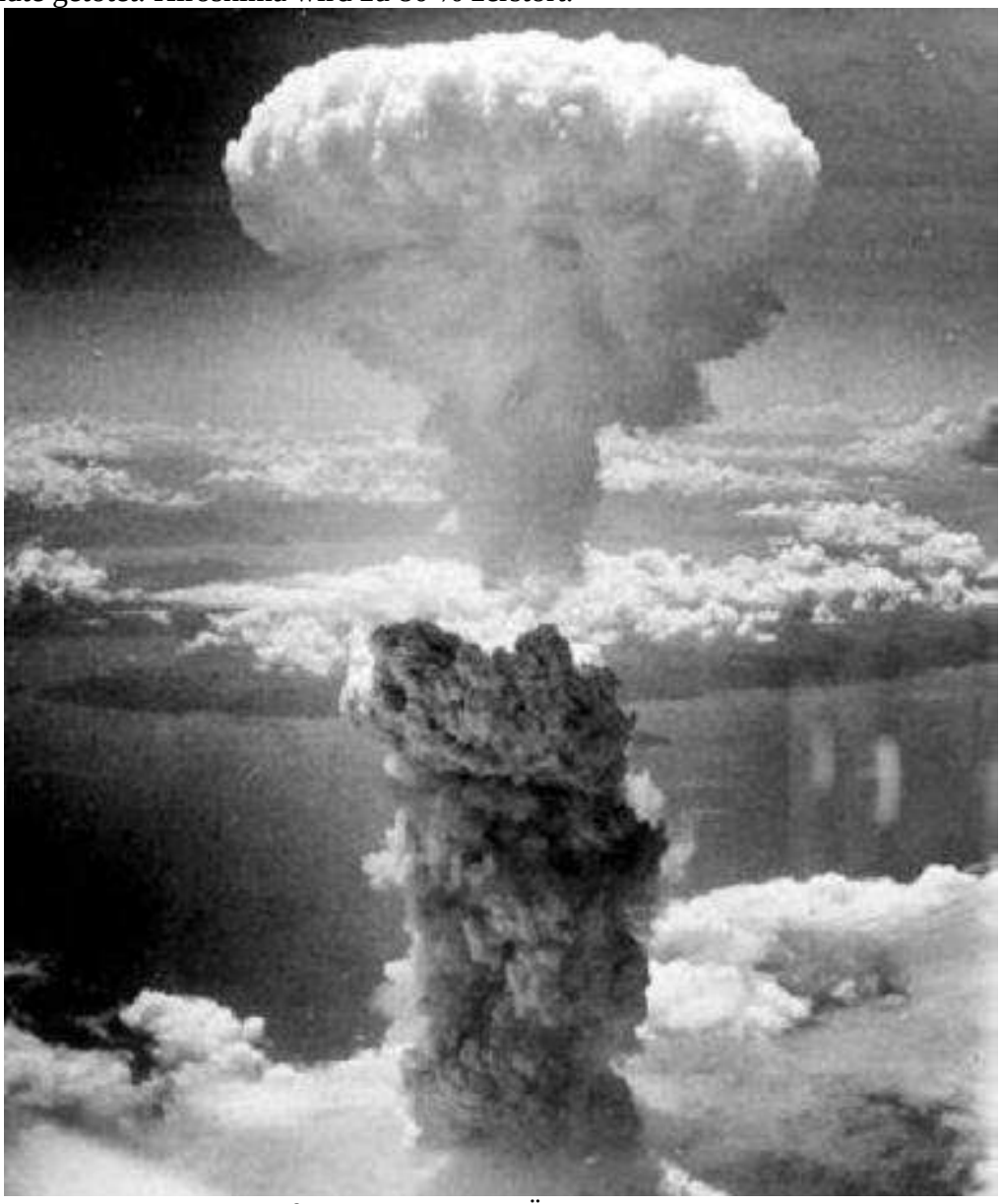


Abb. 72 (x175/412): USA werfen Atombomben: Über Nagasaki bildet sich ein riesiger Atompilz.

Der Atombombenabwurf über Hiroshima (nach heutigen Begriffen handelt es sich um eine sehr kleine Atombombe, etwa 12.500 t TNT) fordert mindestens 92.167 Tote und 37.425 Verletzte, die in den folgenden Tagen und Jahren an den Folgen der tödlichen Strahlenschäden sterben (x040/292).

Japanische Augenzeugen berichten später über die Atombombenexplosion in Hiroshima am frühen Morgen des 6. August 1945 (x106/446, x165/501, x122/450, x191/104, x296/160):

>>... Ich ging in das obere Stockwerk und wollte in Vaters Zimmer spielen. Als ich die Treppe halb hinaufgestiegen war, blitzte es, und es fiel allerlei von oben herab. ... Aber es war so dunkel, daß ich glaubte, das alles wäre ein Traum, und reglos stehenblieb. Dann wurde es im Norden allmählich hell. ...

Inzwischen waren wir von Flammen umzingelt. ... Männer am ganzen Körper blutverschmiert, und Frauen ... schrien vor Schmerzen und sprangen in den Fluß. ... Auf der Insel Ninoshima lagen überall Menschen herum, die so schlimm verbrannt waren, daß man ihre Gesichter nicht mehr erkennen konnte. Von ihnen starb einer nach dem anderen. ...<<

>>... Ich schaute zum Himmel hoch, weil ich das Flugzeug sehen wollte. Da sah ich einen großen Blitz am Himmel und warf mich mit dem Gesicht auf den Boden. Ich weiß noch, daß mich die Explosion weggeschleudert haben muß. Als ich wieder zu Bewußtsein kam, konnte ich meine Freunde nicht mehr finden. Sie waren entweder zerfetzt oder verbrannt. Meine ganze Kleidung war weggerissen, bis auf die Unterwäsche. Meine Haut hatte sich abgeschält und hing mir um den Körper. Sie klebte mir an den Armen, den Beinen und im Gesicht.

Die Hitze war so stark, daß ich in den nahen Fluß gesprungen bin, in das Flüßchen, das durch die Stadt lief. Alle meine Freunde waren im Fluß. ...<<

>>In der Frühe gegen 8 Uhr stand ich am 6. August 1945 auf. Am letzten Abend war zweimal Luftalarm gegeben worden, doch es kam kein Angriff. ...

Plötzlich traf mich jetzt ein Schlag auf den Kopf, und vor meinen Augen wurde es finster. Ich schrie laut und hob die Hände, doch in der Dunkelheit hörte ich nur einen Sturm herabsausen, sonst verstand ich nichts. ... Meine eigenen Rufe hörte ich wie die Stimme eines anderen Menschen. Als dann, wenn auch verschwommen, erkennbar wurde, wie die Umwelt aussah, war mir zumute als ob ich mitten auf der Bühne eines schweren Unglücks stünde. Hinter den dicken Wolken von Staub erschien ein blauer Raum, immer mehr Räume tauchten auf. Langsam ging ich über den Fußboden, wo auch die Binsenmatten weggerissen waren.

Da kam mir meine Schwester in großer Eile entgegen: "Wurdest du nicht getroffen? Wurdest du nicht getroffen, ja?" schrie sie. "Deine Augen bluten, wasche dich schnell." Sie sagte mir noch, daß in der Küche Wasser fließe. ...

Vom Nachbarhaus des benachbarten pharmazeutischen Werkes kamen jetzt kleine Flammen. Es war höchste Zeit das Weite zu suchen. ... Plötzlich befanden wir uns an einer Stelle, wo die Hitze der Flammen ungeheuer tobte. Dann fanden wir wieder eine Straße und erreichten die Sakae-Brücke. Hier drängten sich immer mehr Flüchtlinge zusammen. ...

Das Gebüsch wurde durch die Gewalt der fliehenden Menschen niedergetreten, so daß von selbst ein Steg entstand, die hoch emporragenden Bäume waren meist bis zur Hälfte abgebrochen. Ich sah das Gesicht einer älteren Frau, die sich bei einem Strauch niederkauerte und entkräftet ausstreckte. Ihr völlig verstörtes Wesen schien irgendwie anzustecken. Zum erstenmal erblickte ich ein solches Gesicht, aber noch unheimlichere Gesichter mußte ich nachher ständig sehen. ...

Durch ein ergreifendes Rufen "Onkel!" wurde ich angehalten. Im Fluß lag ein nackter Junge, bis zum Kopf im Wasser, tot, und weniger als einen Meter von dem Leichnam entfernt, kauerten zwei Frauen auf einer Steinstufe. Ihre Gesichter waren um die eineinhalbfache Größe angeschwollen, häßlich verzerrt. Erst an ihrem angebrannten, struppigen Haar erkannte ich sie als Frauen.

Dieser Anblick löste zunächst weniger Mitleid als Schrecken in mir aus. Die beiden Frauen flehten, als sie mich bemerkten: "Die Bettdecke, da unter dem Baum gehört uns, bringen Sie uns die Decke doch bitte hierher!" Unter dem Baum sah ich allerdings etwas wie eine Decke. Da aber darauf schon ein Schwerverletzter im Sterben lag, konnte man nichts mehr mit ihr machen. ...<<

>>... Auf der Landzunge (Hiroshima liegt an einer Flußmündung) fand Tanimoto ungefähr zwanzig Frauen und Männer. Er fuhr mit dem Kahn auf den Strand und forderte sie auf einzusteigen. Keiner rührte sich, und es wurde ihm klar, daß sie zu schwach waren, um sich aus eigenen Kräften zu erheben.

Er langte hinunter und ergriff eine Frau an der Hand, aber da schälte sich ihre Haut in großen, handschuhähnlichen Stücken ab. Darüber ward ihm so übel, daß er sich einen Augenblick hinsetzen mußte.

Dann stieg er ins Wasser hinaus und hob, obgleich selbst ein kleiner Mensch, einige Männer und Frauen ... in sein Boot. Rücken und Brust dieser Menschen waren klebrig, und er erinnerte sich mit Schaudern, wie die großen Verbrennungen, die er tagsüber beobachtet hatte, aussahen: erst gelb, dann rot anschwollen, wobei die Haut sich abschälte, und schließlich abends vereitert und übelriechend. ...

Am anderen Ufer, auf einer höhergelegenen Landzunge hob er die schleimigen lebenden Körper heraus und trug sie die Böschung hinauf, aus dem Bereich der Flut. Dabei mußte er sich fortwährend sagen: "Das sind menschliche Wesen." ...<<

>>... Es war noch früh, ein stiller, warmer, schöner Morgen. Schimmernde Blätter ... bildeten einen hübschen Gegensatz zu den Schatten in meinem Garten. ...

Plötzlich erschreckte mich ein jäh aufblitzender Lichtschein. ... Durch wirbelnden Staub vermochte ich kaum die hölzerne Säule zu erkennen, die mein Haus an einer Ecke getragen hatte. Sie stand jetzt grotesk da, ganz schief, und das Dach war bedrohlich zusammengesunken. – Instinktiv versuchte ich zu entfliehen, doch Schutt und abgestürzte Balken versperrten mir den Weg. ...

Was war überhaupt geschehen? Die ganze rechte Seite meines Körpers war zerschnitten und blutete. Aus einer gezackten Wunde in der Hüfte ragte ein dicker Holzsplitter. ...

Wir (seine ebenfalls verletzte Frau und er) standen unschlüssig und voller Angst auf der Straße, bis ein Haus uns gegenüber zu wanken begann und in einer reißenden Bewegung ... zusammenbrach. Unser eigenes Haus fing auch an zu schwanken, und binnen einer Minute krachte es ebenfalls in einer Staubwolke nieder. ... Brände sprangen auf und breiteten sich aus, von einem tückischen Wind angefacht. ...

Allmählich begann die Umgebung für mich deutlich zu werden. Schattenhaft sah ich Menschengestalten. Manche wirkten wie wandelnde Gespenster, andere bewegten sich gekrümmt vor Schmerzen, Vogelscheuchen gleich, indem sie die Arme so vom Körper abspreizten, daß die Unterarme und Hände baumelnd herabhingen. Mir waren diese Menschen ein Rätsel, bis ich plötzlich erkannte, daß sie verbrannt waren und die Arme so hielten, damit nicht die Stellen mit dem geplatzten Fleisch aneinanderrieben. ...

Ich traf viele, ... die von den Hüften aufwärts verbrannt waren. Die Haut hatte sich abgeschält, ihr Fleisch war naß und schwammig. ... Und – sie hatten keine Gesichter! Ihre Augen, Nasen und Münder waren weggebrannt, und die Ohren schienen förmlich abgeschmolzen zu sein. Kaum konnte ich die Vorderseiten vom Rücken unterscheiden. ...<<

Oberst Paul W. Tibbets (1915-2007, führt als Kommandeur des US-Bombers "Enola Gay" den Atombombenabwurf über Hiroshima durch) berichtet später über seinen Einsatz (x106/444): >>Ich hasse die Vorstellung, daß "Hiroshima" noch einmal passieren könnte. Aber andererseits: Ich habe nie bereut und mich nie geschämt, denn ich glaubte damals, daß ich meine patriotische Pflicht tat, als ich den Befehlen folgte, die man mir gab. ...<<

Der US-Physiker Philipp Morrison (1915-2005) berichtet später über den Abwurf der Atombombe auf Hiroshima (x165/470): >>... Die Nachricht von Hiroshima hörten wir vom Flugzeug selbst in einem verschlüsselten Funkspruch. Als sie landeten bekamen wir sie nicht zu sehen. Die Generäle stürzten sich gleich auf sie. Aber dann kamen die Leute mit den Fotos an. Ich weiß, daß ich sie mit Schauder und Entsetzen betrachtete. Wir wußten, daß da etwas Furchtbares entfesselt worden war.
Die Männer feierten an diesem Abend eine große Party, aber wir gingen nicht hin. So gut wie keiner der Physiker ging hin. Wir hatten offensichtlich hunderttausend Menschen getötet, und das war kein Grund zum Feiern. Die Realität konfrontiert uns mit Dingen, von denen wir nichts ahnen können. ...<<
Ein Militärgeistlicher der US-Air Force erklärt später während eines Gespräches mit dem US-Schriftsteller Studs Terkel (x165/495-497): >>... Wir wußten, daß sie eine große Bombe hatten, mehr nicht. Jeden Tag wurden Bombenattrappen abgeworfen. Wohl zur Übung. Mögliche Ziele wurden überflogen. Selbst die Mannschaft der "Enola Gay" wußte nicht, daß sie eine echte Bombe an Bord hatte, bis sie in der Luft war.
Am 6. August verkündete Paul Tibbets über Funk: Es ist soweit, wir werfen die erste Atombombe ab. Da erfuhren wir alle erst, daß es überhaupt eine Atombombe, eine Nuklearwaffe gab. Der Befehl kam direkt aus Washington. Er durchlief keinerlei Kommandokette. ...
Es war üblich, die Mannschaft zu segnen. Nicht das Flugzeug. Und nicht die Bombe. Das wurde mir oft vorgeworfen. Aber die Mannschaft gehörte zu unserer Gemeinde. Sie ging auf eine gefährliche Mission. Das waren doch unsere Jungs, unsere Männer, in Todesgefahr. Ich wußte nicht, daß sie überhaupt eine Bombe abwerfen sollten, bis wir es aus dem Inselfunk erfuhren. Dann der Schock. Plötzlich wurde uns klar, daß 80.000 Menschen bei dieser einen Explosion zu Tode gekommen waren.
Wir lebten auf einer Insel, von der täglich Hunderte von Flugzeugen starteten, um ganze Napalmteppiche abzuwerfen, Hunderttausende von Menschen auszubrennen. Einmal befanden sich 500 Flugzeuge in einer Mission über japanischen Städten. Wir hatten von Dresden und Berlin, Coventry und London gelesen. ... Der Schock bestand darin, daß hier plötzlich ein einziges Flugzeug geschafft hatte, was Hunderte von Bombern nicht geschafft hatten. Ein Flugzeug und eine Bombe hatte eine Stadt dem Erdboden gleichgemacht.
Statt daß ich Entsetzen empfunden hätte, wie es sich für mich als Christ, noch dazu als Pfarrer gehört hätte, rauschte das einfach an mir vorbei. Von anderen Piloten, die von Luftangriffen zurückkamen, hatten wir gehört, wie sie Feuerstürme in Tokio gesehen hatten, wie Hunderttausende verbrannten. Wir hätten damals entsetzt darüber sein sollen, daß das Zivilisten waren. Eigentlich hingen wir der Theorie von Augustinus über den "gerechten Krieg" an: Zivilpersonen durften nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Aber darauf kamen wir überhaupt nicht.
Daß das alles so an uns vorbeiging, liegt wohl daran, daß von den kirchlichen Autoritäten keinerlei Stimmen laut wurden über die Verwerflichkeit wahlloser Bombardements. In Dresden genauso wie in Japan. ...
Um eine moralische Bewertung der Bombardements ging es nie. Wir fanden sie wohl alle entsetzlich, aber unvermeidlich. Denken Sie auch daran, daß wir damals die bedingungslose Kapitulation verlangten. Das verstößt ebenfalls gegen die Prinzipien der Theorie des Augustinus vom "gerechten Krieg": Man darf nicht weiterkämpfen, wenn die gegnerische Seite zur Kapitulation bereit ist. Von "bedingungslos" ist nicht die Rede.
Hätte man auf diesen Begriff verzichtet, wäre die Bombe nicht nötig gewesen. Es gab schon Friedensansätze. Sie lagen doch auf den Knien. ...
Als ich das mit Hiroshima erfuhr, reagierte ich gespalten. Mein Gott, wie schrecklich, aber auch, mein Gott, jetzt hört der Krieg auf. Endlich kommen die Jungs nach Hause. Millionen

Leben sind gerettet. Bei einem Einmarsch in Japan hätten wir eine Million Soldaten verloren. Als Geistlicher hätte ich jedoch auch so denken sollen: Wir morden kleine Kinder und alte Menschen – wir verbrennen sie. Ich kann mich nicht erinnern, damals irgendeine Schuld empfunden zu haben. ...<<

Der deutsche Historiker Klaus A. Maier berichtet später über die Gründe für den erstmaligen Einsatz der Atombombe gegen Japan (x041/262): >>... Im Frühjahr 1947 legten die amerikanischen Experten die Ergebnisse ihrer Erhebungen vor, die sich wie folgt zusammenfassen lassen: ... Japan hätte mit Sicherheit vor dem 31. Dezember und aller Wahrscheinlichkeit nach vor dem 1. November 1945 kapituliert, selbst wenn die Atombomben gegen Hiroshima und Nagasaki nicht eingesetzt worden wären, die Sowjetunion nicht in den Krieg gegen Japan eingetreten und eine Invasion des Mutterlandes außer Betracht geblieben wäre.

Die letzte Feststellung provoziert die Frage nach dem politischen Beweggrund des Atomwaffeneinsatzes gegen Japan. US-Kriegsminister Stimson erhoffte sich von der Atomwaffe die Möglichkeit, "die Welt so zu ordnen, daß der Frieden und unsere Zivilisation gerettet werden können".

Anstelle einer "Pax Americana" (amerikanischer Friede) auf der Basis des amerikanischen Atomwaffenmonopols kam es jedoch zu einem neuen, gigantischen Rüstungswettlauf, der schließlich zu einer nuklearen Pattsituation der beiden Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges führte, in der sich die Kontrahenten fortan gegenseitig mit dem eigenen Selbstmord drohen. ...<<

07.08.1945

Berlin: Probst Grüber schreibt am 7. August 1945 an den britischen Lordbischof von Chichester (x039/229): >>Gott schenke den Christen in aller Welt offene Ohren, die Notschreie der deutschen Menschen zu hören, die auf den Landstraßen sterben und verkommen. - Tausende von Leichen spülen die Oder und die Elbe ins Meer. ... Tausende von Leichen hängen in den Wäldern um Berlin. ... Tausende und Zehntausende sterben auf den Landstraßen vor Hunger und Entkräftung. ... Kinder irren umher, die Eltern erschossen, gestorben, abhandengekommen.<<

WBZ: General Eisenhower richtet am 7. August 1945 eine persönliche Botschaft an das deutsche Volk (x114/2.98,105): >>Drei Monate sind seit der Niederlage Deutschlands verstrichen. Wir haben Recht und Ordnung wiederhergestellt und zahlreiche Maßnahmen getroffen, die eine Grundlage bieten, auf der ihr jetzt eure äußersten Kräfte zur Milderung der herrschenden Schwierigkeiten anspannen könnt. ...

Die Militärregierung hat auf vielen Gebieten deutsche Zivilbehörden eingesetzt, damit ihr euch jetzt helfen könnt. Bis die Zeit reif ist, eure eigene Regierung auszuwählen, falls ihr das eure tut, können wir euch anderweitig helfen. ...

Verschafft Deutschland wieder Achtung in der Welt. Trotz aller Not braucht Ihr nicht ohne Hoffnung der Zukunft entgegenzusehen. ...<<

>>... Wir werden euch helfen, euer Leben auf demokratischer Grundlage wieder aufzubauen. ... Es wird euch gestattet werden, örtliche Gewerkschaften zu bilden und euch örtlich politisch zu betätigen. Versammlungen zu diesem Zweck dürfen mit Genehmigung der örtlichen Militärregierung abgehalten werden.<<

Frankreich: Die französische Regierung stimmt den Potsdamer Beschlüssen - mit Ausnahme der Abschnitte, die sich auf die Erhaltung der Einheit Deutschlands beziehen - nachträglich am 7. August 1945 zu, lehnt es jedoch ab, die französische Besatzungszone für deutsche Flüchtlinge und Vertriebene zu öffnen (x040/293, x118/31).

USA: US-Präsident Truman informiert die Weltöffentlichkeit am 7. August 1945 über den Atombombenangriff gegen Hiroshima (x149/109): >>Vor 16 Stunden warf ein amerikanisches Flugzeug eine Bombe auf Hiroshima, ein wichtiges japanisches Militärzentrum, ab.

Diese Bombe hatte stärkere Kraft als 20.000 Tonnen TNT. Sie hatte die mehr als 2.000fache Sprengkraft des britischen "Grand Slam", der die größte bisher in der Kriegsgeschichte verwendete Bombe ist.
Die Japaner begannen den Krieg in Pearl Habor aus der Luft. Es ist ihnen vielfach heimgezahlt. Und noch hat es kein Ende. Mit dieser Bombe haben wir jetzt eine neue und revolutionäre Steigerung der Zerstörung erreicht, um die wachsende Macht unserer Streitkräfte zu ergänzen. ... Es ist eine Atombombe. Es ist eine Nutzung der Urkraft des Weltalls. Die Gewalt, aus der die Sonne ihre Kraft schöpft, ist gegen jene losgelassen, die den Fernen Osten in den Krieg gestürzt haben.<<
US-Präsident Truman schreibt später über den "militärischen Einsatz" der Atombombe gegen Japan (x243/90): >>... Mir war natürlich klar, daß die Explosion einer Atombombe unvorstellbare Schäden und Menschenverluste zur Folge haben würde. ...
Die endgültige Entscheidung, wo und wann die Atombombe eingesetzt werden sollte, lag bei mir. Eines möchte ich klarstellen. Ich betrachtete die Bombe als militärische Waffe und hatte nie den geringsten Zweifel, daß sie eingesetzt werden sollte. ...<<
Japan: Ein japanischer Arzt berichtet damals über die furchtbaren Folgen des US-Atombombenangriffes (x073/209): >>... Die von uns aufgenommenen Verwundeten sahen grauenhaft aus. Ihre versengten Haare waren gekräuselt, die Kleidungstücke in Fetzen gerissen, die Haut der unbedeckten Körperteile fast ganz verbrannt, die Wunden entsetzlich verschmutzt. Die meisten Verwundeten waren durch zahllose Glassplitter, Holzstückchen oder Eisenteilchen ... derart entstellt, daß sie nicht leicht als Menschen zu erkennen waren. ...
Später stellten wir fest, daß manchen Patienten so viele Glasstückchen in die Lunge gepreßt worden waren, daß wir bei stethoskopischen Untersuchungen jedesmal ein Knirschen vernahmen, wenn sie atmeten. ...
Ein 19jähriger Arbeiter war 1 km vom Explosionszentrum entfernt gewesen und wurde an beiden Händen verbrannt. Seine Brandwunden besserten sich zusehends. Nach 15 Tagen verließ er das Lazarett. Aber einen halben Monat später begann er zu fiebern. Er klagte über schlechten Appetit, allgemeines Müdigkeitsgefühl und Haarausfall. Unter der Haut tauchten blaue Flecken auf, unstillbare Darmblutungen kamen hinzu, und nach kurzer Zeit starb der Patient.<<
Andere japanische Augenzeuge berichten später über die Atombombenexplosion in Hiroshima (x149/109, x165/503-504): >>... Menschen springen in dem abgebrannten, zerstörten Hiroshima aus düster ziehenden Flammen empor und kriechen heraus: einer nach dem anderen, Menschen, die nicht mehr sie selbst sind, gelangen auf eine Wiese und verstecken ihren verbrannten kahlen Kopf ...
Warum muß man so etwas erleben? Warum? Wozu? Wofür?
Und sie wissen nicht, wie sie aussehen, denn sie sind in etwas verwandelt, das weit vom Menschen entfernt scheint.
Sie denken, wie sie heute morgen noch waren, Vater, Mutter, Bruder, Schwester, aber wer würde sie jetzt noch erkennen! ...<<
>>... Ich würde sagen vom 7. August an waren die Wunden von Tausenden von Verletzten, die ich sah, von Tausenden von Maden befallen. Die Maden krochen über die Wunden, was für die Überlebenden sehr qualvoll war. Sie haben geschrien und uns angefleht: "Bitte, macht uns doch die Maden weg." Aber ihre Körper waren von Kopf bis Fuß mit Maden bedeckt, und mir, einem einzelnen Soldaten, war es unmöglich, so vielen Menschen zu helfen.
Wir haben einen Militärarzt in der Nähe um Rat gefragt. Alle Medikamente waren aufgebraucht, es war nichts mehr übrig. Was sollten wir tun?
Der Arzt sagte: "Es ist unmöglich. Wir können gar nichts tun." Er sagte: "Sterilisiert die Wunden mit Salzwasser." Also haben wir einen großen Topf Wasser abgekocht und einen ganzen

Krug Salz hineingeschüttet. Da die Körper über und über infiziert waren, haben wir es mit einem Besen gemacht. Wir hätten unmöglich jeden Körperteil mit der Hand sterilisieren können. Wir nahmen einen Besen, tauchten ihn in das Salzwasser und bestrichen die Körper damit.
Die Kinder, die auf dem Boden lagen, die sich nicht rühren konnten, sprangen auf. In ihrem Dialekt sagten sie: ... "Es tut weh." ... Da ich aus Nagoya kam, verstand ich den Dialekt nicht. Ich dachte, sie sagten, sie müßten weglaufen. Also habe ich versucht, sie festzuhalten, sie zu beruhigen. Bald darauf sind sie gestorben.
Natürlich hatten diese Kinder keine Angehörigen mehr, die ihre Leichen abgeholt hätten. Mit Holz aus den Ruinen in der Nähe haben wir einen Scheiterhaufen aufgeschichtet und die Leichen verbrannt. ...<<

08.08.1945

SBZ: In Dresden treten am 8. August 1945 verstärkt Typhuserkrankungen auf. Rund 357.000 Personen werden gegen Typhus, Fleckfieber, Parathyphus und Diphtherie geimpft (x111/61).

Berlin: Die "Berliner Zeitung" berichtet am 8. August 1945 über den US-Atombombenangriff gegen Hiroshima (x116/70): >>... Dieselben Kräfte, aus denen die Sonne ihre Kräfte zieht, werden jetzt gegen diejenigen losgelassen, die den Krieg im Fernen Osten entfesselt haben. ...
(Präsident Truman droht:) "Wenn sie jetzt nicht unsere Bedingungen annehmen, dürfen sie einen Schauer der Vernichtung aus der Luft erwarten, wie es das bisher auf Erden nicht gegeben hat." ...<<

Johannes R. Becher (Präsident des "Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands") erklärt am 8. August 1945 (x111/61-62): >>Wir, die wir heute zur Gründung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands zusammengekommen sind, versprechen, die wiedergewonnene Freiheit des Geistes zur Tat werden zu lassen. Nachdem wir zwölf Jahre lang durch den Nazismus in unserer freien Entwicklung behindert waren, sind wir von dem einen Willen beseelt: diese Freiheit zu wahren und zu festigen.<<

WBZ: In der US-Zone berichtet die "Allgemeine Zeitung" am 8. August 1945 über den Abwurf der nordamerikanischen Atombombe (x116/70): >>**Atombombe gegen Japan**
... Die neue Atombombe hat eine Sprengwirkung, die der Bombenlast von 2.000 "Superfestungen" entspricht. ... Die Stadt Hiroshima war 24 Stunden nach dem Angriff noch in undurchdringliche Rauchwolken gehüllt, die eine genaue Feststellung des angerichteten Schadens unmöglich machten. ...
Die Atombombe wurde von amerikanischen und britischen Wissenschaftlern in gemeinsamer Arbeit entwickelt. ...
In der Erklärung Churchills über die Atombombe wird ihre Schaffung als einer der größten Triumphe bezeichnet, den nordamerikanischen Forschungsgeist, ja menschliches Genie überhaupt seit Menschengedenken errungen hat, ein Triumph, für den Präsidenten Roosevelt und seine Berater immerwährende Anerkennung gebührt.
Churchills Erklärung schließt mit den Worten: "Wir müssen den Himmel anflehen, daß diese furchtbaren Gewalten der Förderung des Friedens unter den Völkern dienbar gemacht werden können ..." ...<<

UdSSR: Stalin erklärt Japan am 8. August 1945 den Krieg (ab 9.08.1945). Die Sowjetunion setzt im Fernen Osten anschließend rund 1,6 Millionen Soldaten ein. Für einige unbedeutende Kriegshandlungen wird die UdSSR reich belohnt. Die Rote Armee erbeutet in den folgenden Tagen riesige Waffenbestände und sonstiges Kriegsmaterial. Die UdSSR besetzt außerdem den südlichen Teil von Sachalin (28.08.1945) und die Kurilen (1.09.1945). Im sowjetisch-japanischen Krieg fallen rund 84.000 Japaner. Über 600.000 Japaner geraten in sowjetische Gefangenschaft (x040/293-295).

Jugoslawien: Das Militärgericht Agram verurteilt am 8. August 1945 einen Volksdeutschen

wegen Zugehörigkeit beim Schwäbisch-Deutschen Kulturbund und der Heimwacht (x006/-259E-260E): >>Im Namen des Volkes Jugoslawiens.
Das Militärgericht erbrachte ... in der Strafsache gegen den Angeklagten J. R. wegen Kulturbundsachen nach abgehaltener Hauptverhandlung in Gegenwart des Angeklagten, am 8.8.1945 folgendes Urteil:
Der Angeklagte J. R., ... seit 15.5.1945 in Haft, wird schuldig gesprochen:
1. Weil er nach der Ankunft der Deutschen in unserem Land freiwillig in den Kulturbund eingetreten ist, dessen Zusammenkünfte er besucht hat und dessen Mitglied er bis zum Zusammenbruch des Unabhängigen Staates Kroatien war. ...
2. Weil er als Mitglied des Kulturbundes zu militärischen Übungen gegangen ist, eine Uniform trug und ab 1944 bei Heintasch Wache stand, weil er, begeistert von der Ankunft der Deutschen, an deren Sieg geglaubt hat und ein großer Gegner der UdSSR war ...
Deshalb wird der Angeklagte ... zu 15 Jahren Freiheitsentzug mit Zwangsarbeit, zur Konfiskation des Vermögens und zur Vertreibung aus seinem Wohnort nach Deutschland verurteilt.
Dieses Urteil ist sofort vollstreckbar.
Begründung: Der Angeklagte bekennt sich schuldig im Sinne der Anklageschrift und verteidigt sich, indem er angibt, er sei über den Sieg der Deutschen begeistert gewesen, weil er gedacht habe, es werden jetzt alle Völker frei. Das Gericht gewann die Überzeugung, daß der Beklagte für die Handlungen im Sinne der Anklage schuldig ist und verwarf die Verteidigung des Angeklagten als unangebracht und nichtig, weil er als Mitglied der Heimatwacht mit Waffen geübt hat und auch Wache stand, und erbrachte obiges Urteil.
Dieses Urteil stützt sich auf die Vorschriften der Verordnung über die Militärgerichte und auf das Gesetz über die Strafarten.
Tod dem Faschismus - Freiheit dem Volke! ...<<
Großbritannien: Die 4 Siegermächte beschließen am 8. August 1945 in London ein Abkommen über die Verfolgung und Bestrafung der deutschen "Hauptkriegsverbrecher", das als Grundlage für die "Nürnberger Prozesse" (Internationaler Militärgerichtshof in Nürnberg) dient.
Zur Ahndung von NS-Straftaten werden im "Londoner Statut" vom 8. August 1945 die völkerrechtlichen Begriffe "Verbrechen gegen den Frieden", "Kriegsverbrechen" und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" definiert.
Der Anklagepunkt 3 lautet wie folgt (x044/192): >>In gewissen besetzten Gebieten, als von Deutschland annektiert ausgegebenen Gebieten zielten die Bestrebungen der Angeklagten methodisch und fortgesetzt darauf ab, diese Gebiete politisch, kulturell, sozial und wirtschaftlich dem Deutschen Reich anzugleichen. Die Angeklagten bemühten sich, den bisherigen Volkscharakter dieser Gebiete zum Verschwinden zu bringen.
In Verfolgung dieses Planes und Bestrebens deportierten die Angeklagten gewaltsam Einwohner, die überwiegend nicht-deutsch waren, und brachten dafür Tausende von deutschen Siedlern in die betreffenden Gebiete. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Londoner Abkommen" (x051/361): >>Londoner Abkommen (auch Londoner Charta), Vereinbarung zwischen Großbritannien, den USA, der UdSSR und der provisorischen Regierung von Frankreich über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen "Achse" vom 8.8.45.
Dem Londoner Abkommen war ein Statut für den in Ausführung des Abkommens zu bildenden Gerichtshof angeschlossen, das dessen Verfassung, Zuständigkeit und allgemeine prozessuale Grundsätze regelte (Nürnberger Prozesse).<<
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über "Verbrechen gegen den Frieden" (x051/597): >>Verbrechen gegen den Frieden, neben Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Orga-

nisation Hauptanklagepunkt bei den Nürnberger Prozessen vor dem Internationalen Militär-Tribunal (IMT) und anderen Gerichten gemäß Kontrollratsgesetz (KRG) Nr. 10 vom 20.12.45.
Nach der Anlage zum Londoner Abkommen vom 8.8.45, dem Statut für das IMT, waren folgende Handlungen als Verbrechen gegen den Frieden anzusehen: "Planen, Vorbereitung, Einleitung oder Durchführung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Abkommen oder Zusicherungen oder Beteiligung an einem gemeinsamen Plan oder an einer Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen".
Im Wesentlichen stimmte diese Definition mit der entsprechenden im KRG Nr. 10 überein, wobei jedoch in letzterer hervorgehoben wurde, daß die Aufzählungspunkte "nicht als erschöpfende Beispiele" anzusehen sind.
Die Verteidigung wandte gegen den Anklagepunkt ein, er schaffe rückwirkend einen Straftatbestand und verletze damit den Grundsatz "nulla poena sine lege" (keine Strafe ohne gesetzliche Strafbarkeit zur Tatzeit).
Das IMT aber hielt daran fest mit dem Verweis auf den "Fortschritt des völkerrechtlichen Gewohnheitsrechts" und auf die Kriegsächtung im Kellogg-Pakt von 1928.<<
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über "Kriegsverbrechen" nach dem IMT-Statut (x051/334): >>Kriegsverbrechen, Verletzung der Kriegsgesetze und Kriegsgebräuche; einer der vier Hauptanklagepunkte bei den Nürnberger Prozessen gemäß Kontrollratsgesetz (KRG) Nr. 10.
Die Verhaltensmaßnahmen der Kriegführenden ergeben sich aus völkerrechtlichen Abkommen, Gewohnheitsrecht und allgemeinen Rechtsgrundsätzen. Die diese Regeln verletzenden Handlungen sind Kriegsverbrechen.
Nach dem Statut für das IMT, dem Anhang zum Londoner Abkommen vom 8.8.45, fallen hierunter, "ohne darauf beschränkt zu sein: Mord, Mißhandlungen oder Deportation zur Sklavenarbeit oder für irgendeinen anderen Zweck von Angehörigen der Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten, Mord oder Mißhandlungen von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Töten von Geiseln, Plünderung öffentlichen oder privaten Eigentums, die mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten oder Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung". Das KRG Nr. 10 wiederholte diese Begriffsbestimmung, erläuterte jedoch eingangs, welche Rechtsgüter durch Gewalttaten verletzt sein müssen: Leib, Leben oder Eigentum.
Obwohl die UdSSR Signatarmacht des Londoner Abkommens war und das KRG Nr. 10 als Besatzungsmacht mit erlassen hatte, erfuhr der Begriff des Kriegsverbrechens in ihren Verfahren infolge einer besonderen Völkerrechtsbewertung eine Ausweitung, die der internationalen Auffassung nicht mehr entsprach. Bestraft werden konnte jeder deutsche Soldat, der am Rußlandfeldzug teilgenommen hatte.
Nach dem Zweiten Weltkrieg sind allein die Kriegsverbrechen der Unterlegenen geahndet worden, die Völkerrechtsverletzungen der Sieger blieben ungesühnt.<<
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" (x051/597): >>Verbrechen gegen die Menschlichkeit, einer der vier Hauptanklagepunkte bei den Nürnberger Prozessen vor dem Internationalen Militär-Tribunal (IMT) und den Nachfolgeprozessen gemäß Kontrollratsgesetz (KRG) Nr. 10 vom 20.12.45.
Als Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurden Akte eingestuft, die der unterschiedlosen und systematischen Zerstörung von Leben und Freiheit dienen (so Gerichtshof II der USA im Urteil vom 10.4.48).
Nach der Anlage zum Londoner Abkommen vom 8.8.45, dem Statut für das IMT, fielen hierunter: "Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen,

begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung vor oder während des Krieges, Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen, begangen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, und zwar unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes verstieß, in dem sie begangen wurde, oder nicht".
Im KRG Nr. 10 befindet sich in Artikel II eine entsprechende Aufzählung, wobei jedoch hervorgehoben wird, daß sie nicht als erschöpfend anzusehen ist.<<

09.08.1945

Berlin: Die "Berliner Zeitung" berichtet am 9. August 1945 über den Einsatz der Atombombe gegen Japan (x116/70): >>... Geben wir uns keinen Illusionen hin! Die Atombombe ist von 1940 bis 1942 nicht in erster Linie gegen die Japaner entwickelt worden. ...
In erster Linie war diese neue Waffe von umwälzender Bedeutung gegen den Hauptaggressor und größten Feind der Menschheit, gegen Hitlerdeutschland gerichtet. Und es ist keine Übertreibung heute festzustellen, daß uns die völlige Zerschlagung von Hitlers Armeen im Mai dieses Jahres vor einer Katastrophe bewahrt hat, die unvermeidlich einige Monate später eingetreten wäre und die Deutschland in ein einziges Massengrab verwandelt haben würde.<<

Schweiz: Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtet am 9. August 1945 über den nordamerikanischen Atombombenangriff gegen Hiroshima (x044/220): >>Soeben eingelieferte Fliegerfotografien von Hiroshima lassen erkennen, daß die Atombombe eine geradezu unerhörte Hitze entwickelt haben muß. Sie entfachte Brände, die sich weder von Wasserläufen noch Brandmauern aufhalten ließen. Nur wenige Mauern starker Eisenbetonbauten haben der Explosion Widerstand geleistet. Im übrigen ist Hiroshima vollkommen vernichtet, und die 7 Brücken der Stadt haben schwere Beschädigungen davongetragen. Bemerkenswert ist, daß kein Explosionskrater festgestellt werden kann.
Zum ersten Mal gibt Radio Tokio jetzt einen Bericht über die Wirkung der auf Hiroshima geworfenen Atombombe. Wie erklärt wird, hat die Bombe praktisch jedes Lebewesen in Hiroshima, Menschen wie Tiere, durch ihre furchtbare Hitzeentwicklung vernichtet. Der größte Teil der Stadt sei nicht mehr vorhanden, und die Zerstörung wird als unbeschreiblich bezeichnet. Alle Toten seien bis zur Unkenntlichkeit verbrannt worden. ...
Es sei daran erinnert, daß die Sowjet-Presse hin und wieder von Experimenten russischer Forscher schrieb, die am Problem der Atomspaltung arbeiten. So schrieb zum Beispiel der bekannte Physiker Joffe in den "Moskauer News" am 16. Juni, es seien ihm schon im Jahre 1939 große Kredite für Forschungen über den Atomkern gewährt worden.<<

USA: In einem Rundfunkbericht teilt US-Präsident Truman am 9. August 1945 erstmalig offiziell mit, daß der verstorbene US-Präsident Roosevelt bereits während der Jalta-Konferenz (4.-11.02.1945) der Abtretung von ostpreußischen Gebieten an Polen zugestimmt hat (x028/-177): >>... Das Territorium, das die Polen verwalten sollen, wird Polen ermöglichen, seine Bevölkerung besser zu unterhalten. Es wird eine kurze und besser zu verteidigende Grenze zwischen Polen und Deutschland schaffen. Von Polen besiedelt, wird es zu einer homogeneren Nation führen.<<

Japan: In Nagasaki fordert die 2. Atombombenexplosion (Abwurf durch US-Major Sweeney) am 9. August 1945 über 40.000 Todesopfer und 60.000 Verletzte, die größtenteils tödlich verstrahlt werden (x040/293).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Abwurf der Atombombe auf Nagasaki (x068/261-263): >>Den Angriff auf Nagasaki hat William L. Laurence, Korrespondent der "New York Times" und "hochqualifizierter Spezialist für Berichte über wissenschaftliche Forschungen" als Augenzeuge mit viel Emphase festgehalten. Er flog mit einer der drei "besonders zu diesem Zweck ausgewählten Superfestungen vom Typ B-29". Nur die "Führermaschine" mit dem herrlichen Namen "The Great

Artiste" hatte die Atombombe an Bord. (Die US-Amerikaner haben viel Sinn für solche Namensgebungen, viel sprachliches Fingerspitzengefühl, sozusagen).
Die Atombombe, "dieser Meteor von Menschenhand", war bis zuletzt "sorgsam vorbereitet" worden und nur eine "kleine ausgesuchte Gruppe von Wissenschaftlern und Offizieren" bei "dem Ritual der Verladung" zugegen. Der Korrespondent der "New York Times" bemerkte "fast etwas Feierliches um diesen kleinen 'Gegenstand', Millionen konzentriertester geistiger Arbeit sind auf seine Planung und Verwirklichung verwandt worden, zweifellos eine der größten intellektuellen Anstrengungen der Geschichte".
Und sollte all dies umsonst gewesen sein?! Zumal drei Tage zuvor die Bombe auf Hiroshima schon wirklich gute Arbeit geleistet hatte, "eine so vernichtende Wirkung". Und die zweite war noch "ein neuer, etwas verbesserter Typ".
... "Das Schicksal hatte Nagasaki zum endgültigen Ziel bestimmt. Es hatte Nagasaki zum Untergang verurteilt". Etwas Flakfeuer der Japse, dem man "elegant" ausweicht. "Gespannt" beobachtet Mr. Laurence die Manöver der "Führermaschine" eine halbe Meile voraus. "Da fällt sie! rief irgend jemand, ich weiß nicht mehr, wer. Aus dem Rumpf der "Great Artiste" löste sich ein schwarzer Gegenstand und purzelte nach unten".
Und jetzt wird es schön, nur noch schön. Und ganz lebendig. Fasziniert sieht Mr. Laurence "den Meteor, der aus der Erde zu steigen schien, anstatt vom Himmel zu fallen, und ein eigenes unheimliches Leben annahm, je höher er durch die weißen Wolkenberge emporkletterte. ... Es war ein Lebewesen, ein neues Geschöpf ..." ... Man sah noch aus einer Entfernung von 200 Meilen "wie ein ungeheures, prähistorisches Geschöpf mit einer riesigen weißen Halskrause, die sich endlos ausbreitete, so weit das Auge reichte ..."
Pulitzer-Preis , wahrhaftig. Gratulation Mr. Laurence, Gratulation!
Die Größe ihrer moralischen Niederlage durch die Benutzung der Atombombe als Angriffswaffe, meinte man Jahrzehnte später über die Anglo-Amerikaner, sei "noch nicht zu ermessen". Noch nicht? Wann denn? Wenn die USA einmal so am Boden liegen wie einst die Japaner?
"Jedenfalls", schreibt Ladislaus Singer, immerhin "nahm ihnen dieser abscheuliche Akt jede Berechtigung, in Nürnberg oder Tokio als Ankläger gegen andere Kriegsverbrecher aufzutreten, waren die deutschen Judenvergaser und Massenmörder und kriegslüsternen Japaner doch nur ihre Kollegen. Daß die Mörder von Katyn und Vernichter von Dresden als Richter dabeisaßen, ergänzte nur stilvoll das makabre Bild".
Präsident Harry Truman büßte, wie er selbst bekannte, beim Gedanken an die Toten durch die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki keine Nachtruhe ein. Der Präsident schlief gut. Präsidenten haben dicke Häute, sonst werden sie nicht Präsidenten. Die japanischen Toten, sagte der ehrenwerte Präsident, seien nur "savages" gewesen, "Wilde" und mit denen haben Amerikaner immer kurzen Prozeß gemacht. ...<<
Der schweizerische Journalist Gerd Josef Weisensee berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 2001 über das Drama von Nagasaki am 9. August 1945 (x853/...): >>... Obwohl Japan bereits über die Kapitulation verhandeln wollte, kam es noch zu den Katastrophen von Hiroshima und Nagasaki. Aus den USA war bislang nur zu hören, daß die Atom-Abwürfe am 6. August über Hiroshima und am 9. August 1945 über Nagasaki militärisch absolut sinnvoll gewesen seien. Inzwischen beginnen aber selbst amerikanische Journalisten und Historiker, dies anzuzweifeln.
Die offizielle Haltung geht dahin, daß die Alternative zu den zwei Atombomben die Besetzung Japans auf konventionelle Weise gewesen wäre. Dies hätte den Tod von 250.000 amerikanischen Soldaten und von mehr als einer Million Japanern bedeutet. Die USA habe damals nur drei Atombomben gehabt; eine wurde zu Testzwecken verwendet und nur zwei konnten militärisch verwendet werden. Eine vierte stand kurz vor der Fertigstellung.

... Ende Juli 1945 hatten Militärs und Leiter des "Manhattan Project" 4 Atombomben-Ziele benannt. Eines war Hiroshima, ein Industrie-Zentrum für Japans Armee und Marine. Das zweite war Kokura, Sitz der größten Munitionsfabriken des Landes. Das dritte war Niigata, ein großer Hafen mit Öl-Raffinerie, Tanker-Terminal und Stahlwerken. Das vierte Ziel war die alte Kaiserstadt Kyoto, damals ein großes Industrie-Zentrum mit Fabriken für Artillerie, Maschinen und Flugzeuge.
Nun aber geschah das Erstaunliche: Kriegsminister Henry Stimson, der bekanntlich den Weg zum Angriff auf Pearl Harbor vorbereitete, indem er vor dem Krieg zusammen mit Cordell Hull, dem Außenminister, ein internationales Embargo gegen Japans Öl-Versorgung durchgesetzt hatte, strich Kyoto von der Ziel-Liste und ersetzte es durch Nagasaki.
Am Tage des Bomben-Abwurfs behauptete die "New York Times", Nagasaki sei von der Industrie her gesehen wichtiger als Hiroshima. Tatsächlich aber hatte die mittelgroße Stadt Nagasaki nur einen guten Tiefsee-Hafen, während die industrielle Stellung unbedeutend war. In der Nähe von Nagasaki lag eine große Mitsubishi-Werft, die von der Atombombe aber nicht erreicht werden konnte. ...
Die Plutonium-Bombe mit dem Namen "Fat Man" (fetter Kerl) fiel aus dem Schacht des B-29-Bombers um 12.02 Uhr, während unten in der Hitze des Augusts Ordensschwestern und alte Leute kniend beteten. Die B-29 trug den sinnigen Namen "Bock's Car" - deutsch: "Wagen des Teufels". ...
Die von Menschenhand geschaffene Sonne zündete etwa 500 Meter über dem Boden. Die Explosion löste eine Schockwelle aus, die mit einer Geschwindigkeit von 2.000 km/Stunde die dicht bewohnten Hütten wie mit einer Riesenfaust geradezu pulverisierte. Der Lichtblitz der Bombe brannte das Fleisch von den Knochen, ließ beides verdampfen, bevor auch nur ein Schrei die wegschmelzenden menschlichen Lippen erreichen konnte. Wenige hundert Meter vom Explosionszentrum entfernt stand die Urakami-Kathedrale. ...
In Sekunden-Bruchteilen wurde Staub aus der Kathedrale und all ihren Heiligen-Figuren. Alle Beter darin verbrannten. Grosse Statuen von Jesus und Maria verfärbten sich schwarz.
Die Bombe - weit größer als die von Hiroshima - hatte eine Explosionskraft von 21.000 Tonnen TNT; sie zerstörte alles in einem Umkreis von 2 km. Tausende von Holzhäusern verschwanden zusammen mit ihren Bewohnern in der Glut des Atompilzes. In diesem Moment starben 73.884 Menschen, darunter etwa jeder 10. ein Katholik. Weitere 75.000 waren erblindet, erlitten komplette Hautverbrennungen oder wurden von den orkanartigen Winden oder dem kilometerweiten Feuersturm oder zusammenstürzenden Gebäuden verbrannt oder erschlagen.
Tausende starben in den folgenden Tagen oder Monaten aufgrund der erlittenen Strahlung. Wie ein Berichterstatter über die Zerstörung der Kathedrale schrieb, tötete mit dieser Atombombe die Truman-Regierung ironischerweise mehr Christen als in Japan in den Verfolgungen umkamen.
Es stellt sich daher die Frage, wie es amerikanische Journalisten heute tun, warum haben gewisse Politiker in der New Deal-Regierung von Roosevelt und Truman das Ziel für die zweite Atombombe geändert? Warum zerstörten sie das militärisch so unbedeutende Nagasaki? Warum verwandelten sie Christen in atomare Asche? Den Entscheid traf Kriegsminister Henry Stimson und er war führendes Mitglied in der Totenkopf-Loge (Skull and Crossed Bones). ...
William L. Laurence gehörte zur Mannschaft, welche die Atombombe nach Japan flog und sie über Nagasaki zur Zündung brachte. Er berichtete:
Wir flogen in südlicher Richtung die Meeresstrasse entlang und erreichten die Küste um 11.33 Uhr. Von hier nahmen wir direkt Kurs auf Nagasaki. Über dem Zielgebiet kreisten wir eine Weile, bis wir eine Lücke in der Wolkendecke fanden. Es war 12.01 Uhr. Wir hatten das Ziel

unseres Unternehmens erreicht.
Ein ungeheurer Blitz zuckte auf und tauchte die Kabine in grelles weißes Licht. ... Eine gewaltige Druckwelle packte unseren großen Vogel und ließ ihn vom Bug bis zum Schwanz erzittern. Die Beobachter sahen einen riesigen Feuerball, der aus der Erde zu wachsen schien und gewaltige weiße Rauchringe ausstieß.
Dann sahen wir eine riesenhafte purpurrote Feuersäule, die mit rasender Geschwindigkeit emporstieg. Nur 25 Minuten waren vergangen. Es war wie ein Lebewesen, ein neues Geschöpf, das vor unseren erschrockenen Augen geboren wurde. Sein Fuß war dunkelbraun, die Mitte bernsteinfarbig und der Kopf weiß. Aber es war ein lebendiger Totempfahl mit vielen eingeschnitzten Dämonenmasken, die Grimassen zur Erde schnitten.
Der Pilz war noch lebendiger als die Säule, er kochte und siedete und zischte in einem Strahl von sahnigem Schaum empor, breitete seinen Schirm aus und senkte sich langsam zur Erde. Es war wie der Ausbruch vieler tausend uralter Geister, die sich in einem einzigen Strahl vereinigt hatten. Das Geschöpf schien sekundenlang in elementarer Wut zu kämpfen, als wolle es sich von seinen Fesseln befreien. Dann brach es aus, und mit urgewaltiger Kraft reckte es sich mit rasender Geschwindigkeit zu einer Höhe von über 60.000 Fuß auf. ...<<
Der nordamerikanische Ökonom und Diplomat John Kenneth Galbraith (1908-2006) schreibt später über den Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki (x165/172-173): >>...
Die Bombe hat den Krieg mit Japan nicht beendet. Das wurde von unseren Gutachtern sorgfältig untersucht. Der verantwortliche Leiter in Japan war Paul Nitze, dem man gewiß keine Voreingenommenheit unterstellen konnte. ...
Die Schlußfolgerung der Monographie "Japans Struggle to End the War" lautet, daß der Krieg durch die Bomben höchstens zwei, drei Wochen früher zu Ende ging. Die Entscheidung aus dem Krieg auszusteigen, war längst gefallen.
Die japanische Bürokratie war außerordentlich schwerfällig, es dauerte einige Zeit, bis die Entscheidung in die Tat umgesetzt wurde. ... Die Entscheidung war in Washington nicht bekannt. Die Bombe hat wie gesagt, den Krieg nicht beendet, aber als der Befehl zum Abwurf aus Washington kam, wußte man dort nicht, daß der Krieg bereits dem Ende zuging. ...<<

10.08.1945

SBZ: NKWD-Einheiten übernehmen am 10. August 1945 das ehemalige NS-Konzentrationslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg. Im "Speziallager Nr. 7" werden 6 Tage später 2.000 deutsche Häftlinge aus Berlin-Hohenschönhausen und Weesow interniert (x126/91).
Der ehemalige Leiter des Beerdigungskommandos des sowjetischen Internierungslagers Sachsenhausen berichtet später (x026/97): >>Die Verstorbenen wurden auch in Sachsenhausen der Bequemlichkeit halber zunächst in Bombentrichtern "beigesetzt", und zwar an der Chaussee, die zum Bahnhof Sachsenhausen führt. Dort wurden später im Walde die Menschen verladen, die man in die UdSSR verschleppte. Man bepflanzte die Totenlöcher mit Kiefern. ...
Schmachtenhagen bei Sachsenhausen/Oranienburg war der neue Beerdigungsort. Dort hatte man eine Waldschneise geschlagen. Ein Trecker brachte Nacht für Nacht die beladenen Anhänger dorthin. Weit in der Umgebung hörte man den uralten Lanz-Trecker donnern, wenn er mit seiner unheimlichen Last durch die Nacht rasselte. Die Barackenposten an den Türen wikkelten sich fester in den Mantel, der für diesen Dienst extra gestellt wurde, und lauschten dem Tod.
Immer dieselben Männer waren es, die in Schmachtenhagen tätig sein durften; denn es mußte geheimnisvoll bleiben, was dort geschah. Die Totengräber sollten bei ihrer Tätigkeit nicht auffallen, es sollten keine Totenzahlen bekannt werden, die Hunger-Henker scheuten die Verantwortung für das Ausmaß der Vernichtung. ...<<
WBZ: Da in München die Geschlechtskrankheiten dramatisch steigen, stellt die US-Militärbehörde am 10. August 1945 erstmals das neue Heilmittel Penicillin zur Verfügung (x111/62).

Japan: Die japanische Regierung bietet am 10. August 1945 die bedingungslose Kapitulation an.

11.08.1945

WBZ: Die US-Militärregierung gibt am 11. August 1945 in Mannheim bekannt (x111/62): >>Alle früheren Mitglieder der NSDAP, SA, SS, HJ, BDM, NSFK, NSKK, NS-Frauenschaft, NS-Frauenwerk, Gestapo und SD – gleich welchen Alters – werden an einem Tag jeder Woche zur Arbeit in der Stadt Mannheim eingesetzt werden.

Dieses gilt für alle aktiven und passiven Mitglieder einer der vorgenannten Organisationen ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft.<<

Großbritannien: Die "Einheit" berichtet am 11. August 1945 in London über "Privilegien der CSR-Widerstandsbewegung" (x004/69): >>Für Mitglieder der Widerstandsbewegung werden Posten als Staatsbeamte, in Betrieben, Fabriken und in staatlichen und privaten Geschäften reserviert werden. Sie werden bevorzugte Behandlung bei der Erteilung von Handelslizenzen und Zuteilung von konfisziertem Land oder industriellem Eigentum der Deutschen erhalten. Das gilt auch mit Bezug auf freies Studium.

Als Mitglieder der nationalen Widerstandsbewegung werden angesehen: Mitglieder der Auslandsarmee, der Partisanenabteilungen und der Widerstandsbewegung daheim.<<

12.08.1945

SBZ: NKWD-Einheiten übernehmen am 12. August 1945 das ehemalige NS-Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar. Im "Speziallager Nr. 2" werden zunächst Häftlinge aus den NKWD-Gefängnissen Weimar, Erfurt, Jena und Arnstadt interniert (x126/172).

Walter Ulbricht berichtet später über die Internierung von Sozialdemokraten und anderen politischen Gegnern (x111/69): >>... Die Gegner der Einheitsbewegung wurden isoliert.<<

Berlin: Die ca. 30.000 Flüchtlinge, die täglich in Berlin eintreffen, erhalten am 12. August 1945 pro Person 100 g Brot und eine Suppe. Sie müssen die Stadt nach 24 Stunden wieder verlassen, da die Berliner Bevölkerung 2,8 Millionen nicht übersteigen darf (x111/63).

WBZ: Der US-Geheimdienst berichtet am 12. August über die politische Einstellung der deutschen Bevölkerung in der nordamerikanischen Zone (x111/63): >>... Bei mehr als 90 Prozent der Befragten zeigt sich eine politische Müdigkeit. Sie ist wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die überwiegende Mehrheit der Deutschen überzeugt ist, Politik werde in Zukunft über die Köpfe der Deutschen hinweg gemacht werden.

Dreiundsiebzig Prozent der Befragten glauben nicht an eine deutsche Selbstbestimmung innerhalb der nächsten fünfzehn Jahre.

Auf die Frage: Warum wollen Sie nichts von Politik wissen? antworteten 67 Prozent: Weil Politik zum Krieg führt.

Vielfach wird die Meinung vertreten, daß der wirtschaftliche Neubeginn ohnedies keinen Sinn habe.<<

UdSSR: Radio Moskau meldet am 12. August 1945 die Hinrichtung von ausgelieferten Kriegsgefangenen (x133/417-418): >>Innerhalb der letzten Tage hat das Militärkollegium des Obersten Gerichtshofs der UdSSR die Anklagen gegen (die Offiziere) Andrei A. Wlassow, Malyschkin, Schilenkow, Truchin, Sakutny, Blagoweschtschenski, Malzew, Bunjatschenko, Swerew, Korbukow und Schatow gehört.

Sie sind des Hochverrats, der Spionage und der Terroraktionen gegen die UdSSR als Agenten des deutschen Spionagedienstes angeklagt ...

Alle Angeklagten haben ihre Schuld gestanden und wurden ... zum Tode verurteilt. Die Urteile sind vollstreckt worden.<<

13.08.1945

WBZ: In Bayern löst die US-Militärregierung am 13. August 1945 die Versorgungsämter auf. Sämtliche Rentenzahlungen an Kriegsopfer und Hinterbliebene werden daraufhin eingestellt

(x111/63).

14.08.1945

Berlin: Im "Marmorhaus" wird am 14. August 1945 erstmalig der sowjetische Film "Iwan der Schreckliche" gezeigt.

WBZ: Die "Frankfurter Rundschau" berichtet am 14. August über die nordamerikanischen Vorbedingungen für die Neubildung deutscher Gewerkschaften (x111/63-64): >>1. Bei der Wahl der Gewerkschaftsfunktionäre und der Betriebsausschüsse dürfen die Arbeitgeber keinen Einfluß ausüben.

2. Die Wahlen müssen auf demokratischer Grundlage durchgeführt werden.

3. Kein ehemaliges Mitglied der nationalsozialistischen Partei oder der deutschen Arbeitsfront kann zu einem Amt in der Gewerkschaft oder Arbeitervertretung gewählt werden.

4. Jeder kann den Antrag auf Bildung eines Betriebsausschusses stellen, wenn der Antrag durch 25 % der Belegschaft gestützt wird.

5. Vor Bildung einer Gewerkschaft muß ein entsprechender Antrag bei der Militärregierung vorgelegt werden. Die Namen der gewählten Funktionäre müssen der Militärregierung eingereicht werden. Es erfolgt eine Prüfung zum Zwecke des Ausschlusses von Nationalsozialisten.

6. Die Lohn- und Arbeitszeitfrage muß zur Zeit noch außerhalb des Arbeitsgebietes der Gewerkschaften bleiben. Es ist eine wesentliche Aufgabe der Gewerkschaften, an der Säuberung der Betriebe von Nationalsozialisten mitzuarbeiten.<<

Japan: Kaiser Hirohito verkündet am 14. August 1945 in einer Rundfunkansprache die Kapitulation Japans (x044/220): >>... Obwohl alle ihr Bestes getan haben, trotz der Tapferkeit der Land-, See- und Luftstreitkräfte, trotz der weisen und umsichtigen Arbeit der Regierung und trotz der Hingebung Unseres Hundertmillionenvolkes hat sich der Krieg nicht zum Vorteil Japans entwickelt, vielmehr hat sich die allgemeine Entwicklung gegen die Interessen Japans gerichtet.

Darüber hinaus hat der Feind begonnen, eine neue und höchst grausame Bombe zu verwenden, deren Wirkung ganz unabsehbar ist und die das Leben vieler Unschuldiger aufs Spiel setzt.

Wir kennen das Gefühl Unserer Untertanen. Die Erfordernisse der Zeit und des Schicksals haben Uns veranlaßt, den Weg zum Frieden für alle Generationen der Zukunft zu beschreiten, unter Erduldung alles dessen, was erduldet werden kann. Unsere ganze Anstrengung muß dem Aufbau der Zukunft gewidmet sein. ...<<

15.08.1945

Ostdeutschland: Obwohl der Ausweisungsplan des Alliierten Kontrollrats noch nicht vorliegt, werden am 15. August 1945 in Oberschlesien zahlreiche Deutsche durch lokale polnische Behörden in Lagern zusammengefaßt und anschließend in geschlossenen Transporten in die sowjetische Besatzungszone befördert (x001/144E).

Berlin: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 15. August 1945 in ihrem Tagebuch über die Vorbereitungen der Premiere von Brechts "Dreigroschenoper" im Berliner Hebbel-Theater (x111/64): >>... Seit anderthalb Monaten arbeitet das Ensemble. Kämpft sich mühselig durch einen 'Engpaß' nach dem anderen. Kabelbruch. 5.000 Volt. Um mindestens drei Tage muß die Premiere verschoben werden. Kostüme gestohlen. Requisiten demoliert. Jede Neubeschaffung bedeutet einen Berg von Hindernissen. Dann regnet es durchs Dach. Dann tropft es in den Zuschauerraum. Ein sommerliches Unwetter spült die Kulissen fast davon.

Unermüdlich probt das Ensemble. Manchmal unter dem Regenschirm, manchmal in ägyptischer Finsternis.

Es gehört ein beachtlicher Idealismus dazu, nach stundenlangen Fußmärschen, kaum mehr als ein Stück trockenes Brot im Leibe, tagein, tagaus mit Begeisterung die Dreigroschenoper zu

proben.<<
WBZ: Der Stuttgarter Oberbürgermeister Arnulf Klett ruft die Einwohner am 15. August 1945 zum Arbeitseinsatz auf (x111/64): >>Wir müssen nun an den Wiederaufbau unserer Stadt gehen ... Es wird hiermit zugesichert, daß diejenigen, die an ihren eigenen Gebäuden Steine und sonstige Materialien aussortieren und bergen, diese auch zum eigenen Wiederaufbau verwenden oder an andere käuflich abgeben dürfen. ...
Alle Bauunternehmer Stuttgarts und aus der Umgebung werden aufgefordert, ihre Baubetriebe in größtmöglichem Umfang aufzunehmen und so viel als angängig Arbeiter, vor allem die noch ungelernten und die noch jungen Arbeiter, einzustellen. Die Zuweisung der Einsatzstellen erfolgt durch das städtische Tiefbauamt.<<
CSR: Die tschechische Zeitung "Nove Slovo" warnt am 15. August 1945 vor den "loyalen" Deutschen (x004/71-72): >>Sämtliche Sabotageakte, Gewalttaten und Morde wurden immer von jenen Deutschen ausgeführt, die schon in der ersten Republik mit Hilfe ihrer destruktiven Politik Sabotage getrieben und Gewaltakte verübt haben. Der Deutsche besitzt keine Seele und die Sprache, die er am besten versteht, sind - nach Jan Masaryk (tschechischer Außenminister) - die Salven von Maschinengewehren.
Jetzt wehklagen sie, versuchen sich sinnlos zu rechtfertigen, bezeugen ihre Loyalität; es geht aber nicht an, daß man Menschen, die in der Zeit der Tragödie unseres Volkes mit Genugtuung und Sadismus die langen Spalten der hingerichteten Angehörigen unseres Volkes in der Presse verfolgten, die in den frechen Reihen der sogenannten Hitlerjugend als Führer wirkten, die der kläglich eingegangenen SA angehörten und die im Felde gegen unsere slawischen Brüder kämpften, Gehör zu schenken; wir dürfen uns auch nicht von slawischer Sentimentalität ergreifen lassen.
Diese Menschen dürfen keinen Eingang in unsere Reihen finden, mögen sie auch heute wie immer und als was immer ihr Leben fristen. Sagte nicht das Regierungsprogramm mit genügender Deutlichkeit, daß wir uns von den illoyalen Elementen befreien müssen? Sie waren es zu 90 %.
Ich appelliere hier an jene Herren, die den Deutschen die Staatsbürgerschaft zuerkennen: "Ich bitte Sie im Namen unserer Heimat, ich bitte sie im Namen jener, die gelitten haben, die stark geblieben sind und die schreckliche Zeit der deutschen Gewalttaten überdauerten, verleiht die Staatsbürgerschaft nur jener kleinen Schicht von Deutschen, die sich durch ihre Loyalität und ihre antinazistische Tätigkeit legitimieren kann.
Alle anderen sind raffinierte, freche, übermütige, verlogene und blutbefleckte Vertreter und Anbeter der unersättlichen Herrschaft der Vergangenheit, sie wollen sich nur deshalb in unsere Reihen einschleichen, um auch in Zukunft ihre ekelhafte Tätigkeit weiterführen zu können, die sie von ihrem Führer gelernt haben.
Durch Eure Hände sind Menschen gegangen, die bestraft gehören, z.B. die Angehörigen der ehemaligen Schutzpolizei, aber wie groß ist unser Erstaunen, wenn wir diese Verbrecher ohne "N" erblicken, indem sie mit amtlichen Bescheinigungen winken. ... Wir dürfen uns dadurch nicht verwirren lassen, daß jemand ein paar solcher Bescheinigungen mit wertlosen Unterschriften hat.
Ich schlage vor, jene festzuhalten, die bereitwillig solche Unterschriften gaben. Vielleicht erfahren wir dabei einige interessante Dinge. ...<<
Frankreich: Henri Petain (1856-1951, französischer Marschall und Politiker, Regierungschef der "Vichy-Regierung") wird am 15. August 1945 mit 14 zu 13 Richterstimmen als Kollaborateur zum Tod verurteilt. Aufgrund seines hohen Alters wird Petain jedoch später begnadigt (Festungshaft auf der Insel Yeu).
USA: Die japanische Kapitulation wird am 15. August 1945 angenommen. Der Zweite Weltkrieg ist damit beendet (Siegestag der Alliierten VJ-Day = Sieg über Japan).

Die Verluste des Zweiten Weltkrieges von 1939-1945

Die Bevölkerungsverluste des Zweiten Weltkrieges

Das erschütternde Ergebnis des Zweiten Weltkrieges waren Millionenverluste an Toten, Vermißten und Verletzten. Von 1939-45 forderte der Zweite Weltkrieg mehr als 51 Millionen Todesopfer und mehr als 35 Millionen verwundete Soldaten und verletzte Zivilisten. Von den ca. 110 Millionen Soldaten, die während des Zweiten Weltkrieges kämpften, starben über 28 Millionen im Kampf oder kamen in der Kriegsgefangenschaft um.

Die Kriegsverluste der deutschen Wehrmacht (einschließlich der in Gefangenschaft Gestorbenen) betrugen (x016/78-79, x041/152): rund 4.580.000 Tote (Deutsches Reich = 3.492.000, deutsche Ostgebiete = 656.000 und deutsche Siedlungsgebiete im Ausland = 432.000 tote Soldaten). Im Deutschen Reich zählte man 1,2 Millionen Kriegerwitwen (x053/135).

2.010.000 deutsche Soldaten und Zivilisten, die durch die "moderne Kriegsführung" verwundet oder dauernd kriegsbeschädigt wurden, waren mehrheitlich nicht mehr arbeitsfähig (x129/106).

Bevölkerungsverluste des Zweiten Weltkrieges

Land	**Verluste der Soldaten und Kriegsgefangenen**	**Verluste der jüdischen Bevölkerung 3)**	**Verluste der restlichen Zivilbevölkerung**	**Verluste, insgesamt**	
Deutsche Ostprovinzen	656.000	.	.	656.000	
Deutsche Siedlungsgebiete im Ausland	432.000	.	.	432.000	
Mittel- und Westdeutschland	3.492.000	170.000	500.000	4.162.000	
Deutsches Reich, insgesamt	**4.580.000**	**170.000**	**500.000**	**5.250.000**	1)
Sowjetunion	13.600.000	1.500.000	5.500.000	20.600.000	
Polen	320.000	2.800.000	2.900.000	6.020.000	2)
Jugoslawien	410.000	55.000	1.225.000	1.690.000	
Frankreich	340.000	90.000	380.000	810.000	
Ungarn	140.000	200.000	80.000	420.000	
Großbritannien	324.000	-	62.000	386.000	
Rumänien	178.000	425.000	.	603.000	
Österreich	250.000	40.000	42.000	332.000	
Italien	171.000	15.000	144.000	330.000	
Tschechoslowakei (CSR)	-	260.000	10.000	270.000	
Niederlande	12.000	90.000	108.000	210.000	
Griechenland	20.000	60.000	80.000	160.000	
Belgien	12.000	40.000	36.000	88.000	
Finnland	84.000	.	.	84.000	
Bulgarien	20.000	7.000	.	27.000	
Norwegen	9.000	1.000	.	10.000	
Luxemburg	-	3.000	.	3.000	
Dänemark	1.000	.	.	1.000	
Estland, Lettland und Litauen	.	222.000	.	222.000	
Europa, insgesamt	**20.471.000**	**5.978.000**	**11.067.000**	**37.516.000**	
USA	**259.000**	-	-	**259.000**	
Japan	**1.200.000**	-	**600.000**	**1.800.000**	
Ostasien	**6.400.000**	-	**5.400.000**	**11.800.000**	
Verluste, insgesamt	**28.330.000**	**5.978.000**	**17.067.000**	**51.375.000**	

Quellen: x016/78-79, x026/73-75, x033/621, x041/152, x061/482,496, x092/928.

1) Die reichs- und volksdeutschen Nachkriegsverluste sind in diesen Verlusten nicht enthalten. Nach offiziellen Angaben kommen in den Jahren 1939-45 im gesamten Deutschen Reich 441.500 (abzüglich 11.500 Luftkriegstote) deutsche Zivilisten durch Kriegseinwirkungen um (x016/78).

Nach Unterlagen des State Departments fordert allein der anglo-amerikanische Luftangriff gegen Dresden ca. 250.000 Todesopfer (x129/106).

2) Davon sind 4,2 Millionen Zivilisten aus Westpolen und 1,5 Millionen Zivilisten aus den von der UdSSR annektierten polnischen Ostgebieten (x041/152).

3) Zusammenstellung des "Instituts für jüdische Probleme", New York (x129/69).

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über das Ende des Zweiten Weltkrieges (x051/666): >>... (Zweiter Weltkrieg) ... Mit der deutschen (8.5.45) und der japanischen Kapitulation (2.9.45) endete ein Weltkrieg, in dem die Sowjetunion (etwa zehn bis 13 Millionen Soldaten und sieben Millionen Zivilisten) und in gewissem Abstand Polen (fünf bis sechs Millionen Kriegstote, davon rund drei Millionen Juden, d.h. insgesamt 20 % der Bevöl-

kerung) und Deutschland (3,8 Millionen Soldaten und 1,65 Millionen Zivilisten) den weitaus höchsten Blutzoll zu entrichten hatten.
Während die Niederlage 1918 nach dem Rückzug der USA in die machtpolitische Isolation und der Selbstisolierung der revolutionären Sowjetunion dem besiegten Deutschland in der Mitte Europas die staatliche Einheit und alle Möglichkeiten für einen Wiederaufstieg zur Großmacht innerhalb relativ kurzer Frist beließ, führte nach 1945 die schnelle Entfremdung zwischen den Siegermächten (17.7.-2.8.45 Potsdam) zur Teilung der Welt in zwei Machtblöcke und an der Nahtstelle dieser Blöcke in Mitteleuropa zur faktischen Auslöschung des deutschen Nationalstaates nur 75 Jahre nach seiner Etablierung durch Bismarck 1870/71.<<
Der deutsche Autor Martin Dodenhoeft schreibt später im Nachwort des Buches "Menschen wie wir ..." über die Aktion des Volksbundes Krieggräberfürsorge e.V. "Die Erinnerung darf nicht verlorengehen" (x170/234-235): >>Die Arbeit an diesem Buch war sehr schwer ... Dies betraf weniger die vielen Stunden in der Dienst- und Freizeit, die wir damit verbracht haben. Vielmehr ist es die "Begegnung" mit allen diesen Menschen, die so früh und tragisch sterben mußten, die für uns sehr bedrückend ist.
Die Erinnerungen und die Gefühle der Angehörigen und Freunde sind voller Trauer und Schmerz ... Jeder einzelne war eine besondere Persönlichkeit, in seiner Weise unersetzlich, ein wichtiger und wertvoller Mensch nicht nur für die engsten Angehörigen.
Der Tod durch den Krieg hinterläßt nicht nur Trauer, sondern auch Zorn – meistens nicht auf die Menschen, die ihn töteten, sondern auf die Verursacher des Krieges, das Schicksal und, wie wir so manches Mal lesen, auch auf Gott, der das Schreckliche geschehen ließ. ...
Die Berichte der Angehörigen und Freunde sind, wie sie selber schreiben, ... oft sehr lückenhaft. Wie kann man auch einen Menschen umfassend beschreiben, der doch den weitaus größten Teil seines Lebens noch vor sich hatte?
Auch Ehefrauen und Verlobte wissen häufig nicht viel zu berichten. Nach kurzem Kennenlernen eine schnelle Heirat, häufig eine Kriegstrauung; Wiedersehen danach nur, wenn überhaupt, in den wenigen kurzen Urlauben – das war kein Einzelfall. Nur über die Briefe gab es eine Kontaktmöglichkeit. Dennoch: Wie oft lesen wir, daß die Ehefrauen oder Verloben den Tod des Geliebten nie verwunden haben, auch wenn sie später einen anderen Mann fanden.
Viele Kinder haben ihre Väter nicht richtig kennenlernen können – sie waren sehr klein oder noch gar nicht geboren, als diese fielen. Besser hatten es die Geschwister und Jugendfreunde, die mit ihnen zusammen aufwachsen konnten ...
Am meisten haben sicher die Eltern gelitten, und sie hätten am meisten zu erzählen. Doch nur sehr wenige von ihnen sind noch am Leben. Ihre Gefühle, ihren Schmerz können sie uns nicht mehr mitteilen.
Doch dieser erschließt sich uns mittelbar: Wie oft lesen wir in den Berichten der Geschwister von der unstillbaren Trauer der Eltern, in den Berichten der Kinder vom Schmerz der Großeltern, von deren frühem Tod aus Kummer über den Verlust ihrer Söhne! Doch am bedrückendsten sind für mich die Aussagen der Kinder, die ihren Vater oder ihre Mutter verloren, als sie ganz klein waren, und die bis heute unter diesem Verlust leiden. Manche entdecken den verdrängten Schmerz erst heute, wo sie selbst schon fast die 60 Jahre erreicht oder überschritten haben. Die Opfer sind unvergessen ...
In manchen Berichten ist die Rede von übersinnlichen Erfahrungen, von schrecklichen Gefühlen, Erlebnissen, Alpträumen genau zum Zeitpunkt des Todes eines geliebten Menschen. Können wir es einfach abtun als Phantasien? Oder gibt es vielleicht zwischen Himmel und Erde mehr, als wir mit unserem normalen Menschenverstand erklären können? Auch die Todesahnungen der Soldaten, ihre Gewißheit, nicht mehr nach Hause zurückzukehren, gehören in dieses Kapitel. Sie wurden oftmals geäußert in Briefen und im letzten der seltenen Heimaturlaube. Sie haben verständlicherweise bei den Angehörigen einschneidende Erinnerungen

hinterlassen. ...<<
Emil W. berichtet später über seine Besuche des Soldatenfriedhofes bei Sprengen in der Gemeinde Schwalbach/Saarland (x292/165-167): >>... Immer mal wieder, auch im Winter, wenn Schnee die sonst immergrüne Pflanzendecke auf den Gräbern wie mit einem Leichtuch bedeckt, suche ich gern diese Insel der Stille auf, denn fern von dem Verkehrslärm findet man dort die Ruhe und Zeit zur Besinnung. Den Namen der Toten lesend gehe ich langsam an der schier endlosen Zahl der Gräber vorbei; in Gedanken bei den Toten, im Gedenken an meinen unvergessenen Bruder, der, gerade mal 23 Jahre alt geworden, vermutlich kurz vor Kriegsende irgendwo in Ostpreußen noch einen sinnlosen Tod sterben mußte.
Nie haben wir erfahren, wie er sein Leben verlor. Ob er zusammen mit seinen Kameraden in einem Panzer verbrannte oder, von einer tödlichen Kugel oder Granate getroffen, ohne zu leiden rasch dahingerafft wurde; wir wissen es nicht. Vielleicht aber mußte er, nach einer schweren Verwundung verblutend, einen qualvollen Tod erleiden oder er ist in russische Gefangenschaft geraten, auf einen endlosen Transport gen Osten an Erschöpfung gestorben oder erfroren und irgendwo in den Weiten Rußlands neben einem Bahndamm würde- und namenlos verscharrt worden. Fragen über Fragen, die wohl nie beantwortet werden.
Für seine Familien, vor allem für unsere Eltern, waren diese quälende Ungewißheit, das vergebliche Warten auf eine Nachricht von ihm und nach dem Erlöschen der Hoffnung auf seine Heimkehr ein bitteres, schwer zu ertragendes Leid. Sie teilten es mit den Familien der über eine Million immer noch Vermißten, für deren Angehörige es nirgends ein Grab oder wenigstens einen Ort gibt, wo sie sich ihren unvergessenen Lieben im Geiste nahe fühlen können und die quälenden Fragen verstummen.
Fast alle in Sprengen liegenden Soldaten fielen wie mein Bruder in der Endphase des Krieges. Zu einer Zeit also, als den meisten Menschen dessen völlige Sinn- und Ausweglosigkeit längst bewußt geworden war und in vielen bereits die Hoffnung keimte, den mörderischen Krieg doch noch zu überleben und heimzukehren. Wie bitter mag es für sie gewesen sein? Gewiß nicht wie es bei Horaz heißt, "süß und ehrenvoll", so kurz vor dem bereits absehbaren Ende des Dritten Reiches für eine längst verlorene Sache geopfert zu werden.
Unter ihnen sind viele ganz junge Männer, Knaben noch, die, aus der Schule oder Lehre herausgerissen, als letztes Aufgebot eines verbrecherischen Regimes unzureichend ausgebildet an die Front geworfen wurden, um dort an der Seite vergleichsweise alter, zum Teil schon vor der Jahrhundertwende geborener Teilnehmer des Ersten Weltkrieges noch sinnlos verheizt zu werden.
Noch immer mischt sich bei diesen Gedanken in die Trauer um die Gefallenen bitterer Zorn. Nicht auf diejenigen, die sie im Kampf töteten, denn auch sie wurden dessen Opfer; nein, Zorn auf jene, die den Krieg vom Zaune brachen und ihn noch rücksichtsloser fortsetzten, als er schon längst verloren war und die Zahl der Opfer ins Unermeßliche stieg. Verbirgt sich doch hinter jedem der vielen Namen das Schicksal eines Menschen, der auf seine Weise für andere unersetzlich wichtig und wertvoll war, sowie nicht zuletzt das Leid derer, die vergeblich auf seine Heimkehr warteten.
Angesichts der vielen Gräber fragt man sich, wofür eigentlich die vielen jungen Männer sterben mußten. Man kann dann nur ahnen, wie viele Hoffnungen mit ihnen ins Grab sanken, wie viele Lebensplanungen grausam zerstört wurden, wie viele Kinder ihre Väter niemals kennenlernten.
Von dem Leid der Angehörigen künden auch heute noch deren Eintragungen im Besucherbuch. Auch noch nach sechs Jahrzehnten spricht aus ihnen die Sehnsucht nach Frieden, vor allem aber der Schmerz über den Verlust eines geliebten Menschen, der um sein Leben betrogen wurde.
Doch mit dem verrinnen der Zeit werden die Besuche immer seltener werden und irgendwann,

wenn die letzten Angehörigen und Zeitzeugen nicht mehr sind, ganz ausbleiben. Die Kreuze auf den Gräbern ihrer Toten werden dann immer noch da sein; als sichtbare und immerwährende Mahnung an die Lebenden, den Frieden zu wahren, damit sich eine solche Menschheitskatastrophe nie mehr wiederholt.
Nur wenn die Menschen bereit sind, diese Lektion der Geschichte zu akzeptieren und aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen, ist das Opfer der vielen Kriegstoten, doch nicht völlig umsonst gewesen. ...<<

Sowjetische Bevölkerungsverluste

In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-45") wurden sowjetische Verluste in Höhe von 20 Millionen Menschen angegeben (x047/318). Bei den bisherigen historischen Auswertungen (Bevölkerungsstatistiken, wissenschaftliche Berechnungen etc.) prüften die sowjetischen Statistiker bisher anscheinend noch nicht, wie viele dieser sowjetischen Todesopfer eigentlich Stalins internen "politischen Säuberungen" und Racheaktionen (sog. "Volksverräter") zugeordnet werden müssen.
Die sog. "offiziellen Verluste" der UdSSR des Zweiten Weltkrieges enthalten mit großer Wahrscheinlichkeit viele Todesopfer, die während oder nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch Stalinisten getötet wurden. In diesen "Kriegsverlusten" sind vermutlich auch die Deportationsverluste der Rußlanddeutschen, Ukrainer, Esten, Letten, Litauer, Kaukasier, Kalmücken und Krim-Tataren enthalten (x025/259).
Nach dem Kriegsende verschleppten die Sowjets insgesamt rd. 5,5 Millionen ehemalige Staatsbürger der UdSSR (Kriegsgefangene, Fremdarbeiter, volksdeutsche Flüchtlinge, Antikommunisten, Emigranten, Kosaken, Soldaten der Wlassow-Armee) nach Sibirien. Allein in den westdeutschen Besatzungszonen lieferten die nordamerikanischen und britischen Besatzungstruppen nach dem Kriegsende ca. 2,27 Millionen ehemalige Sowjetbürger gegen ihren Willen an die UdSSR aus. Da die Ausgelieferten wußten, welches Schicksal sie erwartete, mußte man sie meistens mit brutaler Gewalt an die Sowjets übergeben (x026/21).
Die offizielle sowjetische Geschichtsschreibung ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-45", herausgegeben vom ZK der KPdSU, Moskau 1963, Bd. V.), berichtet später über die Verluste des Zweiten Weltkrieges (x047/318): >>... Der Zweite Weltkrieg war der verheerendste und blutigste aller Kriege. Er forderte über 50 Millionen Tote. In allen kriegsführenden Ländern wurden materielle Werte von mehr als 316 Mrd. Dollar vernichtet.
Die Sowjetunion hatte die Hauptlast des Krieges zu tragen. Sie verlor 20 Millionen Menschen, 1.710 Städte, 70.000 Dörfer und 32.000 Industriebetriebe wurden zerstört. Damit erbrachte sie die schwersten Opfer. Sie spielte bei der Zerschlagung des deutschen Faschismus und japanischen Militarismus die Hauptrolle. ... Von den sowjetischen Streitkräften wurden 607 Divisionen und von den Alliierten 176 Divisionen der Länder des faschistischen Blockes zerschlagen oder gefangengenommen. Deutschland verlor an der sowjetisch-deutschen Front 10 Millionen Mann (Gesamtverluste – 13,6 Millionen Mann) und 75 % der Kampftechnik und Waffen. ...<<
Der britische Historiker Nikolai Tolstoy schrieb später in seinem Buch "Stalin's Secret War", daß Stalins Terror gegen die eigene Bevölkerung (Systemgegner, sowjetische Nationalitäten und andere Minderheiten) ungezählte Opfer forderte. Mehr als 50 % aller Zivilisten, die in den Jahren 1941-45 in der UdSSR umkamen, sollen Opfer der stalinistischen Verfolgungs- und Umsiedlungsaktionen geworden sein (x025/113).
Nach systematischer Analyse der 20 Millionen "Kriegsopfer" der Sowjetunion kommt Nikolai Tolstoy später zu folgendem Ergebnis (x026/22): >>Es ist offenkundig, daß die Todesfälle, die den Deutschen unmittelbar zuzuschreiben sind, nur ein Drittel, höchstens die Hälfte der

sowjetischen Gesamtverluste an Menschenleben in den Jahren 1939-1945 ausmachen. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die sowjetischen Bevölkerungsverluste (x025/113): >>... Die große Leidensfähigkeit des russischen Volkes war schon durch Lenins Terrorregime auf eine harte Probe gestellt worden. Diese Zeit liegt zwar heute weit zurück, aber gerade darum sollte man mit Solschenizyn immer wieder daran erinnern, daß noch zu Lebzeiten Lenins so viele Unschuldige umgebracht wurden wie später in Hitlers Machtbereich (daß diese Tatsache nicht den Nationalsozialismus entlastet, sondern den Kommunismus belastet, bedarf keiner Betonung).
Weitere Millionen starben unter Stalin in Lagern, bei Deportationen, bei Säuberungen in Partei und Armee und im Zusammenhang mit der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft. Churchill gegenüber gestand Stalin am 16.8.1942, daß allein die Kollektivierung 10 Millionen Menschenleben gekostet habe.
Zum 50. Jahrestag der sowjetischen Oktoberrevolution von 1917 veröffentlichten französische und belgische Wissenschaftler Erhebungen, die mit den Ergebnissen des Internationalen Roten Kreuzes übereinstimmten. Danach forderte die Sowjetherrschaft bis dahin rund 49 Millionen Menschenleben. Nicht in diesen Zahlen enthalten sind die Opfer der frühen Kriege gegen Finnen, Balten, Polen usw. und die Opfer des Zweiten Weltkriegs. Mindestens 12 Millionen dürften 1945 in Lagern gelebt haben.
Ungeahnte Höhepunkte erreichte der sowjetische Terror gegen die eigene Bevölkerung, den Nikolai Tolstoi als Stalins geheimen Krieg bezeichnet hat, während des 2. Weltkriegs. Man nimmt an, daß über die Hälfte derer, die in der Sowjetunion zwischen 1941 und 1945 ums Leben kamen, Opfer des kommunistischen Terrors gegen Systemgegner, Verdächtige, nichtrussische Nationalitäten usw. wurde.
Der Anglorusse N. Tolstoy hat in seinem Buch "Stalin's Secret War" den unbeschreiblichen Leiden der Menschen in der Sowjetunion unter den Massenmördern Hitler und Stalin ein würdiges Denkmal gesetzt.<<

Polnische Bevölkerungsverluste

Im amtlichen statistischen Jahrbuch von 1956 gab Polen die Bevölkerungsverluste des Zweiten Weltkrieges mit mehr als 6,0 Millionen an (x025/176). Die polnischen Verluste wurden damals wahrscheinlich nicht ausreichend wissenschaftlich aufgearbeitet. Bei den bisherigen historischen Untersuchungen prüften die polnischen Statistiker allem Anschein nach nicht, wie viele polnische Staatsbürger z.B. der sowjetischen "Befreiungsmission" und den eigenen internen "politischen Säuberungen" und Racheaktionen (sog. "Volksverräter") zum Opfer fielen.
Die polnischen Bevölkerungsverluste von mehr als 6,0 Millionen enthalten vermutlich auch:
Ca. 2.800.000 ermordete polnische Juden (x061/482, 033/621).
Ca. 1.222.000 "verschollene Reichs- und Volksdeutsche", die in den deutschen Ostgebieten (ohne Ostpreußen und Memelland) und in den polnischen Siedlungsgebieten umkamen (x016/79).
Ca. 750.000 bis 760.000 Volkspolen, die während der sowjetischen Besatzung starben (x025/177, x264/20).
Ca. 320.000 gefallene polnische Soldaten und Partisanen (x041/152).
Ca. 166.000 zivile Todesopfer des Warschauer Aufstandes (x051/620).
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die polnischen Bevölkerungsverluste (x025/174-177): >>... Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die furchtbaren Verluste der Juden im ehemaligen Großpolen dazu benutzt, um den "Blutzoll des polnischen Volkes" möglichst hoch erscheinen zu lassen – z.T. von den gleichen Nationalisten, die sich 1938 für eine Entfernung der "deutschen Juden" aus Polen eingesetzt hatten.
Wie schrieb schon 1929 Felix Deutsch: "Gegenüber den Juden zieht man gewöhnlich einen

scharfen Trennungsstrich. Wenn aber einer berühmt geworden ist, beispielsweise der Mediziner Remak oder Madame Curie, erkennt man sie flugs als Polen an." ...
Kein Wunder, daß sich – außer polnischen KP-Propagandisten – nur wenige Statistikexperten genauer mit der Frage befassen, wieviele Polen denn nun wirklich durch die Nazis umgebracht wurden; meist begnügt man sich mit einem pauschalen Hinweis, daß während des Krieges zwischen 4 und 5 Millionen polnischer Staatsangehöriger in Ost und West umgekommen sind.
Die polnische Regierung gibt sogar 6 Millionen an und erweckt dabei gern den Eindruck, es handle sich ausschließlich um NS-Opfer. Die Gründe dieser Taktik liegen auf der Hand; einerseits möchte man die "brüderliche Sowjetunion" nicht mit der Millionenzahl der Opfer des Stalinismus in Ostpolen belasten, andererseits aber auch die eigene Position bei polnisch-deutschen Verhandlungen stärken. – Eine Statistik auf der Grundlage der Staatsangehörigkeit und nicht der Nationalität ist wenig aussagekräftig, weil man dabei polnische und deutsche, ukrainische und jüdische, weißrussische und litauische Opfer ebensowenig unterscheiden kann wie die deutschen, russischen, polnischen und ukrainischen Täter.
Der Vollständigkeit halber sei jedoch erwähnt, daß nach neueren wissenschaftlichen Untersuchungen die gesamten Kriegsverluste an polnischen Staatsbürgern (also Polen und nichtpolnische Minderheiten) in Ost und West vermutlich bei maximal 4 Millionen, im kongreßpolnischen Gebiet (von der UdSSR 1939 annektierte Gebiete) unter 2,35 Millionen liegen dürften. Da diese Forschungen noch nicht abgeschlossen sind, kann man durchaus weitere Präzisierungen erwarten. ...
Es geht bei der Untersuchung der deutsch-polnischen Beziehungen also zunächst darum, einerseits die Verluste der nichtpolnischen Nationalitäten und Minoritäten im polnischen Staats- und Verwaltungsbereich zu eliminieren und andererseits die Verluste durch Gewalttaten der Sowjets, Ukrainer und der Polen selbst. Tut man dies nicht, so geraten alle Statistiken heillos durcheinander; aus einem von Polen 1939 oder 1944/45 erschlagenen Volksdeutschen würde ein polnisches NS-Opfer, und ein ermordeter Jude jiddisch-deutscher Muttersprache aus dem ukrainischen Lemberg (vormals Ostpolen) z.B. erschiene in den polnischen, jüdischen und russischen Verlustrechnungen zugleich und würde sich gleichsam verdreifachen.
Wohl die gründlichsten wissenschaftlichen Analysen des Problems stammen von Albin Eissner (Alfred Bohmann) und Alfred Schickel. Sie errechnen unter Berücksichtigung amerikanischer Forschungsergebnisse rund 570.000 Menschen polnischer Abstammung, die entweder 1939 im Krieg und später bei Partisanenkämpfen gegen deutsche Truppen gefallen sind oder durch die Nazis ermordet wurden.
(Von der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone Polens starben mindestens 750.000 Volkspolen, die meisten davon bei Deportationen.)
Per Saldo bleibt festzuhalten, daß die Propaganda der polnischen Kommunisten – ähnlich wie die der deutschen Nationalsozialisten nach dem Bromberger Blutsonntag – die durch das Nachbarland erlittenen Verluste ihrer Landsleute mit dem Zehnfachen der wirklichen Größenordnung angibt.
"Historiker in einem totalitären Staat sind mächtiger als der liebe Gott: sie können sogar die Vergangenheit ändern" (Salvador de Madariaga). ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die Bevölkerungsverluste nach dem sowjetischen Einmarsch in Ostpolen (x046/158): >>... Von 250.000 polnischen Kriegsgefangenen sind 148.000, von 1,6 bis 1,8 Millionen deportierten polnischen Zivilpersonen 600.000 in der Sowjetunion zugrundegegangen, und von 600.000 in die Sowjetunion deportierten polnischen Juden verschwanden 450.000 spurlos.<<

Deutsche Bevölkerungsverluste

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet später (am 8. November 2003) über die

deutschen militärischen Verluste (x887/...): >>**Zweiter Weltkrieg: "... ein Geheimnis bleibt der Tod"**

Die deutschen militärischen Verluste betrugen 5.318.000 Gefallene

Es wird viele Leser überraschen, daß bis vor kurzem eigentlich nicht bekannt war, wie viele deutsche Soldaten während des Zweiten Weltkrieges den Tod gefunden haben. In der Literatur wurden ganz unterschiedliche Angaben gemacht; am häufigsten fand man eine Zahl von drei bis fünf Millionen toter Soldaten, die im Kampf gefallen, in Gefangenschaft umgekommen oder verschollen sind.

Jetzt liegt eine wissenschaftliche Erhebung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes vor, die den Anspruch erhebt, realistische Zahlen über die deutschen militärischen Verluste im Zweiten Weltkrieg zu liefern. …

Sie besagt, daß die deutschen militärischen Verluste höher waren als bisher angenommen. Overmans, der in einem umfangreichen Buch unter dem Titel "Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg" seine Arbeit und deren Ergebnisse vorstellt, kommt zu dem Schluß, daß im Zweiten Weltkrieg 5.318.000 Soldaten der Deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS gefallen sind. Eingeschlossen sind die in den Reihen der deutschen Truppen kämpfenden Volksdeutschen aus Ost- und Südosteuropa, Elsaß-Lothringen und Luxemburg sowie aus Südtirol.

Nicht ermittelt werden konnten die Verluste der Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS, die als Ausländer freiwillig gegen den Bolschewismus kämpften, weil die "Wehrmachtsauskunftsstelle", die einen großen Teil der Unterlagen beisteuerte, für die Anzeige dieser Sterbefälle nicht zuständig war.

Hans Werner Neulen, der Standardwerke über die ausländischen Freiwilligen verfaßt hat, schätzt die Verluste der ausländischen Waffen-SS-Einheiten auf 50.000. Bei ihm fehlen aber ebenfalls die Verluste der etwa eine Million Sowjetbürger, die auf deutscher Seite kämpften. Die Unterlagen über die Ostfreiwilligen verbrannten im Juli 1948 unter ungeklärten Umständen.

Die sowjetischen Sieger erzwangen außerdem die Herausgabe der Erkennungsmarkenverzeichnisse der fremdländischen Einheiten innerhalb der Deutschen Wehrmacht. Auch die Unterlagen über die in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten der slawischen Staaten wurden von der Sowjetunion geraubt und in die UdSSR gebracht. Angeblich sollen sie in Podolsk in 377 Kisten mit Unterlagen lagern. …

Es … mußten unendliche Schwierigkeiten überwunden werden, um die Unterlagen der für die Erfassung der Verluste zuständigen Institutionen vor Chaos und vor dem Zugriff der Sieger zu sichern. Wie gefährdet sie waren, mag daraus hervorgehen, daß amerikanische Truppen die umfangreichen Nachlässe Gefallener, die nicht sofort den Angehörigen hatten zugestellt werden können und die daher zeitweise bei den von Berlin nach Thüringen ausgelagerten deutschen Dienststellen aufbewahrt wurden, nach der Besetzung Thüringens plünderten. Und was die amerikanischen Soldaten nicht stahlen, daß raubten die Sowjets, die nach den US-Streitkräften in das grüne Herz Deutschlands einrückten.

Allerdings konnten die verbleibenden deutschen Betreuer der Wehrmachtsauskunftsstelle im Juli 1945 auf 275 LKW insgesamt 531 Tonnen Akten - das waren 40 Prozent des gesamten Bestandes - in die Gegend von Kassel retten. Ein Jahr später wurden sie wieder nach Berlin transportiert, um Teil des amerikanischen Document Centers zu werden. Im selben Jahr 1946 aber ordnete die amerikanische Besatzungsmacht völkerrechtswidrig die Verbrennung aller Unterlagen an. Ein für die Unterlagen verantwortlicher US-Offizier aber wandte sich hilfesuchend an die ebenfalls in Berlin residierenden französischen Besatzungstruppen.

Die Franzosen waren vor allem an den Unterlagen über Elsaß-Lothringer in der Wehrmacht interessiert. Daher waren sie bereit, die gesamten Unterlagen der Wehrmachtsauskunftsstelle

zu übernehmen, wodurch sie vor amerikanischer Vernichtung gerettet wurden.
Zwar begannen sich die Verhältnisse allmählich zu normalisieren, doch konnte nicht verhindert werden, daß im Juli 1948 bei einem ominösen Brand in der Deutschen Dienststelle ein Teil der Akten vernichtet wurde, darunter bezeichnenderweise nicht nur die Unterlagen über die Ost-Freiwilligen, sondern auch die Friedhofslisten der von den US-Truppen unter unmenschlichen Bedingungen auf den Rheinwiesen eingerichteten riesigen Gefangenenlager, in denen Zigtausende deutscher Kriegsgefangener elendiglich umgekommen waren.
Den britischen Besatzungstruppen fielen die Unterlagen der Marine-Personal-Dokumentations-Zentrale in die Hände, die sie ebenfalls vernichten wollten. Auch hier rettete derselbe französische Offizier die Unterlagen, der schon 1946 die amerikanische Vernichtungsabsicht vereitelt hatte.
1951 wurden die verschiedenen Dienststellen, die über Unterlagen zu den Soldaten verfügten, zur "Deutschen Dienststelle" vereinigt. …
Ein besonders trauriges Kapitel für die Erfassung deutscher Gefallener stellt die entsprechende Arbeit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR dar. Seit 1960 wurden in der DDR keine deutschen Gefallenen mehr geborgen und bestattet. Kriegsgräber, seien es Einzelgräber oder Kriegsgräberfriedhöfe, wurden von den zuständigen kommunistischen Stellen auf Berliner Weisung hin an vielen Orten eingeebnet. Immerhin ließ die DDR in den 70er Jahren die noch vorhandenen Kriegsgräber registrieren.
Zur Zeit sind noch etwa 200.000 Gefallene im Oderbruch nicht geborgen. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist seit der Wende intensiv mit den Bergungsarbeiten beschäftigt. Man hofft, daß etwa die Hälfte der überall im Gelände verscharrten deutschen Gefallenen noch identifiziert werden kann.
Nach der Wende entdeckte man in der DDR Gräberkarteien der bis 1945 erstatteten Kriegssterbefälle und die Unterlagen der Wehrmachtsgräberoffiziere, die von der Sowjetunion erbeutet und verschlossen worden waren. Auch im Militärarchiv der DDR wurden umfangreiche Unterlagen über deutsche Soldaten gefunden, die immer noch ausgewertet werden. …
Damals fielen 5.318.000 Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS (ohne Ausländer). Damit ist im Deutschen Reich jede 8. männliche Person gefallen. Besonders groß waren die Verluste der Jahrgänge 1920 (hier fielen 41,1 Prozent), 1924 (38 Prozent), 1914 (36,7 Prozent). Zu den Gefallenen zählen auch die in der Kriegsgefangenschaft zu Tode gekommenen Soldaten. 28 Prozent aller Wehrmachtssoldaten fielen, von der Waffen-SS aber waren es 34 Prozent, was sicherlich darauf zurückzuführen ist, daß deren Truppenteile häufig als "Feuerwehr" an Brennpunkten eingesetzt wurden und daß die Soldaten der Waffen-SS besonders intensiv kämpften.
Allein an der Ostfront starben 2,7 Millionen Soldaten; rechnet man die Verluste im Endkampf in Ostdeutschland hinzu, sowie die deutschen Kriegsgefangenen, die in der UdSSR ums Leben kamen, betrugen die Opfer im Osten sogar vier Millionen. Overmans bestätigt übrigens, daß von den deutschen Soldaten, die vom Beginn bis zum Frühjahr 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerieten, 95 Prozent umgekommen sind, und das heißt in den meisten Fällen, daß sie ermordet wurden. Während im Ersten Weltkrieg 1,8 Millionen deutsche Soldaten fielen (14 Prozent aller Soldaten), mußten im Zweiten Weltkrieg 5,3 Millionen deutsche Soldaten ihr Leben lassen, das waren 28 Prozent aller Soldaten. …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 9. August 2008) über die deutschen Kriegs- und Nachkriegsverluste des Zweiten Weltkrieges (x887/...):
>>**Klassiker aktualisiert**
Opferzahlen und mehr
Heinz Nawratil, bayrischer Notar sudetendeutscher Herkunft, sehr erfolgreicher Autor juristischer Taschenbücher, setzt sich seit fast 30 Jahren vehement für Wahrheit und Gerechtigkeit

in der deutschen Geschichte ein, indem er die Tatsachen über die Verbrechen an Deutschen dokumentiert ("Schwarzbuch der Vertreibung", 14. Auflage 2007) und den "Kult mit der Schuld" ad absurdum führt. Dabei will er als Jurist naturgemäß nicht aufrechnen, aber Geschehenes gerecht einordnen, wie es bei jedem ordnungsgemäßen Gerichtsverfahren geschehen muß.
"Die deutschen Nachkriegsverluste", erstmals 1986 erschienen, hat er völlig überarbeitet und um neuere Erkenntnisse erweitert. Damit liegt jetzt eine umfassende, nachvollziehbare Dokumentation dieses grauenvollen Kapitels der Weltkriegsgeschichte vor. …
… Es gelingt ihm in aller Knappheit, unterstützt durch Dokumente und Bilder, die unermeßlichen Leiden spürbar zu machen, die hinter jeder Zahl stehen. Die sachliche Darstellung ist bar anklagender Zusätze.
Der Leser erkennt selbst: Die Opfer sind nicht nur einfach Getötete, sondern fast immer direkt oder indirekt bestialisch zu Tode Gequälte: unter sowjetischer, polnischer, tschechoslowakischer und jugoslawischer Herrschaft mehr handgreiflich, unter angloamerikanischer und französischer Herrschaft mehr, auch an Umfang, durch Versagen des Lebensnotwendigen.
Nawratil zählt 8,8 Millionen Nachkriegstote, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. Zum Vergleich stellt er daneben: Krieg und Diktatur verursachten in Millionen 5,1 Opfer, davon etwa 4,25 Militärverluste, etwa 0,6 Bombenopfer, 0,17 deutsche Juden, 0,125 sonstige KZ-Opfer und 0,1 Euthanasieopfer.
Die Dokumentation ist so klar und kompakt, daß jeder Interessierte sich ohne nennenswerten Aufwand ein Bild der Greuel machen kann und Beschönigen sich nicht mehr mit unschuldiger Unwissenheit entschuldigen läßt.
Solch eine Entschuldigung gilt tatsächlich allerdings schon lange nicht mehr, denn das Grundlegende über die Vertreibungen war spätestens 1960, über die Kriegsgefangenen 1974 amtlich veröffentlicht, wie das Buch ausweist.
Daß ein Bundespräsident dennoch 1985 den 8. Mai 1945 als "Tag der Befreiung" deklarierte, kann man nur zynisch gegenüber den Opfern und beschämend würdelos nennen. ...<<

Der NS-Massenmord an den europäischen Juden

Die "bürokratische, industrialisierte" NS-Tötungsmaschinerie arbeitete während des Zweiten Weltkrieges unter strengster Geheimhaltung und vernichtete kaltblütig und "rationell" Millionen von wehrlosen Menschen. Wie viele Juden durch die SS-Organisationen ermordet wurden, konnte man nie genau ermitteln.
SS-Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner soll nach seiner Verhaftung die Gesamtzahl von 5 Millionen ermordeten Juden genannt haben (x090/287).
Der Nürnberger Gerichtshof unterstellte im Jahre 1946, daß etwa 5,7 Millionen europäische Juden ermordet wurden.
Das "Institut für jüdische Probleme" in New York ermittelte im Jahre 1957 eine Gesamtzahl von 5.978.000 ermordeten Juden (x129/69).
Der englische Historiker Gerald R. Reitlinger (1900-1975) berichtete im Jahre 1960 in seinem Buch "Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945" von 4.194.000 bis 4.581.000 jüdischen Opfern (x025/246).
Der nordamerikanische Historiker Raul Hilberg (1926-2007, "The Destruction of the European Jews"; 1961, 1971) berichtete von 5,1 Millionen Opfern des NS-Völkermordes (x025/246).
Gemäß Hilberg wurden etwa 1,5 Millionen jüdische Mordopfer durch mobile SD- und SS-Einsatzgruppen liquidiert, annähernd 3,0 Mio Juden ermordete man in den 6 Vernichtungslagern, während die übrigen Opfer durch Hunger, Kälte und Seuchen in den Gettos und Kon-

zentrationslagern oder im Verlauf der katastrophalen Todesmärsche und Räumungstransporte umkamen (x042/11).
Der deutsche Historiker Andreas Hillgruber (1925-1989) berichtete im Jahre 1981 von insgesamt 4,2 bis 5,7 Millionen ermordeten europäischen Juden (x041/118).
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb im Jahre 1985 über die Opfer der "Endlösung" (x051/153): >>... (Endlösung) ... Die genaue Anzahl der im Rahmen der Endlösung ums Leben gekommenen Juden läßt sich nicht feststellen. Aus erhalten gebliebenen Berichten über Tötungsaktionen der Einsatzgruppen und anderer Einheiten, Transportlisten in die Vernichtungslager, Statistiken über die bei Beginn der Aktionen in den Gebieten lebenden Juden in Verbindung mit Rückmeldungen nach dem Kriege u.a. ist davon auszugehen, daß rd. 5 Millionen Juden ermordet worden oder infolge der Lebensverhältnisse in den Lagern verstorben sind.
Wie viele von ihnen hätten gerettet werden können, wenn die Alliierten zu systematischen Bombardierungen der Zufahrtswege, insbesondere nach Auschwitz, übergegangen wären, ist neuerdings - zuweilen aus untauglichen Gründen der Zuweisung von Mitschuld - viel erörtert worden. Eine Antwort ist nicht möglich. Die Alliierten handelten nach Roosevelts Devise, daß allen Verfolgten am besten geholfen würde durch Konzentration aller Mittel auf eine Beschleunigung des Sieges über Hitler.<<
"DAS NEUE DUDEN LEXIKON" berichtete im Jahre 1989 von 5-6 Millionen jüdischen Mordopfern (x017/1.921).
Der "dtv-Atlas", Band II berichtete im Jahre 1991 von mindestens 5,29 Millionen getöteten europäischen Juden (x061/483).
Der französische Historiker Stéphane Courtois berichtete im Jahre 1997 über die historische Ermittlung von Opferzahlen (x087/236-237): >>... Selbst wenn es sich nur um annähernde Zahlen handelt, der Rückgriff auf Opferzahlen ist sehr wohl legitim, ja sogar unverzichtbar. Ferner möchte ich daran erinnern, daß auch bei den historischen Studien zur Shoa das Zählen der Opfer lange Zeit eines der Hauptanliegen der Historiker war. Erst seitdem sich die Spezialisten auf eine Richtzahl von ungefähr 5,1 Millionen Toten geeinigt haben, steht die Frage nach den Opferzahlen in der Shoa-Forschung nicht mehr im Vordergrund.<<
"DER BROCKHAUS" berichtete im Jahre 2006 von etwa 6 Millionen jüdischen Opfern (x251/149).
Die jüdischen Historiker der Forschungs- und Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem gehen von 6,0 Millionen jüdischen Mordopfern aus. Diese Zahl wird auch regelmäßig von israelischen Regierungsvertretern zitiert (x025/246).

Kollektivschuld oder historische Mitverantwortung?

Angesichts der unfaßbaren Menschenverluste und äußerst grausamen Durchführung zählt die Ermordung der europäischen Juden zweifelsohne zu den dunkelsten Kapiteln der bisherigen Menschheitsgeschichte. Ungeachtet der historischen Mitverantwortung darf man jedoch nicht vergessen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes (im Gegensatz zu manchen osteuropäischen Nachbarn) in der jahrhundertealten deutsch-jüdischen Geschichte kein Feind des jüdischen Volkes war, sondern daß ausschließlich Mitglieder der verbrecherischen NS-Organisationen die Judenvernichtung durchführten.
Der deutsche Historiker Karl Dietrich Bracher schreibt später über die historische Schuld der Deutschen (x243/75): >>... Der Nationalsozialismus war wie Hitler ein direktes Produkt des Ersten Weltkrieges, aber er gewann sein Wesen und seine Wirkung aus jenen Grundproblemen der neueren deutschen Geschichte, die den Leidensweg der demokratischen Bewegung bestimmt haben. Dazu gehören:
die Schwäche demokratischer Tradition und die machtvolle Fortdauer obrigkeitlicher Staats- und Gesellschaftsstrukturen vor und nach 1848;

die aus der späten ... unvollständigen Verwirklichung eines deutschen Nationalstaates rührende Anfälligkeit für nationalistisch-imperialistische Ideologien;
die Problematik einer unerwarteten Niederlage mit dem Resultat der Dolchstoßlegende und des allgemeinen Protestes gegen den Frieden von Versailles;
die Dauerkrise der von der Bevölkerungsmehrheit nie voll akzeptierten Republik;
speziell dann die sprengende Wirkung, die die Weltwirtschaftskrise auf diesen hochindustrialisierten, sozial und konfessionell zerspalteten, ... belasteten Staat ausübte;
... die Furcht des Kleinbürgertums vor einem Absinken ins Proletariat, die Furcht vor dem Kommunismus, die sich mit ... der Panik einer vom Industriezeitalter bedrohten Agrarbevölkerung verband; zuerst in Bayern, ... Schleswig-Holstein und Niedersachsen hat der Nationalsozialismus dann auch seine größten Wahlerfolge erzielt.
Zu den besonderen Voraussetzungen gehört freilich auch die entscheidende Rolle, die der spektakuläre Aufstieg und die pseudoreligiöse Verherrlichung eines "Führers" gespielt haben. ... Adolf Hitler repräsentierte ... den deklassierten Kleinbürger, der mit Kriegsbegeisterung und politischem Radikalismus seine Minderwertigkeitsgefühle zu kompensieren suchte. ...
Neben dem Führerkult, der im autoritären Ordnungsbedürfnis weiter Schichten Widerhall fand, wurde der vom Religiösen ins ... Biologische übersetzte Antisemitismus früh zum ... Orientierungspunkt Hitlers und seiner Bewegung; er konnte zu jener absoluten Feindvorstellung ausgebaut werden, deren jede totalitäre Bewegung zur Lenkung ... der von ihr mobilisierten Aggressivität bedarf. Zentrales Prinzip der nationalsozialistischen Ideologie war das sozialdarwinistisch formulierte Recht des Stärkeren. ... Sein letztes Ziel war die unbegrenzte Macht durch Unterdrückung nach innen und Expansion nach außen. ...<<
Prof. Hans Rothfels (1891-1976, deutsch-amerikanischer Historiker) schreibt später über den vermeintlich ausgeprägten Antisemitismus der deutschen Bevölkerung (x025/143-144): >>Daß Antisemitismus zum Urbestand der nationalsozialistischen Bewegung gehörte – auf der Grundlage einer tendenziösen Rassentheorie, aber auch in Verbindung mit Antikapitalismus oder Antikommunismus -, daß er auf breite Schichten eine starke Anziehungskraft hatte und Gelegenheit zu schlimmsten Exzessen wie auch widerlicher Bereicherung bot, braucht nicht betont zu werden.
Aber daß diese Gesinnungen und Handlungsweisen sich mehr oder weniger allgemeiner Zustimmung erfreuten oder bereitwillig hingenommen wurden, trifft keineswegs zu. ...<<
Der israelische Historiker Saul Friedländer berichtet später über den angeblichen Antisemitismus der deutschen Bevölkerung (x036/48-49): >>... Der Historiker, der nicht durch ideologische oder theoretische Scheuklappen behindert ist, kann leicht erkennen, daß es der nationalsozialistische Antisemitismus und die antijüdische Politik des Dritten Reiches waren, die ganz wesentlich den besonderen Charakter des Nationalsozialismus prägten. ...
Allenfalls kann man von einem bis heute einzigartigen Auftauchen eines messianischen Glaubens und einer apokalyptischen Vision der Geschichte mitten im politischen, bürokratischen und technologischen System einer hochentwickelten Industriegesellschaft sprechen. Aber auch hierbei entsteht wieder ein falscher Eindruck - es gab keine Massenbewegung gegen die Juden, nicht einmal den Kreuzzug einer fanatischen Sekte. Die Bürokratie spielte die zentrale Rolle, eine Bürokratie, die der Vernichtung gleichgültig gegenüberstand, aber von einem Führer gelenkt wurde, der seinerseits von den stärksten Überzeugungen getrieben wurde.
Die Lähmung der Historiker resultiert aus der Gleichzeitigkeit und Verquickung völlig heterogener Phänomene: messianischer Fanatismus und bürokratische Strukturen, pathologische Handlungsantriebe und administrative Erlasse, archaische Denkweisen in einer hochentwikkelten Industriegesellschaft.
Wir wissen im einzelnen, was geschah; wir kennen die Abfolge der Ereignisse und ihre möglichen Zusammenhänge; aber die Tiefendynamik des Phänomens entgleitet uns. Und was wir

auch nicht begreifen, ist die fast schlagartige Auflösung der politischen, institutionellen und der Rechtsstrukturen Deutschlands sowie die Kapitulation der moralischen Kräfte, die naturgemäß wichtige Hindernisse hätten darstellen müssen für die Nazis in Deutschland, in anderen europäischen Ländern und in der gesamten westlichen Welt. ...<<
Hitlers "Endlösung" wäre in einem deutschen Rechtsstaat, mit demokratischer Machtkontrolle, Opposition und freier Presse, sicherlich niemals geschehen. Die planmäßige, systematische Massenvernichtung der europäischen Juden konnte nur umgesetzt werden, weil die brutale NS-Diktatur damals jeglichen Widerstand gewaltsam erstickte. Im NS-Verbrecherstaat endete jeder aktive Widerstand sofort im Konzentrationslager.
Dieser Völkermord an den europäischen Juden, der bewußt während der dramatischen Wirren des Zweiten Weltkrieges durchgeführt wurde, hätte in jener Zeit wahrscheinlich in jedem anderen diktatorisch regierten Land durchgeführt werden können (wie folgende Beispiele aus der ersten und zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bestätigen):
- Völkermord an den Armeniern in der Türkei (während des Ersten Weltkrieges),
- Lenins und Stalins "Säuberungsaktionen" sowie "Liquidierung von Klassen" in der Sowjetunion,
- Massenverbrechen im besetzten China durch japanische Besatzungstruppen,
- Verfolgung der Serben in Jugoslawien durch kroatische und bosnische Besatzungstruppen während des Zweiten Weltkrieges,
- Völkermord an den europäischen Juden durch das NS-Regime,
- Verfolgung der Kroaten und Bosnier in Jugoslawien durch die Serben (nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges),
- Befreiungs- und Vertreibungsverbrechen an den Reichs- und Volksdeutschen von 1944-48 in Ost-Mitteleuropa, die sich mehrheitlich in "Friedenszeiten" ereigneten,
- Maos "Säuberungsaktionen" und "Liquidierung von Klassen" in China,
- Pol Pots "Säuberungsaktionen" und "Liquidierung von Klassen" in Kambodscha,
- Kim Il Sungs "Säuberungsaktionen" sowie "Liquidierung von Klassen" in Nordkorea ...
Der nordamerikanische Historiker Norman Naimark schreibt später in seinem Buch "Flammender Haß. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert" (x308/11-16,27): >>... Um Geschehnisse der Vergangenheit heute zu verstehen, werden ständig neue Begriffe zu ihrer Beschreibung, Klassifizierung und Einordnung entwickelt. ...
Man benötigte einen neuen Begriff, weil ethnische Säuberung und Völkermord zwei verschiedene Handlungen bezeichnen und die Unterschiede zwischen ihnen wichtig sind. Genau wie bei der juristischen Bestimmung von Mord ist auch hier der Vorsatz das entscheidende Kriterium.
Völkermord ist die vorsätzliche Tötung eines Teils oder einer ganzen ethnischen, religiösen oder nationalen Gruppe; sein Ziel ist die Ermordung eines Volkes.
Die Absicht der ethnischen Säuberung liegt in der Entfernung eines Volkes und oft auch aller seiner Spuren von einem bestimmten Territorium. Das Ziel besteht mit anderen Worten darin, die "fremde" Nationalität loszuwerden und das Territorium zu übernehmen, das sie früher bewohnte. Am Ende des Spektrums berührt sich die ethnische Säuberung mit der Deportation oder dem sogenannten "Bevölkerungsaustausch". Hier geht es darum, Menschen zur Umsiedlung zu bringen und zwar mit legalen und halblegalen Mitteln.
Am anderen Ende unterscheiden sich ethnische Säuberung und Völkermord nur durch das Endziel. Hier geht die ethnische Säuberung in den Völkermord über, da Massenmord begangen wird, um das Land von einem Volk zu "säubern".
Der Unterschied zwischen ethnischer Säuberung und Völkermord wird auch dadurch komplizierter, daß Deportationen selten ohne Gewalt, häufig mörderische Gewalt, stattfinden. Menschen verlassen ihre Heimat nicht freiwillig. Sie halten an ihrem Land und ihrer Kultur fest,

die miteinander verbunden sind. Sie widersetzen sich Deportationsbefehlen, sie klammern sich an ihre Häuser und ihren Besitz, sie finden alle möglichen Wege, um den Ort, wo ihre Familie verwurzelt und ihre Vorfahren begraben sind, nicht verlassen zu müssen.
Daraus folgt, daß Deportationen oft den Charakter des Völkermords annehmen, wenn Menschen gewaltsam aus ihren Heimatdörfern und –städten vertrieben und bei Widerstand getötet werden.
Auch wenn Deportationen nicht vorsätzlich einen Völkermord herbeiführen sollen, haben sie dennoch oft diese Wirkung. Millionen von Menschen sind im 20. Jahrhundert in hungrigen Kolonnen über weite Stecken getrieben und in Güterwaggons, Busse oder Schiffe gepfercht worden, wobei Tausende oder Zehntausende erkrankten, hungerten und starben. Selbst die Flüchtlinge, die eine Deportation aus ihrer Heimat überlebten, mußten Hunger, Krankheit und das Elend des Lebens in Flüchtlingslagern erdulden, um Nahrung betteln und Zuflucht in anderen Ländern suchen, wo sie vor ihren Verfolgern sicher waren. Viele ertrugen das nicht und nahmen sich das Leben.
... Im deutschen wie im slawischen Sprachgebrauch hat "Säuberung" eine Doppelbedeutung; man säubert die Gesellschaft von Fremdkörpern oder man säubert das eigene Volk von fremden Elementen. Die letztere Assoziation betont die Selbstreinigung und erklärt in gewissem Maße die furchtbaren Morde und barbarischen Verstümmelungen von Nachbarn und Bekannten, die eine Reihe von ethnischen Säuberungen kennzeichnen.
"Ethnisch" bezieht sich auf das, was wir heute eine ethnische Gruppe nennen, abgeleitet vom griechischen "ethnos" oder Volk. ...
Seit den Anfängen der dokumentierten Geschichte haben dominierende Völker weniger mächtige und Gruppen, die sie als untergeordnet und fremd ansahen, angegriffen und von ihrem Territorium verjagt. Homers "Ilias" ist voller brutaler und schockierender Beispiele dessen, was man ethnische Säuberung nennen könnte, gleiches gilt für die Bibel.
Das erste und immer noch wichtige Buch über ethnische Säuberung des Bostoner Soziologen Andrew Bell-Fialkoff beginnt seinen historischen Überblick mit den Assyrern und Babyloniern von diesem Standpunkt aus gehören zeitlich und räumlich so weit auseinander liegende Ereignisse wie die Zerstörung Karthagos (146 v. Chr.), die Vernichtung der Albigenser (ab 1209), die Vertreibung der Juden aus Spanien (1492), die spanische Eroberung der Inka- und Aztekenreiche (16. Jahrhundert ... und die Vertreibung der Indianer aus ihren nordamerikanischen Heimatgebieten (19. Jahrhundert) alle zum Phänomen der ethnischen Säuberung. ...
Nach meinem Verständnis der ethnischen Säuberung im 20. Jahrhundert hängt ihr Auftreten stark von den Besonderheiten von Staat, Gesellschaft und Ideologie im jeweiligen Zeitraum ab. Bell-Fialkoff nennt das 20. Jahrhundert die dritte "zeitgenössische" Phase der ethnischen Säuberung. ...
Der Massenmord auf der Grundlage der Rasse war zu Beginn des neuen Jahrhunderts bereits Teil der europäischen Kolonialgeschichte; der Nationalismus wurde zur Lunte, die eine Explosion des Völkermords in Gang setzen sollte. ...
... Ethnische Säuberung ist nicht das Produkt kultureller Besonderheiten von Türken, Deutschen, Serben oder anderen Völkern. Leider sind ihre Spuren in jeder Gesellschaft zu finden, und ihr Potential ruht in uns allen. Nur wenn wir die ethnische Säuberung auf diese Art betrachten, können wir verstehen, wie sie woanders geschah und wie wir ihre Wiederholung dort oder hier verhindern können.<<
Telford Taylor (1908-1998, Nachfolger von Robert H. Jackson, nordamerikanischer Hauptankläger bei 12 der 13 Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse) erklärt später während eines Gespräches mit dem US-Schriftsteller Studs Terkel (x165/417-419): >>... Der Holocaust war ja vom ganzen Ausmaß ohne Beispiel in der Geschichte. Unfaßbar? Ich weiß nicht. Ich fürchte die Menschen stumpfen sehr schnell ab.

Wenn man sich zwei, drei Tage lang die Zeugenaussagen angehört hatte, war es nichts Besonderes mehr. Wie bei kleinen Kindern, die alles als selbstverständlich hinnehmen. Ich weiß noch, wie meine eigenen Kinder, zwei kleine Mädchen mit 5 und 7 Jahren, nach Nürnberg kamen und ich ihnen die ausgebombten Häuser zeigte. "Die Häuser sind kaputt", sagten sie. Als sie ein oder zwei gesehen hatten, interessierten sie sich nicht mehr weiter dafür.
(Studs Terkel: "Würden sie die Nürnberger Angeklagten als ganz gewöhnliche Leute bezeichnen?")
Ein Mann wie Hjalmar Schacht, der Bankier, war ein außerordentlich fähiger und intelligenter Mensch. Aber überhaupt nicht sympathisch. Wenn Sie von den KZ-Aufsehern und den Untergebenen sprechen, die diese blutigen und mörderischen Aktionen durchführten, dann haben Sie recht. Das waren ganz gewöhnliche Leute.
Warum haben sie so etwas getan? ... Die meisten waren Mitläufer. Moralische Grundsätze sind schnell vergessen. Nehmen wir Eichmann: ein kleiner Elektriker aus Wien. Er tritt der SS bei und wird Offizier und Gentleman. Das gefällt ihm. Er wird befördert. Er hat es zwar nie über den Oberstleutnant hinausgebracht, aber das war für einen Wiener Elektriker schon sehr gut. Solche Leute passen sehr gut in das von oben vorgegebene Schema, weil das der einfachste Weg ist.
Sie sind liebevolle Ehemänner, nett zu ihren Kindern und Musikliebhaber. Sie gewöhnen sich schnell an moralische Grundsätze, die ihnen von einem autoritären Regime vorgeschrieben werden. Der einfachste Weg für ein bequemes Leben ist der, Befehle zu befolgen.
Als ich zurückkam wurde ich oft gebeten, über Nürnberg zu sprechen. Anfang 1950 hielt ich einen Vortrag vor der Gemeinde einer jüdischen Synagoge in Brooklyn. Ich sagte, daß man sich die für den Holocaust verantwortlichen Nazis nicht als einen Haufen von perversen Sadisten vorstellen dürfe. Die meisten wären ganz normale Leute wie du und ich. Sie hätten den Aufschrei erleben sollen, der durch das Publikum ging. ...
Wenn wir denselben Strömungen und Zwängen ausgesetzt wären wie die Deutschen, würden sehr viele von uns genauso handeln. Vielleicht nicht ganz so viele, weil wir nicht so autoritätshörig sind wie die Deutschen. Aber viele von uns würden genauso handeln. Wir haben zwar immer noch ein paar politische Schutzmechanismen eingebaut, aber die sind auch nicht bombenfest. ...
Der normale Mensch ist zu ungeheuren Heldentaten und zu ungeheuren Grausamkeiten fähig. Das ist die bittere Lektion von Nürnberg. Es ist sehr einfach, den Nazismus für die Grausamkeit dieser Leute verantwortlich zu machen. Wenn tausend Menschen durch ein Erdbeben getötet werden, ist das eine schreckliche Sache, aber es liegt keine Tragik darin. Es ist nichts Tragisches daran, weil kein menschliches Element dabei ist.
Man kann nichts daraus lernen, außer daß man auf Erdbeben aufpassen muß. Die bittere Lektion und die wahre Tragödie ist die Erkenntnis, daß man gewöhnliche Leute dazu bringen kann, solche unbeschreiblichen Dinge zu tun. Das ist die eigentliche Gefahr. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über das vermeintliche "Tätervolk der Deutschen" (x268/85): >>... Der amerikanische Psychiater Gustave M. Gilbert, der für die Angeklagten von Nürnberg verantwortlich war, hat gesagt: "Nach unseren Erkenntnissen müssen wir annehmen, daß solche Persönlichkeiten nicht nur nicht einzigartig oder wahnsinnig sind, sondern daß sie sich auch in jedem anderen Land der Welt von heute wiederfinden könnten.
Wir müssen auch einsehen, daß es solche Persönlichkeiten in diesem Land gibt und daß zweifellos bestimmte Individuen bereit wären, über die Leichen der halben Bevölkerung der Vereinigten Staaten zu steigen, wenn sie damit die Kontrolle über die andere Hälfte in die Hand bekämen."
Ähnlich Hannah Arendt in ihrer Studie "Eichmann in Jerusalem": "Das Beunruhigende an der

Person Eichmann war doch gerade, daß er war wie viele und daß diese vielen weder pervers noch sadistisch, sondern schrecklich und erschreckend normal waren und sind."
Auch Simon Wiesenthal, Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, glaubt, daß ein Holocaust auch in den USA möglich sei. Es handelt sich um kein spezifisch deutsches, sondern um ein menschliches Versagen. ...<<
Der deutsche Historiker Andreas Hillgruber (1925-1989) berichtet später über den Mord an den europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg (x036/222-223): >>... Der Massenmord an den europäischen Juden wurde möglich durch das Zusammentreffen einer Reihe von Faktoren im Sommer 1941: Vor dem Hintergrund der breiten antisemitischen Tendenzen in Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg waren dies
- erstens die fanatische Entschlossenheit des von einem infernalischen Judenhaß getriebenen "Führers" Hitler, der in der Situation des Sommers 1941 mit der Eröffnung des Vernichtungskrieges gegen den "jüdischen Bolschewismus" den Weg für "seine" "Endlösung" frei sah;
- zweitens die Bereitschaft und Bereitstellung einer – nicht notwendigerweise von gleichem Fanatismus getragenen, vielmehr durchaus aus apolitischen, unterschiedlichen Motiven dafür zu gewinnenden - Personengruppe, die das Verbrechen ausführte.
- drittens eines sehr viel größeren Personenkreises, der im weiteren Sinne innerhalb eines organisatorischen und technischen Apparats vor allem die Massendeportationen aus dem deutsch-beherrschten Europa in die Vernichtungslager besorgte;
- viertens die zu erwartende Hinnahme des – wenn auch unvermeidlich nur unzulänglich – verschleierten Vorgangs durch die auf den als "nationale" Sache betrachteten Krieg und auf die davon herrührenden Alltagsnöte und Sorgen (an der Front wie in der Heimat) konzentrierten Masse der deutschen Bevölkerung.
So einmalig die Konstellation des Jahres 1941 war: Die Tatsache eines direkten und indirekten Mitwirkens einer großen Zahl von Menschen innerhalb der den Mord ausführenden und in Gang haltenden Organisationen, Behörden und Dienststellen ganz unterschiedlicher Prägung wie auch die Hinnahme des zumindest dunkel geahnten grauenhaften Geschehens durch die Masse der Bevölkerung weisen über die historische Einmaligkeit des Vorgangs hinaus.
Die offenkundige Leichtigkeit, unter den zivilisatorischen Bedingungen des 20. Jahrhunderts Menschen dafür zu gewinnen, sie dahingehend zu manipulieren", Menschen wie Waren zu behandeln und in großer Zahl umzubringen, wie es bei der Aufklärung vieler Einzelfälle in den Prozessen gegen Täter zutage trat, ist dabei das am meisten Beunruhigende, der hohe Anteil von Akademikern daran das zutiefst Erschreckende.
Es stellt sich die ins Anthropologische, Sozialpsychologische wie ins Individualpsychologische reichende Frage möglicher Wiederholungen unter anderen ideologischen Rahmenbedingungen in tatsächlich oder vermeintlich wiederum extremen Situationen und Konstellationen. Über das Wachhalten an die Erinnerung an die Millionen Opfer hinaus, das dem Historiker aufgegeben ist, stellt diese Frage, die auf ein zentrales Problem der Gegenwart und der Zukunft verweist und somit die Aufgabe des Historikers transzendiert, eine fundamentale Herausforderung an uns alle dar.<<
Die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erhobenen Vorwürfe der Kollektivschuld (rechtliche Schuld einer Gemeinschaft bzw. eines Volkes) wurden in den folgenden Jahren offiziell fallengelassen, denn sie widersprachen eindeutig dem allgemeinen Rechtsdenken, das nur die Rechtsschuld des einzelnen Täters kennt. Die Kollektivschuld und die kollektive Haftung (wie z.B. die Sippenhaft des Stalin- und Hitlerregimes) wurden schließlich in allen demokratischen Staaten als Rechtsbeugung eingestuft.
Der britisch-jüdische Schriftsteller und Verleger Sir Victor Gollancz (1893-1967, Mitbegründer des Nationalkomitees für die Rettung der Opfer des Naziterrors und entschiedener Gegner der "deutschen Kollektivschuld") schreibt später in seinem Buch "Unser bedrohtes Erbe"

(x025/131): >>... Jetzt, so sagte man, wüßten wir nun endlich, daß die deutsche Nation als Ganzes schuldig wäre: Warum nämlich hätte sie nicht, wofern es anders wäre, um jeden Preis sich gegen diese Verbrechen ausgesprochen und sich gegen Hitler aufgelehnt?
Dabei kam man gar nicht auf den Gedanken, sich die Frage vorzulegen, was man denn selber unter ähnlichen Verhältnissen geleistet haben würde; man hielt nicht einen Augenblick inne, um sich innerlich darüber Rechenschaft abzulegen, ob man wohl, wofern der Preis, über den man so glatt dahinschwätzte, Tod oder Folter nicht nur für einen selbst, sondern auch für die eigenen Kinder gewesen wären - ob man dann auch noch, jenseits aller Zweifel, das hinreichende Maß von Heroismus besessen haben würde, um solche Gefahren auf sich zu nehmen. ...<<
Der deutsche Philosoph Karl Jaspers (1883-1969) schreibt im Jahre 1946 ("Die Schuldfrage") über den Vorwurf der deutschen Kollektivschuld (x129/153-154): >>Es ist zu unterscheiden:
1) Kriminelle Schuld: Verbrechen bestehen in objektiv nachweisbaren Handlungen, die gegen eindeutige Gesetze verstoßen. Instanz ist das Gericht. ...
2) Politische Schuld: Sie besteht in den Handlungen der Staatsmänner und in der Staatsbürgerschaft eines Staates, infolge derer ich die Folgen der Handlungen dieses Staates tragen muß, dessen Gewalt ich unterstellt bin und durch dessen Ordnung ich mein Dasein habe. Es ist jedes Menschen Mitverantwortung, wie er regiert wird. Instanz ist die Gewalt und der Wille des Siegers. ...
3) Moralische Schuld: Für Handlungen, die ich doch immer als dieser einzelne begehe, habe ich die moralische Verantwortung, und zwar für alle meine Handlungen, auch für politische und militärische Handlungen, die ich vollziehe. Niemals gilt schlechthin "Befehl ist Befehl". Wie vielmehr Verbrechen Verbrechen bleiben, auch wenn sie befohlen sind (obgleich je nach dem Maße von Gefahr, Erpressung und Terror mildernde Umstände gelten), so bleibt jede Handlung auch der moralischen Beurteilung unterstellt. Die Instanz ist das eigene Gewissen und die Kommunikation mit dem Freund und dem Nächsten, dem liebenden, an meiner Seele interessierten Mitmenschen.
4) Metaphysische Schuld: Es gibt eine Solidarität zwischen Menschen als Menschen, welche einen jeden mitverantwortlich macht für alles Unrecht und alle Ungerechtigkeit in der Welt, insbesondere für Verbrechen, die in seiner Gegenwart oder mit seinem Wissen geschehen. Wenn ich nicht tue, was ich kann, um sie (Verbrechen) zu verhindern, so bin ich mitschuldig. Wenn ich mein Leben nicht eingesetzt habe zur Verhinderung der Ermordung anderer, sondern dabeigestanden bin, fühle ich mich auf eine Weise schuldig, die juristisch, politisch und moralisch nicht angemessen begreiflich ist. Daß ich noch lebe, wenn solches geschehen ist, legt sich als untilgbare Schuld auf mich. ... Instanz ist Gott allein. ...
Es ist die Frage, in welchem Sinne ein Kollektiv, in welchem nur der einzelne beurteilt werden kann. Ohne Zweifel ist es sinnvoll, alle Staatsangehörigen eines Staates für die Folgen haftbar zu machen, die aus dem Handeln eines Staates entstehen. Hier wird ein Kollektiv getroffen. Diese Haftung aber ist bestimmt und begrenzt, ohne moralische und metaphysische Beschuldigung der einzelnen. Sie trifft auch diejenigen Staatsangehörigen, welche sich gegen das Regime und die in Betracht kommenden Handlungen gewehrt haben. ...
Für Verbrechen kann je nur der einzelne bestraft werden, sei es, daß er allein ist, oder daß er eine Reihe von Komplizen hat, die jeder für sich nach dem Maße der Teilnahme und im Minimum schon durch ihre bloße Zugehörigkeit zu dieser Gesellschaft zur Rechenschaft gezogen werden. Es gibt Zusammenrottungen von Räuberbanden, Verschwörern, die als Ganzes als verbrecherisch gekennzeichnet werden können. Dann macht die bloße Zugehörigkeit strafffällig.
Es ist aber sinnwidrig, ein ganzes Volk eines Verbrechens zu beschuldigen. Verbrecher ist immer nur der einzelne.

Es ist auch sinnwidrig, ein Volk als Ganzes moralisch anzuklagen. Es gibt keinen Charakter eines Volkes derart, daß jeder einzelne der Volkszugehörigen diesen Charakter hätte. Wohl gibt es Gemeinsamkeiten der Sprache, der Sitten und Gewohnheiten, der Herkunft. Aber darin sind zugleich derartig starke Differenzen möglich, daß Menschen, die dieselbe Sprache reden, doch darin sich so fremd bleiben können, als ob sie gar nicht zum gleichen Volk gehörten.
Moralisch kann immer nur der einzelne, nie ein Kollektiv beurteilt werden. ...
Ein Volk kann nicht zu einem Individuum gemacht werden. Ein Volk kann nicht heroisch untergehen, nicht Verbrecher sein, nicht sittlich oder unsittlich handeln, sondern immer nur die einzelnen aus ihm. Ein Volk als ganzes kann nicht schuldig und nicht unschuldig sein, weder im kriminellen, noch im politischen (hier haften nur die Bürger eines Staates), noch im moralischen Sinn. Die kategoriale Beurteilung als Volk ist immer eine Ungerechtigkeit; ... - sie hat eine Entwürdigung des Menschen als einzelnen zur Folge.<<
Theodor Heuss (1884-1963, von 1949-59 erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland) erklärt am 7. Dezember 1949 während einer christlich-jüdischen Feierstunde (x075/112-113): >>... Man hat von einer Kollektivschuld des deutschen Volkes gesprochen. Das Wort Kollektivschuld und was dahinter steht, ist aber eine simple Vereinfachung, es ist eine Umdrehung, nämlich der Art, wie die Nazis es gewohnt waren, die Juden anzusehen: daß die Tatsache, Jude zu sein, bereits das Schuldphänomen in sich eingeschlossen habe.
Aber etwas wie eine Kollektivscham ist aus dieser Zeit gewachsen und geblieben. Das Schlimmste, was Hitler uns angetan hat - und er hat uns viel angetan - , ist doch dies gewesen, daß er uns in die Scham gezwungen hat, mit ihm und seinen Gesellen gemeinsam den Namen Deutsche zu tragen. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Kollektivschuld" (x051/-321): >>Kollektivschuld, rechtliche Schuld einer Gemeinschaft (etwa eines Volkes) für die Verbrechen einzelner ihrer Glieder.
Der Begriff der Kollektivschuld widerspricht dem modernen Rechtsdenken, das nur eine Rechtsschuld des einzelnen Täters kennt und kollektive Haftung wie z.B. die nationalsozialistische Sippenhaft als Rechtsbeugung verwirft.
Der nach 1945 erhobene Vorwurf einer Kollektivschuld des deutschen Volkes für die nationalsozialistischen Verbrechen wurde daher in diesem Sinne fallen gelassen. Heuss sprach statt dessen von einer "Kollektivscham", die das deutsche Volk angesichts der in seinem Namen begangenen Untaten empfinden müsse, aus der die Verpflichtung zur Wiedergutmachung erwachse. Im gleichen Sinne äußerte sich 1946 Jaspers, der von "Mitbetroffenheit" sprach, "auch wenn wir moralisch und juristisch nicht haften"; und so wollte auch das Stuttgarter Schuldbekenntnis der evangelischen Kirche verstanden werden.
Helmut Schmidt bezeichnete am 23.11.77 in einer Rede am Mahnmal in Auschwitz die "heutigen Deutschen" als persönlich nicht schuldig, bejahte aber eine "Mitverantwortung" auch der nachwachsenden Generationen für die deutsche Geschichte.<<
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später über die Kollektivschuld der Deutschen (x075/11-12): >>... Ich habe nie den Begriff der Kollektivschuld eines Volkes akzeptieren können. Ich war jedoch immer der Ansicht, daß jeder mündige Bürger mit an der Verantwortung für jede im Namen seines Landes begangene Ungerechtigkeit, jede menschliche Handlung, trägt. Weiß er nichts von den Mißständen, dann ist er dafür verantwortlich, nichts versucht zu haben, um sich zu unterrichten. Weiß er und schweigt dennoch, dann ist er dafür verantwortlich, durch sein Schweigen verhindert zu haben, daß diesen Taten ein Ende bereitet wird. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas lehnt die Kollektivschuld ebenfalls entschieden ab (x028/198): >>... Auch der Gedanke der Kollektivschuld ist ein für allemal zu verwerfen, sei es einer deutschen Kollektivschuld für die NS-

Greuel, sei es einer osteuropäischen oder anglo-nordamerikanischen für die Vertreibung.
Victor Gollancz hat diesen Gedanken bereits in seiner Londoner Rede, 1947, als "unsinnigen, unliberalen, antichristlichen, beklagenswert nazistischen Gedanken" verurteilt. Bundespräsident Richard von Weizsäcker äußerte sich ebenfalls zur kollektiven Schuldzuweisung in seiner Bundestagsansprache vom 8. Mai 1985: "Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich."...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schreibt später über die Kollektivschuld der Deutschen (x025/156-157,161-162, x268/33): >>... Die Frage "warum habt ihr den Tyrannen nicht gestürzt?" ist alt und doch immer aktuell. Als Chruschtschow auf dem XX. Parteitag Stalins Verbrechen anprangerte, riefen die Delegierten spontan: "Warum habt ihr Stalin nicht getötet?"
Chruschtschow erwiderte: "Was konnten wir tun?
Es war eine Terrorherrschaft."
Nüchtern stellte der US-Chefankläger Jackson vor dem Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal fest: "Wenn die breite Masse des deutschen Volkes das nationalsozialistische Parteiprogramm willig angenommen hätte, wäre die SA nicht nötig gewesen, und man hätte auch keine Konzentrationslager und keine Gestapo gebraucht." ...
Psychologisch gesehen stellt die Kollektivschuld-Theorie ebenso wie Blutrache und Sippenhaftung einen Rückfall in sehr frühe Entwicklungsstadien der Menschheit dar, wie der international bekannte Freud-Schüler C. G. Jung ausgeführt hat.
Jung spricht von einer "magischen Unreinheit" und meint, die Schuld dehne sich als psychische Erscheinung "über die örtliche und menschliche Umgebung aus. Ein Wald, ein Haus, eine Familie, ein Dorf sogar, wo ein Mord geschehen ist, fühlt die psychische Schuld und bekommt sie von außen her zu spüren."
Daß die barbarische Simplifizierung der Kollektivschuld ein menschliches (oder besser unmenschliches) Urphänomen darstellt und damit alles andere als eine anglo-amerikanische Erfindung, hat erst wieder 1982 F. W. Rothenspieler in seiner gründlichen Analyse "Der Gedanke der Kollektivschuld in juristischer Sicht" dargelegt. ...<<
>>... Nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Judenpolitik neigt man heute mehr dazu, die nationalistisch-rassistischen Motive in den Vordergrund zu stellen. Religionsverfolgungen in Reinkultur hat es nie gegeben, und lupenreinen Rassismus ebensowenig. Entscheidend bleibt der Anknüpfungspunkt der Verfolger; beim religiösen Fanatiker ist es der Glaube, beim Rassisten die Abstammung.
Was in dem blutigen Spiel selten fehlt, sind die hohen Ideale, allerdings in der Form des selektiven Humanismus: Menschlichkeit im Prinzip ja, aber nicht für diese oder jene Gruppe. So gesehen ist die Kollektivschuld-Theorie eine der vielen historischen Erscheinungsformen des Rassismus.
Ähnlich wie der altchristliche Antisemitismus liefert sie in der letzten Konsequenz einen Blanko-Scheck für alle Verbrechen am "schuldigen" Volk in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Aus dem Osten stammt die Lehre vom gerechten Krieg; alle Lehrbücher des Marxismus-Leninismus geben über sie erschöpfenden Aufschluß. Kommt aus dem Westen eine Lehre vom gerechten Völkermord?
Gilt in Zukunft etwa der Satz, daß der Völkermord im Prinzip nichts Schlechtes ist, und daß man eben nur die richtigen Völker morden muß? Wer bestimmt, welche Völker schuldig und damit ohne Menschenrechte sind? Wenn der Tod von 2,8-3 Millionen Frauen, Kindern und Greisen jenseits der Oder-Neiße die gerechte Sühne für die Naziverbrechen war, wieviele Russen z.B. müßte man dann gerechterweise liquidieren, um die Sowjetverbrechen seit 1917 zu sühnen? ...<<
>>... Ein Strafsystem, daß ohne Unterschied auf den Schuldigen und den Unschuldigen ein-

schlägt, wirkt bloß wie eine Seuche oder eine große Naturkatastrophe und ist ebensowenig wie die Cholera oder ein Erdbeben geeignet, Verbrechen zu verhüten. ...
Die Menschen hunderteweise zu enthaupten, ohne nach ihrer Schuld zu fragen, dem Reichen mit Hilfe von Kerkermeistern sein Geld abzupressen ... das ist die einfachste und leichtbegreiflichste aller Regierungsweisen. Über ihren sittlichen Rang wollen wir schweigen, gewiß erfordert sie aber keine Fassungskraft, die über die des Barbaren oder des Kindes hinausgeht.<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die angebliche Kollektivschuld des deutschen Volkes wegen des Volkermordes an den europäischen Juden (x046/186,188,190-191): >>... Der sowjetische Ankläger in Nürnberg, Oberjustizrat Smirnov, der mit seinen Kollegen bestrebt war, die Behauptungen der sowjetischen Kriegspropaganda in das Verfahren vor dem Internationalen Militärgerichtshof einzuführen, erlaubte sich am 19. Februar 1946 pauschale Beschuldigungen gegen das gesamte deutsche Volk zu erheben, als er von "Hunderttausenden und Millionen Verbrechern" unter den Deutschen sprach. In Wahrheit jedoch hatte sich der Genozid (Völkermord) an den Juden hinter einem Vorhang strikter Geheimhaltung vollzogen. ...
Himmler soll den Kreis der für die 'Endlösung' unmittelbar Verantwortlichen im April 1943 auf 200 SS-Führer beschränkt bezeichnet haben. ... Der amerikanische Völkerrechtler, Professor Dr. Dr. de Zayas, und einige amerikanische und britische Autoren machen heute denn auch keinen Hehl aus ihrer Auffassung, daß die "Personenzahl, die während des Krieges vom Holocaust wußte, äußerst begrenzt" gewesen war.
De Zayas schreibt: "Immer mehr Historiker gelangen zu der Einsicht, daß die Kenntnis des Holocaust während des Krieges viel begrenzter war, als man bisher glaubte".
Und besonders galt dies für die Masse des deutschen Volkes. Eine Verheimlichung des Genozids aber war schon deshalb zwingend erforderlich gewesen, weil, wie etwa der in Nürnberg in allen Anklagepunkten freigesprochene Ministerialdirektor Dr. Fritzsche aussagte, das deutsche Volk Hitler die Gefolgschaft verweigert haben würde, wenn es von dem Mord an den Juden gewußt hätte, zumindest aber in seinem Vertrauen zu Hitler zutiefst erschüttert worden wäre. ...<<
>>... Nach Fritzsche soll der die Lage doch immer nüchtern einschätzende Reichspropagandaminister sich "äußerst erbittert" über die Parteinahme vieler Deutscher für die Juden geäußert haben, eine Aussage, die aus den Tagebüchern des Dr. Goebbels anläßlich der Deportation der Berliner Juden auch bestätigt wird.
Daß die Deutschen schon mit einer bloßen Verfolgung der Juden nicht einverstanden gewesen sein können, geht auch aus der von dem amerikanischen Ankläger Dodd am 13. Dezember 1945 zitierten Rede Himmlers in Posen hervor, in der dieser in seiner lasterhaften Diktion folgendes zugegeben hatte: "Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen, und jeder hat seinen anständigen Juden. Es ist ja klar, die anderen sind Schweine, aber dieser eine ist ein prima Jude." ...
Wenn die Deutschen von den grausigen Vorgängen hinter ihrem Rücken, die sie niemals gebilligt haben würden, nicht einmal Kenntnis gehabt hatten, dann können sie für sie auch nicht verantwortlich gemacht werden.
Daß in der Hauptsache Staatsangehörige des Großdeutschen Reiches in diese Untaten verstrickt waren, ist hier kein Gegenbeweis, weil ja mit derselben Logik sonst auch das russische Volk für die von der Sowjetmacht verübten Massenmorde an Millionen und Abermillionen die Verantwortung tragen müßte oder das georgische Volk, weil, abgesehen von dem Georgier Dschugaschwili (Stalin), die Georgier Berija, Dekanozov, Canava, Goglidze, Ruchadze, Karanadze und andere als führende Funktionäre den Apparat des NKVD prägten oder, um den Faden fortzuspinnen, selbst das jüdische Volk, weil, wie dies auch die aus der Sowjetunion

stammende jüdische Autorin Sonja Margolina in ihrem jüngst erschienenen Band "DAS ENDE DER LÜGEN" hervorhebt, Juden im Bolschewismus zum ersten Male in der Geschichte nicht nur als Opfer, sondern auch als Täter in Erscheinung getreten sind.
Daß es sich bei Trockij, Kamenev, Sinovev, Joffe, Krestinskj, Radek und unzähligen anderen der führenden bolschewistischen Funktionäre um Juden gehandelt hat, ist allgemein bekannt. Das im Smol'nyj tagende Zentralkomitee war 1918 im Volksmund geradezu "Judenzentrale" genannt worden, und die bolschewistische Herrschaft in den zwanziger Jahren trug nach Sonja Margolina "tatsächlich gewisse 'jüdische' Züge". ...<<
>>... Wenn, auch nach Margolina, die aktive Mitwirkung vieler Juden in den sowjetischen Terrororganen geradezu ein eigenes Kapitel darstellt, so lassen sich andererseits doch niemals Rückschlüsse auf eine Verantwortung des jüdischen Volkes als solches für die begangenen Verbrechen des Bolschewismus ziehen.
Nicht die Völker – Deutsche, Russen, Georgier, Letten ... und andere – sind für die begangenen Greueltaten verantwortlich, sondern immer nur Einzelpersonen. Und was speziell das deutsche Volk angeht, so wird niemand behaupten können, daß es zu seinen Traditionen gehörte, eine friedliche Bevölkerung zu verfolgen und umzubringen. ...
Nicht die Deutschen, sondern Nationalsozialisten, Gefolgsleute Hitlers und Himmlers, haben in unserer Zeit entsprechende Untaten begangen und ebensowenig Russen, Georgier, Letten, ... sondern Kommunisten, die Gefolgsleute eines Lenin und Stalin, die Einpeitscher des sowjetischen Sozialismus.
Es kommt hinzu, daß die Täter auf deutscher Seite im Gegensatz zu denen auf sowjetischer Seite, soweit man ihrer habhaft werden konnte, streng zur Verantwortung gezogen worden sind. Denn selbst Präsident Gorbatschow erlaubte es wohl, manche Verbrechen beim Namen zu nennen, keinesfalls aber die Verbrecher, geschweige denn, auch nur einen von ihnen vor Gericht zu stellen. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas berichtet später über die krankhaften Schuldkomplexe der Deutschen (x268/80): >>Wenn mich etwas im heutigen Deutschland stört und beunruhigt, ist es gerade diese Neigung zur übertriebenen Selbstkritik, die für mich bedeutet, daß viele Menschen den Sinn für Realität, für Geschichte, für Verhältnismäßigkeit verloren haben. Oder schlimmer, daß viele Deutsche anscheinend an einer Megalomanie (Größenwahn) leiden – sie wollen die größten Verbrecher der Geschichte sein und zugleich die größten Büßer. Dies halte ich für pathologisch. ...<<
Der Psychoanalytiker Prof. Hubert Speidel berichtet später über die Kollektivschuld der Deutschen (x268/239-243): >>... Kollektivschuld steht im Gegensatz zu den herrschenden Rechtsprinzipien.
Jeder Bürger weiß, daß Schuld individuell nachgewiesen werden muß und - flankierendes Rechtsprinzip - davor die Unschuldsvermutung gilt. Unser Recht verlöre sich im Chaos, wenn diese Dioskurenprinzipien (Zwillingsgrundsätze) nicht peinlich befolgt würden. Der individuelle Schuldnachweis gilt uns als Ausweis zivilisierten Umgangs und kultureller Entwicklung. ...
Die unterschiedlichen Interessen von Staaten führen im Konflikt zu (wechselseitiger) kollektiver Schuldzuweisung ... Unter diesen Bedingungen kommen regelhaft Kollektivschuldzuschreibung, Tötung, Unterwerfung und Beraubung vor, unter Wahrung von Resten zivilisierter, epochenabhängiger Gesetze wie zum Beispiel den Geboten der Ritterlichkeit, dem Schutz von Frauen und Kindern und den Kombattantenstatus (kampfberechtigte Personen gemäß Kriegsrecht), die im Zweiten Weltkrieg einer weitgehenden Anomie (Gesetzlosigkeit) wichen (beiderseitige massenhafte Vernichtung von Zivilisten).
Nach Abschluß von Kriegshandlungen kommt es zu Friedensverträgen: unterlegene Staaten werden mehr oder weniger gedemütigt und beraubt, und zwar vorzugsweise mit Begründun-

gen aus der Rechtssprache. Nicht Gerechtigkeit wird aber gewährt, sondern die Überlegenheit der Sieger und ihre unumschränkte Handlungsmacht kommen zur Geltung.
Kollektivschuldurteile sind also rationalisierende, affektgeleitete, machtgestützte Zuschreibungen. Sie dienen dazu, den eigenen, vom gegnerischen Blut besudelten "Volkskörper" von der Schuld des Tötens durch Projektion auf den unterlegenen Feind zu befreien, und sie dienen der moralischen Unterwerfung des Gegners durch die Entwertung seines kollektiven Wertesystems, seines Nationalgefühls. ...
Wird die Selbstwahrnehmung eines Kollektivs durch hinreichende, den nationalen Narzißmus stabilisierende Konzepte gestützt, was immer auch ein hohes Maß flankierender historischer Verleugnung voraussetzt, wird die Kollektivschuldzuschreibung nicht wirksam, wie zum Beispiel im Falle der massenhafte Morde im Zusammenhang mit der Französischen Revolution oder der Ausrottung der amerikanischen Ureinwohner.
Beide Massaker haben der positiven kollektiven Selbstwahrnehmung, dem jeweiligen nationalen Narzißmus nicht geschadet. Weder wurde wirksam der Kollektivschuldvorwurf erhoben, noch wurde er in das nationale Selbstkonzept übernommen.
Sind solche den kollektiven Narzißmus stützenden Konzepte beschädigt, aber noch vorhanden, zum Beispiel im Falle der deutschen Niederlage im ersten Weltkrieg, so können sich reparative Tendenzen gegen die Übernahme von Kollektivschuldvorwürfen und deren materiellen Folgen durchsetzen, was im Falle Deutschlands schließlich zur Etablierung einer Diktatur führte.
Ist die Niederlage zu schwer und steht ihr kein stabilisierendes Konzept im Sinne der Schuldabwehr zur Erhaltung des nationalen Narzißmus und der ihr flankierenden Verleugnung entgegen, so kann der von außen kommende Selbstvorwurf in das Innere der kollektiven Selbstwahrnehmung eindringen. Es wird damit zum Bestandteil des nationalen Selbstkonzepts und entwickelt nun ungehindert sein aggressives Potential als kollektive Autodestruktion. Dies ist die Situation Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg.
Eine derartige Sozialpathologie ist also die Folge der Destruktion (Zerstörung) des Nationalgefühls und dessen das Kollektiv schützende Funktion, und gleichzeitig destabilisiert sie dessen Reste, nämlich das kulturelle Zusammengehörigkeitsgefühl. Die im Namen dieser kulturellen Gemeinschaft begangenen Verbrechen sind natürlich eine Voraussetzung für diese Entwicklung, aber vermutlich nicht die wichtigste, denn andere Völker konnten ihr Nationalgefühl vor dem eindringen kollektiver Scham- und Schuldgefühle wirksam schützen, obwohl in deren Namen ebenfalls grausame Verbrechen begangen wurden.
Hier wirkt eine Kombination idealisierender und verleugnender Mechanismen protektiv, wie sie im militärischen Triumph wirksam werden kann, nicht aber unter den Bedingungen von Zerstörung, Niederlage, Vertreibung, Verlust bisheriger geistiger Orientierung und entwertender Indoktrination, also der Situation Deutschlands am Ende des Zweiten Weltkrieges und nach diesem. ...<<

Die reichs- und volksdeutschen Nachkriegsverluste

Reichs- und volksdeutsche Nachkriegsverluste in den Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937), in den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland und in der sowjetischen Besatzungszone in Mitteldeutschland (ohne Wehrmachtssterbefälle und zivile Kriegsopfer):

	Verluste der einheimischen deutschen Zivilbevölkerung		Verluste der reichsdeutschen Zivilisten 2)	%	Nachkriegsverluste; insgesamt
Ostpreußen	277.400		5.500	14,4	282.900
Ostpommern	328.900		10.800	23,5	339.700
Ostbrandenburg	172.500		13.800	40,8	186.300
Schlesien	446.100		20.400	14,2	466.500
Deutsche Ostprovinzen	1.224.900		50.500	-	1.275.400
Memelland	28.100		300	21,0	28.400
Danzig	89.900		1.600	31,7	91.500
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig-Westpreußen	43.000		6.900	27,5	49.900
Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement	142.000		40.100	27,5	182.100
Polnische Gebiete	274.900		48.600	-	323.500
Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren sowie Slowakei	266.600		53.000	9,1	319.600
Estland, Lettland und Litauen	22.500		.	.	22.500
Jugoslawien	135.800		.	.	135.800
Rumänien	101.000		.	.	101.000
Ungarn	57.000		.	.	57.000
Baltikum und Balkan	316.300		.	.	316.300
Deutsche Siedlungsgebiete im Ausland	885.900		101.900	-	987.800
Ost-Mitteleuropa	2.110.800	1)	152.400	-	2.263.200
Sowjetunion	350.000	3)	-	-	350.000
Mitteldeutschland (SBZ)	188.800	4)	-	-	188.800
Insgesamt	2.649.600		152.400	-	2.802.000
Zivile Kriegsverluste	(11.500)	5)	(430.000)	-	(441.500)

Quellen: l) "Statistische Berichte" des Bundesamtes Wiesbaden vom 4.11.1959, S. 20 (x026/-30).
2) Von der Flucht und Vertreibung direkt betroffene Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete, die aus den westlichen Reichsgebieten stammten. Diese Nachkriegsverluste wurden aufgrund der durchschnittlichen ostdeutschen Verlustquoten errechnet (2,5 % der direkt Betroffenen - x016/79).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil ermittelte später, daß die Verluste der zugezogenen Reichsdeutschen mit mindestens 220.000 Opfern anzusetzen sind (x025/75).
3) Zwangsverschleppung innerhalb der Sowjetunion (Verluste während des Zweiten Weltkrieges = ca. 239.000 Rußland-Deutsche - x026/31), Verschleppung von Zwangsrepatriierten aus dem Deutschen Reich in die UdSSR (Verluste = ca. 111.000 Rußland-Deutsche - x026/91). Nach Angaben der rußland-deutschen Volksgruppe starben sogar über 400.000 Rußland-Deutsche (x026/31).
4) Im Jahre 1945 kamen in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) etwa 115.000 Mitteldeutsche um. Von 1945-50 ereigneten sich in den SBZ-Konzentrationslagern außerdem über 65.000 Sterbefälle (x009/228). Weitere 8.800 mitteldeutsche Verschleppungsopfer ("Strafgefangene" und andere Zwangsarbeiter) starben in sowjetischen Deportationslagern (x026/63,91).
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schätzte, daß der sowjetische Einmarsch in Westpommern, Westbrandenburg und Berlin bereits etwa 240.000 Menschenleben forderte (x026/56).
5) Nach offiziellen Angaben starben in den Jahren 1939-45 im Deutschen Reich "nur" 441.500 deutsche Zivilisten durch Kriegseinwirkungen (x016/78).
Der deutsche Historiker Gerhard Hümmelchen ermittelte jedoch später, daß allein während der anglo-amerikanischen Luftangriffe ca. 609.000 Deutsche getötet und 917.000 verletzt wurden (x051/364).
Die Verluste der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen wurden nach langjähriger Forschungs- und Untersuchungsarbeit durch Wissenschaftler und Experten des Statistischen Bundesamtes ermittelt. Diese Statistiken, die man erst im Jahre 1959 veröffentlichte, gehören sicherlich zu dem bestgesicherten Zahlenmaterial der zeitgeschichtlichen deutschen Forschung.
Bei diesen Ermittlungen setzte man bewußt nur Mindestverluste an, die nach Abschluß der Kampfhandlungen entstanden. Tausende von Flüchtlingen und Vertriebenen, die nach der Ankunft im besetzten Mittel- und Westdeutschland an den Folgen der erlittenen Mißhandlungen und Strapazen, an Hunger und Seuchen starben, wurden nicht berücksichtigt.
In den amtlichen Statistiken blieben auch die ungezählten Vergewaltigungsopfer (mindestens 2,0 Millionen Frauen und Mädchen), deren Leben durch die Sexualverbrechen lebenslänglich schwer belastet bzw. zerstört wurde, unberücksichtigt.
"KNAURS Lexikon" (1953; S. 481) notierte, daß während der Flucht und Ausweisung etwa 2,5 Millionen Deutsche zugrunde gingen (x038/481).
Der Kirchliche Suchdienst München ermittelte im Jahre 1965 (sog. "Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals des deutschen Volkes in den Vertreibungsgebieten") für Ost-Mitteleuropa (außer UdSSR und ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete) rd. 2,3 Millionen Tote und ungeklärte Fälle (Verschollene). Da seit dem Kriegsende bereits Jahrzehnte vergangen sind, müssen die Verschollenen als umgekommen gelten (x025/248).
Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes) errechnete für die Vertreibungsgebiete in Ost-Mitteleuropa (ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete) insgesamt 2.220.000 Todesopfer (x037/60).
Im "dtv-Atlas zur Weltgeschichte" (1989; Band 2, S. 499) wurden die deutschen Vertreibungsverluste mit über 3,0 Millionen angegeben (x061/499).
Wieviel deutsche Zivilisten auf der Flucht, durch Kampfhandlungen, Befreiungsverbrechen, Selbstmorde, Zwangsverschleppungen, Vertreibungsmaßnahmen oder langjährige Zwangsarbeit tatsächlich umkamen, wird man verständlicherweise niemals genau feststellen können.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung schreibt im Jahre 1954 über die Verluste der deutschen Zivilbevölkerung östlich der Oder-Neiße (x001/157E-160E):

>>Der Bericht über den Verlauf der Vertreibung aus dem Osten bliebe unvollständig ohne den Versuch, etwas über das Ausmaß der dabei eingetretenen Menschenverluste auszusagen und Zahlen zu nennen, durch die in sehr eindringlicher Weise bestätigt wird, was in den Erlebnisberichten über die unmenschlichen Formen der Vertreibung berichtet ist.

Es muß dabei allerdings betont werden, daß darüber gegenwärtig und wohl niemals in vollem Umfange exakte, bis ins einzelne statistisch belegbare Angaben gemacht werden können.

Da die bei der Vertreibung entstandenen Verluste nirgends registriert worden sind, kann ihre Höhe heute nur noch nachträglich indirekt errechnet werden. ...

... Allein während des Gesamtprozesses der Vertreibung (sind) 1,6 Millionen Deutsche aus den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße (Grenzen von 1937) umgekommen, das ist 15,8 % der Gesamtbevölkerung Ostdeutschlands vor Kriegsende. Die Höhe dieser Verluste wird daran deutlich, daß sie mehr als das Dreifache derer beträgt, die infolge des Krieges unter den ostdeutschen Soldaten entstanden. - Es hat sich dabei erwiesen, daß die Zahl der Opfer bei den Deutschen, die unter russisch-polnische Verwaltung gerieten, durchschnittlich mehr als das Dreifache aller im Verlauf der Flucht Umgekommenen beträgt.

Die wahllosen Erschießungen beim Einzug der Roten Armee, die Einlieferung großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung in Zwangsarbeitslager und Gefängnisse, die allgemeine Hungersnot und die zahlreichen in den Jahren 1945/1946 herrschenden Epidemien, schließlich auch die Vorgänge während der Deportation nach Rußland und der Zwangsaustreibung haben weit mehr Deutschen das Leben gekostet als manche Ereignisse während der Flucht, wie z.B. der Haffübergang, das Bombardement von Dresden und zahlreiche Schiffsuntergänge. ...

Prozentual noch höher als in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße waren die Verluste der deutschen Bevölkerung im Gebiet der Freien Stadt Danzig und im polnischen Staatsgebiet. ...

Die erschreckende Höhe der Menschenverluste unter der deutschen Bevölkerung Polens und Danzigs erklärt sich aus der Tatsache, daß der überwiegende Teil dieser Menschen 1945 in Lagern untergebracht wurde, in denen infolge von Mißhandlungen und Gewalttaten, auf Grund der schlechten Ernährung, absolut unhygienischer Verhältnisse und zahlreicher Seuchen und Epidemien eine Sterblichkeit von ungewöhnlichem Ausmaße herrschte. Die Gesamtzahl der infolge der Vertreibung östlich der Oder und Neiße umgekommenen deutschen Zivilpersonen erhöht sich durch die hohen Verluste der Deutschen aus Polen und Danzig auf rd. 2 Millionen. ...

Berücksichtigt man, daß die ... gegen Ende des Krieges östlich der Oder-Neiße befindlichen Bombenevakuierte aus Mittel- und Westdeutschland (sowie die Umsiedler und die dienstverpflichteten Reichsdeutschen), die im Laufe der Flucht und der späteren russisch-polnischen Herrschaft ebenfalls hohe Verluste zu beklagen hatten, nicht in dieser Berechnung inbegriffen sind, so muß diese Verlustzahl eher zu niedrig als zu hoch erscheinen. ...<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtet im Jahre 1974 über die sog. "Deutschen Vertreibungsverluste" (x010/18,54): >>Der Begriff Vertreibung ... umfaßt nicht allein die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung, sondern den Gesamtvorgang ihrer Entwurzelung. Dieser begann durch Fluchtbewegungen in der Endphase der Kriegshandlungen, durch Ausplünderung, Verelendung, Mißhandlung, Deportierung und Tötung verbliebener Bevölkerungsteile in der Zeit der Besetzung der deutschen Siedlungsgebiete und vollendete sich schließlich durch deren Ausweisung. ...<<

>>... Bei den Schätzungen des Statistischen Bundesamtes zur Ermittlung der Vertreibungsverluste ... ergeben sich nach Abzug geschätzter Kriegsverluste und nach Ermittlung der in der Bundesrepublik Deutschland und Schätzung der in der DDR sowie in Heimatgebieten im Jahre 1950 lebenden Personen eine Gesamtzahl von ca. 2,2 Millionen "ungeklärter Fälle" in sämtlichen Vertreibungsgebieten (außer UdSSR). Sie werden auch als "Nachkriegsverluste"

bezeichnet. ...
Nur bei einer weitgehenden Auslegung des Begriffs "Vertreibungsverbrechen" kann vorsichtig davon ausgegangen werden, daß es sich bei der Mehrzahl der o.a. "ungeklärten Fälle" um Verbrechensopfer handelt. Dann wären aber die Todesfälle unter der Zivilbevölkerung infolge von Entkräftung und Erschöpfung wegen mangelhafter oder fehlender Lebensmittelzuteilungen ebenso als Vertreibungsverbrechen zu bezeichnen wie auch die hohe Zahl der Selbstmordfälle - Ausdruck der totalen Hoffnungslosigkeit unter der Zivilbevölkerung.
... Das Ergebnis darf jedoch nicht vergessen lassen, daß eine weitaus höhere Zahl von Deutschen Opfer von Gewalttaten wie Vergewaltigungen und Mißhandlungen geworden ist, die nicht unmittelbar zum Tode führten.<<

Reichs- und volksdeutsche Bevölkerungsbilanz für die ehemaligen Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) und die deutschen Siedlungsgebiete im Ausland (ohne Sowjetunion) bis September 1950

	Deutsche Bevölkerung bei Kriegsende 1945 (ohne Geburtenüberschuß)	Nachkriegsverluste der Ost- und Volksdeutschen 1)	Bis September 1950 vertriebene Deutsche	Zurückgebliebene oder zurückgehaltene Ost- und Volksdeutsche
Ostpreußen	2.385.600	277.400	1.935.400	172.800
Ostpommern	1.821.500	328.900	1.431.600	61.000
Ostbrandenburg	614.500	172.500	424.000	18.000
Schlesien	4.480.900	446.100	3.152.600	882.200
Deutsche Ostprovinzen	9.302.500	1.224.900	6.943.600	1.134.000
Baltische Staaten und Memelland	240.100	50.600	168.800	20.700
Danzig	379.700	89.900	283.800	6.000
Polnische Gebiete	1.293.000	185.000	672.000	436.000
Tschechoslowakei	3.446.700	266.600	2.921.400	258.700
Jugoslawien	509.800	135.800	287.000	87.000
Rumänien 2)	785.000	101.000	246.000	406.000
Ungarn 3)	601.000	57.000	206.000	278.000
Deutsche Siedlungsgebiete im Ausland (ohne Sowjetunion)	7.255.300	885.900	4.785.000	1.492.400
Ost-Mitteleuropa	16.557.800	2.110.800	11.728.600	2.626.400

Quellen: "Statistische Berichte" des Bundesamtes Wiesbaden vom 4. November 1959, S. 20 (x026/30) bzw. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1960; "Nachkriegsverluste der deutschen Zivilbevölkerung", S. 78-79.
1) Ohne bombenevakuierte und dienstverpflichtete Reichsdeutsche.
2) Einschließlich Assimilationsverluste von 32.000 Personen.
3) Einschließlich Assimilationsverluste von 60.000 Personen.
Die Vertreibung bzw. "Umsiedlung" der Deutschen wurde von 1945-1951 in mehreren Etappen durchgeführt:
Polen und ehemalige deutsche Ostgebiete: 1945 = 650.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1946 = 2.000.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1947 = 500.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1948 = 150.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1949 = 150.000

vertriebene Volks- und Ostdeutsche und 1950-1951 = 50.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche (x001/155E).
Böhmen und Mähren: 1945-1950 = 2.909.400 vertriebene Sudeten- und Karpatendeutsche (x004/135).
Ungarn: 1946-1948 = 200.000 vertriebene Volksdeutsche (x008/72E).
Bei der Volkszählung vom 13. September 1950, die etwa mit dem Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen zusammenfiel, wurden in der Bundesrepublik Deutschland 7.977.000 reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge bzw. Vertriebene gezählt. Diese Zahl erhöhte sich bis zur Volkszählung 1970 auf 9.598.000 und bis 1985 auf 10.750.000 (x088/14).
Rd. 3.200.000 reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge bzw. Vertriebene wurden nach dem Kriege in die SBZ (spätere DDR) "umgesiedelt" (x148/132).
Nach Angaben des "Bundesausgleichsamtes (Stand: Ende 1987)" hielten sich bis 1950 außerdem 400.000 reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge bzw. Vertriebene in Österreich auf.
Von 1950 bis 1984 kamen 1.259.189 Spätaussiedler aus den östlichen Vertreibungs- und Deportationsgebieten in die Bundesrepublik Deutschland (x024/301).
Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa war die größte gewaltsame Umsiedlung der Zeitgeschichte. Noch nie wurden bisher derartig riesige Gebiete zwangsentvölkert. Während des Zweiten Weltkrieges lebten etwa 19 Millionen Deutsche in Ostdeutschland und in den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas.
Mit der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa wurde die "deutsche Ostsiedlung" Hunderte von Kilometern nach Westen zurückgedrängt. 700 bis 800 Jahre deutsche Siedlungs- und Kulturarbeit gingen abrupt verloren.
Sämtliche ostdeutschen Volksstämme verloren ihre Siedlungsgebiete und dadurch ihre eigene Identität. Die jüngsten deutschen Volksstämme mußten mit der Aufgabe ihres Lebensraumes zwangsläufig als ausgestorben angesehen werden und wurden damit als Volksstämme eliminiert.
Allein in Ostpreußen (4.527 deutsche Städte und Gemeinden), Ostpommern (2.269 deutsche Städte und Gemeinden), Ostbrandenburg (890 deutsche Städte und Gemeinden), Niederschlesien (2.864 deutsche Städte und Gemeinden), Oberschlesien (992 deutsche Städte und Gemeinden) und im Sudetenland (3.139 deutsche Städte und Gemeinden) wurden insgesamt 14.681 deutsche Städte und Gemeinden in den deutschen Ostprovinzen und im Sudetenland (Stand: 1939) ausgelöscht.
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtet später über die anglo-amerikanische Einstellung zur Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x028/196-198): >>Obwohl das in Amerika und Großbritannien nicht unbedingt Tabu ist, so hat die Presse die Vertreibung der Deutschen doch niemals ausführlich behandelt.
Die meisten Amerikaner und Briten wissen kaum, daß sie überhaupt stattgefunden hat, und noch weniger, daß die westliche Zustimmung zum Prinzip der gewaltsamen Umsiedlung die amerikanische und britische Regierung zu Helfershelfern dieser unmenschlichen Unternehmung gemacht hat. Gewiß sind die Westmächte nicht in dem Maße verantwortlich wie die vertreibenden Staaten, aber zweifellos hat erst die anglo-amerikanische Zustimmung zum Grundsatz der Zwangsumsiedlung die Katastrophe von 1945-48 möglich gemacht.
... Die drakonischen Maßnahmen, die den Deutschen aus den Ostgebieten aufgezwungen wurden, hat man nachträglich als "Vergeltung" für die unsagbaren NS-Verbrechen im Osten zu rechtfertigen versucht. Nur traf diese Art "Vergeltung" nicht nur NS-Funktionäre – also die "Täterseite", gemäß einer heute gebräuchlichen Formulierung – sondern in erster Linie die "Frauen und Kinder, die Armen und die Kranken"; letztlich also die ganze Bevölkerung – ohne Rücksicht auf den Grad individueller Schuld oder gar Schuldlosigkeit. ...
Man sollte hier vor der verwerflichen Tendenz warnen, die Vertreibung nachträglich als logi-

sche Folge der Hitler-Verbrechen hinzustellen - oder gar zu legitimieren. Im Hinblick auf Individualität des Leidens darf man die Opfer der Vertriebenen weder bagatellisieren, noch gegen die NS-Verbrechen aufrechnen oder der Vergessenheit preisgeben. Heute neigt man in Großbritannien und in Amerika dazu, die Vertreibung der Deutschen nur vor dem Hintergrund von Auschwitz zu sehen. Diese Sicht ist historisch falsch, denn es gab keinen kausalen Nexus (ursächlichen Zusammenhang).
Die Vertreibung war schon deshalb keine "Antwort" auf die während des Krieges noch gar nicht in ihrem vollen Ausmaß bekannt gewordenen NS-Greuel, weil sie einem von den polnischen und den tschechischen Exilregierungen schon lange vorher ins Auge gefaßtem Ziel entsprach, das sie im Laufe des Krieges durchsetzen wollten. Diese heute von vielen Anglo-Amerikanern gebräuchliche Betrachtungsweise ist auch moralisch höchst fragwürdig, denn sie akzeptiert stillschweigend die Auffassung, man dürfe die an Schuldlosen begangenen Verbrechen durch Verbrechen an wiederum Unschuldigen vergelten.
Die Deutschen sind mit dem Erbe Hitlers belastet, und Auschwitz wird auch in Zukunft seinen Schatten über ihre Geschichte werfen. Man sollte freilich auch wissen, daß es weder im Zweiten Weltkrieg noch in der gesamten Weltgeschichte ein Leidensmonopol gab oder gibt. Aller Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft ist mit Ehrfurcht zu gedenken. Es würde gegen das wissenschaftliche Ethos verstoßen, ließe man die Vertreibung der Deutschen "unaufgearbeitet". Die Verharmlosung dieser Ereignisse bedeutete Hohn und Unbarmherzigkeit den Opfern gegenüber. ...
Jedenfalls müssen wir alle begreifen, daß die Vertreibung nicht nur ein historisches, sondern vornehmlich ein menschenrechtliches Problem darstellt. Menschenrechte sind aber unteilbar. Damit ist eine unterschiedliche Beurteilung schwerster Menschenrechtsverletzungen aufgrund unterschiedlicher Maßstäbe unzulässig. Auch der Gedanke der Kollektivschuld ist ein für allemal zu verwerfen, sei es einer deutschen Kollektivschuld für NS-Greuel, sei es einer osteuropäischen oder anglo-amerikanischen für die Vertreibung. Victor Gollancz hat diesen Gedanken bereits in seiner Londoner Rede, 1947, als "unsinnigen, unliberalen, antichristlichen, beklagenswert nazistischen Gedanken" verurteilt. ...
Für die Deutschen und für Deutschland stellt die Vertreibung ohne Zweifel die gravierendste Kriegsfolge dar. Für die Anglo-Amerikaner hingegen aber auch für die Osteuropäer bleibt sie eine moralische Hypothek. Der Londoner Economist schrieb bereits 1945, ... daß nämlich die Alliierten den Krieg gegen Hitler mit einem Frieden in Hitlers Stil beendet hätten. Es geht also nicht an, die Ungeheuerlichkeit der Vertreibung zu bestreiten; auch in Zukunft wird man sie nicht leugnen können. In diesem Sinne soll die Erinnerung wachgehalten werden. Dies darf aber nicht nur die Aufgabe der Historiker sein.
Diese Aufforderung geht an uns alle. ...<<
Der nordamerikanische Historiker Norman Naimark schreibt später in seinem Buch "Flammender Haß. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert" (x308/231-232,239,241): >>... Ethnische Säuberungen sind immer mit Gewalt verbunden. Menschen geben ihre Häuser nicht freiwillig auf. Sie müssen verjagt werden, manchmal auf die brutalste Weise. Während aber im Krieg im allgemeinen bewaffnete Männer ihren Willen, ihre Maschinen und ihre Zahl aneinander messen, stehen sich bei der ethnischen Säuberung meist ein bewaffneter Täter und ein unbewaffnetes Opfer gegenüber, fast immer ein bewaffneter Mann und eine unbewaffnete Frau, ein Kind oder ein alter Mensch. Die Gewalt geschieht aus der Nähe und sie ist heimtückisch. ...<<
>>... Ethnische Säuberung umfaßt nicht nur die Deportation ganzer Völker, sondern auch die Auslöschung der Erinnerung an ihre Anwesenheit. Die physischen Überbleibsel der Nation werden als erste zerstört. ...<<
>>... An ethnischen Säuberungen ist nichts "Sauberes". Sie sind von Gewalt und Brutalität in

ihrer extremsten Form durchsetzt. Ethnische Säuberung ist aber mit Verbrechen gegen das Eigentum, also Raub und Diebstahl, ebenso verbunden wie mit denen gegen Menschen, sowohl durch den Staat als auch durch Einzelpersonen.
Obwohl die Motive für die Vertreibungen primär politisch und ideologisch, nicht ökonomisch waren, herrschte in allen Fällen die Idee vor, die Opfer – Griechen und Armenier, Juden, Tschetschenen, Inguschen und Krimtataren, Deutsche, Bosnier und Kosovo-Albaner – seien reich und überdies durch die Ausbeutung ihrer dominierenden Nachbarn reich geworden. Aus diesem Grund verdienten sie es, enteignet und beraubt zu werden. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x309/122): >>... Zusammenfassend bleibt festhalten, daß die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa nicht nur die größte Vertreibung der Weltgeschichte war, sondern auch aufgrund der 2,8 bis drei Millionen Menschenleben, die sie gefordert hat, als Völkermord einzustufen ist.
Die Vertriebenen sind im Übrigen rassisch Verfolgte; denn ihr einziges Verbrechen, war ihre ethnische Zugehörigkeit. ...<<

Sieger und Verlierer des Zweiten Weltkrieges

Deutschland und Rußland bzw. die UdSSR wurden im Zweiten Weltkrieg am schwersten betroffen. Der "moderne Zweite Weltkrieg" richtete furchtbare Verheerungen an. Viele Städte und Regionen wurden nicht selten total zerstört. Man schätzte die Kriegskosten und Schäden auf etwa 1.500 Milliarden US-Dollar. Davon entfielen z.B. auf die USA ca. 21 %, auf Großbritannien ca. 20 %, auf das Deutsche Reich ca. 18 % und auf die UdSSR ca. 13 % der Kriegskosten (x061/496).
Die anglo-amerikanischen Bombenangriffe gegen Deutschland vernichteten rd. 1,6 Millionen Gebäude. 3,37 Millionen Wohnungen existierten im Mai 1945 nicht mehr oder waren unbewohnbar (x051/364). Viele große deutsche Städte wurden total verwüstet und dem Erdboden gleichgemacht.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die Zerstörungen in den Westzonen Deutschlands (x063/618-619): >>Allein in den Westzonen waren 2 ¼ Millionen Wohnungen – ein Fünftel des gesamten Wohnraums – völlig zerstört, 2 ½ Millionen schwer beschädigt. Öffentliche Gebäude, Kirchen, Bahnhöfe, die meisten Brükken, Post- und Telegraphenämter waren, wenn nicht zerstört, so doch hart getroffen.
Auch die für jede größere Stadt lebenswichtigen unterirdischen Anlagen, Kanäle, Wasserleitungen, Kabel, hatten gelitten. In Berlin z.B. waren 3.000 große Wasserrohrbrüche zu beseitigen, die Abwässer wurden in die Kanäle geleitet, weil von 84 Pumpstationen nur noch 23 arbeiteten.
Der Schutt, der bei Kriegsende auf Deutschland lag, wird auf 400 Millionen Kubikmeter geschätzt, dazu kamen 17 Millionen Ziegelsteine, die herausgesucht, mit der Hand geputzt und wieder verbaut wurden.
Der neuen Generation fällt es schwer, sich den trostlosen Zustand der Eisenbahnen vorzustellen – ohne Licht, ohne Fenster, ohne Heizung im bittersten Winter, viele Straßen durch Bombentrichter aufgerissen – 3.000 Eisenbahnbrücken zerstört, darunter alle über den Rhein und die Weser, 23 von 24 über den Main und 22 von 34 über die Donau. ... Bombentrichter übersäten die Gleisanlagen, zerfetzt ragten Schienenteile und Signalanlagen in die Luft. Der Kern des Ruhrgebietes war von der Umwelt völlig abgeschnitten.<<
Die verbliebenen deutschen Wirtschaftsbetriebe wurden durch Aufsplitterung, Reparationen und Beschränkungen der jeweiligen Besatzungsmächte zusätzlich geschwächt, so daß die Versorgung der Bevölkerung fast unmöglich wurde. Die industrielle Produktion Westdeutschlands erreichte 1945 nur noch 18 % des Volumens von 1936 (x148/15). Der deutsche Binnenmarkt wurde durch Zonengrenzen unterbrochen, die Währung war total zerrüttet und Auf-

baukredite gab es nirgends. Im gesamten Land breiteten sich Hunger, Resignation und Hoffnungslosigkeit aus.
Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden alle deutschen Rüstungswerke demontiert oder zerstört. Hochseeschiffe und Flugzeuge durften jahrelang nicht mehr produziert werden. Sämtliche Patente, Warenzeichen und Fabrikgeheimnisse wurden beschlagnahmt, um die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt auszuschalten.
Im Vergleich zu den westdeutschen Besatzungszonen waren die ost- und mitteldeutschen Reparationsleistungen wesentlich höher. Transportable Güter und Ausstattungen wurden sofort als Kriegsbeute in die UdSSR transportiert.
In der sowjetischen Besatzungszone demontierten die sowjetischen Besatzer etwa 50 % der industriellen Einrichtungen und wandelten 25 % der mitteldeutschen Industriebetriebe in sowjetische Aktiengesellschaften um, deren Gewinne bis zur Rückgabe an die DDR im Jahre 1953 an die UdSSR abgeführt werden mußten (x128/195). Die geleisteten SBZ-Reparationen betrugen ca. 30 Milliarden Dollar (x149/143).
Der wirtschaftliche Wiederaufbau Mitteldeutschlands wurde durch die z.T. völlig planlose, überhastete Demontage von Industriebetrieben, Gleis- und Versorgungsanlagen erheblich erschwert. In Mitteldeutschland wurden z.B. Tausende von Kilometern Eisenbahnschienen abgebaut, so daß die meisten Strecken nur noch eingleisig befahren werden konnten.
Das Deutsche Reich, daß von den europäischen Großmächten Frankreich, England und der UdSSR nicht gestoppt werden konnte, wurde schließlich - wie im Ersten Weltkrieg - erst durch das Eingreifen der "Supermacht" USA vollständig besiegt. Die Anglo-Amerikaner beendeten zwar Hitlers größenwahnsinnige, menschenverachtende Expansionspolitik, aber gleichzeitig unterstützten sie auch Stalins Terrorregime und die Durchsetzung der maßlosen osteuropäischen Gebietsansprüche. Infolge dieser von den westlichen Alliierten geförderten gewaltsamen Expansionspolitik stieg die UdSSR unaufhaltsam zur neuen Weltmacht auf.
Stalin, der kühle Rechner und verschlagene Verhandlungsexperte, war eindeutig der Sieger des Zweiten Weltkrieges. Stalin hatte frühzeitig erkannt, was die westlichen Alliierten erst noch mühsam lernen mußten und zunächst nicht einsehen wollten: "Wer Deutschland beherrschte, besaß auch den Schlüssel für Westeuropa".
Der "Kalte Krieg" gegen die einstigen Verbündeten war kein Zufallsprodukt, denn Stalin benötigte den "Eisernen Vorhang", um ungestört den Beginn der sog. "Kommunistischen Weltrevolution" einzuleiten. Der "verhinderte Priester" (Stalin) verwirklichte damals konsequent seine politischen Pläne und installierte in allen "befreiten Ländern" kommunistische Gesellschafts- bzw. Terrorsysteme.
Die osteuropäischen Staaten waren trotz der großen Menschenverluste die eigentlichen Gewinner des Zweiten Weltkrieges. Sie konnten ihre Staatsgebiete z.T. erheblich erweitern.
Die Westmächte verloren bereits bei den Konferenzen in Teheran, Jalta und in Potsdam vorzeitig den politischen Machtkampf gegen Stalin. Nach der Potsdamer Konferenz verschlechterten sich die Beziehungen der Kriegsalliierten zusehends.
Nordamerika und die neue Supermacht UdSSR übernahmen nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich die Weltherrschaft, während die bisherigen Machtzentren in Europa und Asien entscheidend geschwächt bzw. gänzlich ausgeschaltet wurden.
Im Gegensatz zu den Briten zeigten die Nordamerikaner nur geringes Interesse, sich langfristig im geschwächten Nachkriegseuropa zu binden. Die Nordamerikaner waren hauptsächlich daran interessiert, aufnahmefähige Absatzmärkte zu sichern und ließen Stalin ungehindert agieren, so daß sich das kommunistische System nicht nur in Ost-Mitteleuropa, sondern auch in Südostasien (Korea, Nord-Vietnam) ungehindert ausdehnen konnte.
Für diese schwerwiegenden Fehler mußte Nordamerika später in Asien "bitteres Lehrgeld" zahlen, denn die anschließenden Kriege gegen Nord-Korea (1950-1953) und Nord-Vietnam

(1965-1975) entwickelten sich zu den verlustreichsten Kriegen ("militärischen Niederlagen") der nordamerikanischen Geschichte.
Der kommunistische Führungsanspruch sowie die geistige und wirtschaftliche Isolierung Osteuropas führten in den folgenden Jahrzehnten zu dem größtenteils selbst verursachten sowjetischen Zusammenbruch, der letztlich im totalen Chaos endete und zur Teilauflösung der UdSSR führte.
Die offizielle sowjetische Geschichtsschreibung ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-45", herausgegeben vom ZK der KPdSU, Moskau 1963, Bd. V.), berichtet später über die sowjetischen Erfolge während des Zweiten Weltkrieges (x047/317-319): >>... Das wichtigste Kriegsergebnis war die Zerschlagung der aggressivsten reaktionären Kräfte des Imperialismus. Dadurch wurde das politische Kräfteverhältnis in der Welt grundlegend verändert und die Nachkriegsentwicklung entscheidend beeinflußt.
Die Pläne der Imperialisten, die UdSSR schwächen zu können, waren nicht aufgegangen. Mit der Entstehung sozialistischer Staaten in Europa und Asien bildete sich das sozialistische Weltsystem heraus, vertiefte sich die allgemeine Krise des Kapitalismus, wurde die Entwicklung des revolutionären Weltprozesses beschleunigt.
Der Sieg über den Faschismus schuf günstige Bedingungen für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung in den Ländern des Kapitals, das Wachstum und die Festigung der kommunistischen (Parteien) und Arbeiterparteien.
Die Zerschlagung des faschistischen Deutschland und des imperialistischen Japan trug zu einem mächtigen Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung und zum Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems bei. ...
In der Praxis wurde der Beweis erbracht, daß eine fruchtbare Zusammenarbeit von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung möglich ist. Während des Krieges brach die militärpolitische Organisation der Staaten des faschistischen Blockes zusammen, offenbarte sich der vollständige Bankrott der Wirtschaft, Politik und Strategie seiner Führung. ...
Der Zweite Weltkrieg stellt die Größe und unbesiegbare Kraft des Sozialismus unter Beweis. Die um die Kommunistische Partei, dem Organisator des Sowjetvolkes, zusammengeschlossenen Völker der UdSSR vollbrachten während des Krieges eine internationalistische Heldentat. ...<<
Der deutsche Historiker Georg Bluhm berichtet später über die damalige Außenpolitik der USA gegenüber der UdSSR (x125/71): >>Die Zeit unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges brachte für die amerikanische Öffentlichkeit, aber auch für einflußreiche politische Kreise die Enttäuschung aller Hoffnungen, daß die Zusammenarbeit der Kriegskoalition zwischen den Großmächten fortgesetzt werden könnte, um dadurch für immer den Frieden in der Welt zu sichern.
Die Enttäuschung war um so größer, als Präsident Roosevelt in seinen Methoden sorgfältigst bemüht gewesen war, der Sowjetführung keinerlei Grund für irgendwelches Mißtrauen zu geben, weil das Fehlen jeglichen Mißtrauens als entscheidende Voraussetzung für den Verzicht auf künftige "Machtpolitik", also für die ersehnte Zusammenarbeit der Großmächte auf Vertrauengrundlage angesehen wurde.
Als Preis für das Erreichen dieses ... Ideals hatte die amerikanische Führung während des Krieges gegenüber der Sowjetunion auf "Politik" im eigentlichen Wortsinne eigentlich verzichtet. So waren keinerlei Vorkehrungen getroffen worden, die den amerikanischen Willen zur gemeinsamen Friedenssicherung durch die Großmächte hätten erfolgreich durchsetzen können oder die auch nur hätten verhindern können, daß die Sowjetregierung ihre kommunistische Expansion in Ost-, Mittel- und Südosteuropa durchführte.
Die enttäuschende Erfahrung in den USA führte zu einer neuen Orientierung und Neukonzeption der amerikanischen Außenpolitik. In diesem Prozeß nahm Amerika bewußt die Bürde auf

sich, durch den Zweiten Weltkrieg Führungsmacht der freiheitlichen westlichen Welt geworden zu sein. Der traditionelle Isolationismus wurde in jahrelanger Auseinandersetzung zurückgedrängt. Er besteht in den zurückliegenden Jahren bis heute fort. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den eigentlichen Sieger des Zweiten Weltkrieges (x068/267-269): >>... Wie die USA aus dem Ersten Weltkrieg, dessen eigentliche Gewinner sie waren, am besten herauskamen, so erst recht aus dem Zweiten. Was die Europäer schwächte, hatte sie enorm gestärkt, ja zur mächtigsten Nation gemacht. Auch zur reichsten, mit Abstand.

Nicht weniger als drei Viertel des gesamten Weltkapitals befanden sich in den USA. Ebenso zwei Drittel der gesamten Industriekapazität. All dies aber war ihnen mehr in den Schoß gefallen, als daß sie es sich erkämpft oder im strengen Sinn erarbeitet hätten. Auch deshalb verloren sie schon in wenigen Jahrzehnten eine einmalige industrielle Vormachtstellung.

Das Territorium der USA hatte durch den Krieg nicht gelitten. Kein Haus war zerbombt, kein Zivilist durch Kriegseinwirkungen getötet, keiner zum Flüchtling gemacht worden. Die Nation, seit nun bald zweihundert Jahren nie mehr innerhalb ihrer Grenzen attackiert, fühlte sich im Vollgefühl ihrer Kraft. Ruinen und Leichen in Europa und Japan, doch der "American way of life" nahm seinen Lauf, die "Pax Americana", das "amerikanische Jahrhundert" - mit dem Kalten Krieg, dem Koreakrieg, Vietnamkrieg, Golfkrieg und einer Fülle anderer "Interventionen".

Zur Sowjetunion war das Verhältnis der westlichen Führungsmacht gleich nach dem Zweiten Weltkrieg schon wieder so schlecht, wie es etwa noch 1931 gewesen war, als Präsident Hoover, der Vater der "Politik der guten Nachbarschaft", "die Vernichtung der UdSSR" sein Ziel genannt hatte. Zwar erkannte Roosevelt 1933 die Sowjetunion rasch an (freilich nur, um sie gegen Japan auszuspielen). Zwar fühlte sich die Masse der US-Amerikaner mit ihr im Weltkrieg eng verbunden. Doch bestand bereits neben dieser pro-russischen, scharf faschistenfeindlichen Richtung auch weiter eine antikommunistische Tendenz, ideologisch wie machtpolitisch motiviert, und sie setzte sich durch.

Schon während des ganzen Krieges hatten Deutsche und Amerikaner geheime, gegen die UdSSR gerichtete Verhandlungen geführt: in Vichy, Bern, Stockholm sowie im Vatikan, in Staaten, nebenbei, die mit Hitlerdeutschland sympathisierten. Und bereits Ende 1944 glaubte US-Admiral Furer die Amerikaner "jetzt darauf vorbereitet, der Tatsache ins Auge zu sehen, daß der Krieg zur Beendigung aller Kriege noch nicht gekämpft worden sei"; erklärte US-General Arnold gegenüber dem britischen Luftmarschall Portal, "unser nächster Feind sei Rußland".

Und kaum war Roosevelt beerdigt, so beschloß man einen Tag danach, am 15. April 1945, seine Politik umzukehren. Es geschah in einer Sitzung von etwa 15 Personen im Außenministerium, an der auch Vertreter des Kriegsministeriums teilnahmen, auch ehemalige Bankiers, wie John McCloy, auch Senator Vandenberg und John Foster Dulles, Präsidenten der führenden Aktiengesellschaften, der Präsident von General Motors, kurz, Repräsentanten von Großbanken und Großindustrie, die längst einen Kurswechsel befürwortet hatten.

Sie alle wünschten einen milden Frieden mit Deutschland, um dies als Bollwerk gegen Rußland aufzubauen.

Der Wechsel der amerikanischen Politik wurde eingeleitet, bevor ernsthafte Schwierigkeiten zwischen beiden Weltmächten bestanden. Und er wurde weder durch den Präsidenten noch den Kongreß sanktioniert. Er erfolgte außerhalb demokratischer Legalität.

Für Truman, einen erfahrenen Taktiker, jedoch ohne geistige Qualifikation, war die demokratische Mission der USA ebenso ausgemacht wie das Streben Moskaus nach Weltherrschaft. Schon wenige Tage nach seiner Amtsübernahme prahlte er, "daß die Russen bald auf ihren Platz verwiesen würden und daß die Vereinigten Staaten dann die Führung dabei übernehmen

würden, daß die Welt so regiert werde, wie sie regiert gehöre".
Den Russen gegenüber benahm sich Truman immer unfreundlicher. Noch in der Schlußphase des Krieges hatte man versucht, sie von dem - zunächst so begehrten - Eintritt in den Krieg gegen Japan abzuhalten. Bei der Regierungsbildung in Italien und Griechenland wurden sie gar nicht mehr gefragt, ihre gewünschte große Anleihe von mindestens zehn Milliarden Dollar wurde ebenso übergangen wie schließlich jede zusätzliche Lend-Lease-Lieferung - während man dem Kriegsfeind Deutschland im ureigenen Interesse bald entgegenkam.
Es spricht für sich, daß Truman schon am 23. April 1945 seinem Kabinett erklärt, "wenn die Russen sich uns nicht anschließen wollen, dann sollen sie eben zur Hölle fahren".<<

16.08.1945

SBZ: Das sowjetische Internierungslager Weesow wird am 16. August 1945 aufgelöst.
Das sowjetische Internierungslager Weesow durchlaufen ca. 10.000 deutsche Häftlinge. Von Mai bis August 1945 sterben dort etwa 1.000 Häftlinge (x126/168). Die letzten 2.000 Häftlinge müssen zu Fuß in das ehemalige KZ Sachsenhausen marschieren.

UdSSR, Polen: Die UdSSR und Polen schließen am 16. August 1945 ein Grenzabkommen über die gemeinsame "ostpreußische Grenze".
Die endgültige Grenzziehung wird jedoch ausdrücklich bis zum Friedensvertrag aufgeschoben (x028/178). Im Artikel 1 des Grenzvertrages stellt man fest, daß die sowjetisch-polnische Staatsgrenze entlang der "Curzon-Linie" verläuft (x111/65).

Großbritannien: Die "United Press" berichtet am 16. August 1945 über die britischen Siegesfeiern anläßlich des Endes des Zweiten Weltkrieges (x043/76): >>London feiert ohne Unterbruch das Kriegsende. Viele Leute fielen in dem gewaltigen Gedränge in Ohnmacht. Den meisten Wirtshäusern ging das Bier aus.
Der gestrige Siegestag war unzweifelhaft der Ehrentag Churchills. Er war der Mann, der überall gefeiert wurde, während Attlee eher im Hintergrund blieb. "Der Mann, der England und Europa rettete" - wie man Churchill allgemein nennt - war Gegenstand begeisterter Ovationen. ...<<
Churchill, der neue Oppositionsführer (ein ehemaliger Befürworter der Vertreibungspolitik), beklagt am 16. August 1945 vor dem britischen Unterhaus die Ausweisung der Deutschen aus dem "neuen Polen" und der CSR (x028/128,178): >>... Besonders beschäftigen mich in diesem Augenblick die Berichte, die uns über die Bedingungen zukommen, unter denen die Vertreibung und der Auszug der Deutschen aus dem neuen Polen durchgeführt werden.
Vor dem Krieg lebten acht bis neun Millionen Menschen in diesen Gebieten. Die polnische Regierung sagt, von diesen befänden sich noch 1.500.000, die bisher nicht vertrieben wurden, innerhalb der neuen Grenzen. Andere Millionen müssen hinter den britischen und amerikanischen Linien Zuflucht genommen haben, wodurch sie die Lebensmittelknappheit in unserer Zone erhöhen.
Über eine riesige Anzahl fehlt jede Nachricht. Wohin haben sie sich gewandt, was war ihr Schicksal? Die gleichen Zustände können sich in veränderter Form bei der Ausweisung einer großen Anzahl Sudetendeutscher und anderer Deutscher aus der Tschechoslowakei wiederholen.
Spärliche und vorsichtige Berichte über die Dinge, die vor sich gingen und gehen, sind durchgesickert; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes sich hinter dem Eisernen Vorhang, der Europa gegenwärtig entzweischneidet, abspielt. ...<<
>>... Ich muß meine persönliche Meinung zu Protokoll geben, daß die Polen zugestandene, provisorische Westgrenze, die ... ein Viertel des Ackerlandes ganz Europas umschließt, kein gutes Vorzeichen für die künftige Karte Europas ist. ...<<
Churchill äußert sich ferner am 16. August 1945 zur Vormachtstellung der USA (x191/109): >>Ich freue mich, daß dem so ist. Mögen sie mit höchster Macht und Verantwortlichkeit zu

Werke gehen, nicht um ihrer selbst willen, sondern um aller Menschen in allen Ländern willen. ...<<

17.08.1945

CSR: Die Olmützer Zeitung "Osvobozeny Nasinec" ("Der befreite Landsmann") berichtet am 17. August 1945 über die tschechische Revolutionsgarde (x004/69-70): >>Heute ist jedermann "Partisan". Der eine deshalb, weil er einen Partisanen gesehen hat, der andere deshalb, weil er von ihnen etwas gehört hat, der dritte deshalb, weil er sie angeblich unterstützt hat. Der vierte erhielt im Mai eine Flinte in die Hand gedrückt, der fünfte arbeitete den ganzen Krieg über gegen die Deutschen usw.

Jeder will für seine großartige Tätigkeit und seine Verdienste auch die größten Rechte in Anspruch nehmen. Überall bemüht er sich, sich vorzudrängen und hat in sich nichts von dem, was der echte Partisan hat ...

Wo sind denn die echten Partisanen? Sie sind schweigend in den Hintergrund getreten. ... Solange sie nicht dazu gerufen wurden, ging keiner von den Partisanen ins Grenzgebiet, um dort "Goldgräber" zu werden.

Wer sich heute Partisan nennt, ohne es gewesen zu sein, ist ein charakterloses Individuum, das den echten Partisanen, der dem Feind schwere Verluste zufügte, um seinen guten Namen bringt.<<

Großbritannien: Der Bischof von Chichester berichtet am 17. August 1945 über die große Not im Deutschen Reich (x111/65): >>... Es besteht im Ausland offenbar ein völlig falscher Eindruck über die wahre Lage in Deutschland. Das Gewissen gebietet es uns, nicht länger zu schweigen. Die Wahrheit besteht darin, daß die Not im Reich von Tag zu Tag steigt und daß eine fürchterliche Hungersnot ausbrechen muß, falls nicht schleunigst Hilfe einsetzt. Wir hören von Rationen, die der Bevölkerung zugesagt worden sind; aber man verschweigt uns, daß diese nur auf dem Papier stehen und nicht zur Verteilung kommen. ...

Dies ist die Lage im Herzen des Reiches, aber sie verschlimmert sich täglich durch das Eintreffen von Strömen von Flüchtlingen aus den östlichen Teilen Deutschlands. Aus den Gebieten östlich der Oder vertreiben die Polen alle Einwohner nach dem Westen. Man muß diese Flüchtlinge gesehen haben, um beurteilen zu können, was über sie hereingebrochen ist. Es gibt keine Worte, um ihr Elend beschreiben zu können.<<

18.08.1945

WBZ: Der deutsche Schriftsteller Frank Thiess (1890-1977) kritisiert am 18. August 1945 in der "Münchener Zeitung" den Emigranten Thomas Mann (x111/66): >>... Ich glaube, es war schwerer, sich hier seine Persönlichkeit zu bewahren, als von drüben Botschaften an das deutsche Volk zu senden.<<

20.08.1945

CSR: Die tschechische Zeitschrift "Zivot" berichtet am 20. August 1945 über die Explosion in Aussig-Schönpriesen (x004/73): >>Aussig ruft und gebietet: Nicht ein Deutscher auf tschechischem Gebiet! Nicht ein Deutscher in Prag!

Und wenn er sich unter was immer für einem Mantel von Mischehe oder Loyalität verbirgt. Das Volk wird seiner Regierung folgen, ohne sich etwas abhandeln zu lassen und entschieden bis in (alle) Konsequenzen, und erwartet von ihr energische Taten.<<

Minister Ripka erklärt am 20. August 1945 in einer Rundfunkansprache, daß die Ausweisung der Deutschen dringend erforderlich ist (x004/116): >>Es handelt sich dabei um einen fundamentalen Grundsatz unserer politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung. Dieser Bevölkerungsabschub liegt nicht nur im Interesse der Tschechoslowakei, sondern ist eine unumgängliche Voraussetzung für die Beibehaltung des Friedens.

Die Tschechen freuten sich daher über den ... Beschluß von Potsdam, konnten jedoch die Verschiebung der Deportation nicht begrüßen.

Wir sind uns der Schwierigkeiten der Alliierten bewußt, indessen können wir kaum Vorbereitungen für die Umorganisation und den Neuaufbau der Grenzgebiete treffen, bis wir wissen, wann die Deutschen sie verlassen werden. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schreibt später über die Gründe für den beschleunigten "Abschub" der Sudetendeutschen (x028/116): >>... Die Angst kann man sich aber schwer vorstellen, denn die Sudetendeutschen waren entwaffnet und warteten zu Hunderttausenden in Lagern auf ihren Abtransport. Die noch in den Dörfern Verbliebenen konnten kaum eine Gefahr für die tschechoslowakische Bevölkerung bilden.

Das erkennbare Motiv für die beschleunigte Vertreibung war nicht die Sicherheit der Tschechen, sondern die beherrschende Idee, das Sudetenland, das immerhin 700 Jahre lang von Deutschen bewohnt gewesen war, vollständig zu entdeutschen und auf diese Weise einen reinen, nur aus Tschechen und Slowaken bestehenden Nationalstaat zu schaffen. ...<<

Großbritannien: Außenminister Bevin berichtet am 20. August 1945 im britischen Unterhaus über die Folgen der Potsdamer Konferenz (x028/241): >>... Die Frage des endgültigen zukünftigen Gebietes von Polen muß am Verhandlungstisch für den Frieden geregelt werden, und ich persönlich sehe die Gefahr - und schließe mich damit der von dem sehr ehrenwerten Mitglied für Woodford (Churchill) geäußerten Ansicht an - daß die Polen zu weit nach Westen geraten.<<

Vietnam: Der vietnamesische Politiker Ho Chi Minh (1890-1969, seit 1941 Führer der kommunistischen Partisanenbewegung "Vietminh" in Indochina) übernimmt am 20. August 1945 in Hanoi die Macht.

21.08.1945

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 21. August 1945 über Grundsätze der Parteipolitik (x111/66-67): >>... Ich und sehr viele mit mir würden es sehr bedauern, wenn gegenüber einer so starken Verbindung, wie die Sozialdemokraten sie darstellen, die Vertreter der christlichen Grundsätze sich in deren Parteien zersplittern und somit ihre Bedeutung und ihren Einfluß selbst mindern würden.<<

Schweiz: Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes berichten am 21. August 1945 in Genf über die katastrophalen Lebensverhältnisse der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich (x130/178): >>... Sie stellten fest, daß der Nahrungsmangel das Leben von 200.000 deutschen Kriegsgefangenen unmittelbar gefährde. ... Für 600.000 Gefangene in französischen Lagern gebe es nur ungenügende Unterkünfte ...<<

China: General Yamada kapituliert am 21. August 1945 in der Mandschurei vor der Roten Armee. 609.176 japanische Soldaten (einschließlich 148 Generale und Admirale) geraten in sowjetische Kriegsgefangenschaft (x040/294-295).

22.08.1945

WBZ: Die Briten berichten am 22. August 1945 über Verbrechen von ehemaligen ausländischen Zwangsarbeitern (x111/67): >>In Bremen und anderen Teilen Nordwestdeutschlands greift die Verbrecherplage immer mehr um sich. Die Täter rekrutieren sich fast ausschließlich aus den Reihen ehemaliger Zwangsarbeiter, die sich zu Banden vereinigen und alles deutsche Eigentum und Leben als gerecht erbeutet zu betrachten scheinen.

Truppen sind von der alliierten Militärregierung aufgeboten worden, um die Verbrecherplage mit schärfsten Mitteln zu unterdrücken. Überfälle auf Bauernhöfe und Angriffe auf die Zivilpersonen sind so häufig geworden, daß die deutsche Ernährungssituation in vielen Bezirken bereits beeinträchtigt wurde. Viele Feldarbeiter fürchten sich, auf den Feldern zu arbeiten.

In der Tat laufen sie fortwährend Gefahr von Wegelagerern angegriffen zu werden. Auch die Fälle von Vergewaltigungen sind zahlreich. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 22. August 1945 aus Bayern (x124/45): >>... Über Deutschland will sich keine Sonne mehr zeigen.

England und die USA haben sich angeblich verpflichtet, Frankreich zum Aufbau 50.000 Arbeitskräfte aus ihren Zonen zu stellen. In der britischen Zone fängt man die Männer auf der Straße ein; in amerikanischen Gefangenenlagern wird niemand mehr entlassen ...
... Die UNRRA will für 12.000.000 Dollar Grubenmaschinerie nach Europa schaffen, damit die Kohlengruben Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens rationell genutzt werden. ...<<
Großbritannien: Der britische Unterhausabgeordnete Evans berichtet am 22. August 1945 über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x028/230): >>Gegenwärtig strömen 200.000 alte Leute, Frauen und Kinder jede Woche vom Osten nach Berlin hinein.
Sie sind heimatlos und besitzen nur, was sie auf dem Leibe tragen. Eine Frau schob in 2 Kinderwagen 6 Kinder fast 150 km weit. ...
Ist es das, wofür jene Herzen, die nicht zurückkommen werden, jene, die nicht alt werden, wie wir anderen alt werden, gekämpft haben und gestorben sind? ...<<
USA: General de Gaulle fordert am 22. August 1945 in Washington die Abtrennung des Rheinlandes und die Angliederung des Saargebietes an Frankreich sowie die internationale Verwaltung des Ruhrgebietes (x111/67).

23.08.1945

Berlin: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 23. August 1945 in ihrem Tagebuch über die Beerdigung ihres Lebensgefährten Leo Borchard (x111/68): >>Wir bitten immer um die gleichen Dinge. Einen Sarg für Andrik (Pseudonym für Leo Borchard). Ein Grab für Andrik. Eine menschenwürdige Überführung. Eine menschenwürdige Aufbahrung.
Wir bitten überall vergebens. Auch amerikanische Soldaten werden in einer Zeltbahn begraben', bedeutet man uns, "wir sehen keinen Anlaß, einen Deutschen besser zu behandeln".<<
WBZ: Die katholische Bischofskonferenz veröffentlicht am 23. August 1945 in Fulda eine Erklärung über das NS-Regime (x111/67, x075/129): >>Furchtbares ist schon vor dem Krieg in Deutschland und während des Krieges durch Deutsche in den besetzten Ländern geschehen. Wir beklagen es zutiefst. ...<<
>>... Viele Deutsche, auch aus unseren Reihen, haben sich von den falschen Lehren des Nationalsozialismus betören lassen, sind bei den Verbrechen gegen menschliche Freiheit und menschliche Würde gleichgültig geblieben; viele leisteten durch ihre Haltung den Verbrechen Vorschub, viele sind selber Verbrecher geworden.
Schwere Verantwortung trifft jene, die auf Grund ihrer Stellung wissen konnten, was bei uns vorging, die durch ihren Einfluß solche Verbrechen hätten verhindern können und es nicht getan haben, ja diese Verbrechen ermöglicht und sich dadurch mit den Verbrechern solidarisch erklärt haben.<<
Jugoslawien: Das Präsidium der Volksversammlung erläßt am 23. August 1945 ein Gesetz über die Staatsangehörigkeit der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien (x006/212E-218E): >>... II. Teil Verlust der Staatsangehörigkeit ...
Artikel 16 Die Staatsangehörigkeit in der FVRJ kann jedem entzogen werden, der seiner Nationalität nach einem der Völker angehört, deren Staaten sich an dem Kriege gegen die Völker der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien beteiligt haben, und der während des Krieges oder in Verbindung damit vor dem Kriege durch loyales Verhalten gegen die nationalen und staatlichen Interessen der Völker der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien gegen seine Pflichten als Staatsangehöriger verstoßen hat. ...
Artikel 17 Über die Entziehung der Staatsangehörigkeit ... entscheidet das Ministerium für Innere Angelegenheiten der FVRJ. ...
Artikel 18 Die Entziehung nach Artikel 16 Absatz 1 dieses Gesetzes erstreckt sich auch auf den Ehegatten und die Kinder der betreffenden Person, es sei denn, daß sie nachweisen, daß

sie mit dem illoyalen ehemaligen Staatsangehörigen nicht in Verbindung standen und daß ihr persönliches Verhalten einwandfrei war, oder daß sie ihrer Nationalität nach einem der Völker der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien angehören. ...
Kapitel IV ...
Artikel 35 ... Nicht als Staatsangehörige der FVRJ ... werden Personen deutscher Nationalität betrachtet, die sich im Auslande befinden und die während des Krieges oder vor dem Kriege ihre Pflichten als Staatsangehörige durch illoyales Verhalten gegenüber ... der FVRJ verstoßen haben. ...<<
Das Präsidium der Volksversammlung der Demokratischen Volksrepublik Jugoslawien erläßt ferner am 23. August 1945 ein Gesetz über die Agrarreform und Kolonisation (x006/223E-231E): >>... Artikel 1. Mit dem Ziel der Zuteilung von Land an Landwirte, die keine oder nur eine ungenügende Menge Land besitzen, ist auf dem gesamten Territorium der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien eine Agrarreform und Kolonisation durchzuführen, welche das Prinzip verwirklicht: das Land gehört denen, die es bearbeiten.
Artikel 2 Das zugeteilte Land geht in das Privateigentum derjenigen Haushalte über, denen es zugeteilt wurde, und ist sofort in die Grundbücher einzutragen. ...
Artikel 3 Zur Schaffung des für die Zuteilung nach Art. 1 erforderlichen Bodenfonds sowie zur Schaffung oder Abrundung großer staatlicher Muster- und Versuchsgüter werden folgende landwirtschaftliche Güter den bisherigen Besitzern abgenommen und gehen in Staatseigentum über:
a) Großbesitz, ... deren Gesamtfläche 45 Hektar oder 25 bis 35 Hektar Anbaufläche übersteigt. ...
b) Grundbesitz im Eigentum von Banken, Unternehmen. ...
c) der Landbesitz der Kirchen, Klöster, Glaubensgemeinschaften. ...
Artikel 4 Landbesitz, der in seiner Gesamtheit enteignet wird, geht mit allen darauf befindlichen Gebäuden und mit dem gesamten lebenden und toten Inventar ohne jede Entschädigung an die Eigentümer in Staatseigentum über. ...
Artikel 10: Außer der nach Art. 3 enteigneten Anbaufläche kommt zum Bodenfonds für die Agrarreform und Kolonisation:
a) der Besitz an anbaufähigem Land von Staatsangehörigen des Deutschen Reiches und Personen deutscher Nationalität, welcher gemäß ... Beschluß ... konfisziert wurde. ...
Artikel 16 1. Das Recht auf Bevorzugung bei der Zuteilung von Land haben Landwirte ohne oder mit nur einer ungenügenden Menge Land, die Kämpfer der Partisaneneinheiten, der Volksbefreiungsarmee und Partisaneneinheiten und der Jugoslawischen Armee waren. Invaliden des Befreiungskrieges, ... Familien und Waisen von gefallenen Kämpfern ... und Opfer des faschistischen Terrors und ihre Familien. Unter den Kämpfern haben die alten Kämpfer und Freiwilligen den Vorzug. ...
Artikel 24 Das nach diesem Gesetz zugeteilte Land darf für eine Frist von 20 Jahren weder ganz noch teilweise geteilt, verkauft, verpachtet oder verpfändet werden. ...
Artikel 29 Die Agrarreform und die innere Kolonisation wird durch die Landwirtschaftsministerien der Volksrepubliken ... durchgeführt. ...<<
Schweiz: Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtet am 23. August 1945 (x028/117): >>Britische Beobachter in Wien teilen mit, daß auch nach der Erklärung von Potsdam, die einen geregelten Transfer vorschrieb, Hunderttausende von Vertriebenen die österreichische Grenze überschritten haben.
Es wird ausdrücklich festgestellt, daß die Vertreibungen nicht, wie Churchill annahm, auf russischen Befehl, sondern auf Veranlassung der örtlichen tschechischen Behörden erfolgen, welche Prag nicht wirksam zu kontrollieren vermöge.
Im Bericht eines Holländers, der aus der Tschechoslowakei eintraf, heißt es, daß die tschechi-

sche Miliz ihre Opfer häufig in die nächstliegenden Häuser und Höfe treibt, wenn russisches Militär sich nähert, und ihnen verbietet, sich bemerkbar zu machen.
In Berlin und vom Mecklenburgischen bis nach Sachsen treffen Kolonnen halbverhungerter Menschen ein, die von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf weitergeschickt werden. Tausende erreichen überhaupt kein Ziel mehr und leben in Straßengräben und Wäldern. ...<<

24.08.1945

Großbritannien: Norman Clark berichtet am 24. August 1945 in der britischen Tageszeitung "News Chronicle" über das Elend der deutschen Vertriebenen in Berlin (x028/129-130): >>Unter dem zerbombten Dach des Stettiner Bahnhofs ... blickte ich nachmittags in einen Viehwagen, der an den Puffern neben Bahnsteig 2 abgestellt worden war.
Auf einer Seite lagen vier Gestalten tot unter Decken, auf Tragen aus Bambus und Raphiabast; in einer anderen Ecke vier weitere, alles Frauen, im Sterben.
Eine rief kaum hörbar nach Wasser. ... Zwei Sanitätshelferinnen taten, was sie konnten, um die kleinen Wünsche der Sterbenden zu erfüllen.
Der Zug kam aus Danzig. Er war 7 Tage unterwegs gewesen. Manchmal dauerte es länger. Diese Leute im Viehwagen und Hunderte, die auf den Bündeln mit ihrer Habe auf dem Bahnsteig und in der Bahnhofshalle lagen, waren das tote oder sterbende oder verhungernde Strandgut, das die Flut menschlichen Elends, die täglich Berlin erreicht, zurückgelassen hatte. Am nächsten Tag wird es in einen anderen Zug gepackt, der eine andere Stadt ansteuert, immer in hoffnungsloser Suche nach Nahrung und Hilfe.
Tausende - bis zu 25.000 am Tag - kommen zu Fuß in die Außenbezirke gewandert, wo man sie anhält und ihnen den Zugang zu der bereits überfüllten Stadt verwehrt.
Jeden Tag werden zwischen 50 und 100 Kinder - bisher in kurzer Zeit schon insgesamt 5.000 -, die beide Eltern verloren haben oder verlassen worden sind, auf Berliner Bahnhöfen aufgesammelt und in Waisenhäuser oder zu Pflegemüttern in Berlin gebracht.
Ohne zentrale Kontrolle versuchen die Wohlfahrtsausschüsse, mit Schwierigkeiten fertigzuwerden, die über ihre Kräfte gehen. (Die Organisation erhielt weder Telefon noch Auto und ist bei der Koordinierung irgendwelcher Pläne, falls es überhaupt Pläne gibt, auf einen Kurier mit Fahrrad angewiesen, der wiederum von der Gnade mitfühlender militärischer Straßenkontrollen abhängt).
Hier in Berlin leben wir im Schatten von Hunger und Mangel, im Schatten des Todes und der Epidemien, wie sie die Welt in der uns überlieferten Geschichte nicht erlebt hat. ...
Das ist eine grobe Mißachtung der Potsdamer Vereinbarung, in der gefordert wird, daß die Umsiedlungen von Menschen in "geregelter und humaner Weise" vor sich gehen sollen. ...<<

25.08.1945

WBZ: Ein Sprecher der US-Militärregierung in Stuttgart verkündet am 25. August 1945 während einer Rundfunkansprache (x114/2.91): >>... Als die amerikanische Militärregierung ihre hiesige Aufgabe übernahm, stellten wir fest, daß in Stuttgart ein zwar kleiner aber blühender schwarzer Markt stattfindet, besonders in Nahrungsmitteln.
Sie alle wissen, daß der schwarze Markt, wenn man ihn groß werden läßt, nur eines bedeuten kann, nämlich den Zusammenbruch der Bewirtschaftungsmaßnahmen, die zum Schutze der Interessen aller getroffen wurden. Dies würde hohe Preise für alle Arten von Waren bedeuten und früher oder später würden sie für die Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse so viel bezahlen müssen, daß ihre künftige Existenz in Frage gestellt wäre.
Die Militärregierung war entschlossen, jede Tätigkeit am schwarzen Markt auszuschließen, und ich kann mit Genugtuung feststellen, daß der schwarze Markt ausgemerzt ist. Wir werden in Stuttgart keinen Schwarzen Markt dulden, und sollte er wieder in Erscheinung treten, werden wir jedes Mittel anwenden, um ihn wieder auszurotten.
Lassen Sie sich sagen, was dies heißt: Mehr als 100 Personen sind bereits verhaftet und sehen

ihrer Verurteilung zu Gefängnisstrafen entgegen. Es lohnt sich also nicht!
Von jetzt an wird jeder, der beim schwarzen Markt ertappt wird, sei es als Käufer oder Verkäufer schwer bestraft werden.<<

Jugoslawien: Das Präsidium der Volksversammlung der Demokratischen Volksrepublik Jugoslawien erläßt am 25. August 1945 ein Gesetz über Straftaten gegen Volk und Staat (x006/-234E-240E): >>... Artikel 2 Als Straftat gegen Volk und Staat wird jede Handlung angesehen, welche bezweckt, durch Gewaltanwendung die bestehende staatliche Einrichtung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien zu vernichten oder zu bedrohen ...
Artikel 3 Als Verüber einer Straftat nach Artikel 2 dieses Gesetzes ist insbesondere anzusehen:
1. wer eine Handlung unternimmt, die darauf gerichtet ist, die obersten Organe der Staatsmacht ... oder die örtlichen Organe der Staatsmacht gewaltsam zu stürzen;
2. wer Handlungen vornimmt, welche der militärischen Stärke, der Verteidigungsfähigkeit oder wirtschaftlichen Kraft des Staates Schaden zufügen oder die seine Unabhängigkeit oder die Integrität seines Territoriums bedrohen;
3. wer ein Kriegsverbrechen begeht, d.h. wer während des Krieges oder feindlicher Okkupation als Rädelsführer, Organisator, Auftraggeber, Helfer oder unmittelbarer Ausführender, von an der Bevölkerung Jugoslawiens begangenen Morden, Verurteilungen zum Tode und ihrer Vollstreckung, Verhaftungen und Folterungen, gewaltsamen Aussiedlungen oder Verschleppungen in Konzentrationslager, Internierung und zur Zwangsarbeit mitwirkt; wer die Bevölkerung absichtlich aushungert, sie zwangsweise denationalisiert, wer eine gewaltsame Mobilisierung, Verschleppung zur Prostitution, Vergewaltigungen oder gewaltsame Glaubensübertritte vornimmt; ... oder wer unter denselben Umständen Brandstiftungen oder die Vernichtung oder Plünderung öffentlichen oder privaten Vermögens befiehlt oder ausführt; wer Funktionär des Terrorapparates und der Polizeiformationen des Gegners oder Angestellter in seinen Gefängnissen, Konzentrations- oder Arbeitslagern wird oder jugoslawische Staatsangehörige und Kriegsgefangene unmenschlich behandelt, oder wer eine andere Tat begeht, die ein Kriegsverbrechen darstellt;
4. wer während des Krieges bewaffnete militärische oder Polizeieinheiten organisiert, andere Personen zum Eintritt wirbt, oder selbst in solche Organisationen eintritt; ...
5. wer während eines Krieges gegen die Föderative Volksrepublik Jugoslawien oder ihre Bundesgenossen geführten Krieges in die feindliche Armee oder in andere feindliche bewaffnete Formationen eintritt, oder als Kämpfer gegen sein Vaterland oder dessen Verbündete am Kriege teilnimmt, oder wer in irgendeiner Weise einen fremden Staat unterstützt, welcher sich mit der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien im Krieg befindet. ...
Artikel 4: Taten nach Art. 3 dieses Gesetzes ... werden mit Freiheitsentzug mit Zwangsarbeit für mindestens 3 Jahre, Konfiskation des Vermögens und Verlust der politischen und einzelner bürgerlicher Rechte, bei Vorliegen besonders erschwerender Umstände mit dem Tode bestraft. ...
Artikel 7 Für schwere Körperverletzung von Personen nach Artikel 3 ... dieses Gesetzes, ... wird der Täter mit Freiheitsentzug mit Zwangsarbeit bestraft. ...
Artikel 10 Personen, welche während des Krieges auf wirtschaftlichem Gebiet mit dem Gegner und Okkupanten zusammenarbeiten, ... werden mit Freiheitsentzug bis zu 10 Jahren und Konfiskation ihres Vermögens bestraft. ...
Artikel 12 Der Versuch von in diesem Gesetz vorgesehenen Taten wird wie die vollendete Straftat bestraft. ...
Artikel 16 Straftaten nach diesem Gesetz und die Vollstreckung der wegen dieser Taten verhängten Urteile verjähren nicht. ...
Artikel 18 In diesem Gesetz vorgesehene Straftaten, die vor seinem Inkrafttreten verübt wur-

den und wegen derer noch kein rechtsgültiges Urteil gesprochen wurde, sind nach diesem Gesetz zu bestrafen, wenn seine Bestimmungen milder sind als die bisherigen. ...<<

26.08.1945

Jugoslawien: Das Präsidium der Provisorischen Volksversammlung erläßt am 26. August 1945 ein Gesetz über die Organisation der Volksgerichte in der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien (x006/241E-242E): >>... Artikel 1 Durch besondere Gesetze können Sondergerichte errichtet und die föderativen Einheiten ermächtigt werden, Friedensgerichte zu gründen, wobei ihre Organisation und Zuständigkeit festzulegen ist.

Artikel 2 Die Hauptaufgaben der Gerichte in der Ausübung der Rechtspflege sind:

1. der Schutz der demokratischen Errungenschaften des Volksbefreiungskampfes, Schutz der Rechte der ... Unternehmen und Organisationen öffentlichen oder privaten Charakters, sowie der Schutz der persönlichen Eigentumsrechte und der gesetzlich geschützten Interessen der Bürger Jugoslawiens;
2. Sicherung der genauen Einhaltung der Gesetze und der Vorschriften ...
3. die Erziehung der Bürger im Geiste der Ergebenheit gegenüber dem Vaterland, im Geiste richtiger Erfüllung der Gesetze und anständiger Ausübung der bürgerlichen Rechte und Pflichten.

Artikel 3 Vor dem Gericht sind alle Bürger gleich, ohne Unterschied des Geschlechts, der gesellschaftlichen, materiellen und dienstlichen Stellung und der nationalen, religiösen oder rassischen Zugehörigkeit.

Artikel 4 Die Verhandlungen finden in allen Gerichten öffentlich statt, insofern nicht durch Gesetz Ausnahmen vorgesehen sind. ...

Artikel 7 Die Gerichte fällen ihre Urteile: "Im Namen des Volkes." ...<<

USA: Im Gefängnis von Fort Leavenworth werden am 26. August 1945 sieben deutsche Kriegsgefangene (U-Bootfahrer) gehängt, weil sie einen deutschen Mitgefangenen wegen seiner Spitzeldienste für den US-Geheimdienst umgebracht hatten (x130/91).

27.08.1945

SBZ: Die SMAD erläßt am 27. August 1945 einen Befehl über die Entmilitarisierung und Entnazifizierung. Wehrmachtsoffiziere, ehemalige SS-, SA-, Gestapo- und NSDAP-Mitglieder müssen sich gemäß SMAD-Befehl Nr. 42 einer "Registrierung" unterziehen.

Viele werden im Verlauf dieser Massenregistrierung verhaftet und kurzerhand als "Kriegsgefangene" oder "Kriegsverbrecher" in die Sowjetunion verschleppt (x111/68).

WBZ: Pastor Martin Niemöller spricht am 27. August 1945 während der evangelischen Kirchenversammlung in Treysa über die Mitschuld der Kirche (x129/155): >>... Wir haben zu fragen, was uns dahin gebracht hat. ... Unsere heutige Situation ist aber auch nicht in erster Linie die Schuld unseres Volkes und der Nazis; wie hätten sie den Weg gehen sollen, den sie nicht kannten, sie haben doch einfach geglaubt, auf dem rechten Weg zu sein!

Nein, die eigentliche Schuld liegt auf der Kirche, denn sie allein wußte, daß der eingeschlagene Weg ins Verderben führte, und sie hat unser Volk nicht gewarnt, sie hat das geschehene Unrecht nicht aufgedeckt oder erst, wenn es zu spät war.

Und hier trägt die Bekennende Kirche ein besonders großes Maß von Schuld; denn sie sah am klarsten, was vor sich ging und was sich entwickelte: sie hat sogar dazu gesprochen und ist dann doch müde geworden und hat sich vor Menschen mehr gefürchtet als vor dem lebendigen Gott. So ist die Katastrophe über uns alle hereingebrochen und hat uns mit in ihren Strudel gerissen.

Wir aber, die Kirche, haben an unsere Brust zu schlagen und zu bekennen: meine Schuld, meine Schuld, meine übergroße Schuld! ... Es handelt sich ja eben nicht darum, daß wir als Kirche in der Vergangenheit dies und das falsch gemacht haben, es handelt sich nicht um Fehler, sondern wir haben grundsätzlich das uns aufgetragene Amt in Ungehorsam versäumt und

sind damit schuldig geworden.<<

28.08.1945

Berlin: Die US-Militärregierung verbietet am 28. August 1945 die Beschlagnahmung von Radios, da Rundfunksendungen zur Umerziehung des deutschen Volkes eingesetzt werden sollen (x116/74,76).

Großbritannien: General Morgan fordert am 28. August 1945 das britische Kriegsministerium auf, die gewaltsame Auslieferung von russischen Kriegsgefangenen einzustellen (x133/-479): >>... Derartige Behandlung, verbunden mit dem Bewußtsein, daß diese unseligen Menschen in den ziemlich sicheren Tod geschickt werden, ist mit den Traditionen der Demokratie und Gerechtigkeit, wie wir sie verstehen, völlig unvereinbar.

Überdies ist es auch höchst unwahrscheinlich, daß der britische Soldat, sobald er weiß, welchem Schicksal diese Leute überantwortet werden, bei den Maßnahmen, die nötig sind, um ihre Abreise zu erzwingen, ein williger Helfer sein wird.<<

USA: Im US-Senat berichtet man am 28. August 1945 über polnische Internierungslager (x028/142): >>Im oberschlesischen Y. ist ein Aussiedlungslager eingerichtet worden, in dem zur Zeit 1.000 Menschen untergebracht sind. Ungefähr 400 von ihnen, Männer, Frauen und Kinder stammen aus Dörfern der Umgebung. Ungefähr 700 wurden als Zivilarbeiter nach B. gebracht und sind jetzt von der Gnade der Polen abhängig.

Viele von ihnen leiden an Hungersymptomen, es gibt Fälle von Tuberkulose und immer neue Typhusfälle. ... 2 Leute, die schwer an Syphilis erkrankt waren, sind auf sehr einfache Weise behandelt worden; man hat sie erschossen und in flachen Gräbern beerdigt. Gestern wurde eine Frau aus K. erschossen und ein Kind verwundet.

Man hätte wohl erwarten können, daß nach Entdeckung der Scheußlichkeiten, die sich in den Konzentrationslagern der Nazis ereigneten, niemals etwas Derartiges wieder geschehen würde, das aber scheint leider nicht so zu sein. Zuverlässige Augenzeugen sagen aus, daß in Y. ... ein polnisches Konzentrationslager besteht, in dem deutsche Gefangene eben solche Grausamkeiten erdulden.

Ein Insasse, der die polnische Miliz gestört hatte, wurde furchtbar geprügelt und mußte den Rest der Nacht in einem Keller bis zum Hals in Wasser stehen. ... Abgesehen von diesem Lager gibt es z.B. einen Gefangenenkeller der polnischen Miliz in B., wo die Gefangenen so schrecklich geschlagen werden, daß die Einwohner der Häuser in der Umgebung ausziehen wollen, weil sie die Schreie der Opfer nicht länger ertragen können. ...<<

29.08.1945

SBZ: Die "Deutsche Volkszeitung" (KPD-Zentralorgan) verlangt am 29. August 1945 eine Bodenreform (x111/69): >>... Den Bauern fehlt es an Land, den Städtern an Lebensmitteln. Immer lauter wird der Ruf der landarmen Bauern, der Landarbeiter und Flüchtlinge, den Hauptmitschuldigen am Kriege, den Junkern und Großagrariern, den landbesitzenden Industrieunternehmungen, durch eine gründliche Bodenreform das Land zu entziehen und den Bauern auszuhändigen.<<

CSR: Der tschechische Ministerpräsident Fierlinger erklärt am 29. August 1945 vor der Presse in Brünn (x005/313): >>... daß man sich bemühe, das Problem der Deutschen und ihres Abschubes in einer kultivierten Weise und keineswegs brutal mit Konzentrationslagern und durch das Kopieren der Methoden zu lösen, die die Nazisten gebrauchten, und dabei Rücksicht auf Frauen und Kinder zu nehmen.

Wir werden nichts versäumen, auch nicht in gesundheitlicher und ärztlicher Betreuung. Der deutschen Bevölkerung wird Gelegenheit zur Arbeit gegeben, damit sie tatsächlich zum Wiederaufbau beitragen kann und ihre Kräfte in einer Weise ausgenützt werden, die der kulturellen Höhe unseres Volkes entspricht.

Besonders jetzt geschehe alles unter Aufsicht der Behörden, und unser Volk bemühe sich, die

Probleme so zu lösen, wie es das Ausland erwarte.
Wenn aus dem Ausland Stimmen zu hören sind, daß man nicht wisse, was man hinter dem "Eisernen Vorhang" tue, so könne man dies nicht auf die tschechischen Länder applizieren. Nunmehr geschehe niemandem überflüssigerweise Unrecht und man achte darauf, daß den Deutschen alles gerecht zugemessen wird.<<

30.08.1945

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat übernimmt am 30. August 1945 die Regierungsgewalt in Deutschland.

Artikel 3 der Proklamation Nr. 1 des Alliierten Kontrollrates (AKR) vom 30. August 1945 lautet (x111/69): >>Alle Militärgesetze, Proklamationen, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen, Vorschriften und Anweisungen, die von den betreffenden Oberbefehlshabern oder in ihrem Namen für die Besatzungszonen herausgegeben worden sind, verbleiben auch weiterhin in diesen ihren Besatzungszonen in Kraft. ...<<

WBZ: Der Radiosender Stuttgart verkündet am 30. August 1945 folgende Anordnung der US-Militärregierung (x111/69): >>1. Bildung von politischen Parteien auf demokratischer Grundlage mit dem Recht, Versammlungen und öffentliche Diskussionen abzuhalten, wird unter den Voraussetzungen der Ziffern 2-4 im Stadtkreis Stuttgart zugelassen.
2. Gesuche um Einwilligung für die Bildung einer politischen Partei sind der Militärregierung vorzulegen. Gesuche können nur schriftlich eingereicht werden. Eine persönliche Vorsprache bei der Militärregierung ist zwecklos.
3. Jede Besprechung von mehr als 5 Teilnehmern und Versammlungen, die die Bildung einer politischen Partei zum Gegenstand haben, sowie jede Parteiversammlung sind zur Genehmigung rechtzeitig bei der Militärregierung anzumelden.
4. Mitglieder einer durch die Militärregierung zugelassenen Partei können nur solche Personen sein, die im Stadtkreis Stuttgart wohnen.
5. Die Bildung von freien Gewerkschaften ist ebenfalls erlaubt, soweit sie den Ziffern 2 und 3 entsprechen.<<

31.08.1945

WBZ: Die evangelische Kirche (EKD) verkündet am 31. August 1945 in der "Schulderklärung von Treysa" (x075/128, x111/70): >>... Ein schlecht verstandenes Luthertum hat uns glauben lassen, daß wir dem Staat gegenüber nur eine Verpflichtung haben, nämlich ihm zu gehorchen, die Christenheit zum Gehorsam zu ermahnen und zu diesem Gehorsam zu erziehen, solange der Staat von uns keine offensichtliche Sünde verlangt. ...<<
>>... Das furchtbare Ereignis der vergangenen 12 Jahre hat weiten Kreisen innerhalb der deutschen Kirche die Augen dafür geöffnet, daß nur da, wo Grundsätze christlicher Lebensordnung sich im öffentlichen Leben auswirken, die politische Gemeinschaft vor der Gefahr dämonischer Entartung bewahrt bleibt.
Aus dieser Erkenntnis erwächst den evangelischen Kirchen in Deutschland die große und schwere Aufgabe, weit stärker als bisher auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens und insbesondere der politischen Gemeinschaft einzuwirken.<<

Der katholische Theologe Johannes Kaps (1906-1959, Begründer des Zentralen Katholischen Kirchenbuchamtes und des Archivs für Heimatvertriebene) berichtet Ende August 1945 in einer Denkschrift für Papst Pius XII. über die Vertreibung der Deutschen aus Gebieten östlich der Oder und Neiße (x022/184-189): >>... Am 15. Mai 1945, 10 Tage nach der Kapitulation von Breslau, erschien der katholische Bischof von Kattowitz, Stanislaw Adamski, in Breslau und erklärte dem stellvertretenden Generalvikar des Kardinal-Fürsterzbischofs Dr. Bertram, ... als Auffassung der polnischen Regierungsstellen u.a. folgendes: in den von Polen besetzten Gebieten werde es keine Minderheitenfrage geben, Breslau und Stettin würden unbedingt polnisch. Lemberg mit Universität werde nach Breslau, Wilna mit Universität nach Stettin umge-

siedelt, viereinhalb Millionen aus den polnischen Ostgebieten kämen in den Raum rechts der Oder; je eher die Deutschen aus diesen Gebieten freiwillig nach Westen gingen um so besser für sie.
Diese Mitteilungen klangen damals völlig unglaubhaft. Inzwischen hat sich erwiesen, daß die Polen alles daran setzen, um die Deutschen aus den von Polen verwalteten deutschen Ostgebieten gewaltsam zu evakuieren. D.h. es sollen in diesen Gebieten noch vor der allgemeinen Friedenskonferenz vollendete Tatsachen zugunsten der Polen geschaffen werden. ...
I. Umfang und Ausmaß der Bevölkerungsbewegung im Osten.
Bereits Mitte Juni dieses Jahres lagen nach den von der Stadt Görlitz herausgegebenen Mitteilungen 60.000 Rückwanderer nach Schlesien in der Stadt Görlitz und Umgebung. Das gleiche Bild boten die Städte und Dörfer zwischen Görlitz – Löbau – Bautzen usw. ...
In der zweiten Hälfte des Juni hat sich die an sich schon gespannte Lage besonders an der Görlitzer Neiße wesentlich verschlimmert:
1. Am 21. Juni mußte der östliche Teil von Görlitz (rechtes Neißeufer) auf Anordnung der polnischen Kommandantur in der Morgenfrühe von der deutschen Bevölkerung in kürzester Frist geräumt werden. Tausende von Görlitzer Einwohnern flüchteten mit weniger Habe in die auf dem linken Ufer gelegenen Stadtteile.
2. In den nachfolgenden Tagen wurden die Deutschen auch aus den Dörfern des Kreises Görlitz rechts der Neiße ausgewiesen. Görlitz verlor damit seine hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Versorgungsgebiete.
3. Die Ausweisung der Deutschen ergriff dann bald auch die Nachbarkreise. Seitdem flutet ein ununterbrochener Flüchtlingsstrom aus Schlesien über die Neiße nach Westen in das Land Sachsen. ...
8. Die Hoffnungen auf ein Abstoppen oder eine humane Durchführung der Evakuierung der Ostdeutschen haben sich nicht erfüllt. Im Gegenteil werden die Ausweisungen, anscheinend ermutigt durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, in verstärktem Maße und unter der gleichen unmenschlichen Behandlung auch im Winter fortgesetzt.
Es ist also eine Bevölkerungsverschiebung von ungeheuren Ausmaßen in den deutschen Ostgebieten im Gange.
II. Die Lage der Flüchtlinge.
Sie ist kurz gesagt katastrophal. Evakuierte, die nach dem 8. Mai in wochenlangen Fußmärschen die Heimat glücklich erreicht hatten, sind erneut ausgewiesen (ein Beispiel: Eine Familie mit 5 Kindern im Alter von 4 bis 8 Jahren hat aus dem Sudetenlande einen Fußmarsch von 270 km bis Liegnitz gemacht, nunmehr wieder über 100 km zu Fuß zurück bis zur Neiße und weiter ... auf dem Rückmarsch immer wieder ausgeplündert, die Frauen ständig in Angst. Folge: völlige körperliche und seelische Erschöpfung).
In Görlitz war die Lebensmittelversorgung der einheimischen Bevölkerung schon Mitte Juni außerordentlich knapp, z.B. ein Kilo Brot auf die Woche, keine Fett, keine Butter, kaum Kartoffeln und nach dem wenigen noch Schlange stehen. In der ersten Juli-Woche sollen die Görlitzer pro Kopf nur ¼ Kilo Brot erhalten haben. Flüchtlinge erhalten grundsätzlich überhaupt keine Lebensmittelzuteilung. Da die einheimische Bevölkerung trotz des guten Willens bei der herrschenden Knappheit nicht mehr helfen kann, sind sie auf's Betteln bei den Besatzungstruppen angewiesen; schließlich ist Mundraub die letzte Rettung. Manche Flüchtlinge haben schließlich Gras gerupft, gekocht und verzehrt.
Fast in jeder Gemeinde sind Anschläge, daß Flüchtlinge sich längstens 24 Stunden aufhalten dürfen, bei längerem Verweilen werden Strafen angedroht. Infolgedessen ziehen die Flüchtlinge mit ihrem Wägelchen ohne Ziel von einem Ort zum anderen, z.B. in der einen Woche von Görlitz nach Zittau und in der folgenden wieder von Zittau nach Görlitz.
Folge: Kräfteverfall wird bei dem dauernden Hin- und Herziehen und der unzulänglichen Er-

nährung täglich spürbarer und auch sichtbarer; eines Tages bleiben sie dann vor Erschöpfung liegen. Viele Flüchtlinge sind infolge mehrfacher Ausplünderungen durch Russen und Polen ohne genügend Kleidung und Wäsche. Kaum jemand hat Winterkleidung. Es mehren sich die Fälle, in denen Flüchtlinge kein Bargeld mehr haben.
Die ärztliche Versorgung ist völlig unzureichend. In der Nähe von Ostritz hat z.B. eine Frau im Kornfeld entbunden. ... Die Krankenhäuser in Görlitz (20 km) und Zittau (18 km) sind überfüllt. Krankentransportmittel fehlen. Besonders schlimm ist die Kindersterblichkeit. Säuglinge scheinen schlechthin dem Tode verfallen zu sein; aber auch Kleinkinder von 3 Jahren können die Strapazen bei unzureichender Ernährung kaum überstehen. Medikamente sind kaum noch vorhanden; die wenigen vorhandenen werden nur auf ärztliches Attest abgegeben. Die Sterblichkeit ist erschreckend.
Die hygienischen Verhältnisse sind im allgemeinen unbeschreiblich; ständige Seuchengefahr. Die öffentlichen Stellen, besonders die Städte, haben notdürftig Auffanglager für die ersten Stunden errichtet, in Cottbus z.B. ein altes Fabrikgebäude, halb zerstört und ohne Fenster, mit Betondielen. Hunderte lagern dort ohne Stroh, während in den Höfen auf Ziegellöchern die Holzfeuer lodern, wo die Leute ihre Suppe kochen. Einige Notaltersheime mit hunderten Insassen sind im Gange.
Bei dieser materiellen Lage der Flüchtlinge ist es nicht verwunderlich, daß die Mehrzahl bereits völlig abgestumpft, wenn nicht bereits seelisch gebrochen ist.
Fast alle haben ihre Existenzgrundlage und ihr Hab und Gut verloren; die meisten sind ohne Hoffnung, nur wenige besitzen noch die Energie, Möglichkeiten für Begründung einer neuen Existenz aufzuspüren.
Unter diesen Verhältnissen ist eine aufbauende Seelsorge unmöglich geworden. Die Geistlichen können in dem Elendsgebiet nur mehr die Kranken mit den heiligen Sterbesakramenten versehen und Tote begaben. Das Bewußtsein, ein grenzenlos gewordenes Elend nicht mehr steuern zu können, zermürbt auch den idealsten Seelsorger. Darum sind unsere Seelsorger in diesen Gebieten körperlich der Erschöpfung und seelisch dem Zusammenbruch nahe.
III. Soll die Kirche etwas unternehmen?
Die Kirche muß etwas unternehmen. Es handelt sich nicht nur um eine Pflicht der Nächstenliebe, sondern um eine Pflicht der Gerechtigkeit. Die meisten der Betroffenen sind ohne Schuld in diese furchtbare Not gekommen. Zwangsevakuierten ist der Weg in die Heimat versperrt. Die in der Heimat Verbliebenen werden jetzt ausgewiesen ohne Optionsmöglichkeit.
Ist es zu rechtfertigen, daß die derzeitigen polnischen Machthaber für die Unterbringung von 4 ½ Millionen Polen aus den an Sowjetrußland abzutretenden Gebieten ein Viertel des deutschen Gebietes von 1938 beanspruchen und daß zu diesem Zweck 12 bis 15 Millionen Deutsche von Haus und Hof vertrieben werden?
Ist es berechtigt, daß die Tschechen 3 ½ Millionen Deutsche vertreiben, weil einzelne unter ihnen illoyal gegen den tschechischen Staat waren?
Ausweisungen in solchem Umfange und in so unmenschlicher Form nach Beendigung des Krieges, bevor die Friedenskonferenz getagt hat, stehen im Widerspruch mit Recht und Gerechtigkeit. Im Wege purer Gewalt werden jetzt vollendete Tatsachen geschaffen. Zu diesen Gewaltmethoden, die ja nur neuen Haß erzeugen, kann die Kirche nicht stillschweigen. Sie ist kraft ihrer Sendung Kirche für alle Völker und Nationen.
Der maßlose Nationalismus droht aber die Weltkirche in Nationalkirchen aufzuspalten. Abgesehen davon verpflichtet das Gebot der Liebe zur Tat. Auch auf die Gefahr hin, daß die Vorstellungen der Kirche vielleicht eine Zurückweisung erfahren, kann und darf die Kirche nicht schweigen. ...
... Der Heilige Vater kann und wird nicht schweigen, wenn er erfährt, was in Ostdeutschland vorgeht. Vielleicht wird der Heilige Vater sogar eine selbständige Hilfsaktion seinerseits ein-

leiten und damit aller Welt bekunden, wie groß tatsächlich die Not ist. Das wäre der größte Trost für unsere schwer leidenden katholischen Brüder und Schwestern. Die Weltpresse schweigt sich ja über den Osten leider noch zu sehr aus.<<

Großbritannien: "Der Sozialdemokrat" meldet am 31. August 1945 (x004/66): >>Konzentrationslager werden nun im ganzen Land (in der CSR) errichtet, und die Deutschen werden unterschiedslos in sie hineingetrieben. ...<<

August 1945

WBZ: Eine US-Journalistin berichtet im August 1945 über die Zustände in der nordamerikanischen Zone (x114/2.91): >>Der Jeep-Fahrer zog ein Päckchen Zigaretten heraus und wollte sich gerade eine anstecken, als sich ein Haufen deutscher Frauen auf unseren Jeep stürzte. Jede streckte uns eifrig ihren Arm entgegen und in jeder knochigen Hand war ein Hundertmarkschein. Wie der Blitz hatten die Zigaretten für hundert Mark den Besitzer gewechselt.

"Du liebe Zeit, das sind 10 Dollar!" Der Hauptmann neben mir staunte.

"Chocolate, Chocolate", bettelten die Frauen und wedelten uns mit ihren Hundertmarkscheinen ins Gesicht.

"Heiliger Bimbam", sagte der Captain. "Hundertmark für eine Schokoladentafel!"

Zigaretten und candy bars (Schokoriegel) und Hundertmarkscheine wechselten so rasch von Hand zu Hand, daß die Boys nicht einmal die Zeit hatten, ihr Geld zu zählen. Sie hatten gerade ihre PX-Rationen bekommen und hatten deshalb einen Vorrat, der ihnen mehrere hundert Dollar eingebracht haben muß.

Als es sich in der Menge herumsprach, daß es Schokolade gab, drängten sich immer mehr Frauen um unseren Jeep, ein Klumpen wie ein Wespenschwarm, schwenkten ihre mageren Arme und bettelten um Zigaretten und Schokolade. ...<<

USA: Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) schreibt später in seinen Memoiren über die Zustände in Ostpreußen im August 1945 (x160/-3): >>... Die Katastrophe, die mit dem Einzug der sowjetischen Truppen hereinbrach, hat in der modernen europäischen Geschichte keine Parallele. Es gab weite Landstriche, in denen, wie aus Unterlagen ersichtlich, nach dem ersten Durchzug der Sowjets von der einheimischen Bevölkerung kaum noch ein Mensch – Mann, Frau oder Kind - am Leben war, und es ist einfach nicht glaubhaft, daß sie allesamt in den Westen entkommen wären. ...

Ich selbst flog kurz nach Potsdam (Potsdamer Konferenz vom 17.7.-2.8.1945) mit einer amerikanischen Maschine in ganz geringer Höhe über die gesamte Provinz, und es bot sich mir ein Anblick eines vollständig in Trümmern liegenden Gebiets; vom einen Ende bis zum anderen kaum ein Zeichen von Leben. ...

(Die Russen hatten aus dem Land) die einheimische Bevölkerung in einer Manier hinausgefegt, die seit den Tagen der asiatischen Horden nicht mehr dagewesen ist.<<

01.09.1945

Berlin: Die britische Militärregierung informiert am 1. September 1945 das Foreign Office (x028/128-129): >>... Die Vertreibungen werden kaum vorher angekündigt, die Flüchtlinge gehen mit dem, was sie tragen können. Viele streben nach Berlin, weil Eisenbahnlinien dorthin führen und sie auf eine zentrale Organisation hoffen, die ihnen hilft.

Auf dem Weg zu den Bahnstationen leben sie von dem, was sie auf dem Feld und in Häusern stehlen können, und Kranke und Alte bleiben unterwegs liegen. Die meisten haben bei der Ankunft in Berlin keinerlei persönlichen Besitz mehr, weil sie ihn gegen Nahrungsmittel eingetauscht haben oder unterwegs von Soldaten beraubt worden sind.

... Flüchtlinge werden auf Straßen und Zügen ausgeraubt. Nach einem Gewährsmann bieten Kohlenzüge das sicherste Transportmittel, doch nach Aussage von jemandem, der mit einem Kohlenzug reiste, wurde er zwischen Breslau und Berlin viermal geplündert.

Bestimmte Waren, z.B. Medikamente, können nur in Zlotys bezahlt werden, die Deutsche

nicht erhalten, und die Preise steigen teilweise um 1.000 %.
Viele Deutsche weigern sich noch, das Land zu räumen, weil sie hoffen, daß die Grenze weiter östlich festgelegt wird, als die Polen hoffen, doch die Rationen sind so gering (von 500 bis 700 g Brot in der Woche, kein Fleisch oder Fett), daß die Sterblichkeit bereits alarmierend ist.<<
Die "Berliner Zeitung" berichtet am 1. September 1945 über die Bodenverteilung in Deutschland (x111/71): >>... Wenn wir als Großgrundbesitz alle Betriebe über 100 ha bezeichnen, sind zum Großgrundbesitz 21.400 Betriebe zu zählen, die eine Fläche von zusammen 10.173.800 ha umfassen. Das bedeutet, daß die Betriebe des Großgrundbesitzes an Zahl nur 0,5 % aller Betriebe ausmachen, aber 19,2 % des Bodens innehaben ... Das bedeutet: wir haben Lebensraum für viele Flüchtlinge, Landarbeiter und kleine Bauern – nämlich den Großgrundbesitz. Er muß nur verteilt werden.<<
WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet über die Flüchtlinge und Vertriebenen in Bremke, Kreis Göttingen (x123/26): >>Anfang September 1945. Ströme von Menschen ergießen sich Tag und Nacht in das Dorf. Täglich kommen zwischen 5.000-7.000 Kinder und Greise, Kranke, Schwangere, Sterbende. Niemand weiß, wo man sie unterbringen soll.
Weil die private Hilfe für diese bejammernswerten Deutschen aus Ostpreußen und Schlesien, dem Warthegau und Danzig – aus den Gebieten also, in denen schwere Kämpfe stattfanden - nicht mehr ausreichte, haben die provisorischen deutschen Behörden eine Verpflegungsstelle auf einem Bauernhof eingerichtet, wo in einem 300-Liter-Kessel viermal am Tage Suppe und Kaffee, Ersatz natürlich, gekocht wird. Kartoffeln, Gemüse und Fett werden bei den Landsleuten gesammelt.
Riesenschlangen von Menschen warten darauf, mit einem der großen Lastkraftwagen nach Göttingen transportiert zu werden, zu den Tausenden, die dort bereits sehnsüchtig einen Zug in Richtung Westen herbeiwünschen.<<
Großbritannien: Feldmarschall Montgomery erklärt am 1. September 1945 in London (x111/70): >>Mein vorläufiges Ziel ist eine Zuteilung von 1.500 Kalorien pro Tag an die deutsche Bevölkerung, aber selbst diese Menge kann wegen Verteilungsschwierigkeiten nicht überall ausgegeben werden. Die Lage wird noch dadurch verschlimmert, daß die diesjährige Ernte ungewöhnlich schlecht ist. Es gibt nur eine Lösung: Lebensmittel nach Deutschland einzuführen.<<
02.09.1945
WBZ: Die britische Militärregierung informiert das Foreign Office am 2. September 1945 über weitere polnische Vertreibungsmaßnahmen (x028/114): >>Am 22. August 1945 erklärte der polnische Gouverneur einer Anzahl prominenter deutscher Bürger, die kamen , um bessere Behandlung zu erbitten: Stettin und das Gebiet 30-40 Meilen westlich der Stadt würden in Kürze von allen Deutschen (ungefähr 250.000) geräumt werden. Um Greuel zu vermeiden, wie sie die Deutschen in Polen verübt hätten, werde empfohlen, daß sofort mit der freiwilligen Evakuierung von Waisen, Kranken und kinderreichen Familien begonnen werde. ...<<
CSR: Prof. Josef Pfitzner (1901-1945, Primatorstellvertreter von Prag) wird am 2. September 1945 in Prag öffentlich hingerichtet (x004/79).
Vietnam: Der vietnamesische Politiker Ho Chi Minh (1890-1969, seit 1941 Führer der kommunistischen Partisanenbewegung "Vietminh" in Indochina) proklamiert am 2. September 1945 die Unabhängigkeit der "Demokratischen Republik Vietnam".
In dieser Unabhängigkeitserklärung der Demokratischen Republik Vietnam heißt es (x243/-238): >>Die französischen Imperialisten haben seit mehr als 80 Jahren, in dem sie die Namen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mißbrauchten, unser Vaterland unterdrückt und unsere Mitbürger mißhandelt. ...
Um unsere nationale Einheit zu zerstören, ... haben sie in Nord-, Zentral- und Südvietnam drei

voneinander abweichende Verwaltungssysteme eingerichtet. ...
(Die Franzosen) haben unsere Reisfelder, unsere Bergwerke, unsere Wälder und Rohstoffe geraubt. Der Banknotendruck und der Exporthandel waren ihr Monopol. Sie haben sich auch zahlreiche ungerechtfertigte Steuern ausgedacht und unser Volk, insbesondere die Bauern in grenzenlose Armut gestürzt. Sie haben unsere Arbeiter gnadenlos ausgebeutet.
(Im) Herbst 1940 (ist) unser Land ... in japanischen Besitz übergegangen. Nach der Kapitulation der Japaner erhob sich unser gesamtes Volk, um die Souveränität wiederzuerlangen und die Demokratische Republik Vietnam zu gründen. In Wahrheit haben wir unsere Unabhängigkeit nicht den Franzosen, sondern den Japanern abgetrotzt. ...
Darum erklären wir, die Mitglieder der provisorischen Regierung, die das gesamte vietnamesische Volk repräsentieren, daß wir von heute an jegliche Beziehungen kolonialen Charakters mit Frankreich abbrechen, ... alle Sonderrechte, die sich die Franzosen angemaßt haben, für erloschen halten. ...
Wir sind der Überzeugung, daß die Alliierten, die sich ... zu den Prinzipien der Selbstbestimmung bekannt haben, auch Vietnam die Anerkennung der Unabhängigkeit nicht verweigern werden.<<

Japan: Am 2. September 1945, um 10.30 Uhr, unterzeichnen Außenminister Mamoru Shigemitsu und Generalstabschef Yoshijiro Umezu auf dem US-Schlachtschiff Missouri die bedingungslose Kapitulationserklärung Japans.

03.09.1945

SBZ: Die Provinz Sachsen erläßt am 3. September 1945 eine Verordnung über die Bodenreform (x111/72): >>... Art. 1 Die demokratische Bodenreform ist eine unaufschiebbare nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit. Die Bodenreform muß die Liquidierung des feudal-junkerlichen Großgrundbesitzes gewährleisten und der Herrschaft der Junker und Großgrundbesitzer im Dorf ein Ende bereiten, weil diese Herrschaft immer eine Bastion der Reaktion und des Faschismus in unserem Lande darstellte und eine der Hauptquellen der Aggression und der Eroberungskriege gegen andere Völker war. ...<<
Im Rahmen dieser radikalen Bodenreform ("Junkerland in Bauernhand") leitet die sowjetische Besatzungsmacht im September 1945 in den mitteldeutschen Ländern und Provinzen die systematische Zerschlagung der damaligen Strukturen ein. Alle Grundbesitzer, die über 100 ha besitzen, werden entschädigungslos enteignet. Der landwirtschaftliche Bodenbesitz wird damals vorübergehend an Kleinbauern, landlose Landarbeiter sowie Vertriebene verteilt und ab 1952 in "Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften" (LPG) zusammengefaßt.
Viele Enteignete müssen in jener Zeit innerhalb von Stunden ihren Besitz verlassen (x092/-932): >>Rd. 7.000 Großgrundbesitzer, mit mehr als 100 ha Land, werden entschädigungslos enteignet. Ihr Besitz - ca. 2,1 Millionen ha - wird in Parzellen zwischen 0,5-10 ha aufgeteilt und vorübergehend an etwa 500.000 Personen verteilt.<<

04.09.1945

Berlin: Mit der Anweisung Nr. 2 vom 4. September 1945 unterdrückt der Alliierte Kontrollrat bis etwa 1948 kritische Veröffentlichungen und Publikationen über die Vertreibungsverbrechen gegenüber den Deutschen (x025/201): >>... (Es dürfen keine Artikel gedruckt werden), die eine Respektlosigkeit gegenüber den Besatzungsbehörden oder Mitgliedern der Vereinten Nationen darstellen.<<

WBZ: Die US-Behörden schaffen am 4. September 1945 die Vorzensur zugunsten der Nachzensur ab.
Diese Maßnahme wird jedoch durch besonders rigorose Lizenzierungsverfahren abgesichert (x115/271-273,275-277): >>... So vergaben sie Publikationsgenehmigungen grundsätzlich nicht an einzelne Personen, sondern an mehrere Bewerber, die verschiedenen politischen Richtungen angehören mußten. ... Die Bewerber durften nicht der NSDAP angehört, keine

ihrer Organisationen unterstützt oder deren Interessen vertreten haben, sie mußten Gegner des Nazismus und seiner Ideologie sein und möglichst aktiven Widerstand geleistet haben. ...
Die Amerikaner erwarteten von ihren Lizenzzeitungen vor allem das Bemühen, die Deutschen mit dem Gedanken der Demokratie und der Toleranz vertraut zu machen. ...
Auch die Briten sahen neben der Umerziehung, der Demokratisierung und der Überwindung der geistigen Isolation der Deutschen eine wichtige Aufgabe der Presse. ... Die Medien sollten vor allem als "Wächter" und "Bremser" gegenüber totalitären Tendenzen wirken. ...<<
>>... Die Etablierung der Lizenzpresse in den Westzonen vollzog sich in der Zeit vom Juni 1945 bis zur Selbstauflösung der Militärregierungen Ende September 1949. In diesem Zeitraum entstanden 169 Blätter, davon 20 in West-Berlin, 71 in der britischen Zone, 58 in der amerikanischen und 20 in der französischen Zone. In der sowjetischen Zone waren bis Herbst 1948 29 Zeitungen erschienen. ...
Als Beschaffer der in Zeitungen publizierten Informationen bildeten die Nachrichtenagenturen nicht nur eine unverzichtbare Grundlage des neuen Pressewesens, sondern übten durch eine Vorauswahl der zu übermittelnden Nachrichten auch wichtige Kontroll- und Zensurfunktionen im Sinne der Militärregierungen aus. Auslandskorrespondenten besaß ohnehin keine deutsche Zeitung in jenen Jahren, so daß die Presse völlig auf die von den Alliierten neu gegründeten und kontrollierten Agenturen angewiesen war. ...<<
In einer US-Geheimstudie vom 4. September 1945 heißt es zur Entnazifizierung (x114/2.136): >>Die Anwendung der Direktiven ... hat häufig nur die alte, diskreditierte Elite aus der Zeit vor Hitler an die Macht gebracht. ...<<

05.09.1945

WBZ: Die "Ruhr-Zeitung" berichtet am 5. September 1945 (x111/73): >>Was Deutschland zum Weiterleben braucht ist Kohle und nochmals Kohle. ...<<
Erich Kästner schreibt am 5. September 1945 über die Entwicklung des kulturellen Lebens (x111/73): >>Alle Welt scheint am Werke, einen Überfrühling der Künste vorzubereiten. Daß man wie die Zigeuner leben muß, hinter zerbrochenen Fenstern, ohne Buch und zweites Hemd, unterernährt, angesichts eines Winters ohne Kohle, niemand stört das. Keiner merkt's. Das Leben ist gerettet, mehr braucht's nicht, um neu zu beginnen. ...<<
CSR: Die für die Erfassung des enteigneten deutschen Besitzes zuständigen Behörden rufen am 5. September 1945 in der Zeitung "Hlas" unter Androhung von schweren Strafen zur Abgabe der verborgenen Habe auf (x004/90): >>Die Landesfinanzdirektion ... wurde vom Landesnationalausschuß ... damit beauftragt, nach verborgenem und verschachertem Besitz von Deutschen und anderen Staatsfeinden zu fahnden.
Die Abteilung für Sicherstellung der Landesfinanzdirektion ... fordert daher die Bewohner des politischen Bezirkes von Troppau, Weißwasser, Hultschin, Brunnthal, Jägerndorf und Freiwaldau auf, ihr sämtliche Vorfälle zu melden, bei denen es sich um verschachertes und verborgenes Eigentum (Bilder, Teppiche, Radioapparate, Sparbücher, Bargeld, Briefmarkensammlungen, Kunstgegenstände und ähnliches) handelt. Dabei soll der Name und die Adresse desjenigen angeführt werden, wo sich solcher Besitz befindet und der Name und die Adresse desjenigen, der dies mitteilt.
Wir machen darauf aufmerksam, daß alle internierten Deutschen nach und nach verhört werden, wem sie ihren Besitz schenkten oder wem sie ihn zur Aufbewahrung gegeben haben. Der Name von Personen, die solche Anzeigen erstatten, wird vollkommen geheimgehalten.<<
Frankreich: Henry W. Dunning (Mitarbeiter des nordamerikanischen Roten Kreuzes) schreibt am 5. September 1945 an das US-Hauptquartier in Washington (x131/114): >>... Die Situation der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich ist jetzt verzweifelt und wird in Kürze zu einem offenen Skandal werden.
In der vergangenen Woche haben mehrere Franzosen, bei denen es sich um ehemalige Gefan-

gene der Deutschen handelt, mich aufgesucht und mich aufgefordert, gegen die Behandlung zu protestieren, die deutschen Kriegsgefangenen von der französischen Regierung zuteil wird. ...
Mrs. Dunning, soeben aus Bourges zurückgekehrt, berichtet, daß dort in jeder Woche Dutzende von deutschen Gefangenen sterben. Ich habe mit Pradervand (Chef der IKRK-Delegation in Frankreich) gesprochen.
Er sagte zu mir, die Situation der deutschen Gefangenen in Frankreich sei in vielen Fällen schlimmer als in den ehemaligen deutschen Konzentrationslagern.
Er hat mir Photographien von menschlichen Skeletten gezeigt und Briefe von französischen Lagerkommandanten, die um ihre Ablösung gebeten haben, weil sie keine Hilfe von der französischen Regierung erhalten und es nicht mehr ertragen können, zuzusehen, wie die Gefangenen aus Mangel an Nahrung sterben.
Pradervand hat an alle Mitglieder der französischen Regierung appelliert, ohne jedoch irgend etwas zu erreichen.<<

06.09.1945

Berlin: Der Berliner Oberbürgermeister wird am 6. September 1945 durch die Alliierte Kommandantur aufgefordert, die Prostitution und Geschlechtskrankheiten systematisch zu bekämpfen (x116/76).

08.09.1945

SBZ: NKWD-Einheiten übernehmen am 8. September 1945 das ehemalige Militärgefängnis Fort Zinna bei Torgau. Die Häftlinge des Lagers Fort Zinna werden später in die frühere Seydlitz-Kaserne nach Torgau verlagert (x126/146).
Das ZK der KPD begründet damals die Bodenreform wie folgt (x111/74): >>... Die Zuteilung des Junkerlandes an die armen Landarbeiter und Bauern wird ihr Interesse an der besten Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens steigern und damit in bester Weise die Volksernährung sicherstellen.<<
Der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck erklärt am 8. September 1945 in Kyritz (x111/74): >>Die Deutsche Kommunistische Partei wünscht für Deutschland kein Sowjetsystem. Wir sind der Auffassung, daß es in der gegenwärtigen Lage im Interesse Deutschlands ist, einen anderen Weg einzuschlagen, um ein demokratisches, antifaschistisches Regime und eine parlamentarisch-demokratische Republik zu errichten, die dem Volke Freiheit und demokratische Rechte sichert. ...<<
WBZ: In den Münchener Kammerspielen findet am 8. September 1945 die erste Theatervorführung nach dem Krieg statt.
Großbritannien: Der Lordbischof von Chichester schreibt am 8. September 1945 an den Berliner Probst Grüber (x039/229): >>... Ich fühle die Unmenschlichkeit der Vertreibungen aufs Tiefste mit Ihnen und habe bereits über diesen Punkt im Oberhaus gesprochen, indem ich ausführte, daß die Entwurzelung von Millionen aus rassischen Gründen unvereinbar sei mit den Idealen, für welche die Vereinten Nationen gekämpft haben.<<

09.09.1945

Berlin: Der "Hauptausschuß Opfer des Faschismus" veranstaltet am 9. September 1945 eine große Kundgebung in Neukölln (x116/79): >>An die Faschisten! ...
Die ihr des Volkes Namen habt so elend und so arm gemacht, die unerbittlich ihr verlangt des Allerärmsten Schweiß und Blut, die ihr keine Grenze kennt für euren Stolz und euren Übermut - das ganze Elend unserer Zeit, hohläugig, Lumpen auf dem Leib, stellt riesenhaft sich vor euch hin. ...
Warum dieser Gedenktag? Warum rufen wir an diesem Tage zum Gedenken der Opfer des Faschismus auf? Damit nie vergessen werde, daß die großen und die kleinen Kriegsverbrecher sich auch tausendfach am eigenen deutschen Volke vergangen haben. ...

Der 9. September sei verknüpft mit den Schreckensnamen Buchenwald, Auschwitz, Sachsenhausen, Dachau, Belsen und Esterwegen, wo Tausende und Abertausende von Menschen ... alle Stufen der Unmenschlichkeit bis zum bestialischen Morde erleiden mußten. ...
Die Kommunistische Partei Deutschlands, die ihr bestes Blut im Kampfe gegen die Hitler-Tyrannei gab, ruft Euch im Namen aller ehrlichen Antifaschisten zu: Seid wachsam! ...
Die Opfer des Faschismus sollen nicht umsonst gewesen sein. Sie waren es, welche die Schachtarbeit für unser neues Haus der Freiheit geleistet haben, während die rote Armee den Grundstein dazu legte, indem sie uns aus den Klauen des Faschismus und Militarismus befreite. ...
Es gilt nicht nur eine übergroße Schuld abzutragen, sondern auch den umstehenden Völkern zu beweisen, daß es allen ehrlichen Deutschen ernst ist im Kampfe gegen die Barbarei. Der Garant für die völlige Ausrottung des Nazismus ist die Kommunistische Partei. ...<<
Frankreich: Ministerpräsident de Gaulle fordert am 9. September 1945 während einer Pressekonferenz die Abtrennung des Rheinlands (x156/32-33): >>Gemäß den Beschlüssen von Potsdam wurde Deutschland im Osten, nicht aber im Westen amputiert. Der Strom der deutschen Vitalität richtet sich damit nach Westen. Eines Tages könnte sich auch die deutsche Aggressivität gegen Westen wenden. Deshalb muß im Westen eine Regelung gefunden werden, die ein Gegengewicht zu jener im Osten darstellt.
Die Schlüsselzonen sind das Rheinland und das Ruhrgebiet. Für jede sollte eine Sonderregelung ausgearbeitet werden. Das Rheinufer, d.h. das linke Rheinufer, stellt ein Grenzland dar, das Köln einschließt und sich bis zur Schweizer Grenze ausdehnt.
Die militärische Sicherheit Frankreichs, Belgiens, Hollands und Großbritanniens erfordert die Unterstellung des Rheinlands unter ihre gemeinsame strategische und politische Kontrolle. Sie erfordert, daß es ein für allemal vom deutschen Staat in solcher Weise abgetrennt wird, daß seine Bewohner wissen, daß ihre Zukunft nicht in Deutschland liegt. Die Aufgabe des Rheinlands durch Frankreich war das Vorspiel zu diesem Kriege. ...<<
Großbritannien: Die britische Botschaft informiert am 9. September 1945 den nordamerikanischen Außenminister (x028/115): >>... (daß) trotz ... der Vereinbarung der Potsdamer Konferenz ... die polnischen Behörden fortfahren, jedenfalls auf indirekte Weise, die noch verbliebenen deutschen Einwohner aus den der polnischen Verwaltung unterstellten deutschen Gebieten zu vertreiben.
Die Schwierigkeiten für die Kontrollkommission, die bereits durch die vorausgegangenen Vertreibungen unabsehbar sind, werden von Tag zu Tag schlimmer.<<

10.09.1945

SBZ: Erich Honecker wird am 10. September 1945 zum Vorsitzenden des Zentralen Jugendausschusses gewählt.
WBZ: Radio München beginnt am 10. September 1945 einen Englischkurs ("Englisch macht Spaß").
Großbritannien: Ein Korrespondent der Londoner Tageszeitung "The Times" berichtet am 10. September 1945 aus Berlin (x028/130-131): >>Es gibt keine zuverlässigen Angaben über die Zahl ausgewiesener Deutscher, die von der Ostgrenze und durch die russische Zone kommen, aber wahrscheinlich sind es Millionen. Mit ihrem Wunsch, den Westen zu erreichen, stehen sie schließlich vor den gesperrten Grenzen der britischen und der amerikanischen Zone, die schon selbst genügend Schwierigkeiten haben.
Die Potsdamer Erklärung verlangte, wie man sich erinnern wird, menschliche Behandlung der ausgewiesenen deutschen Staatsangehörigen, und angesichts solcher entsetzlicher Berichte, wie sie der Konferenz aus Städten wie Breslau und Stettin vorgelegt wurden, hat man die betreffenden Länder aufgefordert, weitere Ausweisungen zunächst aufzuschieben.
Es gibt aber keinen Hinweis darauf, daß diese Anordnung befolgt worden ist. Hier im "Ro-

bert-Koch-Krankenhaus", das ich heute morgen besuchte, sind mehr als 60 deutsche Frauen und Kinder, die allesamt vor einem Monat aus einem Danziger Kranken- und Waisenhaus geholt und in Viehwagen ohne Stroh, ohne jede Nahrung oder Wasser, nach Deutschland transportiert wurden. Als der Zug Berlin erreichte, hieß es, daß von 83 Personen, die man in 2 Waggons zusammengepfercht hatte, 20 gestorben waren. ...
Man darf sich sicherlich nicht damit beruhigen, daß die Deutschen sich dieses Elend selbst zuzuschreiben haben; Brutalität und Zynismus, gegen die der Krieg geführt wurde, sind in Europa immer noch am Werke, und wir werden Zeugen von menschlichem Leiden, das schon fast an das von den Nazis verursachte heranreicht.
Vollständige Informationen über diese Massenvertreibungen sind dringend notwendig ...<<

11.09.1945

Berlin: Die "Berliner Zeitung" berichtet am 11. September 1945 über eine Veranstaltung anläßlich des "Gedenktages der Opfer des Faschismus" in Neukölln (x116/19): >>... Viele Fahnen, Schilder mit antifaschistischen Losungen, Schilder mit Namen der ermordeten Antifaschisten schwangen über der Menge, Musikkappellen, Jugend zieht vorbei, ganz alte, halbvergessene oder neue, noch nie gehörte Kampflieder auf den Lippen, Abordnungen von Fabriken, Ortsgruppen der demokratischen Parteien mit ihren Mitgliedern, alt und jung, Frauen mit Kinderwagen, Körperbehinderte auf Rollstühlen und wieder Fahnen, Transparente und Kappellen. ...
Es ist ein Bild, wie es Deutschland seit 1933 nicht mehr gesehen hat: das antifaschistische Berlin ist auf den Straßen.
Nur im Hintergrund herumliegende zerbeulte Autowracks und die roten Dreiecksabzeichen der ehemaligen KZ-Insassen erinnern daran, daß eine Frist grauenvoller Jahre des braunen Irrsinns und des Sterbens zwischen dem Gestern und Heute liegt.<<

CSR: Die tschechische Zeitung "Lidovy Vecernik" fordert am 11. September 1945 die Bekämpfung der tschechischen "Goldgräber" (x004/89): >>... Diese sind echte Beutemacher, gegen die man mit einem eisernen Besen vorgehen muß. Es muß ausgekehrt werden und zwar bald, sonst haben wir im Grenzgebiet eine Menge Schäden und Unannehmlichkeiten.
Wie wurden diese Leute nationale Verwalter? ... Im allgemeinen verließen sie die Orte, wo sie gut bekannt waren und gingen dorthin, wo man von ihrer früheren Tätigkeit keine Ahnung hatte. Sie setzten sich einfach in Betrieben fest, die sie als besonders ertragreich erachteten, ... und begannen für sich zu wirtschaften.<<

12.09.1945

Ostdeutschland: Der polnische Gemeindevorsteher für Groß Krössin (Ostpommern) erläßt am 12. September 1945 folgenden Enteignungsbescheid (x002/234): >>An den Deutschen M. A.: ... Auf Verordnung des Vertreters der polnischen Regierung gebe ich Ihnen Kenntnis, daß Sie mit dem heutigen Tage keine Rechte mehr zu Ihrer Wirtschaft haben.
Richtiger Eigentümer ist der Pole Z., welchem Sie Folge leisten müssen.
Im Falle, wenn der Pole bestimmt, daß Sie ihm zur Arbeit nötig sind, können Sie bei ihm als Arbeiter bleiben, falls aber nein, schicke ich Sie dorthin, wo Sie nötig sind. ...<<

WBZ: Die britische Militärregierung erlaubt am 12. September 1945 in Hamburg die Gründung von Gewerkschaften (x111/75): >>... Jede Gruppe deutscher Werktätiger, die glaubt, ein gemeinsames Interesse in Angelegenheiten ihres Arbeitsverhältnisses zu haben, kann darangehen, eine Gewerkschaft zu bilden.<<

14.09.1945

SBZ: Die "Tägliche Rundschau" berichtet am 14. September 1945 über die Bodenreform (x111/76): >>... Die deutschen Presseäußerungen sowie Aufrufe der antifaschistisch-demokratischen Parteien über die Notwendigkeit einer Bodenreform in Deutschland bringen die wirklichen Interessen des deutschen Volkes zum Ausdruck.<<

Berlin: Otto Grotewohl (1945 Vorsitzender der SPD in der SBZ, von 1946-54 SED-Vorsitzender) erklärt am 14. September 1945 (x111/76): >>... Die organisatorische Vereinigung der deutschen Arbeiterbewegung und die Schaffung einer sozialdemokratischen Gesellschaft sind unser unverrückbares Ziel.<<

Frankreich: Die französische Regierung äußert am 14. September 1945 Vorbehalte gegen die während der Potsdamer Konferenz beschlossene politische Behandlung Deutschlands (x156/-33): >>Diese Vorbehalte beziehen sich auf die vorgesehene Wiederherstellung einer Zentralregierung in Deutschland, auf die Wiederherstellung der politischen Parteien für ganz Deutschland und auf die Schaffung zentraler Verwaltungsstellen unter der Leitung von Staatssekretären, deren Amtsbereich sich auf das gesamte deutsche Gebiet erstrecken würde. ...

Sie ist der Ansicht, ... daß eine Teilung Deutschlands in mehrere Staaten, wenn sie die Folge einer natürlichen Entwicklung und nicht einer auferlegten Lösung sein würde, für die Aufrechterhaltung der Sicherheit in Europa günstig wäre.

Aus diesen Gründen bedauert sie, daß der gleiche Abschnitt IX bereits jetzt die Eventualität der Wiederherstellung einer deutschen Zentralregierung unter deutscher Leitung und die Wiederherstellung politischer Parteien für ganz Deutschland vorsieht, lauter Maßnahmen, die dazu geeignet sind, die deutschen Einheitsbestrebungen neu zu beleben und die Rückkehr zu einer Form des zentralisierten deutschen Staates zu begünstigen. ...<<

15.09.1945

SBZ: In Mitteldeutschland werden am 15. September 1945 private Versicherungsunternehmen verboten und durch "Anstalten öffentlichen Rechts" ersetzt.

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet damals über die Flüchtlinge und Vertriebenen in Bremke, Kreis Göttingen (x123/26-28): >>Mitte September 1945. Es geschehen schlimme Dinge an der Demarkationslinie. Die russischen Posten lassen illegal niemanden mehr passieren, schießen sofort und sind sehr grob geworden. Umgekehrt können sich die Engländer nicht erklären, warum diese vielen Menschen alle in ihr Gebiet wollen.

Jeden Abend, zwischen 21 und 22 Uhr, lassen die russischen Posten einen großen Schub - immer mehrere Tausend - durch. Der kommt dann mitten in der Nacht in Bremke an. Da auf Befehl der Militärregierung kein Deutscher ohne Erlaubnis seine Wohnung verlassen darf, kampieren die Flüchtigen irgendwo in Scheunen und Ställen, auf den Höfen und Fluren. Viele müssen sich aber einfach draußen wie die Tiere zusammenrollen und versuchen, etwas zu schlafen. Die Kälte treibt sie dann bald wieder hoch. ...

Ich sah, wie 2 Frauen sich gegenseitig an den Haaren rissen, schrien, weinten, sich widerwärtig beschimpften, weil eine von der anderen glaubte, sich beim Abtransport eine Reihe vorgedrängt zu haben.

Ich sah, wie eine Mutter mit einem winzigen Säugling im Straßengraben saß, verzweifelt dem Kind von Bauern erbettelte Milch einzuflößen versuchte. Vergebens. Diese kleinen Lippen würden nie mehr trinken. ...

Ich sah Hunderte von Menschen, Tausende, Abertausende in ihrer tiefsten Erniedrigung, dem größten Leid, in Elend, Not und Verzweiflung. ...

Ich sah Menschen ohne Hoffnung, ohne Glauben, ohne Liebe, ohne Ehrfurcht, ohne Gott. Ich sah, wie Männer zu Dieben wurden, Kinder zu Gesetzesbrechern, Frauen sich anboten und Mädchen ihre Unschuld verkauften.

Ich sah Menschen, von Menschen zu Tieren gepreßt, auf einer Stufe mit dem Vieh. Und doch unschuldig, ohne jede Schuld. Denn die Not, das nackte Gespenst übermenschlicher Bedrängnis, ließ sie Dinge tun, die zu verantworten einst andere aufgerufen werden.<<

Großbritannien: Die Londoner Wochenzeitung "The Economist" berichtet am 15. September 1945 (x044/197): >>... Im Widerspruch zur Potsdamer Deklaration, die diesen ungeordneten und unmenschlichen Massenvertreibungen von Deutschen Einhalt gebot, geht die

Zwangsausweisung aus den Provinzen Ostpreußens, Pommerns, Schlesiens und Teilen von Brandenburg unverändert weiter.
Der Rat der Außenminister muß dieser entsetzlichen Tragödie ein Ende machen. Die vertriebenen Millionen sind praktisch ohne Nahrung und obdachlos. Die bewohnbaren Teile der großen Städte waren schon überfüllt, ehe sie kamen, und auf dem Land gibt es nur sehr begrenzte Möglichkeiten, sie unterzubringen.
Die unausweichliche Folge wird sein, daß Millionen an Hunger und Erschöpfung sterben werden. Die Deutschen haben zweifellos Strafe verdient - aber keine Tortur von dieser Art. Wenn die Polen und Tschechen als zivilisierter gelten wollen als die Nazis, dann müssen sie sofort mit der Vertreibung aufhören.<<

17.09.1945

SBZ: Das Deutsche Beamtengesetz wird durch den SMAD-Befehl Nr. 66 vom 17. September 1945 aufgehoben. Berufsbeamte im herkömmlichen Sinne gibt es danach nicht mehr.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Beamten" in der SBZ (x009/57): >>Beamte ... gibt es seit 1945 nicht mehr. Das Deutsche Beamtengesetz vom 26.1.1937 ist durch SMAD-Befehl Nr. 66 vom 17.9.1945 aufgehoben worden.
Die im öffentlichen Dienst stehenden "Mitarbeiter des Staatsapparates" sind durch Wahl, Berufung oder Arbeitsvertrag eingesetzte Angestellte oder Arbeiter im öffentlichen Dienst. Soweit sie mit eigener Verantwortlichkeit und Entscheidungsbefugnis staatliche Aufgaben erfüllen, werden sie als Staatsfunktionäre bezeichnet.
Die Bestimmungen des StGB über Verbrechen und Vergehen im Amt sind auf alle Personen anzuwenden, "die in einer Einrichtung des Staates mit der Verwirklichung der Zwecke des sozialistischen Staates beauftragt sind, gleichgültig, ob sie für diese Tätigkeit besoldet werden oder ehrenamtlich tätig sind" (Der Schöffe 1960, S. 144).
Die Mitarbeiter des Staatsapparates unterliegen besonderen Disziplinarbestimmungen. Eine besondere Altersversorgung gibt es nur für die Angehörigen von technischen und wissenschaftlichen Berufen, darunter für Lehrer sowie Angehörigen der Post und der Eisenbahn.<<
WBZ: In Lüneburg beginnt am 17. September 1945 der "Bergen-Belsen-Prozeß".
In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 17. September bis zum 14. Oktober 1945 täglich nur 1.542 bzw. 846 Kalorien zugeteilt (x117/31).

19.09.1945

WBZ: General Eisenhower proklamiert am 19. September 1945 in der US-Zone die Gründung der Länder Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern (x114/2.101): >>**An das Deutsche Volk in der Amerikanischen Zone!**
Ich, General Dwight D. Eisenhower, Oberbefehlshaber der Amerikanischen Streitkräfte in Europa, erlasse hiermit folgende Proklamation.
Artikel I
Innerhalb der Amerikanischen Besatzungszone werden hiermit Verwaltungsgebiete gebildet, die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden: Jeder Staat wird eine Staatsregierung haben. Die folgenden Staaten werden gebildet: Groß-Hessen umfaßt Kurhessen und Nassau ... und Hessen-Starkenburg, Oberhessen und den östlich des Rheines belegenen Teil von Rheinhessen.
Württemberg-Baden umfaßt die Kreise Aalen, Backnang ... und Pforzheim Stadt und Land.
Bayern umfaßt ganz Bayern, wie es 1933 bestand, ausschließlich des Kreises Lindau. ...<<
CSR: Der Präsident der Republik erläßt am 19. September 1945 ein Dekret über die Arbeitspflicht der Personen, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren haben (x004/259-261): >>Auf Vorschlag der Regierung bestimme ich:
§ 1 (1) Zur Beseitigung und Wiedergutmachung der durch den Krieg und die Luftangriffe verursachten Schäden, wie auch zur Wiederherstellung des durch den Krieg zerrütteten Wirt-

schaftslebens wird eine Arbeitspflicht der Personen eingeführt, die nach dem Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik vom 2. August 1945 ... die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren haben. ...
§ 2 (1) Der Arbeitspflicht unterliegen Männer vom vollendeten 14. bis zum vollendeten 60. Lebensjahr und Frauen vom vollendeten 15. bis zum vollendeten 50. Lebensjahr. ...
§ 4 (1) Eine Person, die zur Arbeit zugeteilt wurde, ist verpflichtet, der ergangenen Zuteilungsanordnung Folge zu leisten, und zwar auch dann, wenn sie der Auffassung ist, daß sie von der Arbeitspflicht ... befreit ist, solange über ihren Antrag auf Befreiung nicht amtlich entschieden wurde. ...
§ 5 Die Arbeitspflicht erstreckt sich auf die Ausführung von Arbeiten aller Art, die ... der zuständige Bezirksnationalausschuß als im öffentlichen Interesse geleistete Arbeiten anerkennt.
§ 6 (1) Den der Arbeitspflicht unterliegenden Personen steht für die ausgeführte Arbeit ein Entgelt zu, das der Bezirksnationalausschuß nach den örtlichen Verhältnissen festsetzt. ...
§ 8 (1) Die zur Arbeit zugeteilten Personen sind verpflichtet, die ihnen auferlegte Arbeit ordentlich und gewissenhaft zu verrichten. ... Sie sind gehalten, die ihnen auferlegte Arbeit an jedem beliebigen Ort zu leisten, und sind verpflichtet, auch Arbeiten zu verrichten, die nicht zu ihrer normalen Beschäftigung gehören. ...<<

20.09.1945

Berlin: Durch die Proklamation Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats werden am 20. September 1945 die NSDAP, alle militärischen und halbmilitärischen Verbände aufgelöst (x116/15-16): >>Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (NSDAP) ist völlig und endgültig aufgelöst und wird außerhalb des Gesetzes erklärt. ...
Die deutschen Behörden dürfen nicht zulassen, daß irgendwelche Geheimorganisationen bestehen.
Die deutschen Behörden müssen alle Anweisungen befolgen, die von Vertretern der Alliierten herausgegeben werden für die Abschaffung der Nazigesetzgebung und für die Umgestaltung der deutschen Gesetze und des deutschen Gesetz-, Rechts-, Verwaltungs-, Polizei- und Erziehungswesens, einschließlich der Ersetzung des betreffenden Personals.<<
Die AKR-Proklamation Nr. 2 löst ferner alle deutschen Botschaften und Konsulate im Ausland auf. Das Deutsche Reich muß sämtliche Besatzungskosten der alliierten Streitkräfte übernehmen. Ferner werden alle Gold- und Silberbestände des Deutschen Reiches beschlagnahmt (x111/78).

WBZ: Die Briten lassen am 20. September 1945 auf dem Versuchsgut der Göttinger Universität in Friedland ein Grenzdurchgangslager für Flüchtlinge und Vertriebene errichten.
Walter Müller-Bringmann berichtet am 20. September 1945 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/7): >>Am 20. September wurden 10 britische Armeezelte in der Nähe von Friedland, einem kleinen, bis dahin völlig unbekannten Dorf bei Göttingen, aufgeschlagen, um zumindest den Kranken und Schwachen unter den Tausenden von Flüchtlingen aus den östlichen Gebieten Deutschlands, die in jenen schlimmen Wochen über die sowjetisch-englischen Demarkationslinie strömten, für einige Stunden eine Ruhepause zu ermöglichen.
Keiner vermochte damals zu ahnen, daß daraus ein großes Lager für lange Zeit werden sollte. Niemand wußte, daß der Name Friedland einmal in allen Teilen der Welt genannt und zu einem Begriff werden würde. ...
Millionen Menschen gingen durch Friedland, atmeten hier zum ersten Mal auf, ließen alles hinter sich, was sie in den langen Jahren erleiden mußten - fingen ein neues Leben an. Kein Flecken deutscher Erde hat in unserer Zeit so viel Elend und Leid, aber auch Glück und Freude gesehen. In Friedland flossen die Tränen unendlich vieler geprüfter Menschen - Tränen, die mit zur Geschichte unseres Volkes gehören. ...<<

21.09.1945

WBZ: Der Regierungspräsident von Würzburg verkündet am 21. September 1945 (x111/80): >>... Die Schwarzbauten häufen sich in einem Maße, daß dadurch eine gelenkte Bautätigkeit zur Beschaffung von Wohnraum nicht mehr möglich ist. Dieser Zustand bringt nicht nur eine Vergeudung des wenig vorhandenen Baumaterials mit sich, sondern ruft auch Klage über zu wenig Bauhandwerker hervor.
Nur durch Einschränkung der Schwarzbauten und Lenkung der Baumaßnahmen zur Förderung von Wohnraum ist es möglich, der dringendsten Wohnungsnot in Würzburg abzuhelfen. Schwarzbauten sind nach wie vor verboten. Bauherr und Baumeister haben Baueinstellung, Beschlagnahme des vorhandenen Materials und Bestrafung zu gewärtigen.<<
UdSSR: Die Sowjetunion und Polen schließen am 21. September 1945 ein Grenzabkommen über die Grenze zwischen Polen und der späteren DDR (x028/176).

22.09.1945

Ostdeutschland: In Oberschlesien interniert man am 22. September 1945 wieder zahlreiche Deutsche in Lagern. Dort müssen sie oftmals wochen- oder monatelang, ohne ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln, in völlig überfüllten Baracken oder Fabrikräumen vegetieren.
Die Arbeitsunfähigen werden später aussortiert, zu 60-70 Personen in Güterwagen verladen und nach Westen abgeschoben. Da für diese Ausweisungen noch keine interalliierten Abmachungen vorliegen, geben sich die Polen Mühe, sie als "freiwillige Ausreise" der deutschen Bevölkerung darzustellen (x001/144E-145E).

23.09.1945

SBZ: Im Verlauf der Bodenreform vom 23. September 1945 werden 7.160 Betriebe mit 2,5 Millionen ha Großgrundbesitz und 4.537 Betriebe von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern enteignet und "auf ewige Zeiten" neu verteilt (x111/81).
Der 19jährige Gottfried B. berichtet damals über seine Internierung im sowjetischen Lager Mühlberg bei Riesa (x126/113-115): >>... Am Morgen des 23. September 1945 stand ein Omnibus im Gefängnishof, wir 30 Leute stiegen ein, und ab ging die Fahrt - Richtung Osten. Gegen Mittag überquerten wir in Riesa die Elbe, da kannte ich mich aus, oft genug hatte man uns dort herumgescheucht. Entlang des Truppenübungsplatzes ging es nordwärts, ein kurzes Abbiegen, und wir standen mit unserem Omnibus vor dem Eingang des ehemaligen Kriegsgefangen-Stammlagers (Stalag) IV B.
Vor uns hielt ein offenes, nur mit einer Plane abgedecktes Lastauto, von dem mühsam eine Gruppe fein angezogener alter Herren herunterkletterte, etliche von ihnen noch mit Schlips und Kragen, mit Hüten und feinen Sommermänteln. Wer mochte das wohl sein?
Endlich durften auch wir aussteigen. Hungrig, unrasiert und mit unseren Bündeln im Arm durchliefen wir den ersten Schlagbaum, dann ein hölzernes Tor und noch einmal einen Schlagbaum. Wir waren am Ziel unserer Reise, im "Speziallager Nr. 1 des NKWD" Mühlberg an der Elbe.
Das Lager befand sich in einem desolaten Zustand. ... Aus den Baracken war alles entfernt, was sich entfernen ließ. Keinerlei Mobiliar wie Bettgestelle, Stühle, Tische, die Öfen sämtlich herausgerissen, die großen Fensterflügel ohne Glas oder nur mit Scherben bestückt, beim größten Teil der Baracken auch die hölzerne Zwischendecke entfernt, so daß die Konstruktion der Dachbinder offen lag. Hätte der Fußboden nicht aus Ziegelsteinen bestanden – auch er wäre entfernt worden. ... Ein Wunder, daß die Wasserleitung noch funktionierte!
Die übergroße Mehrzahl war 60 Meter lang und 12 Meter breit – etwa 40 Stück – mit einem gemauerten Mittelteil und Betonfundament. Darin befand sich ein Waschraum. Aus ganz fein angebohrten Eisenrohren tröpfelte es unaufhörlich in die betonierten Waschrinnen. Am Eingang der beiden etwa 25 Meter langen Teilbaracken befand sich ein kleines Plumpsklo mit einer Sitzgelegenheit. Nach dem Ausbau waren in jeder Barackenhälfte etwa 200 bis 250 Per-

sonen untergebracht. Die etwa 10 bis 20 Meter großen Abortbauten waren weiter hinten errichtet worden; natürlich auch nur über einer großen Grube ohne Abfluß.
Dann gab es aber gleich am Eingang einen Komplex von 4 kleinen Baracken, die nicht zerstört waren; mit Mittelgang, unterteilten Räumen und Holzfußböden. Eine davon war bereits mit Frauen belegt, in die andere kamen wir.
... Erschöpft setzten wir uns auf den Boden – und sprangen gleich wieder hoch: Unzählige Flöhe, ausgehungert und lebenslustig, waren auf Nahrungssuche ausgezogen. Es war eine Qual! Ob wir in diesen ersten Nächten zum Schlafen kamen, weiß ich nicht mehr.
Vom ersten Tage an gingen wir daran, das Lager wieder bewohnbar zu machen und uns selbst einzuzäunen. Erst waren wir noch nicht viele Menschen im Lager, aber es wurden täglich mehr. ...<<

Frankreich: Der französische Ministerpräsident Charles de Gaulle fordert am 23. September 1945 in einer Rundfunkansprache die Internationalisierung des Ruhrgebietes durch ein gemeinschaftliches Kontrollregime. Ferner spricht er sich für eine dauernde militärische Besetzung Deutschlands entlang der Rheinlinie durch die Franzosen aus (x156/33).<<

24.09.1945

SBZ: In der SBZ wird am 24. September 1945 die "Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler" errichtet. Die Begriffe Flüchtlinge oder Vertriebene werden später von den Sowjets verboten (x024/201).

Die Landesverwaltung Sachsen berichtet am 24. September 1945 in den "Amtlichen Nachrichten" über die Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone (x156/26-28): >>Entsprechend den Forderungen der werkstätigen Bauern nach einer gerechten Bodenverteilung und Liquidierung des feudalen und junkerlichen Grundbesitzes sowie zum Zwecke der Landzuteilung an landlose und landarme Bauern und Landarbeiter, darunter auch an diejenigen deutschen Bauern, die aus anderen Staaten umsiedelten, hat die Landesverwaltung des Bundeslandes Sachsen folgende Verordnung beschlossen:
Artikel 1
1. Die demokratische Bodenreform ist eine unaufschiebbare nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit. Die Bodenreform muß die Liquidierung des feudal-junkerlichen Großgrundbesitzes gewährleisten und der Herrschaft der Großgrundbesitzer im Dorfe ein Ende bereiten, weil diese Herrschaft immer eine Bastion der Reaktion und des Faschismus in unserem Lande darstellte und eine der Hauptquellen der Aggression und der Eroberungskriege gegen andere Völker war.
Durch die Bodenreform soll der jahrhundertealte Traum der landlosen und landarmen Bauern und Landarbeiter von der Übergabe des Großgrundbesitzes in ihre Hände erfüllt werden. Somit ist die Bodenreform die wichtigste Voraussetzung der demokratischen Umgestaltung und des wirtschaftlichen Aufstiegs unseres Landes.
Der Grundbesitz soll sich in unserer deutschen Heimat auf feste, gesunde und produktive Bauernwirtschaften stützen, die Privateigentum ihres Besitzers sind.
2. Das Ziel der Bodenreform ist:
a) das Ackerland der bereits bestehenden Bauernhöfe unter 5 ha Ackerland zu vergrößern,
b) neue, selbständige Bauernwirtschaften für landlose Bauern, Landarbeiter und kleine Pächter zu schaffen,
c) an Umsiedler und Flüchtlinge, die durch die räuberische hitlerische Kriegspolitik ihr Hab und Gut verloren haben, Land zu vergeben ...
Artikel 2
... 2. Folgender Grundbesitz wird mit allen darauf befindlichen Gebäuden, lebendem und totem Inventar. Nebenbetrieben und dem sonstigen Vermögen, unabhängig von der Größe der Wirtschaft, entschädigungslos enteignet:

a) der Grundbesitz der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen mit allem darauf befindlichen landwirtschaftlichen Vermögen,
b) der Grundbesitz mit allem darauf befindlichen landwirtschaftlichen Vermögen, der den Naziführern und den aktiven Verfechtern der Nazipartei und ihren Gliederungen sowie den führenden Personen des Hitlerstaates gehörte, darunter allen Personen, die in der Periode der Naziherrschaft Mitglieder der Reichsregierung, der Landesregierungen und des Nazi-Reichstages waren.
3. Gleichfalls wird der gesamte feudal-junkerliche Boden und der Großgrundbesitz mit über 100 ha mit allen Bauten, lebendem und totem Inventar, allen Nebenbetrieben und sämtlichen landwirtschaftlichen Vermögen entschädigungslos enteignet.
4. Der dem Staat gehörende landwirtschaftliche Grundbesitz wird ebenfalls in den Bodenfonds der Bodenreform einbezogen ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Maschinen-Traktoren-Stationen" in der SBZ (x009/279): >>Nach dem sowjetischen Muster gebildete Landmaschinenparks, die unter der Bezeichnung MAS (Maschinen-Ausleih-Station) im Zuge der Bodenreform ... begründet wurden.
Ihre Aufgabe war zunächst, Schlepper und Landmaschinen der enteigneten und aufgesiedelten Güter zusammenzufassen, um sie im Gemeinschaftseinsatz den Neubauern zugute kommen zu lassen. ... Die Stationen waren "Mittelpunkte des gesellschaftlichen Lebens auf dem Lande". Ende 1950 erhielt jede MAS die Rechte eines "volkseigenen Betriebes" als "selbständig planende und bilanzierende Einheit der volkseigenen Wirtschaft".
Die Umbenennung in Maschinen-Traktoren-Station (MTS) erfolgte 1952 nach der Verkündung des planmäßigen Aufbaus des Sozialismus auf der II. Parteikonferenz der SED durch Walter Ulbricht.
Um sie zu "Zentren der Umgestaltung des Dorfes auf sozialistischer Grundlage", also zum Steuerungsinstrument der Kollektivierung zu machen, wurden Ende 1952 politische Abteilungen bei den Maschinen-Traktoren-Stationen eingerichtet, die für die ideologische Ausrichtung der gesamten Landbevölkerung verantwortlich sind. Gleichzeitig wurde den Maschinen-Traktoren-Stationen das gesamte landwirtschaftliche Beratungswesen zugewiesen.
... Die Unterstellung der MTS-Traktorenbrigaden unter die Einsatzleitung der LPG-Vorsitzenden lehnte sich an das sowjetische Vorbild an und sollte die privatwirtschaftlichen Einzelbauern von der "Überlegenheit der sozialistischen Großflächenwirtschaft überzeugen". ...<<

26.09.1945

Frankreich: Der Chef der IKRK-Delegation, Pradervand, schreibt am 26. September 1945 an General de Gaulle und berichtet über die deutschen Kriegsgefangenen in den französischen Lagern (x131/117-119): >>Mein General,
am 3. September habe ich Sie um die Ehre gebeten, mich zu empfangen, damit ich Ihnen über die Situation der deutschen Kriegsgefangenen in französischer Hand berichten könne. Die Zahl dieser Gefangenen beläuft sich jetzt auf 600.000.
200.000 sind jetzt arbeitsunfähig, wie folgt:
a. 50.000, weil sie nach den Bestimmungen der Genfer Konvention repatriiert werden sollten (amputiert, blind geisteskrank tuberkulös usw.) und
b) 150.000 weil sie an schwerer Unterernährung leiden.
Die Situation dieser 200.000 Männer ist in Bezug auf Lebensmittel, Kleidung, unhygienische Bedingungen so bedenklich, daß man ohne Furcht vor Pessimismus sagen kann, daß sie den Winter nicht überleben werden.
Um die allgemeine Situation zu zeigen, erlauben sie mir, Ihnen über das Lager Thorée-les-Pins bei La Fleche zu berichten, in dem die beiliegenden Fotografien aufgenommen worden

sind. Dieses Lager in Thorée enthält ungefähr 20.000 Gefangene, von denen 13.000, obgleich unterernährt, arbeitsfähig sind. 7.000 sind sehr krank, von denen
a) 2.000 in so schlechter Verfassung sind, daß sie, ganz gleich welche Pflege ihnen zuteil wird, wahrscheinlich innerhalb der nächsten Monate sterben werden (selbst die deutschen Ärzte haben es aufgegeben, sie zu behandeln);
b) 2.000 Fälle von Unterernährung, die durch richtige Ernährung wiederhergestellt werden könnten, insbesondere durch die Injektion von Blutplasma;
c) 3.000 sind stark unterernährt, könnten aber durch zusätzliche Ernährung gerettet werden. Am Tage des Besuches durch einen meiner Delegierten gab es 20 Sterbefälle in Thorée; Särge für sie gab es nicht mehr.
... Um Abhilfe zu schaffen, ist energisches Handeln erforderlich. Gestatten Sie mir – weil ich mich seit mehr als 3 Monaten ausschließlich mit diesem Problem befasse -, Ihnen die folgenden Maßnahmen vorzuschlagen:
1) Suspendieren Sie alle weiteren Gefangenen-Überstellungen, bis die Verwaltung in der Lage ist, regelmäßig neue Kontingente zu bewältigen.
2) Repatriieren Sie unverzüglich alle Gefangenen, die sich nicht mehr erholen werden und die in der französischen, amerikanischen oder britischen Zone beheimatet sind, in Absprache mit den Militärbehörden.
3) Verteilen Sie zusätzliche Nahrung an die Gefangenen, die gerettet werden können, und setzen sie diese Gefangenen allmählich zur Arbeit ein, um dem Bedarf an Arbeitskräften zu entsprechen.
4) Geben Sie an einige der Gefangenen Lebensmittel und Kleidung aus, die die Verwaltung schon zur Verfügung hat. (Die Gefangenen schlafen im allgemeinen auf dem Boden und haben im Durchschnitt eine Decke für 4 Personen).
Auf diese Weise wird die Verwaltung die Kosten für diese 200.000 unnützen Münder einsparen, und die drohende Katastrophe wird abgewendet.
Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz hat zu seiner Verfügung einige noch vom Deutschen Roten Kreuz erübrigte Gelder, Spenden für das Komitee von deutschen Gefangenen in den USA und einige Spenden von Kriegsgefangenen in französischer Hand. Das Komitee ist bereit, mit diesen unterschiedlichen Beträgen Lebensmittel, Kleidung und Medikamente für die deutschen Gefangenen in französischer Hand zu kaufen.<<

27.09.1945

WBZ: Die nordamerikanischen Besatzer melden am 27. September 1945, daß man in der US-Zone bisher rund 70.000 Nazis verhaftet hat (x111/83).

28.09.1945

WBZ: Ein Zeitzeuge berichtet am 28. September 1945 über den Schulalltag in Köln (x073/-218): >>... Obwohl Lehrer und Schüler mit Fleiß und Hingabe bei der Sache sind, leidet der Unterricht sehr unter dem Mangel an Schulbüchern und Schreibmaterial. Die Schulleitung kaufte Restbestände von Tafeln und Griffeln, Heften und Bleistiften, Federn und Federhaltern auf und verteilte sie an die Kinder. Da die Schüler oft monate-, ja jahrelang keinen Unterricht erhielten, ist der Leistungsstand in den Klassen sehr schwach und unterschiedlich.<<

29.09.1945

Frankreich: Der Reporter Serge Bromberger berichtet am 29. September 1945 im "Le Figaro" über die deutschen Kriegsgefangenen in den französischen Lagern (x131/116): >>... Die seriöseste Quelle bestätigte, daß der körperliche Zustand der Gefangenen schlimmer als beklagenswert war. Die Leute sprachen von einer erschreckenden Sterblichkeit, verursacht nicht durch Krankheit, sondern durch Hunger, und von Männern mit einem Durchschnittsgewicht von 35 bis 45 Kilo.
Anfangs zweifelten wir an der Wahrheit aller dieser Dinge, aber uns erreichten Appelle von

vielen Seiten, und wir konnten das Zeugnis von Priester Le Meur, eines Geistlichen für die Gefangenen, nicht ignorieren.<<

Großbritannien: Die Londoner Wochenzeitung "The Economist" berichtet am 29. September 1945 über den Hunger in Berlin (x111/84): >>... Blickt man von den Kleidern auf die Gesichter, so wird deutlich, was es heißt, halb verhungert zu sein. Was auffällt, ist nicht die Magerkeit, nicht einmal die allgemeine Müdigkeit, sondern die Gesichtsfarbe.

Die Gesichter der Babys in den Kinderwagen sind leichenfahl; das Fleisch hat ein wächsernes oder seifenartiges Aussehen. Kleine Kinder sind gelb, aber die 12jährigen weisen die Blässe der Erwachsenen auf, außer wenn sie offenbar von der Gelbsucht verfärbt sind.

Die Gesichter der wenigen Alten sind genauso totenblaß wie die der Babys und Kleinkinder. Es gibt ein paar Ausnahmen; aber rosige, runde Gesichter gehören gewöhnlich Prostituierten oder dem Personal, das in Diensten der Alliierten steht.<<

30.09.1945

Ostdeutschland: Die polnische Regierung mißachtet weiterhin die Potsdamer Vereinbarungen und setzt die ungeordneten Vertreibungen unvermindert fort. Von Ende September bis Dezember 1945 werden vor allem arbeitsunfähige Deutsche aus den besetzten deutschen Ostprovinzen vertrieben.

SBZ: Die westlichen Alliierten haben bis Ende September 1945 bereits rund 2.035.000 sowjetische Kriegsgefangene, Hilfswillige und Zwangsarbeiter an die Sowjets ausgeliefert. In den sowjetischen Besatzungsgebieten hat man außerdem schon 2.946.000 "sowjetische Staatsbürger" in Sammellagern inhaftiert (x133/438).

WBZ: US-General Clay (1897-1978, von 1945-46 stellvertretender Militärgouverneur der nordamerikanischen Besatzungszone) erklärt am 30. September 1945 (x111/84): >>... Wenn der Kontrollrat keinen deutschen Verwaltungsapparat einrichtet, dann kann er seine Tätigkeit als Regierungsbehörde einstellen.<<

US-General Harmon informiert General Patton über die Zustände in der CSR (x028/136): >>... Die Deutschen in der Tschechoslowakei werden wie ein unterjochtes Volk behandelt. ...

Als das XXII. Corps in die Tschechoslowakei kam, stellten wir fest, daß gemäß Regierungserlaß die Deutschen solche Rationen bekommen sollten, wie diese den Juden gegeben hatten. Diese Rationen betrugen 850 Kalorien und wurden von unserem Hauptquartier als Hungerrationen abgelehnt.

Im allgemeinen sind die amerikanischen Offiziere und Soldaten unglücklich über die Behandlung der Deutschen, und es geschehen laufend kleine Zwischenfälle, wo die amerikanischen Soldaten auf der Seite der Deutschen sind. ...

Man beläßt ihnen nichts, ... wobei sich in manchen Fällen diese Beraubung in außerordentlich harter Form abspielt.<<

Die US-Militärbehörden melden am 30. September 1945, daß man bisher rund 600.000 ehemalige ausländische Zwangsarbeiter (Displaced Persons) in ihre Heimatländer zurückgeführt hat (x092/929).

Walter Müller-Bringmann berichtet damals über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/-29): >>Ende September 1945. Da, wo sich die drei Besatzungszonen der Sowjets, Amerikaner und Engländer treffen, auf britischem Gebiet, an der Eisenbahnstrecke zwischen Göttingen und Eichenberg ist ... ein Behelfslager für Flüchtlinge eingerichtet worden.

Der Ort heißt Friedland, besitzt eine kleine Bahnstation und dürfte auf kaum einer der großen Landkarten zu finden sein. Hier liegt ein Versuchsgut der Universität Göttingen, dessen Schweineställe, Futterkammern und Nebengebäude beschlagnahmt wurden. Außerdem hat irgendeine britische Einheit zehn mittelgroße Zelte abgegeben, die dort auf einer Wiese aufgeschlagen sind.

Seit fast 4 Wochen strömen täglich 3.000 bis 5.000 Menschen in das kleine Dorf Friedland,

umlagern die Bahnstation, ... und warten auf einen Güterzug, der sie weiterbringen soll. Die 3 großen Schweineställe des Gutes wurden geräumt und dienen nun denen, die alles verloren haben, als Raststätte auf einer weiten Wanderung, von der sie nur wissen, wann und wo sie angefangen hat. Deren Weg aber keiner kennt, von der niemand weiß, wie lange sie andauert und deren Ende und Ziel völlig unbekannt ist.
In einem kleinen Maststall sind 2 Räume für Säuglinge und Kleinkinder eingerichtet, dahinter wurden Buchten für Alte und Gebrechliche und Mütter mit Kindern geräumt. Für die vielen Menschen, die unterkommen wollen, sind Ställe und Zelte völlig unzureichend. Die meisten müssen sowieso auf das seltsam anmutende Quartier verzichten, schlagen sich irgendwo in die Büsche oder kriechen in den Scheunen der Bauern unter.
Können spätere Generationen ermessen, was es heißt, daß unter diesen Umständen am 28. September 1945 ein kleines Mädchen in einem Schweinestall des Versuchsgutes geboren wurde? Die Mutter kam als Flüchtling völlig erschöpft und entsetzlich mitgenommen an. Sie wollte weiter, konnte aber nicht mehr. ...<<
Frankreich: Jacques Fauvet berichtet am 30. September 1945 im "Le Figaro" über die unmenschlichen Zustände in den französischen Kriegsgefangenenlagern (x131/123-124): >>So wie man heute von Dachau spricht, werden die Menschen in 10 Jahren überall in der Welt von Lagern wie Saint Paul d' Egiaux sprechen, wo gegen Ende Juli 17.000 von den Amerikanern übernommene Menschen so rasch starben, daß in wenigen Wochen zwei Friedhöfe von je 200 Gräbern gefüllt waren. Gegen Ende September betrug die Sterbeziffer 10 pro Tag, was mehr als 21 % pro Jahr bedeutete. ...
Manche Leute werden einwenden, daß die Deutschen nicht sehr gewissenhaft waren, was die Frage der Ernährung unserer Männer anbetraf, aber selbst wenn sie gegen die Genfer Konvention verstoßen haben, scheint das wohl kaum eine Rechtfertigung dafür zu sein, daß wir ihrem Beispiel folgen.
Manche Leute haben gesagt, der beste Dienst, den wir den Deutschen leisten könnten, würde darin bestehen, sie nachzuahmen, so daß sie uns eines Tages vor dem Richterstuhl der Geschichte wiederfinden würden, aber Frankreich sollte seinem Ideal treu bleiben, das höher ist als bloße Würde; es ist bedauerlich, daß uns die ausländische Presse daran erinnern mußte. ...
Wir haben nicht gelitten und gekämpft, um die Verbrechen anderer Zeiten und anderer Orte zu verewigen.<<

September 1945

SBZ: NKWD-Einheiten übernehmen im September 1945 das ehemalige "Juden-KZ" Jamlitz bei Lieberose.
Im sowjetischen Internierungslager Jamlitz werden später ca. 6.000 deutsche Häftlinge in 8 Barackenkomplexen interniert (x126/74).
NKWD-Einheiten übernehmen im September 1945 das ehemalige NS-Kriegsgefangenenlager "Stalag IV B" auf der Mühlberger Flur (nördlich von Riesa). Das Lager Mühlberg besteht aus ca. 60 Holzbaracken. Im sowjetischen "Speziallager Nr. 1" werden später durchschnittlich 12.000 deutsche Häftlinge interniert (x126/111).
WBZ: Die britische Militärregierung kritisiert im September 1945 die Verwendung von Kurzgeschichten in den deutschen Schullesebüchern (x117/84): >>... Im Gegensatz zu den englischen Schulen, in denen man den Gebrauch von vollständigen Ausgaben ausgewählter Schriftsteller als Lehrbücher bevorzugt, gebrauchen die deutschen Schulen Bücher, die Sammlungen von kurzen Geschichten verschiedener Schriftsteller enthalten ...
Viele dieser Geschichten, obgleich sie möglicherweise an sich nicht sehr schädlich sind, sind doch sehr gefährlich, wenn sie so zusammengestellt sind, daß sie eine Stufenfolge von Krankhaftem und von Gewalttätigkeit darstellen.<<
Der SPD-Politiker Hinrich Wilhelm Kopf (1893-1961, 1945 Präsident des Bezirks Hannover,

1946-55 und 1959-61 Ministerpräsident im Land Hannover und in Niedersachsen) erklärt im September 1945 während einer Rede vor deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen (x021/-464): >>... Zunächst will ich versuchen, euch wenigstens das Gefühl eines eigenen Heimes wiederzugeben.
Im Einvernehmen mit der Militärregierung, die für eure Nöte und Sorgen volles Verständnis hat, werde ich daher die noch vorhandenen Wohnräume erfassen und gerecht an alle verteilen und die für die Einrichtung eines Heimes erforderlichen Gegenstände – soweit ihr selbst solche nicht mehr besitzt – für euch gegen Bezahlung beschaffen. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen werden in den nächsten Tagen ergehen.
Die übrige Bevölkerung bitte ich um Verständnis für die notwendigen eingreifenden Maßnahmen. Sie möge bedenken, daß sie es nur einem glücklichen Zufall zu verdanken hat, daß sie sich nicht in der gleichen Lage befindet wie die Flüchtlinge, Evakuierten und Ausgebombten.
Es ist Menschen- und Christenpflicht, für diese bedauernswerten Mitmenschen zu sorgen.<<
Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die katastrophale Situation der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen (x021/462-464): >>Die Deutschen, die aus ihrer Heimat verjagt worden waren, mußten nun in dem Rest von Deutschland heimisch werden.
Doch welch ein Land war das, in dem die Vertriebenen und Flüchtlinge sich nun tastend und suchend zurechtfinden sollten. Es war ein Land, das ihnen düster und abwesend erscheinen mußte. Ein Land voller Trümmer und Elend, dieses vom Krieg geschlagene Deutsche Reich, fremdem Willen unterworfen, unterteilt in Besatzungszonen, an deren Grenzen die Soldaten der Sieger wachten.
Nie war ein Land schlimmer zerstört worden als das Deutsche Reich, in dessen Hauptstadt einst der totale Krieg ausgerufen worden war, der in eine totale Niederlage geführt hatte. ... In diesem Land, in das die Menschen des Ostens jetzt gewaltsam verfrachtet worden waren, mangelte es an allem, was Menschen brauchten, um überhaupt leben zu können: an Wohnraum, an Nahrung, an Kleidung.
Bombenangriffe und Kriegshandlungen hatten Millionen von Wohnungen in Deutschland vollständig zerstört oder so beschädigt, daß sie unbewohnbar waren. Tatsächlich waren nur 6 von jeweils 10 Wohnungen übriggeblieben. Von diesen 6 Wohnungen, in denen Menschen noch menschenwürdig hausen konnten, hatten die Besatzungstruppen jeweils eine für ihre Zwecke beschlagnahmt. Also: die Einwohner der westlichen Besatzungszonen mußten jetzt mit der Hälfte des Wohnraums auskommen, über den sie vor dem Krieg verfügt hatten.
In diese Enge wurden nun auch noch Millionen hineingepreßt, die aus Pommern und Schlesien, Ost- und Westpreußen, aus Böhmen und Mähren und der Tschechoslowakei, aus Ungarn und Jugoslawien verjagt und in die westlichen Besatzungszonen getrieben wurden.
In diese Enge drängten sich aber auch Hunderttausende, die erst in die sowjetische Besatzungszone geflüchtet oder dorthin vertrieben worden waren, aber unter keinen Umständen unter einem kommunistischen Regime leben wollten und deshalb nach Westen weitergezogen waren. ...
Alle die Menschen, die nun kamen, brauchten ein Dach über dem Kopf, wenn sie nicht zugrunde gehen sollten. Sie brauchten Nahrung, sie brauchten Kleidung. Die Westdeutschen mußten in ihren Wohnungen enger zusammenrücken. Sie mußten das Wenige, das der Krieg ihnen gelassen hatte, teilen. ...
... Manchmal weigerten sich Westdeutsche, ihren verjagten Landsleuten Platz einzuräumen, Zimmer freizugeben, Küchen und Keller mit den Fremden zu teilen. Gemeindeverwaltungen beschlagnahmten Wohnraum, und mancher der Vertriebenen, der sein Haus östlich von Oder und Neiße unter Drohung polnischer Maschinenpistolen verlassen hatte, zog jetzt in Beglei-

tung britischer Soldaten, die ebenfalls mit Maschinenpistolen bewaffnet waren, in das Zimmer ein, das der Westdeutsche nicht preisgeben wollte. ...<<

01.10.1945

SBZ: In allen Schulen der sowjetischen Besatzungszone wird ab 1. Oktober 1945 wieder unterrichtet. Russisch wird Pflichtfach, um die deutsche Jugend "mit dem Geist und der Kultur des großen sowjetischen Nachbarvolkes" vertraut zu machen.

Berlin: Während der AKR-Sitzung vom 1. Oktober 1945 lehnt die französische Militärregierung eine deutsche Zentralverwaltung ab (x111/85).

WBZ: General Eisenhower ordnet am 1. Oktober 1945 weitere Kriegsgefangenentransporte an. Bis Ende Oktober 1945 transportiert man 1.750.000 deutsche Gefangene nach Frankreich und 30.000 deutsche Gefangene als Arbeitskräfte nach Belgien (x111/85).

Oberbürgermeister Konrad Adenauer spricht am 1. Oktober 1945 vor der Kölner Stadtverordnetenversammlung (x114/1.95): >>... So wollen wir gemeinsam ans Werk gehen, tief gebeugt, aber - meine Damen und Herren - nicht gebrochen!<<

02.10.1945

Großbritannien: Bei der "Londoner Konferenz" (vom 10.09. bis 2.10.1945) verlangt der französische Außenminister die Abtrennung des Rhein-Ruhr-Gebietes (x101/11).

03.10.1945

SBZ: Alle Justizbeamten und Justizangestellten werden am 3. Oktober 1945 entlassen, falls sie NSDAP-Mitglieder waren (SMAD-Befehl Nr. 49). Dadurch wird die systematische Bolschewisierung des mitteldeutschen Richterstandes eingeleitet (x009/507).

04.10.1945

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat fordert die polnische und tschechische Regierung am 4. Oktober 1945 erneut auf, den Abtransport der Deutschen einzustellen, bis ihre ordnungsgemäße Überführung erfolgen kann (x004/116-117).

05.10.1945

SBZ: Marschall Shukow erteilt Polen, der CSR und Ungarn am 5. Oktober 1945 die offizielle Erlaubnis, Ost- und Volksdeutsche in die sowjetische Zone "umzusiedeln" (x111/87).

WBZ: Die US-Militärregierung überträgt am 5. Oktober 1945 den deutschen Behörden die Aufnahme, Vertretung, Unterbringung und Ernährung der Flüchtlinge.

In einem "Merkblatt für Flüchtlinge", das am 5. Oktober 1945 in den britischen Auffang- und Grenzdurchgangslagern verteilt wird, heißt es (x111/87): >>Sie befinden sich jetzt in der britisch besetzten Zone Deutschlands.

Helfen Sie den Behörden durch Befolgen der Anordnungen, damit Ihnen geholfen werden kann.

Sie werden zunächst registriert, ärztlich untersucht und desinfiziert.

Sie werden dann verpflegt und durch Sonderzüge oder Omnibusse in den Kreis gebracht, welcher Sie aufnimmt.

Nach Ankunft in Ihrer neuen Heimat müssen Sie sich melden bei Wohnungsamt, Polizeibehörde, Arbeits- und Ernährungsamt.

Ohne Befolgung dieser Anordnungen können Sie keine Lebensmittelkarten erhalten.<<

Während einer SPD-Konferenz lehnt Kurt Schumacher am 5. Oktober 1945 den Führungsanspruch der Berliner Delegierten und einen Zusammenschluß mit den Kommunisten entschieden ab (x111/86-87, x301/120): >>... Wir deutschen Sozialdemokraten sind nicht britisch und nicht russisch, nicht amerikanisch und nicht französisch.

Wir sind die Vertreter des deutschen arbeitenden Volkes und damit der deutschen Nation. Wir sind als bewußte Internationalisten bestrebt, mit allen internationalen Faktoren im Sinne des Friedens, des Ausgleichs und der Ordnung zusammenzuarbeiten. Aber wir wollen uns nicht von einem Faktor ausnützen lassen. ...<<

>>... Im Sinne der deutschen Politik ist die kommunistische Partei überflüssig. Ihr Lehrgebäude ist zertrümmert. ...
Nachdem ihre Hoffnung, sich als führende Arbeiterpartei etablieren und zur einzigen Arbeiterpartei entwickeln zu können, von den Tatsachen so völlig unmöglich gemacht wird, muß sie nach dem großen Blutspender suchen.
Das Rezept ist die Einheitspartei, die einen Versuch darstellt, der Sozialdemokratischen Partei eine kommunistische Regierung auszuzwingen. Eine Sozialdemokratische Partei unter kommunistischer Führung wäre aber eine kommunistische Partei.<<

06.10.1945

SBZ: Der 16jährige Manfred W. berichtet über seine "Vernehmung" durch sowjetische NKWD-Geheimpolizisten am 6. Oktober 1945 (x126/183-184): >>Am 6. Oktober wurde ich erstmals vernommen. Im Vernehmungszimmer stand ein zirka 4 Meter langer Tisch. Daran saßen der verhörende Offizier und ein Dolmetscher, der kaum deutsch sprechen konnte. Hinter dem Offizier waren ein Spiegel und 2 Scheinwerfer angebracht, mit denen man angestrahlt wurde.
Im Spiegel konnte ich sehen, daß eine uniformierte Person hinter mir stand und eine Pistole auf mein Genick richtete. Meine Vernehmung dauerte etwa 6 Stunden. Man wollte mir zur Last legen, Angehöriger des "Werwolfs" gewesen zu sein.
Nachdem ich diese Anschuldigung mehrmals verneint hatte, gab es erst einmal mit der Pistole ein paar Schläge ins Genick. Der Dolmetscher sagte sinngemäß: "Wir machen Sie so klein, Sie kommen 20 oder 25 Jahre nach Sibirien, dann sind Sie sowieso kaputt!"
Dann mußte ich mich mit ausgestreckten Beinen mit einer Seite des Gesäßes auf einen Stuhl setzen. Das mag an die 2 Stunden gedauert haben. Zwischendurch wurden immer wieder Fragen gestellt, und es gab Fußtritte. Wohin sie trafen, spielte keine Rolle.
Nachdem ich weiterhin die Anschuldigung, beim "Werwolf" gewesen zu sein, abstritt, ließ man sich eine neue Methode einfallen. Nun mußte ich mich mit ausgestreckten Beinen auf eine Flasche, den Flaschenhals nach oben, setzen. Das zog sich etwa eine Stunde hin. Man verlor ja vor Schmerz und Angst jegliches Zeitgefühl. Zur Abwechslung gab es immer wieder Schläge und Fußtritte, und ich war froh, wenn ich für ein paar Sekunden mit der Flasche umkippte, weil dann die Schmerzen wenigstens kurzzeitig aufhörten.
Nachdem alle Torturen keinen Erfolg gebracht hatten, wurde ein sogenanntes Protokoll aufgenommen. Es wurde in russisch abgefaßt und war aus diesem Grunde für mich nicht lesbar. Nun wurde es mir in gebrochenem Deutsch vorgelesen, und ich mußte es unterschreiben. Bezüglich des "Werwolfs" stand darin, daß ich nicht dabeigewesen war – so wurde jedenfalls vorgelesen. Beim Verhör habe ich dann auch erfahren, daß ich vom Bürgermeister meiner Gemeinde denunziert worden war.
Eine Vernehmung am Tage war fast die Ausnahme. In der Regel fanden Vernehmungen in der Nacht von 20 Uhr bis gegen 5 Uhr morgens statt. Oftmals wurden die Verhörten so zugerichtet, daß sie sich kaum noch allein fortbewegen konnten. ...<<

WBZ: General John A. Barraclough, britischer Militärbefehlshaber der Nord-Rheinprovinz, entläßt am 6. Oktober 1945 den Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer (x111/87, x114/-1.95): >>... Ich kenne die Schwierigkeiten hinsichtlich der Frage der Arbeitskräfte in Köln. Ich bin mir der Lage hinsichtlich des Verkehrswesens, der Kohlenknappheit, der Knappheit an Transportmitteln etc. in vollem Umfang bewußt.
Ich bin jedoch überzeugt, daß mit richtiger Überwachung und Energie auf Ihrer Seite mehr hätte getan werden können, um diese Probleme zu lösen, als tatsächlich geschehen ist.
Nach meiner Ansicht haben Sie Ihre Pflicht gegenüber der Bevölkerung Kölns nicht erfüllt. Sie werden daher heute aus Ihrem Amte als Oberbürgermeister von Köln entlassen. ...<<
>>... Er (Adenauer) habe ... Köln ... spätestens bis zum 14. Oktober zu verlassen. ...

Er dürfe am öffentlichen oder politischen Leben in der Nordrhein-Provinz nicht mehr teilnehmen; andernfalls drohe ein Militärgerichtsverfahren.<<
Konrad Adenauer schreibt am 6. Oktober 1945 (x095/28): >>... Eben wurde mir von dem Brigadier beim Oberpräsidium der Nord-Rheinprovinz eine in scharfem Ton gehaltene Verfügung vorgelesen, in der mir mitgeteilt wurde, daß ich das in mich gesetzte Vertrauen wegen Wohnungsbau, Schutt, der Versorgung vor dem Winter nicht gerechtfertigt habe und daher ab heute meines Amtes enthoben sei. ...
Ich habe bis spätestens 14.10.45 die Stadt Köln zu verlassen.
Jede direkte oder indirekte politische Betätigung ist mir verboten, bei Zuwiderhandlungen werde ich vor das militärische Gericht gestellt.
Nach der Verlesung erklärte mir der Brigadier, der Ton sei vielleicht schärfer als sie gewollt hätten. Ob ich etwas zu sagen habe. Ich habe geantwortet: Nein.
Habe den Empfang der Verfügung quittiert und packe ein. ...<<

07.10.1945

USA: Die New Yorker "Daily News" berichtet am 7. Oktober 1945 über die Ausweisung der Deutschen (x028/131-132): >>Eine ... Frau mit Narben von Peitschenhieben quer über das Gesicht sagte, als die Gruppe, mit der sie in Oberschlesien zur Eisenbahn marschierte, durch Sagan kam, standen polnische Zivilisten links und rechts der Straße, und die Flüchtlinge wurden systematisch beraubt und geschlagen, als sie vorübergingen. ...
Sie schloß ihre Aussage mit der Vermutung, sie sei schwanger. Auf der Reise nach Berlin war sie dreißigmal vergewaltigt worden. ...<<

08.10.1945

SBZ: Die SMAD ordnet am 8. Oktober 1945 an, die ausgewiesenen Deutschen nur noch als "Umsiedler" zu bezeichnen (x039/229).

09.10.1945

Berlin: Die "Berliner Zeitung" berichtet am 9. Oktober 1945 (x116/94): >>... In Nähstuben werden Kleidungsstücke angefertigt und ... Kinderwäsche genäht. Gleichzeitig wird das Spielzeug des neuen Deutschland entstehen, das Spielzeug des friedlichen Aufbaus, das im Kinde den Sinn für das friedliche Dasein weckt und nicht den Geist der Zerstörung. ...<<

USA: Der nordamerikanische Diplomat Robert D. Murphy (1894-1978, 1945-48 politischer Berater Eisenhowers und der US-Militärregierung) berichtet am 9. Oktober 1945 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x044/197): >>... Amerikanisches Militärpersonal ist Augenzeuge von Vorfällen gewesen, bei denen sich deutsche Einwohner böhmischer Dörfer an einem Sammelplatz einfinden mußten, zwangsweise davongetrieben und häufig an Ort und Stelle oder auf der Straße ihrer wenigen Habseligkeiten beraubt und noch dazu geschlagen wurden, wenn sie sich der Ausweisung widersetzten.<<

10.10.1945

WBZ: In Würzburg wird am 10. Oktober 1945 die CSU gegründet.
Ein Zeitzeuge berichtet am 10. Oktober 1945 über den Schulalltag in Köln (x073/218-219): >>... Das Schulgebäude ist noch immer in einem trostlosen Zustand: Die Fenster sind zum Teil notdürftig mit Kordelglas geflickt, einige Klassentüren werden durch alte Decken ersetzt und der Fußboden ist fast überall schadhaft. ...
In den Jahren des Krieges hatten die Kinder unter Todesangst, Kummer, Sorgen und Entbehrungen aller Art eine freudlose Kindheit. Darum bemühen sich die Lehrer, in der Schule ein frohes Jugendreich zu schaffen: Musik, Sport, Spiel und Tanz haben neben der Lernarbeit einen wichtigen Platz und lockern den Unterricht auf. ...<<

Ostdeutschland: Der 83jährige Schriftsteller Gerhart Hauptmann erklärt am 10. Oktober 1945 während einer Unterhaltung mit Johannes Becher in Agnetendorf, Schlesien (x111/89): >>... Es gibt keinen Augenblick, in dem ich nicht Deutschlands gedenke, obgleich ich nicht

mehr die Kraft besitze, so zu wirken, wie ich es möchte. Hinzu kommt der feste Glaube an Deutschlands Wiedergeburt - davon lasse ich nicht einen Augenblick. ...
In 50 Jahren wird sich das deutsche Volk wiedergefunden haben.<<
CSR: Die tschechische Zeitung "Lidovy Vecernik" berichtet am 10. Oktober 1945 (x004/-101): >>In der Tschechoslowakei geht es lediglich um die Frage: Tscheche und Slowake oder Deutscher und Ungar. Um nichts anderes.
Wenn sich allerdings ein Jude zur deutschen Nationalität bekannt hat, muß er denselben Weg gehen wie jeder andere Bürger deutscher Nationalität, der sich um die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft bemüht. ...<<
Großbritannien: Außenminister Bevin berichtet am 10. Oktober 1945 im britischen Unterhaus (x028/117-118): >>... Ich habe die polnische Regierung ersucht, alle weiteren Vertreibungen von Deutschen in diesem Augenblick zu unterlassen. ...
Der polnische Botschafter in London hat vor kurzem dem Foreign Office versichert, es seien strenge Befehle ausgegeben worden, alle Vertreibungen aus den von Polen besetzten Gebieten künftig zu unterlassen.<<

12.10.1945

SBZ: Der 1. Vizepräsident der Provinz Sachsen, Robert Siewert (KPD), berichtet am 12. Oktober 1945 im "Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen" (x111/90): >>Es ist nicht die Absicht, den Besitz der Großbauern irgendwie anzugreifen oder den Großbauern irgendwie Schwierigkeiten zu bereiten – im Gegenteil, der Besitz der Großbauern ist garantiert. ...<<
Berlin: Der Alliierte Kontrollrat ordnet am 12. Oktober 1945 für alle Männer (von 14 bis 65 Jahren) und Frauen (von 15 bis 50 Jahren) die Einführung der Arbeitspflicht an (x111/90).
WBZ: Der Allgemeine Deutsche Automobilclub (ADAC) fordert am 12. Oktober 1945 seine Mitglieder auf, ihre neuen Anschriften mitzuteilen.
Großbritannien: Der französische Staatspräsident de Gaulle erklärt am 12. Oktober 1945 in London (x111/89): >>Frankreich wünscht nie wieder ein Deutsches Reich. ...<<
USA: Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) schreibt am 12. Oktober 1945 über das Schicksal der Millionen von deutschen Vertriebenen (x111/89): >>Die Russen fegten die einheimische Bevölkerung vom Erdboden in einer Art, die seit den Tagen der asiatischen Horden kein Beispiel hat. ...<<
Robert D. Murphy (1894-1978, politischer Berater der nordamerikanischen Militärregierung) berichtet am 12. Oktober 1945 in einem Memorandum für das US-State Department über das Elend der deutschen Vertriebenen (x028/132,147-148): >>Allein auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin haben unsere Sanitätsdienststellen täglich im Durchschnitt 10 Menschen (Vertriebene) gezählt, die an Erschöpfung, Unterernährung und Krankheit gestorben sind.
Sieht man das Elend und die Verzweiflung dieser Unglücklichen, spürt man den Gestank des Schmutzes, der sie umgibt, stellt sich sofort die Erinnerung an Dachau und Buchenwald ein. Hier ist Strafe im Übermaß - aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, die Armen, die Kranken. ...
Daß im Sudetenland die Deportationen nicht fortgesetzt werden, liegt zum Teil an der Anwesenheit unserer Truppen, deren Kommandeure in freundlicher, aber fester Haltung den ansässigen Tschechen erklärt haben, daß gewisse Vorgänge im Namen der Menschlichkeit nicht geduldet werden können; dennoch haben sich rücksichtslose Räumungen ereignet, und zwar so häufig, daß unsere Soldaten oft Haß auf das befreite tschechische Volk empfinden. ...<<
>>... Unser Wissen, daß sie Opfer harter politischer Beschlüsse sind, die von äußerster Rücksichtslosigkeit und Mißachtung der Menschlichkeit durchgeführt werden, mildert die Wirkung nicht.
Die Erinnerung an Massendeportationen stellt sich ein, von denen die Welt entsetzt war und die den Nazis den Haß eintrugen, den sie verdienten. Die Massendeportationen, die von den

Nazis inszeniert wurden, haben zu unserer moralischen Empörung beigetragen, in der wir den Krieg wagten und die unserer Sache Kraft verlieh.
Nun ist die Sache umgekehrt. Wir finden uns in der scheußlichen Lage, Partner in diesem deutschen Unternehmen zu sein und als Partner unweigerlich die Verantwortung mitzutragen.
Die Vereinigten Staaten kontrollieren allerdings nicht unmittelbar die Ostgebiete Deutschlands, durch welche diese hilflosen und ausgeraubten Menschen ziehen, nachdem man sie aus ihrem Heim gewiesen hat. Die unmittelbare Verantwortung liegt bei der polnischen provisorischen Regierung und in geringerem Maß bei der tschechischen ...
In Potsdam kamen die drei Regierungen überein, daß die Umsiedlungen in geregelter und humaner Weise durchgeführt und daß Polen und die Tschechoslowakei aufgefordert werden sollten, vorübergehend die Ausweisung von Deutschen einzustellen. Trotz offizieller Beteuerungen spricht doch alles dafür, daß man die beiden Punkte nicht beachtet hat, vor allem Polen nicht ...
Wenn die Vereinigten Staaten auch vielleicht keine Mittel haben, einen grausamen, unmenschlichen und immer noch fortgesetzten Prozeß aufzuhalten, so scheint es doch, daß unsere Regierung unsere in Potsdam klar dargelegte Einstellung unmißverständlich wiederholen könnte und müßte.
Es wäre sehr bedauerlich, wenn es einmal heißen sollte, daß wir an Methoden beteiligt gewesen seien, die wir bei anderen Gelegenheiten oft verdammt haben. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später über die "geregelte und humane Umsiedlung" der Deutschen (x028/146-147): >>... Es war eine "Tragödie ungeheuren Ausmaßes", wie Churchill es sagte, die sich in Ostmitteleuropa nach dem Kriege abspielte, eine Schande, für die es keine Rechtfertigung gibt.
Wenn sich polnische und tschechoslowakische Wissenschaftler auf Artikel XIII. des Potsdamer Protokolls zur Legalisierung der Vertreibung berufen, so muß ihnen heute grundsätzlich das Recht, sich darauf zu stützen, abgesprochen werden, da die damaligen Regierungen Polens und die Tschechoslowakei fortdauernd – vor allem in der kritischen Zeit unmittelbar nach Potsdam – gegen Geist und Buchstaben dieses Artikels verstoßen haben.
Es mag dahingestellt bleiben, ob die Umsiedlung einer Bevölkerung, wenn sie international beaufsichtigt, graduell und "in geregelter und humaner Weise" durchgeführt wird, mit den allgemein anerkannten Völkerrechtsnormen vereinbar ist. Doch eine Aussiedlung von Menschen, die von Ausschreitungen und Unmenschlichkeiten begleitet wird wie die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, stellt in jedem Fall eine ernste Verletzung des positiven Völkerrechts dar – ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit".
Man mag über die Möglichkeiten streiten, in der Umsiedlung ein Mittel zur Durchsetzung legitimer Zwecke zu sehen – wenn es etwa darum geht, einen Friedensschluß mit größerer Aussicht auf Dauer zu erreichen. Aber wenn solche Umsiedlungen über zwei Millionen das Leben kostet, dann verurteilt die Rechtswidrigkeit der Mittel unvermeidlich den Zweck.
Wenn damit in erster Linie natürlich ein Urteil über die Personen ausgesprochen ist, die in der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Ungarn und Rumänien die Vertreibungen veranlaßten und durchführten, bleibt es dennoch für einen heutigen Amerikaner eine beschämende Tatsache, daß die Westalliierten den "Aussiedlungen", wenn auch mit Vorbehalten zustimmten und so für Not, Elend und Tod von Millionen Menschen mitverantwortlich wurden. ...<<

13.10.1945

Frankreich: Die "United Press" berichtet am 13. Oktober 1945 über französische "Deutschlandpläne" und die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen (x043/119): >>General de Gaulle nahm in seiner Pressekonferenz ... zu verschiedenen internationalen Problemen Stellung.

Über die "deutsche Frage" führte er unter anderem aus:
"Ich will, daß niemals wieder ein Deutsches Reich gebildet wird. Frankreich will keine deutschen Gebiete annektieren, doch wünscht die französische Regierung für die Zukunft eine Aufteilung Deutschlands in verschiedene Einzelstaaten."
Ein Journalist lenkte die Aufmerksamkeit de Gaulles auf die Berichte, daß die deutschen Kriegsgefangenen von den Franzosen schlecht behandelt würden, worauf der französische Staatschef erwiderte:
"Im Rahmen des französisch-amerikanischen Abkommens wurden 1.100.000 deutsche Kriegsgefangene den Franzosen für den Einsatz bei Wiederaufarbeiten übergeben. Von diesen waren einige Tausend in einem derart beklagenswerten Gesundheitszustand, daß wir mit den nordamerikanischen Behörden jetzt über ihre Rückkehr nach Deutschland verhandeln. Die deutschen Kriegsgefangenen, die in Frankreich arbeiten, erhalten dieselben Rationen, wie die französischen Arbeiter. Jenen, die Grubenarbeit zu verrichten haben, werden französische Schwerarbeiterrationen zugeteilt.
Es ist die Ansicht der französischen Regierung, daß alle Kriegsgefangenen menschlich und strikt nach den Bestimmungen der Genfer Konvention behandelt werden müssen. Wir stehen in sehr enger Zusammenarbeit mit dem Internationalen Roten Kreuz."...<<

14.10.1945

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 14. Oktober 1945 aus München (x124/51-52): >>... "Stars und Stripes" bringen ein Bild von Josef Pfitzners Exekution; "Das Ende eines Verräters", heißt die Unterschrift.
Ob einer dieser US-Journalisten die Frage beantworten kann, wen Pfitzner verraten hat? Im Grunde ihres Herzens haben die Tschechen von uns nie Loyalität erwartet; sie pochten darauf, uns im Winter 1918/19 wie eine Beute erobert zu haben.
Pfitzner ist meines Erachtens ein völlig ungeeignetes Objekt, sudetendeutsche "Schuld" zu demonstrieren. ... Als Hochschullehrer erwies er sich hilfsbereit und freundlich; jeder, der sich an ihn wandte, hat von ihm Förderung erfahren. Ich kann mich auch nicht entsinnen, daß er je durch Radikalismus auffiel. ...
... Es war sein Unglück, daß er sich 1939 nicht wieder der Wissenschaft zuwandte ... Von seinen Professoren-Kollegen weiß ich, er habe später, als er das Unheil heranrücken sah, vergeblich versucht, in seinen Lehrberuf zurückzukehren. Aber wer auf einem Tiger reitet, kann nicht beliebig absteigen. ...
Was man an ihm vollzog, war Lynchjustiz, gerade Amerikaner sollten dafür ein Organ haben.<<

CSR: Staatspräsident Dr. Benesch erklärt am 14. Oktober 1945 während einer Rede in Melnik (x004/90,114,117): >>... Ich zog daher meinen unausweichlichen Schluß, auch wenn es für das Wirtschaftsleben belastend ist, unsere Deutschen müssen von uns fort. ... <<
>>... Aber unser ganzes Vorgehen in Sachen ihres Abschubes in das Reich muß menschlich, anständig, richtig, moralisch begründet, genau geplant und mit allen Alliierten fest vereinbart sein. Auch hier darf unser Volk seinen Ruf eines demokratischen und menschlich würdigen Regimes durch nichts beflecken.
Dies erklärte mit mir schon gestern der Vorsitzende Fierlinger, im tschechischen Rundfunk, es erklärte dies die Regierung als Gesamtheit und ich betone dies heute auch selber.
Alle untergeordneten Organe, die sich hiergegen versündigen, werden sehr entschieden zur Ordnung gerufen werden. Die Regierung wird in keinem Falle erlauben, daß der gute Ruf der Republik durch unverantwortliche Elemente geschädigt werde. Das wollte ich heute hier euch, aber auch unserer ganzen tschechischen Öffentlichkeit sagen.
Die Aufgaben, die unser Staat hat, sind ungeheuer, und es ist notwendig, daß sie uns unbedingt gelingen. Wenn wir uns die große historische Tragweite der Umsetzung der Deutschen,

z.B. nur für unseren Staat selbst ausdenken, dann sehen wir, daß dies eine tatsächlich revolutionäre Tat sein wird, die unserem ganzen nationalen Leben einen völlig neuen Charakter geben wird und das wiedergutmachen wird, was in vergangenen Zeiten und in den schweren Zeiten unserer Geschichte gegen uns geschehen ist.
Und ähnliche große Aufgaben haben wir mehr. ...<<
>>... In letzter Zeit werden wir aber in der internationalen Presse kritisiert, weil die Umsiedlung der Deutschen bei uns in einer unwürdigen und unzulässigen Weise durchgeführt werde. Wir tun angeblich dasselbe, was die Nazisten uns getan haben; dadurch würden wir unsere eigene nationale Tradition und unseren bisher unberührten sittlichen Ruf antasten. Wir würden einfach die Nazisten in ihren grausamen unzivilisierten Methoden nachahmen. –
Mögen diese Vorwürfe vielleicht in Einzelheiten wahr sein oder auch nicht, ich erkläre ganz kategorisch; unsere Deutschen müssen ins Reich fortgehen, und sie werden in jedem Falle fortgehen. ...<<

15.10.1945

SBZ: Generaloberst Tschuikow erklärt am 15. Oktober 1945 in Jena (x111/91): >>... Die Jenaer Universität bekommt jetzt die Möglichkeit wieder, ein Zentrum der Kultur zu werden und mit ihrer ganzen Tätigkeit zu beweisen, daß Deutschland ein Land Goethes, Schillers, Einsteins und nicht ein Land Hitlers und seiner unsauberen Konsorten ist.
Vor der Jenaer Universität liegt ein breites, fruchtbringendes Tätigkeitsgebiet in der Ausmerzung der Reste der giftigen Naziideologie, in der Umerziehung der deutschen Jugend im Geiste wahrer, fortschrittlicher Wissenschaft und Demokratie.<<

WBZ: Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland beträgt die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. Oktober 1945 (x111/91): >>Nach Frankreich 125.000 t, nach Belgien 281.000 t, in die Niederlande 144.000 t, nach Dänemark 123.000 t, nach Norwegen 80.000 t und nach Luxemburg 105.000 t.<<

CSR: Die Bezirksverwaltungskommission von Tetschen-Bodenbach veröffentlicht am 15. Oktober 1945 folgende "Kundmachung" (x004/317-321): >>Um eine erhöhte öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, wird angeordnet:
§ 1 Personen, denen ein Rundfunkempfänger abgenommen wurde, wird das Rundfunkhören bei anderen Besitzern von Rundfunkempfängern verboten. Verboten wird, solchen Personen das Rundfunkhören zu ermöglichen.
§ 2 Da sich bisher auf dem Gebiete der Republik eine große Zahl von Mitgliedern der Gestapo, von Angehörigen der SS, SA und ähnlicher nazistischer Gliederungen aufhält und sich mit falschen Papieren bewegt, wird jedwede Gewährung von Nachtlager, Wohnung, Nahrungsmitteln, Bekleidungsbestandteilen und ähnlichem an Personen deutscher Nationalität verboten. Jeder, der eine solche staatsfeindliche Person beherbergt oder verbirgt, macht sich des Verbrechens der Begünstigung von Kriegsverbrechern schuldig.
§ 3 Jeder, der vom Beherbergen oder Verbergen von Personen deutscher Nationalität weiß und es nicht den Sicherheitsorganen meldet, wird wegen Verbrechens wie in § 2 dieser Kundmachung verfolgt. ...
§ 5 Wohnungseigentümer dürfen Nachtlager nur jenen Personen tschechischer Nationalität gewähren, die sich mit der Bestätigung über ein ordnungsgemäßes Arbeitsverhältnis ausweisen. ...
Deutschen Personen darf das Übernachten überhaupt nicht erlaubt werden. ...
§ 6 Den in das Reich oder in ein anderes ausländisches Gebiet abgeschobenen Personen ist die Rückkehr auf das Gebiet der Tschechoslowakischen Republik verboten. ...
§ 7 Das Aufbewahren, Verbergen von Fahrnissen (bewegliche Habe bzw. Vermögen), Kleidungsstücken und von anderen Gegenständen wie auch immer aus den Wohnungen für abgeschobene Personen ist verboten. Ebenso ist die Gewährung von Nahrungsmitteln, ... oder an-

deren Sachen oder die Vermittlung an diese Personen verboten. ...
§ 8 Das Überschreiten der Staatsgrenze (ist nur) auf Grund einer ordnungsgemäßen Bewilligung ... gestattet. Personen deutscher Nationalität ist das Betreten des Waldes verboten. ...
Gegen eine Person, die die Grenze ... überschreitet, und gegen Personen deutscher Nationalität, die zu Unrecht den Wald betreten, wird die Waffe wie gegen einen gefährlichen Verbrecher gebraucht, und sie werden wie ein solcher erschossen.
§ 9 Personen deutscher Nationalität dürfen sich in der Zeit von 20 bis 6 Uhr nicht aus ihren Wohnungen entfernen, mit Ausnahme von Personen, die aus der Arbeit oder in die Arbeit gehen. ...
§ 10 Den Deutschen wird die Teilnahme an öffentlichen Kundgebungen, allen Unterhaltungen, Film- und Theatervorstellungen, sowie die Benützung von öffentlichen Badeanstalten, Bädern, von Erholungs-, Turn- und Sportunternehmen und Einrichtungen verboten. Gasthausbetriebe dürfen nur jene Personen deutscher Nationalität besuchen, die aus Gründen der Verköstigung auf diese angewiesen sind.
§ 11 Tschechen haben bei Einkäufen, auf den Ämtern und wo immer sonst den Vorzug vor den Deutschen.
§ 12 Die für die Deutschen festgesetzte Einkaufszeit von 15 bis 18 Uhr und am Samstagnachmittag bleibt in Gültigkeit. Bei Nichteinhaltung wird sowohl der kaufende Deutsche wie auch der Kaufmann bestraft. ...
§ 16 Jede von einem Deutschen besetzte Stelle ist als freie Stelle anzusehen. ...
§ 18 Die Eigentümer - nationalen Verwalter - der unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten erstrangigen Unternehmen sowie die für den täglichen Ablauf des öffentlichen Lebens wichtigen Unternehmen legen bis zum 1. November 1945 schriftliche Anträge auf Ausstellung von Schutzbriefen für unersetzliche Fachleute (Erfinder, einmalige Spezialisten, Glasmacher, Ärzte u.ä.) und für die Angehörigen ihrer Familien vor. ...
§ 20 Die weißen Armbinden, die die Personen deutscher Nationalität zu tragen verpflichtet sind, müssen eine Breite von 10 cm haben und dürfen mit keinerlei Ergänzungen versehen sein. Die Binde ist am oberen Teil des Armes so zu tragen, daß sie sich, auch bei der Arbeit nicht zusammenrollt. ...
§ 23 Die Verletzung oder die Nichtbefolgung wird ... mit Geld- oder Freiheitsstrafen gegebenenfalls mit beiden Strafen und insbesondere mit der Übergabe an ein Internierungslager bestraft. ...
§ 25 Durch diese Kundmachung soll die tschechische Bevölkerung geschützt und unterstützt werden. Helft uns und euch selber und meldet jeden, der die Bestimmungen dieser Kundmachung umgeht. ...<<
Frankreich: Pierre Laval (1883-1945, französischer Jurist und Politiker, leitet nach der Besetzung Frankreichs die "Vichy-Regierung", stellvertretender Ministerpräsident) wird in einem umstrittenen Verfahren als Kollaborateur zum Tod verurteilt und am 15. Oktober 1945 in Paris hingerichtet.
Die "United Press" berichtet damals über die Hinrichtung Lavals (x043/120): >>Der letzte Wunsch Pierre Lavals war es, den Feuerbefehl bei seiner Erschießung selbst geben zu dürfen. ... Der Oberst (des militärischen Erschießungskommandos) schlug ihm dies ab. ...
Zum Exekutionspeloton gewandt, bemerkte Laval: "Ihr tut mir leid, weil ihr zur Durchführung dieses Verbrechens gezwungen seid." ...
Zielt auf mein Herz! Vive la France!" ...<<
Der französische Historiker Robert Aron (1898-1975) berichtet später über die Kollaboration und die Befreiungszeit in Westeuropa (x299/134-135): >>... Während der Besatzungszeit arbeiteten einheimische Behörden mit Deutschen zusammen. Dabei wurden 60.000 Franzosen getötet, über 200.000 deportiert (von ihnen kamen knapp 50.000 zurück), 35.000 zu Haftstra-

fen verurteilt, 70.000 "Verdächtige" interniert, 35.000 Beamte entlassen, 15.000 Soldaten degradiert, da sie beschuldigt wurden, zum Widerstand zu gehören.
Während der Befreiungszeit wurden 40.000 Franzosen von Widerstandskämpfern getötet, über 500.000 verhaftet, von ihnen wurden 160.000 vor Gericht gestellt. 779 wurden hingerichtet, 39.000 zu Haftstrafen verurteilt. –
In Belgien wurden 600.000 in Prozesse und Untersuchungen verwickelt, von ihnen wurden 55.000 zu Haftstrafen verurteilt. –
In den Niederlanden wurden 130.000 in Untersuchungen verwickelt, über 50.000 wurden zu Haftstrafen verurteilt.<<

Großbritannien: Die britische Tageszeitung "News Chronicle" berichtet am 15. Oktober 1945 über die Vertreibung von Jugoslawien-Deutschen (x028/121,136): >>Drei- oder viertausend Deutsche aus allen Balkanstaaten hat man an der österreichisch-ungarischen Grenze zusammengeholt, um sie in Österreich abzuladen. ...<<
>>... Ein Zug, der nun auf einem Nebengleis in Wilfernsdorf bei Bruck steht, fuhr vor 16 Tagen aus Jugoslawien ab mit 650 deutschen Frauen und Kindern und einigen wenigen Männern aus Südwest-Ungarn.
Sie haben nur das zu essen, was sie bei sich hatten. Niemand kümmerte sich um sie. Der Zug wurde nach Wien und wieder zurückgefahren, da die Leute nirgends hingehen können.
Das österreichische Rote Kreuz erhält keine Erlaubnis, die Flüchtlingslager zu betreten oder den Insassen zu helfen.<<

USA: Während der UN-Konferenz kündigt der polnische Minister Ochab am 15. Oktober 1945 offiziell die Aussiedlung der Deutschen aus den "Wiedergewonnenen polnischen Gebieten" an.

17.10.1945

SBZ/Ostpreußen: Der nördliche Teil Ostpreußens wird am 17. Oktober 1945 offiziell in den sowjetischen Staatsverband eingegliedert.

USA: Am 17. Oktober 1945 wird die "Direktive JCS 1067" (Weisung) an den Oberbefehlshaber der US-Militärregierung in Deutschland veröffentlicht (x156/30).

US-Militärgouverneur Eisenhower informiert den nordamerikanischen Präsidenten am 18. Oktober 1945 über die unfaßbaren Verhältnisse in Schlesien (x028/132): >>... In Schlesien verursachen die polnische Verwaltung und ihre Methoden eine große Flucht der deutschen Bevölkerung nach Westen. ...
Viele, die nicht weg können, werden in Lager interniert, wo unzureichende Rationen und schlechte Hygiene herrschen. Tod und Krankheit in diesen Lagern sind extrem hoch. ... Die von Polen angewandten Methoden entsprechen ganz gewiß nicht der Potsdamer Vereinbarung. ...
Die Todesrate in Breslau hat sich verzehnfacht, und es wird von einer Säuglingssterblichkeit von 75 % berichtet. Typhus, Fleckfieber, Ruhr und Diphtherie verbreiten sich.<<

18.10.1945

Ostdeutschland: General Eisenhower telegrafiert am 18. Oktober 1945 nach Washington (x309/125): >>In Schlesien verursachen die polnische Verwaltung und ihre Methoden eine große Flucht der deutschen Bevölkerung nach dem Westen. ...
Viele, die nicht weg können, werden in Lagern interniert, wo unzureichende Rationen und schlechte Hygiene herrschen. Tod und Krankheit in diesen Lagern sind extrem hoch. ... Die Todesrate in Breslau hat sich verzehnfacht und es wird von einer Säuglingssterblichkeit von 75 Prozent berichtet. ...<<

Berlin: Die 4 Hauptankläger der Siegermächte überreichen am 18. Oktober 1945 dem Alliierten Kontrollrat im Saal des ehemaligen Volksgerichtshofes in Berlin die Anklageschrift zur Aburteilung der deutschen Hauptbeschuldigten.

Den Angeklagten werden "Verbrechen gegen den Frieden", Kriegsverbrechen und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" zur Last gelegt (x116/88): >>Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, ... Großbritannien, ... Amerika, die französische Republik erheben Anklage ...<<
Die Richter und Ankläger des am 8. August 1945 konstituierten Internationalen Militärgerichtshofes sind (x111/92): >>John J. Parker und Francis Biddle für die USA, Oberstleutnant Wolchow und Generalmajor Niketschenko für die Sowjetunion, Donnedieu de Vabres und Robert Falco für Frankreich sowie Lawrence und Birkett für Großbritannien.
Als Ankläger fungieren: R. Jackson, T. J. Dodd und Telford Taylor für die USA, Francois de Menthon, Champetier de Ribes, Charles Dubost und Edgar Faure für Frankreich, R. Rudenko und Pokrowski für die Sowjetunion sowie Sir Hartley Shawcross, Sir David Maxwell-Vyve, G. D. Roberts, M. G. Griffith-Jones, Elwyn Jones, H. J. Phillimorg und Harcourt Barrington für Großbritannien.<<
KPD und SPD veröffentlichen am 18. Oktober 1945 einen gemeinsamen Aufruf zur Schaffung von "demokratischen Schulreformen" (x116/85): >>Alle Antifaschisten und wahrhaft demokratischen Kräfte Deutschlands werden ohne Zweifel mit uns für folgende Grundforderungen einer deutschen Schulreform eintreten:
1. Die heranwachsende Generation des deutschen Volkes, berufen, die demokratische Erneuerung Deutschlands zu festigen und zu Ende zu führen, muß frei von faschistischen und militaristischen Gedanken ... im Geiste einer kämpferischen Demokratie erzogen werden.
2. Die Demokratisierung des Schulwesens erfordert eine Säuberung des gesamten Lehr- und Verwaltungspersonals von allen faschistischen und militaristischen Elementen ...
3. Alle Bildungsprivilegien einzelner Schichten müssen fallen. ...
4. Die deutsche Schule muß die demokratische Einheit der Nation fördern und festigen. Sie darf nicht mehr durch Glaubensbekenntnisse und Weltanschauungen zerrissen werden. ...
5. Der Unterricht ist die Aufgabe des öffentlichen Schulwesens. Darum kann ... die Errichtung von Privatschulen ... nicht zugestanden werden.
6. Die entscheidende Voraussetzung ... ist ein demokratischer Lehrkörper. ... Der augenblickliche Mangel an zuverlässigen Lehrkräften für eine wirklich demokratische, dem Frieden und dem Wohle unseres Volkes dienende Erziehung macht es notwendig, Zehntausenden antifaschistisch-demokratischer Kämpfer den Weg zum Lehrerberuf zu erschließen und damit den bestehenden Lehrkörper von Grund auf umzugestalten.
7. Die Demokratisierung der Schule verlangt auch eine grundsätzliche Umgestaltung der Lehrpläne und die Schaffung neuer Lehrbücher. ...
8. Die geistige Erneuerung unseres Volkes würde auf halbem Wege stehenbleiben, würde sie nicht auch eine gründliche Reform des gesamten Hochschul- und Universitätswesens umfassen. ...
Antifaschistische Eltern und Erzieher! Verantwortungsbewußte Männer und Frauen!
Ein schwerer und harter Winter steht vor der Tür. Über diese grundlegenden Forderungen einer demokratischen Erneuerung unseres Schulwesens darf daher nicht eine Minute vergessen werden, daß die Schulgebäude zerstört, die faschistischen Lehrbücher unbrauchbar und die Lehrmittel zum größten Teil vernichtet sind.
Jetzt gilt es, das Dringendste zu tun: unseren Kindern für den Winter Schulräume zu sichern und ihre moralische, physische und geistige Erhaltung und Entwicklung zu gewährleisten. Vieles kann und muß noch getan werden, um Schulgebäude, Lehrbücher und Lernmittel für den Winter zu schaffen.
Gemeinsam mit den Lehrern und auch den Schülern ans Werk, um diese vordringliche Aufgabe zu lösen.<<
WBZ: In München erscheint am 18. Oktober 1945 erstmalig die "Neue Zeitung".

Der spätere Mitherausgeber Hans Wallenberg schreibt damals über den Charakter dieser Zeitung (x111/93): >>... Die Bejahung einer deutschen Kollektivverantwortung für das Dritte Reich, aber Ablehnung einer formalen Kollektivschuld; korrektes Verhalten gegenüber dem sowjetischen Verbündeten, aber bereits vorsichtige Distanzierung; behutsame Anbahnung einer amerikanisch-deutschen Annäherung; Aufklärung über das Nazi-Regime; im Kulturteil der Versuch, möglichst schnell wieder Anschluß der Deutschen an die internationale Geisteswelt zu finden.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 18. Oktober 1945 aus München (x124/52-53): >>Auf den ersten Blick wirkt das, was britische Zeitungen über uns schreiben, zurückhaltender als die Berichterstattung der Amerikaner. ...

Die Briten, Churchill obenan, spielen nun die Entsetzten. Zuerst waren sie es, die den Ausverkauf Europas bedenkenlos vorangetrieben haben. Plötzlich stellten sie fest, daß die Bestialität nun erst recht triumphiert, daß die abscheulichen Konzentrationslager der Nazis gegenüber den landweiten Grausamkeiten heute nur Enklaven der Unmenschlichkeit gewesen sind, daß die polnische Gans an Überfütterung ersticken werde.

All dies sind Sprüche, die sie der Mitverantwortung an den Schrecknissen von heute in keiner Weise entheben. ...<<

CSR: Der Präsident der Republik beschließt am 18. Oktober 1945 Dekrete über die Auflösung der Deutschen Universität Prag und der Deutschen Technischen Hochschulen in Prag und Brünn (x004/262): >>Um die seit langem andauernden historischen Bemühungen des ganzen tschechischen Volkes in der Frage der Prager Universität zum Abschluß zu bringen und die Früchte der nationalen Revolution und des Kampfes um die Befreiung der Tschechoslowakischen Republik rechtlich zu sichern, bestimme ich auf Vorschlag der Regierung:

§ 1 Die Deutsche Universität Prag, die am 5. Mai, dem ersten Tage des Aufstandes der Prager Bevölkerung, zu bestehen aufgehört hat, wird als ein dem tschechischen Volk feindliches Institut für immer aufgelöst.

§ 2 Die wissenschaftlichen Institute und ihre Einrichtungen, wie auch das gesamte Vermögen der Deutschen Universität Prag fallen an die Karlsuniversität.

§ 3 Dieses Dekret tritt am 17. November 1939 in Kraft; es wird vom Minister für Schulwesen durchgeführt.<<

19.10.1945

WBZ: Der Rat der evangelischen Kirche (EKD) verkündet am 19. Oktober 1945 das "Stuttgarter Schuldbekenntnis" (x092/932, x129/155-156): >>... Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. ...

Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregime seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat, aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben. ...<<

>>... Wir wissen, daß unser deutsches Volk heute unter der Anklage steht, den furchtbaren Weltbrand, der so unendlich viel Leid und Not auf dem Erdball angerichtet hat, verursacht zu haben. ... Wir weigern uns nicht, die Schuld mitzutragen, die die führenden Männer in Staat und Partei auf unser Volk gehäuft haben!

Aber wir bitten zu bedenken, daß auch unser Volk durch einen unbarmherzigen Luftkrieg jahrelang Schrecken und Verluste in ungeheurem Maße zu tragen hatte, und wir müssen ernstlich bitten, in dem Fanatismus der Anstifter des ganzen Unheils nicht die Verkörperung des deutschen Wesens zu erblicken. ...

Wir entschuldigen nichts von den Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten, die von den Parteistellen und auch manchen militärischen Kommandostellen an der Bevölkerung der besetzten Gebiete begangen worden sind. Wir haben ja manches davon im eigenen Lande zu erleiden

gehabt.
Wir verurteilen insbesondere die Geiselmorde und den Massenmord an den deutschen und polnischen Juden.
Wir Christen in Deutschland haben sehr darunter gelitten, daß solche Dinge den deutschen Namen schändeten und die deutsche Ehre befleckten. Wir haben daraus auch den verantwortlichen Stellen gegenüber kein Hehl gemacht, obgleich dies uns sehr verübelt wurde.
Wenn die Vertreter der Christenheit im Ausland aus der Tatsache, daß kein öffentlicher Protest laut wurde, den Schluß zogen, daß wir geschwiegen hätten, so zeigt dies nur, daß sie sich begreiflicherweise von dem Maß der Unterdrückung der Redefreiheit unter dem nationalsozialistischem Regime keine Vorstellung machen konnten.
Viele von denen, die ein offenes Wort gesprochen haben, mußten dies in den Konzentrationslagern büßen. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Stuttgarter Schuldbekenntnis" (x051/571): >>Stuttgarter Schuldbekenntnis (-erklärung), am 19.10.45 vom neu konstituierten Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) formuliertes Eingeständnis des Versagens auch der Kirche vor der moralischen Herausforderung des nationalsozialistischen Unrechtsstaates: "... Wohl haben wir lange Jahre im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben."
Träger dieses Stuttgarter Schuldbekenntnisses waren Geistliche, die, wie etwa Niemöller, im Kirchenkampf kein persönliches Opfer gescheut hatten. Daß gerade sie Mitverantwortung für das nationalsozialistische Unheil akzeptierten, hat den kirchlichen Neuanfang entscheidend geprägt und neue Brücken zur Ökumene geschlagen.
Eine pauschale deutsche Kollektivschuld im Sinne persönlicher Komplizenschaft oder doch unterlassener Hilfeleistung, wie sie Kritiker hineininterpretierten, unterstellte das Stuttgarter Schuldbekenntnis nicht.<<
Großbritannien: Lord Bertrand Russell (1872-1970, britischer Mathematiker und Philosoph, Literatur-Nobelpreis 1950) schreibt am 19. Oktober 1945 in der englischen Tageszeitung "The Times" (x149/108, x025/48): >>In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen in einem unerhörten Ausmaß durchgeführt, und man hat ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Menschen auszulöschen, nicht durch Gas, sondern dadurch, daß man ihnen ihr Zuhause und ihre Nahrung nimmt und sie einem langen und schmerzhaften Hungertod ausliefert. Das gilt nicht als Kriegsakt, sondern als Teil einer bewußten "Friedenspolitik". ...<<
>>... Im Potsdamer Protokoll wird vorgeschrieben, daß die Ausweisungen von Deutschen in 'geregelter und humaner' Weise durchgeführt werden sollten. Und es ist wohl bekannt – durch öffentliche Berichte wie durch Briefe, die zahlreiche britische Familien von Verwandten und Freunden in den Besatzungsarmeen erhielten -, daß diese Bedingungen von unseren russischen und polnischen Verbündeten nicht beachtet worden sind. ...<<
USA: US-Außenminister Byrnes berichtet am 19. Oktober 1945 über "begrenzte Umsiedlungen" der Deutschen (x028/98): >>... Wir sahen ein, daß gewisse Aussiedlungen unvermeidlich waren, aber wir beabsichtigten in Potsdam nicht, zu Aussiedlungen anzuregen oder in Fällen, wo andere Regelungen praktikabel waren, Verpflichtungen einzugehen.<<
20.10.1945
Berlin: Die Alliierten veröffentlichen am 20. Oktober 1945 die "Neuordnung des deutschen Gerichtswesens" auf der Grundlage des demokratischen Prinzips (x111/94): >>Alle Personen sind vor dem Gesetz gleich. ... Niemand darf des Lebens, der persönlichen Freiheit oder seines Eigentums beraubt werden, es sei denn auf Grund eines gesetzmäßigen Gerichtsverfahrens. ...

Kein Gericht darf irgendeine Haltung auf Grund von "Analogie" oder ... "gesunden Volksempfindens" als strafbar erklären. ... Sondergerichte sind aufgehoben. Ihre Wiedereinsetzung ist verboten.<<

22.10.1945

Großbritannien: Captain Marples erklärt am 22. Oktober 1945 im britischen Unterhaus (x028/118): >>... (daß) nach einem Bericht des Internationalen Roten Kreuzes Proteste gegen unorganisierte Deportationen von Deutschen durch Polen und Tschechen ohne Wirkung geblieben sind, daß immer noch Flüchtlinge nach Berlin strömen und zu Tausenden auf den Straßen sterben. ...<<

USA: Die US-Zeitschrift "TIME" berichtet am 22. Oktober 1945 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x028/57): >>... Gegen diese illoyalen Minderheiten ist das einst duldsame tschechoslowakische Herz verhärtet.

Dr. Benesch und seine Regierung sind eisern entschlossen, den Staat von fast allen seiner 3 Millionen Deutschen zu befreien.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schreibt später über die damalige antideutsche Berichterstattung (x028/57): >>... Erklärungen in diesem Tonfall waren 1945 an der Tagesordnung und können der aufgeladenen Atmosphäre zugeschrieben werden, die bei Kriegsende herrschte. Doch trotz der Verzerrungen der Geschichte, wie sie die Kriegspropaganda und die moralische Diffamierung des Feindes sozusagen notwendig machen, gab es unabhängige Stimmen, die versuchten, die Öffentlichkeit von ihren Vorurteilen aus der Kriegszeit zu befreien. ...<<

23.10.1945

Schweiz: Die "Schweizer Weltwoche" berichtet am 23. Oktober 1945 über den Nationalsozialismus im Deutschen Reich (x111/94): >>... Die Mehrzahl der Deutschen war tatsächlich nicht nationalsozialistisch gesinnt, sondern es ist gewissermaßen über sie gekommen, wie eine furchtbare Katastrophe, und ihre einzige Schuld besteht in ihrer Passivität.<<

USA: Robert D. Murphy (1894-1978) informiert US-Außenminister Byrnes am 23. Oktober 1945 über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x028/133): >>Mitarbeiter, die Flüchtlingszüge aus dem Osten ankommen sahen, stellen fest, daß sich die Leute meistens in bedauernswertem Zustand befinden.

Einzelne, die ... befragt wurden, erzählten, sie seien nach kurzer Benachrichtigung aus ihren Häusern vertrieben worden und in vielen Fällen von dem Augenblick an, wo sie ihre Wohnung verließen, bis zur Ankunft in Berlin, beraubt worden. Sie berichten, daß sie ausgeplündert und um die wenigen Habseligkeiten gebracht wurden, die sie überhaupt mitnehmen durften.

Die meisten Menschen, die in Berlin ankamen, hatten nur wenig Handgepäck. Wenn sich auch aus so begrenzten Beobachtungen kein endgültiges Urteil bilden läßt, hat die Mission andererseits Beweise von unterschiedlichster Herkunft, aus denen hervorgeht, daß schlechte Behandlung und Beraubung weit verbreitet sind.<<

24.10.1945

Norwegen: Vidkun A. Quisling (1887-1945, norwegischer Ministerpräsident von Hitlers Gnaden, leitete nach der Besetzung Norwegens die "nationale Regierung") wird als Kollaborateur und Landesverräter zum Tod verurteilt und am 24. Oktober 1945 in Oslo erschossen.

USA: Die UN-Charta tritt am 24. Oktober 1945 in Kraft.

Die UN-Satzung formuliert z.B. Grundsätze für die Sicherung des internationalen Friedens, Herstellung und Erhaltung von freundschaftlichen Beziehungen der Völker, Förderung und Achtung der Menschenrechte, Selbstbestimmungsrechte der Völker sowie die Verpflichtung der UN-Mitgliedstaaten, die UN-Grundsätze unbedingt einzuhalten und die Einmischung der UN in innere Angelegenheiten eines Staates zu vermeiden (x128/296-302).

Für die Deutschen ist die UN-Charta wegen der sog. "Feindstaatenklauseln" (gemäß Artikel 53 und 107 der UN-Satzung) bedeutungslos. Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen werden damals komplett von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen (x024/-344).

25.10.1945

WBZ: Robert Ley (1890 in Niederbreidenbach/Rheinland geboren), der wegen seiner Alkoholprobleme den Spitznamen "Reichstrunkenbold" erhielt, erhängt sich nach der Festnahme am 25. Oktober 1945 in seiner Zelle.

Die norwegische Schriftstellerin Sigrid Undset (1882-1949, Nobelpreis für Literatur 1928) schreibt am 25. Oktober 1945 in der "Neuen Zeitung" über die "Umerziehung der Deutschen" (x111/95): >>... Das größte Hindernis auf dem Wege der Umerziehung Deutschlands ist nicht die deutsche Gedankenwelt, sondern die Taten sind es, die, infolge des deutschen Denkens, begangen worden sind.<<

CSR: Der Präsident der Republik erläßt am 25. Oktober 1945 ein Dekret über die Konfiskation des feindlichen Vermögens und die Fonds der nationalen Erneuerung (x004/263-265): >>Auf Vorschlag der Regierung und im Einvernehmen mit dem Slowakischen Nationalrat bestimme ich:

§ 1 ... (1) Konfisziert wird ohne Entschädigung - soweit dies noch nicht geschehen ist - für die Tschechoslowakische Republik das unbewegliche und bewegliche Vermögen, namentlich auch die Vermögensrechte, das bis zum Tage der tatsächlichen Beendigung der deutschen und madjarischen Okkupation im Eigentum stand oder noch steht:

1. des Deutschen Reiches, des Königreiches Ungarn, ... wie auch anderer deutscher oder ungarischer Personen, oder

2. physischer Personen deutscher oder madjarischer Nationalität mit Ausnahme der Personen, die nachweisen, daß sie der Tschechoslowakischen Republik treu geblieben sind ...

§ 3 ... (1) Zur Besorgung der mit der vorläufigen Verwaltung des konfiszierten Vermögens und seiner Aufteilung zusammenhängenden Aufgaben wird bei jedem Siedlungsamt ein Fonds der nationalen Erneuerung errichtet. ...<<

26.10.1945

Berlin: Der Verleger Peter Suhrkamp erhält am 26. Oktober 1945 die erste britische Verlagslizenz im Berliner Sektor.

Großbritannien: Im britischen Unterhaus fordert Sir Arthur Salter die Regierung seiner Majestät am 26. Oktober 1945 auf, die vereinbarten geregelten Umsiedlungen der Deutschen durchzusetzen (x028/118): >>... Indem sie allen Einfluß bei jenen Regierungen aufbietet, die Deutsche in großer Zahl aus ihrer Heimat vertrieben haben, damit gesichert wird, daß diese Vertreibung mindestens bis Ende des Winters unterbrochen wird.

Falls sie dann wieder aufgenommen wird, dann auf geregelte Weise, wie es die Potsdamer Erklärung voraussetzt, und mit Zustimmung aller 4 Regierungen, die Deutschland kontrollieren. ...<<

Außenminister Bevin berichtet vor dem britischen Unterhaus über das Elend der deutschen Vertriebenen (x028/57,132): >>... (Die Sudetendeutschen und die Tschechen hätten harmonisch zusammengelebt, bis Hitlers Helfershelfer) das großartige Unterfangen zerbrachen, einen demokratischen Staat ins Leben zu rufen und aufzubauen. ...<<

>>... Es war ein jämmerlicher Anblick - dieser lange Zug von Kinderwagen und kleinen Fahrzeugen aller Art, und die Leute fast alles Frauen und Kinder und ganz wenige Männer.

Man konnte nur noch sagen: "Mein Gott, das ist der Preis für Dummheit und Krieg". Es war der schlimmste Anblick, den man sich denken kann.<<

27.10.1945

CSR: Der Präsident der Republik erläßt am 27. Oktober 1945 ein Dekret über die Sicherstel-

lung der als staatlich unzuverlässig angesehenen Personen während der Revolutionszeit (x004/276): >>Auf Vorschlag der Regierung bestimme ich:
§ 1 Die Sicherstellung von Personen, die als staatlich unzuverlässig angesehen wurden, durch Behörden oder Organe der Republik, auch außerhalb der gesetzlich statthaften Fälle, oder eine Verlängerung ihrer vorläufigen Sicherstellung (Haft) über den gesetzlich zulässigen Zeitraum hinaus wird für gesetzmäßig erklärt. Solche Personen haben wegen dieser Sicherstellung oder einer Verlängerung der vorläufigen Sicherstellung über den gesetzlich zulässigen Zeitraum hinaus keinen Anspruch auf Schadenersatz.
Unter einer Sicherstellung ... ist nicht die Zusammenziehung ausländischer Staatsangehöriger zu verstehen, die von der zuständigen Behörde an bestimmten Orten zum Zwecke ihrer späteren Abschiebung durchgeführt wurde. Eine solche Zusammenziehung darf ohne jegliche Beschränkung durchgeführt werden. ...<<
Der Präsident der Republik erläßt am 27. Oktober 1945 ferner ein Dekret über die Zwangsarbeits-Sonderabteilungen (x004/277-278): >>Auf Vorschlag der Regierung bestimme ich:
§ 1 (1) Nach den Bestimmungen ... über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte, werden in den Gefängnissen der Kreisgerichte und in den Strafanstalten Zwangsarbeits-Sonderabteilungen aufgestellt.
(2) Der Justizminister kann für solche Abteilungen auch besondere Lager errichten und ihre Organisation regeln. ...
§ 3 Die Abteilungen werden insbesondere zur Durchführung von Arbeiten verwendet, die zur Wiederherstellung des Wirtschaftslebens notwendig sind oder zu anderen im öffentlichen Interesse geleisteten Arbeiten, z.B. zur Beseitigung von Kriegsmaterial und Trümmern, zur Reparatur und zum Bau öffentlicher Gebäude, und anderer öffentlicher, vor allem Transporteinrichtungen, zu Arbeiten in der Land- und Forstwirtschaft, zur Regulierung der Flüsse u.ä.; gibt es keine derartigen Arbeiten, so können sie zu anderen geeigneten Zwecken verwendet werden. Dies darf jedoch nicht an Orten geschehen, an denen dadurch die Lohn- und Wirtschaftsverhältnisse der arbeitenden Schichten gefährdet würden.
§ 4 Die Sträflinge haben keinen Anspruch auf Entlohnung für die Arbeit in den Abteilungen. Das für ihre Arbeiten vereinbarte Entgelt fällt an den Staat.
Bei der Festsetzung der Höhe des Entgelts ist darauf zu achten, daß die Löhne der Arbeiterschaft nicht unterboten werden. ...<<
US-Soldaten berichten am 27. Oktober 1945 über die Mißhandlung einer Sudetendeutschen (x028/136): >>Frau Anna H., eine Sudetendeutsche aus Kottiken, 7 km nördlich von Pilsen, sagte aus, daß ein tschechischer Soldat und mehrere tschechische Polizisten in ihr Haus eindrangen, Geschirr, Kristall und Kleidung beschlagnahmten, nachdem sie ihre Schwester und ihren Schwager zusammengeschlagen hatten.
Frau H. ging am gleichen Tag nach Pilsen, um den Überfall dem tschechischen Armeehauptquartier ... zu melden.
Nachdem sie in ihr Haus zurückgekehrt war, kamen zwei Polizeibeamte und brachten sie zum Polizeirevier in Kottiken. Dort wurde sie über ihre Reise nach Pilsen befragt und mit einer Geldbuße in Höhe von 1.000 Kronen belegt, weil sie ohne Genehmigung nach Pilsen gefahren war und weil sie die gelbe Armbinde nicht getragen hatte. Dann wurde sie so schwer mißhandelt, daß sie ohnmächtig wurde. Ein Auge ist heute noch verbunden, das andere Auge ist schwarz umrändert.<<
Großbritannien: Die "Times" berichtet am 27. Oktober 1945 (x028/118-119): >>... Die polnischen Behörden in Breslau zerstörten heute eines der wenigen deutschen Denkmäler in der Stadt, das Standbild Kaiser Wilhelms I., und gaben bekannt, daß die noch in Breslau anwesenden 200.000 Deutschen gezwungen werden sollten, in eine der besetzten Zonen

Deutschlands umzusiedeln.
Der Bürgermeister ... erklärte in einer Rede vor dem Denkmal, daß jede Woche 4.000 Deutsche die Stadt verlassen, und binnen 6 Monaten wird Wroclaw (Breslau) die zweite Stadt ganz Polens sein.<<

28.10.1945

CSR: Staatspräsident Dr. Benesch berichtet am 28. Oktober 1945 über die Ausweisung der Sudetendeutschen (x004/90): >>... Es verlassen die Republik nicht weniger als 800.000 Arbeitskräfte. Der Staat wird ärmer, aber das Opfer muß im Interesse des zukünftigen Friedens gebracht werden.<<

30.10.1945

SBZ: Aufgrund des SMAD-Befehls Nr. 124 "Über die Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien in Deutschland" werden ab 30. Oktober 1945 mehrere zehntausend gewerbliche Unternehmen enteignet und verstaatlicht - Errichtung von SAG-Betrieben bzw. von sowjetischen Aktiengesellschaften – (x301/116): >>... Um den Raub und anderen Mißbrauch des Eigentums, das früher dem Hitlerstaat, den Militärbehörden, den durch das sowjetische Militärkommando verbotenen und aufgelösten Gesellschaften, Klubs und Vereinigungen gehört hat, zu verhindern und dieses Eigentum am rationellsten für die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung und der Besatzungstruppen auszunutzen, befehle ich:
1. Das Eigentum, das sich auf dem von den Truppen der Roten Armee besetzten Territorium Deutschlands befindet, als beschlagnahmt zu erklären.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Volkseigenen Betriebe" (VEB) in der SBZ (x009/464): >>Nach 1945 enteignete und verstaatlichte Betriebe; desgleichen die seitdem neu errichteten Staatsbetriebe.
Durch den SMAD-Befehl 124 vom 30.10.1945 ... waren mehrere zehntausend gewerbliche Unternehmen sequestriert worden, die in der Folge durch die SMAD nach 3 Gruppen gegliedert wurden. Einer "Liste A" wurden solche Betriebe zugeteilt, die einem Volksentscheid über die Enteignung unterworfen werden sollten. Ein solcher Volksentscheid fand aber nur im Lande Sachsen (Juni 1946) statt. –
In eine "Liste B" waren solche Betriebe aufgenommen worden, die für die Enteignung kein großes Interesse boten (kleinere gewerbliche Unternehmen). Sie wurden unter großem propagandistischem Aufwand den Inhabern "wegen ungenügender Belastung" zurückgegeben. –
Die "Liste C" enthielt schließlich diejenigen Betriebe, die für den Übergang in sowjetisches Eigentum als SAG-Betriebe vorgesehen waren und durch den Befehl 167 vom 5. Juni 1946 "auf Grund der Reparationsansprüche der Sowjetunion in sowjetisches Eigentum" übergingen.
...
Bis 1951 waren die Volkseigenen Betriebe unselbständige Filialbetriebe der ihnen vorgeordneten "Vereinigungen volkseigener Betriebe" (VVB). Zum 1.1.1952 wurden sie in selbständig wirtschaftende Einheiten umgewandelt. Sie erhielten eine eigene finanzielle Grundausstattung und einen eigenen Umlaufmittelfonds, sie entrichteten seitdem auch selbständig die Abgaben an den Staatshaushalt.<<

Der deutsche Historiker Ernst Deuerlein (1918-1971) berichtet später über den SMAD-Befehl Nr. 124 (x156/28-29): >>Der am 30. Oktober 1945 verkündete Befehl Nr. 124 der Sowjetischen Militäradministration sprach die entschädigungslose Enteignung des Besitzes des Reiches und des Staates Preußen, der NSDAP, der großen und wichtigen Industrie-, Bergbau- und Handelsfirmen aus.
Fast die Hälfte der Industriekapazität der sowjetischen Besatzungszone ging an die Länder bzw. Kreise und Städte über. Die Firmen wurden als "Volkseigene Betriebe" (VEB) weitergeführt, 25 % des Industriebesitzes gingen zur Verwaltung und Ausbeutung unmittelbar an die Russen über. Die Militäradministration errichtete dafür am 5. Juni 1946 "Sowjetische Aktien-

gesellschaften" (SAG), die zwischen 1946 und 1953 beherrschenden Einfluß auf die Wirtschaft Mitteldeutschlands hatten.
Der Befehl Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 nahm im Sinne der marxistisch-leninistischen Wirtschaftsauffassung eine Verstaatlichung fast des ganzen Industriepotentials Mitteldeutschlands vor. Ulbricht rechtfertigte diese Maßnahme mit der Erklärung:
"Um den Machenschaften der Konzerne einen Riegel vorzuschieben und sicherzustellen, daß die Betriebe für die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgenutzt werden konnten, wurden sie zunächst beschlagnahmt. Die provisorische Verwaltung des beschlagnahmten Gutes wurde vorerst sowjetischen Besatzungsorganen übertragen, die in den Betrieben deutsche Treuhänder einsetzten. Später wurde den Landes- und Provinzialverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone die Treuhandverwaltung und Nutzung dieser Betriebe übertragen. ... Der Kampf der deutschen Werktätigen für den Aufbau eines friedlichen Lebens ohne Konzernherren und Kriegsverbrecher hatte damit eine zuverlässige Grundlage erhalten." ...<<
WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 30. Oktober 1945 aus München (x124/57): >>... Noch immer gelten in der US-Propaganda die Russen als die großen Verbündeten und die eigentlichen Helden des europäischen Krieges. Wer diesem Mythos entgegentritt, macht sich verdächtig.<<
31.10.1945
WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 31. Oktober 1945 über die außenpolitische Lage (x095/-30-31): >>... Rußland hat in Händen die östliche Hälfte Deutschlands, Polen, den Balkan, anscheinend Ungarn, einen Teil Österreichs.
Rußland entzieht sich immer mehr der Zusammenarbeit mit den anderen Großmächten und schaltet in den von ihm beherrschten Gebieten nach eigenem Gutdünken. In den von ihm beherrschten Ländern herrschen schon jetzt ganz andere wirtschaftliche und politische Grundsätze als in dem übrigen Teil Europas. Damit ist eine Trennung in Osteuropa, das russische Gebiet und Westeuropa eine Tatsache.
In Westeuropa sind die führenden Großmächte England und Frankreich. Der nicht von Rußland besetzte Teil Deutschlands ist ein integrierender Teil Westeuropas. Wenn er krank bleibt, wird das von schwersten Folgen für ganz Westeuropa auch für England und Frankreich sein.
...
Eine Lostrennung Rheinlands und Westfalens von Deutschland dient diesem Zwecke nicht, sie würde das Gegenteil herbeiführen. Man würde eine östliche politische Orientierung des nichtrussisch besetzten Teiles Deutschlands herbeiführen.
Dem Verlangen Frankreichs und Belgiens nach Sicherheit kann auf die Dauer nur durch wirtschaftliche Verflechtung von Westdeutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Holland wirklich Genüge geschehen. Wenn England sich entschließen würde, auch an dieser wirtschaftlichen Verflechtung teilzunehmen, so würde man dem doch so wünschenswerten Endziele "Union der westeuropäischen Staaten" ein sehr großes Stück näherkommen.
Zum staatsrechtlichen Gefüge des nicht von Rußland besetzten Teiles Deutschlands: Ein vernünftiges staatsrechtliches Gefüge besteht zur Zeit überhaupt nicht, es muß wiederhergestellt werden. Die Schaffung eines zentralisierten Einheitsstaates wird nicht möglich, auch nicht wünschenswert sein, der staatsrechtliche Zusammenhang kann lockerer sein als früher, etwa in der Form eines bundesstaatlichen Verhältnisses.<<
In Münster fordert am 31. Oktober 1945 ein Katholikenausschuß die Förderung der kirchlichen Erneuerung und des Wiederaufbaues (x111/98): >>... Die Durchsetzung der Konfessionsschule, die Aktivierung der kirchlichen Jugendarbeit, der Wiederaufbau des Domes und anderer Kirchen, die Erstellung des notwendigen Wohnraumes, die Lösung der sozialen Frage im Sinne der päpstlichen Enzykliken und die Beobachtung des kulturellen Lebens.<<
Mit einer Wiedereröffnungsfeier (einem Symphoniekonzert usw.) beginnen am 31. Oktober

1945 in der Universität Würzburg wieder Vorlesungen.
Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 31. Oktober 1945 aus Bayern (x124/57-58): >>... Auf amerikanischen Befehl haben alle Reichsdeutschen, die sich in der US-Zone Österreichs aufhalten, das Land zu verlassen.
Aus Eisenhowers Monatsbericht: ... Die Unruhe der Jugend wurde durch die vielen entlassenen Kriegsgefangenen vermehrt, von denen ein Teil keine Bleibe findet.
Die Hauptschuld an der Unruhe trügen die Ausländer. "Mord und organisierter Raub sind in diesem Monat unerfreulich häufig vorgekommen." Als Beispiel nannte er den Landkreis Aschaffenburg, wo sich die Bauern weigern, die Felder zu bestellen, da ihre Häuser von umherziehenden Ausländerbanden in ihrer Abwesenheit geplündert werden.<<

Oktober 1945

Ostdeutschland: In Pommern, im Südteil Ostpreußens, in Teilen der ehemaligen Provinz Posen und in Westpreußen werden im Oktober 1945 großangelegte "Ausweisungen" durchgeführt. Diese "Ausweisungen" werden meistens nicht angekündigt.
Die Bevölkerung wird oft nachts oder in den frühen Morgenstunden, binnen einer halben Stunde oder in nur 10 Minuten, plötzlich zum Verlassen ihrer Wohnung gezwungen. Vielfach sind nur die Nichtarbeitsfähigen betroffen.
Im wesentlichen sieht man überall die gleichen Bilder: Plötzliche Ausweisungsbefehle, lange Elendsmärsche der Vertriebenen nach den Sammelstellen und Bahnhöfen, wo geschlossene Transporte zusammengestellt werden sowie Gepäckkontrollen und fortgesetzte Plünderungen während der Bahnfahrt durch polnische Banden, die vielerorts sogar auf die fahrenden Züge springen und überall panikartige Angst hervorrufen.
Infolge der nicht selten mehrere Wochen dauernden Transporte, die ohne Verpflegung und unter größten körperlichen Anstrengungen erfolgen, ereignen sich zahlreiche Todesfälle.
Ab Oktober 1945 treibt man die Bevölkerung Pommerns im Sammellager Scheune bei Stettin zusammen. Das Grenzübergangslager Scheune zählt schon bald zum berüchtigsten Vertriebenenlager. Dort sind Gewalttaten, Plünderungen und Willkürakte einzelner Posten und Milizangehöriger an der Tagesordnung.
Im allgemeinen werden die nicht arbeitsfähigen Personen, d.h. Alte, Kranke und Invaliden, Mütter mit mehreren Kindern, bevorzugt vertrieben. Spezialisten, die als unabkömmlich gelten, stellt man überwiegend von der Austreibung zurück.
Mit Versprechungen, Drohungen oder durch brutale Gewaltmaßnahmen versucht man damals bereits, vor allem die wasserpolnisch sprechenden Oberschlesier und die Masuren in Ostpreußen für Polen zu gewinnen. Viele Deutsche, die polnisch klingende Namen besitzen, werden ebenfalls zwangsweise zurückbehalten und von der Ausweisung ausgeschlossen.
SBZ: Der 16jährige Manfred W. berichtet damals über die Internierung im sowjetischen "Speziallager Nr. 3" in Bautzen (x126/185): >>Gegen Ende Oktober 1945 erfolgte meine Verlegung in die U-Haftanstalt Bautzen (ehemalige Landesstrafanstalt), in Einzelhaft.
Die dortige Verpflegung bestand aus einer dünnen Runkelrübensuppe und 300 Gramm Brot täglich.
Ein Verhör folgte dem anderen. Spätestens hier wurde mir klar, daß das Protokoll vom Kamenzer Verhör inhaltlich nicht mit dem mir vorgelesenen Text übereinstimmte. Die Vernehmungen wurden mit der gleichen Härte wie in Kamenz geführt. Trotz der dicken Wände und Türen hörte man deutlich die Schreie der Verhörten.
Ständig stellte sich einem die bange Frage: Wann bist du wieder dran? Wer so etwas nicht selbst miterlebt hat, kann diese Grausamkeit nicht nachempfinden. ...<<
WBZ: Generalfeldmarschall Montgomery telegrafiert im Oktober 1945 nach London (x131/-165): >>Ich wollte sicherstellen, daß dem Control Office alle Fakten über die künftigen Folgewirkungen der Ernährungslage vorliegen. Ich halte das für meine Pflicht. ...

Ich habe außer humaner Behandlung nichts übrig für die Deutschen, und sie werden den Gürtel enger schnallen müssen. Aber ich bin nicht der Meinung, daß wir ihnen Rationen geben sollten, die geringer sind als die in Belsen. ...<<

<u>Ost-Mitteleuropa:</u> Zerstörung der Lebensgrundlagen der deutschen Bevölkerung in Ost-Mitteleuropa nach Beendigung der sowjetischen Militärverwaltung

Bis zum Abzug der sowjetischen Truppen herrschten in Jugoslawien, Polen, in der Tschechoslowakei und in Ostdeutschland monatelang chaotische Verhältnisse, weil die einheimischen Behörden und Milizeinheiten ständig versuchten, die Befehlsgewalt auszuüben. Infolge der unterschiedlichen Anordnungen und Befehle gab es dauernd Überschneidungen, so daß die Deutschen zusätzlich schikaniert und verunsichert wurden.

Zwischen den Russen und Polen ereigneten sich besonders häufig Auseinandersetzungen, die nicht selten mit wilden Schießereien endeten. Viele Polen haßten ihre sowjetischen Befreier, weil sie nach Stalins Anordnungen die deutschen Ostgebiete systematisch ausplünderten und verwüsteten.

In den deutschen Ostgebieten wurde die sowjetische Besatzungszeit im Herbst 1945 beendet (Ausnahme: Nord-Ostpreußen). Nach dem sowjetischen Abzug führte man in den "befreiten Gebieten" gnadenlose Pauschalabrechnungen durch. Es handelte sich damals meistens nicht um spontane Ausschreitungen oder persönliche Racheakte, sondern mehrheitlich um staatlich gelenkte "Säuberungsaktionen".

Viele Gewalttaten und Verfolgungen wurden nachweislich durch unverantwortliche staatliche Propagandamaßnahmen beeinflußt und gefördert. In Rundfunkansprachen, Zeitungen, Bekanntmachungen und öffentlichen Veranstaltungen schürte man den radikalen Nationalismus und forderte zur kollektiven Bestrafung aller deutschen "Landesverräter" auf.

In Ostdeutschland, Polen, in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien setzten die neuen Machthaber ihre bisherigen Verfolgungsmaßnahmen systematisch fort und nutzten außerdem die "bewährten" NS-Terrormethoden der "Juden- und Fremdarbeiterpolitik". Die Deutschen mußten z.B. vielerorts weiße Armbinden oder Hakenkreuze sichtbar auf ihrer Kleidung tragen, um sie öffentlich zu verhöhnen und zu erniedrigen. Fanatische Zivilisten mißhandelten die Geächteten gelegentlich auf "offener Straße" und rissen ihnen sogar oft die Kleidung vom Leib.

Da die neuen polnischen Machthaber nicht genügend disziplinierte Truppen und Polizeikräfte besaßen, übertrug man in Ostdeutschland den "Schutz der öffentlichen Sicherheit" zunächst an Milizen. In jede Stadt und in jedes größere Dorf wurden "Milizkommandanten" entsandt, um die sowjetischen Besatzungstruppen zu ersetzen. Manche Milizangehörige waren fragwürdige Gestalten. Die Milizen setzten sich überwiegend aus 18-20jährigen Zivilisten zusammen, die schnell erkannten, daß Raub und Plünderung des deutschen Eigentums behördlich gefördert bzw. unterstützt wurden.

Die Milizangehörigen, Partisanen und Geheimpolizisten waren damals die Herren über Leben und Tod. Sie waren überall unumschränkte Machthaber und terrorisierten die deutschen Einwohner. Da die Milizen keinen Sold erhielten, mußten sie sich selbst versorgen und führten unentwegt Raubzüge durch. Das gesamte Eigentum der "Staatsfeinde" wurde "beschlagnahmt", so daß die Ost- und Volksdeutschen schnell zu Bettlern wurden. Nachdem die Milizen Kommandanturen errichtet hatten, drangen immer mehr polnische und tschechische Zivilisten in die deutschen Siedlungsgebiete ein.

Die Geheimpolizei und Partisanen arbeiteten gewöhnlich mit den örtlichen Milizkommandanten zusammen, wenn es darum ging, die Deutschen mit schonungsloser Willkür und extremer Brutalität zu verfolgen. In der CSR wurden damals vermeintliche NS-Verbrecher von Partisanen und Milizen auf Markt- oder Sportplätzen zusammengetrieben, brutal mißhandelt und z.T.

sogar öffentlich hingerichtet (x010/44). Erst in den Jahren 1946-1947 ließ die Schreckensherrschaft der Geheimpolizei und Milizen allmählich nach.
Die arbeitsfähige deutsche Bevölkerung wurde zwangsweise zum Arbeitseinsatz herangezogen. Sogar 8- bis 10jährige Kinder mußten Vieh hüten, Gespanne fahren oder andere leichte Arbeiten erledigen. Obgleich die Deutschen schwerste Zwangsarbeiten leisten mußten, rissen sie sich um fast jede Arbeit, denn ohne Arbeit gab es keine Verpflegung. Wer nicht verhungern wollte, mußte arbeiten.
In den Sommermonaten betrug die tägliche Arbeitszeit oftmals bis zu 15 Stunden. Während der Erntezeit wurde vom Sonnenaufgang bis zum Einbruch der Dunkelheit gearbeitet. Sonn- und Feiertage waren für die Deutschen "normale Arbeitstage".
Viele Zwangsarbeiter mußten ekelhafte und qualvolle Arbeiten ausführen. Besonders abscheulich waren die Bergung von Tierkadavern und die Bestattung der Leichen, die bereits seit Wochen und Monaten in den Ortschaften, an den Landstraßen oder auf den Feldern und Wiesen lagen. Diese grauenvollen, gesundheitsgefährdenden Arbeiten dauerten manchmal mehrere Wochen.
Während der schweren körperlichen Arbeit kam es täglich vor, daß kranke und erschöpfte Arbeitskräfte Schwächeanfälle erlitten und zusammenbrachen. Infolge der unmenschlichen Lebensbedingungen brachen schon bald vielerorts verheerende Epidemien aus. In jener Zeit führte man Beerdigungen nur noch ohne Särge durch. Die Toten wurden notdürftig in Kohlen- oder Kartoffelsäcke gepackt und in Massengräbern bestattet.
Nach der täglichen Zwangsarbeit durchsuchten überall hungrige Menschen leerstehende Häuser, Keller und Kartoffelmieten oder streiften durch Wälder und über Felder, um irgendwelche eßbaren Dinge zu ergattern. Für die Frauen war es besonders schwer, ihre Kinder und ihre gebrechlichen Eltern zu ernähren, denn obwohl sie selbst unterernährt waren und hungerten, mußten sie jeden Tag schwere Zwangsarbeiten leisten.
Falls die Deutschen nicht mehr arbeiten konnten, waren sie zwangsläufig dem Hungertod ausgeliefert. Da Kinder und alte Menschen im allgemeinen keine Lebensmittel erhielten, starben sie reihenweise. Nachdem man die letzten Vorräte geplündert hatte, wurde die Ernährungslage der rechtlosen Deutschen immer dramatischer.
Die Lebensverhältnisse der zurückgebliebenen Deutschen in Ostmitteleuropa wurden durch grenzenloses Leid, unendliche Not und absolute Rechtlosigkeit geprägt. Fast alle Deutschen vegetierten unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen. In dieser erbarmungslosen Zeit rückten alle verfolgten Deutschen eng zusammen. Man half sich nach besten Kräften, wo immer es möglich war. Standesunterschiede gab es schon längst nicht mehr.
Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski berichtet später über die damaligen Lebensverhältnisse der Deutschen in Ostdeutschland (x039/70-71): >>Das Fehlen jeder verläßlichen Ordnung war einer der nachhaltigsten Eindrücke. Fast ein Jahr lang bestand in weiten Gebieten des Ostens so etwas wie Vogelfreiheit.
Die Rote Armee war hindurchgezogen, hatte ein weitgehend entvölkertes Gebiet hinterlassen und nur in den Städten Kommandanturen errichtet. Das flache Land war kaum bewohnt. Je weiter man nach Osten kam, desto weniger Menschen gab es. Weder Gesetze noch Befehle erreichten die Überlebenden. Es gab keine Zeitungen, kein Geld, keine Lebensmittelzuteilungen, keinen Arzt, kein Krankenhaus. Jeder war auf sich allein gestellt.
Hin und wieder tauchten bewaffnete Banditen auf, um zu stehlen, was die Menschen zusammengetragen hatten. Vermutlich wird man bis in die Zeit des Dreißigjährigen Krieges zurückgehen müssen, um auf Verhältnisse zu stoßen, die denen vergleichbar waren, die 1945 im Osten herrschten.
Daß die verbliebenen Ostdeutschen überhaupt überlebt haben, verdanken sie den in den Kellern der verlassenen Häuser zurückgelassenen Einkellerungskartoffeln des Herbstes 1944.

Auch war das Wintergetreide noch vor der Flucht gesät worden und konnte im Sommer 1945 ungerührt von allem Elend wachsen und reifen. Vieh war dagegen so gut wie keines mehr vorhanden; die letzten Herden wurden im Mai 1945 nach Osten getrieben. Nicht einmal Kaninchen oder Hühner gab es.
Im Rückblick auf jene Zeit will es mir scheinen, als seien unsere humanen Tugenden nur die Früchte geordneter Verhältnisse. Das sogenannte Gute verfällt in dem Maße, in dem jede verläßliche Ordnung aufhört. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Lebensverhältnisse der Deutschen im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens (x001/90E-91E): >>Die weitgehende Entvölkerung und wirtschaftliche und verkehrsmäßige Abschließung des Landes, besonders aber die brutale sowjetische Behandlung seiner wenigen deutschen Menschen führte im Nordteil Ostpreußens seit 1945 zu einem Prozeß wachsender Verelendung, Verwilderung und Primitivisierung, demgegenüber die zur gleichen Zeit in manchen Gegenden Schlesiens und Pommerns herrschenden Zustände als noch kultiviert erscheinen mochten.
In wenigen Jahren verwischten sich die Züge einer alten europäischen Kulturlandschaft und den Menschen verwandelte sich ihre Heimat unter ihren Augen in eine unheimliche Fremde.
... Eine organisierte allgemeine Lebensmittelversorgung, d.h. eine Ausgabe und regelmäßige Belieferung von Lebensmittelkarten, hat es im nördlichen Teil Ostpreußens offenbar nirgends gegeben. Für Alte, Kranke und Kinder begann die Ernährungslage in den Städten und besonders in Königsberg bald katastrophal zu werden. ...
Eine Ausnahme bildeten in dieser Beziehung lediglich die wenigen qualifizierten Facharbeiter, die als Spezialisten meist ausreichende Verpflegung und mitunter sogar Bezahlung erhielten. Im übrigen hat aber wohl in keiner anderen deutschen Stadt der Hunger in den Jahren 1945-47 so viele Opfer gefordert wie in Königsberg. Große Teile der Bevölkerung nährten sich von Abfällen, und die Verwilderung führte schließlich sogar dazu, daß Fleisch getöteter Menschen feilgeboten wurde.
So unglaubwürdig dies erscheinen mag, so kann doch zufolge mehreren Berichten kein Zweifel daran sein, daß der Verkauf und Genuß von Menschenfleisch in Königsberg mehrfach vorgekommen ist und daß dadurch in hohem Maße Entsetzen und Unruhe unter der deutschen Bevölkerung hervorgerufen wurden.
Furchtbare hygienische Verhältnisse trugen das Ihre dazu bei, daß Typhus-, Ruhr-, Krätze-, ja selbst Malariaepidemien um sich griffen und die Sterblichkeit in unerhörtem Maße stieg. 2 Jahre lang - vom Sommer 1945 bis zum Sommer 1947 - hielt die hohe Sterblichkeit in Königsberg infolge der Unterernährung und der Epidemien an. Innerhalb dieser 2 Jahre ist von rd. 70.000 Deutschen, die im Sommer 1945 in Königsberg registriert worden waren, mindestens die Hälfte gestorben. ...
Etwas günstigere Voraussetzungen bestanden anfangs für die Landbevölkerung, ... so daß sie ein kümmerliches Leben fristen konnte. Hier und dort wurde jedoch auch sie schon im Sommer 1945 zu verzweifelten Handlungen getrieben. Manchen ... blieb nichts anderes übrig, als bei den russischen Soldaten um Nahrung zu betteln. Die Gutmütigkeit und Freigebigkeit einzelner Russen kleinen Kindern und ihren Müttern gegenüber, die in seltsamem Kontrast zu den vielen Exzessen und Ausschreitungen stand, haben für manche deutsche Familie eine große Hilfe in ihrer furchtbaren Not bedeutet. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Lebensverhältnisse der Deutschen in den polnisch verwalteten deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/102E-105E): >>Entschieden schlechter als auf dem Lande war die Ernährungslage in den Städten. ... Da weder Lebensmittel im Lande waren, noch die Betriebe arbeiteten, lagen die Läden und Geschäfte still. Deutsches Geld war nahezu wertlos

geworden, und selbst in Großstädten wie Breslau wurde die Entlohnung für die arbeitende Bevölkerung fast ausschließlich in Naturalien gezahlt.
Auch die Strom- und Wasserversorgungswerke, ebenso die öffentlichen Verkehrseinrichtungen arbeiteten in den deutschen Ostgebieten während der Zeit der sowjetischen Militäradministration wohl fast nirgends. Die Ursache lag z.T. darin, daß manche Versorgungsanlagen durch Kriegseinwirkungen zerstört, die wichtigsten Fabriken demontiert und die Magazine geplündert waren.
Eine sehr verhängnisvolle Wirkung hatte es aber auch, daß bereits im Sommer 1945 nach Ostpreußen, Ostpommern und Schlesien eine große Anzahl polnischer Zivilpersonen eingeströmt war und sogleich begonnen hatte, die Geschäfte und Handwerksbetriebe ebenso wie die Bauernhöfe für sich zu beschlagnahmen. Jede Initiative zur Neubelebung des Wirtschaftslebens, die von der städtischen deutschen Bevölkerung hätte ausgehen können, wurde dadurch im Keime erstickt.
... Auch für Niederschlesien gilt, daß die Mehrzahl der Städte einer wachsenden Verwahrlosung anheimfielen, verwilderten und ihr deutsches Gesicht zu verlieren begannen. Es war überall das gleiche Bild ...
Die katastrophale Lage in den Städten Ostdeutschlands während des Sommers und Herbstes 1945 wird am deutlichsten veranschaulicht durch die unerhört hohe Sterblichkeit unter den Deutschen infolge des Hungers, der unhygienischen Verhältnisse und der großen körperlichen Erschöpfung. Nahezu in allen Städten Ostdeutschlands wüteten Typhusepidemien, in Breslau und den kleineren schlesischen Städten ebenso wie in Ostpreußen, Ostpommern und Ostbrandenburg. In den pommerschen Städten scheint die Zahl der dabei entstandenen Menschenverluste am höchsten gewesen zu sein. So starb in Treptow und Stolp etwa ein Drittel der Einwohner während des Sommers und Herbstes 1945.
Ehe die Städte und Dörfer Ostdeutschlands offiziell unter polnische Verwaltung gestellt wurden und die russischen Besatzungsorgane ihre Kompetenzen an den polnischen Staat übergaben, kam es zu einer teilweise recht langen Periode des Überganges, des Nebeneinander- und Durcheinanderregierens von Polen und Russen, was vor allem für die im Lande befindlichen Deutschen höchst unerfreuliche Zustände schuf. ...
Besonders im südlichen Ostpreußen, in Danzig, Oberschlesien und in manchen Gegenden Pommerns war das Gesicht der Städte und Dörfer schon im Frühjahr und Sommer stärker von den Polen als von russischen Truppen geprägt. An vielen Orten hatten sich sogar schon im Frühjahr 1945 polnische Verwaltungsbehörden etabliert.
Während sich das reguläre polnische Militär als Besatzungstruppe offenbar im allgemeinen korrekter verhielt als die russischen Truppen, wurde die aus bewaffneten polnischen Zivilisten bestehende polnische Bürgermiliz bald von der deutschen Bevölkerung mehr gefürchtet als die Truppen der Roten Armee.
Aus dem Nebeneinander polnischer Behörden und russischer Kommandanturen, die weiter bestehen blieben, ergaben sich im Sommer und Herbst 1945 fortgesetzte Überschneidungen polnischer und russischer Anordnungen, wodurch die allgemeine Rechtlosigkeit und Unsicherheit für die deutsche Bevölkerung erheblich gesteigert wurden. ...
Die Kompetenzverhältnisse zwischen den polnischen Behörden und der sowjetischen Militäradministration waren in der Regel für die deutsche Bevölkerung völlig undurchsichtig, wahrscheinlich oft auch tatsächlich ungeklärt. ...
Das Verhältnis zwischen Polen und Russen war in Ostdeutschland infolge der gegenseitigen Konkurrenz in der Beherrschung des Landes naturgemäß sehr gespannt, und in vielen Orten ist es zu fortgesetzten Auseinandersetzungen, ja sogar zu Schießereien zwischen ihnen gekommen. Neben der alten nationalen Feindschaft hat dabei vor allem die Tatsache mitgewirkt, daß die russischen Truppen in Ostdeutschland einen systematischen Abbau aller wertvollen

Sachgüter betrieben und den Polen ein Land übergaben, dessen Landwirtschaft und Industrie weitgehend ausgeraubt waren.
Nachdem auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) durch alliierten Beschluß - als provisorische Regelung bis zur endgültigen Entscheidung in einem Friedensvertrag - Ostdeutschland auch mit Zustimmung der Westmächte unter polnische Verwaltungshoheit gestellt worden war, sahen sich die Polen in ihren Bestrebungen gestärkt und setzten nunmehr die Polonisierung Ostdeutschlands mit gesteigerter Intensität fort. Obwohl ein Teil der sowjetischen Truppen im Lande blieb und russische Militärkolchosen noch jahrelang in Ostdeutschland bestanden, war die Zeit der sowjetischen Militärverwaltung in Ostdeutschland mit dem Herbst 1945 im allgemeinen zu Ende.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in den polnisch verwalteten deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/108E-110E,112E-117E): >>... In einem großen Teil des deutschen Staatsgebietes erfolgte die Verwaltungsübernahme durch polnische Behörden schon im Frühjahr 1945. In Elbing geschah sie am 1. April, in Osterode, Sensburg und anderen südostpreußischen Kreisstädten im Mai.
Im oberschlesischen Industriegebiet wurde von der einmarschierenden sowjetischen Armee sofort die Aufstellung einer polnischen Miliz organisiert und diese von Anfang an mit der Beaufsichtigung der Deutschen beauftragt. Bereits im Februar, März und April strömten massenhaft Polen über die alte polnisch-deutsche Grenze in diese Gebiete ein. ...
Selbst für Niederschlesien, in dessen Orten im allgemeinen erst im Sommer und Herbst eine organisierte polnische Verwaltung einsetzte, bestand seit Ende April eine Wojewodschaftsbehörde, die damals, als Breslau noch nicht gefallen war, ihren Sitz in Liegnitz hatte und erst später nach Breslau umsiedelte.
Ähnlich verhielt es sich in Ostpommern. Auch dort wurden schon im Mai 1945 manche Städte und Dörfer von polnischen Behörden regiert. ...
Im Sommer und Herbst 1945 wurde in den unter polnische Verwaltung gestellten ostdeutschen Provinzen allgemein der Zloty als Währung eingeführt. Die deutschen Orts- und Straßennamen wurden beseitigt, und polnische Namen traten an ihre Stelle. Die polnische Sprache wurde als Amtssprache obligatorisch ...<<
>>... Zu einer offenen Demonstration, die in tragischer Weise die Verkettung von altem und neuem Unrecht deutlich machte, kam es überall dort, wo Massengräber von polnischen Arbeitern, polnischen Kriegsgefangenen oder polnischen Juden gefunden wurden, die aus der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft stammten. In solchen Fällen war es eine beliebte Maßnahme, die Deutschen aus der umliegenden Gegend an den aufgefundenen Massengräbern zusammenzutreiben und sie unter den anfeuernden Rufen eines schaulustigen Publikums unter Schlägen und Mißhandlungen zu zwingen, die Gräber auszuheben und die Leichen zu bergen. ...
Wenn von Vergeltungsakten und Verhaftungen naturgemäß nur ein Teil der deutschen Bevölkerung betroffen wurde, so wirkte sich der von den Polen eingeführte unbedingte Arbeitszwang auf fast alle Deutschen aus.
... Die Verpflegung war dabei im allgemeinen schlechter als bei den entsprechenden Aktionen der Russen. Doch es half kein Weigern. Kommandos der polnischen Miliz durchzogen die Dörfer und trieben Arbeitskolonnen von Deutschen zusammen. In den Städten sind die deutschen Einwohner, sobald sie zu einer Arbeit benötigt wurden, auf offener Straße aufgegriffen und unter bewaffneter Aufsicht zum Arbeitseinsatz geführt worden. Selbst der Kirchgang am Sonntag schützte nicht davor. ...
Da die Zwangsarbeit nur eine völlig unzureichende Verpflegung einbrachte und die Deutschen ohne geldliche Entlohnung die geforderten hohen Zloty-Preise nicht aufbringen konnten, dau-

erte die bereits unter russischer Besatzung herrschende Hungersnot auch unter polnischer Verwaltung an. ... Um in den Besitz polnischen Geldes und der von Polen eingeführten Lebensmittel zu kommen, blieb den Deutschen nur die Möglichkeit, die letzten ihnen verbliebenen und über die zahllosen Plünderungen geretteten Sachgüter und Wertgegenstände gegen Lebensmittel zu verschleudern.
Hunger, Entkräftung und Epidemien in den Städten waren auch zur Zeit der polnischen Verwaltung ständiger Begleiter der deutschen Bevölkerung und forderten viele Opfer. In der Großstadt Breslau trieb der Hunger die Deutschen dazu, bei Russen und Polen zu betteln und die Abfalltonnen nach eßbaren Resten abzusuchen. Die Verelendung der Deutschen schritt immer weiter fort, je mehr Polen ins Land kamen und sich allen deutschen Eigentums und des deutschen Grundbesitzes bemächtigten. ...
Bereits am 2. März 1945 hatte die Polnische Provisorische Regierung das Dekret "über aufgegebene und verlassene Vermögen" erlassen, welches verfügte, daß aller Besitz von Personen, die vor der Roten Armee geflohen und nicht zurückgekehrt waren, dem polnischen Staat anheimfalle und daß ferner sämtliches Vermögen des Deutschen Reiches und von Personen deutscher Staatsangehörigkeit grundsätzlich als "aufgegebenes Vermögen" zu gelten habe und gleichfalls an den polnischen Staat übergehe. ...
Infolge der Übernahme aller deutschen Vermögen durch den polnischen Staat waren die Deutschen in ihren Höfen auf dem Lande und in ihren Wohnungen in der Stadt nur noch auf Abruf geduldet, mußten teils für ihre eigenen Häuser Miete zahlen und hatten ständig damit zu rechnen, ihr formell bereits enteignetes Vermögen auch faktisch zu verlieren und ihre Wohnung verlassen zu müssen. ...
Die Übernahme deutschen Besitzes durch polnische Zivilpersonen und deren Ansiedlung in den deutschen Ostgebieten verlief bis gegen Ende des Jahres 1945 in wenig geregelter Form und brachten die davon betroffene deutsche Bevölkerung in eine Lage, in der sie nicht mehr zwischen willkürlichen Bereicherungen und Plünderungen einzelner Polen und amtlichen Maßnahmen der polnischen Behörden zu unterscheiden vermochte.
Zunächst begann die polnische Besitzergreifung Ostdeutschlands damit, daß viele der polnischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen, die sich bei der Eroberung durch die Rote Armee in den Dörfern und auf den Gütern Ostdeutschlands befanden, sich leerstehende Gehöfte oder auch Häuser in den Städten aneigneten und sich dort unter wohlwollender Duldung der Russen als neue Besitzer einrichteten. ...
Ein Teil der ins Land gekommenen Polen wollte sich, nachdem die Provisorische Regierung die Bevölkerung Polens zur Ansiedlung in den ostdeutschen Gebieten aufgefordert hatte, in den verlassenen Höfen der Deutschen und ihren Häusern als Ansiedler niederlassen, ein anderer Teil der polnischen Ankömmlinge bestand aber aus Spekulanten, Schiebern, Beutemachern, die nur eine günstige Chance der Bereicherung witterten, ohne daß sie die Absicht hatten, im Lande zu bleiben.
Manche von ihnen stellten sich der Miliz zur Verfügung, andere gaben sich gegenüber den polnischen Behörden in den deutschen Orten als Ansiedler aus, gewannen auf diese Weise schnell Vermögen, das sie bald abtransportierten oder verkauften, und kehrten darauf nach Polen zurück, um das gleiche Experiment an anderer Stelle zu wiederholen. ...
... Es scheint dabei die Tendenz vorgelegen zu haben, die am weitesten westlich gelegenen Teile Ostdeutschlands zuerst zu besiedeln, um auf diese Weise an der Oder und Neiße eine unumstößliche Tatsache zu schaffen. ... Jetzt begannen die polnischen Aussiedler im Einvernehmen mit den örtlichen Verwaltungs- und Milizbehörden die im Lande verbliebene deutsche Bevölkerung aus ihren Wohnungen und Häusern zu verweisen.
Handelte es sich um einzelne polnische Ankömmlinge, so erfolgte die Besitzergreifung von Häusern und Gehöften während jener ersten Zeit der sehr mangelhaft organisierten Ansied-

lung vielfach in der Weise, daß die betreffenden Polen sich in den deutschen Dörfern und Städten einen Hof oder ein Haus aussuchten, sich diese von den zuständigen polnischen Bürgermeistereien anweisen ließen und mit Hilfe polnischer Miliz die Deutschen aus dem gewünschten Grundstück vertrieben.
Aber auch dort, wo die polnischen Ansiedler in geschlossenen Transporten ankamen und von der polnischen Miliz in die Häuser der Deutschen eingewiesen wurden, geschah dies vielfach in der Form einer brutalen Vertreibung, wobei die deutschen Einwohner oft in Minutenfrist und mit nur wenigem Gepäck ihre Wohnungen verlassen mußten.
In manchen Städten und Dörfern sind die polnischen Behörden noch rigoroser verfahren. Sie ließen mit Hilfe der Miliz ganze Orte vorübergehend von der deutschen Bevölkerung räumen, währenddessen wurde der deutsche Besitz durchgeplündert, die wertvollen beweglichen Teile mit Lastwagen abtransportiert und die besten Häuser von Polen besetzt, ... bis am Ende nur die schlechtesten Viertel als eine Art deutsche Ghettos übrig blieben. Der Verlust der Heimat war damit bei den noch in den Ostprovinzen lebenden Deutschen im Grunde schon vor der Ausweisung vollzogen.
Am stärksten setzten sich die Polen zunächst auf dem Lande fest. Dies kam vor allem daher, daß die Hauptmasse der Ansiedler im Sommer und Herbst 1945 aus den an Rußland abgetretenen ostpolnischen, fast rein agrarischen Gebieten stammten. Mit nur wenig Handgepäck ankommend, wurden sie in die deutschen Dörfer eingewiesen. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in der Tschechoslowakei (x004/-32,36-37,62-72): >>Schon in den ersten Wochen nach Beendigung der Kampfhandlungen begann der Abzug der sowjetischen Kampftruppen. Für die deutsche Bevölkerung in den Ortschaften entlang den Abzugsstraßen bedeutete dies eine Fortsetzung oder Wiederholung der schon beim Einmarsch erlebten Ausschreitungen und Plünderungen. ...
Mag auch in einzelnen Fällen die Besatzungsmacht von sich aus die Deutschen zu ... Arbeiten befohlen haben, so steht doch fest, das meist tschechische Behörden auf Anforderung die Frauen und Männer zu Hilfsdiensten für die sowjetische Besatzung bestimmten.
Für die bis Dezember 1945 in der CSR verbliebenen sowjetischen Truppen wurden Arbeitskommandos dann fast ausschließlich von den deutschen Insassen der Gefängnisse und Internierungslager gestellt. Ihre Behandlung war unterschiedlich, z.T. waren diese Kommandos wegen ihrer schlechten Behandlung gefürchtet, z.T. aber wegen der guten Verpflegung begehrt, die die Internierten in den Kasernen erhielten.
Blieben auch die Rotarmisten in ihrem Verhalten unberechenbar und die Erlebnisse des sowjetischen Einmarsches unvergessen, so läßt sich doch schon in den ersten Monaten der Konsolidierung der Tschechoslowakischen Republik und des beginnenden Verfolgungssystems gegen die Sudetendeutschen feststellen, daß sich sehr oft russische Soldaten schützend und helfend auf die Seite der Verfolgten stellten. Je stärker die Tschechen als Exponenten der Vergeltungspolitik gegen die Sudetendeutschen hervortraten, um so positiver wurde die Haltung der sowjetischen Soldaten beurteilt und in den Berichten geschildert. ...<<
>>... In den Orten, ... wo eine tschechische Minderheit oder gar eine Mehrheit vorhanden war und die Verwaltung sofort in tschechische Hände überging, setzte bald die Drangsalierung und Entrechtung der Deutschen durch einheimische Tschechen und mehr noch durch die aus Innerböhmen und Mähren zuströmenden Tschechen ein. ...
Mit der Stabilisierung der tschechischen Verwaltung in den deutschen Ortschaften im Laufe des Sommers und dem gleichzeitig einsetzenden Abzug der amerikanischen Besatzungstruppen gewannen die administrativen deutschfeindlichen Maßnahmen der immer selbstbewußter auftretenden Tschechen an Wirksamkeit. Immerhin unterblieben im amerikanisch besetzten Westsudetenland jene "wilden" Austreibungsaktionen, die in der sowjetisch besetzten Zone

bereits Ende Mai einsetzten und ungeachtet der Potsdamer Beschlüsse den ganzen Sommer hindurch anhielten. ...<<
>>... Die zuerst in Kinos, Schulen und Kasernen festgehaltenen Prager Deutschen wurden nach einigen Tagen meist in große Sammellager wie das Stadion Strahov, in dem sich zeitweilig 10.000-15.000 Internierte befanden, Reitschule und Stadion Slavia gebracht, wo sich ihre Lage nicht verbesserte. Sie litten hier weiterhin unter quälendem Hunger. In den Nächten drangen Gruppen sowjetischer Soldaten ungehindert oder gar begünstigt von tschechischem Wachpersonal ein und schändeten Frauen und Mädchen. ...
Bald nach den Tagen des Aufstandes begann die "Säuberung Prags von den Deutschen". Diese wurden als Zwangsarbeiter in die Landwirtschaft, teils in das aus der Zeit des NS-Regimes bekannte Konzentrationslager Theresienstadt verbracht, wo viele von ihnen den Tod fanden. Nicht viel besser waren die Zustände in den am Stadtrand gelegenen Prager Lagern, von denen Hagibor besonders genannt werden muß.
In diesen Lagern verblieben die internierten Prager Deutschen bis zu ihrer Austreibung und Ausweisung. ...
Mitte Mai verlegte die provisorische Regierung ihren Sitz von Kaschau nach Prag und begann entsprechend ihrem im April verkündeten Programm die Neuordnung des Staates, bei der die Nationalausschüsse eine entscheidende Rolle spielten. ...
Bereits das Dekret vom 4. Dezember 1944 hatte die Sudetendeutschen als "staatlich unzuverlässige Bevölkerung" grundsätzlich von der verantwortlichen Beteiligung an der Verwaltung ausgeschlossen und für die rein deutschen Gemeinden und Bezirke die Ernennung von Verwaltungskommissaren bzw. -kommissionen vorgesehen.
Die auf Grund der Regierungsverordnung vom 5. Mai 1945 mit diesem Amt betrauten Personen zeigten fast durchweg eine unversöhnliche Haltung gegenüber den Sudetendeutschen. Im allgemeinen scheint hier der kommunistische Einfluß besonders groß gewesen zu sein; ein englischer Autor spricht geradezu von einem Parteistaat im Staate, der in den Grenzgebieten unter dem Einfluß der kommunistischen Minister des Innern (Nosek) und der Landwirtschaft (Duris) errichtet worden sei. ...
Die systematische Entrechtung der Sudetendeutschen vollzog sich in den verschiedenen Orten und Gegenden Böhmens und Mährens in sehr verschiedenem Tempo, am langsamsten im allgemeinen in den rein sudetendeutschen Gebieten. Das lag vor allem daran, daß die Tschechen hier erst im Laufe des Sommers einströmten.
Eine üble Rolle spielte dabei wieder die "Revolutionsgarde". Sie hatte nach Beendigung der Kampfhandlungen einen starken Zulauf aus denjenigen Bevölkerungsschichten erhalten, die nun ohne ein persönliches Risiko sowohl an dem Nimbus, mit dem die Partisanen umgeben waren, als auch an den zugedachten Vorteilen im neuen Staat teilhaben wollten. Bereits im Programm der provisorischen Regierung vom 5. April 1945 war u.a. besonders den Partisanen und Widerstandskämpfern eine Bevorzugung bei der Verteilung des konfiszierten Vermögens der Deutschen und Madjaren versprochen worden.
... Einzelne Gruppen oder Abteilungen der Revolutionsgarde, denen sich im tschechischen Siedlungsgebiet kein Betätigungsfeld bot, dehnten ihre Aktionen auf die sudetendeutschen Gebiete aus und unternahmen regelrechte Strafexpeditionen, bei denen sie die Bewohner ganzer Ortschaften zusammentrieben, einzelne Personen oder mehrere Einwohner auf Grund von Denunziationen oder nach willkürlicher Auswahl mißhandelten und erschossen und die Häuser und Wohnungen ausplünderten. Nicht selten wurden die Exekutionen öffentlich vor der dazu versammelten Bevölkerung und vor den Augen der Familienangehörigen durchgeführt. ...
In manchen Ortschaften setzte sich die Revolutionsgarde für längere Zeit fest und errichtete hier ein Terrorsystem mit systematischen Quälereien der deutschen Bevölkerung. Diese wur-

den in demagogischen Reden, Presseartikeln und Schriften der Repräsentanten der verschiedensten politischen Richtungen, die jede für sich das größte Verdienst in der Säuberung der CSR von den Deutschen beanspruchten und sich in der Verdammung der Sudetendeutschen überboten, als gerechte Sühne für die Untaten der NS-Zeit begründet und entschuldigt.
Durch ein vor allem unter kommunistischem Einfluß zustande gekommenes Gesetz vom 8. Mai 1946, das an ähnliche Maßnahmen der nationalsozialistischen Revolution erinnert, sind alle Ausschreitungen nachträglich als rechtmäßig anerkannt und sanktioniert worden.
Die tschechische Presse, gleich welcher Observanz, trug durch Hetzartikel und Berichte über Unglücksfälle, die lange nach der Kapitulation als Sabotageakte des Werwolfs dargestellt wurden, und die fortdauernde Gefährlichkeit der Deutschen erweisen sollten, nicht wenig dazu bei, jedes Vorgehen gegen das Sudetendeutschtum zu rechtfertigen und zu ermutigen.
So wurde eine am 31. Juli 1945 wahrscheinlich durch Unachtsamkeit ausgelöste Explosion eines Munitionslagers in dem Aussiger Vorort Schönpriesen von den Tschechen als Sabotageaktion des Werwolfs ausgelegt.
Die aufgehetzte Menge veranstaltete daraufhin ein Blutbad unter der deutschen Bevölkerung, griff sie auf den Straßen an oder holte sie aus den Wohnungen und machte sie nieder. Als die Arbeiter der Firma Schicht AG nach Arbeitsschluß über die Elbebrücke zu ihren Wohnungen strömten, wurden sie von einer fanatischen Menge auf der Brücke zusammengeschlagen, z.T. niedergemacht oder in die Elbe geworfen. Selbst vor Frauen und Kindern machte der Mob nicht halt. Polizei und tschechisches Militär versuchten nicht, das Morden zu verhindern, sondern beteiligten sich sogar daran. Die genaue Zahl der Opfer wird sich nie ermitteln lassen. Die Angaben schwanken zwischen 1.000 bis 2.700. ...<<
Das Bundesarchiv Koblenz berichtet im Jahre 1974 über das Schicksal der Volksdeutschen in der Tschechoslowakei (x010/44-46): >>In weitaus überwiegender Mehrzahl sind Schwerpunkte der Übergriffe im Innern Böhmens und Mährens sowie in den östlichen und mittleren Gebieten des Sudetenlandes zu verzeichnen, die zum sowjetischen Besatzungsgebiet gehörten.
...
In den einzelnen Gemeinden erreichten die Ausschreitungen Höhepunkte in den dem Prager Aufstand folgenden Wochen und Monaten, als dort Abteilungen der Revolutionsgarde sowie auch Einheiten der Befreiungsarmee ein Terrorsystem gegenüber den Deutschen entfachten. Aus einer Anzahl von Gemeinden wird über öffentliche Exekutionen berichtet, denen z.T. die Einsetzung improvisierter Volksgerichte vorausging. Die diesen vorgeführten Personen wurden während und nach den Verhören auf das schwerste mißhandelt oder auch zu Tode gefoltert. Angehörige der SS wurden vielfach gleich nach ihrer Verhaftung erschossen. Dasselbe Schicksal erlitten oft heimgekehrte Soldaten.
Die offizielle Einrichtung von außerordentlichen Volksgerichten stützte sich auf das Dekret des Präsidenten der Republik vom 19.06.1945 "über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte". Jedoch noch vor Verkündigung dieses Dekrets waren dem Berichtsmaterial zufolge allein mehr als 1.000 Menschen durch Mißhandlungen bei jenen improvisierten Schauprozessen durch Erschießen und Erhängen getötet worden.
Ein Geschehnis besonderer Art waren die Ausschreitungen in der Stadt Aussig am 31.07.1945, ausgelöst durch die Explosion eines Lagers deutscher Beutemunition in dem dortigen Vorort Schönpriesen, die von den Tschechen als deutsche Sabotageaktion des Werwolfs ausgelegt wurde.
Mit weißen Armbinden gekennzeichnete Deutsche wurden auf den Straßen niedergeschlagen. Als nach Arbeitsschluß die Arbeiter der Firma Schicht AG über die Elbebrücke zu ihren Wohnungen eilten, wurden sie von der aufgehetzten Menge auf der Brücke angegriffen, teils erschlagen oder in die Elbe geworfen. Auch die Frauen und Kinder erlitten dasselbe Schicksal.

Die Angaben über die Anzahl der Opfer sind in den einzelnen Berichten unterschiedlich. Die Schätzungen betragen 700 bis 2.700 Personen.
... Zu den unmenschlichen Handlungen der Revolutionsgarde sowie der "Svoboda-Armee" sind ferner die sog. "wilden Ausweisungen" von Bewohnern ganzer Ortschaften zu rechnen, die ihren Höhepunkt in den Sommermonaten Juni und Juli 1945 erreichten. Die Ausgewiesenen grenznaher Kreise mußten tagelange Fußmärsche unter Mißhandlungen der Bewachungsmannschaft bei spärlichster Verpflegung zurücklegen. Es wird berichtet, daß hierbei Kranke und Erschöpfte erschossen wurden.
Mehr als 20.000 Brünner Deutsche, darunter Greise sowie Mütter mit kleinen Kindern, wurden Ende Mai 1945 zur österreichischen Grenze getrieben. Die Mehrzahl wurde dort von österreichischen Grenzwachen zurückgewiesen und mußte dann Wochen und Monate, teils auf freiem Feld, im grenznahen Pohrlitz unter unmenschlichen Verhältnissen verbringen. Die Zahl der hier Umgekommenen wird auf mehrere Tausende geschätzt.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in der Slowakei (x004/172-174,176): >>Da die Zurückgebliebenen (Slowakei-Deutschen) zumeist fließend die Landessprache beherrschten, versuchten sie mit Hilfe ihrer slowakischen Bekannten und Verwandten unterzutauchen. Auf diese Weise entzogen sie sich der Fahndung nach Deutschen, ein Teil von ihnen wurde aber zusammen mit Slowaken, die sich unter dem zusammengebrochenen Regime exponiert hatten, zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt. ...
Auf Grund ihrer slowakischen Sprachkenntnisse gelang es aber einem erheblichen Teil der Karpatendeutschen, sich als Slowaken auszugeben und sich den gegen die Deutschen ergriffenen Maßnahmen zu entziehen. ...
Wurden die Rückkehrer während des Transportes als Deutsche erkannt, verloren sie durch Raub und Plünderung die gesamte verbliebene Habe, ja sie hatten sogar um Leib und Leben zu fürchten. ... Denn die in der wiedererrichteten Tschechoslowakischen Republik gegen die Deutschen erlassenen Dekrete, Gesetze und Verordnungen galten in der Slowakei, die nun seit der Kaschauer Proklamation ... wieder Bestandteil des tschechoslowakischen Staates geworden war, ebenso wie in den Sudetenländern.
Die Heimkehrer fanden ihre Häuser und Höfe versiegelt, von Slowaken bewohnt oder zum mindesten ausgeplündert. ... Nach der polizeilichen Anmeldung wurden sie ... meist zur Zwangsarbeit herangezogen, mußten ... bei kärglichster Verpflegung und zumeist diffamierender Behandlung, die Schäden ausbessern, die während der Zeit der kurzen Kämpfe und des sowjetischen Einmarsches entstanden waren. ...<<
>>... Der slowakische Bauer entdeckte bald, daß das neue Regime in seinen Praktiken die propagierte Freiheit in keiner Weise verwirklichte und behielt sein natürliches Gefühl für Recht und Unrecht mehr als der radikalisierte Tscheche.
Die Verordnungen als solche blieben wohl in aller Schärfe bestehen. Mit ihnen blieb die offizielle Diffamierung aller Deutschen, aber die private Sphäre, das persönliche Miteinander-Zurechtkommen, war von einem verträglicheren Geist erfüllt. Die kleine Gruppe der fanatischen Deutschenfeinde – Opfer des NS-Regimes, die an den Volksdeutschen Vergeltung üben wollten oder die in der Mehrzahl kommunistisch gesinnten Partisanen – war im öffentlichen Leben nicht mehr allein bestimmend. Willkür und Haßausbrüche wurden Einzelerscheinungen.
Alle diese Erleichterungen, die dem Schicksal der Slowakei-Deutschen viel von seiner Härte genommen haben, änderten allerdings nichts an der Tatsache, daß die Deutschen in der Slowakei Entrechtete waren, die keine legale Möglichkeit hatten, einen normalen, ihrer Ausbildung und ihrer Fähigkeit entsprechenden Arbeitsplatz zu erhalten oder gar Besitz zu erwerben. Sie lebten gleichsam auf Abruf, jederzeit auf eine weitere Verschlechterung ihrer Situation gefaßt, aber immer noch in der Hoffnung, daß sich die Verhältnisse normalisieren und da-

mit bessern würden.
Wer die Ausweglosigkeit der Situation erkannte oder die Unsicherheit dieser aufgezwungenen Lebensführung nicht ertragen konnte, ergriff jede sich bietende Gelegenheit, nach Österreich und von dort weiter nach Westdeutschland zu flüchten. ... Der größte Teil, der zu dieser Zeit in der Slowakei lebenden Deutschen blieb jedoch im Lande, bis auch ihm die anlaufende Ausweisungsaktion keine Wahl mehr ließ.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Zerstörung der Lebensgrundlagen in Ungarn (x008/45E-54E): >>Die unter sowjetischem Protektorat geschaffenen ungarischen politischen Organe – die "Ungarische Nationale Unabhängigkeitsfront", die "Provisorische Nationalversammlung" und die von General Béla Miklós-Dálnoki gebildete "Provisorische Nationalregierung" - nahmen vor allem 2 Aufgabenkomplexe in Angriff:
1. Eine radikale außen- und innenpolitische Schwenkung, also die Distanzierung vom alten ungarischen Regime und vom Bündnis mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich und enge Anlehnung an die Sowjetunion, um für die Friedensverhandlungen und die zukünftige politische Konstellation in Europa eine nicht zu ungünstige Ausgangsposition zu erhalten,
2. eine groß angelegte Bodenreform, um sich durch Verteilung von Besitz an die landarme und landhungrige Bevölkerung innenpolitisch die notwendige Resonanz und Bestätigung zu verschaffen.
Beide Bestrebungen sollten sich bei ihrer Durchführung gerade für das ungarländische Deutschtum verhängnisvoll auswirken. Entscheidend für das weitere Schicksal der Volksdeutschen wurde nämlich die Tatsache, daß man sie in ihrer Gesamtheit nicht mehr als eine rechtlich konstituierte Minderheit behandelte, sondern daß ihnen von dem neuen Regime gerade ihr Minderheitenstatus als Staatsverbrechen angerechnet wurde.
Diese Haltung der ungarischen Regierungsstellen wie auch der neu- oder wiedererstandenen Parteien gegenüber dem ungarländischen Deutschtum kann nicht allein aus der Enttäuschung über den verlorenen Krieg und der verfehlten Spekulation des Zusammengehens mit dem nationalsozialistischem Deutschland erklärt werden, sondern läßt sich auf die Leitsätze der alten ungarischen Nationalstaatspolitik zurückführen, die auch in der neuen Ära noch keineswegs ihre richtungsweisende Kraft verloren hatten, jedenfalls nicht in der Anfangszeit. ...
Der Ruf nach "Sanktionen gegen die deutsche Minderheit" und nach einer "Agrarreform" ließ eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen entstehen, die beide Forderungen in sich vereinigten. Und im Endergebnis zur Auflösung der deutschen Volksgruppe in Ungarn führten.
Sie schlossen 2 Tendenzen ein: eine politische, nämlich die Bestrafung der nationalen Untreue, und eine wirtschaftlich-soziale, nämlich die Bodenbeschaffung für Neusiedler, z.T. auch aus dem Kreise der von den Nachbarstaaten Ungarns ausgewiesenen madjarischen Volkszugehörigen. Die Enteignung des volksdeutschen Grundbesitzes wurde damit zum Kernproblem.
Es handelte sich im wesentlichen um 3 Verordnungskomplexe, in der diese Politik ihre gesetzmäßige Verankerung fand:
1. Die Grundverordnung vom 15. März 1945 mit der die schon vollzogene oder noch zu vollziehende Enteignung volksdeutschen Besitzes legalisiert wurde;
2. die Regierungsverordnung 3.820/1945 M. E. zur Überprüfung der nationalen Treue, in der die Volksdeutschen in Verfehlungsgruppen eingeteilt wurden und neben der Enteignung eine besondere Bestrafung je nach der Schwere des nationalen Verrates - Internierung, Zwangsarbeit und Umsiedlung innerhalb des Staatsgebietes - zugemessen erhielten.
Mit dieser Verordnung sollte die deutsche Volksgruppe, wie sie im Wiener Abkommen von 1940 rechtlich verankert war, nicht nur aufgelöst, sondern als eine Art verbrecherische Organisation bloßgestellt und unschädlich gemacht werden.

3. Die Ausweisungsverordnung, veröffentlicht am 22.12.1945, die formal noch über die aufgestellten Kategorien hinausgeht und sogar die Personen miteinbezieht, die 1941 Deutsch als Muttersprache angegeben hatten. Hier werden also ganz eindeutig nicht mehr einzelne deutsche Organisationen oder Gruppen, sondern das gesamte Deutschtum, d.h. jeder einzelne Deutsche, der sich zu seiner Muttersprache bekannt hatte, betroffen. ...

Die folgenden, speziell das Deutschtum in Ungarn betreffenden Gesetze schränkten die vagen und allgemein gefaßten Bestimmungen zur Bodenreform nicht ein, sondern zielten im Gegenteil auf eine gesetzmäßig unterbaute und ganz systematisch durchgeführte weitere Diffamierung und Entrechtung der Volksdeutschen.

Da diese späteren Gesetze eine Enteignung miteinschlossen, ja, wie es bei den Ausweisungsbestimmungen deutlich wird, vorzugsweise zum Zwecke eben der Enteignung geschaffen worden waren, trat die Bodenreform als selbständige Maßnahme in der späteren Zeit kaum noch in Erscheinung. Die Enteignung erschien dann 1946-1948 als zwangsläufige Folge der Kategorisierung - verbunden mit Internierung oder Umsiedlung - und schließlich der Ausweisung.

Am 30.06.1945 wurde eine Regierungsverordnung erlassen, unterzeichnet von dem Ministerpräsidenten Béla Miklós, die 4 Jahre lang grundlegend für die Behandlung des ungarländischen Deutschtums geblieben ist. Sie bestimmte kurz zusammengefaßt folgendes:

Es werden Kreiskommissionen gebildet, bestehend aus einem Juristen als Vorsitzenden, einem ortsansässigen demokratisch eingestellten Ungarn und einem Widerstandskämpfer (§ 2), die alle Personen der einzelnen Gemeinden auf ihre nationale Treue hin zu überprüfen (§ 3) und dabei festzustellen haben, ob die überprüften Personen

1. eine führende Rolle in einer Hitlerischen Organisation gespielt haben, was auch ohne weiteres gegeben ist, wenn es sich um den freiwilligen Beitritt zu einer SS-Formation handelte,
2. Mitglied einer Hitlerischen Organisation waren, ein Tatbestand, dem die Wiederannahme eines deutschklingenden Namens gleichzustellen ist,
3. als Förderer eine Hitlerische Organisation unterstützt haben,
4. weder Führer noch Mitglied oder Förderer waren (§ 4).

Führer, Mitglieder und Förderer der Hitlerjugend sollen in gleicher Weise eingestuft werden, wenn sie zur Zeit ihrer Tätigkeit 16 Jahre alt waren (§ 5). Die Personen der Gruppe 1 werden neben den aus der Bodenreform resultierenden Nachteilen an einem bestimmten Ort polizeilich in Gewahrsam genommen (interniert). Ihre Familien Angehörigen sind nach dem Ort der Internierung umzusiedeln, bis dahin wohnungsmäßig zusammenzuziehen. Sie dürfen pro Person 200 kg bewegliche Habe mit sich nehmen (§ 7). ...

Personen, die bisher keiner der 3 ersten Kategorien angehören, jedoch von ihrer nationalen Treue und ihrem demokratischen Empfinden kein Zeugnis abgelegt haben, sind notfalls auch verpflichtet, Umsiedler oder wohnungsmäßig zusammengefaßte Personen aufzunehmen (§ 13). ...

Während die zeitlich früher liegenden Anordnungen zur Bodenreform im Grunde nur die Aufgabe hatten, den volksdeutschen Grundbesitz zur Beschlagnahmung freizustellen und sich dabei bemühten, mit umfassenden Sammelbegriffen (Faschisten, Vaterlandsverräter, Kriegsverbrecher) den Kreis der Enteigneten zunächst einmal möglichst weit zu ziehen, beschäftigte sich die Kategorisierungsverordnung mit der gesetzlichen Begründung und Klassifizierung der Sühnemaßnahmen für Untreue gegenüber dem ungarischen Staat.

Da sie sich nicht allein auf die Pfeilkreuzler - die ja auch als faschistische, deutschfeindliche Gruppe galten - sondern auch ausdrücklich auf die deutsche Minderheit bezieht, kann sie auch ihrer Form nach als deutschfeindliches Gesetz angesprochen werden.

Sie stellte - auf eine kurze Formel gebracht - die Gegenaktion zum Wiener Abkommen vom Jahre 1940 dar. Mit der Überprüfung der nationalen Treue wurde die im Wiener Abkommen

begründete Sonderstellung der deutschen Volksgruppe einfach in Negation verkehrt. Die Vorrechte, die man ihr gewährt hatte, sollten jetzt als politisches Verbrechen geahndet werden.
Dieses wurde äußerlich durch die formale Aufteilung des gesamten ungarländischen Deutschtums in einzelne Verfehlungsgruppen und der geforderten Einstufung jedes einzelnen Volksdeutschen in eine dieser Kategorien verdeckt. Dadurch wirkt die Gesamtaktion zunächst nicht als eine Maßnahme gegen das Deutschtum als Kollektiv, sondern als ein Schema zur Erfassung und Bestrafung von Vergehen Einzelner.
Tatsächlich aber wurde im Rahmen der Überprüfung der nationalen Zuverlässigkeit und der festgelegten Sühnemaßnahmen nicht individuelles Verschulden erfaßt, sondern das Verhalten aller Volksdeutschen, soweit sie sich als solche bekannt hatten, als landesverräterisch gebrandmarkt.
... Die Bestrafung der Funktionäre, Mitglieder und Förderer des Volksbundes als "faschistische Organisation" hielt sich nach dem Wortlaut der Gesetze noch im Rahmen der Maßnahmen gegen den Faschismus. Wenn aber ausnahmslos alle ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS den führenden Funktionären des Volksbundes gleichgestellt wurden - und dies geschah praktisch, denn die Freiwilligkeit wurde bei der Einstufung einfach unterstellt, obgleich durchaus bekannt war, daß der größte Teil der SS-Angehörigen mit Hilfe der ungarischen Militärdienststellen zwangsweise eingezogen worden war - so verschob sich damit der Schwerpunkt auf das Feld des Nationalitätenkampfes.
Noch deutlicher zeigt sich diese Tendenz bei der Einstufung der zweiten Verfehlungsgruppe. Wer seinen ursprünglich deutschen, dann madjarisierten Namen unter Berufung auf das Wiener Abkommen wieder aufnahm - ein beispielhafter Fall von Untreue - wurde wie ein Volksbundmitglied eingestuft, also nicht nur enteignet, sondern auch zur Zwangsarbeit eingezogen.
Die Verordnung verfolgte also nicht den Zweck, einzelne wirkliche oder vermeintliche Vergehen gegen den ungarischen Staat zu sühnen; das war vielmehr die Aufgabe der überall eingerichteten Volksgerichte, deren Verfahren selbständig liefen und die ihre Kompetenzen so weit steckten, daß sie nicht nur die Mitarbeit im Volksbund oder Zugehörigkeit zur Waffen-SS mit Gefängnisstrafen von 3-5 Jahren belegten, sondern sogar bei Abwesenheit der zur SS Eingezogenen deren Angehörige verurteilten. Bestimmend für die Kategorisierung war vielmehr das bestreben, das Deutschtum en bloc
1. durch Internierung der politischen Führungsschicht oder auch nur der politisch interessierten Schicht, jede Möglichkeit einer neuen Konstituierung zu nehmen,
2. durch Enteignung die Lebensgrundlagen des selbständigen volksdeutschen Bauern- und Handwerkerstandes zu zerstören,
3. durch Binnenumsiedlung die Minderheit auch in ihrer Siedlungsgemeinschaft aufzulösen.
...
Dazu kommt noch etwas Weiteres. In dem bisher noch nicht zitierten Einführungsparagraphen der Verordnung wird erklärt, daß die nach Ungarn hereinströmenden Flüchtlinge auf dem Besitz der national Untreuen angesiedelt werden sollen. Daraus ist ersichtlich, daß die Kategorisierungsbestimmungen neben ihrer politischen Tendenz volkswirtschaftlich gesehen die Möglichkeit geben sollten, Land für die nach Ungarn einströmenden Flüchtlinge zu beschaffen. Damit sollten sie über die innerungarische Bodenreform hinaus noch einem zusätzlichen wirtschaftlichen Zwecke dienen.
... Bestimmend für die Behandlung der volksdeutschen war darüber hinaus mehr die persönliche Einstellung der einzelnen größeren oder kleineren Machthaber.
Diese wollten nun, sei es als ehemalige Verfolgte der nationalsozialistischen Politik, sei es als nationalistisch eingestellte Madjaren, für das erlittene echte oder vermeintliche Unrecht an den Deutschen des Landes Vergeltung üben oder versuchten als Angehörige der landlosen oder landarmen Bevölkerung, die meist kommunistisch eingestellt war, sich an dem volks-

deutschen Besitz zu bereichern. Nicht zuletzt glaubten auch die asozialen Elemente, die in der Zeit des Umbruchs nach oben gespült wurden und in einzelnen Gemeinden in die Polizei oder die örtlichen Verwaltungsbehörden eingedrungen waren, die Volksdeutschen terrorisieren zu können.
Diese selbst konnten sich aus ihren eigenen Erlebnissen die inneren Zusammenhänge nicht oder nur unvollkommen erklären und hofften von Monat zu Monat auf eine Normalisierung, d.h. auf eine Besserung der Verhältnisse. Die Ausweisung nach Deutschland als letzte Phase, die schon im Januar 1946 begann und bis 1948 dauerte, setzte dann oft frühzeitig einen meist unvorhergesehenen Schlußpunkt unter solche Hoffnungen.
... Schon auf Grund der Bodenreformgesetze war es theoretisch möglich, das gesamte in Ungarn verbliebene Deutschtum zu enteignen, durch Umsiedlungen aufzuspalten und zu zerstreuen. ...
Da nicht genügend Anspruchsberechtigte - landwirtschaftliches Gesinde, Landarbeiter und Kleinbauern - in den einzelnen Orten vorhanden waren oder die Neubauern einen Betrieb nicht fachgemäß leiten konnten, eine Enteignung ohne sofortige Neubesetzung aber volkswirtschaftlich unrentabel gewesen wäre, blieb es auch nach Verkündung der Bodenreform - die hauptsächlich als Stimmenfang für die Parteien des neuen Regimes gedacht war - noch weitgehend beim alten.
Die von den Evakuierten zurückgelassenen Höfe genügten in vielen Fällen schon, um einen Teil der landhungrigen Bevölkerung zu befriedigen, so daß in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch fast nur Volksbundmitglieder von Haus und Hof vertrieben wurden. Es kam aber schon in dieser ersten Enteignungsphase vor, daß politisch unbelastete Volksdeutsche ihr Eigentum verloren, wenn es sich um ein Besitztum handelte, das besonders reich oder gut bewirtschaftet in die Augen stach. ...
Die enteigneten Bauern konnten in der Regel weiterhin eine Stube ihres Hauses, die Knechtskammer, in Ausnahmefällen auch nur die Waschküche oder einen Abstellwinkel bewohnen und arbeiteten auf ihrem eigenen Besitz als Landarbeiter. Andere wurden ganz von ihrem Hof vertrieben ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in Jugoslawien (x006/98E,102E-107E): >>Die Grundlagen der Deutschenpolitik der Partisanen scheinen bereits seit den Beschlüssen des "Antifaschistischen Rates vom 21.11.1944 festgelegt gewesen zu sein. Ihr Ziel war die Aberkennung der Bürgerrechte und die gewaltsame Enteignung der Deutschen, ihre Degradierung zu besitzlosen und unerwünschten Bürgern. ...<<
>>... Der "Antifaschistische Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens" (AVNOJ), der als provisorische Volksvertretung fungierte, ... (faßte) auf seiner Sitzung vom 21.11.1944 in Belgrad den "Beschluß über den Übergang von Feindvermögen in Staatseigentum".
Mit dem Inkrafttreten dieses Beschlusses am gleichen Tage wurde "sämtliches Vermögen von Personen deutscher Volkszugehörigkeit, außer dem Vermögen derjenigen Deutschen, die in den Reihen der Nationalen Befreiungsarmee und der Partisaneneinheiten Jugoslawiens gekämpft haben oder die Staatsangehörige neutraler Staaten sind, die sich während der Okkupation nicht feindlich verhalten haben" (Art. I, 2), konfisziert, wobei der Eigentumsbegriff des Beschlusses schlechthin allen materiellen Besitz samt allen Rechten und Ansprüchen auf Entgelt einschloß (Art. III).
Das Vermögen von Flüchtlingen wurde der "Staatsverwaltung für Volksgut unterstellt" (Art. II). Diese Blankovollmacht zur vollständigen Enteignung aller evakuierten, geflohenen und fast aller daheim gebliebenen Jugoslawiendeutschen gab den Partisanenausschüssen bis zur Aufhebung der Militärverwaltung im Februar 1945, anschließend den staatlichen Behörden, jede Möglichkeit deutsches Eigentum gleich welcher Art, vornehmlich natürlich den reichen

Landbesitz, zu beschlagnahmen und entschädigungslos zum jugoslawischen Staatsbesitz zu erklären. ...
Das jugoslawische Gesetz vom 31.7.1946 über den "Übergang von Feindvermögen in das Eigentum des Staates" bestätigte noch einmal die Konfiskation alles Besitzes von Deutschen ohne Rücksicht auf deren Staatsangehörigkeit (Art. I, 2), d.h. ausgenommen wurden nur 5 genauer spezifizierte Personengruppen ...
Die Jugoslawiendeutschen wurden jedoch nicht nur enteignet. Durch den AVNOJ-Beschluß vom 21.11.1944 wurden sie auch pauschal zu "Volksfeinden" erklärt und zwar im "außergerichtlichen Verfahren", das hauptsächlich wegen der Konfiskation des Vermögens der Volksfeinde eingeführt wurde.
Damit war die Entziehung der bürgerlichen Rechte verbunden, die im extremsten Sinn außer der Enteignung auch den Verlust der persönlichen Freiheit, d.h. die Internierung zur Folge hatte und oft auch von Volksdeutschen und unteren Partisanenführern als Entziehung der Staatsangehörigkeit mißverstanden wurde. Eine Kollektivausbürgerung wie in anderen Vertreibungsländern ist jedoch in Jugoslawien nicht erfolgt ...
Im neuen Staatsangehörigkeitsgesetz vom 23.8.1945 wurden die Volksdeutschen nicht vom Besitz der jugoslawischen Staatsangehörigkeit ausgeschlossen. ...
... Das Staatsangehörigkeitsgesetz verlangte die Feststellung der Länderstaatsangehörigkeit am Stichtag des 28.8.1945. ... Für Volksdeutsche war die Eintragung in das Staatsangehörigkeitsregister solange ausgeschlossen, wie ihnen die bürgerlichen Rechte entzogen und sie ohne ständigen Wohnsitz waren.
Erst die Entlassung aus den Internierungslagern, aus der Kriegsgefangenschaft oder Haft mit der Erklärung "zu freien Bürgern der FVR Jugoslawien" ermöglichte und erforderte die Anmeldung zur Registrierung in der Staatsangehörigkeitskartei. ...
... Wenn man sich ... vor Augen hält, daß sich die Jugoslawiendeutschen seit dem Frühjahr 1945 geschlossen in Lagern befanden, wo es für sie um das bare Überleben ging, dann erscheint auch das Gesetz vom 25.8.1945 über "Straftaten gegen Volk und Staat" allenfalls als formalistische Abrundung der antideutschen Gesetzgebung. ... Gemäß diesem Gesetz (konnten) rückwirkend alle möglichen Handlungen von Volksdeutschen als den Interessen des jugoslawischen Staates oder seiner Völker zuwider klassifiziert werden.
Ganz gleich, ob sie vor oder nach der Kapitulation vom April 1941 verübt worden waren, der Katalog der aufgezählten Vergehen erschien reichhaltig genug, um die Verhandlungen vor einem Volksgericht auf der Ebene der Bezirks- oder des obersten Republikgerichts zu rechtfertigen.
Dadurch wurden neue Möglichkeiten zur politischen Bestrafung geschaffen, die auch dazu gedient haben, in zahlreichen Prozessen gegen Deutsche hohe Strafen zu verhängen. Für den tiefsten Einschnitt in die Rechte der Volksdeutschen: für ihre Internierung und Unterwerfung unter Zwangsarbeit hat es überhaupt keine gesetzlichen Grundlagen gegeben, als "Volksfeinde" sahen sie sich vielmehr "im außergerichtlichen Verfahren" jahrelang dieser Willkürbehandlung ausgesetzt. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Zerstörung der Lebensgrundlagen in Rumänien (x007/84E-85E): >>Die Politik der rumänischen Kommunisten war in den ersten Jahren nach dem Kriege offen gegen die Volksdeutschen gerichtet. ...
Das im März 1945 erlassene Bodenreform-Dekret richtete sich in erster Linie gegen die ehemaligen Angehörigen der "Deutschen Volksgruppe", damit aber praktisch gegen die Volksdeutschen allgemein, da sie ja durch das Volksgruppengesetz von 1940 automatisch zu Mitgliedern der Volksgruppe erklärt worden waren.

Noch das am 14. Juli 1946 verkündete Wahlgesetz schloß neben Kollaborateuren, Kriegsverbrechern und an der Katastrophe des Landes Schuldigen auch alle Mitglieder der ehemaligen Deutschen Volksgruppe vom Wahlrecht aus.
Schlimmer noch als die gesetzliche Diskriminierung war die praktische Rechtlosigkeit der Volksdeutschen. Kommunistische Haßpropaganda führte zu örtlichen Ausschreitungen, gegen die vielfach auch wohlwollende Beamte machtlos waren. Willkürliche Beschlagnahmen von Wohnungen, Häusern und sonstigem deutschen Eigentum, Haussuchungen und Verhaftungen blieben auch weiterhin an der Tagesordnung ...
Für die Volksdeutschen in den zur Deportation herangezogenen Altersklassen bestand, soweit sie der Verschleppung im Januar 1945 entgangen waren, eine amtlich verfügte Arbeitspflicht, in deren Rahmen sie im Lande, z.T. in den Bergwerken von Petroseni und Anina, z.T. zu gelegentlichen Straßen- und Aufräumungsarbeiten, eingesetzt wurden.<<

Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Internierungslager in Ost-Mitteleuropa

Nach Abschluß der militärischen Aktionen inhaftierte man alle "verdächtigen Deutschen" vorübergehend in Zuchthäusern und Gefängnissen oder transportierte sie nach der "Entnazifizierung" in hoffnungslos überfüllte Internierungs- bzw. Zwangsarbeitslager (z.T. handelte es sich um ehemalige NS-Konzentrationslager). Hunderttausende von Unschuldigen fielen planmäßigen Massenverhaftungen zum Opfer.
Die Internierungslager in Ost-Mitteleuropa waren nicht selten regelrechte Seuchenhöllen, Hungerquartiere und Sterbelager, so daß die Deutschen "wie die Fliegen" starben. In den Internierungslagern gab es mehrheitlich nur Hungerrationen, weil große Teile der Lebensmittellieferungen von den Lagerleitungen oder dem Wachpersonal unterschlagen wurden.
Willkürliche Übergriffe waren an der Tagesordnung. Angst, Hunger und Not bestimmten die Haftzeit der deutschen Internierten. Verstöße gegen die Lagerordnung wurden vielerorts mit Prügelstrafen oder Bunkerhaft geahndet. Während der Bunkerhaft mußten die Häftlinge meistens auf dem blanken Betonboden zubringen und erhielten häufig tagelang kein Wasser und keine Verpflegung.
Ständige Mißhandlungen, mangelhafte Unterkünfte, ungenügende Verpflegung und große Epidemien forderten ungezählte Opfer. Aufgrund der katastrophalen hygienischen Zustände und unzureichenden Ernährung brachen in den Lagern verheerende Seuchen und Ungezieferplagen aus. Eine ausreichende medizinische Betreuung existierte nur sehr selten. Während der Sommermonate wurden die hilflosen Menschen von Flöhen, Wanzen, Läusen und anderem Ungeziefer bis aufs Blut gequält. Obwohl Ärzte unter den Inhaftierten waren, konnten sie nicht helfen, denn im allgemeinen gab es weder Medikamente noch Verbandsmaterial. In vielen Zellen lagen Kranke, Sterbende und Tote.
Im Jahre 1945 kamen z.B. im sowjetischen Deportationslager Preußisch Eylau mindestens 6.000-7.000 (ca. 50 %) der deutschen Gefangenen durch Hungertyphus und Krankheiten um (x010/33). Im sowjetischen Zentralgefängnis Graudenz erlagen sogar etwa 5.000, der rd. 8.000 Inhaftierten, den Ruhr- und Flecktyphusepidemien (x010/34).
Im Winter litten die abgemagerten Lagerinsassen unter der großen Kälte. Da die inhaftierten Deutschen durch den ständigen Hunger geschwächt waren und kaum Winterkleidung oder Heizmaterial besaßen, starben in den Wintermonaten ungezählte Inhaftierte.
Obgleich die deutschen Häftlinge völlig unzureichend ernährt wurden, mußten sie täglich schwere Zwangsarbeiten verrichten. In den Lagern fanden gewöhnlich regelrechte Sklavenmärkte statt. Der Andrang war sehr groß, denn man konnte die deutschen Arbeitssklaven für geringe Geldbeträge ausleihen.
Wer Hunger, Krankheit, Kälte und sonstige Strapazen überlebte, kämpfte täglich verzweifelt, um die schwere Zwangsarbeit oder den harten Lageralltag zu überstehen. In den Zwangsarbeitslagern (Polen und Ostdeutschland = 1.255 Lager, Tschechoslowakei = 846 Arbeits- und

Straflager, Jugoslawien = ca. 1.500 Lager und Gefängnisse) wurden häufig die berüchtigten NS-Methoden imitiert. Manche Juden, die nach ihrer Befreiung wieder im KZ Theresienstadt inhaftiert wurden, berichteten, daß die Essenrationen im Juli 1945 um 50 % niedriger waren als während der NS-Haft im Dezember 1944.
Durch die jahrelange Unterernährung und die unmenschlichen Haftstrapazen wurden Tausende von Reichs- und Volksdeutschen nicht nur physisch, sondern auch psychisch ruiniert.
Bis zur gewaltsamen Vertreibung mußten die verfolgten Deutschen unfaßbare Racheakte und Gewalttaten über sich ergehen lassen. Diese monatelange, vielfach sogar jahrelange Schrekkenszeit, in der die rechtlosen Sklaven unglaubliche Schikanen, schwerste Mißhandlungen, Lagergreuel, harte Zwangsarbeit, Hunger, Krankheiten, Not und hoffnungslose Verelendung überstehen mußten, zerbrach auch den härtesten Willen der Menschen. Zum Schluß waren die Ost- und Volksdeutschen sogar froh, als man sie bettelarm aus ihrer Heimat jagte.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Zwangsarbeit" (x051/660): >>Zwangsarbeit, nach der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) von 1930 "jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendeiner Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat".
Im Zweiten Weltkrieg konnte die deutsche Rüstungsindustrie ihre erstaunlichen Leistungen nur durch einen hohen Anteil von Zwangsarbeit erbringen, die v.a. von Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen geleistet wurde. Zwangsarbeit der deutschen Kriegsgefangenen wurde im und nach dem Krieg in der Sowjetunion und in geringem Maßstab auch in Frankreich, Belgien u.a. als Reparationsleistung und Wiedergutmachung gefordert.
In der Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen von 1948 wurde Zwangsarbeit geächtet, das Grundgesetz untersagt sie in Artikel 12.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Zwangsarbeit sowie Internierungslager in Polen (x001/131E-135E): >>Der Arbeitseinsatz der Deutschen in Polen begann schon unmittelbar nach der Besetzung mit Schanz- und Aufräumungsarbeiten im rückwärtigen Frontgebiet. Deutsche Frauen mußten, rohen Schikanen der polnischen Miliz ausgesetzt, von russischen Soldaten belästigt und vergewaltigt, bei völlig unzureichender Verpflegung Leichen bergen, Tierkadaver begraben, Munition und Kriegsgerät fortschaffen, Straßen und Wege freilegen und Häuser säubern. Später begann ein systematischer Einsatz in der Landwirtschaft und Industrie.
Um die große Zahl der dem Arbeitszwang unterliegenden Menschen erfassen und planvoll einsetzen zu können, wurde ein Netz von Arbeitslagern über das ganze Land gelegt. Zunächst dienten als solche die z.T. bereits im Zuge der Enteignungsaktion eingerichteten Internierungslager. Im Verlauf der Jahre 1945/46 reduzierte man ihre Zahl und faßte schließlich alle im polnischen Staatsgebiet internierten Deutschen in den großen Zentralarbeitslagern Potulice bei Bromberg, Gronowo bei Lissa und Sikawa bei Lodz zusammen, die erst in den Jahren 1949 und 1950 von der polnischen Regierung aufgelöst worden sind.
In diese Lager sind im Laufe der Zeit so gut wie alle Deutschen in Polen eingewiesen worden, relativ spät die deutschen Bewohner der größeren Städte, z.B. von Posen, Bromberg, Lodz, die aus ihren Wohnungen gewiesen vorher oft lange Zeit in Ruinen und Kellerlöchern gehaust hatten.
In den Zentrallagern wurden sie alle registriert und auch diejenigen als Lagerangehörige geführt, die seit ihrer Enteignung in landwirtschaftlichen Betrieben und Wirtschaftsunternehmen arbeiteten. Kranke und Arbeitsunfähige wurden ständig in den Lagern gehalten, und dorthin mußten auch die Arbeitsfähigen zu ihrer weiteren Verwendung zurückkehren, sobald sie ihren bisherigen Arbeitseinsatz beendet hatten. - Bei der Unterbringung in den "Stammlagern" und der Verschickung zum Arbeitseinsatz wurden die Familienangehörigen rücksichtslos auseinandergerissen.

Von den Lagern aus gingen verschiedene Transporte mit internierten deutschen Zwangsarbeitern nach dem oberschlesischen Industriegebiet, andere nach Warschau zu Aufräumungsarbeiten. Die Mehrzahl der Lagerinsassen wurde jedoch gruppenweise oder einzeln zur Landarbeit auf staatliche Güter oder private Höfe verteilt.
Um aus den Deutschen einen möglichst hohen Gewinn herauszuschlagen, ging man schon bald dazu über, von jedem, der deutsche Arbeitskräfte benutzte, einen Mietpreis zu fordern, wodurch die Sammellager zu einer Art von Sklavenmärkten wurden, auf denen man deutsche Arbeitskräfte anbot und verkaufte. Polnische Bauern und Unternehmer suchten sich die ihnen geeignet erscheinenden Männer und Frauen heraus, wobei der Mietpreis etwa ein Zehntel dessen betrug, was normalerweise der Lohn eines polnischen Arbeiters war.
Es war kein Wunder, daß der Wunsch, deutsche Arbeitskräfte zu bekommen, sehr groß war und daß die Deutschen mitunter zum Objekt von Schachergeschäften wurden, an denen sich vor allem mancher polnische Lagerleiter bereicherte. Die billige Arbeitskraft der internierten Deutschen wurde schließlich der Grund, daß man die Ausweisung, die für alle Deutschen im Dekret vom 13. September 1946 beschlossen worden war, sehr ungern sah, und sie zu verzögern trachtete.
Diese plötzliche Wertschätzung der Deutschen auf Grund ihrer Billigkeit und ihrer Arbeitskraft steigerte indessen nur die Erniedrigung, in die die deutsche Bevölkerung hinabgestoßen war, und trug kaum etwas bei, ihre Lage zu verbessern. Wehrlos mußten sie sich schwerste Arbeitsleistungen abzwingen lassen und lebten in dürftigen Unterkünften bei schlechter Verpflegung, ohne Löhnung und ärztliche Betreuung, oft auch von Ungeziefer und Krankheiten befallen oder Verhöhnungen und Schikanen ausgesetzt, ein Sklavendasein, das sie seelisch zermürbte und abstumpfte, die Gesundheit ruinierte und vielen das Leben kostete.
Dennoch bewarb sich die internierte deutsche Bevölkerung um den Arbeitseinsatz, vor allem in der Landwirtschaft. ... Er brachte die Möglichkeit, den Quälereien im Lager auszuweichen und sich zusätzliche Nahrungsmittel zu verschaffen. ...
Demgegenüber erschien das Leben der Alten, Kranken und Kinder geradezu hoffnungslos, die - als Arbeitskräfte verschmäht - Jahr um Jahr in den Internierungslagern verbringen mußten. Ihr Leiden überschritt alles Maß. Sie konnten den quälenden Schikanen und der oft sadistischen Grausamkeit der Bewachungsmannschaften nicht entrinnen. Sie mußten sich mit der unzureichenden Lagerverpflegung begnügen, die durch Unterschlagungen der Bewachungsmannschaften häufig noch verringert wurde.
Durch totale Entkräftung hilflos geworden, ohne Medikamente, von Ungeziefer geplagt, ohne Möglichkeit, auch nur die primitivsten Bedürfnisse der Körperpflege zu befriedigen, siechten sie dahin. Deutsches Pflegepersonal stand diesem Elend in Ermangelung jeglicher Hilfsmittel machtlos gegenüber.
Typhusepidemien grassierten vor allem im Sommer und Herbst 1945 in vielen Lagern und rafften zahllose Insassen dahin. Planmäßiges Erschießen von Alten und hilflosen Kranken, wie es beispielsweise im Lager Kaltwasser geschah, Gewalttaten und Mißhandlungen der Wachmannschaften, oft geleitet von dem Bestreben, Behandlungsmethoden nationalsozialistischer Konzentrationslager zu imitieren, erhöhten die Zahl der Todesopfer. Allein im Altersheim des Lagers Potulice starb in den Jahren 1947 bis 1949 die Hälfte aller Eingelieferten.
Wie hoch die Zahl derjenigen ist, die in der Zeit von 1945-1950 in den polnischen Internierungslagern gestorben sind, wird sich wohl nie mehr feststellen lassen. Die Zahl der Verstorbenen, wo sie überhaupt registriert wurde, ist von den Lagerleitungen möglichst geheim gehalten worden.
Massengräber wurden zum Teil eingeebnet, bepflanzt und als Grabstätten unkenntlich gemacht. Niemand durfte Gräber mit namentlich gezeichneten Holzkreuzen versehen.
Katastrophal wirkte sich die Internierung auf die deutschen Kinder aus, zumal als man im

Sommer 1945 dazu überging, sie rigoros von ihren Müttern zu trennen, um deren Arbeitskraft voll ausnutzen zu können. Fast alle Säuglinge starben, größere Kinder lebten in Gemeinschaftsbaracken, getrennt von ihren Eltern und sich selbst überlassen. Ihre Ernährung besserte sich in späteren Jahren dank der Hilfsaktion des Internationalen Roten Kreuzes, obwohl ihre Verwahrlosung dadurch nicht aufgehalten werden konnte.
Die polnische Regierung betrachtete die von ihren Eltern getrennten deutschen Kinder als Staatseigentum und war bestrebt, sie zu polonisieren. Sie veranlaßte ihren Transport in Kinderheime, wo viele infolge der zeitweiligen Überfüllung verhungerten, oder gab sie in polnische Familien. Jeglicher Briefwechsel mit den Eltern war untersagt, und nur illegal gelang es manchen der verzweifelten Mütter, mit ihren Kindern in Verbindung zu bleiben.
Einer größeren Zahl von ihnen ist es gelungen, im Laufe der nächsten Jahre ihre entfremdeten, häufig nur noch polnisch sprechenden Kinder zurückzubekommen. Viele dagegen wurden schließlich ausgewiesen, ohne ihre Kinder je wieder zu Gesicht bekommen zu haben. Anderen wiederum verweigerten polnische Familien die Rückgabe der ihnen übergebenen Kinder. Es gab Fälle, wo eine Kostenvergütung zur Bedingung gemacht wurde, die von den zwangsweise und unbezahlt arbeitenden Müttern nicht aufgebracht werden konnte. Auch diese mußten die Heimat ohne ihre Kinder verlassen, falls sich nicht mitempfindende Polen fanden, die ihnen das Geld gaben. ...
Am unerträglichsten waren die Lebensverhältnisse der Volksdeutschen in den Jahren 1945/46, erst in den folgenden Jahren besserten sie sich. Zumindest in der breiten Masse des polnischen Volkes waren Haß- und Rachegefühle abgeklungen. Der Widerwille gegen das kommunistische Regime im eigenen Lande und die Abhängigkeit von der Sowjetunion bestimmte jetzt die Empfindungen vieler Polen und nahm der Feindschaft gegenüber den Deutschen einiges an Schärfe.
Aber das Leben der deutschen Bevölkerung war inzwischen hoffnungslos verelendet, das Dasein unter den drückenden Anforderungen der Zwangsarbeit und dem Mangel jeglicher Freizügigkeit in den Internierungslagern noch 1949 so quälend und entmutigend, daß sie nach dem Verlust von Heimat und Besitz nur noch die Ausweisung als Erlösung aus furchtbarer menschlicher Not erhoffen konnte.<<
Das Bundesarchiv Koblenz berichtet im Jahre 1974 über die Internierungslager und Mißhandlungen in Polen und in den polnisch verwalteten deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x010/36-38): >> ... Von der ... Gesamtzahl der Gefängnisse und Lager waren 119 Gefängnisse und 681 Lager in den Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße gelegen, von denen das größte und berüchtigste Lamsdorf in Oberschlesien gewesen ist ...
Nicht möglich ist es aber, auch nur annähernd zu einer Schätzung der Anzahl der Personen zu gelangen, deren Tod auf Ausschreitungen in Gefängnissen und Lagern zurückzuführen ist. Sehr unterschiedlich sind aber auch die Todesquoten über die einzelnen Lager. Sie differieren z.T. zwischen 20 und 50 % der Insassen, die zwar vorwiegend als Folge von Seuchen und Krankheiten, verursacht durch unzureichende Ernährung (Hungertyphus), unhygienische Zustände zu verzeichnen waren, die aber auch in nicht unerheblicher Anzahl Todesopfer durch Mißhandlungen und Erschießungen umfaßten.
Im Lager Lamsdorf kamen z.B. 6.084 der Insassen um. Unter anderem wird berichtet, daß alte, nicht mehr arbeitsfähige Menschen, die sich unter den Internierten befanden, nicht allein durch Aushungern, sondern auch durch Erschießung beseitigt wurden. Über die Anzahl der Kinder, die längere oder kürzere Zeit in Lagern waren, liegen für die Lager Lamsdorf und Potulice genauere Angaben vor. Insgesamt sollen hiernach in jedem dieser Lager 800 Kinder gewesen sein, davon auch Säuglinge, deren Anzahl in Potulice zwischen 30 und 50 wechselte. In einem kurzen Zeitabschnitt blieben von 50 Säuglingen in Potulice nur 2 am Leben.
Zu den in Verbindung mit dem Lagergeschehen dargestellten Unmenschlichkeiten gehört auch

die Verbringung von Kindern der Internierten, ohne daß die Eltern verständigt wurden, wodurch eine große Anzahl von Kindern für die Eltern verschollen blieb.
... Die unmittelbar nach der Eroberung Zentral- und Westpolens durch die Rote Armee hier eingesetzte polnische Miliz beteiligte sich in den dortigen deutschen Siedlungsgebieten an der Erschießung von Deutschen durch sowjetische militärische Einheiten und setzte sie fort, wie dieses besonders in dem Berichtsmaterial über zentralpolnische Gebiete zum Ausdruck kommt.
In den Reichsgebieten waren es zunächst polnische Partisanengruppen, die in Gemeinden einzelne Personen erschossen. Mißhandlungen wurden Personen vielfach bei Durchsuchungen ihrer Wohnungen durch die Miliz oder in den sog. "Prügelstuben" der Gemeindemiliz oder bei Ausplünderungen durch polnische Zivilisten ausgesetzt.
Besonders schwere Mißhandlungen, auch mit Todesfolge, mußten Bewohner der Gemeinden erleiden, in deren Nähe Massengräber von KZ-Insassen, von russischen Kriegsgefangenen oder Ostarbeitern aufgefunden wurden. Die Bewohner der Gemeinden wurden gezwungen, die Gräber aufzugraben und die Leichen zu exhumieren, was unter Stock- und Peitschenhieben der Miliz, die hierzu von der umstehenden Menge angefeuert wurde, geschah.
In Niederschlesien wurden Bewohner einzelner Gemeinden gezwungen, diese zu verlassen und zwei bis drei Tage geschlossen auf einen sog. "Elends- oder Adolf-Hitler-Marsch" unter Bewachung von Miliz geschickt. Menschen, die den Anstrengungen nicht gewachsen waren, wurden dabei mißhandelt sowie auch getötet. Bei der Rückkehr in Gemeinden waren die Wohnungen ausgeplündert.
Zu Mißhandlungen und Erschießungen kam es ferner in den Gemeinden bei der Austreibung der Bevölkerung insbesondere zu Beginn der Austreibung im Sommer 1945 aus dem Gebiet des östlichen Brandenburgs sowie aus den westlichen Kreisen Ostpommerns und Niederschlesiens. Schließlich sind die brutalen Mißhandlungen zu erwähnen, die ... an Personen verübt wurden, die sich weigerten, der an sie gerichteten Forderung, für Polen zu optieren, nachzukommen. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtet später (im Oktober 2019) über die Internierung von Deutschen in Polen (x358/62-66): >>**Der Tod sprach polnisch**
_ *von Gero Bernhardt*
Zahlreiche KZs der Nazis im Osten wurden nach dem Krieg weiter genutzt. Sie dienten als Sammellager zur Deportation von Deutschen in Stalins Gulags - doch auch die Polen übten Vergeltung. Besonders schlimm war es in Schwientochlowitz.
Die Konzentrationslager der Nationalsozialisten, insbesondere die barbarischen Todeslager im Osten, sind als Stätten grauenhaftester Verbrechen unauslöschlich in die Geschichte der Menschheit eingeschrieben. Die Hekatomben von Toten, der historisch beispiellose Massenmord an den Juden Europas, die Verfolgung und Vernichtung von Menschen, die sich gegen das NS-Regime stellten oder nicht in die von Hitler und seinen Paladinen ausgerufene "Volksgemeinschaft" paßten - das alles kann durch nichts aufgerechnet oder gar gerechtfertigt werden.
In Anbetracht der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten und der von ihnen begangenen Verbrechen bekundete Robert H. Jackson, der US-Chefankläger bei den Nürnberger Prozessen 1945/46, in denen sich die Hauptkriegsverbrecher auf seiten der Deutschen für ihre Schandtaten verantworten mußten: "Was die Welt bestimmt nicht braucht, ist die Idee, die einen aus den KZs herauszuholen und die anderen hineinzustecken."
Doch genau dies geschah. Die "Pest des 20. Jahrhunderts", wie der polnische Historiker Andrzej J. Kaminski, selbst einst Häftling in Nazi-Lagern, das KZ-Unwesen nannte, wurde 1945 keineswegs ausgerottet. "In den berüchtigten Konzentrationslagern der Hitlerzeit wechselten

die Insassen und Wächter", schrieb der böhmische Militärschriftsteller Ferdinand Otto Miksche, der im Zweiten Weltkrieg dem französischen Generalstab unter Charles de Gaulle angehörte. Tatsächlich nutzten die Sieger viele der unter Hitler errichteten Lager weiter, bauten neue oder verschleppten, wie die Sowjets, Kriegsgefangene in ihre Gulags.
Auch dies gehört zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, des "Jahrhunderts der Lager", wie es der französische Historiker Bartolomé Bennassar formulierte.

Abtransport in Auschwitz

Selbst die Infrastruktur von Auschwitz - dem Inbegriff des Holocaust - nutzte man nach der Befreiung der Überlebenden weiter, wie der polnische Völkerrechtler Szkotnicki 1996 in einer Dokumentation berichtete. In der Zwangsarbeitereinrichtung Jaworzno bei Kattowitz, einer Nebenstelle des berüchtigten Todeslagers, seien bis 1953 weit über 10.000 Menschen zu Tode gekommen - nicht nur Deutsche, sondern auch Ukrainer und sogar Juden.
Stalin nutzte das Auschwitzer Gebiet gleich nach dem 27. Januar 1945, als die Rote Armee dort eintraf, als Deportationszentrum zur Massenverschleppung von Deutschen per Bahn in die Gulags. Schon am 28. Mai 1945 rollte ein Zug mit 1.200 Kriegsgefangenen und 200 Zivilpersonen von dort nach Karaganda in Kasachstan. Anfang Juni 1945 wurden in Auschwitz Waggons mit 1.800 gefangenen deutschen Soldaten und 200 Zivilisten zur Fahrt ins sibirische Lager Prokopjewsk beladen.
Am 12. Juni mußten von dort aus 2.000 Kriegsgefangene und 150 zivile Personen die Fahrt nach Kuibyschew bei Nowosibirsk antreten. Am Tag darauf folgte ein Deportationszug mit 2.000 Menschen ins sibirische Lager Kiselevsk-Baidajew. So ging es in den darauffolgenden Monaten weiter.
Die Transporte in sowjetische Lager dauerten oft bis zu sechs Wochen. Viele Verschleppte mußten schon unterwegs ihr Leben lassen. Sie starben an Seuchen und Krankheiten, Mangelernährung, Durst, sengender Hitze, klirrender Kälte und oft auch infolge von Mißhandlungen durch das Wachpersonal.
Nur eine Minderheit derer, die dann das Ziel erreichten, überlebte die Torturen in Stalins Lagern. Nach Angaben des israelischen Historikers Benjamin Pinkus sind rund 300.000 deutsche Zivilisten im Zuge der sowjetischen Deportationen in der Nachkriegszeit umgekommen. Die Zahl der vom Gulag verschlungenen Wehrmachtsangehörigen dürfte bei mindestens 1,5 Millionen liegen. Erst 1955, zwei Jahre nach Stalins Tod, erreichte Bundeskanzler Konrad Adenauer durch Gespräche mit dem neuen Kreml-Herrscher Nikita Chruschtschow, daß die letzten 10.000 Deutschen aus sowjetischer Gefangenschaft in ihre Heimat zurückkehren konnten.

John Sacks Tabubruch

Die KZs wurden aber nicht nur als Sammelstellen für Gulag-Transporte genutzt, auch das von den Sowjets eingesetzte polnische Satellitenregime internierte Deutsche in Auschwitz, Birkenau, Lamsdorf, Jaworzno oder Potulitz. Die Medien in Westdeutschland, in der DDR sowieso, schwiegen sich meistens darüber aus. Eine Ausnahme ist die Lokalreportage der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung über einen Schwurgerichtsprozeß in Essen 1961, bei dem Nachkriegsbestialitäten im oberschlesischen Lager Eintrachthütte-Schwientochlowitz (polnisch: Zgoda-Swietochlowice) zur Sprache gekommen waren.
Hierbei erfuhr die Öffentlichkeit beispielsweise davon, daß man in diesem Nebenlager von Auschwitz Deutsche hatte ausbluten lassen, nachdem ihnen die Pulsadern geöffnet worden waren. Ein Arzt namens Glombitza wurde in Essen zu zwei Jahren Haft verurteilt, weil er mit der polnischen Lagerführung zusammengearbeitet hatte und in zahlreiche Untaten verstrickt war. Allerdings hatte er sich, was ihm vor Gericht zugute gehalten wurde, nicht aus freien Stücken, sondern nur unter schwerem Druck zur Kollaboration bereitgefunden. Als vormaligen SA-Sturmführer hätte ihn sonst ein furchtbarer Foltertod erwartet.

Wie vermint dieses zeitgeschichtliche Gelände ist, bekam 1995 der US-Journalist John Sack zu spüren, als die deutsche Übersetzung seines Werkes *An Eye for an Eye* (*Auge um Auge*) über Terror gegen Deutsche in Oberschlesien nach 1945 veröffentlicht wurde, in dem das Lager Schwientochlowitz eine herausragende Rolle spielt.

Der Piper-Verlag ließ nach einer gewaltigen Medienkampagne gegen Sack, auf deren Höhepunkt dem Publizisten - der 1930 in New York als Sohn jüdischer Einwanderer aus Polen zur Welt gekommen war - sogar der absurde Vorwurf des Antisemitismus gemacht wurde, die mehreren tausend bereits gedruckten Exemplare der Erstauflage schließlich eine Woche vor dem geplanten Verkaufsbeginn einstampfen.

Sack reagierte darauf mit den Worten: "Ich bin schockiert. Ich glaube, die Deutschen sind reif genug, um sich selbst ein Bild zu machen." Bezeichnenderweise hieß es im Spiegel, daß die Quellen des Autors "noch jeder Prüfung standgehalten" hätten. Angreifbar seien bei ihm "nicht die Fakten, sondern Form und Stil". Für das hiesige Lesepublikum sei die Lektüre ganz einfach "schwer erträglich"…

Über Sack, der 2004 verstarb, schrieb das US-Magazin The Nation, er sei ein "Journalist von außergewöhnlicher Integrität und Unerschrockenheit" gewesen, hatte sich als Mitarbeiter bedeutender amerikanischer Publikationen wie The New Yorker, Harper's Bazaar und Esquire, als CBS-Korrespondent und einer der erfolgreichsten linken Sachbuchautoren Amerikas einen Namen gemacht.

Zu Bestsellern waren Enthüllungswerke wie "Lieutenant Calley. His Own Story über den Vietnamkrieg" geworden. Dem Schicksal der von den Nazis ermordeten Juden hatte er mehrere Reportagen gewidmet, und auch *An Eye for an Eye* wurde in den USA stark beachtet und von führenden Blättern rezensiert. Selbst seine heftigsten Kritiker in Amerika erhoben nie die Forderung nach Zensur des Werkes.

In Morels Folterhölle

Schon im Sommer 1945 hatte R. W. F. Bashford, ein Diplomat des britischen Foreign Office, an das Londoner Außenministerium gemeldet, daß die KZs im polnischen Machtbereich "nicht aufgehoben, sondern von den neuen Besitzern übernommen worden" seien. "Meistens werden sie von polnischer Miliz geleitet. In Swientochlowice müssen Gefangene, die nicht verhungern oder zu Tode geprügelt werden, Nacht für Nacht bis zum Hals in kaltem Wasser stehen, bis sie sterben."

John Sack recherchierte auf der Basis solcher Meldungen und anderer Berichte. Laut *An Eye for an Eye* waren hunderttausende Deutsche nach Kriegsende solchem Terror ausgesetzt, insbesondere in Oberschlesien; 60.000 bis 80.000 hätten die Torturen nicht überlebt. An der Spitze des Lagersystems stand Chaim Studniberg, der seinen Lebensabend später in Israel verbrachte.

Die Leitung von Schwientochlowitz oblag Salomon (Schlomo) Morel, der im Krieg Heckenschütze kommunistischer Partisanen war und später auch die Gefängnisse von Ratibor und Kattowitz leitete. Auch Morel zog es 1992 nach Israel, allerdings unfreiwillig: Die polnische Staatsanwaltschaft hatte wegen der Untaten in den von ihm beaufsichtigten Einrichtungen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. "Salomon Morel müßte von den Israelis vor Gericht gestellt werden wie Eichmann", meinte Sack. Eine Auslieferung an Polen wurde von Israel zweimal verweigert. Er starb 2007 unbehelligt in Tel Aviv.

Doch für welche Verbrechen trug Morel Verantwortung? Berichte von Zeugen und Überlebenden, die sich Sack offenbarten, legen davon Zeugnis ab. Dorota Boreczek bekundete: "Ich war damals erst 13 Jahre alt und sah die Menschen dort wie Tiere verenden." Zeuge Gerhard Gruschka gab zu Protokoll: "Lagerkommandant Morel war von kräftiger Statur und erfüllt von brennendem Haß.

Wenn er sich einen Gefangenen persönlich vornahm, war ihm der Tod meist sicher. Morels

"Spezialität" bestand darin, einen schweren Stuhl noch aus deutschen Lagerzeiten an den Füßen zu packen und dann mit der dicken Seite auf die Opfer einzudreschen. Wieder und immer wieder wurden schwer verletzte Häftlinge nach einer solchen Tortur in die Krankenbaracke oder mit zertrümmerten Schädeln gleich in die Leichenbaracke gebracht."
Eine weitere Vorliebe des Lagerkommandanten war, wie Gruschka schildert, die sogenannte Pyramide: "Morel zog irgendeinen Häftling aus der Reihe und warf ihn in die Mitte des Raumes mit Wucht zu Boden, daneben einen zweiten, einen dritten und vierten. Auf sie wurden weitere vier Häftlinge geworfen, bis mit Hilfe von Morels Begleitern fünf bis sechs Menschenschichten entstanden."
In Sacks Buch erfährt man, daß die zur Pyramide aufgehäuften deutschen Opfer zusätzlich aufs Grausamste mißhandelt wurden. Morel und seine Spießgesellen hätten auf die Unglücklichen mit Knüppeln eingeschlagen, "als wären sie Jäger vor einer Herde kanadischer Robben". Der Autor weiter:
"In den oberen Schichten schrien die Deutschen: "Nein! Bitte! Bitte nicht!", aus der Mitte drang Stöhnen, in den unteren Schichten war es still, denn das Gewicht von zwei Dutzend Menschen trieb den unten Liegenden die Gedärme aus dem Leib, sie lagen im Sterben." Morel, fährt Sack fort, habe dabei "gelacht wie ein Meschuggener" - so habe denn auch schon sein Deckname bei den jüdischen Partisanen im Zweiten Weltkrieg "der Meschuggene" gelautet.
Bei seinen Taten habe sich der Menschenschinder auf "Rache" berufen, da seine Eltern und sein Bruder "von den Deutschen vergast" worden seien. In Wahrheit aber waren, wie Sack recherchierte, Morels Familienangehörige von polnischen Antisemiten erschossen worden. Auch Morels Behauptung, selber nach Auschwitz eingeliefert worden zu sein, war laut dem US-Journalisten falsch.

Von Seuchen dahingerafft

Ein Opfer schilderte gegenüber Sack Folgendes: "Oft schlug Morel mit bloßen Fäusten zu, meist gezielt ins Gesicht. Er konnte auch brutal mit dem Gummiknüppel zuschlagen. Und in regelmäßigen Abständen befahl er nachts: "Horst-Wessel-Lied singen, aber schnell!", und während wir sangen, prasselten die Gummi- und Holzknüppel auf uns nieder."
Der zur Zeit seiner Inhaftierung 14-jährige Eric van Calsteren sagte aus: "Mit der Eisenstange, mit der die Bottiche für das Essen geschleppt wurden, schlug man mir meine Beine ganz kaputt, und als ich wieder auf dem Boden lag, wurde ich noch mit Fußtritten bearbeitet. ... Daß es Tote gab, war schon ganz normal. Überall Sterbende. Im Waschraum, auf der Toilette, im und neben dem Bett. Es geschah fast immer in der Nacht, und wenn man zur Toilette mußte, stieg man über die Toten."
In seinem Buch schildert Sack, daß Hunde auf deutsche KZ-Insassen gehetzt wurden, darauf abgerichtet, die Geschlechtsteile der Opfer zu zerfetzen, daß Aufseher Lagerhäftlingen lebende Kröten in den Hals steckten, wodurch sie erstickten, daß Häftlinge geblendet und eingesperrte Kinder vergewaltigt wurden. Eine weitere Aussage eines Überlebenden von Schwientochlowitz: "Immer wurden wir geschlagen oder mußten uns gegenseitig schlagen. Ich meinen Vater und mein Vater mich. Wenn ich mich weigerte, wurde ich selbst geschlagen."

Späte Wahrheit

In Ausgabe 49/1994 schreibt die Zeit über das weiterbetriebene KZ Schwientochlowitz: "Der Fall (des jüdischen KZ-Kommandanten) Morel stellt die Geschichte auf den Kopf, macht aus Opfern Täter und aus Tätern Opfer." Die linksliberale Wochenzeitung entschied sich wegen dieser Brisanz für eine eigene Recherche, deren Ergebnis Sacks Aussagen bestätigte.
Das Blatt kommt zu dem Schluß: "Die Argumente für die Behandlung des Themas sind gewichtig. "Man muß die Wahrheit sagen", urteilt auch Feliks Lipman, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Kattowitz, obwohl Salomon Morel ihn aus Tel Aviv moralisch zu er-

pressen suchte: Wenn er ihn nicht verteidige, sei er kein Jude mehr. Doch für Lipman ... kann es Loyalität unter diesen Umständen nicht geben. "Nicht alle Deutschen sind Hitleristen und nicht alle Polen und Juden unschuldig", befindet er. "Wer Verbrechen begangen hat, muß dafür bestraft werden."

Über 1.000 Marterstätten

Dabei war Morels Lager noch nicht einmal das schlimmste. Insgesamt mußten Deutsche Sacks Untersuchungen zufolge nach Kriegsende im polnischen Machtbereich in über 1.000 ähnlichen Marterstätten leiden. Diese Größenordnung wird auch in anderen Quellen genannt. Der Historiker und Totalitarismusforscher Manfred Zeidler schreibt in seinem Werk Kriegsende im Osten: "Die Polen übernahmen in der Regel die von den russischen Militärbehörden eingerichteten Sammel- und Umschlaglager und bauten sie für ihre Zwangsarbeits- oder Internierungszwecke noch aus.

Insgesamt bestanden nach einer Liste des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes in den Gebieten östlich von Oder und Neiße 1.255 Lager der unterschiedlichsten Größen sowie 227 Gefängnisse, die der Inhaftierung von Deutschen dienten."

Sacks Buch, das nach dem Rückzieher von Piper in dem kleinen Hamburger Kabel-Verlag unter dem ursprünglich geplanten Titel *Auge um Auge* erschien, ermutigte immerhin einige bundesdeutsche Mainstream-Journalisten, sich mit dem tabuisierten Thema zu beschäftigen. So veröffentlichte die langjährige Korrespondentin der Zeit, Helga Hirsch, 1998 ihre Studie *Die Rache der Opfer. Deutsche in polnischen Lagern 1944-1950*. Sie hatte in polnischen Archiven recherchiert, Überlebende befragt, die Ereignisse konstruiert und bestätigte im Wesentlichen die Forschungsergebnisse des Amerikaners, auch in Bezug auf den Auschwitz-Komplex.

Darüber hinaus erschienen mehrere Bücher, in denen die Opfer über ihr Leid berichteten, etwa die 1996 erschienene Dokumentation Zgoda, ein Ort des Schreckens von Gerhard Gruschka aus Gleiwitz, der als Jugendlicher den Torturen polnischer Häscher ausgesetzt war.

Zwangspolonisierung

Fast vier Jahre nach Kriegsende berichtet eine Ostpreußin, wie die in der Heimat zurückgebliebene deutsche Bevölkerung gezwungen wurde, die polnische Staatsbürgerschaft (auf dem Papier "freiwillig") anzunehmen: "Als wenn der Teufel aus der Hölle, tobt und wütet, genau so fingen die Polen an zu toben, (zu) schikanieren und die Deutschen zur Unterschrift zu zwingen. ... Man hörte, wie die Schikanen dörferweise durchgeführt wurden. Und dörferweise haben die Deutschen unterschrieben.

Man hat sich immer gesagt, warum halten die Deutschen nicht stand. Viele saßen im Keller, aber sie haben alle kleingekriegt. Mit Gummiknüppeln, Drahtseilen und Eisenstangen. ... Die Deutschen wurden durchs Messer gejagt und mit Nadeln gestochen. Viele Leute haben es mit ihrem Leben bezahlt, sind irregeworden, haben sich aus Verzweiflung erhängt und sind an den Schlägen verstorben."

(*Brief der H. W. aus dem Kreis Sensburg, verfaßt im Februar 1949. Die beglaubigte Abschrift befindet sich im Bundesarchiv Ostdokumentation.)*<<

Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die "Aussiedlungen und Lager" in den schlesischen Gebieten (x294/99-100): >>... Nach dem Abbruch der Militäraussiedlungen im Frühsommer 1945 trat eine Pause ein. Bis zum Abschluß der entsprechenden Vereinbarungen mit Briten und Sowjets (die im Februar bzw. Mai 1946 zustande kamen) verlegten sich die polnischen Behörden auf eine andere Taktik: Sie übten Druck auf die Deutschen aus, das Land "freiwillig" zu verlassen.

Eine unbekannte Zahl der Bewohner Oberschlesiens machte von dieser Möglichkeit Gebrauch. Andere machten sich von selbst auf den Weg nach Westen, noch andere, die vorher

geflüchtet oder evakuiert worden waren, kehrten auf eigene Faust zurück. Es gibt keine genauen Zahlen über diese Bewegungen. Relativ sicher scheint lediglich, daß bis Ende 1945 etwa 150.000 Menschen aus Oberschlesien vertrieben bzw. ausgesiedelt wurden und "freiwillig" ausgereist sind ...
Die Mehrheit blieb. Sofern nicht positiv "verifiziert", wurde sie nach und nach enteignet, in "deutsche Wohnbezirke" innerhalb der Städte umgesiedelt, zur Zwangsarbeit – vor allem beim Wiederaufbau und in der Landwirtschaft – eingezogen; während die einen gehen mußten, durften andere nicht. Zehntausende kamen in die von den Nazis bzw. von den Sowjets übernommenen Lager. Einige von ihnen (in Schlesien war es u.a. Myslowitz und Schwientochlowitz im Industrierevier und Lamsdorf im Kreis Falkenberg) standen bald in dem Ruf von "Todeslagern". Viele Häftlinge wurden durch die Wachmannschaften permanent mißhandelt und starben, die meisten an Hunger und Epidemien.
Der Aufschrei der Opfer war selbst im fernen Warschau vernehmbar. Eine Sonderkommission der kommunistischen Partei und des Sicherheitsdienstes berichtete im Februar 1946 sichtlich erschüttert über die Zustände in und um Lamsdorf:
"Im gesamten Kreis herrscht eine erschreckende Gesetzlosigkeit. Die Leute haben schon jetzt jedes Gefühl für Recht und Unrecht verloren. Kein Verbrechen ist geeignet, Erstaunen hervorzurufen. Die Miliz (d.h. die Polizei) und teilweise auch Organe des Sicherheitsdienstes vergewaltigen und berauben die Menschen. Das führt dazu, daß die Leute in panischer Angst flüchten, sobald sie einen Milizionär sehen".
Die Kommission forderte eine Bestrafung aller Verantwortlichen für die Lage im und um das Lager. Indes war der Lagerkommandant von Lamsdorf nach einem spektakulären Massenmord an den Häftlingen vorübergehend festgenommen und bald entlassen worden. Mehr passierte ihm und seiner Mannschaft auch nach dem Bericht der Warschauer Prüfer nicht. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2022 im Sondermagazin Geschichte Nr. 17 (x368/69-72): >>**Die Hölle von Lamsdorf**
_ von *Gero Bernhardt*
Nicht nur in Schwientochlowitz, auch in anderen polnischen Lagern wurden tausende Deutsche nach Kriegsende ermordet. Besonders grauenhaft ging es in Lamsdorf zu.
Hunderttausende Deutsche, vor allem in Polen, aber auch in den deutschen Ostgebieten, wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in polnische Konzentrationslager verbracht. Solche Einrichtungen bestanden unter anderem in Gronowo, Grottkau, Hohensalza, Jaworzno, Kaltwasser, Kruschwitz, Kulm, Lamsdorf, Landsberg an der Warthe, Potulice, Schwetz und Schwientochlowitz, viele davon mit Nebenlagern. Auch sonst nutzte man alle möglichen Gebäude, die ausschließlich dazu dienten, Deutsche zu konzentrieren und oft auch zu dezimieren, so Zuchthäuser oder Gefängnisse und sogar Gotteshäuser wie beispielsweise die evangelische Kirche im westpreußischen Zempelburg.
Allen diesen Einrichtungen ist gemein, daß dort Menschen einsaßen, deren Inhaftierung nicht auf einem rechtskräftigen Urteil beruhte, sondern nur aufgrund der Tatsache, daß sie Deutsche oder Angehörige einer anderen Minderheit waren.
Man rechnet insgesamt mit "1.255 Lagern und 227 Gefängnissen, von denen Potulice (Kreis Bromberg), Gronowo (Kreis Lissa), Sikawa bei Lodz und Lamsdorf (Kreis Falkenberg/Oberschlesien) die größten waren", heißt es in dem von Franz W. Seidler und Alfred M. de Zayas 2002 herausgegebenen Standardwerk *Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert*. Der Warschauer Historiker Boguslaw Kopka, Verfasser der 2006 erschienenen Untersuchung *Arbeitslager in Polen 1944-1950* spricht gar von einem "polnischen Gulag". Noch für die Jahre 1949 bis 1954 wurde die Zahl der Zwangsarbeiter in Warschaus Herrschaftsbereich auf 50.000 geschätzt.
Deutsche als Freiwild

Wer einen Eindruck davon bekommen will, welches Leid und welche Grausamkeiten die in der Regel unschuldigen Opfer über sich ergehen lassen mußten, kommt an ihren Erlebnisberichten nicht vorbei. Eine schier unerschöpfliche Fülle an Material bietet die *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*. Die Authentizität und Zuverlässigkeit der darin enthaltenen Berichte wurden von der im Herbst 1951 vom Bundesministerium für Vertriebene eingesetzten wissenschaftlichen Kommission unter Vorsitz des Historikers Theodor Schieder bekräftigt.

Die Schilderungen haben eines gemeinsam - sie beschreiben die Recht- und Hilflosigkeit der Deutschen, die sich auf einmal in Warschaus Herrschaftsbereich wiederfanden. Ein Beispiel ist dieser Bericht der Lehrerin I. F. aus Liegnitz in Niederschlesien: "Wir Deutsche waren vogelfrei. Jeder konnte uns zur Arbeit abholen, uns quälen und schlagen. Niemand kümmerte sich darum. Öfter hörten wir, daß Ermordete aufgefunden wurden, ohne daß eine Behörde eingriff. Tagelang blieben die Leichen liegen, ehe sie verscharrt wurden."

Selbst NS-Gegner und Juden waren vor Nachstellungen nicht gefeit. Der zuvor unter Hitler politisch verfolgte Tapezierer Georg Fritsch aus Breslau schildert in seinem Erlebnisbericht: "Die polnische Miliz ging radikal vor. Jeder Deutsche war Nazi, jeder Deutsche war daher vogelfrei und hatte entschädigungslos und nach Belieben zu arbeiten. Die Plünderungen erreichten ihren Höhepunkt. Nichts war mehr sicher. Wurde nicht sofort geöffnet, wurde durch die Fenster und Türen geschossen, die Bewohner zusammengehauen, verschleppt.

Ganze Viertel wurden in wenigen Stunden völlig von der Bevölkerung geräumt. ... Unsere Haupttätigkeit war die Beseitigung der vielen Leichen. Die Verwendung von Särgen war verboten; so bestattete man diese in Massengräbern, notdürftig in Packpapier eingehüllt, an den unmöglichsten Stellen."

In dem Bericht des ehemaligen Bezirksbürgermeisters H. aus Breslau, der wegen seiner jüdischen Herkunft zur Zeit des Dritten Reiches in höchster Gefahr schwebte, heißt es: "Und wir Antifaschisten? Wir fühlten uns verraten und verkauft! Hatten wir nicht der Bevölkerung die Erlösung vom Nazijoch versprochen? Und was hatte sie dagegen eingetauscht? Aber Juden und Antifaschisten waren ebenso Freiwild für die Behörden."

Und er fährt fort: "Den wenigen deutschen Juden, die aus den verschiedenen KZ-Lagern von Auschwitz bis Mauthausen in ihre Heimat nach Breslau zurückgekommen waren, wurden von der polnischen Verwaltung Lebensmittel genauso verweigert wie allen anderen Deutschen. Eine Existenzmöglichkeit hatten sie auch nicht, da der Handel fast ausschließlich in polnischer Hand beziehungsweise in der Hand polnischer Juden lag, die sich oft genug sogar feindselig gegen deutsche Juden äußerten."

Geborskis Schreckensregiment

In den polnischen Lagern wurde die Entrechtung der Deutschen auf die Spitze getrieben: Mißhandlungen, exzessive Grausamkeiten und planmäßige Morde waren an der Tagesordnung. Besonders schlimm ging es in Lamsdorf (Lambinowice) im oberschlesischen Kreis Falkenberg zu. Die Einrichtung, zwischen Oppeln und Neiße gelegen, war 1921 Flüchtlingslager für Deutsche, die aus dem östlichen Oberschlesien geflohen waren. Ab 1939 waren dort Kriegsgefangene interniert, von Juni 1945 bis zum Herbst 1946 wurde es von den Polen als KZ genutzt. Erster Lagerkommandant war Sergeant Czeslaw Geborski, später Oberst des Sicherheitsdienstes in Kattowitz.

Nach Angaben des Lagerarztes Dr. Heinz Esser wurden in Lamsdorf 6.488 Deutsche umgebracht. Die Männer, Frauen, Kinder und Säuglinge wurden erschossen, erschlagen, erhängt, verbrannt, in Fässern zu Tode gerollt, oder sie starben an Hunger und Infektionskrankheiten. Im Lager gab es 828 Kinder, wovon etwa 100 wieder herauskamen. Von diesen kamen laut späteren Untersuchungen jedoch 60 bis 70 Prozent in den Kasematten von Neiße durch Hunger, Krankheit oder Kälte um. Von den über 700 in Lamsdorf verbliebenen Kindern starben

218.
In seinem 1968 erschienenen Buch *Die Hölle von Lamsdorf: Dokumentation über ein polnisches Vernichtungslager* schreibt Esser über den Beginn des Schreckens: "Die Deutschen, hauptsächlich Bauern- und Arbeiterfamilien, aber auch Geschäftsleute, Lehrer, Beamte, Angestellte und so weiter, wurden unerwartet und plötzlich aus ihren Häusern getrieben, zusammengejagt und nach Lamsdorf verschleppt. ... Bei der Registrierung im Lager wurde den Menschen das Letzte geraubt, sie wurden verprügelt, mit Gewehrkolben gestoßen, mit Bleikabeln geschlagen, sodaß ihre Gesichter völlig unkenntlich, blutüberströmt und ihre Rippen und Glieder zerbrochen wurden."
Der Lagerarzt schildert weitere Grausamkeiten: "Die Menschen wurden mit Knüppeln oder Zaunlatten erschlagen, wobei sie meist niederknien mußten und nach den Schlägen tot umfielen. Sie wurden durch Fußtritte in den Leib, den Kopf und den Hals ermordet. Oft bediente man sich eines Henkersknechtes, wie zum Beispiel des 16-jährigen Ukrainers und polnischen Spitzels namens Jusek oder des "deutschen Lagerführers" Jan Fuhrmann, der früher polnischer Korporal, dann deutscher Staatsangehöriger und später wieder Pole wurde. Vor ihm zitterte jeder Deutsche. Einmal riß er einer mißhandelten Mutter den Säugling aus den Armen und erschlug ihn."
Über den Menschenschinder schreibt Esser außerdem: "Um sich vor seinen polnischen Auftraggebern auszuzeichnen, veranstaltete er die jedem Lamsdorfer in grausamer Erinnerung gebliebene "Nachtübung", bei der 25 Männer völlig entstellt und 15 getötet wurden. Bei den Vernehmungen wurden die Häftlinge gefesselt, getreten, mit dem Kopf nach unten aufgehängt und immer wieder geschlagen, bis das Blut aus zahlreichen Wunden floß und den Gefolterten ein Geständnis einer nicht begangenen Tat abgepreßt wurde."
Lehrer, Beamte, Kaufleute und Geistliche seien, so heißt es in *Die Hölle von Lamsdorf*, "besonderen Schikanen ausgesetzt" gewesen, "die fast immer tödlich endeten": "Die polnische Miliz trieb zum Beispiel unter die Zehennägel der Gefolterten lange Nadeln, knebelte sie, übergoß sie unter Schlägen mit Kot und Urin (Alois St. aus Proskau) oder ließ Frauen und Männer sich entkleiden und zwang sie unter Schlägen zu sexuellen und sadistischen Handlungen, ließ sie manchmal auch menschliche Exkremente essen (Ing. Sch. aus Berlin).
Entkleideten Mädchen wurden mit Petroleum getränkte Geldscheine zwischen die Glieder gepreßt und angezündet, wodurch den Opfern furchtbare Brandwunden beigebracht wurden, ohne daß später Verbandsmaterial oder ärztliche Behandlung zur Verfügung standen (Geschwister H. aus Lamsdorf und andere). Der Oberstudienrat Kr. aus Neustadt wurde fünf Minuten nach seiner Einlieferung als Leiche aus dem Lager herausgetragen, weil er eine "Intelligenz-Brille" trug. Ebenso erging es dem Bürgermeister F. aus Buchelsdorf, weil er so groß "wie ein SS-Mann" war, und vielen anderen mehr."
Über die Verpflegung und Arbeitsbedingungen im Lager berichtet Esser: "Die Häftlinge mußten am Tage bei einer täglichen Verpflegung von etwa drei bis vier Kartoffeln (etwa 200 bis 300 Kalorien) schwerste Feldarbeiten bei jeder Witterung verrichten. Frauen und Männer wurden zu zehn bis zwölf vor den Pflug oder die Egge gespannt oder mußten mit Kartoffeln überladene schwere Pferdewagen oder Jauchefässer ziehen und so weiter. Sie wurden beim Barackenbau eingesetzt oder mußten dabei überschwere Lasten tragen, bis sie entkräftet oder blutüberströmt zusammenbrachen.
Sie mußten auf dem Lagergelände mit bloßen Händen hunderte von Leichen, die längst verwest waren, ausgraben und waren dabei stundenlang dem penetranten Verwesungsgeruch ausgesetzt. Dabei mußten sie sogar verweste Leichenteile mit dem Munde berühren oder Kot essen."

Ein grauenhaftes Massaker

Der 4. Oktober 1945 ist dem früheren Lagerarzt in besonders schrecklicher Erinnerung ge-

blieben: "Am Mittag dieses Tages brach in der Baracke 12 ein Brand aus, dessen Ursache nie geklärt wurde. Das Feuer entstand plötzlich, während in der Wachstube eine Orgie mit Wodka gefeiert wurde, an der auch ein Brandsachverständiger namens Nowack in polnischer Feuerwehruniform teilnahm.
Der Lagerkommandant Geborski war mit seinen Milizanten an der Brandstelle, bevor die Gefangenen überhaupt ahnten, was geschehen war. Die Lagerinsassen wurden sofort alarmiert und die Männer und Frauen mit Schlägen zur Brandstelle getrieben, um das Feuer zu löschen. Etwa 30 Posten liefen mit vorgehaltenen Schußwaffen hinter den ratlosen, nach Löschmitteln suchenden Menschen, wobei sie einen Kordon um die Brandstelle bildeten und ihre Gewehre und Maschinengewehre schußfertig machten."
Dann geschah das Unfaßbare: "Der erste Schuß war das Signal zum Beginn eines furchtbaren Massakers. Man schoß ununterbrochen auf jeden, der vor der Hitze zurückwich und in die Nähe des Postenrings kam. Sie wurden durch gezielte Kopfschüsse, oft aus einer Entfernung von ein bis drei Metern, getötet. Andere wurden bei lebendigem Leib in die Flammen getrieben." Doch auch nach der Löschung ging das Morden weiter. Esser berichtet: "Am nächsten Tag lagen an der Brandstelle und fernab davon Leichen der Erschossenen.
Bei dem Massaker kamen zu Tode: 36 Männer und elf Frauen - diese wurden erschossen; 25 Männer und 15 Frauen - diese waren in den Flammen verbrannt und blieben als verkohlte Leichen übrig; 285 Männer und Frauen - diese wurden mit Gewalt aus der Krankenstube in ein Massengrab geworfen, wobei sie vorher durch Genickschuß getötet oder, durch Kolbenschläge betäubt, lebendig ins Grab geworfen wurden; 209 Männer und Frauen - diese starben am nächsten Tag oder einige Stunden später an den Folgen der während der Brandkatastrophe erlittenen Schuß- oder Körperverletzungen."

Bis heute ungesühnt

Die Täter sind nie belangt worden. Versuche dazu wurden in der Bundesrepublik von amtlichen Stellen verhindert. Unter der Überschrift "Die Morde von Lamsdorf bleiben ungesühnt" notierte dazu die *Welt* vom 4. Juli 1979: "Der Hagener Staatsanwalt Karl-Heinz Toenges mußte nach bald vierjährigen Ermittlungen die Akten über das polnische Vernichtungslager Lamsdorf beiseitelegen. Der erste Versuch mit dem Ziel, auch Kriegsverbrechen der anderen Seite zu ahnden, war gescheitert.
Der gewaltsame Tod von mehr als 6.000 Oberschlesiern bleibt ungesühnt." Von der *Welt* nach dem Stand der Bonner Beratungen über ein mögliches Strafverfolgungsersuchen befragt, habe ein Vertreter der Bundesregierung es als "nicht sinnvoll" bezeichnet, "Warschau Beweismaterial über Straftaten bei der Vertreibung zuzuleiten, weil diese Taten nach polnischem Recht verjährt seien".
Zum Hintergrund: 1968, nach der Veröffentlichung von Essers Publikation, kam es zu Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Hagen gegen den früheren Lagerkommandanten Geborski und sieben weitere Angehörige der damaligen Wachmannschaft. 1977 wurde Anklage erhoben, das Verfahren jedoch eingestellt, da Polen eine Auslieferung der Angeklagten an Deutschland ablehnte - aber auch aus politischer Rücksichtnahme auf die Ostpolitik der seinerzeit amtierenden sozialliberalen Koalition, die damit die Beziehungen zu Warschau nicht belasten wollte.
Im Jahr 1989, nach dem Fall des Kommunismus, zeigten wiederum Oberschlesier, die in Lamsdorf inhaftiert gewesen waren, den Lagerkommandanten - inzwischen pensionierter Geheimdienstmitarbeiter - in Polen an. Geborski wurde dann 2000 in einem Verfahren in Oppeln (Opole) wegen 48-fachen Mordes angeklagt. Doch das Verfahren wurde immer wieder verzögert, offenbar um einen Urteilsspruch zu vermeiden. Diese Rechnung ging auf: Am 14. Juni 2006 verstarb der frühere Milizionär - vor dem Ende des Prozesses.

Potulice

"Eines Tages wurde eine Frau erschossen, angeblich wegen Fluchtverdachts, was aber nicht auf der Wahrheit beruhte. Daraufhin wurde der schrecklichste Milizmann mit einigen Deutschen hingeschickt, die Leiche zu holen. Diese wurde auf Forkenstiele gelegt, und acht Frauen mußten sie tragen. Die anderen der 150 Personen, die dort arbeiteten, wurden aufgefordert, sich quer über den Weg zu legen, und die Frauen mußten mit der Leiche laufend über diese hinweggehen.
Diejenigen, die die Leiche trugen, wurden sehr geschlagen, denn beim Laufen kam es vor, daß die Leiche ihnen von den Forkenstielen herunterfiel. Einem jungen Mädchen hatten sie das Fleisch von den Wadenknochen abgeschlagen. Als das Fleisch später in Fäulnis überging, wurde sie ins Spital eingeliefert und starb an den Folgen." (Bericht der Bromberger Diakonisse Erna Kelm, die von November 1945 bis September 1947 im Lager Potulice inhaftiert war, zitiert in: *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*)<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Internierungslager in der Tschechoslowakei (x004/91-94, 110-111): >>Die tschechische Regierung ging zu dem System über, tschechische Arbeiter aus Innerböhmen in die sudetendeutschen Industriebetriebe zu holen und an ihrer Stelle Sudetendeutsche als Zwangsarbeiter ins tschechische Gebiet zu verschicken.
Um diese Maßnahmen durchführen zu können, wurden nicht nur die Internierten und Häftlinge, sondern alle Deutschen und Madjaren männlichen Geschlechts vom 14. bis zum 60. und weiblichen Geschlechts vom 15. bis zum 50. Lebensjahr unter Arbeitspflicht gestellt. Meist war diese Regelung von den lokalen oder regionalen Behörden gleich nach der Wiedererrichtung der tschechoslowakischen Verwaltung eingeführt und erst durch das Dekret vom 19. September 1945 für alle Personen, die die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren hatten, nachträglich sanktioniert worden. ...
Einen großen Teil der zum Arbeitseinsatz gezwungenen Personen deportierte man ins tschechische Gebiet. Sie wurden in Razzien ausgehoben, bei denen die Bevölkerung ganzer Ortschaften zusammengetrieben und abtransportiert wurde, oder aber durch Einzelverpflichtungen, die das jeweilige Arbeitsamt vornahm.
Ohne Rücksicht riß man Familien auseinander. Sie fanden oft erst vor der Aussiedlung oder Jahre danach in Deutschland wieder zusammen.
Die zum Arbeitseinsatz Verschleppten wurden vorwiegend in Bergwerken, Industriebetrieben und in der Landwirtschaft beschäftigt, wie überhaupt in allen Berufssparten, die schlecht bezahlt wurden oder besonders körperliche Anstrengungen erforderten und aus denen die Tschechen abgewandert waren.
Besonders harte Arbeits- und Lebensbedingungen bestanden für die deutschen Zwangsarbeiter in den Industriebetrieben von Mährisch Ostrau und Kladno und in vielen landwirtschaftlichen Betrieben Innerböhmens. Berüchtigt waren die Arbeitslager des großen Hüttenwerks Witkowitz. Die Behandlung und Verpflegung hingen vielfach nach sowjetischem Vorbild von der Arbeitsleistung nach festgesetzten Normen ab, und da die Ernährung keinesfalls den harten Anforderungen am Arbeitsort entsprachen, waren Krankheitsfälle, vorwiegend Hungerödeme, besonders häufig.
Aus Schikane setzte man Angehörige der geistigen Berufe zu besonders schweren und gefahrvollen Arbeiten ein. Den ungewohnten körperlichen Anstrengungen waren sie nicht gewachsen; ihr Anteil an den Krankheits- und Todesfällen war deshalb besonders hoch.
In einigen Lagern, in denen Revolutionsgardisten und SNB-Leute nach eigenem Ermessen Strafmaßnahmen trafen und die Insassen quälten, bedeutete die sog. Freizeit nur eine Fortsetzung der Demütigungen und Erniedrigungen. ...
Die Verschickung ins innertschechische Gebiet war wohl die schlimmste Auswirkung des alle Sudetendeutschen erfassenden Zwangsarbeitssystems. Aber auch die in den Heimatorten ver-

bliebenen Deutschen waren diesem System unterworfen, sie wurden zu allen Arbeiten in der Landwirtschaft, zu Aufräumungsarbeiten, zum Straßenbau herangezogen.
Zum Teil mußten sie in ihren enteigneten Betrieben und auf ihren Höfen für die Nationalverwalter weiter arbeiten. Die Revolutionsgarde oder SNB nahm für vorübergehend anfallende Arbeiten die Deutschen oft wahllos auf der Straße fest und stellte sie zu Arbeitskolonnen zusammen. ...<<
>>... Die Lager, die im Sudetenland zunächst nur für die Aufnahme politisch belasteter Persönlichkeiten dienen sollten, waren bald überfüllt. ...
Bis Ende 1945 schien überhaupt der Willkür der Lagerkommandanten und Wachmannschaften, die sich fast ausschließlich aus Angehörigen der Revolutionsgarde rekrutierten, keine Schranken gesetzt zu sein.
Das Verhalten der Wachmannschaft im Internierungslager Kolin, wo es am 22. August 1945 zu schweren Mißhandlungen der Insassen, zu Schändungen der Frauen und zu Plünderungen kam, was in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit durch Berichte gemäßigter Zeitungen viel Aufsehen erregte, war, verglichen mit den in anderen Lagern und vor allem in den Gefängnissen herrschenden Zuständen nur ein kleines Beispiel des unmenschlichen Systems, dem die deutsche Bevölkerung unterworfen war.
Selbst dort, wo es nicht zu unmittelbaren Ausschreitungen kam, wurde der Zustand durch die mangelhafte Ernährung und die improvisierte Unterbringung großer Menschenmassen unerträglich. Vielfach mußten die Lagerinsassen selbst erst die Unterkünfte errichten und die Lager ausbauen. Infolge der Überfüllung der Lager, der Ungezieferplage und der unhygienischen Verhältnisse forderten Epidemien unter den entkräfteten Insassen zahlreiche Opfer. Besonders hoch war auch hier wieder die Sterblichkeitsziffer unter den Kleinst- und Kleinkindern und den alten Leuten, die nicht zur Arbeit außerhalb der Lager geschickt wurden und keine Möglichkeit besaßen, sich zusätzliche Lebensmittel zu beschaffen.
Für viele war jedoch das korrekte Verhalten einzelner Tschechen, sei es im Amt oder am Arbeitsort, ein Lichtblick in einer sonst trostlosen Lage. ... Eine besondere Würdigung verdient die Hilfsaktion des Tschechen Premysl Pitter für deutsche Kinder, die ihre Eltern durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse, vor allem in den tschechischen Lagern verloren hatten und in den Massenlagern verwahrlosten und zugrunde gingen. ...<<
Das Bundesarchiv Koblenz berichtet im Jahre 1974 über die Internierungslager in der Tschechoslowakei (x010/45-47): >>Unmittelbar nach Beginn des Prager Aufstandes begann auch in großem Umfange die Verbringung von Deutschen in Gefängnisse und Lager.
Nach Ermittlung des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes bestanden in der Tschechoslowakei 1.215 Internierungslager, 846 Arbeits- und Straflager und 215 Gefängnisse, in denen 350.000 Deutsche längere oder kürzere Zeit festgehalten worden sind. ... Unmenschliche Verhältnisse führten zum Tode von Lagerinsassen durch Kräfteverfall und Epidemien, verursacht durch mangelhafte Ernährung, fehlende Medikamente, unhygienische Verhältnisse und durch Depressionen infolge sadistischer Mißhandlungen. Sehr hoch war die Sterblichkeitsziffer bei Kindern und älteren Leuten. Von den Arbeitslagern wiesen die der Bergwerke eine besonders hohe Sterblichkeit auf.
Erheblich war jedoch auch die Anzahl der Opfer willkürlicher Erschießungen und Mißhandlungen durch Kommandanten und Wachmannschaften der Lager; diese setzten sich vorwiegend aus Angehörigen der Revolutionsgarde, die in die SNB übernommen worden waren, zusammen. Zum Beispiel wurden von Anfang Mai bis Anfang Juli 1945 in dem berüchtigten Hanke-Lager (Kreis Mährisch Ostrau) 350 Insassen zu Tode gefoltert. ...
Die Zurückgebliebenen wurden nach Besetzung der Slowakei durch die Rote Armee und Errichtung des neuen Regimes, sobald sie als Deutsche erkannt wurden, in Lager interniert und zum Arbeitseinsatz "vermietet". Die Verhältnisse in den Lagern, die zumindest in den ersten

Monaten unter Aufsicht ehemaliger Partisanen standen, unterschieden sich im allgemeinen nicht von denen in Böhmen und Mähren. ...
Die Lager wurden ... aufgefüllt durch zurückkehrende Karpatendeutsche aus den Sudetenländern, die sich slowakischen Repatrianten angeschlossen hatten.
Zu Mißhandlungen durch slowakische Soldaten kam es bei ihrem Eintreffen auf den Zielstationen der Transporte. Eine Massenerschießung von 247 Karpatendeutschen, darunter Frauen und Kinder, die aus Lagern im Kreis Saaz/Sudetenland zurückkehrten, fand am 18.6.1945 noch vor Erreichung des Gebietes der Slowakei in der Nähe des Bahnhofs Prerau/Mähren statt. Die Deutschen wurden aus dem Zuge geholt - angeblich von slowakischen Soldaten - und in einem in der Nähe gelegenen Wald zur Exekution geführt. ...
Nach Schätzungen muß bei einer Gesamtzahl von 350.000 in Gefängnisse und Lager verbrachten Deutschen mit ca. 100.000 Opfern gerechnet werden. A. Bohmann: "Das Sudetendeutschtum in Zahlen", München 1959, Seite 199, schätzte die Anzahl der in Lager überführten Sudetendeutschen auf mindestens 1 Million.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtet später (im Oktober 2019) über die Internierung von Deutschen in der Tschechoslowakei (x358/67-68): >>**Das stille Sterben unter dem Roten Stern**
_ von Gero Bernhardt
Nicht nur in Polen, auch in der Tschechoslowakei und sogar in der Sowjetischen Besatzungszone wurden nach dem Krieg KZs weiter genutzt. Die Opfer gehen in die Hunderttausende.
Der Name der böhmischen Ortschaft Theresienstadt ist begründeterweise eng mit der Erinnerung an die nationalsozialistische Barbarei verbunden. Doch was sich dort an Unrecht nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur zutrug, weiß kaum jemand. In der Dokumentation Sterben und Vertreibung der Deutschen im Osten 1944-1949 des italienischen Journalisten und Zeitgeschichtsforschers Marco Picone Chiodo heißt es dazu:
"Der Letzte der 16.832 Juden hatte am 9. Mai 1945 Theresienstadt noch nicht verlassen, als die (tschechischen) Revolutionsgarden bereits die ersten deutschen Soldaten und Zivilisten in die Kleine Festung einlieferten, die als Konzentrationslager der von der Bevölkerung geräumten und als Ghetto eingerichteten Stadt diente."
Schon am 24. Mai 1945 sei ein ungefähr 600 Menschen beiderlei Geschlechts und jeden Alters umfassender Transport dort eingetroffen, darunter viele deutsche Rot-Kreuz-Schwestern aus den Prager Kliniken.
Folter in Theresienstadt
Chiodo schildert, wie es den Ankömmlingen in Theresienstadt erging: "Der traurige Zug mußte, um zu den im sogenannten 4. Hof gelegenen Zellen zu gelangen, durch einen 15 bis 20 Meter langen, tunnelartigen Durchgang, in dem etwa vier Meter vor dem Ausgang das Pflaster tief aufgerissen worden war. Dieser enge, dunkle Gang bot sich für die gewohnheitsmäßige Mißhandlung der Gefangenen geradezu an. Unter Gebrüll und Drohungen, Faustschlägen und Prügeln wurden die Männer im Laufschritt den Gang hinuntergetrieben. Da das Hindernis im Dunkeln nicht zu erkennen war, kamen gleich die Ersten zu Fall.
Auf sie traten und stürzten die Nächsten, auf diese wiederum die Folgenden, und in diesen sich windenden Menschenhaufen schlugen die Revolutionsgarden, die sich auf beiden Seiten des Ganges aufgestellt hatten, mit den langen, eisenbeschlagenen Knüppeln mit voller Wucht ein, um die Gefangenen weiterzutreiben. Im Hof mußten sie sich dann in Fünferreihen aufstellen und abzählen. Da es dem Festungskommandanten Prusa zu langsam ging, zählte er selbst ab. Dabei schlug er mit dem eisenbeschlagenen Hackenstiel jeden Einzelnen auf den Kopf. Hierbei büßten siebzig Mann ihr Leben ein."
In seinem Buch schildert der italienische Publizist auch, wie es in einem Folterraum nach schrecklichen Torturen, die die Gefangenen erleiden mußten, aussah: "Auf dem Zellenboden

lagen zentimeterhoch abgeschlagene Ohren, ausgeschlagene Zähne, Hautteile mit Haaren, geronnenes Blut, Gebisse."
Weiter schreibt Chiodo: "Bei vielen Häftlingen zeigten sich nach einigen Tagen Geschwülste am ganzen Körper, der Kopf schwoll an, die Augen quollen hervor, die Ohren standen ab, sodaß sie aussahen wie die Gestalten auf den Bildern des irischen Malers Francis Bacon." Krankheiten, Epidemien und Unterernährung seien neben den brutalen Mißhandlungen und Giftspritzen die häufigsten Todesursachen gewesen.
Theresienstadt war aber nur eines von vielen Lagern, in denen Deutsche eingesperrt und ermordet wurden. "Kurz vor und nach Kriegsende 1945 errichteten die tschechoslowakische Regierung und ihre ausführenden Organe auf dem Gebiet von Böhmen, Mähren, Sudetenschlesien und der Slowakei insgesamt 1.215 Konzentrations- und Internierungslager, 846 Arbeits- und Straflager sowie 215 Gefängnisse, in denen insgesamt rund 350.000 Deutsche - oft jahrelang unter unmenschlichen Bedingungen - festgehalten wurden", heißt es in Wolfgang Popps *Wehe den Besiegten*! …<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Zwangsarbeit und Internierungslager in der Slowakei (x004/174-175): >>Bald wurden dann Orts- und Bezirkslager (am bekanntesten waren Novaky in der Mittelslowakei und Limbach und Engerau im Preßburger Gebiet) errichtet, in die alle Deutschen, deren man habhaft werden konnte, eingewiesen wurden. ...
Die Kommandanturen der einzelnen Internierungslager waren in den ersten Monaten nach dem Umsturz fast ausschließlich mit ehemaligen Partisanen besetzt, die ihren Haß gegen die Deutschen in systematischer kleinlicher Quälerei oder in unbeherrschten Wutausbrüchen an den Häftlingen ausließen. Gefürchtet waren die Lager indessen in erster Linie wegen des Hungers. Die Unterernährung der Lagerinsassen machte vor allem alte Leute und Kinder gegen Infektionskrankheiten besonders anfällig, so daß die Sterbeziffer bald hoch anstieg. ...
Für die arbeitsfähigen Volksdeutschen, Männer wie Frauen, hatten die Internierungslager mehr den Charakter von Zwangsunterkünften als von Haftanstalten. Sie wurden tageweise oder auch für längere Zeiträume von Behörden oder Privatpersonen für eine bestimmte Summe "herausgekauft". Da die Käufer verpflichtet waren, die Arbeitskräfte außerhalb des Lagers zu verpflegen, litt diese Gruppe nicht so offensichtlich unter Nahrungsmangel.
Diese "herausgekauften" Volksdeutschen lebten oft monatelang bei ihrem Arbeitgeber, häufig einem slowakischen Bekannten oder auch Verwandten als Knecht, wechselten dann, wenn ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigt wurde oder wenn sie ein günstigeres Angebot hatten, ihren Arbeitsplatz und entzogen sich auf diese Weise der Kontrolle der Lagerleitung. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1956 über die Internierungslager in Ungarn (x008/55E-57E): >>... Soweit die Angehörigen des Volksbundes oder zurückgekehrte ehemalige Mitglieder der Waffen-SS nicht schon früher zur Aburteilung durch die Volksgerichte in Untersuchungshaft abgeführt worden waren, begann im Frühjahr 1945 ihre systematische "Einlagerung" in die Internierungs- und Zwangsarbeitslager.
In diesen Lagern ließen sich die aufgehetzten Wachmannschaften in der ersten Zeit nach dem Regimewechsel des öfteren den Volksdeutschen, ebenso wie den Pfeilkreuzlern gegenüber Übergriffe und Mißhandlungen zuschulden kommen. Im allgemeinen blieb die Behandlung jedoch korrekt, wenn nicht sogar nachsichtig. ...
Arbeitslager befanden sich in allen Teilen des Landes, in den größeren Städten Zentrallager, von wo aus die Einsatzlager beliefert wurden. Berüchtigt wegen der schlechten Behandlung wurde das große Lager in der ehemaligen Karlskaserne in Budapest, wo auch ungarische Soldaten und Zivilisten interniert waren. ...

... Da der Kreis der unter Kategorie I Fallenden naturgemäß außerordentlich klein war - die "Führer" waren geflohen und die Angehörigen der Waffen-SS noch in Gefangenschaft - zog man alle irgendwie im Volksbund hervorgetretenen Personen zu dem Verfahren heran, ja man verurteilte sogar ohne jede Rechtsgrundlage Angehörige der Belasteten, z.B. Väter, deren Söhne in der Waffen-SS gedient hatten.
Im Laufe der Gerichtsverfahren - bei der Verhaftung, während der Untersuchungshaft und bei den Vernehmungen - kam es sehr oft zu Mißhandlungen und brutalen Ausschreitungen, da sowohl das Bewachungspersonal als auch die Richterkollegien zumeist aus fanatischen Deutschhassern bestanden.
... Bei der Taxierung und Einstufung in die einzelnen Strafklassen durch die Kreiskommission war aber auch oft neben kleinlichen Gehässigkeiten eine korrekte, wenn nicht gar großzügige Haltung zu beobachten. Überhaupt wird das Gesamtschicksal des ungarländischen Deutschtums in dieser Zeit nicht so durch die erlittenen Ausschreitungen und körperlichen Mißhandlungen charakterisiert, als vielmehr durch zermürbende Unsicherheit. ...
Typisch war bei allen Formen der Besitzübernahme die plötzliche Vertreibung vom Hofe. Um zu verhindern, daß der Enteignete Möbel, Haushalts- oder Wirtschaftsgeräte zu Bekannten schaffte oder verkaufte, ließ man ihn völlig im unklaren darüber, ob und wann die Verweisung aus dem Hause erfolgte. Die plötzlich aus ihrem Anwesen verjagten erhielten nur eine armselige Ausstattung an Hausgeräten und Bekleidung und waren auf die Hilfe von Verwandten und Bekannten angewiesen, bis sie ihren Lebensunterhalt als Knecht oder Gelegenheitsarbeiter wieder selbst verdienen konnten.
... Kurz nach dem Regimewechsel wurden fast ausschließlich nur Volksbundmitglieder von ihrem Hof gejagt, eine zweite Enteignungswelle lief dann nach der Ernte im Sommer 1945 an.
... Ab Frühjahr 1946 wurde dann vielfach nicht mehr umgesiedelt, sondern ausgewiesen, da sich inzwischen die auf Grund des Potsdamer Abkommens mögliche Ausweisung als die geeignete Lösung für die Ausschaltung der mißliebigen Deutschen gefunden hatte.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über die Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Internierungslager in Jugoslawien (x006/-107E-112E): >>Die allgemeine Internierung aller in ihren Heimatorten gebliebenen Jugoslawiendeutschen, soweit sie nicht schon in die Arbeitslager oder in die Gefängnisse der OZNA, des jugoslawischen NKWD, eingeliefert worden waren, setzte in der nordwestlichen Batschka ein, nachdem bereits im Dezember 1944 die Deutschen in einem Streifen der südlichen Batschka interniert worden waren.
Seit Anfang März 1945 wurde in der nordwestlichen Batschka die deutsche Bevölkerung in den bereits bestehenden Lagern oder in neugeschaffenen Ortslagern konzentriert. Die gleichen Maßnahmen wurden anschließend allgemein in der Batschka und auch im Banat, im Süden um den 26.-27.03.1945, sonst durchweg bis zum 18.-19.04.1945 eingeleitet. Um die deutsche Bevölkerung in Ortslagern zusammenzufassen, wurde meist ein bestimmtes Viertel oder auch nur eine Häuserzeile (Gasse) von allen Bewohnern geräumt und unter scharfe Bewachung durch Partisanen gestellt.
... Damit blieb die beliebig einsetzbare Arbeitsreserve der arbeitsfähigen Deutschen auch den neuen Behörden für ihre vielfältigen Zwecke erhalten. Schließlich läßt sich die allgemeine Internierung der Deutschen, die zur Räumung ganzer Ortschaften oder Ortsviertel in gemischtsprachigen Wohnorten führte, mit der Beschaffung von Unterkunftsmöglichkeiten für die seit Sommer 1945 nach der Verkündung der Agrarreform eintreffenden Neusiedler aus den wirtschaftlich rückständigen Gegenden Jugoslawiens in Verbindung bringen. ...
Der systematische Charakter der Aktion drückte sich auch in der Einteilung der Lager in 3 Gruppen: Zentralarbeitslager, Ortslager und Konzentrationslager für Arbeitsunfähige aus. Der Unterschied zwischen den Zentralarbeitslagern, in denen vornehmlich arbeitsfähige Männer

zu Gruppen zusammengefaßt und den Arbeiter anfordernden Stellen zur Verfügung gestellt wurden, den Ortslagern, in denen die gesamte deutsche Bevölkerung einer Ortschaft abgesondert wurde, und den Konzentrationslagern für Arbeitsunfähige trat seit dem Herbst 1945 immer schärfer zutage.
Wegen der hohen Sterblichkeitsrate der Zwangsarbeit leistenden arbeitsfähigen Männer und Frauen, der unablässigen Mißhandlungen und mangelhaften Ernährung aller internierten Deutschen schwoll vor allem die Zahl der Arbeitsunfähigen, der Kranken und Verletzten, neben den Alten, Frauen und der Kinder bis etwa zum 12. Lebensjahr stark an. Parallel dazu stieg die Zahl der Todesfälle unter denen, die von Alter, Krankheit und Entbehrung schon besonders geschwächt waren, in allen Lagern steil an.
In den großen Lagern für Arbeitsunfähige, Gakovo, Krusevlje und Jarek für die Batschka, Rudolfsgnad und Molidorf für das Banat, starben Tausende, deren Plätze sogleich wieder Neuankömmlinge einnahmen.
In Rudolfsgnad, mit durchschnittlich 20.000 Insassen, starben von den ca. 33.000 Volksdeutschen, die zwischen dem Oktober 1945 und dem März 1948 in das Lager aufgenommen wurden, fast 10.000, d.h. ein Drittel; der monatliche Höchststand an Todesfällen kletterte im Gefolge einer Fleckfieberepidemie im Februar 1946 auf ca. 1.300. In Jarek wurden mehr als 6.000 Tote registriert; ähnlich wurde in Gakovo und Krusevlje die Zahl der Internierten durch Todesfälle, die durch Hungerödeme, Typhusepidemien, Mißhandlungen verursacht waren, reduziert.
Ärztliche Hilfe konnte in allen Lagern nur unzureichend geboten werden. ... Auf sanitäre Einrichtungen, Möglichkeiten des Kochens, der Kinder- und Krankenpflege wurde kein Wert gelegt, so daß oft Hunderte von Bauernfamilien in wenigen Höfen und Scheunen oder z.B. Hunderte von Männern in der Molkerei von Groß-Kikinda, die als Arbeitslager diente, hausen mußten.
Die Verpflegung in den Lagern war äußerst mangelhaft. Gewöhnlich gab es Kesselkost, jedoch in sehr geringen Mengen und oft ohne Salz und Fett zubereitet. Die Mahlzeiten bestanden in monotoner Gleichmäßigkeit aus Maisschrot- oder Röstmehlsuppen, Polentabrei (Maisbrei), auch aus Maisbrot mit Tee.
In Rudolfsgnad wurden z.B. im Dezember 1945 pro Person 2,5 kg Maismehl, 1 Krautkopf und 4 dkg Salz ausgegeben, im Januar 1946 nur 223 dkg Maisbrot und 7 dkg Salz. Im Winter 1945/46 kam es jedoch im gleichen Lager vor, daß 5 Tage lang überhaupt keine Lebensmittel ausgegeben wurden und die Insassen dem Hunger überlassen blieben.
Ähnliche Verhältnisse herrschten auch in allen anderen Konzentrationslagern für Volksdeutsche: In Gakovo, Krusevlje, Molin, Mitrovica, Valpovo, Krndija und Jarek. Die Sterbeziffern wären daher ohne Zweifel noch höher angestiegen, wenn nicht in den Ortslagern ein Teil der aufgespeicherten Ernte - meist trotz strenger Verbote - irgendwie verwertet, bzw. Lebensmittel in die Lager geschmuggelt oder außerhalb erbettelt worden wären. ...
Wenn man die Lager für Arbeitsunfähige außer Betracht läßt, in denen die Insassen oft nur noch von Tag zu Tag dahinvegetierten, so sind alle Internierten dauernd zu Zwangsarbeiten verwendet worden.
Die Verwaltung der Lager oblag seit dem Frühjahr 1945 den Abteilungen für Lager bei den Bezirksverwaltungen, die wiederum den Sektionen für Lager in den Innenministerien der Volksrepubliken unterstellt waren. Anstelle der aus Partisanen bestehenden Wachmannschaften traten Milizposten oder Einheiten der Volksarmee unter Aufsicht von Lagerdirektoren. ...
Gewöhnlich in Gruppen, unter Bewaffnung bewaffneter Partisanen, später eines Aufsehers, wurden die arbeitsfähigen Männer und Frauen zuerst zu Aufräumungs- und Straßenarbeiten

eingesetzt, dann an Fabriken, Staatsgüter und Bauern gegen ein gestaffeltes Entgelt an die Lagerleitung von täglich bis zu 100 Dinar pro Person "ausgeliehen". ...
Auch hier bewährte sich in zahlreichen Fällen die Hilfsbereitschaft der andersnationalen Bevölkerung, die die aus den Lagern gemieteten "Schwaben" freundlich und verständnisvoll behandelte und ihnen reichlich zu essen anbot. Auf diese Weise konnten viele Deutsche nach den Monaten der Entbehrung wieder etwas zu Kräften kommen, anderen Lagerinsassen mit Lebensmitteln helfen und bisweilen auch Vorräte und etwas Geld für die Flucht über die Grenze nach Ungarn sparen. ...
Die demütigende Verpachtung der Arbeitskraft, die scharfen Kontrollen beim Verlassen und Betreten des Lagers, die unerbittliche Bestrafung, wenn das Einschmuggeln von Lebensmitteln entdeckt wurde, all das hat freilich den lastenden Druck des Lagerdaseins nicht schwinden lassen.
Eine der traurigsten Erscheinungen in der Geschichte der Lager ist die Behandlung der Kinder. Sobald sie das 13. oder 14. Lebensjahr erreicht hatten, wurden sie zur Arbeit eingesetzt. Seit der allgemeinen Internierung wurden auch alle Kinder in die Ortslager getrieben.
Oft waren die Väter zum Militär eingezogen oder erschossen, die Mütter nach Rußland deportiert, so daß die Kinder ganz auf sich gestellt waren oder allenfalls von Verwandten betreut wurden.
In den Ortslagern wurden die Kinder jedoch bald rigoros von ihren Angehörigen getrennt und in die großen Konzentrationslager für Arbeitsunfähige überführt, wo sie als sog. elternlose Kinder galten und ihr Aufenthalt auf eigens abgetrennte Kinderbezirke innerhalb des Lagers eingeschränkt wurde. Krankheit, Hunger und Verwahrlosung forderten einen hohen Todeszoll, zumal da auch mitinternierte Verwandte oder hilfsbereite Lagerinsassen die Kinder abgeben mußten und jeder Kontakt mit ihnen untersagt wurde.
Wenn man sich vor Augen hält, daß am 30.4.1946 die Belegschaft des Konzentrationslagers Rudolfsgnad zu 46 % aus Jungen und Mädchen unter 14 Jahren bestand, läßt sich das Elend dieser hilflosen Kinder erst deutlicher ermessen.
Seit dem Frühsommer 1946, - in Rudolfsgnad z.B. nach der Fleckfieberepidemie im Juli, in Gakovo Ende Juni -, wurden in den Konzentrationslagern, z.T. ganz überraschend Kindertransporte zusammengestellt und der Obhut von staatlichen Kinderheimen übergeben, die verstreut über das gesamte Staatsgebiet in Mazedonien, Montenegro, Slowenien oder Kroatien lagen. ...
Dieser Versuch einer bewußten "Umvolkung" der volksdeutschen Kinder kam erst zu einem Ende, als Vereinbarungen zwischen dem Roten Kreuz der FVR Jugoslawien und der Bundesrepublik Deutschland auch den deutschen Kindern der staatlichen Heime im Rahmen der Familienzusammenführung die Reise nach Deutschland ermöglichten.<<
Das Bundesarchiv Koblenz berichtet im Jahre 1974 über die Massenverhaftungen und Zwangsarbeit in Jugoslawien (x010/50): >>Anfang Mai wurden die Deutschen in Lager verbracht, wo ebenfalls - wie z.B. in Valpovo - Erschießungen stattfanden.
Aus dem Anfang Mai des Jahres 1945 besetzten Slowenien sind Massenerschießungen im Gebiet der Untersteiermark nach Verhaftungen der dort verbliebenen Deutschen überliefert, und zwar in der Gegend von Rann zusammen mit einer großen Anzahl von Kriegsgefangenen, darunter auch kroatischer und slowenischer Nationalität, am Stadtrand von Cilli und Gonobitz, in Windisch-Feistritz und Mahrenberg, in den Panzergräben bei Marburg-Tetzno, bei einer Massenerschießung von kroatischen Ustaschen sowie in der Männerstrafanstalt Marburg an der Drau; hier wurden am 6.12.1945 als Vergeltung für die Explosion eines Munitionswagens, die als deutscher Sabotageakt ausgelegt wurde, 200 bis 300 Deutsche erschossen.
Die gesamte verbliebene deutsche Bevölkerung war Ende 1945 in Lagern interniert oder in Gefängnissen inhaftiert. Eine gesetzliche Maßnahme für die Internierung war nicht gegeben,

sieht man von dem Beschluß des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens (AVNOJ) vom 21.11.1944 ab, der die Ausbürgerung und Enteignung jener Personen deutscher Volkszugehörigkeit vorsah, die nicht in den Reihen der Partisanen gekämpft hatten.
Es bestanden Ortslager und Zentralarbeitslager für Arbeitsfähige. Die Gesamtzahl der Lager und Gefängnisse ist mit rd. 1.500 anzunehmen.
Es ... handelte sich bei der Mehrzahl der Lagerinsassen um Frauen, aber auch Kinder und Säuglinge traf das Schicksal der Internierung. Die Lagerverhältnisse entsprachen jenen, wie sie aus den anderen Vertreibungsgebieten beschrieben worden sind. Auch hier fanden nach den Massenliquidationen von Oktober und November 1944 noch einzelne Erschießungen statt. Mißhandlungen brutalster Art durch Auspeitschungen gehörten zum Alltag des Lagerlebens. Die Mehrzahl der Todesfälle war auf unmenschliche Verhältnisse, auf unzureichende Ernährung, mangelhafte ärztliche Betreuung und auf die hierdurch entstandenen Seuchen zurückzuführen. ...<<

Frankreich: Ein gefangener Wehrmachtsgeistlicher berichtet im Oktober 1945 über den Hungertod im Lager Guerlain (x130/177): >>... Zwei französische Offiziere gingen mit uns ins Revier. Eben war ein Kamerad verhungert. Sie sahen sich das völlig ausgedorrte Skelett ohne Muskulatur an. Daneben lag ein Verhungernder, nur Haut über Knochen.
Wortlos, wirklich erschüttert, gingen die Franzosen davon. Sie sagten zu mir: "Das haben wir nicht gewußt. Was können wir tun?" Sie zeigten also Menschlichkeit, und es ist einiges besser geworden. ...<<

01.11.1945

WBZ: Die Herner Schulaufsicht bittet den Regierungspräsidenten von Arnsberg am 1. November 1945 um Hilfe (x117/67): >>... Für den Unterricht ... stehen 15 Schulhäuser zur Verfügung, davon können beim Eintritt kalter Witterung aber nur 7 gebraucht werden, weil diese Schulgebäude verglast sind und mit den Restbeständen an Koks, der aus den Vorjahren noch in den Schulen lagert, beheizt werden können.<<

04.11.1945

Berlin: Während einer gemeinsamen Kundgebung von KPD und SPD fordert der KPD-Politiker Anton Ackermann (1905-1973, eigentlich Eugen Hanisch) am 4. November 1945 demokratische Schulreformen (x111/100): >>... Unser Erziehungsziel ist der wahre Humanismus, worunter wir die Erziehung zu einer lebendigen und kämpferischen Demokratie, zu schöpferischer, friedlicher Leistung des einzelnen für das Volksganze, die Erziehung zur Freundschaft unter den friedliebenden Völkern, zum aufrechten, freiheitlichen, fortschrittlichen und selbständigen Denken und Handeln verstehen.<<

WBZ: Der deutsche Philosoph Karl Jaspers (1883-1969) schreibt am 4. November 1945 in der "Neuen Zeitung" über die Schuld der Deutschen am Nationalsozialismus (x111/100): >>... Jetzt in der Not spüren wir stärker als je: Die hohen Geister unserer Ahnen wollen wieder zu uns sprechen und die verführenden inhumanen Idole durchleuchten.
Hitler-Deutschland ist nicht unser Deutschland. Aber Deutschland hat dieses Regime hervorgebracht, hat es geduldet und hat, zu großen Teilen aktiv oder durch Furcht gezwungen, mitgemacht. Wir können uns nicht entziehen. Wir sind es selber und sind es doch gar nicht ... Geistig ist auf dem Gebiet des politisch unglücklichen, unter Bismarck nur scheinbar glücklichen Deutschland trotz allem das Herrlichste erwachsen. Daran dürfen wir uns halten.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Karl Jaspers (x051/284): >>Jaspers, Karl, geboren in Oldenburg 23.2.1883, gestorben in Basel 26.2.1969, deutscher Philosoph; Medizinstudium, 1909-15 an der Psychiatrischen Klinik in Heidelberg, 1916 Professor für Psychologie, 1922 für Philosophie in Heidelberg.
Jaspers machte sich sowohl als Psychologe ("Allgemeine Psychopathologie", 1913) wie als Existenz-Philosoph ("Die geistige Situation der Zeit", 1931) einen Namen. Seine "vernünfti-

ge" Weltsicht vertrug sich nicht mit dem Nationalsozialismus, der ihm Verkennung der "vitalrassischen Grundlage" aller Weltanschauung vorwarf und seine Ablehnung allgemeiner Verhaltensrezepte als "Verkörperung der Ratlosigkeit" denunzierte.
Jaspers erkannte zunächst weder die Gefahr für sich noch für die Freiheit der Wissenschaft; er nannte die nationalsozialistische Machtergreifung eine "Operette" und Hitlers Herrschaft "einen schlechten Spuk". 1937 wurde er wegen seiner jüdischen Frau nach dem Berufsbeamtengesetz in den Ruhestand versetzt, 1938 folgten Publikationsbehinderungen und 1943 Schreibverbot. Der schon vorbereitete Selbstmord blieb dem Ehepaar Jaspers erspart, da US-Truppen Heidelberg vor der drohenden Deportation erreichten (30.3.45).
In seiner Schrift "Die Schuldfrage" (1946) wandte sich Jaspers gegen die These von einer deutschen Kollektivschuld, bejahte aber eine politische Haftung. 1948 folgte er einem Ruf nach Basel.<<

05.11.1945

SBZ: Der 15jährige Kurt N. berichtet über die Internierung im sowjetischen Lager Ketschendorf bei Fürstenwalde (x126/56-57): >>Für 3 Tage kam ich wieder nach Cottbus, dann erfolgte in den Morgenstunden des 5. November ein neuerlicher Transport mit unbekanntem Ziel. Es war eine Gruppe von etwa 50 Mann, in deren Mitte ich mich auf einem offenen LKW befand. Aus der Luke des Fahrerhauses bewachte uns ein Soldat mit MP.
Wir wußten nicht, wo wir uns befanden, als wir noch in der Dunkelheit den LKW verließen. Grünbemützte Posten führten unsere Gruppe durch eine "Schleuse" in eine von Stacheldraht, Wachtürmen und einem Bretterzaun umgebene Wohnsiedlung aus zweigeschossigen Häusern: das Lager Ketschendorf.
Wir mußten nackt an den Russen in weißen Ärztekitteln vorbeimarschieren und wurden gefilzt. Danach brachte man uns zum Entlausen in den Keller eines Hauses am Ende des Lagers. Hier hatte ich den ersten entsetzlichen Eindruck. Nackte, abgezehrte Gestalten saßen da und warteten auf ihre dünne, abgerissene Kleidung, die sich in der Hitze einer Entlausungskammer befand. Es waren Gefangene, die schon seit Wochen und Monaten, vielfach seit dem frühen Sommer dem Hunger ausgesetzt und in der Mehrheit von Krankheit und den unmenschlichen Lagerbedingungen gezeichnet waren. Alle waren an Kopf und Körper kahlgeschoren.
Wer von den Neuankömmlingen noch nicht glatzköpfig war, verlor hier seine Haare. Der Anblick dieser Gestalten in dieser Entlausung zählte zu den nachhaltigsten Eindrücken, die ich in der ersten Zeit im Lager gewann. Nie zuvor sah ich so etwas. Ich fand ähnliches später nur in den Bildern aus Nazi-KZs wieder.
Die Temperaturen bei der Entlausung reichten in der Regel nicht aus, um alles Ungeziefer zu töten. Oft genug hatten wir später den Eindruck, daß die Läuse durch die Wärme schneller aus den Nissen krochen, sich die Plage mit allen Arten von Ungeziefer durch die sich in Abständen wiederholenden Entlausungen nur noch vergrößerte. Kleider- und Kopfläuse, Flöhe und Wanzen wurden wir nicht los. Andererseits machten die Entlausungen unsere Kleider brüchig und verkürzten ihre Lebensdauer.
Zum Zeitpunkt meiner Einlieferung mögen reichlich 30 Jugendzüge im sogenannten Haus 1 existiert haben. ... Jeder Zug bestand aus 50 Mann ... Während der ersten Tage fand ich nur einen Platz auf der oberen Treppe im schon kalten Hausflur. Auf den Treppenstufen schlief ich auch.
Dann wurde ich dem Keller 7 zugeteilt. ... In jedem der größeren Räume und den Kellern, kaum größer als jeweils 18 Quadratmeter, lebten in unbeschreiblicher Enge 40 bis 50 Mann. ... Wir hatten in allen Räumen gerade Platz genug, wie in einer Sardinenbüchse nachts auf der Seite zu liegen und uns gemeinsam umzudrehen, wenn dazu von jemandem der Ruf kam. ...<<

USA: Die US-Zeitschrift "TIME" rechtfertigt am 5. November 1945 die Vertreibung der Su-

detendeutschen (x028/57): >>Die 3 Millionen Sudetendeutschen, die jetzt zu Europas Millionen elender Verschleppter hinzukommen, hatten sich in Massen erhoben, um die Tschechen zu verraten. ...<<

06.11.1945

WBZ: Senator Landahl erklärt am 6. November 1945 anläßlich der Wiedereröffnung der Hamburger Universität (x111/101): >>... Wir Deutsche wollen der bitteren Wahrheit mutig ins Auge sehen und uns keinen billigen Selbsttäuschungen hingeben. Nur so werden wir Haltung und Würde angesichts des Zusammenbruches finden und bewahren.<<

08.11.1945

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 8. November 1945 aus Bayern (x124/60): >>... Ausländer sind die Privilegierten im Lande. Deutsche werden von Haus und Heim verjagt. Sieger sitzen über Besiegte zu Gericht, aber Millionen werden im Osten zu Tode geschunden, Freiwild im eigenen Land. Niemand fragt danach.<<

09.11.1945

SBZ: Während einer gemeinsamen Kundgebung von KPD und SPD fordert der KPD-Politiker Wilhelm Pieck (1876-1960) am 9. November 1945 in Weimar (x111/101-102): >>... Einen neuen Staat mit einer neuen Demokratie zu schaffen, und einen neuen Staatsapparat, wobei ... den antifaschistisch-demokratischen Kräften, insbesondere der Arbeiterklasse, der bestimmende Einfluß gesichert werden (soll). ...

Es lebe die brüderliche Zusammenarbeit der Kommunisten und Sozialdemokraten mit dem Ziel ihrer Vereinigung in einer einheitlichen Arbeiterpartei.<<

10.11.1945

WBZ: Der deutsche Philosoph Karl Jaspers (1883-1969) schreibt am 10. November 1945 in der neuen Monatsschrift "Die Wandlung" (x111/102): >>Haben wir wirklich alles verloren? Nein, wir Überlebenden sind noch da. Wohl haben wir keinen Besitz, auf dem wir ausruhen können, auch keinen Erinnerungsbesitz; wohl sind wir preisgegeben im Äußersten; doch daß wir am Leben sind, soll einen Sinn haben. Vor dem Nichts raffen wir uns auf ... Niemand von uns ist Führer, keiner ist Prophet. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtet damals über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/-30-31): >>Ein richtiges Lager ist entstanden, das Flüchtlingslager Friedland. Die Zelte sind englischen Wellblechbaracken gewichen. Noch nicht entlassene deutsche Kriegsgefangene und DRK-Schwestern helfen den unendlich langen, kaum versiegenden und fast nie abreißenden Strömen von Flüchtlingen, hier ein erstes Unterkommen zu finden, sich etwas auszuruhen und möglichst auch einen Zug zu erreichen, der sie mitnimmt. Irgendwohin.

In einem großen Schweinestall des Universitätsgutes ist eine Behelfsküche eingerichtet worden, in der Suppen und Kaffee gekocht werden. ...

Kein Dorf ist diesem Ansturm gewachsen. Der winzige Flecken Friedland erst recht nicht. ...

Der erste Mensch wurde im Lager geboren, die ersten sind nun auch gestorben. In der Zeit vom 4. bis zum 10. November gab es nicht weniger als 5 Tote. Todesursache: Erschöpfungszustand, Herzschwäche, Fluchtstrapazen.

Bis hierher sind sie gekommen. Bis zu diesem fremden Ort, von dem sie nie in ihrer ostdeutschen Heimat gehört hatten, wurden sie von den müden und wunden Füßen geschleppt. Bis Friedland hatte das Herz alle Anstrengungen ungewohnter Art ertragen.

Nun aber ging es nicht weiter. Der Tod kam und sagte "Halt". Niemand konnte sie nun jagen, wohin es gefiel. Niemand vermochte ihnen zu befehlen, das Bündel aufzunehmen und wieder weiter zu wandern, immer weiter. Wohin eigentlich? Keine Behörde und keine Uniform hat über diese mehr zu verfügen. Sie gehorchen einfach nicht mehr. Ein Stärkerer als alle Gewaltigen der Welt kam und nahm sie in seine Arme. Fast liebevoll. Als wollte er ihnen den weiteren, dornigen Weg ersparen.

Sie starben fern der Heimat, die sie so sehr geliebt hatten. Sie starben, kaum daß jemand Notiz nahm. Keine Zeitung meldete ihren Tod. Es wurde überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Denn sie waren Flüchtlinge, einfache Menschen irgendwo aus einer ostdeutschen Provinz.
... Sie wurden in Friedland beerdigt, als bereits lange alle Kanonen schwiegen, aber noch immer Siegesfeiern veranstaltet werden. ...<<

Großbritannien: Die Londoner Wochenzeitung "The Economist" berichtet am 10. November 1945 (x028/119): >>... Es ist eine unangenehme, aber feststehende Tatsache, daß die Proteste der Westmächte gegen die sofort vorgenommenen Vertreibungen von Deutschen aus den Gebieten an Oder und Neiße und aus dem Sudetenland unwirksam waren. Die Vertreibungen gehen weiter.<<

11.11.1945

Berlin: Paradeformationen der alliierten Truppen feiern am 11. November 1945 im Berliner Tiergarten die Einweihung eines Ehrenmals der Roten Armee (x116/90).

Der SPD-Politiker Otto Grotewohl (1894-1964) erklärt am 11. November 1945 zur gegenwärtigen politischen Lage (x111/102-103): >>... Auch die deutsche Arbeiterklasse, so sehr wir uns der Befreiung von der Hitler-Diktatur erfreuen, ist unfrei geworden. ...
Man lasse uns genügend Land, um uns zu ernähren, genügend Rohstoffe zur Produktion unseres eigenen Bedarfs, und man lasse uns den Großbetrieb, der nicht der Kriegswirtschaft dient, ... um einmal zur Sicherung unserer zu schmalen Ernährungsgrundlage wieder zu einer Aus- und Einfuhr zu kommen.<<

Die SMAD verbietet sofort die Veröffentlichung dieser kritischen Rede.

WBZ: In Frankfurt wird am 11. November 1945 zum ersten Mal der US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" gezeigt.

Im Begleittext des Films heißt es (x116/113): >>Über 300 Lager: Todesfabriken, eins wie das andere, 20 Millionen Tote.
Tote in Nordhausen, verhungert und erschossen. Oft genug noch Lebende, oder besser, nur Halbtote achtlos unter die Leichen geworfen. Tote ... in Dachau: verbrannt, vergast, verhungert; in Auschwitz, vergast, erschossen und verhungert, und neben den gemordeten Müttern die Leichen neugeborener Kinder; in Ebensee verhungert; in Belsen verhungert und erschossen; in Mauthausen vergast, verhungert und erschossen; in Leipzig: verkohlt an den Hochspannungsdrähten ... –
Von den vielen Millionen überlebten nur wenige die Jahre der Pein.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über den US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" (x025/146-147): >>Als man 1945 daran ging, im Rahmen des amerikanischen Umerziehungsprogramms den KZ-Film "Todesmühlen" für das deutsche Publikum zusammenzustellen, vermerkte der Bericht des zuständigen Kriegsinformationsamtes vom 23.02.1945, der Initiator des Projekts, ein gewisser James Pollock, sei der Ansicht, "daß die Mehrzahl der Deutschen das Ausmaß der von Deutschen begangenen Greueltaten vermutlich wirklich nicht kenne und daß die Vorführung dieser Filme ihnen zu einem guten Teil erklären könne, warum die Alliierten sichergehen müßten, daß die Deutschen nicht noch einmal die Chance bekämen, einen Krieg anzuzetteln".
Der Schock und die spontane Entrüstung der meisten Zuschauer sprachen für Mr. Pollocks Ansicht und veranlaßten die US-Behörden zu dem Eingeständnis, daß der weitere Zweck des Filmes, nämlich "ein Gefühl der individuellen und kollektiven Schuld zu wecken, total verfehlt" worden sei.<<

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer schreibt später in ihrem Buch "Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte" (x310/191-192): >>... Als 1945 die Konzentrationslager befreit wurden, lud das Kriegsministerium der USA mehrere Hollywood-Mogule auf eine Tour nach Europa ein, darunter Harry Cohn, Jack Warner und Darryl Zanuck. Sie be-

suchten auch Dachau. Danach gaben sie eine gemeinsame Erklärung heraus:
Der Film könne helfen, "den Geist der Deutschen zu reinigen, ihre Haltung zu ändern und letztlich ihre Kooperation zu gewinnen". Filme seien "Frontkämpfer im psychologischen Krieg um Ideen".
Ein Produzent formulierte es später etwas flapsiger: "Donald Duck als Weltdiplomat." Washington gefiel das – Ein Senator sprach von einem "Marshallplan der Ideen".
Bereits in den fünfziger Jahren war Deutschland wieder der größte Exportmarkt für Hollywood geworden. ...<<
In Würzburg wird am 11. November 1945 ein Mahnmal für ermordete jüdische KZ-Insassen errichtet.
Luxemburg erhält am 11. November 1945 eine eigene Besatzungszone in Deutschland und übernimmt die deutschen Städte Bitburg und Merzig (x111/103).
Reinhold Maier (1889-1971, 1945 Mitbegründer der DVP, 1945-1952 Ministerpräsident von Württemberg-Baden, 1952/53 Ministerpräsident von Baden-Württemberg) notiert am 11. November 1945 in seinem Tagebuch (x105/290): >>... Das Wetter ist sehr schlecht, naßkalt. Täglich wachsen die Sorgen und das Elend der Bevölkerung.
Ein schlimmes Kapitel sind die vom Osten einströmenden Flüchtlinge (aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn) Millionen sind auf der Wanderung. In das Gebiet der amerikanisch besetzten Zone sollen zu den bisher 18 Millionen Menschen weitere 2 bis 3 Millionen kommen. Nordwürttemberg wird Anfang 1946 30 % mehr Menschen beherbergen als 1939. Denn es sind noch 400.000 Bombenflüchtlinge aus dem Rheinland und Westfalen im Lande und können den Rückweg nicht finden.
Woher die Ernährung nehmen für diesen neuen Zuwachs? Die ankommenden Familien bestehen meistens nur aus Frauen und Kindern. Was bisher angekommen ist, gehört noch zu den geschonten Deutschen, so schlimm ihr Schicksal ist. Die Schlesier, die im letzten Herbst vor den anrückenden Russen nach Österreich geflohen sind, von dort jetzt ausgewiesen werden, können den ganzen Weg mit der Eisenbahn zurücklegen. Aber die anderen müssen Hunderte von Kilometern zu Fuß gehen, bis sie eine Eisenbahnstation erreichen – wenn sie nicht vorher den Strapazen erliegen.
Auf dem Bahnhof in Schwäbisch Gmünd werden bis Januar 1946 nicht weniger als 185.000 Menschen erwartet für die 7 Kreise der Umgebung. Unser Staatsapparat ist wieder so weit organisiert, daß wenigstens das Allernotwendigste vorbereitet werden kann.<<
Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 11. November 1945 aus Bayern (x124/61): >>Die Franzosen haben die ersten 1.500 deutschen Kriegsgefangenen den Amerikanern zurückgegeben. Sie sehen wie Leichname aus den Greuellagern aus, berichten die keinesfalls deutschen Sympathien verdächtigen "Stars and Stripes": "Vor 4 Monaten waren sie anständig ernährt und ausgerüstet nach Frankreich zur Arbeit verschickt worden. Zurückgekommen sind ausgemergelte, sieche Gestalten, von denen es kaum glaublich erscheint, daß sie noch lebensfähig sind. Ein 47jähriger mittelgroßer Graukopf wog 40 kg."
Sie haben überall gearbeitet: in Bergwerken, Steinbrüchen, Bauernhöfen, Küchen usw. Im allgemeinen behandelte sie die Zivilbevölkerung freundlich, hingegen waren sie Mißhandlungen und Beraubungen durch das Wachpersonal ausgesetzt. Katastrophal wirkte sich der Hunger sowie der Mangel an ärztlicher Betreuung aus.
Der Chef des US-Gesundheitswesens, der soeben eine Rundreise durch die 4 Besatzungszonen abgeschlossen hat, schlägt vor, unsere Tagesrationen von 1.350 auf 1.550 Kalorien zu erhöhen. Unruhen, Hungerkrawalle und Epidemien würden sonst unweigerlich die Folge sein. Für einen normal beschäftigten Erwachsenen, keinen Schwerarbeiter, gelten 2.500 Kalorien als Ernährungsminimum.
... Bedeutet US-Politik nichts als Rache an den Deutschen? ... Leider nehmen Sieger wie die

Geschichte lehrt, allzu schnell die schlechten Eigenschaften der Besiegten an. ...<<

12.11.1945

Berlin: Die IRK-Hilfskommission berichtet am 12. November 1945 über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x028/127): >>Diese entwurzelten Massen wanderten über die Hauptstraßen, hungernd, krank und müde, oft voller Ungeziefer. Wo immer sie auftauchten, wurden sie weitergeschickt, bald in diese, bald in eine andere Richtung.

Nehmen Sie als Beispiel den Fall eines Schlesiers und seiner Frau. Sie kamen bis Mecklenburg, wo sie die offizielle Anweisung erhielt, nach Schlesien zurückzukehren. Der Mann ging zu seinem Karren zurück, setzte seine Frau darauf, die nicht mehr gehen konnte, und kehrte nach Schlesien zurück. Kaum waren sie angekommen, wurden sie sofort wieder ausgewiesen. ...

Oder denken Sie an die Kinder. Am 27.07.1945 kam im Westhafen von Berlin ein Schiff mit ... rund 300 fast zu Tode verhungerten Kindern an, die aus einem (polnischen) Heim im pommerschen Finkenwalde stammten. Kinder von 2 bis 14 Jahren lagen bewegungslos auf dem Schiffsboden, die Gesichter von Hunger gezeichnet, an Krätze leidend, von Ungeziefer zerfressen. Leib, Knie und Füße waren geschwollen - bekanntes Symptom des Hungers. ...<<

WBZ: Der Freiburger Polizeipräsident informiert am 12. November 1945 den französischen Stadtkommandanten über zahlreiche Überfälle (im wesentlichen Raubüberfälle und Mißhandlungen) von undisziplinierten marokkanischen Soldaten der französischen Armee (x111/103).

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 12. November bis zum 9. Dezember 1945 täglich nur 1.701 bzw. 1.521 Kalorien zugeteilt (x117/31).

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 12. November 1945 (x124/62): >>... Unter amerikanischen Auspizien (Schirmherrschaft) begann als erste Universität in der US-Zone die Heidelberger mit ihren Vorlesungen.

Aus der medizinischen Fakultät wurden 44 Ordinarien, aus der theologischen 6 entfernt. Ausländische Hörer müssen bevorzugt werden.<<

Großbritannien: Das Kriegsministerium läßt am 12. November 1945 nochmals alle britischen Kriegsgefangenenlager überprüfen, um die letzten sowjetischen Staatsangehörigen an die UdSSR auszuliefern (x133/204).

USA: Die US-Zeitschrift "TIME" berichtet am 12. November 1945 über völlig unterernährte ostdeutsche Kinder, die täglich in der britischen Besatzungszone eintreffen (x028/112-113): >>Diese ... deutschen Kinder büßen für Sünden, die ihre Eltern vielleicht begingen. Weggejagt aus einem polnischen Waisenhaus in Danzig, wurden sie in vollgestopften Viehwagen, ohne ärztliche Betreuung und beinahe ohne Lebensmittel, nach Deutschland zurückgeschickt.

Die Polen, deren Kinder vor gar nicht langer Zeit ähnlich aussahen, sind dabei, sämtliche Krankenhäuser von Deutschen, egal wie krank, zu säubern. ...<<

13.11.1945

WBZ: Der bayerische SPD-Politiker Wilhelm Hoegner (1887-1980) schreibt am 13. November 1945 in der "Süddeutschen Zeitung" über eine neue deutsche Verfassung (x111/103): >>Der Wiederaufbau Deutschlands ist, besonders in der amerikanischen Zone, bisher nach den Regeln des Föderalismus vor sich gegangen. Man ist von der örtlichen Selbstverwaltung folgerichtig zur Bildung von Staaten fortgeschritten.

Die nächste Stufe darf nicht ein Einheitsreich, sondern kann nur ein Bund freier Staaten sein, die von ihrer Unabhängigkeit nur so viel freiwillig preisgeben, als sie dadurch der Vorteile eines größeren Ganzen teilhaftig werden.

Jede verfrühte oder übersteigerte Bildung von Zentralinstanzen ruft die Gefahr der Hamsterung von Zuständigkeiten und damit die Wiederholung hervor von geschichtlichen Abläufen, an deren Ende immer die Tyrannei einer übermächtigen Zentralgewalt stehen wird. ...<<

Polen: Die polnische Regierung erläßt am 13. November 1945 ein Dekret über die Verwal-

tung der Wiedergewonnenen Gebiete (x003/95-96): >>... Art. 1. Solange es die außerordentlichen Bedürfnisse erfordern, wird für eine Übergangszeit ein Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete gebildet.
Art. 2. Die Tätigkeit des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete erstreckt sich auf die westlich und nördlich der Staatsgrenzen von 1939 gelegenen Gebiete.
Zum Aufgabenbereich des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete gehören:
a) die Ausarbeitung von Richtlinien für die Staatspolitik in den Wiedergewonnenen Gebieten sowie eines Planes für ihre Bewirtschaftung und die Überwachung seiner Ausführung,
b) die Durchführung einer planmäßigen Ansiedlungsaktion,
c) die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern, die ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse befriedigen,
d) die Verwaltung des ehemals deutschen Vermögens,
e) die Verwaltung der Wiedergewonnenen Gebiete, wobei der Zuständigkeit des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete alle Angelegenheiten unterstehen, welche außerhalb dieser Gebiete zur Zuständigkeit des Ministers für Öffentliche Verwaltung gehören ...
Art. 7. In den Wiedergewonnenen Gebieten üben die Wojewoden und Starosten - jeder in seinem Verwaltungsbereich - die oberste Leitung aller Zweige der staatlichen Verwaltung aus (Art. 2) und haben das Recht in diesem Bereich allen Behörden, Ämtern und amtlichen Organen innerhalb des in Art. 2 bezeichneten Aufgabenbereichs des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete Dienstanweisungen zu erteilen. ...<<
Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete ist auch für die planmäßige Ansiedlung von Polen zuständig.

15.11.1945

SBZ: Der 16jährige Manfred W. berichtet damals über die Haft im sowjetischen "Speziallager Nr. 3" in Bautzen (x126/185-186): >>Nach knapp 3 Wochen Einzelhaft wurde ich Mitte November mit etwa 60 weiteren Häftlingen ins sogenannte "Gelbe Elend" in Bautzen (ehemalige Landesstrafanstalt) verlegt. Die Zelle 40 im vierten Stock des Ostflügels war für mich und weitere 4 Häftlinge das Zuhause für die nächsten Monate.
5 Personen in einer Einzelzelle, man muß sich das vorstellen. Als "Betten" dienten eine ... Pritsche (mit 3 Etagen), das Zellenbett und ein paar Bretter auf dem Fußboden. ... Noch schlimmer fand ich jedoch den Kübel für das Verrichten unserer Notdurft: Jeden Morgen lief er über. Dazu kam die fürchterliche Langeweile in der Zelle.
Hunger litten wir ständig. Einmal am Tag gab es eine trübe Wassersuppe und für alle Zelleninsassen ein Brot. Oft bekamen wir Nudeln mit Fisch, und oben auf schwammen dicke Maden. Als Eßgeschirr dienten verrostete Konservendosen, in vielen Fällen aber auch Nachttöpfe. Man versuchte mit allen Mitteln, uns zu demütigen.
Unser täglicher Rundgang von 30 Minuten Dauer führte an der Anstaltskirche vorbei. Darunter befanden sich die berüchtigten Wasserzellen. Aus ihnen drang das Stöhnen derjenigen, denen man eine Aussage abpressen wollte. Ich habe persönlich 4 Stunden in so einer Zelle zugebracht. Von oben tropfte unablässig Wasser, Tropfen für Tropfen. Immer auf den Kopf. Damit man nicht ausweichen konnte, wurde man festgebunden. 4 Stunden wurden bei solch einer Quälerei zur Ewigkeit.
Unter der Kirche befand sich nach dem Hof zum Westflügel zu auch der sogenannte Isolator. Dort waren vorwiegend Häftlinge mit Gesichtsrose und Schweißdrüsenentzündung untergebracht. Länger als 2 Tage sah man in der Regel nicht dieselben Gesichter am Fenster. Der Tod hatte sie von ihren Qualen erlöst. ...<<

WBZ: In Dachau beginnt am 15. November 1945 der erste nordamerikanische Kriegsverbrecherprozeß.
Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (1882-1946, seit 1938 Chef des Oberkommandos der

Wehrmacht) schreibt am 15. November 1945 in Nürnberg (x023/187): >>Ich habe keine politische Rede Hitlers gehört, bevor er 1933 Reichskanzler war. Ich bewunderte den Staatsakt in der Garnisonskirche in Potsdam, mich beglückte das Verhältnis Hindenburgs zu seinem Kanzler. Ich bekannte mich positiv zur anbrechenden neuen Zeit; ich sah, daß meine stille, entsagungsvolle, vielmals vergeblich bemitleidete unermüdliche Organisationsarbeit an der Aufrichtung einer neuen Wehrmacht in Erfüllung gehen werde.
Ich sah auch manche mich abschreckende Schattenseiten in der Zeit von 1933 bis 1938; sie vermochten meinen Glauben aber nicht zu erschüttern; (denn) "wo viel Licht, ist auch Schatten", keine Geburt ohne schmerzhafte Wehen!
Der "Nur-Soldat" in mir neigte auch dazu, mir nicht all zu viele Gedanken zu machen, wie man das Abstoßende, das Kompromißlose, das Unduldsame beseitigen oder überwinden werde. Ich kam in meiner inneren Ablehnung schließlich zu dem Ergebnis: kümmere Dich um Deine Aufgabe als Soldat und nicht um Politik; dafür sind ja andere die berufenen Wächter der Menschenrechte! Das ist nicht Dein Tisch! ...<<
Die Bremer Polizei verzeichnet vom 1. Mai 1945 bis zum 15. November 1945 folgende Straftaten durch ehemalige polnische Zwangsarbeiter (x111/104):
>>Mord und Totschlag: 21 Fälle,
Raub und Plünderung: 268 Fälle,
Straßenraub: 109 Fälle,
Einbruchdiebstahl: 319 Fälle,
Diebstähle: 196 Fälle,
Fahrraddiebstahl: 557 Fälle,
Körperverletzung: 40 Fälle,
Erpressung: 9 Fälle,
Schwarzhandel: 29 Fälle und
Viehdiebstähle (Großvieh): 583 Fälle.<<
Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland beträgt die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. November 1945 (x111/104): >>Nach Frankreich 216.000 t, nach Belgien 216.000 t, in die Niederlande 133.000 t, nach Dänemark 140.000 t, nach Norwegen 77.000 t und nach Luxemburg 100.000 t.<<
Schweden: Als die Absicht der Regierung bekannt wird, deutsche Kriegsgefangene an die UdSSR auszuliefern, warnt eine große schwedische Zeitung am 15. November 1945 (x130/-195): >>... Schwedens Ruhm und Ehre stehen auf dem Spiel. ...<<

17.11.1945

Berlin: Das Sekretariat des Alliierten Kontrollrates schlägt am 17. November 1945 vor (x002/737): >>... daß die Ausweisung im Dezember 1945 beginnen und 10 % der Gesamtzahl der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung betragen könne.<<
WBZ: Im Lüneburger "Bergen-Belsen-Prozeß" verurteilt ein britisches Militärgericht am 17. November 1945 elf Angeklagte zum Tod. 1 Angeklagter erhält eine lebenslängliche Zuchthausstrafe und 14 müssen für 10-15 Jahre ins Gefängnis (x111/106).

18.11.1945

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat (AKR) ordnet am 18. November 1945 die Einführung der Einheitszeit an ("Zeit A" = Greenwicher-Zeit plus 1 Stunde).

19.11.1945

Ostdeutschland: Nach polnisch-sowjetischen Sonderverhandlungen besetzen polnische Truppen am 19. November 1945 die westlichen Oder-Gebiete um Stettin, Pölitz und Swinemünde (x039/229).
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die vermeintlichen "historischen Gebietsansprüche Polens" (x025/177): >>... Kaum hatte die polnische Regierung

1945 die Oder-Neiße-Linie erreicht, da verlangte ihr Beauftragter F. Stojanowski 1946 konsequenterweise die Elbelinie einschließlich Schleswig-Holstein sowie Hamburg, Magdeburg und Dresden als Brückenköpfe links der Elbe; die Gebiete zwischen Oder und Elbe sollten als Elbestaat bzw. Lausitzstaat integrierende Teile Großpolens werden.
Wenig bekannt sind die Versuche der Jahre 1945-1947, das ganze westliche Ufergebiet der Oder unter polnische Kontrolle zu bringen. Als Teilerfolg dieser eigenmächtigen Aktionen konnten die polnischen Expansionisten die sowjetische Duldung der Annexion von Stettin und Umgebung verbuchen – immerhin 800 qkm mit einer Vorkriegsbevölkerung von 440.000 Einwohnern, ein Gebiet von dem in den Potsdamer Beschlüssen nicht die Rede war. ...<<
Berlin: In den 59 Berliner Durchgangslagern treffen täglich ca. 30.000 Flüchtlinge und Vertriebene ein (x111/105).
20.11.1945
Berlin: Der Alliierte Kontrollrat (AKR) stimmt am 20. November 1945 dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/737).
Der AKR setzt ferner die "Umsiedlungsquoten" für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest, die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollen (x111/106):
Sowjetische Zone = 2.000.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 Vertriebene aus der CSR.
US-Zone = 1.750.000 Vertriebene aus der CSR und 500.000 Vertriebene aus Ungarn.
Britische Zone = 1.500.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten.
Französische Zone = 150.000 Vertriebene aus Österreich.
WBZ: In Nürnberg beginnt am 20. November 1945 der Prozeß gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher. Das Gerichtsverfahren wird in vier Sprachen (Englisch, Russisch, Französisch und Deutsch) geführt.
Ost-Mitteleuropa: Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa
Noch ehe der Alliierte Kontrollrat am 20. November 1945 einen Verteilungs- bzw. Ausweisungsplan für die Übersiedlung der Deutschen bekanntgeben konnte, hatten die polnischen und tschechischen Behörden schon längst mehrere hunderttausend Deutsche über die Oder-Neiße-Linie getrieben.
Die staatlichen Umsiedlungsorganisationen kümmerten sich gewöhnlich nicht um die Überwachung der zugesagten "humanen Umsiedlung", sondern man bemühte sich vor allem um die Beschlagnahmung des deutschen Eigentums und überwachte die Sicherung des zurückgelassenen Besitzes der Deutschen. Die Zerstörung von Vermögensgegenständen durch die deutschen Eigentümer und Plünderungen wurden grundsätzlich mit aller Härte durch Standgerichte bestraft.
Im Verlauf der Potsdamer Konferenz hatte man zwar ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten, aber obwohl die Vertreiberstaaten ständig versicherten, daß sie die Umsiedlungen vereinbarungsgemäß durchführen würden, hielt sich oftmals niemand an diese Zusagen.
Die schwersten Vertreibungsverbrechen ereigneten sich zwar bei den "wilden Austreibungen" vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens, aber auch im Verlauf der "planmäßigen Umsiedlungen" kam es zu zahllosen brutalen Mißhandlungen und völlig überflüssigen Gewalttaten. Diese Verbrechen wurden vielerorts von kriminellen Zivilisten, organisierten Banden und Eisenbahnern, aber auch sehr oft von Milizangehörigen, also von Hütern der öffentlichen Ordnung, begangen.
Die staatlich organisierte Aussiedlungsaktion der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas wurde mehrheitlich in den Jahren 1945 bis 1948 durchgeführt und endete zunächst im Jahre 1951.

In erster Linie wurden besonders lästige Elemente (arbeitsunfähige ältere Menschen, Behinderte, Kinder, unqualifizierte Arbeiter und bereits enteignete Deutsche) ausgesiedelt. Deutsche Spezialisten, die z.B. in der Versorgungswirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserwerke), in Krankenhäusern und Fabriken benötigt wurden, um die Produktion zu gewährleisten, wurden jahrelang von der Aussiedlungsaktion ausgeschlossen.
Im Winter 1945/46 wurden die Vertreibungstransporte unter besonders katastrophalen Umständen abgewickelt. Frauen, Kinder und alte Menschen wurden damals trotz eisiger Kälte ohne ausreichende Kleidung und Verpflegung in den Westen abgeschoben. Während der tagelangen Transporte in ungeheizten Viehwaggons erfroren oder verhungerten Tausende.
Diese Vertreibungskatastrophen wurden in der Nachkriegszeit kaum beachtet, denn im Verlauf des Zweiten Weltkrieges waren nicht wenige Menschen hoffnungslos abgestumpft und verroht. In den gnadenlosen Kriegsjahren hatte man zu viel Elend und Leid gesehen oder persönlich erlebt.
Erst nachdem die Nordamerikaner und Briten im Jahre 1946 energischer gegen die unmenschlichen Transportbedingungen protestierten, wurde die Behandlung der deutschen Vertriebenen erträglicher und die Sterblichkeits- und Krankheitsrate sank beträchtlich.
Die Massenvertreibung der Ost- und Volksdeutschen verstieß zweifelsfrei gegen das damalige Völkerrecht (u.a. "Verbrechen gegen die Menschlichkeit"). Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte.

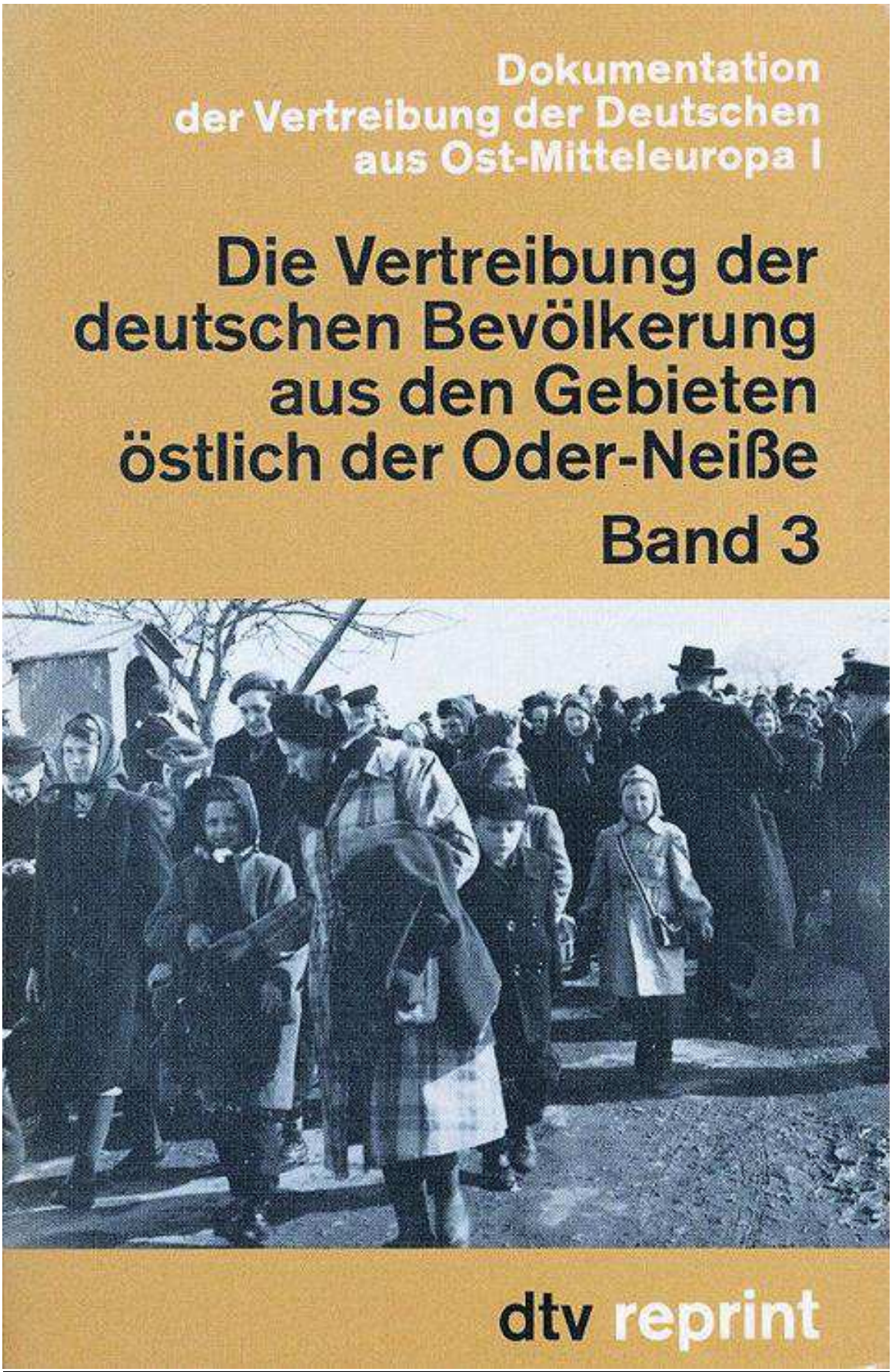


Abb. 73 (x003/Titelblatt): Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung …

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/-136E-140E,143E-147E): >>Obwohl die Ausweisung der deutschen Bevölkerung östlich der Oder-Neiße-Linie nur die Endphase jener Ereignisse darstellt, die insgesamt die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung ausmachen, und obwohl sie für viele Betroffene geradezu das Ende eines unerträglichen Zustandes und die Erlösung von unsäglichen Verfolgungen und Leiden heraufführte, ist sie das eigentliche Zentralereignis im Vertreibungsschicksal der Ostdeutschen.

Alle vorhergegangenen Ereignisse werden ... zum Gesamtprozeß der Vertreibung gehörig betrachtet, weil sie am Ende alle in der Ausweisung mündeten. Entweder waren sie, wie die Verfolgungen und Diskriminierungen unter russischer und polnischer Herrschaft, der Ausweisung unmittelbar vorangegangen und hatten teils bewußt auf sie hingezielt, oder sie erhielten, wie die Flucht vor der Roten Armee, erst durch den Beschluß der Ausweisung den Charakter der gewaltsamen Vertreibung.

Der Beschluß der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung der aus den Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion und den Vertretern Polens (der Tschechoslowakei sowie Ungarn) gewissermaßen als ein Nebenereignis hervorgegangen war, wird durch die Lawine von Ereignissen, die er auslöste, für den rückschauenden Betrachter zu einer der folgenreichsten Maßnahmen, die am Ende des Krieges getroffen worden sind.

Aus den Bemühungen, den Ansprüchen Sowjetrußlands auf Ostpolen Genüge zu tun, und dort gleichzeitig ein starkes Polen zu schaffen und dessen Gebietsverlust im Osten durch einen erheblichen Zuwachs im Norden und Westen auszugleichen, war die Idee der Oder-Neiße als polnische Westgrenze entstanden. ...

Das Ganze erschien dann nur als harmloser und durchaus nicht unmenschlicher "Bevölkerungsaustausch" oder "Bevölkerungstransfer". Die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung war so das Schlußglied einer langen Kette von Neuordnungen auf der politischen und ethnographischen Landkarte Ostmitteleuropas, die in Ostpolen ihren Anfang nahm, aber allesamt auf der Voraussetzung der Übergabe Ostdeutschlands an Polen basierten.

Es muß hinzugefügt werden, daß die Forderung der Annexion von Teilen Ostdeutschlands schon in der polnischen Kriegspolitik und Kriegspropaganda, unabhängig von der späteren Kompensationsidee, einen festen Programmpunkt bildete.

... Die ohnehin in jedem Kriege festzustellende Erhitzung der Stimmungen steigerte sich unter den Gegnern Deutschlands im Zweiten Weltkrieg durch die nationalsozialistischen Maßnahmen in den besetzten Gebieten und verstärkte die Neigung zu radikalen unüberlegten Gewaltmaßnahmen. Nur daraus kann man es verstehen, daß nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Westmächte sich zu einer Nachkriegspolitik bereit finden konnten, die die gewaltsame Aussiedlung von Millionen Menschen vorsah.

Wohl meldete noch vor Kriegsende auf der Konferenz von Jalta (Februar 1945) vor allem Churchill ernste Bedenken gegen ein solches Vorgehen an. Doch auch sie richteten sich nur gegen das übergroße Maß der polnischen Gebietsforderungen, nicht etwa prinzipiell gegen die Ausweisung als solche. Im Prinzip war man sich unter den Gegnern Deutschlands über die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung aus den an Polen abzutretenden östlichen Teilen des Reiches schon seit Teheran einig. Man meinte sogar, auf diesem Wege gleichzeitig ein für allemal mit dem deutsch-polnischen Minderheitenproblem "reinen Tisch machen" zu können ...

Zweifellos war auch die nationalsozialistische Politik nicht schuldlos daran, daß überhaupt Maßnahmen wie die der Umsiedlung und Verpflanzung millionenzähliger Volksgruppen als Mittel zur Erreichung einer politischen Neuordnung betrachtet wurden. Schon gleich nach dem deutsch-polnischen Krieg von 1939 hatte sie die Aussiedlung von Polen aus Westpreu-

ßen und der früheren Provinz Posen begonnen, diese Aktion allerdings sehr bald, bevor sie größere Ausmaße annahm, abgebrochen. ...
... Sowohl die von Hitler nach Osten vorgeschobene Grenze als auch die im Potsdamer Abkommen festgesetzte Oder-Neiße-Linie standen in krassem Widerspruch zur Nationalität der in diesem Gebiet Ostmitteleuropas lebenden Bevölkerung. Sie waren gerade entgegen allen nationalstaatlichen Gesichtspunkten entstanden, und man verschlimmerte diese Gewaltlösung nur noch, indem man nachträglich durch radikale Aus- und Umsiedlungen die so gröblich verletzte Einheit von Staats- und Volkstumsgrenzen wiederherstellen wollte. ...
Wie radikal diese Vorbereitung der Ausweisung während der Zeit der russisch-polnischen Verwaltung jenseits der Oder-Neiße-Linie geschehen war, wird höchst eindrucksvoll belegt durch den sich aus vielen Berichten ergebenden Eindruck, daß der Akt der zwangsweisen Ausweisung oft von den Betroffenen gar nicht mehr als jener gewalttätiger Eingriff empfunden wurde, der er doch war, weil schwerere und leidvollere Gewaltmaßnahmen vorhergegangen waren.
Die Einschüchterung und Niederdrückung der deutschen Bevölkerung waren so gründlich erreicht worden, daß die Ausweisung für sie bisweilen eine ganz andere Funktion erhielt; sie schien wenigstens im Augenblick die Möglichkeit zu bieten, ein Stück der verlorenen Heimat wiederzugewinnen, weil sie unter Deutsche nach Deutschland führte und in Lebensverhältnisse, die niemals schlechter sein konnten als das bisher Erlittene.
Für das Verständnis des Gesamtprozesses der Vertreibung ist es unerläßlich, diese Zusammenhänge in aller Deutlichkeit zu sehen und nicht etwa die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung lediglich vom Verlauf der Ausweisungsaktionen her zu betrachten und zu beurteilen. ...<<
>>... Als schließlich im Artikel XIII des Potsdamer Abkommens die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung offiziell verfügt wurde, war damit noch keineswegs über alle Fragen Klarheit geschaffen. So sagte dieser Artikel über das künftige Schicksal der deutschen Bevölkerung im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens überhaupt nichts aus, und die Ausweisung der Deutschen aus Polen wurde mit dem sehr undeutlich formulierten Satz begründet: "Die drei Regierungen ... erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß".
Eine Definition dessen, was unter Polen zu verstehen sei, enthielt der Artikel nicht. Nichts war darüber ausgesagt, ob die ostdeutschen Gebiete, die nur unter polnische Administration gestellt waren, davon betroffen sein sollten, was von den polnischen und sowjetischen Politikern einfach unterstellt wurde, während die Staatsmänner der Westmächte absichtlich oder unabsichtlich diese Unklarheit nicht aufhellten.
Im übrigen bestimmte der Artikel XIII des Potsdamer Abkommens, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung "in an orderly and humane manner" (d.h. in geordneter und humaner Weise) durchzuführen sei, und enthielt die Aufforderung an die polnische Regierung weitere Ausweisungen einzustellen, bis durch den Kontrollrat die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Besatzungszonen geprüft worden und ein Ausweisungsplan aufgestellt sei. An diese Beschlüsse hat sich die polnische Regierung jedoch wenig gehalten.
Obwohl der Ausweisungsplan des Kontrollrats erst am 17. Oktober 1945 unterzeichnet wurde, sind schon im August und September durch lokale polnische Behörden, vor allem in Oberschlesien, zahlreiche Deutsche in Lagern zusammengefaßt und in geschlossenen Transporten nach der sowjetischen Besatzungszone befördert worden. Im Oktober/November wurden diese Ausweisungen in vollem Maße auf Pommern und den Südteil Ostpreußens sowie auf Teile der ehemaligen Provinz Posen und Westpreußen ausgedehnt und wuchsen zu einer neuen Großaktion an.

Teils wurde die Bevölkerung ganzer Orte, teils nur die Nichtarbeitsfähigen betroffen, sehr oft auch die bäuerlichen Grundbesitzer. Die Ausweisung dieser letzteren stand offensichtlich im engsten Zusammenhang mit der Ankunft polnischer Siedler. In den Dörfern wird dieser Vorgang der Ausweisung der Bevölkerung sehr deutlich. Tage und Wochen nachdem die Polen die Höfe besetzt hatten, oft nachts oder in den frühen Morgenstunden, binnen einer halben Stunde oder nur 10 Minuten, wurden die Bauern plötzlich zum Verlassen ihrer Wohnung gezwungen.
Es war ihnen kaum möglich, außer der notwendigen Bekleidung noch irgend etwas Brauchbares mitzunehmen. Gepackte Koffer oder Rucksäcke mußten in den Wohnungen oder auf dem Sammelplatz zurückgelassen werden, eine willkommene Beute mancher polnischer Neubauern oder der Dorfmiliz. Nur selten kam es vor, daß die Ausweisung Tage vorher angekündigt wurde.
In Oberschlesien vollzog sich die Ausweisung im Herbst 1945 meist in der Weise, daß die aus ihren Wohnungen Vertriebenen zunächst in Lagern gesammelt wurden, die sich in der Regel in den Kreisstädten befanden. Dort mußten sie in völlig überfüllten Baracken oder Fabrikräumen ohne ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln Wochen und Monate vegetieren. Polen und Russen sortierten die noch Arbeitsfähigen aus. Alle übrigen wurden zu Transporten zusammengefaßt, zu 60-70 Personen in einen Güterwagen verladen und in einer Fahrt von meist mehr als 2 Wochen nach Westen abgeschoben.
Ähnlich war es in Pommern, wo die Bevölkerung meist in der Mitte der Ortschaften, mitunter sogar in der Kirche zusammengetrieben wurde. Von dort ging es im Fußmarsch zum nächsten Verladebahnhof, wo entweder geschlossene Transporte zusammengestellt oder einzelne Güterwagen an fahrplanmäßige Züge angehängt wurden. Sammellager war ab Oktober 1945 das Grenzübergangslager Scheune bei Stettin, wohl das berüchtigste aller Vertriebenenlager, wo im Herbst und auch noch im Frühjahr 1946 Gewalttaten, Plünderungen und Willkürakte einzelner Posten und Milizangehöriger an der Tagesordnung waren.
Auch im südlichen Ostpreußen war es im wesentlichen das gleiche Bild: Plötzliche Ausweisungsbefehle, lange Elendsmärsche der Vertriebenen nach den Sammelstellen und Bahnhöfen, Gepäckkontrollen und während der Bahnfahrt fortgesetzte Plünderungen durch ganze Scharen von Polen, die meist die langen Wartezeiten der Transportzüge auf den Bahnhöfen für ihre Zwecke ausnützten, teils sogar auf die fahrenden Züge sprangen und überall panikartige Angst hervorriefen. Auch zahlreiche Todesfälle ereigneten sich infolge der oft mehrere Wochen dauernden Transporte, die ohne Verpflegung und unter größten körperlichen Anstrengungen erfolgten.
Da für die Ausweisungen im Herbst 1945 noch keine interalliierten Abmachungen vorlagen, haben die Polen sich Mühe gegeben, sie als "freiwillige Ausreise" der deutschen Bevölkerung darzustellen. Diesem Zweck diente es auch, wenn vielerorts vor der Abfahrt der Transportzüge von jedem einzelnen der Ausgetriebenen eine in polnischer Sprache abgefaßte Erklärung unterschrieben werden mußte, die die Freiwilligkeit der Ausreise, die Übertragung des Besitzes an den polnischen Staat und den Verzicht auf die Rückkehr bescheinigte.
Obwohl die Anzahl derjenigen, die zur Aussiedlung bestimmt wurden, in den einzelnen Gebieten sehr verschieden gehandhabt wurde, teils auch geschlossene Ortschaften geräumt wurden, sind im Zuge der Ausweisungen im Herbst 1945 doch im allgemeinen bevorzugt die nicht arbeitsfähigen Personen, d.h. Alte, Kranke und Invaliden, Mütter mit mehreren Kindern ausgewiesen worden.
Diejenigen, die in russischen Diensten arbeiteten oder als Spezialisten unabkömmlich waren, wurden überwiegend vorläufig von der Austreibung zurückgestellt, auch wenn das gegen ihren Willen geschah. ... Da man polnischerseits die ostdeutschen Gebiete in der offiziellen Propaganda als "urpolnisches Land" bezeichnete, mußte man Wert darauf legen, die Meinung zu

verbreiten, als hätte es in Ostdeutschland eine zahlreiche autochthone polnische Bevölkerung gegeben.
Man war deshalb nicht damit zufrieden, daß nur eine relativ geringe Zahl von Einwohnern Oberschlesiens und Ostpreußens freiwillig für Polen optierte, sondern suchte teils durch Versprechungen und Drohungen, teils durch ausgesprochene Gewaltmaßnahmen vor allem die wasserpolnisch sprechenden Oberschlesier und die Masuren in Ostpreußen für Polen zu gewinnen. Besonders diejenigen, die polnisch klingende Namen hatten, wurden zwangsweise zurückbehalten und von der Ausweisung ausgeschlossen. ...
Neben den systematischen Ausweisungsaktionen der polnischen Behörden setzte seit Sommer 1945 auch die Rückwanderung der als Bombenevakuierte nach Ostdeutschland verschlagenen ein, die meist bevorzugt Ausreisescheine erhielten. Ihnen schlossen sich manche einheimische Ostdeutsche an, denen das Übermaß der Verfolgungen, die Enteignung und Zwangsarbeit und die katastrophalen Lebensverhältnisse ein Bleiben unerträglich machten.
Da überall schon umfangreiche Zwangsausweisungen erfolgten, sank die Hoffnung der ostdeutschen Bevölkerung auf eine Wendung der Dinge und auf eine Annullierung des Potsdamer Abkommens allmählich. Es setzte deshalb im Herbst 1945 neben den geschlossenen Ausweisungen eine unkontrollierte Abwanderung ein.
Da für die deutsche Bevölkerung allgemein Arbeitszwang herrschte, war dies ein gefährliches Unterfangen, ganz abgesehen davon, daß immer dann, wenn die Polen von der Absicht der Ausreise Kenntnis erhielten, sich noch einmal die Wut von Milizionären und fanatischen polnischen Zivilisten an den Deutschen ausließ, wobei sich skandalöse Vorfälle ereignet haben. ...
Russische Soldaten und Kommandanturen haben mitunter, indem sie Militärfahrzeuge zur Verfügung stellten und Deutsche bis an die Oder-Neiße-Grenze fuhren, helfend dazu beigetragen, daß die Vertriebenen den Schikanen der polnischen Austreibungskommandos entgingen.
Die im Herbst 1945, vor allem in den Monaten Oktober und November, in Ostpommern, Oberschlesien, im Südteil Ostpreußens und auch in Danzig, und Teilen Westpreußens in Gang gekommene Ausweisung der deutschen Bevölkerung bzw. ihre Abwanderung auf Grund des unerträglichen Druckes der Verhältnisse und der sicher bevorstehenden Zwangsvertreibung wurde, nachdem sie infolge des Winters im Dezember 1945 und im Januar/Februar 1946 stark abgeebbt war, im Frühjahr 1946 in verstärktem Maße fortgesetzt und dauerte ohne Unterbrechung bis zum Spätherbst 1946 an. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Vertreibung der Deutschen aus der CSR (x004/115-118): >>Nach Artikel XIII der Potsdamer Vereinbarungen erkannten die 3 Großmächte an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder von Bestandteilen derselben, die in der Tschechoslowakei (Polen und Ungarn) zurückgeblieben waren, nach Deutschland durchgeführt werden müsse und erklärten gleichzeitig, daß jede Überführung "in ordnungsgemäßer und humaner Weise" erfolgen solle. Damit gab die Konferenz den Tschechen praktisch freie Hand, auch die noch in der CSR befindliche deutsche Bevölkerung nach Deutschland zu überführen, knüpfte allerdings die Bedingung daran, daß die im Gange befindliche "wilde" Austreibung gestoppt und erst eine die gegenwärtige Lage in Deutschland berücksichtigende Vorbereitung getroffen werden müsse.
Dieser Potsdamer Beschluß entsprach in seinem Ergebnis den Zielen der konsequenten Politik der tschechoslowakischen Exilregierung und der späteren provisorischen Regierung. Allerdings genügte das Tempo, mit dem die Alliierten an die Vorbereitung der Sache gingen, durchaus nicht der Eile, die die Tschechen hatten. ...
Die Aufforderung der Großmächte, weitere Vertreibungsaktionen einzustellen, und die damit erzwungene Unterbrechung der schon laufenden Massenaustreibung verstimmte die Tsche-

chen. ... Besonders übel wurden die sich mehrenden Proteste in der angelsächsischen Presse gegen die brutale Behandlung der Sudetendeutschen vermerkt.
... Im Bereich des ganzen Staates wurden Sammellager für die zur Austreibung bestimmten Deutschen (in Böhmen 75, in Mähren 29, in der Slowakei 3) eingerichtet, die je 1.200 Personen umfassen sollten. Außerdem wurden Reservelager in der Nähe der Grenzübergangsstationen vorbereitet. Vieles davon war nur eine Zusammenfassung und Steuerung längst vorbereiteter Einzelmaßnahmen.
Praktisch lief die Einrichtung der Sammellager darauf hinaus, daß die bereits in vorhandene Lager eingewiesenen Deutschen ohne Rücksicht auf die darin herrschenden vielfach unhaltbaren Zustände festgehalten wurden und daß man die ins innertschechische Gebiet gebrachten Deutschen nach dem Abschluß ihrer Arbeit nicht mehr nach Hause entließ. Auch die noch in Freiheit lebenden Deutschen wurden Anfang Dezember für die Ausweisung registriert.
In ihrer Note vom 16. August 1945, in der die tschechoslowakische Regierung zu den Potsdamer Beschlüssen Stellung nahm, soll sie auch, nach einer tschechischen Quelle, dem Alliierten Kontrollrat ein Programm übersandt haben, wonach 2,5 Millionen Deutsche für die Ausweisung aus der CSR in Frage kamen. ...
Danach sollten 1.750.000 Sudetendeutsche in die amerikanische, 750.000 in die sowjetische Besatzungszone aufgenommen werden; 10 % der Gesamtzahl sollten bereits im Dezember 1945 ausgesiedelt werden. Jedoch lief dann die organisierte Aussiedlungsaktion tatsächlich erst Ende Januar 1946 an. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1956 über die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn (x008/59E-61E): >>Die zwangsmäßige Ausweisung eines großen Teils des ungarländischen Deutschtums nach Deutschland in den Jahren 1946 bis 1948 - in den ungarischen Verordnungen offiziell Umsiedlung genannt - fußt formal auf dem Art. XIII des Potsdamer Abkommens, der von der "Überführung der deutschen Bevölkerung Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns oder Teilen dieser Bevölkerung nach Deutschland" spricht.
Ungarn nahm in diesem Zusammenhang insofern eine Sonderstellung ein, als es im Gegensatz zu Polen und der Tschechoslowakei ein Verbündeter des Deutschen Reiches war und trotzdem in die Aussiedlungsaktion mit eingeschlossen wurde, während über das Schicksal der Volksdeutschen in Rumänien oder gar in Jugoslawien keinerlei zwischenstaatliche Vereinbarungen getroffen wurden. Eine Aufklärung dieser auffallenden Tatsache, vor allem der Frage, wie weit die ungarische Regierung selbst auf die entsprechenden Beschlüsse Einfluß zu nehmen versucht und ob sie sich bemüht hat, die Aussiedlung voranzutreiben oder zu hemmen, ist bis heute noch nicht möglich.
Ebensowenig geklärt ist, auf welchem Wege Ungarn in den Vertreibungsartikel des Potsdamer Abkommens geraten ist. Höchstwahrscheinlich war es die Sowjetunion, die die Anregung dazu gegeben hat. Schon im Frühjahr 1945 soll Marschall Woroschilow als Präsident der Alliierten Kontrollkommission für Ungarn von der ungarischen Regierung verlangt haben, daß sie Vorbereitungen für eine Massenaustreibung der Deutschen treffe. ... Im Zusammenspiel mit den Sowjets traten die ungarischen Kommunisten für eine Totalaustreibung des Deutschtums ein, wobei der Gedanke der Kollektivschuld in den Vordergrund geschoben wurde, tatsächlich aber wohl eine Bresche für eine radikale Agrarreform geschlagen werden sollte.
In den Parteien, die die Interessen des ungarischen Bauerntums vertraten, vor allem in der bis dahin einflußreichen Kleinlandwirte-Partei, ... bestand ein Widerstreit verschiedener Interessen und Tendenzen; der Gedanke, die deutsche Minderheitenfrage, die sich seit 1940 zu einem staatspolitischen Problem ersten Ranges entwickelt hatte, im nationalungarischen Sinne endgültig und radikal zu lösen, wurde zweifellos mit Sympathie aufgenommen. Doch übersah man andererseits nicht, daß eine entschädigungslose Ausweisung eine ernste Erschütterung

der Eigentumsbegriffe für das ganze Land gebracht hätte und damit den Zielen der Kommunisten in die Hand gearbeitet worden wäre.
Dazu kam noch, daß eine Totalaussiedlung der Volksdeutschen Ungarn selbst aller Argumente gegen die von der Tschechoslowakei angestrebte Zwangsumsiedlung der 700.000 Slowakei-Ungarn beraubt hätte.
... Die ungarische Regierung suchte dabei die Zahl der Auszuweisenden gegenüber der sowjetischen Forderung von einer halben Million herabzudrücken, wobei sie sich formell gegen die Anwendung der kollektiven Verantwortung ganzer Volksgruppen verwahrte.
Wie wenig sie jedoch selbst von dem Prinzip abging, ergibt sich aus den Angaben von Stefan Kertesz, eines früheren hohen Beamten des ungarischen Außenministeriums. Er berichtet davon, daß der ungarische Innenminister Franz Erdai im Mai 1945 die Zahl der auszuweisenden Volksbundmitglieder auf etwa 300.000 ansetzte, während die ungarische Regierung in einer offiziellen Note von 200.000 bis 250.000 Deutschen, die als "ergebene Diener des Hitlerismus" aus Ungarn abzuschieben wären, sprach.
Die ungarische Regierung bewies damit nur, daß sie selbst am Grundsatz der individuellen Schuld nicht festhielt und mit der Ausweisung auch noch andere Ziele verfolgte, als die Bestrafung derjenigen, die nationalsozialistische Politik betrieben hatten.
Offensichtlich suchte sich die ungarische Regierung selbst um die Entscheidung zu drücken und eine Gelegenheit abzuwarten, um die Aussiedlung als Befehl und unter Verantwortung der Siegerstaaten anlaufen zu lassen. ...<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten und aus Ostmitteleuropa (x051/603-604): >>Vertreibung, Ausweisung größerer Bevölkerungsgruppen aus ihrem Wohngebiet, v.a. während und nach einem Krieg.
Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten und aus Ost- und Ostmitteleuropa in das Deutschland diesseits der Oder-Neiße-Linie hatten die Alliierten schon auf ihren Konferenzen in Teheran (Dezember 43) und Jalta (Februar 45) erörtert.
Das Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 bestimmte in Abschnitt XIII, "daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß", und zwar "in geordneter und humaner Weise". Die Einzelheiten sollte ein Plan des Alliierten Kontrollrats regeln. Die systematische Vertreibung der deutschen Bevölkerung begann jedoch bereits im Juli/August 45, also ehe der Ausweisungsplan des Kontrollrates am 17.10.45 unterzeichnet worden war.
Sie geschah keineswegs "in geordneter und humaner Weise", sondern in völker- und menschenrechtswidriger Art, und erfaßte auch die deutsche Bevölkerung aus den polnischer Verwaltung unterstellten deutschen Ostgebieten und dem der Sowjetunion übergebenen nördlichen Ostpreußen. Darüber hinaus waren seit Ende 44 schon Millionen von Deutschen vor der vordringenden Roten Armee westwärts geflohen. Die Vertriebenen und Flüchtlinge verloren nicht nur ihre Heimat, sondern meist auch ihre gesamte Habe.
1944/45 lebten in Ostdeutschland und in Osteuropa insgesamt 19,17 Millionen deutsche Staatsangehörige oder sogenannte Volksdeutsche, davon in den deutschen Ostgebieten (mit Danzig) 10,39 Millionen, in Polen 1,26 Millionen, in der UdSSR 2,07 Millionen, in Ungarn 633.000, in der Tschechoslowakei (mit Sudetenland) 3,62 Millionen, in Jugoslawien 550.000, in Rumänien 689.000 und in den übrigen Balkanstaaten 6.000.
Bis 1950 kamen 11,96 Millionen Menschen als Flüchtlinge oder Vertriebene nach Restdeutschland, davon 7,29 Millionen aus den deutschen Ostgebieten, 618.000 aus Polen, 421.000 aus der Sowjetunion, 2,99 Millionen aus der Tschechoslowakei, 213.000 aus Ungarn, 297.000 aus Jugoslawien, aus Rumänien 137.000 und 3.000 aus den übrigen Balkanstaaten.

Über zwei Millionen verloren durch Flucht oder Vertreibung ihr Leben.
Der Großteil der insgesamt 4,4 Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge, die zunächst in der (heutigen) DDR oder in Ost-Berlin Aufnahme fanden, zog später als sogenannte Sowjetzonenflüchtlinge in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin (1949 bis Juli 61 rund 2,1 Millionen).
Ab 1950 ging die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Ost- und Ostmitteleuropa in geringerem Umfang weiter, meist auf der Grundlage vertraglicher Abmachungen zwischen der Bundesrepublik und dem betreffenden Staat; bis zum Zusammenbruch des Ostblocks im Jahr 1989 wurden in der Bundesrepublik knapp zwei Millionen Aussiedler registriert. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs übersiedelten mehr als 2,6 Millionen Menschen.
Es leben gegenwärtig noch etwa 600.000 Deutschstämmige in Rußland und 50.000 in Kasachstan sowie 500.000 in den Staaten Mittelosteuropas. Die Gründe für die Übersiedlung Deutschstämmiger in die Bundesrepublik sind vor allem in der wirtschaftlichen Situation in der ehemaligen Sowjetunion und nicht in politischer Verfolgung oder gar Vertreibung zu sehen.
In der Bundesrepublik ist der Rechtsstatus der Vertriebenen durch das Bundesvertriebenengesetz vom 19.5.53 geregelt worden. Ihre Eingliederung in die Gesellschaft und Wirtschaft ist, mit Hilfe einer umfangreichen Gesetzgebung, darunter der über den Lastenausgleich, inzwischen weitgehend gelungen.
In der "Charta der Heimatvertriebenen" von 1950 haben die Vertriebenen ausdrücklich auf Vergeltung für das an ihnen verübte Unrecht und auf Gewaltanwendung verzichtet; doch halten ihre Verbände bis heute an der Forderung nach Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937 fest.<<

21.11.1945

WBZ: Der US-Anklagevertreter Robert H. Jackson (1892-1954) begründet am 21. November 1945 in Nürnberg die Anklage des Internationalen Militärgerichtshofes (x111/106): >>... Dieser Prozeß stellt das Ergebnis der Bemühungen von vier mächtigen Nationen in Gemeinschaft von anderen Ländern dar, das internationale Recht anzuwenden, um des großen Übels der Gegenwart Herr zu werden, nämlich des Angriffskrieges.<<
Die Anklage des Internationalen Militärgerichtshofes lautet wie folgt (x129/159): >>... Der Gerichtshof hat das Recht, Personen abzuurteilen und zu bestrafen, die durch ihre im Interesse der europäischen Achsenländer ausgeführten Handlungen, sei es als Einzelperson, sei es als Mitglieder von Organisationen, eines der folgenden Verbrechen begangen zu haben.
Die folgenden Handlungen, oder jede einzelne von ihnen, stellen Verbrechen dar, die unter die Zuständigkeit des Gerichtshofes fallen und für die persönliche Verantwortung besteht:
a) Verbrechen gegen den Frieden: nämlich Planung und Vorbereitung, Einleitung oder Führung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Vereinbarungen oder Zusicherungen oder Teilnahme an einem gemeinsamen Plan oder an einer gemeinsamen Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen;
b) Kriegsverbrechen: nämlich Verletzungen des Kriegsrechts und der Kriegsbräuche. Solche Verletzungen umfassen, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, Ermordung, Mißhandlung oder Verschleppung zu Zwangsarbeit oder zu irgendeinem anderen Zwecke der entweder aus einem besetzten Gebiet stammenden oder dort befindlichen Zivilbevölkerung, Ermordung oder Mißhandlung von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Tötung von Geiseln, Raub öffentlichen oder privaten Eigentums, mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten und Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung.
c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit: nämlich Ermordung, Ausrottung, Versklavung, Verschleppung oder andere an der Zivilbevölkerung vor Beginn oder während des Krieges begangene unmenschliche Handlungen; oder Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen

Gründen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes, in dem sie begangen wurde, verstieß oder nicht.
Anführer, Organisatoren, Anstifter und Helfershelfer, die an der Fassung oder Ausführung eines gemeinsamen Planes oder einer gemeinsamen Verschwörung zur Begehung eines der vorgenannten Verbrechen teilgenommen haben, sind für alle Handlungen verantwortlich, die von irgendwelchen Personen in Ausführung eines solchen Planes begangen worden sind.<<
Während die 20 Hauptangeklagten die Schuldfrage am 21. November 1945 verneinen, erklärt die Verteidigung (x111/106): >>... Der jetzige Prozeß kann sich, soweit er Verbrechen wider den Frieden ahnden soll, nicht auf geltendes Völkerrecht stützen, sondern ist ein Verfahren aufgrund eines neuen Strafgesetzes, eines Strafgesetzes, das erst nach der Tat geschaffen wurde. Dies widerstrebt einem in der Welt geheiligten Grundsatz der Rechtspflege.<<

22.11.1945

WBZ: Die britische Militärregierung veröffentlicht am 22. November 1945 eine "Anweisung über Erziehung, Jugendpflege und deutsche kirchliche Angelegenheiten" (x117/84): >>... Jeder Unterricht in irgendeinem Fach (ist) verboten, ... wodurch ... der Militarismus verherrlicht wird, die Lehren des Nationalsozialismus verbreitet, erneuert oder entschuldigt werden oder wodurch die Leistungen nationalsozialistischer Führer gepriesen werden; ... eine Politik der unterschiedlichen Behandlung aus Gründen der Rasse, Farbe, politischen Anschauung oder Religion begünstigt wird; Feindschaft gegen irgendeine Nation erzeugt oder internationale Uneinigkeit geschaffen werden kann, oder ... Krieg, Mobilmachung oder Vorbereitung zu Krieg ... erläutert oder das Studium von militärischer Erdkunde oder Kriegsgeschichte gefördert wird.<<

23.11.1945

WBZ: US-General Clay (1897-1978, von 1945-46 stellvertretender Militärgouverneur der nordamerikanischen Besatzungszone) schreibt am 23. November 1945 (x111/107): >>... Es gibt keinen leichten Weg zur Demokratie. Die Deutschen müssen diesen Weg selber finden, und auch die Lotsen auf diesem Weg müssen Deutsche sein.<<
Erich Kästner berichtet am 23. November 1945 in der "Neuen Zeitung" über die deutschen Hauptkriegsverbrecher während des Prozesses in Nürnberg (x114/2.125): >>... Göring trägt eine lichtgraue Jacke mit goldenen Knöpfen. Es ist eine Art Chauffeurjacke übriggeblieben. ... Er ist schmaler geworden. Manchmal blickt er neugierig dahin, wo die Ankläger sitzen. Wenn er seinen Namen hört, merkt er auf. ... Meist ist er ruhig.
Rudolf Hess hat sich verändert. Es ist, als sei der Kopf halb so klein geworden. Dadurch wirken die schwarzen Augenbrauen geradezu unheimlich. Wenn er mit Göring und Ribbentrop spricht, stößt er ruckartig mit dem Kopf. Wie ein Vogel. Sein Lächeln wirkt unnatürlich. Sollte es in diesem Kopf nicht mehr richtig zugehen?
Joachim von Ribbentrop sieht aus wie ein alter Mann. Grausträhnig ist sein Haar geworden. Das Gesicht erscheint faltig und verwüstet. Er spricht wenig. ... Als ihn ein Polizist kurz aus dem Saal und dann wieder zurück bringt, bemerkt man, daß ihm auch das Gehen schwerfällt.
Auch Keitel ist etwas schmäler geworden. Er sitzt, in seiner tressenlosen Uniformjacke, grau mit grünem Kragen, ernst und ruhig da, Wie ein Forstmeister.
Hinter Göring und Hess sitzen Dönitz und Raeder, die beiden ehemaligen Großadmiräle. In blauen Jacketts. Das Gold ist verschwunden. Dönitz sieht verkniffen aus. Ruhig sind beide.
Baldur von Schirachs Gesicht ist bleich und bedrückt. Er wirkt wie ein schlecht vorbereiteter Abiturient im Examen. Daneben Sauckel, ein kleiner rundköpfiger Spießer. Mit einem Schnurbart unter der Nase, wie ihn sein Führer trug.<<

25.11.1945

Berlin: Der deutsche Schriftsteller Friedrich Wolf fordert am 25. November 1945 während

einer Kundgebung des Kulturbundes politische Verantwortungs- und Widerstandsbereitschaft (x116/19,88): >>Meine Landsleute!
Gerade angesichts des großen "Nürnberger Prozesses" wurden hier und da Stimmen laut: "Wir wollen die ewige Schuldfrage nicht mehr hören! Wir stellen einfach das Radio ab und damit fertig!"
Ist das aber eine würdige Haltung, wenn wir wie Kinder uns die Decke über den Kopf ziehen; und nun ist die Umwelt für uns nicht mehr da? ...<<
>>... Durch die Höllenfahrt dieses Hitlerkrieges sind uns wie in einem grellen Feuerschein die Schuld, die Verantwortung und die Gefahren unseres Wesens klargeworden: unsere blinde Selbstgerechtigkeit, unsere verhängnisvolle Überheblichkeit, unser mangelnder Wahrheitsmut, die fehlende Zivilcourage, Selbsterkenntnis und Selbstkritik. ...
Nie wieder dieses feige Dabeistehen und Dulden von in Rassenhetze verkleideten Mördern! ... Nie wieder der preußische Feldwebelgeist. ... Nie wieder dieser verruchte Kadavergehorsam.<<

26.11.1945

Polen: Die polnische Zeitung "Trybuna Dolnoslaska" ("Niederschlesische Tribüne") berichtet am 26. November 1945 über die Vertreibung der Niederschlesier (x024/141): >>... Das Problem mit den Deutschen ist für uns eine Frage um Sein oder Nichtsein in diesen Gebieten. Wir können und wir wollen nicht mit den Deutschen in einem Lande zusammenwohnen.
Die Gegenwart der Deutschen erschwert uns jeden Tag mehr die Organisation eines geordneten Wirtschaftlebens. Die in diesen Gebieten verbleibenden Deutschen sind eine gewaltige Last für unsere Versorgung, zugleich schaffen sie Wohnungsschwierigkeiten für die sich laufend vermehrende Zahl der Ansiedler. Wir wollen die Deutschen in diesen Gebieten nicht vor Gericht stellen, noch wollen wir ihnen den Grad ihrer Schuld an den Verbrechen Hitlers darlegen. Wir haben nur eine Antwort: Deutsche müssen diese Gebiete verlassen; wir wollen überhaupt kein deutsches Problem mehr haben.<<

CSR: Das tschechoslowakische Ministerium des Innern beschließt am 26. November 1945 einen Erlaß über die Aussiedlung von deutschen Antifaschisten in die SBZ (x004/346-347): >>... Die russischen Besatzungsbehörden in Deutschland haben die Bereitschaft geäußert, eine größere Anzahl Personen deutscher Nationalität zu übernehmen, welche nachgewiesenermaßen antifaschistischer Gesinnung sind. ...
Das Innenministerium empfiehlt, dieser Aktion jede nur mögliche Unterstützung angedeihen zu lassen, so daß sie so schnell als möglich durchgeführt werden kann. ...
Die Aussiedlungsbewilligung ist nicht zu erteilen: ... Personen, welche in für das Wirtschaftsleben besonders wichtigen Unternehmen beschäftigt sind, z.B. Spezialisten und Facharbeiter oder qualifizierte Kräfte. ...
Sie können ... ohne Sonderbewilligung des Finanzministeriums nicht mitnehmen: Gegenstände, deren Abgabe ... durch Kundmachung des Finanzministerium vom 22.6.1945 ... angeordnet worden ist. ...<<

28.11.1945

USA: US-Außenminister Byrnes telegrafiert am 28. November 1945 an den nordamerikanischen Botschafter in Belgrad, daß die Vertreibungen der Jugoslawien-Deutschen eingestellt werden müssen (x028/225).

29.11.1945

Berlin: US-General Joseph McNarney (1893-1972, 1945-47 Militärgouverneur) erklärt während einer Pressekonferenz am 29. November 1945 (x116/16): >>... Die Säuberung vom Nationalsozialismus wird nach festgesetzten Richtlinien restlos durchgeführt werden.
Mir tun auch jene Nationalsozialisten nicht leid, die nur Mitläufer waren. Ich möchte jeden ehemaligen Nazi soweit wie möglich von jeder verantwortlichen Stellung entfernt als ge-

wöhnlichen Tagelöhner sehen. Wenn jemand behauptet, daß die Leistungsfähigkeit mancher Industrien und Ämter durch die Entfernung der Nazis und Nazi-Mitläufer leiden würde, dann erkläre ich: Kein Mensch ist unentbehrlich!<<

30.11.1945

WBZ: In Bayern wird am 30. November 1945 die FDP gegründet.

Schweden: Etwa 2.500 deutsche Kriegsgefangene werden am 30. November 1945 an die Sowjetunion und rund 500 an die Briten ausgeliefert. Die rücksichtslose Übergabe der Internierten geht als "blutiger Freitag" in die schwedische Geschichte ein (x130/197).

USA: US-Außenminister Byrnes weist den nordamerikanischen Botschafter in Warschau am 30. November 1945 an, gegen die polnischen Vertreibungsmethoden zu protestieren (x028/-133): >>... Die US-Regierung ist ernstlich bestürzt über Berichte von fortgesetzten Massentransporten mit deutschen Flüchtlingen, die offenbar aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie nach Deutschland gekommen sind. Diese Leute sind vermutlich in Eile aus ihren Wohnungen vertrieben und um all ihren Besitz gebracht worden, bis auf das, was sie tragen konnten.

Berichte zeigen, daß diese Flüchtlinge, meistens Frauen, Kinder und alte Leute, in einem erschreckenden Zustand der Erschöpfung angekommen sind, daß manche an ansteckenden Krankheiten leiden, daß vielen ihre letzte persönliche Habe genommen worden ist.

Solches Massenelend und die schlechte Behandlung Schwacher und Hilfloser lassen sich mit dem Potsdamer Protokoll nicht vereinbaren, ... ebenso wenig mit internationalen Regeln für die Behandlung von Flüchtlingen.<<

November 1945

WBZ: Der Landrat des Landkreises Bruchsal in Nordbaden, Werner Middelmann (1909-1985), berichtet über die chaotischen Verhältnisse und gewaltigen Probleme im November 1945, die im Verlauf der Vertreibungen der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa zu bewältigen sind (x024/180-182): >>Als die Vertriebenen mit Güterzügen in den westdeutschen Gemeinden ankamen, war die Lage nahezu unbeschreiblich. Es wurde uns gegen November 1945 mitgeteilt – allen deutschen provisorischen Verwaltungsstellen -, daß binnen Kürze Millionen Menschen kommen müßten. Sie würden in Zügen transportiert. Für den reinen Bahntransport übernahmen die Alliierten die Verantwortung. Das Übrige war unsere Angelegenheit. Unsere Angelegenheit - das ist ein milder Ausdruck, denn nichts war vorhanden.

Immerhin erfuhr ich in Nordbaden vom damaligen Landesbezirksdirektor und früheren Reichsfinanzminister Dr. Heinrich Köhler, daß am nächsten Morgen der erste Zug mit 1.200 Personen in Karlsruhe am Güterbahnhof stehen würde. Die Personen seien sofort unterzubringen und zu versorgen.

Darüber hinaus sollte ich vormerken, daß in den nächsten 180 Tagen weitere 150 Züge mit je 1.200 Personen ankommen würden.

Also hieß es sofort Lager einrichten, die Lager ausstatten. Also Vorbereitungen zu treffen, um 200.000 Menschen in einem Gebiet auszunehmen, das selbst etwa eine Million Einwohner zählte.

Meine erste Frage: "Stehen Mittel zur Verfügung?"

"Nein."

"Ist irgendwelche Vorsorge getroffen?"

"Nein, das ist alles ihre Angelegenheit!" ...

Ich holte mir aus den verschiedensten Dienststellen Sekretariatspersonal. Bis zum Bleistift hinunter mußte alles organisiert werden. Schreibmaschinen waren natürlich nicht vorhanden. Ich baute nun eine höchst bescheidene – in heutiger Sicht erbärmliche – Verwaltung auf.

Am nächsten Morgen kamen 1.200 Personen in 48 Güterwagen auf dem Bahnhof an. Alle Altersgruppen, keine geschlossenen Familien, bunt zusammengewürfeltes, deutsches "Bevöl-

kerungsgepäck" hätte ich beinah gesagt, das irgendwo in der Tschechoslowakei zusammengetrieben worden war, zum Güterbahnhof gebracht wurde, in Waggons verladen, und ab ging die Reise nach Deutschland.
Die Alliierten, in unserem Falle die Amerikaner, hatten natürlich sofort einen Plan: Wohin gehen die Züge? Wo sind die Bahnhöfe? Wie ist der Übergang dann? Wo erfolgt er dort? Findet dort eine Entlausung statt? Denn die Leute waren ja wochenlang in den schmutzigsten Verhältnissen irgendwo in der Tschechoslowakei oder in Ungarn oder in Jugoslawien untergebracht gewesen.
Alles das mußte geregelt werden. Es wurde geregelt mit Hilfe der deutschen freiwilligen Wohlfahrtsorganisationen, die ich natürlich erst mobilisieren mußte.
Erstes allgemeines Erschrecken: "Das ist doch nicht möglich! Das ist doch unmenschlich!"
Ja, sicher war das unmenschlich, aber der ganze vorhergehende Zeitablauf war 12 Jahre lang unmenschlich gewesen, und hier waren die Konsequenzen zu tragen. Man kann sich das heute kaum noch vorstellen, mit welchem Entsetzen die Bevölkerung von dieser Welle, von der sie überrascht wurde, gepackt war.
Gott sei Dank war die allgemeine Erschütterung des bisher sozusagen geordneten Lebens so groß gewesen, daß jeder einsah:
Hier konnte kein Widerstand geleistet werden, hier mußte jeder nach bestem Vermögen einspringen. Es gelang aber, ein Chaos, ein absolutes Chaos zu verhindern, es gelang, Mord und Totschlag zu verhindern, denn diese Gefahr bestand ja. ...<<
Ungarn: Die ungarische Partei der "Kleinlandwirte" erreicht bei den Wahlen im November 1945 245 von 409 Sitzen, während die Kommunistische Partei nur 70 Sitze erhält (x061/511).
Großbritannien: Die Zeitschrift "Nineteenth Century and After" berichtet im November 1945 über die Vertreibung der Deutschen (x028/131): >>Ein Zug, der am 31.8. Berlin erreichte, war am 24. in Danzig abgefahren mit 325 Patienten und Waisen aus dem Marienkrankenhaus und dem Waisenhaus in der Weidlergasse. Sie waren in 5 Viehwagen zusammengepfercht, auf dem nackten Boden ohne Stroh. Es gab weder Ärzte noch Schwestern oder Medikamente. Die einzige Nahrung erhielten die Waisen zu Beginn der Fahrt: 20 Kartoffeln und 2 Stück Brot. Die Patienten hatten nichts, doch von Zeit zu Zeit hielt der Zug, und die Mitfahrenden, die dazu noch imstande waren, versuchten, Nahrungsmittel aufzutreiben. ...
Zwischen 6 und 10 Patienten in jedem Wagen starben unterwegs. Die Leichen wurden einfach aus dem Zug geworfen. Als der Zug in Berlin ankam, wurden 65 Patienten und Waisen in das Robert-Koch-Krankenhaus gebracht, wo 9 von ihnen starben. Was aus den übrigen geworden ist, wissen wir nicht. ...
Ungefähr um die gleiche Zeit kam ein Transport mit sudetendeutschen Männern, Frauen und Kindern aus Troppau. Sie waren 18 Tage lang in offenen Viehwagen unterwegs gewesen. 2.400 Menschen hatten die Fahrt angetreten, 1.350 erreichten Berlin. Es sind also mehr als 1.000 unterwegs gestorben. ...<<

01.12.1945

WBZ: In Freiburg/Bayern wird am 1. Dezember 1945 die "Caritas-Vertriebenen- und Flüchtlingshilfe" gegründet (x024/219): >>... Zum bisherigen Elend, das in den Städten und Notgebieten wahrlich drückend genug ist, kommt neues Elend, so grauenhaft, wie es die Welt kaum gesehen hat. Es ist das schreckliche Elend der aus ihrer Heimat vertriebenen Deutschen im Osten unseres Vaterlandes. Tausende und Abertausende fluten über unsere bayerische Ostgrenze, völlig mittellos und brotlos, nur dürftig gekleidet, ziellos und planlos wandernd.<<
CSR: Die letzten nordamerikanischen Truppen verlassen am 1. Dezember 1945 das Sudetenland (x005/635).

02.12.1945

CSR: Das Ministerium des Innern beschließt am 2. Dezember 1945 Richtlinien zur Durchfüh-

rung der Arbeitspflicht von Personen, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren haben (x004/282-287): >>... I. Die Verpflichtungen der zur Arbeit zugeteilten Personen:
1. ... Die zur Arbeit zugeteilten Personen sind verpflichtet, die ihnen auferlegten Arbeiten ordentlich und gewissenhaft zu verrichten und alles zu unterlassen, was das Erreichen des Zwecks in dem betreffenden Arbeitsbereich erschweren oder gefährden könnte.
Sie sind gehalten, die ihnen auferlegten Arbeiten an jedem beliebigen Orte zu leisten und verpflichtet, auch Arbeiten zu verrichten, die nicht zu ihrer normalen Beschäftigung gehören.
Die zur Arbeit zugeteilten Personen haben sich dem Arbeitgeber oder dem Leiter gegenüber anständig zu benehmen und seinen Anordnungen Folge zu leisten. Im gegenseitigen Verhältnis untereinander müssen sie korrekt sein und dürfen keine Streitigkeiten und Schlägereien hervorrufen.
Weiterhin sind diese Personen verantwortlich für sämtliche ihnen anvertrauten Gegenstände und Geräte und sind - abgesehen von einer eventuellen Bestrafung - zum Ersatz des entstandenen Schadens verpflichtet, wenn diese durch ihren Mutwillen oder durch ihre Fahrlässigkeit beschädigt wurden. Kann der Schuldige nicht ermittelt werden, so haftet für den entstandenen Schaden die ganze Arbeitsgruppe.
Die zur Arbeit zugeteilten Personen, gegebenenfalls ihre Familienangehörigen, müssen sich selbst, ihre Kleidung, ihre Geräte und ihre Unterkünfte in gehöriger Weise sauber halten.
2. Während der Sommerzeit (d.h. vom 1. April bis 30. September) stehen die zur Arbeit zugeteilten Personen um 5 Uhr auf, während der Winterzeit um 6 Uhr, an Sonn- und Feiertagen stets um eine Stunde später, und gehen während der Sommerzeit um 22 Uhr und während der Winterzeit um 21 Uhr schlafen - soweit der Arbeitgeber keine Abweichungen gestattet.
Die tägliche Arbeitszeit umfaßt 8 Stunden, kann jedoch bis auf 10 Stunden täglich ausgedehnt werden. Sonntags- und Feiertagsarbeit ist grundsätzlich erlaubt. ...
Die Abendstunden nach der Arbeit sind dem Waschen, der Reinigung und der Instandsetzung der Kleidung, des Arbeitsgeräts und der Unterkunft sowie auch der Erholung vorbehalten. Es ist jedoch nicht gestattet, sich ohne Begleitung des Arbeitgebers oder seines Vertreters während der Nachtstunden oder während der Dämmerung außerhalb der zugewiesenen Unterkunft aufzuhalten. ...
5. Die Pflichten der in Internierungs- oder Arbeitslagern der Bezirksnationalausschüsse ... untergebrachten Personen und die Disziplinargewalt über sie, werden in den einschlägigen Hausordnungen der Lager geregelt.
II. Die Verpflichtungen der Arbeitgeber:
1. Durch Zuteilung zur Arbeit darf der stetige Fortgang der Abschiebung ... über die Grenze in keinem Falle unterbrochen werden. Die Arbeitskräfte können nur zeitweilig zugeteilt werden, längstens bis zu dem Zeitpunkt, an dem ihre Abschiebung eingeleitet wird. Sobald über die Abschiebung der zugeteilten Kräfte über die Grenze entschieden ist, muß sie der Arbeitgeber auf seine Kosten zu dem Bezirksamt für Arbeitsschutz nach den Weisungen der die Abschiebung durchführenden Organe bestimmten Ort befördern, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob durch die Abschiebung wirtschaftliche Schäden entstehen. ...
Den zur Arbeit zugeteilten Personen sowie ihren Familienangehörigen darf es nicht verwehrt werden, an den Arbeitsort die erforderliche Ausstattung (Kleider, Schuhe, Wäsche, Geschirr u.ä.) mitzunehmen, und zwar mindestens in dem für die Abschiebung über die Grenze festgesetzten Umfange.
Der Arbeitgeber ist verpflichtet, für eine angemessene Unterbringung, Verpflegung und Bewachung der zugeteilten Arbeitskräfte, gegebenenfalls auch ihrer Familien zu sorgen. ... Die zur Arbeit zugeteilten Personen gegebenenfalls auch die nichtarbeitenden Familienmitglieder sind in würdiger und menschlicher Weise zu behandeln. Personen, die sich gegen diese Anordnung vergehen, werden streng bestraft. Arbeitgebern, welche die bei der Zuteilung deut-

scher Arbeitskräfte übernommenen Verpflichtungen in irgendeiner Beziehung verletzen, werden die Arbeitskräfte entzogen und keine Ersatzarbeitskräfte mehr zugeteilt. ...
3. Von der Gesamtbruttovergütung ... führt der Arbeitgeber die Steuerabzüge und die Beiträge für die Sozialversicherung ab. ... Die restliche Vergütung wird ausgezahlt: den frei (außerhalb eines Lagers) lebenden Personen in die Hand, bei den im Lager lebenden Personen an die Lagerverwaltung. ...
III. Aufhebung der Zuteilung zur Arbeit:
Zur Aufhebung einer Zuteilung zur Arbeit kommt es:
1. wenn die Person unfähig wird, die ihr auferlegte Arbeit zu leisten. ...
5. durch die Abschiebung,
6. durch den Tod. ...<<

03.12.1945

SBZ: Durch den SMAD-Befehl Nr. 160 vom 3. Dezember 1945 wird Sabotage ein Tatbestand des Wirtschaftsstrafrechts (x009/376).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Bestrafung der "Sabotage" in der SBZ (x009/376): >>... Dieser Befehl war so unklar und verschwommen, daß es den Volksrichtern leicht fiel, im Bedarfsfall jeden Tatbestand unter dieses Strafgesetz fallen zu lassen. Es wurden nicht nur Gefängnisstrafen verhängt, vielmehr überwogen die auf Zuchthaus lautenden Urteile; verschiedentlich ergingen sogar Todesurteile.
Bloßer Ungehorsam gegen eine Verwaltungsanordnung konnte als Sabotage oder als Diversion schwer bestraft werden. Mit Außerkraftsetzung des Besatzungsrechts im September 1955 wurde Sabotage als eine Boykotthetze nach Art. 6 der Verfassung fallende Erscheinungsform im Klassenkampf angesehen und damit in die Kategorie der Staatsverbrechen eingegliedert.
Durch das Strafrechtsergänzungsgesetz wurde die Sabotage wieder in einen selbständigen Tatbestand formuliert: "Wer mit dem Ziel, die Tätigkeit der staatlichen Organe oder die Volkswirtschaft der DDR zu untergraben oder den Aufbau des Sozialismus zu stören, es unternimmt, staatliche oder genossenschaftliche Einrichtungen oder Betriebe in ihrer geordneten Tätigkeit zu behindern, wird mit Zuchthaus bestraft, auf Vermögenseinziehung kann erkannt werden."
In schweren Fällen kann auf Todesstrafe oder lebenslängliche Zuchthausstrafe erkannt werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Bestrafung der "Diversion" in der SBZ (x009/101): >>Begriff aus dem Wirtschaftsstrafrecht, der in sowjetischen Befehlen, vor allem im Befehl Nr. 160 der SMAD vom 3.12.1945 auftauchte. Definition und Abgrenzung zur Sabotage zunächst unklar.
Nach Außerkraftsetzung des Besatzungsrechts wurde die Diversion (Begriff aus dem sowjetischen Wirtschaftsstrafrecht) als eine unter Boykotthetze nach Art. 6 der Verfassung fallende Erscheinungsform im Klassenkampf angesehen.
Durch das Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11.12.1957 wurde Diversion zu einem selbständigen Tatbestand formuliert: "Wer mit dem Ziele, die Volkswirtschaft oder die Verteidigungskraft der DDR zu untergraben, es unternimmt, Maschinen, technische Anlagen, Transport- oder Verkehrsmittel oder sonstige für die Wirtschaft oder für die Verteidigung wichtige Gegenstände zu zerstören, unbrauchbar zu machen oder zu beschädigen, wird wegen Diversion mit Zuchthaus nicht unter 3 Jahren bestraft; auf Vermögenseinziehung kann erkannt werden."
In schweren Fällen ist lebenslängliches Zuchthaus oder Todesstrafe möglich.<<

Polen: Der polnische Minister für Nationale Verteidigung erteilt am 3. Dezember 1945 den Befehl Nr. 306 betreffend die Aufrechterhaltung der Sicherheit in Polen und in den Wiedergewonnenen Gebieten (x003/116-117): >>Die Verbreitung des Bandentums im Land verrin-

gert sich nicht, sondern wächst sogar in einigen Landesteilen. ...
Wir müssen erreichen, daß jeder Bürger sichere und ruhige Arbeitsverhältnisse sowie die Garantie der persönlichen Sicherheit genießt, daher müssen die verbrecherischen Elemente im ganzen Land so schnell wie möglich ausgerottet werden. ...
Zu diesem Zweck erteile ich folgenden Befehl:
1. Jeder Befehlshaber eines Wehrbezirks nimmt unverzüglich eine Abgrenzung der Gebietsteile vor, für welche die einzelnen Garnisons- und Abteilungskommandeure verantwortlich sind.
2. Jeder Garnisons- bzw. Abteilungskommandeur ist mit den zivilen Behörden für die Aufrechterhaltung der Sicherheit innerhalb seines Gebietes mitverantwortlich und nimmt aktiven Anteil an der Bekämpfung des Bandentums; hierbei arbeitet er mit den Vertretern der Bürgermiliz und des Sicherheitsapparates seines Gebietes eng zusammen.
3. Im Einvernehmen mit diesen Behörden sind oft, jedoch unerwartet, Kontrollpatrouillen auf allen Wegen und Straßen zu unternehmen. Darüber hinaus sind gemeinsam mit der Bürgermiliz und mit den Organen der Öffentlichen Sicherheit Kontrollpatrouillen zu organisieren. Verdächtige Personen sind festzunehmen und den Sicherheitsbehörden zu übergeben.
4. Auf Wunsch der Organe der Miliz und der Sicherheitsorgane ist jede Militäreinheit verpflichtet, sofortige und ausreichende Hilfe bei der Bekämpfung von Banditen zu leisten. ...
5. Wenn sich Banden im Gebiet einer Garnison oder Abteilung zeigen sollten, sind die Banditen sofort aus eigener Initiative bis zur endgültigen Vernichtung oder Zersprengung zu verfolgen.
6. Der Garnisonskommandeur ist persönlich für die Disziplin der Truppen seiner Garnison verantwortlich. Dasselbe gilt für die Kommandeure selbständiger Abteilungen. Außer den normalen Mitteln zur Erhaltung der Disziplin sind in den Einheiten Nachtkontrollen durchzuführen, um festzustellen, ob die einzelnen Soldaten nicht nachts mit der Waffe auf Raub ausgehen; solche Fälle wurden nämlich festgestellt.
7. ... Alle Mißhelligkeiten zwischen dem Militär und der Miliz sowie dem Sicherheitsapparat sind so schnell wie möglich zu beseitigen.<<

Großbritannien: Die "Deutschland Abteilung" des britischen Foreign Office berichtet am 3. Dezember 1945 (x028/224): >>Genau so, wie wir in Potsdam von den Russen betrogen wurden, als sie behaupteten, daß nur anderthalb Millionen Deutsche östlich von Oder und Neiße geblieben seien, werden wir jetzt, wie ich fürchte, feststellen, daß es weit mehr Deutsche als die 3,5 Millionen sind, die der Kontrollmission gemeldet wurden, selbst wenn man annimmt, daß bereits 5 Millionen nach Deutschland getrieben worden sind.
Wie man glauben kann, daß das Deutschland von heute diese verhungernde Bevölkerung von bis zu 14 Millionen Menschen aufnehmen kann, übersteigt meine Vorstellungskraft. ...<<

USA: Die "United Press" berichtet am 3. Dezember 1945 über eine Intelligenzprüfung der angeklagten Nürnberger Hauptkriegsverbrecher (x114/2.128): >>... Wie der Gefängnispsychologe Dr. Gustave M. Gilbert heute mitteilte, sind sämtliche angeklagten Kriegsverbrecher einer psychologischen Prüfung unterzogen worden, aus der Hjalmar Schacht mit 143 Punkten ... als Erster hervorging und Seyß-Inquart um eine knappe Nasenlänge schlug, während Streicher und Heß ... "gerade noch Durchschnitts-Intelligenz" erhielten.
Seyß-Inquart erhielt 141 Punkte und gelangt damit zusammen mit Schacht in die oberste Intelligenz-Kategorie, die nur ein Prozent der Bevölkerung umfaßt; Streicher dagegen wurde mit nur 106 Punkten kreditiert, und der Psychologe beschreibt ihn als "fast in jeder Hinsicht unterdurchschnittlich, ausgenommen hinsichtlich einer gewissen Redegewandtheit ..."
Die übrigen Angeklagten erreichten folgende Punktzahlen: Göring und Dönitz jeder 138; von Papen 134; Franz, Fritzsche und von Schirach je 130; von Ribbentrop und Keitel je 129; Speer 128; Jodl und Rosenberg je 127; von Neurath und Frick je 125; Funk 124; Sauckel 118

und Heß "vorläufig" 112.
Dr. Gilbert hat 3 Wochen mit dem eingehenden Studium der Persönlichkeiten der Angeklagten verbracht.
Wie er berichtete, gratulierte er Göring zu dessen Intelligenzresultat, worauf der Ex-Reichsmarschall wie ein verzogenes Kind strahlte, ... sich ein paarmal kichernd auf den Schenkel schlug und ausrief: "Kommen Sie, geben Sie mir noch eine Chance!" ...<<

04.12.1945

Frankreich: Das französische Kabinett verlangt am 4. Dezember 1945 für ihre Zustimmung zur Errichtung einer deutschen Zentralregierung die Abtretung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes (x111/110).

USA: Nordamerikanische Senatoren berichten am 4. Dezember 1945 über die Verhältnisse in den deutschen Ostgebieten (x028/225-226): >>... Wir wurden durch die Politik der russischen Regierung gehindert, in Ostdeutschland einzureisen, doch wissen wir durch authentische (glaubwürdige, verbürgte) Berichte, die wir durch Personen oder durch die Presse erhielten, daß die Verhältnisse dort durch das Vorgehen der sowjetischen Regierung und das Verhalten der sowjetischen Truppen über alle Begriffe furchtbar sind.
Nach Augenzeugenberichten bilden Raub und Plünderungen, Krankheiten, Vergewaltigungen und unterschiedslose Morde eines der schrecklichsten Kapitel in der menschlichen Geschichte. Mit Worten lassen sich die Verhältnisse dort nicht wiedergeben. Die Tugend der Frauen und der Wert des menschlichen Lebens sind die heiligsten Güter des zivilisierten Menschen, doch in dem von Rußland besetzten Deutschland von heute sind sie das Wertloseste. ...
Tausende sind ermordet worden, Tausende von Frauen vergewaltigt, und es herrschen Lebensbedingungen, die über die Vorstellungskraft der zivilisierten Welt hinausgehen.<<

05.12.1945

WBZ: Das "Börsenblatt des deutschen Buchhandels" berichtet am 5. Dezember 1945 über die Aufhebung der Vorzensur (x111/110-111): >>... Lediglich Titel und zusammenfassende Berichte sind an die Dienststellen der Publikations-Sektion vor Beginn der Arbeiten einzusenden. Mehr noch als bisher liegt nunmehr die Verantwortung für das neue Schrifttum auf den Verlegern. Wir hoffen, daß sie sich des in sie gesetzten Vertrauens würdig erweisen.<<
Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 5. Dezember 1945 aus München (x124/66): >>Der erste Eindruck von München: Ein Viertel der Gebäude ist total zerstört, 70 % weisen schwerere bis leichtere Bombenschäden auf. ...
Fremde aus aller Herren Länder überschwemmen die Straßen. UNRRA, angeblich die mächtigste Organisation hierzulande, beschlagnahmt für sie in Siedlungen und Kolonien immer aufs neue Wohnungen. Die Mehrzahl der Schutzbefohlenen sind Osteuropäer, die es hier unter amerikanischer Ägide nun ganz behaglich finden und nicht daran denken, die plötzlichen Privilegien gegen das harte Leben daheim einzutauschen. ...<<
CSR: Ein Redakteur der "Rude Pravo" erläutert am 5. Dezember 1945 die Registrierung aller Deutschen, die noch in Freiheit leben (x004/118): >>... Damit es ... manchen Deutschen (nicht) gelinge, aus den Abschubverzeichnissen herauszuschlüpfen, hat das Innenministerium eine schlagartige, karteimäßige Konskription aller Deutschen zum 1. Dezember 1945 angeordnet. ... Es ist die Sache aller Orts- und Bezirksnationalausschüsse, ... aber auch eines jeden von uns, dafür zu sorgen, daß keiner von denen vergessen wird, die im Jahre 1938 so sehnsüchtig riefen: "Wir wollen ins Reich".<<

06.12.1945

WBZ: Der SPD-Politiker Dr. Kurt Schumacher (1895-1952) erklärt am 6. Dezember 1945 während einer Rede in Göttingen zur deutschen Lage (x111/111): >>... Die Situation nach 1918 kehrt nicht mehr wieder. Es ist überhaupt die große Illusion mancher Leute anzunehmen, wir könnten dort wieder weitermachen, wo wir seinerzeit aufgehört haben. Das gilt für die

Welt nicht, das gilt für Deutschland nicht, das gilt nicht für meine Partei und das gilt nicht für niemand anderen. Wir wollen keinen Wiederaufbau. Wir wollen einen Neubau Deutschlands.<<
In der US-Zone hat man bis zum 6. Dezember 1945 bereits 141.070 ehemalige Mitglieder der NSDAP aus ihren Ämtern entlassen und 117.512 Personen interniert (x111/111).
Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland beträgt die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 6. Dezember 1945 (x111/111): >>Nach Frankreich 261.000 t, nach Belgien 183.000 t, in die Niederlande 112.000 t, nach Dänemark 144.000 t, nach Norwegen 66.000 t und nach Luxemburg 109.000 t.<<
Jugoslawien: Die Explosion eines Munitionswagens bei Marburg an der Drau wird kurzerhand als deutscher Sabotageakt ausgelegt. Als Vergeltung werden am 6. Dezember 1945 etwa 200 bis 300 Deutsche, die im Gefängnis interniert sind, erschossen (x010/50).

07.12.1945

WBZ: Der Politiker Theodor Heuss (1884-1963) erklärt am 7. Dezember 1945 während einer Rede in Göppingen (x111/111): >>... Hinter unserem Sein ist Ohnmacht und Armut ... Aber daß der Gedanke des Reiches auch in der Ohnmacht lebendig bleibe in unseren Seelen, ist die Voraussetzung dafür, daß das Reich wieder werde.<<

08.12.1945

Großbritannien: Der britische Philosoph Bertrand Russell (1872-1970) berichtet am 8. Dezember 1945 im "New Leader" über die Massenvertreibung der Ostdeutschen (x044/197): >>Ohne Vorankündigung werden Frauen und Kinder zu den Zügen getrieben, jeder nur mit einem Koffer, der ihnen meistens noch geraubt wird. Die Bahnfahrt nach Berlin dauert Tage, Verpflegung gibt es keine. Viele sind tot, wenn sie in Berlin ankommen. Kinder, die unterwegs sterben, werden aus dem Fenster geworfen. ...
Bergen-Belsen noch einmal - Tote werden auf rohen Pritschenwagen weggekarrt. ... Ein großer Teil der von Haus und Hof Vertriebenen wird nicht mit der Bahn abtransportiert, sondern muß zu Fuß nach Westen wandern. ...<<

09.12.1945

Großbritannien: Die britische Regierung lehnt am 9. Dezember 1945 den nordamerikanischen Vorschlag ab, den Verkehr und die Währung der 3 Westzonen zu zentralisieren (x111/-111).

10.12.1945

Großbritannien: "Der Sozialdemokrat" zitiert am 10. Dezember 1945 Karl Kreibich, den Sprecher der sudetendeutschen Kommunisten und späteren CSR-Botschafter in Moskau (x004/103): >>... Kümmert euch nicht darum, wie viele Deutsche endgültig da sein werden, je weniger desto besser.
Eines aber ist unabänderlich; es darf in der Tschechoslowakischen Republik niemals wieder eine organisierte politische Gruppe der deutschen Minderheit geben, es darf keine eigene deutsche, sei es wirtschaftliche, politische oder kulturelle Richtung geben. ... Die Erziehung der Kinder muß tschechisch sein.<<

11.12.1945

WBZ: Der Flüchtlingsausschuß des Länderrates bittet die nordamerikanische Militärregierung am 11. Dezember 1945, während der Kälteperiode keine weiteren Vertreibungstransporte zu erlauben, Medikamente bereitzustellen und ausgesonderte Lebensmittel aus Heeresbeständen abzugeben (x039/230).
Die "Süddeutsche Zeitung" veröffentlicht am 11. Dezember 1945 das Programm der CSU (x111/112): >>... Wir wollen und müssen unsere Arbeit in unserer engsten Heimat für diese unsere Heimat beginnen. Wir wollen damit helfen, ein neues Reich zu bauen, das aber, frei vom einseitigen Übergewicht eines Staates, gegliedert ist nach Ländern, die aufbauen auf den

deutschen Ständen und in denen unser Land für seine Eigenart einstehen und in dieser sich bewähren kann. Die Verwaltung dieser Länder soll grundsätzlich in den Händen der eigenen Landeskinder liegen. In diesem Sinne wollen wir bayerisch sein ...
Unser Sammelruf ergeht an alle, die sich für ihr Tun und Lassen vor Gott verantwortlich fühlen. In diesem Sinne wollen wir christlich sein ...
Wir können uns an alte Wirtschaftsformen nicht binden. Wir müssen allen Forderungen unserer Zeit opferwillig und opferfreudig gegenüberstehen und jeden Weg beschreiten, der die Not unseres Volkes lindern kann. In diesem Sinne wollen wir sozial sein.<<

12.12.1945

Jugoslawien: US-Botschafter Patterson telegrafiert am 12. Dezember 1945 aus Belgrad dem nordamerikanischen Außenminister, daß die jugoslawische Regierung angeblich keine Vertreibungen angeordnet hat und sich weigert, Jugoslawien-Deutsche aus Österreich aufzunehmen (x028/225).

Frankreich: Außenminister Bidault erklärt am 12. Dezember 1945 während einer Pressekonferenz erneut, daß man der Errichtung einer deutschen Zentralregierung nur zustimmen kann, wenn man das Rheinland und das Ruhrgebiet vom Deutschen Reich abtrennt (x111/113).

13.12.1945

WBZ: Josef Kramer wird am 13. Dezember 1945 in Hameln hingerichtet.
Kramer war seit 1940 Hoeß-Stellvertreter und übernahm ab Dezember 1944 das KZ Bergen-Belsen (bis dahin ein "Privilegierten-Lager").
Ein Zeitzeuge berichtet am 13. Dezember 1945 über den Schulalltag in Köln (x073/219): >>Heute beginnt die sogenannte Schulspeisung: Jedes Kind erhält in der Schule einen halben Liter Suppe, dazu die Schüler vom 12. Lebensjahr ab ein Brötchen. ...
Um dem Vitaminmangel zu begegnen, werden auch Cebiontabletten verteilt. Zu Weihnachten soll jedes Kind einen Gutschein zum Kauf von einem Pfund Äpfel erhalten.
In den Familien fehlen Kartoffeln und Gemüse fast ganz, Hausbrand ist kaum vorhanden. Die Kinder sind froh, wenigstens in der Schule einige Stunden in geheizten Räumen zu sitzen. ...<<

UdSSR: Ilja Ehrenburg schreibt am 13. Dezember 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet Weekly" über den in Nürnberg angeklagten NS-Judenhetzer Streicher (x046/157): >>Streicher war verantwortlich für den Tod von Millionen von Juden. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) schreibt später über Julius Streicher und Ilja Ehrenburg (x046/157): >>... Streicher befand sich 1945/1946 unter den Angeklagten vor dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg, er wurde schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt, weil, wie es in der Urteilsbegründung heißt, er, "in seinen Woche um Woche, Monat um Monat erscheinenden Reden und Artikeln die Gedankengänge der Deutschen mit dem Giftstoff des Antisemitismus verseuchte und das Deutsche Volk zur aktiven Verfolgung der Juden aufhetzte".
"Ein Leitartikel im September 1938", so wird gesagt, "war typisch für seine Lehren, in denen der Jude als Bazillus und Pest bezeichnet wird und nicht als menschliches Wesen." Streicher habe unmißverständlich zur Vernichtung der Juden aufgerufen.
Wenn er also unter dem Anklagepunkt 4 (Verbrechen gegen die Menschlichkeit) in Nürnberg zum Tode durch den Strang verurteilt worden ist - was ist dann erst von Ehrenburg zu sagen, der über Jahre hinweg "Woche um Woche, Monat um Monat", ja Tag für Tag, die Gedankengänge der Völker der Sowjetunion (und auch der westlichen Länder) mit dem Giftstoff des Antigermanismus verseuchte und zu aktiver Verfolgung und Tötung der Deutschen aufhetzte – und dies nicht in einem abgelegenen Winkelblatt ("DER STÜRMER"), sondern in den führenden Zeitungen der Sowjetunion in höchstoffiziellem Auftrag?
Ist Streicher der "Judenhetzer Nr. 1" gewesen, dann erscheint es nicht nur berechtigt, sondern

sogar notwendig, Ehrenburg den "Deutschenhetzer Nr. 1" zu nennen. ...<<

14.12.1945

WBZ: Der Regierungspräsident von Arnsberg berichtet am 14. Dezember 1945 über die Not und Enttäuschung der Bevölkerung in Westfalen (x111/113): >>... Alle Mitarbeit ist zwecklos, wenn nicht die große Wendung eintritt und es als eherne Pflicht anerkannt wird, daß den deutschen Menschen eine erträgliche Lebensmöglichkeit gegeben wird.<<

In der britischen Zone sind am 14. Dezember 1945 noch 646.000 deutsche Kriegsgefangene interniert, von denen ca. 120.000 ehemalige Soldaten gefährliche Arbeiten (wie z.B. Minenräumungen) ausführen müssen (x111/113).

USA: Angesichts der bitteren Kälte und des großen Hungers fordert US-Senator Hawkes am 14. Dezember 1945, daß der nordamerikanische Präsident endlich private Hilfslieferungen nach Westdeutschland erlauben soll (x025/120).

15.12.1945

Schweden: Die letzten deutschen Kriegsgefangenen werden am 15. Dezember 1945 mit Kraftwagen aus dem Krankenhaus Malmö nach Trelleborg gebracht, um sie an die Sowjetunion auszuliefern.

Ein deutscher Kriegsgefangener berichtet später über die Auslieferung der verwundeten Landser an die Sowjets (x130/198): >>... Im Morgengrauen hielten unsere Kraftwagen im Hafen von Trelleborg. An einer Sperre dicht am Kai erfolgte die "feierliche" Übergabe an die Russen. Wir traten einzeln an einen Beamten des schwedischen Außenministeriums, der an Hand der Registrierungskarte des Internationalen Roten Kreuzes Name und Fotografie des Mannes verglich.

Mit einem "Nu, dawai", zeigte der Russe auf den Laufsteg zum Schiff, wo uns bereits russische Posten in Empfang nahmen. Durch die Ladeluken schlotterten wir in den Rumpf des Schiffes, wo wir uns auf das aus Holzwolle und Decken hergerichtete Lager fallen ließen.

Den 16. Dezember und die Nacht zum 17. Dezember lagen wir noch im Hafen, wo noch laufend Kameraden aus den übrigen Krankenhäusern zugeladen wurden und in den Morgenstunden des 17. Dezember 1945 (es war ein Sonntag) verließen wir den Hafen von Trelleborg und somit schwedisches Territorium. Das war der Abschied von Schweden mit abschließender Seefahrt in ein unbekanntes Schicksal.<<

16.12.1945

SBZ: Die SMAD läßt am 16. Dezember 1945 die Universität Jena vorübergehend schließen, weil die Studentenschaft nicht auf eine eigene wissenschaftliche Betrachtung der politischen Themen verzichten will.

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 16. Dezember 1945 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/31-32): >>16. Dezember 1945: Es ist Winter - und immer noch das gleiche Bild. In Friedland, in Bremke - an der "Grenze", wie man jetzt hier sagt - kommen immer neue Flüchtlinge an. Jede Woche, jeden Tag, ja jede Stunde. 19 Wellblechbaracken stehen nun auf dem feuchten Wiesengrund. Ohne Dielen, denn Holz ist knapp. Und die Menschen frieren jämmerlich.

Alle Personen, die Friedland durchlaufen, werden registriert, erhalten einen Meldeschein, kommen zum Arzt und müssen sich entlausen lassen. Im Lager ist eine richtige Verwaltung entstanden. Es gibt auch bereits einen Lagerleiter. Ständig kreischt ein Lautsprecher irgendwelche Namen von Gesuchten. Das betreuende Personal ist um diese Stellung nicht zu beneiden. Nerven gehören dazu. Und wer hat die noch? Nach solchen Jahren.

Täglich werden 2 Sonderzüge der (britischen) Militärregierung eingesetzt, um die Menschen in Richtung Westen oder Norden zu bringen. Aber an Ruhr und Rhein ist der Hunger schlimmer als in den landwirtschaftlichen Gebieten Norddeutschlands. Deshalb wollen die Engländer niemanden mehr in die zerbombten Städte lassen. Durch den Wald von Verordnungen gibt

es jedoch immer irgendwo einen Durchschlupf.<<

17.12.1945

Berlin: Die AKR-Direktive Nr. 23 befiehlt am 17. Dezember 1945 die Auflösung aller deutschen Turn- und Sportvereine, um eine vormilitärische Körperertüchtigung zu verhindern (x111/114).

18.12.1945

SBZ: Durch SMAD-Befehl Nr. 176 werden am 18. Dezember 1945 Konsumgenossenschaften zugelassen. Diese Konsumgenossenschaften erhalten größere und bessere Warenzuteilungen, um den privaten Einzelhandel zu benachteiligen bzw. auszuschalten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Konsumgenossenschaften" in der SBZ (x009/225): >>Am 18.12.1945 wurden durch SMAD-Befehl Nr. 176 die Konsumgenossenschaften wieder zugelassen. Schon damals zeigte sich, durch die bessere Warenzuteilung an Konsumgenossenschaften, die Benachteiligung des privaten Einzelhandels. ... Der Charakter der Konsumgenossenschaften als Einrichtung der organisierten Verbraucherschaft zur verbilligten Versorgung ihrer Mitglieder mit Lebensmitteln und Konsumgütern ging verloren. ...

Die Großhandelsfunktion der Konsumgenossenschaften wurde durch den Zusammenschluß des staatlichen und genossenschaftlichen Großhandels unterbunden. Die Konsumgenossenschaften erhielten die Aufgabe, ein geschlossenes System der Landversorgung aufzubauen, gestellt. Hiermit waren Ausbau und Modernisierung der Gaststätten auf dem Lande verbunden. ... Die Zahl der Verkaufsstellen stieg von 14.446 auf 42.075. Die Zahl der Mitglieder betrug Ende 1960 3,7 Millionen (21,1 % der Bevölkerung), 56,7 % der Verkaufsstellen befinden sich in ländlichen Gebieten. 1.200 Landgaststätten bestehen.

Bei der Umstellung der Verkaufsstellen auf Selbstbedienung rangieren die Konsumgenossenschaften an erster Stelle vor der HO. Ende 1960 unterhielten die Konsumgenossenschaften 8.648 Selbstbedienungsverkaufsstellen ...<<

WBZ: Der US-Anklagevertreter Robert H. Jackson (1892-1954) beantragt am 18. Dezember 1945, die deutsche Regierung, die politischen Leiter, SS, SD, Gestapo, SA, Generalstab und die ehemaligen Oberbefehlshaber der deutschen Streitkräfte kollektiv zu verurteilen und als "verbrecherische Organisationen" für schuldig zu befinden (x111/114).

Frankreich: In Frankreich befinden sich am 18. Dezember 1945 noch 709.260 deutsche Kriegsgefangene, von denen die Hälfte in der zivilen Wirtschaft eingesetzt wird (x111/114).

Großbritannien: Das Foreign Office telegrafiert am 18. Dezember 1945 an den britischen Botschafter in Warschau (x028/134): >>... Radio Warschau meldete am 18. Dezember, daß ein Erlaß des Regierungsbevollmächtigten für Westpommern veröffentlicht worden ist, wonach Beschäftigung jeder Art für Deutsche in Stettin verboten ist.

Das klingt kaum vereinbar mit "geregelten und humanen" Maßnahmen für die Umsiedlung. Deutsche in Stettin werden vermutlich entweder gezwungen werden, zu verhungern, wo sie sind, oder sich eilig auf den Weg machen, bevor geeignete Anordnungen für ihre Umsiedlung oder ihre Aufnahme getroffen werden können.

Falls Sie keine Einwände haben, erwähnen Sie bitte diesen Bericht den polnischen Behörden gegenüber und kommentieren sie ihn im oben umrissenen Sinn.<<

20.12.1945

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 20. Dezember 1945 aus Bayern (x124/73): >>... Das Barackenlager Hof-Moschendorf wird zur Auffangstelle für 1.000.000 Sudetendeutsche ausgebaut, die in unsere Zone ausgesiedelt werden sollen.

Dafür will man die Polen, Jugoslawen, Madjaren und Italiener heimschicken, die sich in Bayern aufhalten. Den Ausländern wird erlaubt, Gepäck in jeder Menge, auch Möbel, mitzunehmen. ...<<

21.12.1945

WBZ: George S. Patton (1885-21.12.1945, ein fähiger Panzergeneral und beliebter nordamerikanischer Armeeführer, der wegen seiner antisowjetischen und prodeutschen Einstellung bzw. öffentlichen Kritik abgelöst worden war), stirbt am 21. Dezember 1945 nach einem mysteriösen Verkehrsunfall (Pattons PKW stieß am 9. Dezember 1945 in der Nähe von Mannheim mit einem Militärlastwagen zusammen).

General George S. Patton (1885-1945, Oberkommandeur der US-Army) hatte z.B. nach der Landung in der Normandie in seinem Tagebuch "The Patton Papers 1940-1945" notiert (x367/11):"Ich habe große Achtung für die deutschen Soldaten. In Wirklichkeit sind die Deutschen das einzige anständige in Europa lebende Volk." …<<

Ein Zeitzeuge berichtet am 21. Dezember 1945 über den Schulalltag in Köln (x073/219): >>Heute beginnen die Weihnachtsferien. Bei dem schlechten Wetter der letzten Wochen versäumten viele Kinder oft den Unterricht, weil sie keine Schuhe haben. Manche kommen trotz Regen und Kälte in Sandalen, zerrissenen oder geliehenen Schuhen zur Schule. Wenn Geschwister zu verschiedenen Zeiten Unterricht haben, wird oft das gleiche Paar Schuhe von ihnen abwechselnd getragen. ...<<

Großbritannien: Nach den Nordamerikanern und Sowjets fordern auch die Briten am 21. Dezember 1945 deutsche Wissenschaftler und Experten an, um sie in britischen Staatsunternehmen einzusetzen (x111/115).

USA: US-Präsident Truman erklärt am 21. Dezember 1945 (x025/120): >>... Wenn wir auch nicht wünschen ungebührlich grausam gegen Deutschland zu verfahren, kann ich doch nicht viel Sympathie für diese Leute aufbringen, die den Tod so vieler Menschen verursacht haben. ...

Bevor nicht das Unglück jener, die von Deutschland bedrückt und gequält wurden, vergessen ist, scheint es nicht richtig, unsere Bemühungen den Deutschen zugute kommen zu lassen.

Ich gebe zu, daß es natürlich viele Unschuldige in Deutschland gibt, die mit dem Naziterror wenig zu tun hatten. Aber die administrative Last, diese Leute herauszufinden, um sie anders als die übrigen zu behandeln, ist fast untragbar.<<

Das State Department meldet am 21. Dezember 1945, daß man schon über 2.034.000 sowjetische Staatsangehörige aus Westdeutschland abgeschoben hat. Die letzten 20.000 Russen sollen ungeachtet ihrer Wünsche und falls nötig mit Gewalt an die UdSSR ausgeliefert werden (x133/492).

22.12.1945

WBZ: Die britische Militärregierung beschlagnahmt am 22. Dezember 1945 alle deutschen Kohlenbergwerksgesellschaften mit 225 Kohlenbergwerken (x111/116).

Die letzten Schiffe der deutschen Flotte verlassen am 22. Dezember 1945 Wilhelmshaven und werden von den Alliierten übernommen (Reparationen).

Ungarn: Die Nationalregierung beschließt am 22. Dezember 1945 eine Aussiedlungsverordnung über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland (x008/91E-93E): >>**Die Aussiedlungsverordnung.**

Verordnung Nr. 12330/1945 ... über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland.

Das Ministerium ordnet bezüglich der Durchführung des Beschlusses des Alliierten Kontrollrates vom 20. November 1945 über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland auf Grund des Ermächtigungsgesetzes XI: 1945 § 15 folgendes an:

§ l

Nach Deutschland umzusiedeln ist derjenige ungarische Staatsbürger verpflichtet, der sich bei der letzten Volkszählung zur deutschen Volkszugehörigkeit oder Muttersprache bekannt hat oder der seinen madjarisierten Namen wieder in einen deutsch klingenden ändern ließ, ferner

derjenige, der Mitglied des Volksbundes oder einer bewaffneten deutschen Formation (SS) war.

§ 2

1) Die Vorschrift des § l bezieht sich nicht auf den Ehegatten und die minderjährigen Kinder einer Person nichtdeutscher Volkszugehörigkeit (Muttersprache) sowie auf die mit ihnen - auch schon vor Inkrafttreten dieser Verordnung - im gemeinsamen Haushalt lebenden Verwandten der aufsteigenden Linie (Eltern, Großeltern), wenn diese ihr 65. Lebensjahr schon vor dem 15. Dezember 1945 vollendet haben.

2) Die Vorschrift des § l findet keine Anwendung auf denjenigen, der ein aktives Mitglied einer demokratischen Partei oder wenigstens seit 1940 Mitglied einer in den Verband des Gewerkschaftsrates gehörenden Gewerkschaft war.

3) Die Vorschrift des § l findet auch auf diejenigen keine Anwendung, die sich zwar zur deutschen Muttersprache, aber zum ungarischen Volkstum bekannt haben, wenn sie glaubhaft nachweisen, daß sie wegen ihrer nationalen Treue zum Ungartum Verfolgungen erlitten haben.

4) Die in den Absätzen (2) und (3) geregelte Befreiung erstreckt sich auf die Ehefrau (Witwe), auf die minderjährigen Kinder (minderjährige Waisen) sowie auf die mit ihnen - auch schon vor Inkrafttreten dieser Verordnung - im gemeinsamen Haushalt lebenden Verwandten der aufsteigenden Linie (Eltern, Großeltern).

5) Die Befreiungen gemäß den Absätzen (2) und (3) finden keine Anwendung auf diejenigen, die ihren madjarisierten Namen wieder in einen deutsch klingenden ändern ließen oder Mitglieder des Volksbundes oder irgendeiner faschistischen Organisation bzw. militärischen Formation waren.

6) In Fragen der Befreiung entscheidet die von dem Innenminister entsandte Kommission - unter Ausschluß der Rechtsmittel - endgültig.

§ 3

1) Das gesamte unbewegliche und bewegliche Vermögen der Umsiedlungspflichtigen Personen ist - ohne Rücksicht darauf, ob sie sich im In- oder Ausland aufhalten - vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung an als beschlagnahmt zu betrachten, der Eigentümer (Besitzer) kann nichts davon veräußern und kann es auch nicht belasten. Der Eigentümer (Besitzer) kann aus den beschlagnahmten Beständen (Lebensmittel, Futter, Brennmaterial usw.) nur die seinen ordentlichen Haushaltungs- und Wirtschaftsbedürfnissen entsprechenden Mengen verbrauchen.

2) Das beschlagnahmte Vermögen ist zu inventarisieren. Das zur Erstellung des Inventars und zur Verwahrung der in das Inventar aufgenommenen Gegenstände erforderliche Fachpersonal wird von den zuständigen Ministern zur Verfügung gestellt.

3) Der Innenminister bestimmt, welche beweglichen Güter der Umsiedlungspflichtige mit sich nehmen kann.

4) Ein Verstoß gegen die in Absatz (1) enthaltenen Verbote sowie die Beschädigung oder Vernichtung der beschlagnahmten Vermögensgegenstände stellt ein Verbrechen dar und wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

§ 4

1) Die Umsiedlungspflichtigen Personen (§ 1) sind in jeder Gemeinde (Stadt) wohnhausweise zu registrieren und nach im gemeinsamen Haushalt lebenden Familien geordnet in ein Verzeichnis aufzunehmen. In ein besonderes Namensverzeichnis sind diejenigen aufzunehmen, die anläßlich der Registrierung von ihrem Wohnort abwesend waren.

2) Gesondert zu registrieren und in ein Namensverzeichnis aufzunehmen sind diejenigen, die - gemäß § 2 - von der Umsiedlungspflicht nicht betroffen werden.

3) Jede Behörde ist verpflichtet, die sich in ihrem Bezirk befindlichen und für den Zweck der

Registrierung erforderlichen Angaben dem Gemeindevorstand zur Verfügung zu stellen.
§ 5
1) Das Namensverzeichnis der Umsiedlungspflichtigen ist an der Mitteilungstafel der Gemeinde (Stadt) auszuhängen.
2) Die in das Namensverzeichnis aufgenommenen Personen können ihren Wohnort nur mit Genehmigung der Gemeindepolizeibehörde verlassen. Eine solche Genehmigung kann nur ausnahmsweise in begründeten Fällen erteilt werden.
3) Diejenigen, die ihren Wohnort ohne Genehmigung verlassen oder sich der Umsiedlungspflicht entziehen, sind bis zu ihrer Umsiedlung in Polizeigewahrsam zu nehmen (internieren), ihr bewegliches und unbewegliches Vermögen aber ist einzuziehen.
4) Der Innenminister kann in Gemeinden, in denen dies im Interesse einer ungestörten Abwicklung der Umsiedlung notwendig erscheint, besondere Verkehrsbeschränkungen erlassen.
§ 6
1) Zur Lenkung und Überwachung der Durchführung der Umsiedlung kann der Innenminister Ministerbeauftragte entsenden.
2) Die vom Ministerbeauftragten, im Zusammenhang mit der Umsiedlung erlassenen Verfügungen, müssen von jeder Verwaltungsbehörde und Dienststelle unverzüglich durchgeführt werden. Der Ministerbeauftragte verfügt über die bei der Durchführung erforderlichen Sicherungskräfte.
§ 7
1) Die für die Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Einzelvorschriften erläßt - im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern - der Innenminister.
2) Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft, für ihre Durchführung sorgt der Innenminister.
Budapest, den 22. Dezember 1945
Tildy Zoltán
Ministerpräsident …<<

Frankreich: Bei der Reparationskonferenz in Paris wird am 22. Dezember 1945 entschieden, daß folgende Länder Entschädigungen erhalten sollen (x111/115-116):
>>Vereinigte Staaten = 28,00 % Kategorie A und 11,80 % Kategorie B,
Großbritannien = 28,00 % Kategorie A und 27,80 % Kategorie B,
Frankreich = 16,00 % Kategorie A und 22,80 % Kategorie B,
Jugoslawien = 6,60 % Kategorie A und 9,60 % Kategorie B,
Niederlande = 3,90 % Kategorie A und 5,60 % Kategorie B,
Belgien = 2,70 % Kategorie A und 4,50 % Kategorie B,
Tschechoslowakei = 3,00 % Kategorie A und 4,30 % Kategorie B,
Kanada = 3,50 % Kategorie A und 1,50 % Kategorie B,
Griechenland = 2,70 % Kategorie A und 4,35 % Kategorie B,
Ägypten = 0,05 % Kategorie A und 0,20 % Kategorie B.
Kategorie A (die Reparationen, die aus deutschen Guthaben, deutschem Goldbesitz und aus den Bezügen der laufenden Produktion geleistet werden).
Kategorie B (Reparationen, die aus Fabrikeinrichtungen, Maschinen und Schiffen bestehen).<<

24.12.1945

SBZ: Der 15jährige Kurt N. berichtet über Heiligabend 1945 im sowjetischen Lager Ketschendorf bei Fürstenwalde (x126/58-61): >>Der Winter rückte heran, Weihnachten kam näher, die Stimmung sank. Der erste Winter brachte Kälte und Finsternis in die Unterkünfte. Holz war knapp. Mit Glühbirnen mußte sorgsam umgegangen werden. Wir saßen herum oder hielten uns in Bewegung, beschäftigten uns irgendwie und froren dabei, redeten vom Essen

und erzählten von Zuhause. Noch immer glaubten wir daran, daß die Sorgen unserer Mütter um ihre verschwundenen Söhne keine Ewigkeit dauern würde.
Früh warteten wir in Gruppen auf Brot, das, in einer Decke getragen, nach dem Zählappell zugweise geholt werden mußte und nicht selten von Ratten angefressen war. Das Teilen kam einer Zeremonie gleich. 6 Mann teilten sich ein Brot. Einzige gewohnte Beigabe war neben Kaffee ein Löffel Zucker, überwiegend von der ungereinigten, braunen Qualität. ...
Mittags holten Essenholer jeden Zuges einen Kübel Grützsuppe, die vom Essenausgeber, meist dem Zugführer, verteilt wurde. Abends wurde nochmals Suppe verteilt, die genau so dünn wie mittags war. Die in der Suppe gefundene Grütze entsprach selten mehr als 2 Löffel je Schlag.
Ein Fleischstück war die Ausnahme, Fettaugen konnte man zählen. Kartoffeln waren kaum drin. Niemand von uns hatte eine Möglichkeit zur Beschaffung zusätzlichen Essens. ... Jugendliche wurden grundsätzlich nicht den Arbeitskommandos zugeteilt, die innerhalb des Lagers zur Aufrechterhaltung der einfachsten Lebensvoraussetzungen erforderlich waren ...
Eine Flucht war völlig ausgeschlossen. Uns trennten hoher Stacheldraht und ein mindestens 2 Meter hoher, dicht gefügter Bretterzaun von der Außenwelt. Von letzterem wußten wir, daß er noch mindestens einen halben Meter tief in die Erde eingelassen war.
Der Abstand zwischen den Wachtürmen am Zaun entlang war, unserer "Gefährlichkeit" entsprechend sehr dicht. 4 Stunden hatten die Posten hinter dem MG jeweils Dienst und richteten ihren grimmigen Blick auf das Lager. In den frostigen Nächten hörten wir ihre Stiefel auf dem Holz, wenn sie versuchten, die Füße warmzuhalten.
Durch den anhaltenden Hunger und die einseitige Ernährung hatten wir schon im ersten Winter Erscheinungen von Vitamin- und Eiweißmangel. Wir bekamen Wasser – zuerst in den Beinen – und Skorbut, litten unter Furunkeln, Krätze und maßlos viel Eiter. Meine Haut war schuppig, das Zahnfleisch blau, die Zähne wurden locker, die Haare dünn und die Fingernägel weich. Alle diese Hungerfolgen prägten sich insbesondere bei uns Jugendlichen stark aus und zeigten sich in dieser Form weniger auf der Haut der älteren Häftlinge, bei denen Gürtelrose, Bartflechte und ähnliches dominierten. ...
Unser erstes Lagerweihnachten ging undramatisch vorbei. Es wurde zu einer wirklich stillen Nacht, weil Gesang verboten war und auch niemand Lust zu einem Weihnachtslied verspürte. Wir nahmen unsere Lage hin und hofften auf baldige Entlassung. Schmerzlicher war Weihnachten für die Männer, die Frauen und Kinder zu Hause hatten. ...<<
Berlin: Die satirische Zeitschrift "Ulenspiegel" erscheint am 24. Dezember 1945 erstmalig mit nordamerikanischer Lizenz.
UdSSR: Deutsche Kriegsgefangene berichten später über Heiligabend 1945 in sowjetischer Gefangenschaft (x130/332-333): >>... Wir starrten trübselig durch die Fenster auf die Lichter und lagen bald auf den harten Pritschen. Jeder hatte Angst, es könnte einer zu singen anfangen ...
In einem Winkel der Baracke wurde ein Adventslied angestimmt. Niemand war nach Singen zumute. Der Hunger und die Müdigkeit, Elend und Gier machten die Seele matt.
Einer nach dem anderen richtete sich auf, dem Gesang zu lauschen und schließlich war auch kein Herz mehr der Botschaft verschlossen, die das Lied verhieß. ...
Und dann kam also das Essen, von dem wir wochenlang vorher gesprochen hatten: Am Weihnachtstag gab es Pellkartoffeln und Hering. Diese Pellkartoffeln bestanden aus fünf winzigen halbverfaulten kleinen Kartöffelchen und einem halben, ganz verfaulten Hering. Und die Enttäuschung, na, also wirklich riesig.
Und dann haben wir versucht zu singen, Stille Nacht, heilige Nacht, was natürlich nicht funktionierte, weil einigen Leuten die Tränen in die Augen kamen. Und dann mußte ich aufstehen, weil mir ganz übel war. Und dann passierte das für einen Kriegsgefangenen schrecklichste.

Ich mußte diesen Hering und diese Kartoffeln wieder von mir geben, diese wertvollen Kalorien; und das ist eine Katastrophe.<<

Vatikan: Papst Pius XII. fordert die Siegermächte am 24. Dezember 1945 auf, die Vertreibung der Deutschen rückgängig zu machen (x024/219): >>... Daher richten wir an die Staatsmänner, die über die Geschicke der Menschheit entscheiden, die dringlichste Bitte, den Millionen vertriebener Deutscher ihr Land und ihre Heimat wieder zurückzugeben und sie vor der Verzweiflung zu retten.<<

Papst Pius XII. kritisiert ferner kollektive Strafzuweisungen (x025/157): >>... Ich habe ein reines Gewissen, ich bin frei von Schuld? Zweierlei Gewicht und zweierlei Maß: beides ist dem Herrn ein Greuel.

Wer also Sühne für Schuld verlangt, durch gerechte Bestrafung der Verbrecher nach dem Maß ihrer Verbrechen, muß peinlich darauf achten, daß er nicht das Gleiche tue, was er den anderen als Schuld oder Verbrechen vorhält. ...<<

27.12.1945

WBZ: Die US-Militärzeitschrift "ARMY TALKS" veröffentlicht am 27. Dezember 1945 Verhaltensregeln für nordamerikanische Soldaten (x124/81-82): >>... Sei mißtrauisch gegen jedermann. Prüfe sorgfältig, was sie dir erzählen. Äußere nichts Abfälliges über die USA, die Armee, unsere Verbündeten.

Melde sofort verdächtige Nazis oder Verstöße gegen Befehle der Militärregierung und Anordnungen lokaler Behörden. ...

Verhalte dich immer wie ein guter Soldat. Achte auf deine Uniform und benimm dich ordentlich in der Öffentlichkeit. Vergiß nie, daß du als Eroberer hier bist und nicht als Befreier.

Entlarve die Lügen, an die Deutsche mit ihrer Nazi-Schulung unbewußt glauben. Und vergiß nie ihre schlechten Eigenschaften, wenn du ihre guten bewunderst.

Wirb für die Demokratie, wann immer sich Gelegenheit bietet. Wenn du in ein Fräulein verliebt bist, dann verkaufe dich nicht ihretwegen an Deutschland.

Sei höflich aber kurz angebunden mit Deutschen. Alle Deutschen sind Schuld am Kriege. ...<<

28.12.1945

WBZ: Die britische Militärregierung veröffentlicht am 28. Dezember 1945 die Erziehungskontrollanweisung Nr. 35 (x117/91): >>1. Um die Unterernährung schulpflichtiger Kinder in der britischen Zone zu bekämpfen, sind die in Absatz 2 aufgeführten Maßnahmen sofort zu ergreifen.

2. a. In allen Gebieten, wo ernsthafte Unterernährung herrscht, haben die deutschen Erziehungsbehörden Schulmahlzeiten zu organisieren, wobei nach Möglichkeit markenfreie Nahrungsmittel zur Verwendung gelangen sollen. Sollten diese nicht vorhanden, oder nur in ungenügender Menge erhältlich sein, so wird ein Minimum rationierter Nahrungsmittel ausgegeben werden, für die die Kinder Marken abliefern müssen.

b. Deutsche Schulärzte sind für die Auswahl der Kinder verantwortlich, die solcher Mahlzeiten am dringendsten bedürfen. ...<<

30.12.1945

Frankreich: Die AFP-Nachrichtenagentur veröffentlicht am 30. Dezember 1945 erstmalig amtliche Zahlen über die französischen Menschenverluste des Zweiten Weltkrieges (x043/-119): >>... Danach beträgt die Zahl der Kriegsopfer 500.000, und zwar 200.000 Soldaten, von denen 150.000 im Kampfe gefallen sind, und 50.000 in den deutschen Kriegsgefangenenlagern gestorbene Militärpersonen.

160.000 Zivilisten, Männer, Frauen und Kinder, von denen 30.000 zwischen dem 10. Mai und 25. Juni 1940 getötet wurden, 40.000 Füsilierte (standrechtlich Erschossene) und 90.000 Zivilopfer bei den (militärischen) Operationen, die nach dem 25. Juni 1940 stattfanden.

Von den 90.000 zivilen Opfern haben 80.000 während der 6 ersten Monate des Jahres 1944 in der Normandie den Tod gefunden.
Dazu kommen noch 97.000 französische Juden und 43.000 andere Franzosen, die nach Deutschland deportiert und in den Gaskammern getötet wurden.<<

31.12.1945

Ostdeutschland: Obwohl die ostdeutschen Gebiete für die polnischen Ansiedler nahezu eine Freistatt bedeuten, bleibt die Ansiedlung bis zum Ende des Jahres 1945 weit hinter den Wünschen der polnischen Regierung zurück. Nur etwa 1,7 Millionen Polen haben sich bis zu diesem Zeitpunkt in Ostdeutschland niedergelassen (x001/118E-119E).

WBZ: Der deutsche Historiker Gerhard Ritter (1888-1967) berichtet am 31. Dezember 1945 in seinen "Leitsätzen über unsere politische Lage" (x111/118): >>Unbestreitbar hat sich der Nationalismus des 19. Jahrhunderts im 20. gleichsam selbst überschlagen, in den beiden Weltkriegen sozusagen ad absurdum geführt.
Aber wer nun mit überlegener Miene vom "Zeitalter des Nationalismus" als einer längst abgetanen Sache und vom Kommen einer neuen Epoche des Europäismus oder auch des Weltbürgertums spricht, der hüte sich, daß er nicht in den alten deutschen Fehler vorschnellen Konstruierens welthistorischer Perspektiven verfalle. ...<<
Die "Frankfurter Rundschau" veröffentlicht am 31. Dezember 1945 ein Zitat des deutschen Dichters Friedrich Hebbel aus dem Jahre 1848 (x111/118): >>... Es kommt zuweilen, wie für den einzelnen Menschen, so für ein ganzes Volk ein Moment, wo es über sich selbst Gericht hält. Es wird ihm nämlich Gelegenheit gegeben, die Vergangenheit zu reparieren und sich der alten Sünden abzutun. Dann steht aber die Nemesis (griechische Göttin der Vergeltung) ihm zur linken Seite und wehe ihm, wenn es nun nicht den rechten Weg einschlägt.
So steht es jetzt mit Deutschland.<<
Der deutsche Schriftsteller Peter D. Mendelssohn (1908-1982) berichtet am 31. Dezember 1945 über die Angeklagten des Nürnberger Prozesses (x111/118): >>... Da sitzen sie. Alle zwanzig. In zwei Reihen zu je zehn. Auf harten, hölzernen Bänken. Recht dicht zusammengebündelt. Nicht viel Platz, um die Ellbogen zu rühren.
Das riesige, über alle Ränder fließende Großdeutsche Reich ist zu einem recht engen kleinen Kasten zusammengeschrumpft. Seine tausendjährige Dauer ist zusammengeschnurrt auf noch ein paar Wochen oder Monate, nicht mehr. Eine Handvoll Kerls.<<
Der Kabarettist Werner Finck erklärt damals während einer Silvesterrede (x111/118): >>Können wir Deutschen diesem 45. Produkt des 20. Jahrhunderts eine Träne nachweinen?
Nein, denn wir haben keine mehr. ...<<

Rumänien: Bis Ende Dezember 1945 verlieren die Volksdeutschen fast ausnahmslos ihr Ackerland, ihr Vieh und ihre Gerätschaften. In vielen Dörfern hat man die Deutschen kurzerhand aus ihren Häusern verdrängt und in die am Ortsrand gelegenen Zigeunerhütten umgesiedelt (x007/90E).

Dezember 1945

SBZ: Otto Grotewohl (1945 Vorsitzender der SPD in der SBZ) kritisiert im Dezember 1945 vor dem SPD/KPD-Ausschuß, der die Verschmelzung der beiden Parteien vorbereiten soll, die Bevorzugung der KPD durch die Sowjets (x128/198-199): >>1. Die KPD erfährt durch die sowjetische Besatzungsmacht eine wesentlich weitergehende und nachdrücklichere Förderung als die SPD. Das drückt sich aus in einer schnelleren und weitergehenden tatsächlichen Hilfsbereitschaft und Erleichterung beim organisatorischen Aufbau der KPD, ihrer Presse und sonstigen Publikationen.
Das äußert sich vor allem auch in der Einräumung eines wesentlich stärkeren zahlenmäßigen sonstigen Einflusses der KPD in allen Organen der sowjetischen Besatzungszone, wie z.B. in den Zentralverwaltungen, den Länder- und Provinzialverwaltungen, den Kreisen und Gemein-

den.
2. Die KPD handelt vielfach nicht im Geiste der von ihr selbst bekundeten demokratischen Grundsätze und der vereinbarten Zusammenarbeit. Es mehren sich die Zeugnisse eines undemokratischen Drucks auf Sozialdemokraten.
3. Durch die unter 1 und 2 festgestellten Abweichungen vom Geist und Buchstaben der Bekundungen der KPD und der gemeinsamen Vereinbarungen ist vorhaltslose Bereitschaft großer Teile der Funktionäre und Anhänger der SPD einem zunehmenden Zweifel an der Ehrlichkeit des Bekenntnisses der KPD zur Demokratie und des Willens zur Zusammenarbeit und zur Einheit ohne betonten Führungsanspruch der KPD gewichen. ...<<

WBZ: In den westdeutschen Besatzungszonen sind im Dezember 1945 etwa 80 % aller Deutschen unterernährt und 50 % leiden an Hungerschäden (x117/28). Viele Kinder haben aufgedunsene Leiber sowie geschwollene Beine und Füße. Diese Hungerödeme bzw. Ansammlungen von Gewebswasser unter der Haut und in den Körperhöhlen entstehen durch Unterernährung und Vitamin- sowie Kalorienmangel.

Ein Zeitzeuge berichtet damals über den Alltag im Westen (x073/218): >>Unsere Tagesverpflegung sieht etwa so aus. Morgens eine Tasse Kaffee oder auch nichts, Frühstück fällt aus. Mittags einen halben Liter Kaffee zu geröstetem Brot, abends 18-20 Uhr, je nachdem wie der Ofen brennt (Gas gibt es bei uns noch nicht und elektrischer Strom ist rationiert) zusammengefaßtes Mittag- und Abendessen: eine Mehltunke mit Kartoffeln, Mehlklöße oder Brot, was man gerade so hat, Vielleicht dann um 22 Uhr noch eine Tasse Mehlsuppe, solange der Vorrat reicht. ...

Die Hausfrauen haben es sehr schwer. Gibt es mal Fleisch, hat man keine Kartoffeln, hat man Kartoffeln, ist kein Fett zu bekommen usw. Und wir haben ewig Hunger. Wir sind dünn geworden wie Gandhi und manchmal wird uns auf der Straße ganz schwindlig. ...<<

Die britische Erziehungskontrollanweisung Nr. 34 berichtet über den Schulunterricht in Westdeutschland (x117/72): >>... Eine Anzahl von Grundschulkindern einschließlich der Kinder, die darauf warten, auf die höhere Schule zu gehen, erhalten noch immer keinen Schulunterricht. ...<<

USA: Während Briten und Franzosen im Oktober und Dezember 1945 die Lieferung von Medikamenten, Lebensmitteln und Kleidung durch das Rote Kreuz erlauben, verbieten die Nordamerikaner und Sowjets in ihren Besatzungszonen weiterhin westeuropäische Hilfslieferungen. Obwohl die Hilfsgüter ausdrücklich für Deutschland bestimmt sind, schlagen die US-Militärbehörden vor, diese Spenden in den osteuropäischen Ländern zu verteilen.

Trotz bitterer Kälte und großer Hungersnot verbietet US-Präsident Truman im Dezember 1945 die Verteilung von privaten Hilfsgütern, die überwiegend aus Irland und der Schweiz kommen, an die deutsche Bevölkerung.

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später über die fehlende Hilfsbereitschaft des US-Präsidenten Truman (x028/151): >>... Diese Entscheidung wirkte sich bei den Heimatvertriebenen besonders verheerend aus, "deren Lage viel prekärer war als die der übrigen Bevölkerung.

Schließlich konnten ab 1946 Spenden in die amerikanische, ab April auch in die sowjetische Zone geliefert werden. Doch Zehntausende von Deutschen waren inzwischen verhungert, und viele mußten noch sterben, ehe die Spendenvorräte des Internationalen Roten Kreuzes sie erreichen konnten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die große Hungersnot während der Nachkriegsjahre in Deutschland (x268/32-33): >>... Während zumindest Fachhistoriker wissen, daß infolge der fortgesetzten alliierten Lebensmittelblockade gegen Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg rund eine Million Menschen starben, gelang es erst dem kanadischen Journalisten James Bacque, die Öffentlichkeit auf die wesentlich hö-

here Zahl direkter und indirekter Hungeropfer (z.B. erhöhte Säuglingssterblichkeit, hungerbedingte Krankheiten und dergleichen) nach dem Zweiten Weltkrieg aufmerksam zu machen. Bacque kommt auf schier unglaubliche 5,7 Millionen in den vier Besatzungszonen Deutschlands.
Selbst wenn diese Zahl zu hoch gegriffen sein sollte, so steht doch fest, daß die sogenannte Befreiung mehr Deutsche (der Zivilbevölkerung) das Leben gekostet hat als Hitlerdiktatur und Weltkrieg zusammengenommen.<<

1945

Berlin: Die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz (1923-1986) schreibt später über das Jahr 1945 in Ost-Berlin (x067/223): >>War das Jahr 1945 schon das Jahr des Anfangs, das Jahr der Erlösung? ... Die Millionen Toten des Krieges waren noch nicht addiert. Das Land war verwüstet, die Städte zerstört, die große Flucht hatte eingesetzt. Die moralische Katastrophe drang kaum schon durch das Elend ins Bewußtsein der Deutschen. Die Lügen der Nazis, die Perversität ihrer Verbrechen waren vom Schmerz verschüttet, der kaum eine Familie ausgelassen hatte. Die Zukunft hatte keine Konturen ...
... Schon Mitte Mai wurden die Schulen wieder eröffnet und Russisch als Pflichtfach eingeführt ...
... Romane und Gedichte, die von Hand zu Hand gingen, auf grauem Papier, schlecht gesetzt, lange verbotene Autoren ...
Oder die Konzerte in den halb zerstörten Wohnungen? Oder die Theater, ungeheizt, Stätten der leidenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Tod, mit dem Leben, selten genug schon mit der eigenen Zeit, mit der eigenen oder der kollektiven Schuld.
Damals, als die Nachrichten sich verdichteten: Hiroshima und Auschwitz und Majdanek und Treblinka und Buchenwald und Dachau, und - hinter der Hand geflüstert: Workuta, aber auch Bautzen – damals war Fidelio noch Trost. Es kommt auf uns an, sagten wir, auf jeden von uns. Und das war unsere Hoffnung. ...<<

CSR: Dr. Karel Kacl schreibt im Jahre 1945 in der tschechoslowakischen Zeitschrift "Svobodny zitrek" - "Freie Zukunft" - über die Vertreibung der Deutschen (x154/8-9): >>Wir sind ein Nationalstaat. In der Tschechoslowakischen Republik wird es keine anderen Staatsbürger geben als die, welche tschechische oder slowakische Nationalität haben. Es wird auch keine anderen slawischen Nationalitäten geben. Die Karpato-Ukraine gehört nicht mehr zum tschechoslowakischen Staat, sie ist jetzt da, wo sie hingehört, im Bund der Ostslawen. Damit ist vieles einfacher, und geben wir es ruhig zu, auch schöner geworden. Die Verhältnisse sind jetzt unkompliziert.
Jeder, der kein Tschechoslowake ist und im Guten kommt, ist herzlich willkommen, aber er muß sich gut benehmen, wie ein wirklicher Gast. Wer auf Dauer bleiben will, muß sich der heimischen Bevölkerung anpassen, sich assimilieren. So wird es auf der ganzen Welt gehandhabt. In Amerika anglisieren unsere Auswanderer auch ihre Namen, in Rußland treten sie der orthodoxen Kirche bei und übernehmen auch die russische Lebensart. All das müssen wir hier bei uns auch konsequent durchsetzen. ...
Wir haben uns politisch befreit - wir werden uns auch wirtschaftlich befreien und ebenso von der Schande befreien, die uns während der Okkupation zugefügt worden ist. Wir werden uns von allem befreien, was uns an die Zeit unserer Sklaverei erinnert. Dies beinhaltet sowohl Personennamen, als auch Orts-, Burg- und Bergnamen. Das ist genauso wichtig wie alles andere. Im Hinblick auf die Zukunft ist es sogar wichtiger. Unser Präsident rief in seiner Rede in Tabor nach der Befreiung und er wußte bestimmt warum. Sie wird genauso gründlich durchgeführt wie die Aussiedlung der Deutschen. ...<<

UdSSR: Fritz R. berichtet später über ein Erlebnis in einem Kriegsgefangenenlager in der Sowjetunion im Jahre 1945: >>Neben mir lag ein alter Mann, der erst vor wenigen Wochen

den Soldatenrock angezogen hatte, dann mit uns in Gefangenschaft geriet und nun als "Soldat der Wiedergutmachung" die Schäden beseitigen helfen sollte, die der Krieg dem fremden Lande zugefügt hatte.
Der Hunger hatte des Mannes Körper in wenigen Tagen zernagt. Ein blinder Glast lag in seinen Augen, die in ihren tiefen Höhlen schmerzlich anzusehen waren. Die welke, gläserne Haut weckte sofort die Gewißheit, daß er nicht mehr lange mit uns gehen könne.
Still und teilnahmslos lag er auf seinem Platz. Seine Hände, die weiß und fremd aus den zerschlissenen und schmierigen Kleidungsstücken hervorkamen, hielten krampfhaft ein Buch umklammert.
Es war klein, teilweise zerrissen, - es mußte unendlich viel Mühe gekostet haben, dieses Buch bis ins Lager zu bringen. Wie oft waren wir durchsucht, untersucht und wie wir sagten "gefilzt" worden. Jedes Stück Papier, die geringste Kleinigkeit, wanderte dann immer durch viele Hände zu einem fremden Besitzer. Trotzdem hatte mein Nebenmann dieses Buch behalten.
Zuweilen hielt er es dicht vor seinen Augen. Einmal zupfte ich an seinem Arm. Als er sich zu mir wendete, fragte ich nach dem Inhalt des Buches. Nachdem er sich vergewissert hatte, daß niemand unserem Gespräch lauschen könne, zeigte er das Titelblatt seines Buches.
Wenn ich heute die Augen schließe und an diesen Augenblick denke, kann ich noch deutlich lesen: "Mustersammlung deutscher Gedichte von Ernst Keller, Berlin, 1869". ...
Mein Nachbar lächelte, und mir war, als sei ein ferner Glanz in seine Augen gekommen. Mit eigentümlichen Bewegungen nahm er das Buch wieder in seine hellen, fast durchsichtigen Hände, schlug es auf, um darin zu lesen. Jede Faser seines nur noch kleinen Lebens lebte noch einmal glücklich auf.
Als ich mich eine Zeitspanne später zu ihm drehte, war er eingeschlafen, und er hatte den Zeigefinger der rechten Hand zwischen die Seiten des Buches geschoben.
Im Raum, in der Enge von vier Barackenwänden und 40 hungrig eingeschlafenen Menschleibern, war es still geworden.
Als wir am frühen morgen unsanft mit Stöcken und Geschrei geweckt wurden, strahlte die feurige Morgensonne, der wir im Osten so nah waren ...
Ich schaute zu meinem Nebenmann, - doch er rührte sich nicht mehr.
Seine weitgeöffneten Augen waren auf sein Buch gerichtet, daß er zwischen den steifen und kalten Fingern hielt.
Ich kannte nicht einmal seinen Namen und mußte ihm doch die Augen schließen. ... Behutsam nahm ich ihm das Buch aus den Händen und las ... (die aufgeschlagene Seite):
"... Die Welt ist weggegeben, der Herbst, die Jagd, der Markt ist nicht mehr mein. Willst du in meinem Himmel mit mir leben, so oft du kommst, er soll dir offen sein!" ...<<

Anstatt eines Schlußwortes

> Sage mir, wer dich lobt, und ich sage dir, worin dein Fehler besteht.
> *Lenin, eigentlich Wladimir I. Uljanow (1870-1924, russischer Politiker)*

Beantwortung von offenen Fragen der Geschichte:

1. Wieso scheiterte der militärische Putschversuch ("Operation Walküre") vom 20. Juli 1944?

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über den "Zwanzigsten Juli 1944" (x051/661-662): >>Zwanzigster Juli (1944), Tag des gescheiterten Attentats auf Hitler im Führerhauptquartier bei Rastenburg (Ostpreußen).

Nach mehreren vergeblichen Anläufen im Herbst 38, Winter 39/40 und 43 verdichteten sich unter der tatkräftigen Koordination und generalstabsmäßigen Planung durch Oberstleutnant i.G. Stauffenberg (ab 1.7.44 Oberst und Stabschef beim Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fromm, in Berlin) ab Herbst 43 die Vorbereitungen höherer Militärs, ehemaliger Politiker, Gewerkschaftler und Diplomaten zum Staatsstreich. Der Entschluß zum aktiven Widerstand wurzelte in der politisch-moralischen Ablehnung der deutschen Kriegführung und Besatzungspolitik besonders im Osten und der Behandlung der Juden, in Zweifeln an der Führungsqualität Hitlers und im Bewußtsein der Kriegswende.

V.a. die Militärs standen vor dem Dilemma, bei Gelingen eines Staatsstreiches nach innen dem Volk die drohende Niederlage und den Bankrott des Regimes überzeugend demonstrieren und zugleich nach außen noch ausreichend Spielraum für einen ehrenvollen Waffenstillstand trotz der alliierten Forderung nach Bedingungsloser Kapitulation verteidigen zu müssen. Sie riskierten sogar bewußt eine neue "Dolchstoßlegende".

Unmittelbares Ziel der Verschwörer waren Beseitigung Hitlers, Übernahme der Gewalt im Reich durch die Wehrmacht nach Auslösung des Befehls "Walküre", Festsetzung der Staats-, Partei-, SS-, SD- und Gestapoführung, Wiederherstellung von Recht und Freiheit, Unterstellung der KZ unter eigene Hoheit, Einsetzung einer vorläufigen Staatsgewalt (Reichsverweser L. Beck, Reichskanzler Goerdeler, Vizekanzler Leuschner, Innenminister Leber, Außenminister Hassell, Oberbefehlshaber der Wehrmacht Generalfeldmarschall Witzleben) und sofortige Einleitung von Sonderfriedensverhandlungen im Westen.

Die frühe Zerschlagung von Widerstandszentren durch die Gestapo (Januar 44 Verhaftung Moltkes als Führer des Kreisauer Kreises, Februar 44 Entmachtung Canaris' als Chef der Abwehr), die steckbriefliche Enttarnung Goerdelers am 18.7.44 und die Verhaftung von Leber und Reichwein sowie die dramatisch schnelle Einengung des deutschen militärisch-politischen Handlungsspielraums nach der alliierten Landung in der Normandie (6.6.44) und dem sowjetischen Durchbruch an der mittleren Ostfront zwangen die Verschwörer nach zwei Aufschüben am 11. und 15.7. schließlich am 20.7. zum Losschlagen.

Dabei übernahm Stauffenberg die überaus schwierige Doppelrolle als Attentäter und Leiter des Staatsstreiches in Berlin. Widrige Umstände im Führerhauptquartier (Lagebesprechung in einer Holzbaracke, statt wie üblich in einem Bunker, ungünstige Plazierung der Aktentasche mit der Zeitzünderbombe) führten dazu, daß Hitler das Attentat nur leicht verletzt überlebte und die von General Fellgiebel verordnete Nachrichtensperre zu schnell aufgehoben wurde. Dies hatte verhängnisvolle Folgen für die Berliner Leitzentrale des Staatsstreiches im Gebäude des OKH in der Bendlerstraße (heute Stauffenbergstraße).

Hier lag die Initiative bei Witzleben, Generaloberst Hoepner, General Olbricht (Chef des Heeresamtes) und nach seiner Rückkehr aus Rastenburg (Abflug 13.15, Ankunft Berlin 15.45 Uhr) v.a. bei Stauffenberg. Er war überzeugt, Hitler getötet zu haben, obwohl er die Baracke

wenige Minuten vor der Detonation verlassen hatte.
Nach Ausgabe des Stichworts "Walküre" um 16 Uhr formierten sich jedoch auf die Nachricht vom Überleben Hitlers regimetreue Gegenkräfte um das Berliner Wachbataillon unter Major Remer und unter der Initiative von Keitel.
Gegen 23 Uhr war der Putsch in Berlin gescheitert; Stauffenberg, Olbricht, Oberleutnant W. v. Haeften und Oberst Mertz v. Quirnheim wurden noch in der gleichen Nacht "standgerichtlich" erschossen; auch Beck wurde nach vergeblichem Selbstmordversuch getötet. Zeitweilig erfolgreich war der Staatsstreich lediglich in Paris (unter dem einsatzfreudigen Militärbefehlshaber Frankreichs, General Stülpnagel), Wien, Prag, Kassel und Frankfurt verlaufen.
Der Blutjustiz des Volksgerichtshofs fielen in den Monaten nach dem Zwanzigsten Juli etwa 200 Verschwörer zum Opfer, etwa 7.000 wurden verhaftet.
Die Gründe für das Scheitern des Zwanzigsten Juli sind vielfältig: V.a. zählt dazu die Tatsache, daß Hitler überlebte und sich keine profilierten Frontkommandeure mit ihren Truppen zur Verfügung stellten; auch ein gewisses Zaudern vieler Verschwörer in Berlin, die Überforderung Stauffenbergs durch seine Doppelfunktion, die Nichtbesetzung des Rundfunks, das Mißlingen der Festnahme von Goebbels und die zu frühe Aufhebung der Nachrichtensperre über Rastenburg dürften eine wichtige Rolle gespielt haben.
Der Zwanzigste Juli hat trotz seines Scheiterns durch den hohen Mut seiner Opfer und ihre moralische Integrität ein bis in unsere Gegenwart fortwirkendes Zeugnis für das "andere Deutschland" hinterlassen: "Es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß der deutsche Widerstand vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat" (Tresckow).<<

2. Weshalb mußte die Verwirklichung der Grundideen des Morgentau-Plans zwangsläufig zum Untergang Deutschlands führen?

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schrieb später über die Verwirklichung von Teilen des "Morgenthau-Plans" (x028/152-153): >>... Und wenn auch manche der schlimmsten Punkte des "Morgenthau-Plans" beiseite geschoben wurden, war die Potsdamer Regelung teilweise sogar noch härter.
So war Morgenthau davon ausgegangen, daß Polen, "den Teil Ostpreußens, der nicht an die UdSSR geht, und den südlichen Teil Schlesiens" erhalten solle; es war keine Rede davon, Polen - nicht einmal zur "provisorischen Verwaltung" – irgendeinen Teil der Provinzen Pommern und Brandenburg oder den nördlichen Teil Schlesiens zu überlassen. Die Flüsse Oder und Neiße wurden in dem Plan niemals als Westgrenzen Polens genannt.
Doch trotz solcher einzelner Abweichungen hatten Morgenthau-Plan und Potsdamer Protokoll einen entscheidenden gemeinsamen Hintergrund: Im Mittelpunkt der Zukunftsvorstellungen stand die paradoxe Politik, aus Deutschland ein Agrarland zu machen, während man ihm zu gleicher Zeit seine wertvollsten Agrargebiete raubte und die Einheimischen in den übervollen Rumpf verbannte, der nach den Niederlanden und Belgien die größte Bevölkerungsdichte in Europa aufwies.
Selbst das Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, das um fast 60 Prozent größer als der Torso von 1945 war, hatte sich nur zu 80 Prozent mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen selbst versorgen können. 1922, nach dem Verlust von mehr als 3 Millionen Hektar Agrarland (Posen, der Korridor, Nordschleswig, Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy und ein Teil Oberschlesiens) durch den Versailler Vertrag, waren es nur noch 75 Prozent des Bedarfs, den Deutschland selbst erzeugen konnte. Das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte einen weiteren Verlust von reichlich 4,3 Millionen Hektar Ackerland, so daß Deutschland nur noch 61 Prozent seines Nahrungsbedarfs produzieren konnte.
Wie also sollte es jemals zu einem Agrarstaat werden, den sowohl der Morgenthau-Plan wie auch Punkt 13 von Artikel III des Potsdamer Protokolls anvisierten? Jedem Amateur –

Nationalökonom mußte es einleuchten, daß Restdeutschland sich nicht selbst ernähren, geschweige denn Nahrungsmittel exportieren konnte. Andererseits mußte natürlich exportiert werden, damit ein Mindestmaß an Nahrungsmitteln für die eigene Bevölkerung eingekauft werden konnte. Aber was konnte Deutschland exportieren?
Ähnlich wie in Großbritannien war Kohle der einzige Bodenschatz von Bedeutung, hatte bisher aber den eigenen Bedarf gedeckt; selbst wenn ein Überschuß an Kohle ausgeführt werden konnte, hätte es nicht die notwendige Einfuhr aufwiegen können.
Mitteleuropas Wirtschaftssituation brachte es mit sich, daß Deutschland nur als industrieller Produzent überleben, sonst aber verhungern mußte. Die Alliierten selbst hatten, als sie ihm ein Viertel des kultivierten Bodens entrissen, unabsichtlich eine Lage geschaffen, in der Deutschlands Existenz noch stärker als vor dem Krieg von der Industrialisierung abhing. ...<<

3. Warum unternahmen die maßgeblichen NS-Führer 1944/45 fast nichts, um die wehrlosen ostdeutsche Bevölkerung rechtzeitig in Sicherheit zu bringen?

Hitler hatte schon im Jahre 1934 sein "NS-Vernichtungsprogramm" angekündigt (x066/77): >>... Aber wenn wir dann auch nicht siegen können, so werden wir, selbst untergehend, noch die halbe Welt mit uns in den Untergang reißen, und niemand wird seines Sieges über Deutschland froh sein.
Ein 1918 gibt es nicht wieder. Wir kapitulieren nicht. Wir werden nicht kapitulieren, niemals! Wir können untergehen. Aber wir werden eine Welt mitnehmen, eine Welt in Flammen. ...<<
Hitler-Rede vom 27. November 1941 (x073/207): >>... Wenn das deutsche Volk einmal nicht mehr stark und opferbereit genug ist, sein eigenes Blut für seine Existenz einzusetzen, so soll es vergehen und von einer anderen, stärkeren Macht vernichtet werden. ...
Ich werde dann dem deutschen Volk keine Träne nachweinen.<<
Hitler sagte während einer Gauleitertagung am 7. Februar 1943 (x085/42): >>... Würde das deutsche Volk einmal versagen, so verdient es nichts anderes, als von einem stärkeren Volke ausgelöscht zu werden, dann könnte man mit ihm auch kein Mitleid haben.
Deutschland stehe vor der Alternative, entweder der Herr Europas zu werden oder eine gänzliche Liquidierung und Ausrottung zu erleben.<<
Am 20. November 1943 verkündete Hitler in Breslau (x033/427-428): >>... Wenn Deutschland diesen Kampf für sich selbst und für Europa nicht gewinnt, kommt die Barbarei der Steppe über unseren Kontinent. Bei diesem Krieg handelt es sich um ein gigantisches Ringen zwischen Völkern und Rassen, in dem die eine Weltanschauung siegt und die andere unbarmherzig vernichtet wird. Das heißt: DAS VOLK, DAS VERLIERT, BEENDET SEIN DASEIN!<<
Im August 1944 drohte Hitler während einer Gauleitertagung (x066/77): >>... Sollte das deutsche Volk in diesem Ringen besiegt werden, dann war es zu schwach, die Prüfung der Geschichte zu bestehen, und nur der Vernichtung würdig.<<
Der "Führer" verfolgte spätestens ab 1944/45 nur noch ein Hauptziel. Er wollte das deutsche Volk mit allen Mitteln auslöschen (x030/179).
Hitler äußerte Ende 1944 gegenüber Generaloberst Guderian (x076/261): >>... Wenn der Krieg verloren geht, wird auch das deutsche Volk verloren sein. Dieses Schicksal ist unabwendbar.
Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das Volk zu einem primitiven Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil ist es besser, selbst diese Dinge zu zerstören, denn das Volk hätte sich als das schwächere erwiesen und dem stärkeren Ostvolk gehöre dann ausschließlich die Zukunft.
Was nach dem Kampf übrigbleibt, sind ohnehin nur die Minderwertigen, denn die Guten sind gefallen.<<

Nach Hitlers Weisung vom 28. Februar 1945 sollte man auch Frauen und Mädchen an der Kampffront einsetzen (x053/122): >>Ob Mädchen oder Frauen, ist ganz wurscht: Eingesetzt muß alles werden. ...<<
Hitler plante damals außerdem die Vernichtung der jüngeren Generationen des deutschen Volkes (x076/262): >>... DAS SAATKORN SOLL MIT VERMAHLEN WERDEN! ...<<

4. Wieso ereigneten sich während der Flucht der Ost- und Volksdeutschen zahllose Katastrophen?

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski schrieb später über die Flucht der Ost- und Volksdeutschen 1944/45 (x039/66-67): >>... Was auf der Flucht geschah ist von Deutschen zu verantworten. Das begann schon mit dem Zeitpunkt der Flucht. Hätte die deutsche Führung die Flucht früher zugelassen, Frauen mit Kleinkindern und alte Leute schon Weihnachten 1944 in den Westen geschickt, wäre das Unglück in Grenzen geblieben. Die Hinhaltetaktik der deutschen Führung hat die Leiden der Zivilbevölkerung erheblich vergrößert.
Oft blieb die Flucht bis zum letzten Augenblick verboten; nicht wenige Trecks zogen entgegen dem ausdrücklichen Verbot der Behörden los. Es war keine Seltenheit, daß Flüchtlingstrecks in das Niemandsland zwischen die Fronten gerieten, weil sie zu spät aufgebrochen waren. Offensichtlich sollte die Zivilbevölkerung in Frontnähe gehalten werden, um zur Stabilisierung der Front beizutragen. Man erwartete eine größere Kampfbereitschaft der Soldaten, wenn es nicht um menschenleere Höfe ging, sondern um Frauen und Kinder. Die Verzögerungstaktik führte dazu, daß die Flucht in den tiefsten Winter fiel.
An den Straßen standen Kinderwagen mit steifgefrorenen Säuglingen. Die verschneiten Felder gaben für Menschen und Tier keine Nahrung her. Endlose Rinderherden zogen brüllend über den Schnee – hinter ihnen die schwarzen Punkte der verendeten Tiere. Da die Nebenstraßen unpassierbar waren, mußte der Flüchtlingsstrom auf die Hauptstraßen, traf dort mit Militärkolonnen zusammen, geriet unter Bomben und Tieffliegerbeschuß. In den Chausseebäumen hing Bettzeug und Wäsche, im Straßengraben lagen die Reste zerrissener Pferde. ...
... Viele glaubten bis zuletzt, als der Kanonendonner schon hörbar war, an den Endsieg. Den Krieg in der Nähe ihres Heimatdorfes hielten sie für einen vorübergehenden Einbruch.
Der rührende Glaube es würde wieder zurückgehen, das Heimatdorf werde freigekämpft, war so verbreitet, daß es vielfach zu einer Flucht auf Raten kam. Die Flüchtlinge von der Grenze zogen 100 Kilometer ins Binnenland und warteten ab. Kam die Front näher zogen sie weiter, nun begleitet von denen, die ihnen Unterkunft gewährt hatten. So schwoll der Strom an, eine Riesenwelle wälzte sich vor der Front her.
Viele Flüchtlinge, die schließlich doch in die Mühlen des Krieges gerieten, wären unbehelligt durchgekommen, wenn sie die einmal begonnene Flucht nicht immer wieder unterbrochen hätten, weil sie auf die Rückkehr hofften.
Die rührende Anhänglichkeit der Bevölkerung im Osten an die vertraute Umgebung, an die zurückgelassenen Tiere, die Gebäude und Felder, ja sogar an die Friedhöfe, hat viel zu diesem Zögern beigetragen. Wir können uns heute kaum noch vorstellen, was es für die seßhafte Bevölkerung des Ostens bedeutet hat, auf die Flucht zu gehen. Viele dieser Menschen kannten nur den eigenen Ort und die Kreisstadt ...
... Die einen traf es unterwegs, weil die russischen Panzer schneller waren als die Flüchtlingswagen. Andere wurden zu Hause von der Front erreicht, weil sie nicht auf die Flucht gegangen waren. Die meisten flüchteten zwar, aber gelegentlich ist es auch vorgekommen, daß einzelne Familien oder die Bewohner ganzer Dörfer zu Hause blieben. ...
Einige wollten wohl flüchten, wurden aber überrascht, kamen nicht mehr rechtzeitig davon. Andere blieben aus freiem Entschluß. Ältere Menschen fühlten sich den Strapazen einer Winterflucht nicht gewachsen. Einige blieben aus Gottvertrauen, weil sie meinten, Beten helfe

mehr als Fliehen. Oder man hatte ein gutes Gewissen: Ich habe nichts Böses getan, was kann mir schon passieren?
Das war die Denkweise einfacher Menschen, die in ihren Häusern den Krieg abwarteten. Oft ließen sich gerade diejenigen, die schon immer Gegner des Nazi-Regimes gewesen waren, von dieser Denkweise verführen. Ihre Skepsis gegenüber den Parolen der NS-Propaganda führte dazu, daß sie auch die Furcht der deutschen Zivilbevölkerung vor der Roten Armee für maßlos übertrieben hielten. Auch war man sich keiner Schuld bewußt. Gerade im Osten hatte die einfache Bevölkerung von den Verbrechen der Deutschen kaum eine Ahnung. Bis zum bitteren Ende glaubten diese Menschen, auf der guten Seite zu stehen.
Je weiter östlich die Dörfer lagen, desto furchtbarer waren die Folgen für die zurückgebliebenen Bewohner. Es ist keine Übertreibung, wenn behauptet wird, daß es in einigen dieser Dörfer nach dem Durchzug der Roten Armee mehr Tote als Lebende gab. ...<<

5. Weshalb ließ Stalin die sowjetischen Soldaten der Roten Armee von 1941 bis 1945 systematisch gegen die Deutschen aufhetzen?

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über Stalins Haßkampagne (x046/282-286,328): >>... Es war ... durchaus nicht etwa so, daß, wie in Fortführung der Sowjetpropaganda auch heute noch kolportiert wird, die Sowjetsoldaten von vornherein erfüllt gewesen wären von infernalischen Haß- und Rachegefühlen, sondern solche Gelüste mußten in ihnen systematisch, mit Vorbedacht und kaltem Kalkül erst hervorgerufen werden.
Die Rotarmisten wurden aufgehetzt in ganz bestimmter Absicht. Denn Stalin und die militärische und politische Führung der Roten Armee waren sich sehr wohl des oft mangelnden 'Sowjetpatriotismus' und der zunehmenden Kriegsmüdigkeit der Sowjetsoldaten bewußt, und da man nicht an die höheren menschlichen Empfindungen appellieren konnte, mußten die niederen Instinkte geweckt werden, um ein maximales Maß an Kampfanstrengungen zu erzielen.
Die "Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion" macht keinen Hehl daraus, "daß man keinen Feind besiegen kann, wenn man ihn nicht aus vollster Seele haßt". Aus diesem Grunde sei es eine der wichtigsten Aufgaben der politischen Arbeit, der Kommandeure und Politarbeiter gewesen, die Sowjetsoldaten zu einem "glühenden Haß gegen die faschistischen Okkupanten" zu erziehen. Und zu diesem Ziel waren denn auch die verwerflichsten Mittel recht. ...
Dem Eindringen der Truppen der Roten Armee in Deutschland war eine "systematische, propagandistische Aufwiegelung" vorausgegangen, "in der der Haß gegen alles Deutsche in einer bisher unvorstellbaren Weise" angefacht werden sollte, wie der Chef der Abteilung Fremde Heere Ost des Generalstabes des Heeres, Generalmajor Gehlen, nach Analyse der erbeuteten sowjetischen Dokumente am 22. Februar und 23. März 1945 feststellte.
Es war aber nicht nur die Agitation des politischen Apparates, die die Sowjetsoldaten dazu aufrief, grausame Rache zu nehmen. Die militärischen Kommandobehörden standen demselben in keiner Weise nach. Auch von seiten der Stäbe der Fronten und Armeen waren Tagesbefehle ergangen, deren Inhalt allgemein als Aufforderung zum 'Morden und Rauben' ausgelegt und aufgefaßt werden mußte. Der durchschnittliche Rotarmist wurde jedenfalls nicht in Zweifel darüber gelassen, daß er in Deutschland freie Hand haben würde und mit der Zivilbevölkerung und ihrem Besitz nach Belieben umspringen könne. ...
... Die Überschreitung der Reichsgrenze wurde nunmehr zum Anlaß genommen, um die Sowjetsoldaten mit der von der Sache her unzutreffenden Behauptung aufzuputschen, die deutschen Soldaten hätten "das russische Kind gemordet, die Frau, Braut und Schwester vergewaltigt, die Mutter und den Vater erschossen". "Die Qualen der Gemordeten, das Stöhnen der lebendig Begrabenen, die unstillbaren Tränen der Mutter", so der Kriegsrat der 3. Weißrussischen Front in seinem Tagesbefehl, "fordern Euch zu schonungsloser Rache auf. ... Möge der

blutrünstige, verhaßte Feind, der uns so viel Leid und Qualen zugefügt hat, erzittern und in den Strömen seines eigenen schwarzen Blutes ertrinken".
Wenn, wie hier deutlich wird, schon die führenden Kommandobehörden die Begehung von Racheakten jetzt als 'heilige Pflicht' hinstellten, dann war es nicht verwunderlich, daß erst recht die nachgeordneten Befehlsstellen "die sinnlosen Greuel und Zerstörungen nicht nur geduldet, sondern die ihnen unterstellten Truppenteile dazu noch aufgefordert" haben.
So beispielsweise wurde im Auftrage des Divisionskommandeurs, Oberst Eliseev, im 1. Bataillon des Schützenregimentes 557 der 153. Schützendivision zu Anfang Oktober 1944 folgendes bekanntgegeben:
"Wir marschieren nach Ostpreußen. Den Rotarmisten und den Offizieren werden folgende Rechte eingeräumt:
1. Jeden beliebigen Deutschen zu vernichten,
2. Plünderungen des Eigentums,
3. Vergewaltigung der Frauen,
4. Brandschatzung,
5. Die Soldaten der ROA (eine russische Befreiungsarmee) werden nicht gefangengenommen. Jede Patrone ist für sie unnütz. Sie werden erschlagen bzw. mit den Füßen zertrampelt. ..."
Was sich im Herbst 1944 in Ostpreußen an "Übergriffen und bestialischen Greueltaten" abgespielt hatte, waren auch keine Einzelerscheinungen, vielmehr wiederholten sich diese Vorgänge in riesigem Maßstabe in den deutschen Ostprovinzen nach Beginn der sowjetischen Winteroffensive am 13. Januar 1945.
Niemand wird einen Heeres- oder Truppführer tadeln können, wenn er in der zu diesem Zweck immer leicht phrasenhaften Sprache von Tagesbefehlen seine Soldaten vor entscheidenden Kämpfen zu Tapferkeit und unbedingtem Siegeswillen aufruft.
Wenn aber, wie geschehen, der Oberbefehlshaber der 1. Weißrussischen Front, Marshall Shukow, an die niedersten Haß- und Rachegefühle appellierte, wenn er fast unverhüllt und im Wissen darum, zur Begehung von Gewaltakten an der Zivilbevölkerung aufforderte, dann setzte er sich nicht zuletzt auch in Widerspruch zu den Traditionen des russischen Heeres. Gerade ein Vorbild russischen Soldatentums wie der Kaiserlich Russische Feldmarschall Graf Suvorov-Rymnikskij ... hatte, so etwa bei Warschau 1794, den Wehrlosen und Besiegten gegenüber immer Großmut und Schonung walten lassen und seine Truppen bei jeder Gelegenheit an die Soldatentugenden erinnert. ...<<
>>... Nach dem Eindringen der Sowjettruppen in das deutsche Reichsgebiet im Oktober 1944 waren es dann nicht nur wehrlose Kriegsgefangene allein, sondern auch deutsche Zivilpersonen, Männer, Frauen und Kinder, die der aufgehetzten Soldateska zum Opfer fielen. Mindestens 120.000 von ihnen sind erschlagen worden, 100.000–200.000 weitere in Gefängnissen und Lagern zugrundegegangen. Mehr als 250.000 Zivilpersonen starben als Arbeitssklaven während oder nach der Deportation in die Union Sozialistischer Sowjetrepubliken und, unzählige andere, in Königsberg allein 90.000, sind verhungert.
Insgesamt wurde in den späteren 'Vertreibungsgebieten' eine Zahl von 2,2 Millionen 'ungeklärter Fälle' geschätzt, die in ihrer Mehrheit bei weiterer Begriffsauslegung als "Verbrechensopfer", das heißt als Opfer des antideutschen Genozids, anzusehen sind. ...<<

6. Warum unterlag die US-Direktive JCS 1067 (Anweisungen der US-Militärregierung für die Behandlung Deutschlands nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges) zunächst der Geheimhaltung?

Die geheime Richtlinie "Direktive JCS 1067" des Oberbefehlshabers der US-Militärregierung in Deutschland vom 26. April 1945 wurde erst am 17. Oktober 1945 veröffentlicht und lautete wie folgt (x156/30-31): >>1. Zweck und Umfang dieser Direktive ...
Teil I Allgemeine und politische Angelegenheiten

... 4. Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland
a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben, und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.
b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit den deutschen Beamten und der Bevölkerung werden sie streng unterbinden.
c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. Wichtig Schritte zur Erreichung dieses Zieles sind die Ausschaltung des Nazismus und des Militarismus in jeder Form, die sofortige Verhaftung der Kriegsverbrecher zum Zwecke der Bestrafung, die industrielle Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands mit langfristiger Kontrolle des deutschen Kriegspotentials und die Vorbereitungen zu einem späteren Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage.
d) Andere alliierte Ziele sind die Durchführung des Reparations- und Rückerstattungsprogramms, Nothilfe für die durch den Naziangriff verwüsteten Länder und die Betreuung und Rückführung der Kriegsgefangenen und Verschleppten der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen.
5. Wirtschaftskontrollen
a) Als Mitglied des Kontrollrats und als Zonenbefehlshaber werden Sie sich von den Grundlagen leiten lassen, daß der deutschen Wirtschaft in dem Maße Kontrollen auferlegt werden können, als erforderlich ist, um die in der vortreffenden Ziffer 4 aufgezählten Ziele zu erreichen und außerdem soweit sie zum Schutz der Sicherheit und zur Befriedung des Bedarfs der Besatzungsstreitkräfte und zur Sicherheit der Produktion und Aufrechterhaltung von Lieferungen und Dienstleistungen notwendig sind, um Hungersnot oder Krankheiten und Unruhen, die eine Gefährdung dieser Streitkräfte darstellen würden, vorzubeugen.
Sie werden bei der Durchführung des Reparationsprogramms anderweitig nichts unternehmen, was geeignet wäre, die grundlegenden Lebensbedingungen in Deutschland oder in ihrer Zone auf einem höheren Stand zu halten als in irgendeinem benachbarten Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen. ...
Teil II Wirtschaftliche Angelegenheiten
Allgemeine Ziele und Kontrollmethoden
16. Sie werden dafür sorgen, daß die deutsche Wirtschaft so verwaltet und kontrolliert wird, daß die in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive enthaltenen Hauptziele erreicht werden. ...
Abgesehen von den für diese Zwecke erforderlichen Maßnahmen werden Sie keine Schritte unternehmen, die (a) zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands führen könnte oder (b) geeignet sind, die deutsche Wirtschaft zu erhalten oder zu stärken. ...
b) Im Kontrollrat auf keinen Fall die Errichtung einer zentralisierten Kontrollverwaltung über die deutsche Wirtschaft vorschlagen oder billigen, außer in den Fällen, wo eine solche Zentralisierung der Verwaltung zur Erreichung der in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive aufgeführten Ziele unbedingt notwendig ist. Die Dezentralisierung der Verwaltung darf nicht verhindern, daß im Kontrollrat die weitestgehende Einigkeit über die Wirtschaftspolitik erzielt wird.
...
31. Als weitere Abrüstungsmaßnahme sollte der Kontrollrat
a) vorläufig alle Forschungstätigkeit verbieten und alle Laboratorien, Forschungsinstitute und ähnliche technische Organisationen schließen, mit Ausnahme derer, die zum Schutz der öf-

fentlichen Gesundheit für notwendig gehalten werden;
b) alle diejenigen Laboratorien und ähnliche Institute abschaffen, deren Arbeit mit dem Aufbau der deutschen Kriegsmaschine im Zusammenhang stand, und diejenigen Laboratorien vorläufig sicherstellen und ihr Personal in Gewahrsam nehmen, die für ihre technologischen Untersuchungen von Interesse sind, und ihre Einrichtungen danach entfernen oder vernichten ...
32. Bis zum Abschluß eines endgültigen Abkommens zwischen den Alliierten über Reparationen und die Kontrolle oder Ausschaltung der für die Kriegsproduktion geeigneten deutschen Industrien soll der Kontrollrat
a) die Produktion von Eisen und Stahl, Chemikalien, Nichteisenmetallen (ausschließlich Aluminium und Magnesium), Werkzeugmaschinen, Rundfunk. und elektrischen Geräten, Kraftfahrzeugen, schweren Maschinen und wichtigen Ersatzteilen für solche, verbieten und verhindern, außer für die in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive angeführten Zwecke;
b) die Wiederherstellung von Anlagen und Ausrüstungen für solche Industrien verbieten und verhindern, außer für die in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive angeführten Zwecke;
c) die Anlagen und Ausrüstungen dieser Industrien zur Übernahme auf (das) Reparationskonto sicherstellen. ...
36. Sie werden alle Kartelle und sonstigen Geschäftsabmachungen oder kartellähnliche Organisationen verbieten, einschließlich solcher, die öffentlichen oder halböffentlichen Charakter haben, wie zum Beispiel die Wirtschaftsgruppen, die einer Regulierung der Marktverhältnisse, einschließlich der Produktion, der Preise, des exklusiven technischen Erfahrungs- und Verfahrensaustausches und der Zuweisung von Absatzgebieten dienen. Die von diesen Organisationen ausgeübten notwendigen öffentlichen Funktionen sollen so schnell wie möglich von genehmigten öffentlichen Dienststellen übernommen werden.
37. Es ist die Absicht Ihrer Regierung, eine Aufteilung der Besitzrechte und der Kontrollverhältnisse über die deutsche Industrie herbeizuführen. ...<<

7. Wieso führten Polen und Tschechen bereits vor der Potsdamer Konferenz in den grenznahen deutschen Siedlungsgebieten "wilde Austreibungen durch?

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 z.B. über die "wilden Austreibungen" in der Tschechoslowakei (x004/105-115): >>... Das Kaschauer Programm der tschechoslowakischen Regierung der Nationalen Front hatte die Entschlossenheit des neuen Regimes zur Vertreibung aller Sudetendeutschen noch nicht mit voller Deutlichkeit erkennen lassen. Aber alles, was schon gleich nach Kriegsende gegen die Deutschen geplant und durchgeführt wurde, hat ihre Vertreibung, ihren "Abschub" ("odsun") vorbereitet und kann nur so verstanden werden.
Der deutschen Bevölkerung in Böhmen und Mähren ist dieser innere Zusammenhang zunächst nicht in voller Klarheit bewußt gewesen; von den diplomatischen Verhandlungen des Exilpräsidenten Benes (Benesch) mit den Alliierten war ihr kaum etwas bekannt, wohl auch nicht auf dem Wege über die sudetendeutschen Sozialdemokraten in London. ...
Einzelne rücksichtslos durchgeführte Austreibungsaktionen in der allerersten Zeit nach Kriegsende konnten als spontane Handlungen radikaler Elemente, begangen im Rausch der wiedererrungenen Freiheit, oder einfach als Exzesse erklärt werden. Aber als diese Aktionen den ganzen Sommer 1945 hindurch andauerten, wurde ihre Planmäßigkeit deutlicher. An ihrer Durchführung war neben den örtlichen Nationalausschüssen, der Revolutionsgarde und der SNB, vor allem die Svoboda-Armee, die mit der Roten Armee eingerückte tschechische Befreiungsarmee unter dem General Svoboda, beteiligt.
... Überfallartig erschienen bewaffnete Trupps in Ortschaften oder Ortsteilen, riegelten sie hermetisch ab und befahlen den Deutschen, innerhalb kurzer Frist die Häuser zu verlassen und sich an bestimmten Punkten zu sammeln. Die Betroffenen hatten vielfach nicht einmal die

Möglichkeit, die notwendigsten Sachen zusammenzupacken und wurden rücksichtslos aus den Wohnungen gedrängt.
In grenznahen Orten und Bezirken oder auch dort, wo keine Transportmittel zur Verfügung standen, wurden sie sofort in Kolonnen auf die Grenze zu in Bewegung gesetzt. Von den begleitenden Soldaten oder Revolutionsgardisten zu schnellerem Tempo angetrieben, schleppten sich die Elendsmärsche, in denen Frauen mit Kleinkindern und alte und gebrechliche Leute überwogen, unter Verhöhnungen durch die tschechische Bevölkerung und Verbot jeder Hilfeleistung deutscher Bewohner in den durchzogenen Ortschaften, unter Gewalttaten der Begleitmannschaften und Androhung sofortiger Exekution der Zurückbleibenden, die wiederholt auch durchgeführt wurde, in oft tagelangen Märschen den Grenzübergangsstellen zu; am bekanntesten wurden die Leidensmärsche der Brünner Deutschen, der Frauen und Greise aus Jägerndorf und der Männer aus Komotau. ...
Das Gepäck war von vornherein begrenzt, da in den meisten Ausweisungsbefehlen nur die Mitnahme von Handgepäck und zu seiner Beförderung nur Handwagen gestattet wurde. ... Schon bei der Überprüfung im Heimatort wurde es durchsucht, später an der Grenze einer "Zollkontrolle" unterworfen und nochmals rigoros verkleinert. Selbst Leibesvisitationen wurden oft in schamlosester Weise, bei Männern und Frauen vorgenommen.
Jenseits der Grenze waren die Ausgetriebenen sich selbst überlassen. Ihr weiteres Schicksal war den Austreibungskommandos gleichgültig, denn sie sahen ihr Aufgabe nur darin, das Land von den Deutschen zu "reinigen", diese mit geringstem Aufwand auf dem kürzestem Wege außer Landes zu schaffen und sich ihrer so rasch wie möglich zu entledigen.
Die aus den Kreisen entlang den schlesischen Gebirgen ausgetriebenen Deutschen wurden davon besonders hart betroffen, denn die Austreibungskommandos versuchten zunächst, die Kolonnen in das polnisch besetzte Schlesien abzuschieben.
Da die Vertriebenen vielfach schon im Grenzstreifen von polnischen Grenzwachen gestellt und wieder zurückgewiesen wurden, die Tschechen ihnen aber die Rückkehr in die Heimatorte verweigerten, irrten sie dann tage- und wochenlang im Grenzgebiet umher oder schlugen sich unter furchtbaren Entbehrungen und Bedrängnissen in Fußmärschen nach Sachsen durch, wobei viele durch Hunger und Entkräftung zugrunde gingen. Nur wenige konnten in ihre Heimatorte zurückkehren. Diejenigen, die auf schlesisches Gebiet gelangt waren, gerieten in die gleichzeitigen polnischen Austreibungsaktionen. ...
Da aus dem Sudetenland und gleichzeitig aus dem benachbarten Schlesien in kurzer Zeit Hunderttausende Vertriebene nach Sachsen einströmten, ballten sich hier riesige Menschenmassen zusammen, zumal sich noch in diesem Gebiet die Masse der schlesischen Flüchtlinge staute, die nach Beendigung der Kampfhandlungen zu ihren Heimatorten zurückstrebten und denen polnische Miliz den Übergang über die Lausitzer Neiße in östlicher Richtung verwehrte. ...
Zu gleichen Austreibungsaktionen kam es in den Österreich benachbarten deutschen Sprachgebieten. ... Am berüchtigsten wurde die allgemein als Todesmarsch bezeichnete Austreibung der Brünner Deutschen. Über 20.000 Männer, Frauen und Kinder, die nicht interniert worden waren, wurden ... am 30. Mai zusammengetrieben und zur Grenze nach Österreich in Bewegung gesetzt.
Die Spitze des Zuges gelangte noch am Abend des folgenden Tages auf österreichisches Gebiet. Als dann die österreichischen Grenzwachen den weiteren Übertritt verhinderten, brachte man die Masse dieser 20.000 in Getreidesilos und auf freiem Feld in Pohrlitz unter, wo sie nun wochen- und monatelang unter den entsetzlichsten Bedingungen dahinvegetierten.
Die Arbeitsfähigen wurden herausgeholt und in der Landwirtschaft beschäftigt, die Alten, Gebrechlichen und Mütter von Kleinkindern - das war der überwiegende Teil der Ausgetriebenen - blieben zurück. Da insbesondere die hygienischen Voraussetzungen für die Unterbringung

so vieler Menschen fehlte, raffte eine Typhusepidemie Hunderte der vom Hunger und den Entbehrungen entkräfteten Lagerinsassen hinweg.
In der sowjetischen Besatzungszone Österreichs ging es den ausgetriebenen Sudetendeutschen keineswegs besser als in Sachsen und Brandenburg. Nur allzuoft wurden sie als lästige Eindringlinge empfunden und auch so behandelt. ...
Der Höhepunkt der ersten "wilden" Austreibungsaktionen lag in den Monaten Juni und Juli. ...
Oft sind nicht nur örtliche Lebensgemeinschaften, sondern auch Familien auseinandergerissen worden, indem einzelne Familienangehörige als zunächst unentbehrliche Arbeitskräfte zurückgehalten oder zum Arbeitseinsatz in tschechische Gebiete geschafft wurden. ...
Daß es sich bei diesen Austreibungsaktionen sehr oft um planmäßigen Terror handelte, zeigen vor allem die Vorgänge in Saaz und Komotau. Anfang Juni befahl dort die Militärkommandantur allen männlichen Einwohnern im Alter von 13-65 Jahren, sich an bestimmten Plätzen zu sammeln; sie trieb die Saazer nach Postelberg, deportierte einen Teil nach Innerböhmen und wies die anderen in Lager ein, wo sie unter entwürdigenden Verhältnissen bis zur Aussiedlung interniert wurden. Nach einigen Tagen wurden auch die Frauen und Kinder in Arbeits- und Internierungslagern untergebracht. ...
Offenbar dienten diese Aktionen, die auch aus anderen Orten berichtet werden, manchmal nur dem Zweck, die Familien des männlichen Schutzes und der Hilfe zu berauben, um ungestörter plündern und die verängstigten Frauen und Kinder leichter aus den Wohnungen verdrängen zu können, die dann von Tschechen beansprucht wurden. ...
Auch dann noch, als die in Potsdam versammelten Staatsmänner u.a. die Tschechoslowakei aufforderten, die Austreibungen einzustellen, bis der Alliierte Kontrollrat die Empfehlungen für die weitere Behandlung dieser Frage ausgearbeitet hätte, setzte man diese Praktiken fort, die für Zehntausende Sudetendeutsche trostloses Lagerdasein, Zwangsarbeit und völlige Rechtlosigkeit brachten. ...
Im ganzen waren im Verlauf der ersten Austreibungswelle etwa 700.000 bis 800.000 Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei, in erster Linie aus dem Ostsudetenland, den Industriebezirken des Nordsudetenlandes, der Iglauer Sprachinsel, den südmährischen Kreisen und aus Brünn entfernt worden, davon schätzungsweise 150.000 nach Österreich. Zehntausende waren in Lager eingewiesen oder nach Innerböhmen und -mähren zum Arbeitseinsatz verschleppt worden. Die Masse der Deutschen saß aber noch in den Heimatorten.
Sie sah sich auch weiterhin einem unverminderten Druck ausgesetzt, und viele von ihnen zwang der individuelle Terror in den Herbstmonaten zum Verlassen der Heimat. Daneben schoben die Tschechen auch jetzt noch kleinere Transporte vorwiegend mit alten und kranken Leuten über die Grenze ab. ...
Die Austreibungsaktionen von Kriegsende bis in den Spätsommer 1945 scheinen zwar nicht von einer offiziell damit betrauten zentralen Stelle gelenkt worden zu sein wie die spätere organisierte Ausweisung, ihre Durchführung wäre aber ohne die Weisung und das Wissen hoher Regierungsstellen nicht möglich gewesen. Die planmäßige Verwendung der Svoboda-Armee bei den Austreibungen im Regierungsbezirk Aussig und auch die Bereitstellung des umfangreichen Eisenbahnmaterials für den Abtransport von Hunderttausenden sprechen dafür. ...
Die Mahnung zur Mäßigung, die auch Benes in einer Rede in Pilsen am 15. Juni aussprach, war dagegen nicht ein Abrücken von der Austreibung selbst, sondern nur ein Versuch, den vor allem in England laut gewordenen Vorwürfen und Bedenken zu begegnen, damit das Vertreibungsprogramm in seiner Gesamtheit auf der bevorstehenden alliierten Konferenz nicht gefährdet würde.
Der Sanktionierung der bereits begonnenen Vertreibung des gesamten Sudetendeutschtums galten daher alle diplomatischen Bemühungen der tschechoslowakischen Regierung. Ministerpräsident Fierlinger vergewisserte sich Ende Juni während seines Moskauer Besuchs noch

einmal der sowjetischen Unterstützung für die tschechischen Pläne. In einer Note, die den Botschaftern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion am 3. Juli überreicht wurde, ersuchte die tschechoslowakische Regierung um die Aufnahme des Vertreibungsprogramms in die Tagesordnung der Potsdamer Konferenz und legte den drei Großmächten am 22. Juli einen Plan für die Ausweisung der Deutschen vor.
Die Potsdamer Konferenz hieß dann auch den "Bevölkerungstransfer" aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn im ganzen gut, knüpfte daran allerdings die Aufforderung, u.a. auch an die tschechoslowakische Regierung, vorerst weitere Austreibungen aufzuschieben, bis der Kontrollrat das ganze Problem geprüft habe. ... Angesichts des vollen diplomatischen Sieges, den die tschechische Regierung in der Frage des "Odsun" damit grundsätzlich erreicht hatte, kam sie dieser Forderung der Großmächte nach. ...<<

8. Weshalb besiegelte das Potsdamer Abkommen endgültig das Schicksal der Reichs- und Volksdeutschen in Ost-Mitteleuropa?

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Potsdamer Konferenz (x001/105E-107E,143E): >>Auf der Potsdamer Konferenz waren die Regierungen der UdSSR, der Vereinigten Staaten und Großbritannien übereingekommen, die deutschen Gebiete östlich der Oder und der Lausitzer Neiße bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Grenzen in einem künftigen Friedensvertrag unter die Verwaltung des polnischen Staates zu stellen. Es kann kein Zweifel sein, daß die Westmächte gegen Ende des Krieges im Prinzip mit der UdSSR einer Meinung waren, "daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten solle".
Anzunehmen ist jedoch, daß sie schließlich nach anfänglichem Schwanken die künftigen polnischen Grenzen nicht bis zur Oder und Lausitzer Neiße ausgedehnt wissen wollten. Auch nach Potsdam betonten die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten wiederholt, was schon eindeutig aus dem Wortlaut der Potsdamer Beschlüsse hervorging, daß die Frage der Westgrenzen Polens nach wie vor offen sei und erst der Regelung in einem künftigen Friedensvertrag bedürfe.
Wenn sich die Westmächte dennoch darauf einließen, die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße provisorisch der Verwaltung des polnischen Staates zu unterstellen, so war es außer taktischen Überlegungen unter dem Zwang von vollendeten Tatsachen geschehen, vor die sich die Vertreter der anglo-amerikanischen Staaten in Potsdam gestellt sahen.
Entgegen den Beschlüssen der Großen Drei in Jalta waren weite Gebiete Ostdeutschlands ohne Fühlungnahme mit den Westmächten durch einseitige russisch-polnische Maßnahmen der Verwaltung des polnischen Staates unterstellt worden, und sowohl die Ansiedlung von Polen in Ostdeutschland als auch die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung hatten schon begonnen.
Da die Vertreter der Westmächte außerstande waren, die Sowjets zu zwingen, dieses Vorgehen wieder rückgängig zu machen, und da sie vor allem Wert darauf legten, daß die sich bereits anbahnenden Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten nicht zum Scheitern der ganzen Konferenz führten, haben sie sich veranlaßt gesehen, der polnischen Verwaltungshoheit in Ostdeutschland als einem Provisorium zuzustimmen.
Obwohl aus der Formulierung der Potsdamer Beschlüsse eindeutig hervorgeht, daß die Zustimmung der Westmächte zu dem geschaffenen Provisorium keinerlei Festlegung hinsichtlich des Verlaufs der künftigen deutsch-polnischen Grenzen bedeutet, so haben doch die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in verhängnisvoller Weise unberücksichtigt gelassen, daß auch aus einem Provisorium ein Dauerzustand werden konnte, wenn künftige Meinungsverschiedenheiten den Abschluß eines Friedensvertrages verhindern sollten.
Von dem Vorwurf, dies entweder nicht gesehen oder es stillschweigend übergangen zu haben, um das Einvernehmen mit der Sowjetunion zu erhalten, sind die Westmächte fraglos nicht

freizusprechen. - Die eigentlichen Urheber jenes Beschlusses über die polnische Verwaltungsübernahmen östlich der Oder und Neiße sind jedoch die UdSSR und die ihnen hörige polnische Regierung gewesen, die in bewußter Absicht und mit Erfolg eine Politik der vollendeten Tatsachen getrieben hatten.
Bereits am 5. Februar 1945 gab Boleslaw Bierut als Ministerpräsident der Provisorischen Regierung der Polnischen Republik in einer Presseerklärung bekannt, daß Polen die Zivilverwaltung in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße-Linie übernommen habe. ...
In auffälliger Weise geschah dies im Gebiet der Freien Stadt Danzig. Am 30. März 1945 erließ die polnische Provisorische Regierung das Dekret "Über die Bildung der Wojewodschaft Danzig", welches das Gebiet des ehemaligen Freistaates dem polnischen Staat einverleibte und der polnischen Gesetzgebung unterstellte. ...<<
>>... Als schließlich im Artikel XIII des Potsdamer Abkommens die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung offiziell verfügt wurde, war damit noch keineswegs über alle Fragen Klarheit geschaffen. So sagte dieser Artikel über das künftige Schicksal der deutschen Bevölkerung im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens überhaupt nichts aus, und die Ausweisung der Deutschen aus Polen wurde mit dem sehr undeutlich formulierten Satz begründet: "Die drei Regierungen ... erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß".
Eine Definition dessen, was unter Polen zu verstehen sei, enthielt der Artikel nicht. Nichts war darüber ausgesagt, ob die ostdeutschen Gebiete, die nur unter polnische Administration gestellt waren, davon betroffen sein sollten, was von den polnischen und sowjetischen Politikern einfach unterstellt wurde, während die Staatsmänner der Westmächte absichtlich oder unabsichtlich diese Unklarheit nicht aufhellten.
Im übrigen bestimmte der Artikel XIII des Potsdamer Abkommens, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung "in an orderly and humane manner" (d.h. in geordneter und humaner Weise) durchzuführen sei, und enthielt die Aufforderung an die polnische Regierung, weitere Ausweisungen einzustellen, bis durch den Kontrollrat die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Besatzungszonen geprüft worden und ein Ausweisungsplan aufgestellt sei. An diese Beschlüsse hat sich die polnische Regierung jedoch wenig gehalten. ...<<

9. Warum ließ US-Präsident Truman die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki durch den Einsatz von Atomwaffen vernichten?

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Trumans Entschluß, die Atombombe gegen Japan einzusetzen (x068/258-260): >>"Die letzte Entscheidung", renommiert er (Truman), "wo und wann die Atombombe einzusetzen war, lag bei mir"; und er ließ keinen Zweifel daran, daß sie "eingesetzt werden müsse". Daß seine "höchsten militärischen Berater" ihm den Einsatz empfohlen haben, war zumindest teilweise gelogen. Denn gerade Trumans Stabschef, Admiral Leahy, hielt die neue Waffe für gar keine Bombe, nicht einmal für Sprengstoff, sondern für "ein giftiges Ding" und wollte nicht glauben, daß man Kriege dadurch gewinne, "daß man Frauen und Kinder tötet."
"Da wir die Ersten waren, die diese Waffe gebrauchten, glaube ich, daß wir eine ethische Norm adoptiert hatten, die uns wieder zu Barbaren des dunkelsten Mittelalters stempelt", die wieder "in die Zeiten Dschingis Khans zurückversetzen" wird.
Ach, die gute alte Zeit!
Dagegen war Churchill, der Edelmann, so begeistert über die Bombe wie der vormalige Kleinwarenhändler. Ein "Albdruck" war jetzt von ihm gewichen, eröffnete sich ihm doch "die helle und tröstliche (!) Aussicht, ein oder zwei zerschmetternde Schläge könnten den Krieg beenden ... Und noch etwas - wir brauchten die Russen nicht mehr ... Jetzt mußten wir von ihnen keine Gefälligkeit mehr erbitten, ... daß meine amerikanischen Freunde ähnlich dachten,

unterliegt für mich keinem Zweifel. Ob die Atombombe anzuwenden sei oder nicht, darüber wurde überhaupt nicht gesprochen."
Das war für die Edelmänner selbstverständlich. Dem Briten schien es "ein wahres Wunder der Erlösung, falls es uns wirklich gelang, mittels einiger weniger Explosionen" - oh, der Menschenfreund! Der Ausradierer Dresdens und ungezählter anderer deutscher Städte! - "den Krieg zu beenden."
Doch der Abwurf der Atombombe (sprich: "Wunder der Erlösung") war militärisch gar nicht nötig. Und Churchill, der Heuchler, wußte das genau. Berichtet er ja an anderer Stelle seiner Erinnerungen, daß inzwischen "der mörderische Angriff gegen Japan aus der Luft und zur See pausenlos" weitergegangen sei. "Ende Juni hatte die japanische Kriegsflotte praktisch zu bestehen aufgehört. Auf den japanischen Inseln selber herrschte solches Chaos, daß das Leben beinah stillstand."
Warum also mußte man dann noch, mit priesterlichem Segen natürlich, Hunderttausende von Menschen in Hiroshima und Nagasaki töten? Zumal Churchill gut genug wußte, daß in Japan wieder Prinz Konoye regierte, der den Frieden wünschte. Und natürlich wußte auch Truman, wie er selbst zugibt, "daß Fürst Konoye im Auftrag des Kaisers von Japan zur Vermeidung weiteren Blutvergießens die Vermittlung Rußlands zur Beendigung des Krieges anrufen wollte."
So verlor Truman keine Zeit mehr. Bereits zehn Tage nach Zündung der "Bombe" am 26. Juli forderte er von Japan ultimativ die bedingungslose Kapitulation. Denn der vorbildliche Familienvater, tiefgläubige Christ, der Mann, der beklagte, daß es "nicht genug Christen" gebe, daß ein "erheblicher Mangel" bestehe "an christlicher Barmherzigkeit", war unbedingt darauf aus, die Atombombe zu werfen. Doch geschah dies nicht, wie immer wieder behauptet wird, zur Beendigung des Krieges. Es geschah viel weniger aus militärischen als aus politischen Gründen.
Es sollte das Eingreifen der Russen in Ostasien verhindern, das in Jalta abgesprochen, jetzt aber nicht mehr erwünscht war. Es sollte den Russen, zwei Tage vor ihrem Einmarsch in die Mandschurei, demonstrieren, daß die Zusammenarbeit und Freundschaft mit ihnen zu Ende sei und die amerikanische Vorherrschaft auch im gesamten pazifischen Gebiet beginne, in der gesamten Welt.
Die Aktion stand somit im Dienst der bereits anti-russischen US-Politik. Sie signalisierte den Sowjets die militärische Überlegenheit des bisherigen Bundesgenossen und kommenden Gegners. Die Russen sollten dadurch überrascht werden, aber auch die Japaner. Denn nirgends wurde in dem - mit russischem Einverständnis - gestellten Ultimatum mit der Atombombe gedroht. Nur ganz allgemein abgefaßt, sollte es sowohl das Überraschungsmoment gegenüber den Russen sichern als auch eine japanische Zustimmung verhindern. Die Bombe sollte nach Trumans Willen fallen.
Und so fiel sie: die erste Bombe am 6. August auf Hiroshima, die zweite am 9. August auf Nagasaki. Mehr hatte Mr. Truman nicht - sonst hätte er vielleicht noch mehr fallen lassen. Denn man muß zeigen, was man hat, muß zeigen, wer der starke Mann, der stärkste ist, wer Hunderttausende von Frauen und Kindern auf die qualvollste Weise krepieren lassen kann.
Und hätte Hitler nicht auch die Bombe geworfen, irgendwohin auf England? Und Roosevelt, ließ er sie zu einem anderen Zweck bauen? Und Churchill, der tausendmal Einverstandene? Wirklich, hätte er nicht, hälftig mit Truman geteilt, den Friedensnobelpreis verdient?
Denn haben sie Japan damit nicht in die Knie gezwungen? Haben sie Japan nicht blitzschnell befriedet - nur zu seinem Vorteil, wie man heute sieht, und natürlich auch zu ihrem? Hitler, den Besiegten, darf man Bluthund schimpfen. Und Stalin, den Bolschewisten.
Doch auch die Sieger, dies steht fest, werden einmal die Besiegten sein - und vielleicht schon früher, als sie heute glauben.<<

10. Wieso wurden die Lebensgrundlagen der Ost- und Volksdeutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges systematisch zerstört?

Der schweizerische Journalist Robert Jungk (1913-1994) berichtete am 15. November 1945 in der "Züricher Weltwoche" unter der Überschrift "Aus einem Totenland" über die katastrophalen Verhältnisse östlich der Oder und Neiße (x024/133-139): >>... Es gibt heute in Europa nicht nur einen Eisernen Vorhang. Es gibt zwei. Dieser zweite Eiserne Vorhang, von dem man nicht spricht und sehr wenig weiß, scheidet die russische Okkupationszone in Deutschland gegen Osten von jenen ehemals deutschen Gebieten, die auf der Potsdamer Konferenz den Polen übergeben wurden und der alliierten Deutschlandverwaltung nicht unterstehen.

Jedermann, der diese Grenze, die sich an die Oder- und Neißelinie lehnt, überquert hat, wird bestätigen, daß dort die Kontrolle noch viel schärfer ist als an der Grenze, welche die alliierte und russische Okkupationszone voneinander trennt. Das hat seinen guten Grund. Man wünscht hier keine Besuche von außen. Denn hinter der Oder-Neiße-Linie beginnt das Land ohne Sicherheit, das Land ohne Gesetz, das Land der Vogelfreien, das Totenland.

Während in der von den Russen okkupierten Zone heute doch eine gewisse Ordnung herrscht und Unrecht mehr zufällig als planmäßig geschieht, regiert in den weiten Gebieten zwischen der früheren deutsch-polnischen Grenze und der Oder die Willkür und die Gewalt.

Als dieses Gebiet den Polen nach den Potsdamer Vereinbarungen zugesprochen worden war, glaubte die ansässige deutsche Bevölkerung zuerst, sie werde sich mit den Polen nicht schlechter oder sogar besser vertragen als mit den Russen. Heute aber ist es so, daß die Bewohner sich an die kleinen durchziehenden oder da und dort zur Nachschubsicherung stationierten russischen Abteilungen wenden müssen, um Schutz vor den Übergriffen der Polen zu finden.

Wer die polnische Zone verlassen hat und in russisch okkupiertes Gebiet gelangt, atmet geradezu auf. Hinter ihm liegen leergeplünderte Städte, Pestdörfer, Konzentrationslager, öde unbestellte Felder, leichenbesäte Straßen, an denen Wegelagerer lauern und Flüchtigen die letzte Habe rauben.

All das und alles, was in den kommenden Zeilen beschrieben werden wird, ist leider wahr. Man mache es sicht leicht und tue es als "Greuelpropaganda" ab. Zu oft schon hat man in den Jahren dem unvorstellbaren Entsetzlichen nicht glauben wollen, zu oft haben diejenigen, denen Enthüllungen unangenehm sein mußten, sie als "Lügen" oder "Propaganda" abgetan.

Es ist wahr, daß in dem Orte G. auf öffentlichem Platze Mädchen, Frauen, Greisinnen von Angehörigen der polnischen Miliz vergewaltigt wurden.

Es ist wahr, daß auf dem Bahnhof von S. sämtliche Flüchtlingszüge regelmäßig derart ausgeraubt werden, daß die Insassen nackt weiter gen Westen reisen müssen.

Es ist wahr, daß in weiten Gegenden Schlesiens kein einziges Kind unter einem Jahr mehr am Leben ist, weil sie alle verhungern mußten oder erschlagen wurden.

Es ist wahr, daß in Oberschlesien die von Syphilis angesteckten Frauen als "Behandlung" einfach einen Kopfschuß erhalten.

Und es ist wahr, daß eine Selbstmordwelle durch das Land geht. In einzelnen Orten hat sich ein Zwölftel, in anderen bereits ein Zehntel oder sogar ein Fünftel der Bevölkerung ums Leben gebracht.

Es ist wahr, daß in den sogenannten Arbeitslagern Sownowice und Centoschlowitz Insassen nächtelang bis zum Hals in eiskaltem Wasser stehen müssen und daß man sie bis zur Bewußtlosigkeit schlägt.

Und warum geschieht das alles? Nun, es ist furchtbar genug: Diese Welle barbarischer Mißhandlungen wurde ausgelöst durch das Bemühen der "großen Drei", das Schicksal der Deutschen im Osten zu mildern. Jawohl, zu mildern!

Die Berichte, die damals über das durch die zwangsweise Evakuierung verursachte Elend an

die Weltöffentlichkeit gedrungen waren, hatten die Großmächte veranlaßt, der polnischen und tschechoslowakischen Regierung die Einstellung der übereilten Zwangsdeportationen zu empfehlen. Die Tschechen haben diesen Appell befolgt, und die Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei nach Deutschland und Österreich geht jetzt in geordneter, wenn irgend möglich menschlicher Weise vor sich.
Anders in Polen. Auch sie stoppten zunächst die Evakuierungen. Aber zugleich taten sie alles, um die deutsche Bevölkerung, die sie los sein wollten, zum "freiwilligen" Verlassen des neuen polnischen Territoriums zu veranlassen.
Das verhältnismäßig noch mildeste Mittel, das die neuangesetzten polnischen Woiwoden und Bürgermeister anwenden, ist die Aushungerung. In dem Städtchen S. werden für die 15.000 deutschen Einwohner nur 7.000 Brotrationskarten ausgegeben. Die 8.000, die keine Rationierung zugeteilt erhalten, können noch eine Zeitlang durch den Verkauf ihrer Habseligkeiten auf dem schwarzen Markt etwas Brot bekommen, dann bleibt ihnen nur der Hungertod oder – die "freiwillige" Wanderung nach dem Westen.
Schlimmer noch steht es in Breslau. Dort gibt es überhaupt kein allgemeines Rationierungssystem. Nur die Polen und diejenigen Deutschen, die für die Stadtverwaltung arbeiten, erhalten etwas Nahrung. Die anderen müssen versuchen, sich so gut zu behelfen, wie es eben geht. Auch ihnen steht der "schwarze Markt" offen. Wollen sie dort aber mit ihren Ersparnissen in Mark kaufen, so erhalten sie nichts, da die Polen alle Markwährung entschädigungslos als verfallen erklärt haben und nur der polnische Zloty Gültigkeit hat.
Seit der deutschen Kapitulation hat es in Breslau weder Fett noch Fleisch gegeben. Die Bewohner machen Proviantexpeditionen ins Hinterland der Stadt. Sind sie glücklich genug, ein paar Rüben und Kartoffeln zu bekommen, so wird ihnen das meist bei der Rückkehr schon in den Vororten von den polnischen Milizsoldaten wieder abgenommen.
Daß die Sterblichkeit unter diesen Umständen enorm ist, kann nicht wunder nehmen. Polnische Beamte, die übrigens infolge der Unordnung in der Breslauer Stadtverwaltung selbst seit Monaten keine Zahlungen erhalten, geben ganz offen zu, daß sie hoffen, durch die Hungerdezimierung der deutschen Bevölkerung werde bis Weihnachten das gleiche Ziel erreicht sein, das ursprünglich durch die Deportation hatte erreicht werden sollen.
Mindestens ebenso schlimm wie den Hunger empfinden die noch in dieser Zone lebenden Deutschen den Mangel an Sicherheit und Recht. Es gibt keine Instanzen, an die ein Bauer, der von Plünderern überfallen wurde, sich wenden könnte, es gibt keine Polizei, die ihn schützt, keine Richter, die ihm Recht verschaffen könnten. Jedermann muß stündlich und täglich Gewaltattacken auf Gut und Leben erwarten, ohne daß ihm eine Möglichkeit legaler Gegenwehr gegeben wäre.
Daß bei solchen Raubzügen auch gerade solche Deutsche leiden mußten, die erwiesenerweise im Kampf gegen die Nazis ihre engsten Verwandten verloren, daß Juden, die in stillen Landkreisen hatten untertauchen können, nun da sie wähnten, gerettet zu sein, von den Polen umgebracht werden, das sind besonders dunkle Schatten auf einem ohnehin schon düsteren Bilde.
Zu allem kommen noch Krankheit und Seuche. Je weiter man von Berlin gegen Osten fährt, desto häufiger sieht man an den Ortseingängen die großen Plakate mit den in lateinischer und kyrillischer Schrift aufgemalten Warnungswort: Typhus!
Die ausgemergelten Körper der Hungernden geben noch Nährboden für den Bazillus ab, und die Seuche entwickelt sich mit der Schnelligkeit eines Waldbrandes im ganzen Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie. Aber es ist ein "Waldbrand", dem sich keine Feuerwehrleute entgegenstellen. Erschütternd lesen sich Berichte aus den Seuchengebieten: "In St. sind 80 Personen von einer Bevölkerung von 400 an Typhus erkrankt. Keine Medikamente im Dorf. Kein Doktor auf dem Rechtsufer der Oder".
Der Sekretär der "Caritas" in Str. berichtet, daß auch seine Medikamente zur Neige gehen.

"Da wir durch die Seuche isoliert sind, will uns niemand Nahrungsmittel bringen. Wir können den Kranken nicht helfen. Alles, was wir tun können, ist, sie zu isolieren. Ziemlich alle Dörfer an der Eisenbahnlinie Breslau-Frankenstein sind vom Typhus infiziert."
Die "Lösung" in vielen Fällen ist nun, daß man infizierte Ortschaften, wie einst im Mittelalter die Peststädte, vollständig isoliert. Ihre Bewohner dürfen über den Umkreis des verpesteten Dorfes nicht hinaus oder müssen riskieren, erschossen zu werden. Natürlich ist eine absolute Kontrolle nicht möglich, und so wird der Typhus immer weitergeschleppt.
"Da muß doch etwas getan werden ..." Das ist die erste Reaktion eines jeden Menschen, der die Situation im polnisch besetzten Teil Deutschlands sich zu einer immer furchtbareren Katastrophe entwickeln sieht.
Leider kann aber nichts getan werden, wenn dieses Gebiet nicht wenigstens ebenso wie die anderen okkupierten Gebiete Deutschlands einer Kontrolle der vier Großmächte unterstellt wird. Solange alles deutsche Gebiet jenseits der Oder, wie das in Potsdam geschah, allein unter polnischer Kontrolle bleibt, wird sich vermutlich nicht viel ändern. Denn da dieses Territorium erst von der kommenden Friedenskonferenz endgültig als polnisch anerkannt werden kann, tun die Polen alles, um in möglichster Eile und Rücksichtslosigkeit ihre "Zone" im Hinblick auf die endgültige Grenzziehung zu entgermanisieren.
Diejenigen, die vor Hunger, Seuche, Mißhandlung und Plünderung aus den von den Polen besetzten Regionen fliehen, haben vor dem Verlassen der polnischen Zone einen Schein zu unterzeichnen, in dem sie erklären, sie seien selbstverständlich aus freiem Willen gegangen. Es soll doch niemand später am grünen Tisch sagen können, daß nicht alles korrekt zugegangen sei!
Wenn etwas für das "Totenland" jenseits der Oder getan werden kann, dann wird es zuerst und am ehesten von russischer Seite geschehen müssen. Es mehren sich die Zeichen, daß die Russen mit der von den Polen verfolgten Okkupationspolitik keineswegs einverstanden sind und daran denken, den von Polen besetzten Teil Ostdeutschlands wieder in eigene Verwaltung zu nehmen.
Denn die Russen können es sich nicht leisten, daß ihr Nachschub aus dem Osten und ihre Verkehrsverbindungen mit der Heimat durch die chaotischen Zustände in der polnischen Zone gefährdet werden. Sie sind zudem der Ansicht, daß der größere Teil der Kritik an der heute in aller Welt so stark angefeindeten Politik in den deutschen Ostgebieten weniger an ihre Adresse als an die der Polen zu richten sei.
Ob es allerdings ganz ohne Schwierigkeiten gehen wird, "machine arrière" ("einen Rückzieher") zu machen, ist eine andere Frage. "Weiße" und "rote" Polen, die sonst heftig gegeneinander intrigieren, sind sich doch in dem Punkte einig, daß die neu besetzten deutschen Gebiete polnisch bleiben sollen. Die schon seit Wochen bestehende polnisch-russische Spannung, die in Ostpreußen sogar bereits zu bewaffneten Zusammenstößen geführt hat, würde durch einen offenen Konflikt über die Frage der Verwaltung in den deutschen Ostgebieten kritisch verschärft werden.
Zweifellos wird man sich aber auch noch anderwärts mit den Zuständen im "Totenland" beschäftigen, sobald mehrere Rapporte wie dieser, der, soviel wir wissen, zum ersten Mal die Zustände im polnisch besetzten Deutschland an die Öffentlichkeit bringt, die Aufmerksamkeit der Weltmeinung erregt haben. Denn es geht hier um noch viel mehr als "nur" um das Leben einiger Millionen Deutscher, es geht um die moralische Reinheit und Stärke der antifaschistischen Bewegung in der Welt.
Wenn alle diejenigen, die Hitler und Mussolini unter großen Opfern bekämpften, um eine bessere Welt aufzubauen, es zulassen, daß ihr Kampf jetzt von Rowdys und Chauvinisten ausgenützt und beschmutzt wird, dann sehen wir keine große Hoffnung für die Zukunft. Man hat mit Recht den Deutschen vorgeworfen, daß sie in ihrem Glauben an die Mission ihres Vater-

landes so lange die Augen vor den Greueltaten des Nazismus verschlossen hätten.
Sollen die Vorkämpfer der Demokratie später einmal den gleichen Vorwurf auf sich sitzen lassen müssen. Auch wir alle werden "mitschuldig" sein, wenn wir nicht täglich und stündlich die Schandtaten, die heute im Namen der Demokratie und der Freiheit begangen werden, enthüllen. Nichts anderes wollten diese ersten Zeilen aus dem Land der Vogelfreien, aus dem Totenland jenseits der Oder.<<

Im Leben ist es besser, zu wollen, was man nicht hat, als zu haben, was man nicht will.
Jonathan Swift (1667-1745, irischer Schriftsteller)

Hinweise für den Leser

Einstellungstermine:
Einstellungstermin der Chronik, Band 6 (32 PDF-Dateien): **01.09.2016-01.10.2016.**
Einstellungstermin der 1. erweiterten Chronik, Band 6 (32 PDF-Dateien): **01.06.2020**
Einstellungstermin der 2. erweiterten Chronik, Band 6 (32 PDF-Dateien): **01.05.2023**
Einstellungstermin der 3. erweiterten Chronik, Band 6/1 – Band 6/2 (2 PDF-Dateien): **01.11.2024**
Die PDF-Dateien werden **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Die Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen (**...)** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.
Beispiel: (x142/79) = Daten der Weltgeschichte. Von der Altsteinzeit bis heute, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x002	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 2. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x003	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 3. Polnische Gesetze und Verordnungen 1944-1955. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x005	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 2. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.

x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. Das Schicksal der Deutschen in Rumänien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x008	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. Das Schicksal der Deutschen in Ungarn. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München 1984.
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x010	Bundesarchiv Koblenz; Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28.05.1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989.
x011	Statistisches Reichsamt (Hg.): Amtliches Gemeindeverzeichnis für das Großdeutsche Reich aufgrund der Volkszählung 1939. Berlin 1944.
x013	Gesellschaft für Literatur und Bildung mbH (Hg.): Die Wehrmachtsberichte 1939-1945. Band 3: 1. Januar 1944 bis 9. Mai 1945. Unveränderter Nachdruck. Köln 1989.
x016	Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1960. Wiesbaden.
x017	Meyers Lexikonredaktion (Hg.): DAS NEUE DUDEN LEXIKON in 10 Bänden. Mannheim 1989.
x018	Meyers Lexikon Verlag (Hg.): MEYERS ENZYKLOPÄDISCHES LEXIKON in 25 Bänden. 9. völlig neubearbeitete Auflage. Mannheim/Wien/Zürich 1971-1981.
x019	Riedel, Johannes (Hg.): KNAURS WELTATLAS. Berlin 1935.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x021	Böddeker, Günter: Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.
x022	Hupka, Herbert (Hg.): Meine Heimat Schlesien. Die letzten Tage. Tagebücher, Erinnerungen und Dokumente der Vertreibung. Augsburg 1990.
x023	Maser, Werner: Das Regime. Alltag in Deutschland 1933-45. Berlin 1990.
x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x027	Thorwald, Jürgen: DIE GROSSE FLUCHT. München/Zürich 1979.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x029	Zayas, Alfred Maurice de: Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg. 4. erweiterte Auflage. München 1984.
x030	Wistrich, Robert: Wer war wer im Dritten Reich? Ein biographisches Lexikon.

	Frankfurt/Main, 1987.
x031	Schön, Heinz: Flucht über die Ostsee 1944/45 im Bild. 3. Auflage. Stuttgart 1994.
x033	Overesch, Manfred: Das III. Reich 1939-1945. Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertrieben. ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Bonn 1992.
x036	Jäckel, Eberhard, und Jürgen Rohwer (Hg.): Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung. Stuttgart 1985.
x037	Sander, Helke, und Barbara Johr (Hg.): Befreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. Frankfurt/Main 1995.
x038	Zöckler, Paul (Hg.): KNAURS LEXIKON. München 1953.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x040	Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: Chronik des Zweiten Weltkrieges. Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): PLOETZ "Geschichte der Weltkriege". Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x042	Wyman, David S.: Das unerwünschte Volk. Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden. Frankfurt/Main 1989.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x044	Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Zusammenbruch. München/Köln 1989.
x045	Ahlfen, Hans von, und Hermann Niehoff: So kämpfte Breslau 1945. Verteidigung und Untergang von Schlesiens Hauptstadt. 4. Lizenzausgabe. Stuttgart 1991.
x046	Hoffmann, Joachim: Stalins Vernichtungskrieg. Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x047	Dorst, Klaus, und Birgit Hoffmann (Hg.): Kleines Lexikon Sowjetstreitkräfte. 1. Auflage. Militärverlag der DDR. Ost-Berlin 1987.
x048	Nielsen-Stokkeby, Bernd: Baltische Erinnerungen. Estland, Lettland, Litauen zwischen Unterdrückung und Freiheit. 4. erweiterte Auflage. Bergisch Gladbach 1991.
x049	Holmsten, Georg: Kriegsalltag 1939-1945 in Deutschland. Bindlach 1989.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x052	Ziemke, Earl F.: Die Schlacht um Berlin. Rastatt 1992.
x053	Westenrieder, Norbert: Deutsche Frauen und Mädchen. Vom Alltagsleben 1933-1945. Düsseldorf 1984.
x054	Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. 28. Auflage. Würzburg 1957.
x055	Ploetz-Verlag (Hg.): DER GROSSE PLOETZ IM BILD. Ein Bildatlas zur Weltgeschichte. Würzburg 1987.
x057	Eilers, Willi: Kleine Weltgeschichte. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte. Stuttgart 1955.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: Geschichte. Band 3. Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.

x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x062	Mann, Golo u.a.: Unser Jahrhundert im Bild. Gütersloh 1964.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): Polen und Deutsche. Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x065	Zentner, Christian: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. Stuttgart 1992.
x066	Trevor-Roper, Hugh: Hitlers letzte Tage. 2. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1995.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x070	Jähnig, Bernhart, und Ludwig Biewer: Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.). 2. erweiterte Auflage. Bonn 1991.
x071	Hartmann, Johannes: Das Geschichtsbuch. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. 8. Auflage. Frankfurt/Main 1962.
x072	Hermand, Jost: Als Pimpf in Polen. Erweiterte Kinderlandverschickung 1940-1945. Frankfurt/Main 1993.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: Fahrplan der Weltgeschichte. Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x075	Grosser, Alfred: Ermordung der Menschheit. Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x076	Andreae, Hugo: Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen. Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962.
x077	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Verletzungen von Menschenrechten. Eine Dokumentation der Verletzungen und Rechtsverpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte. 3. erweiterte Auflage. Bonn 1985
x079	Higounet, Charles: Die deutsche Ostsiedlung im Mittelalter. München 1990.
x080	Conquest, Robert: Stalin. Der totale Wille zur Macht. München 1991.
x082	Pawlak, Zacheusz: Ich habe überlebt. Ein Häftling berichtet über Maidanek. Hamburg 1979.
x083	Gellhorn, Martha: Das Gesicht des Krieges. Reportagen 1937-1987. München/Hamburg 1989.
x084	Graml, Hermann (Hg.): Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten. Frankfurt/Main, 1994.
x085	Wette, Wolfram, und Gerd R. Ueberschär (Hg.): Stalingrad. Mythos und Wirklichkeit einer Schlacht. Frankfurt/Main 1992.
x086	Stiglmayer, Alexandra (Hg.): Massenvergewaltigung. Krieg gegen Frauen. Frankfurt/Main 1993.
x087	Möller, Horst (Hg.): Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das

	"Schwarzbuch des Kommunismus". München 1999.
x088	Reichling, Gerhard: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil II: 40 Jahre Eingliederung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1989.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.
x091	Wellershoff, Dietrich (Hg.): Freiheit - Was ist Das? Aussagen zum Begriff der Freiheit. 2. Auflage. Herford 1987.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x095	Adenauer, Konrad: Briefe über Deutschland 1945–1955. 1. Auflage. München 1999.
x097	DAS BERTELSMANN LEXIKON in vier Bänden: C. Bertelsmann Verlag (Hg.).Gütersloh 1953-56.
x098	Clausewitz-Gesellschaft (Hg.): Frieden ohne Rüstung? Herford/Bonn, 1989.
x099	Löser, Jochen: Gegen den Dritten Weltkrieg. Strategie der Freien. 1. Auflage. Herford 1982.
x100	Duffy, Christopher: Der Sturm auf das Reich. Der Vormarsch der Roten Armee 1945. München 1994.
x101	Benz, Wolfgang: Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x102	Steinbach, Peter, und Johannes Tuchel (Hg.): Lexikon des Widerstandes 1933-1945. 2. überarbeitete und verbesserte Auflage. München 1998.
x103	Klemperer, Klemens von: Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938-1945. Berlin 1994.
x105	Wildermuth, Rosemarie: Als das Gestern heute war. Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x106	Chronik Verlag (Hg.): Chronik des Zweiten Weltkrieges. 1. Auflage. Gütersloh/München 1994.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: Das besetzte Deutschland 1945-1947. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x113	Engelsing, Rolf: "Wie Sodom und Gomorrha ..." Die Zerstörung der Städte. Berlin 1979.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: Stunde Null in Deutschland. Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x115	Glaser, Hermann u.a. (Hg.): So viel Anfang war nie. Deutsche Städte 1945-1949. Berlin 1989.
x116	Ranke, Winfried u.a.: Kultur, Pajoks und CARE-Pakete. Eine Berliner Chronik 1945-1949. Berlin 1990.
x117	Priamus, Heinz-Jürgen: Die Ruinenkinder. Im Ruhrgebiet 1945/49. Düsseldorf 1985.
x118	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Die Schwarzmarktzeit. Deutschland zwischen 1945 und 1948. Hamburg 1997
x119	Lehmann, Albrecht: Im Fremden ungewollt zuhaus. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945-1990. 2. durchgesehene Auflage. München 1993.
x121	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Alltag im Dritten Reich. So lebten die Deutschen 1933-1945. Hamburg 1982
x122	Dollinger, Hans: SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE. 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x123	Müller-Bringmann, Walter: Das Buch von Friedland. Göttingen 1956.

x124	Jering, Karl: Überleben und Neubeginn. Aus dem Tagebuch eines Deutschen 1945/46. München 1979.
x125	Bluhm, Georg: Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik. Freiburg 1963.
x126	Klonovsky, Michael, und Jan von Flocken: Stalins Lager in Deutschland 1945-1950. 3. Auflage. Berlin 1993.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Nationalsozialismus und Faschismus. E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x130	Carell, Paul, und Günter Böddeker: Die Gefangenen. Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht. Berlin/Frankfurt am Main 1995.
x131	Bacque, James: Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x133	Tolstoy, Nikolai: Die Verratenen von Jalta. Englands Schuld vor der Geschichte. 3. Auflage. München/Wien 1985.
x135	Kaemmerer, M.: Ortsnamenverzeichnis der Ortschaften jenseits von Oder und Neiße. 3. erweiterte Auflage. Leer 1988.
x136	Ziegler, Jean: Die Schweiz, das Gold und die Toten. 3. Auflage. München 1997.
x141	Marschalck, Peter: Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. 6. Auflage. Frankfurt/Main 1989.
x142	Hellwig, Gerhard, und Gerhard Linne: Daten der Weltgeschichte. Von der Altsteinzeit bis heute. München 1991.
x143	Legath, Bernd u.a.: Weltgeschichte im Überblick. Von der Vorzeit bis zur Gegenwart. BZ-Verlag, 1992.
x148	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. E. Klett Verlag, Stuttgart 1985.
x149	Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 14. Bonn 1996.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x157	Müller-Enbergs, Wielgohs und Hoffmann (Hg.): WER WAR WER in der DDR. Ein biographisches Lexikon. Berlin 2000/2001.
x158	Weiß, Hermann (Hg.): PERSONEN LEXIKON 1933-1945. Wien 2003.
x159	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Sudetendeutschen. Eine Volksgruppe im Herzen Europas. 16. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage. Bonn 1995.
x160	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen - unbewältigte Vergangenheit Europas. 29. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage. Bonn 1996.
x165	Terkel, Studs: Der Gute Krieg. Amerika im Zweiten Weltkrieg; Zeitzeugen sprechen. München 1989.
x166	Kennedy, Paul: Die Casablanca-Strategie. Wie die Alliierten den Zweiten Weltkrieg gewannen. München 2014.

x170	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): Menschen wie wir ... Teil I. Erinnerungen an geliebte Menschen. Kassel 2000/2001.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x179	Shapiro, Irwin, und Jonathan Bartlett (Hg.): Illustrierte Weltgeschichte. Band 15. Der 2. Weltkrieg und seine Folgen. Neuer Tessloff Verlag, Hamburg 1969.
x191	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x215	Fischer-Fabian S.: Preußens Krieg und Frieden. Der Weg ins Deutsche Reich. München/Zürich 1981.
x226	Verlag Vandenhoeck & Ruprecht (Hg.): DER GROSSE PLOETZ. Die Chronik zur Weltgeschichte. Göttingen 2010.
x227	F. A. Brockhaus GmbH, Mannheim (Hg.): BROCKHAUS. Weltgeschichte seit der Aufklärung. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Leipzig/Mannheim 2006.
x228	Chronik Verlag (Hg.): Die 500 wichtigsten Ereignisse der Weltgeschichte. Gütersloh/München 2007.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x245	Ripper, Werner, und Eugen Kaiser (Hg.): Weltgeschichte im Aufriß. Band 3, Teil 1. Vom Ersten Weltkrieg bis 1945. Frankfurt/Main; Berlin, München 1976.
x250	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN A-Gn 1. Leipzig 2006.
x251	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Go-Pah 2. Leipzig 2006.
x252	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Pai-Z 3. Leipzig 2006.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4. Das 20. Jahrhundert. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x264	Gosztony, Peter: Stalins fremde Heere. Das Schicksal der nichtsowjetischen Truppen im Rahmen der Roten Armee 1941-1945. Bonn 1991.
x265	Courtois, Stèphane u.a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München 2004.
x266	Golovchansky, Anatoly u.a. (Hg.): Ich will raus aus diesem Wahnsinn. Deutsche Briefe von der Ostfront 1941-1945. 2. Auflage. Wuppertal 1991.
x268	Nawratil, Heinz: Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x269	Ferber, Christian (Hg.): Berliner Illustrirte Zeitung. Zeitbild, Chronik, Moritat für jedermann 1892-1945. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x274	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): Stille Nacht, Heilige Nacht. Weihnachtsgeschichten aus schwerer Zeit. Kassel 2004/2005.
x283	Demandt, Alexander: Es hätte auch anders kommen können. Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.
x292	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): Krieg ist nicht an einem Tag vorbei. Weihnachtsgeschichten aus schwerer Zeit. Kassel 2005.
x294	Arburg, Adrian von u.a.: Als die Deutschen weg waren. Was nach der Vertreibung

	geschah: Ostpreußen, Schlesien, Sudetenland. 6. Auflage. Hamburg 2007.
x296	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Geschichte und Politik in unserer Zeit (Lehrerausgabe). Braunschweig 1975.
x297	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Zeitgeschichte. 1. Auflage. Braunschweig 1995.
x299	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 4. In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): Geschichtliche Weltkunde. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x301	Heumann, Hans (Hg.): Geschichte für Morgen. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1988.
x304	Zentner, Christian (Hg.): Der Zweite Weltkrieg. Ein Lexikon. München 1995.
x306	Schrenck–Notzing, Caspar Freiherr von: CHARAKTERWÄSCHE. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x308	Naimark, Norman N.: Flammender Haß. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert. München 2004.
x309	Nawratil, Heinz: Die Versöhnungsfalle. Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x310	Schweitzer, Eva: Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte. München 2004.
x338	Fritze, Lothar: Die Moral des Bombenterrors. Alliierte Flächenbombardements im Zweiten Weltkrieg. München 2007.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): Verbrechen an Deutschen. Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.
x359	Elsässer, Jürgen (Hg.): Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser. COMPACT-Geschichte Nr. 9. Werder (Havel) 2020.
x364	Griffin, Des: Wer regiert die Welt? Leonberg 1992.
x367	Elsässer, Jürgen (Hg.): Geschichtslügen gegen Deutschland. COMPACT-Geschichte Nr. 13. Werder (Havel) 2021.
x368	Elsässer, Jürgen (Hg.): Polens verschwiegene Schuld. Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung. COMPACT-Geschichte Nr. 17. Werder (Havel) 2022.

Internet

x852	Haager Landkriegsordnung: http://www.geschichtsthemen.de/haager_landkriegsordnung.htm - März 2015.
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.-php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x946	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/10/31/der-journalismus-als-herrschaftsinstrument/ – November 2019

Bildnachweis

Reichsadler (ohne Hakenkreuz) zur Zeit des Nationalsozialismus 1933-45
Internetquelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Bundeswappen_Deutschlands - 8. Mai 2014

Reichsadler: Nach der Kaiserkrönung Karls des Großen (800) wurde der römische Legionsadler zum Wappentier des Fränkischen Reiches, denn der deutsche Kaiser betrachtete sich als Nachfolger des Weströmischen Reiches.
Das Heilige Römische Reich (962-1806), das Deutsche Reich (ab 1871) und die Bundesrepublik Deutschland (seit 1949) übernahmen den Reichsadler bzw. Bundesadler als deutsches Staatssymbol.